Donau-Universität Krems
Zentrum für Migration, Integration
und Sicherheit

FRAUEN UND DIE WIRTSCHAFTSKRISE

Vernetzung sozialer Dienstleistungen als Antwort auf Konjunktur- und Strukturkrise

Gesamtbericht

Gudrun Biffl
Anna Faustmann
Isabella Skrivanek

März 2011

Donau-Universität Krems
Department Migration und Globalisierung
Zentrum für Migration, Integration und Sicherheit
Dr. Karl Dorrek Straße 30
3500 Krems

Impressum:
Dieser Bericht wurde von der Donau-Universität Krems - Department Migration und Globalisierung - Zentrum für Migration, Integration und Sicherheit im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes erstellt.

© Gudrun.Biffl@donau-uni.ac.at

FRAUEN UND DIE WIRTSCHAFTSKRISE –

Vernetzung sozialer Dienstleistungen als Antwort auf

Konjunktur- und Strukturkrise

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis I

Abbildungsverzeichnis IV

Tabellenverzeichnis IX

Hauptaussagen XI

Einleitung 1

Definition und Abgrenzung des Forschungsgegenstandes 3

Warum die vier Modellregionen? 4

1. Die Wirtschaftkrise und ihr Effekt auf den Arbeitsmarkt 5

2. (Sozio-)Demografische und ökonomische Rahmenbedingungen 9

2.1. Zusammensetzung der Bevölkerung in den vier Modellregionen 10

2.1.1. Bevölkerungsstruktur im Bezirk Neunkirchen 11

2.1.2. Bevölkerungsstruktur im Großraum Schwechat 26

2.1.3. Bevölkerungsstruktur im Bezirk Lienz (Osttirol) 36

2.1.4. Bevölkerungsstruktur in Wien-Leopoldstadt 46

2.2. Regionale Segregationsgrad der Bevölkerung mit Migrations hintergrund in den Bundesländern der Modellbezirke 55

2.3. Haushaltsstrukturen in den vier Modellregionen 59

2.3.1. Haushaltsstrukturen im Bezirk Neunkirchen 59

2.3.1. Haushaltsstrukturen im Großraum Schwechat 61

2.3.1. Haushaltsstrukturen im Bezirk Lienz (Osttirol) 63

2.3.2. Haushaltsstrukturen in Wien-Leopoldstadt 66

2.4. Wirtschaftsstrukturen in den vier Modellregionen 69

2.4.1. Wirtschaftsentwicklung im Bundesländervergleich 69

2.4.2. Der Arbeits- und Wirtschaftsraum des Bezirks Neunkirchen 75

2.4.3. Der Arbeits- und Wirtschaftsraum im Großraum Schwechat 84

2.4.4. Der Arbeits- und Wirtschaftsraum des Bezirks Lienz (Osttirol) 92

2.4.5. Der Wiener Arbeits- und Wirtschaftsraum 98

2.5. Derzeitige Versorgungssituation mit sozialen Dienstleistungen 103

2.5.1. Soziale Dienste im Bezirk Lienz (Osttirol) 103

2.5.2. Soziale Dienste in Niederösterreich: Bezirk Neunkirchen und Großraum Schwechat 113

2.5.3. Soziale Dienste in Wien-Leopoldstadt 124

2.6. Die vier Modellregionen im Vergleich 130

3. Beschäftigung im internationalen Vergleich 136
3.1. Erwerbsquote 136
3.2. Beschäftigungsquote 142
3.3. Arbeitslosenquoten 146
3.3.1. Exkurs: Diskrepanz zwischen internationaler und nationaler Arbeitslosenquote in Österreich 150
3.3.2. Lohnunterschiede nach dem Geschlecht: ein komplexer Wirkungsmechanismus 151
3.3.3. Erklärungsmuster für den 'gender-pay-gap' aus theoretischer Sicht 157
3.3.4. Überlegungen zur kleinräumigen Organisation von sozialen Dienstleistungen 159
4. Sozialwirtschaft in Ländern mit hoher Versorgungsdichte 160
4.1. Niederlande 161
4.1.1. Familienpolitik 162
4.1.2. Altenbetreuung/-pflege 162
4.1.3. Der soziale Dienstleistungssektor 163
4.2. Dänemark 164
4.2.1. Familienpolitik 164
4.2.2. Altenbetreuung/-pflege 165
4.2.3. Der soziale Dienstleistungssektor 166
4.3. Schweden 166
4.3.1. Familienpolitik 167
4.3.2. Altenbetreuung/-pflege 167
4.3.3. Der soziale Dienstleistungssektor 168
4.4. Frankreich 169
4.4.1. Familienpolitik 169
4.4.2. Altenbetreuung/-pflege 170
4.4.3. Der soziale Dienstleistungssektor 171
4.5. Österreich 171
4.5.1. Familienpolitik 172
4.5.2. Altenbetreuung/-pflege 173
4.5.3. Der soziale Dienstleistungssektor 176
5. Versorgungsstruktur mit sozialen Dienstleistungen in den Pilotregionen und regionale Herausforderungen 178
5.1. Fallbeispiel Osttirol 178
5.1.1. Kinderbetreuung 178
5.1.2. Altenbetreuung/-pflege – Behindertenbetreuung 179
5.1.3. Frauenförderung/Hausarbeit 180
5.1.4. Probleme mit der derzeitigen Organisation und Finanzierung des Systems sozialer Dienstleistungen 181
5.2. Fallbeispiele in Niederösterreich – Neunkirchen und Schwechat 183
5.2.1. Kinderbetreuung in Niederösterreich 183
5.2.2. Altenbetreuung/-pflege – Behindertenbetreuung 189

5.2.3. Frauenförderung/Hausarbeit ... 191
5.3. Fallbeispiel Wien - Leopoldstadt ... 192
5.4. Handlungsoptionen aus Sicht der Modellregionen ... 195
6. Soziale Dienste, regionale Infrastrukturmaßnahmen und ihre Finanzierung ... 196
6.1. „Industrialisierung“ und flexible Spezialisierung der sozialen Dienstleistungen ... 198
6.2. Die Frage der Finanzierung ... 199
7. Gedanken zur Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums ... 204
Literaturverzeichnis ... 206
Statistischer und methodischer Anhang ... 212
Zur methodischen Vorgehensweise ... 212
Qualitative Interviews: Fokusgruppen ... 212
Verwendete Daten ... 214
Volkszählung 2001 ... 214
Arbeitsmarktdatenbank (AMDB) ... 219
Eurostat ... 222
Kindertagesheimstatistik ... 223
Leitfaden für die ExpertInnen-Interviews in den vier Modellregionen ... 224

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Reales Wirtschaftswachstum (BIP real, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %) 6
Abbildung 2: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung, der registrierten Arbeitslosigkeit und des Arbeitskräfteangebots der Unselbständigen in Österreich (Veränderung gegenüber dem Vorjahr, absolut) 7
Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Wien, Niederösterreich und Tirol im Vergleich zu Österreich (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %) 8
Abbildung 4: Arbeitslosenquote nach Geschlecht und Bundesländern 2009 9
Abbildung 5: Entwicklung der Bevölkerung im Bezirk Neunkirchen nach breiten Altersgruppen, 2002-2009 (je 1. Quartal) . 13
Abbildung 6: Binnen- und Außenwanderung nach niederösterreichischen Bezirken 2002-2008, je 1.000 EinwohnerInnen .. 15
Abbildung 7: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2001 (Volkszählung) in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich 16
Abbildung 8: Bevölkerung nach Herkunftsregion 2001 (Volkszählung) in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich 17
Abbildung 9: Wanderung nach Staatsangehörigkeit in Niederösterreich zwischen 2002 und 2008 18
Abbildung 10: Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Bezirk Neunkirchen nach Gemeinden 2001 (Volkszählung) 19
Abbildung 11: Bevölkerung nach Religionsbekenntnis in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung) 20
Abbildung 12: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Niederösterreich und Österreich nach Geschlecht 2008 21
Abbildung 13: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung) und 2008 (Statistik Austria) 22
Abbildung 14: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Neunkirchen nach Geschlecht 2001 (Volkszählung) 23
Abbildung 15: Entwicklung der Bevölkerung im Großraum Schwechat nach breiten Altersgruppen, 2002-2009 (je 1. Quartal) 27
Abbildung 16: Binnen- und Außenwanderung nach niederösterreichischen Bezirken 2002-2008, je 1.000 EinwohnerInnen 29
Abbildung 17: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2001 (Volkszählung) in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich 30
Abbildung 18: Bevölkerung nach Herkunftsregion 2001 (Volkszählung) in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich 31
Abbildung 19: Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Großraum Schwechat nach Gemeinden 2001 (Volkszählung)..... 32
Abbildung 20: Bevölkerung nach Religionsbekenntnis in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung) 33
Abbildung 21: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung) und 2008 (Statistik Austria) 34
Abbildung 22: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien-Umgebung nach Geschlecht 2001 (Volkszählung) 35
Abbildung 23: Entwicklung der Bevölkerung im Bezirk Lienz nach breiten Altersgruppen, 2002-2009 (je 1. Quartal)..... 37
Abbildung 24: Binnen- und Außenwanderung nach Tiroler Bezirken 2002-2008, je 1.000 EinwohnerInnen 39
Abbildung 25: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2001 (Volkszählung) in Lienz, Tirol und Österreich..... 39
Abbildung 26: Bevölkerung nach Herkunftsregion 2001 (Volkszählung) in Lienz, Tirol und Österreich..... 40
Abbildung 27: Wanderung nach Staatsangehörigkeit in Tirol zwischen 2002 und 2008..... 40
Abbildung 28: Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Bezirk Lienz nach Gemeinden 2001 (Volkszählung)..... 42
Abbildung 29: Bevölkerung nach Religionsbekenntnis in Lienz, Tirol und Österreich 2001 (Volkszählung)..... 42
Abbildung 30: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Tirol und Österreich nach Geschlecht 2008 44

Abbildung 31: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Lienz, Tirol und Österreich 2001 (Volkszählung) und 2008 (Statistik Austria) 44
Abbildung 32: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Lienz nach Geschlecht 2001 (Volkszählung) 45
Abbildung 33: Entwicklung der Bevölkerung in Wien 2., Leopoldstadt nach breiten Altersgruppen, 2002-2009 (je 1. Quartal) 48
Abbildung 34: Binnen- und Außenwanderung nach Wiener Bezirken 2002-2008, je 1.000 EinwohnerInnen 49
Abbildung 35: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2001 (Volkszählung) in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 50
Abbildung 36: Bevölkerung nach Herkunftsregion 2001 (Volkszählung) in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 51
Abbildung 37: Wanderung nach Staatsangehörigkeit in Wien zwischen 2002 und 2008 51
Abbildung 38: Bevölkerung nach Religionsbekenntnis in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung) 52
Abbildung 39: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien und Österreich nach Geschlecht 2008 53
Abbildung 40: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung) und 2008 (Statistik Austria) 54
Abbildung 41: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien 2., Leopoldstadt nach Geschlecht 2001 (Volkszählung) 55
Abbildung 42: Segregation in Tirol und Innsbruck – Typologie nach Brimicombe 57
Abbildung 43: Segregation in Wien nach Migrationshintergrund 58
Abbildung 44: Segregation in Niederösterreich nach Migrationshintergrund 58
Abbildung 45: Bevölkerung nach Lebensform in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung) 60
Abbildung 46: Bevölkerung nach Haushaltsgröße in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung) ... 60
Abbildung 47: Bevölkerung nach Haushaltszusammensetzung in Neunkirchen 2001 (Volkszählung) 61
Abbildung 48: Bevölkerung nach Lebensform in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung) ... 62
Abbildung 49: Bevölkerung nach Haushaltsgröße in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung) 62
Abbildung 50: Bevölkerung nach Haushaltszusammensetzung in Wien-Umgebung 2001 (Volkszählung) 63
Abbildung 51: Bevölkerung nach Lebensform in Lienz, Tirol und Österreich 2001 (Volkszählung) 64
Abbildung 52: Bevölkerung nach Haushaltsgröße in Lienz, Tirol und Österreich 2001 (Volkszählung) 65
Abbildung 53: Bevölkerung nach Haushaltszusammensetzung in Lienz 2001 (Volkszählung) 65
Abbildung 54: Bevölkerung nach Lebensform in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung) 67
Abbildung 55: Bevölkerung nach Haushaltsgröße in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung) 67
Abbildung 56: Bevölkerung nach Haushaltszusammensetzung in Wien 2., Leopoldstadt 2001 (Volkszählung) 68
Abbildung 57: Relative Wertschöpfungsdynamik in den österreichischen Bundesländern (kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005) 70
Abbildung 58: Relative Produktivitätsentwicklung (Wertschöpfung je EWT zu konstanten Preisen) in den österreichischen Bundesländern (kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005) 71
Abbildung 59: Relative Wertschöpfungsdynamik in den Tiroler Regionen (kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005) 72
Abbildung 60: Relative Produktivitätsentwicklung in den Tiroler Regionen (Wertschöpfung je EWT zu konstanten Preisen, kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005) 73
Abbildung 61: Relative Wertschöpfungsdynamik in den niederösterreichischen Regionen (kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005) 74
Abbildung 62: Relative Produktivitätsentwicklung in den niederösterreichischen Regionen (Wertschöpfung je EWT zu konstanten Preisen, kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005) 74

Abbildung 63: Aus- und EinpendlerInnen im Industrieviertel zwischen den Bezirken und Wien, Burgenland, Steiermark im Jahr 2004 76
Abbildung 64: Kaufkraft-Index pro Haushalt 2005 sowie Veränderung 1996-2005 im Bezirk Neunkirchen (Kaufkraftindex Österreich = 100) 77
Abbildung 65: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich (alle ohne BVA-Versicherte), nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort) 80
Abbildung 66: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort) 81
Abbildung 67: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort, alle ohne BVA-Versicherte) 83
Abbildung 68: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort) 84
Abbildung 69: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 in Schwechat, in Niederösterreich und Österreich (alle ohne BVA-Versicherte), nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort) 88
Abbildung 70: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 in Schwechat, in Niederösterreich und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort) 89
Abbildung 71: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 in Schwechat, in Niederösterreich und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort, ohne BVA-Versicherte) 90
Abbildung 72: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 in Schwechat, in Niederösterreich und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort) 91
Abbildung 73: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich (alle ohne öffentlich Bedienstete), nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort) 95
Abbildung 74: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort) 96
Abbildung 75: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort, ohne BVA-Versicherte) 97
Abbildung 76: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort) 97
Abbildung 77: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 in Wien und Österreich (alle ohne öffentlich Bedienstete), nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort) 101
Abbildung 78: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 in Wien und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort) 102
Abbildung 79: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 in Wien und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort, ohne BVA-Versicherte) 103
Abbildung 80: Kindertagesheime nach Betreuungsform 2009 im Bezirk Lienz, in Niederösterreich und Österreich 104
Abbildung 81: Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 2009 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich 104
Abbildung 82: Kindertagesheime nach Erhalter 2009 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich 105
Abbildung 83: Kindertagesheime nach offenen Wochen und Öffnungszeiten 2009 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich 106
Abbildung 84: Kinder in Kindertagesheimen nach Berufstätigkeit der Mutter 2009 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich 106

Abbildung 85: Kinder in Krippen und Kindergärten nach Anwesenheitsdauer und Einnahme von Mittagessen 2009 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich 107
Abbildung 86: Kindertagesheime nach Betreuungsform 2009 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich 114
Abbildung 87: Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 2009 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich 115
Abbildung 88: Kindertagesheime nach Erhalter 2009 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich 115
Abbildung 89: Kindertagesheime nach offenen Wochen und Öffnungszeiten 2009 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich 116
Abbildung 90: Kinder in Kindertagesheimen nach Berufstätigkeit der Mutter 2009 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich 118
Abbildung 91: Kinder in Krippen und Kindergärten nach Anwesenheitsdauer und Einnahme von Mittagessen 2009 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich 118
Abbildung 92: Kindertagesheime nach Betreuungsform 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich 119
Abbildung 93: Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich 119
Abbildung 94: Kindertagesheime nach Erhalter 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich..... 120
Abbildung 95: Kindertagesheime nach offenen Wochen und Öffnungszeiten 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich 121
Abbildung 96: Kinder in Kindertagesheimen nach Berufstätigkeit der Mutter 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich 122
Abbildung 97: Kinder in Krippen und Kindergärten nach Anwesenheitsdauer und Einnahme von Mittagessen 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich 122
Abbildung 98: Kindertagesheime nach Betreuungsform 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich 125
Abbildung 99: Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich 125
Abbildung 100: Kindertagesheime nach Erhalter 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich 126
Abbildung 101: Kindertagesheime nach offenen Wochen und Öffnungszeiten 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Wien und Österreich 127
Abbildung 102: Kinder in Kindertagesheimen nach Berufstätigkeit der Mutter 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Wien und Österreich 128
Abbildung 103: Kinder in Krippen und Kindergärten nach Anwesenheitsdauer und Einnahme von Mittagessen 2009 in Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich 128
Abbildung 104: Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 2009 in den vier Modellregionen, den Bundesländern und Gesamt-Österreich 130
Abbildung 105: Kinder in Krippen und Kindergärten nach Anwesenheitsdauer und Einnahme von Mittagessen 2009 in den vier Modellregionen, den Bundesländern und Gesamt-Österreich 131
Abbildung 106: Kinder in Kindertagesheimen nach Berufstätigkeit der Mutter 2009 in den vier Modellregionen, den Bundesländern und Gesamt-Österreich 131
Abbildung 107: Kindertagesheime nach Erhalter (öffentlich vs. privat)2009 in den vier Modellregionen, den Bundesländern und Gesamt-Österreich 132
Abbildung 108: Erwerbsquoten der Männer nach Altersgruppen, 2009, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten 138
Abbildung 109: Erwerbsquoten der EU-Bürger (EU-27) bzw. drittstaatsangehörigen Männer gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Männer (15-64, in %) in der EU-27, 2009 138
Abbildung 110: Erwerbsquoten der Frauen nach Altersgruppen, 2009, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten 140
Abbildung 111: Erwerbsquoten der EU-Bürgerinnen bzw. drittstaatsangehörigen Frauen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Frauen (15-64, in %) in der EU-27, 2009 141
Abbildung 112: Beschäftigungsquoten der Männer nach Altersgruppen, 2009, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten 143

Abbildung 113: Beschäftigungsquoten der EU-Bürger (EU-27) bzw. Drittstaatsangehörigen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Männer (15-64, in %) in der EU-27, 2009 144
Abbildung 114: Beschäftigungsquoten der Frauen nach Altersgruppen, 2009, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten 145
Abbildung 115: Beschäftigungsquoten der EU-Bürgerinnen bzw. drittstaatsangehörigen Frauen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Frauen (15-64, in %) in der EU-27, 2009 146
Abbildung 116: Arbeitslosenquoten der Männer nach Altersgruppen, 2009, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten 147
Abbildung 117: Arbeitslosenquoten der EU-Bürger bzw. drittstaatsangehörigen Männer gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Männer (15-64, in %) in der EU-27, 2009 148
Abbildung 118: Arbeitslosenquoten der Frauen nach Altersgruppen, 2009, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten 149
Abbildung 119: Arbeitslosenquoten der EU-Bürgerinnen bzw. drittstaatsangehörigen Frauen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Frauen (15-64, in %) in der EU-27, 2009 150
Abbildung 120: Langfristige Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Österreich nach nationaler Definition* 151
Abbildung 121: Gender Pay-Gap (Differenz des durchschnittlichen Stundenlohns der Frauen in % der Männerlöhne) und Frauenerwerbsquote (2006) 153
Abbildung 122: Gender Pay-Gap (Differenz des durchschnittlichen Stundenlohns der Frauen in % der Männerlöhne) 1995-2006 153
Abbildung 123: Berufliche Gender Segregation der Beschäftigung 154
Abbildung 124: Beschäftigung nach Geschlecht, Betriebsgröße und Gemeindegröße 2006 157
Abbildung 125: Ausgaben für Familienpolitik und ihre Komponenten in ausgewählten OECD Ländern (in % des BIP) 2003 158
Abbildung 126: Positive Korrelation zwischen der Beschäftigungsquote der Frauen und dem kaufkraftbereinigtem BIP pro Kopf (KKS), 2009 160
Abbildung 127: Sozialschutzausgaben in %des BIP in ausgewählten Ländern Europas 172
Abbildung 128: Bundes- und LandespflegegeldbezieherInnen pro 100 EinwohnerInnen und Bundesland (Stichtag 31. 12. 2008) 176
Abbildung 129: Bundes- und LandespflegegeldbezieherInnen pro 100 EinwohnerInnen und Bundesland und durchschnittliche Pflegegeldausgaben pro BezieherIn (Stichtag: 31. 12. 2008) 176
Abbildung 130: Modellhafte Darstellung einer dezentralen sozialen Dienstleistungsstruktur, die auch andere Infrastrukturbereiche integriert 198
Abbildung 131: Abweichung des Schuldenstandes der Gemeinden pro Kopf 2008 vom Bundesland-Schnitt der Gemeindeschulden pro Kopf im Bezirk Lienz/Osttirol 200
Abbildung 132: Abweichung des Schuldenstandes der Gemeinden pro Kopf 2008 vom Bundesland-Schnitt der Gemeindeschulden pro Kopf im Bezirk Neunkirchen 200
Abbildung 133: Abweichung des Schuldenstandes der Gemeinden pro Kopf 2008 vom Bundesland-Schnitt der Gemeindeschulden pro Kopf im Großraum Schwechat 201
Abbildung 134: Über bzw. unter dem Bundesland-Schnitt liegender Schuldenstand der Gemeinden pro Kopf 2008 in Lienz, Neunkirchen und Schwechat 201
Abbildung 135: Beispiel für eine regionale Spezialisierung auf Elemente einer sozialen Infrastruktur 202
Abbildung 136: Entscheidungsbaum nach Brimicombe 217

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Wohnbevölkerung in den niederösterreichischen Bezirken, 1. Quartal 2009 11

Tabelle 2: Wohnbevölkerung nach breiten Altersgruppen in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich, 1. Quartal 2009 12

Tabelle 3: Wohnbevölkerung im Bezirk Neunkirchen nach Gemeinden und breiten Altersgruppen, 1. Quartal 2009 14

Tabelle 4: Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren im Bezirk Neunkirchen nach Gemeinden und ISCED-Bildungskategorien 2001 (Volkszählung) 25

Tabelle 5: Wohnbevölkerung in den niederösterreichischen Bezirken, 1. Quartal 2009 26

Tabelle 6: Wohnbevölkerung nach breiten Altersgruppen im Großraum Schwechat, Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich, 1. Quartal 2009 27

Tabelle 7: Wohnbevölkerung im Großraum Schwechat nach Gemeinden und breiten Altersgruppen, 1. Quartal 2009 28

Tabelle 8: Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren im Großraum Schwechat nach Gemeinden und ISCED-Bildungskategorien 2001 (Volkszählung) 35

Tabelle 9: Wohnbevölkerung in den Tiroler Bezirken, 1. Quartal 2009 36

Tabelle 10: Wohnbevölkerung nach breiten Altersgruppen in Lienz, Tirol und Österreich, 1. Quartal 2009 36

Tabelle 11: Wohnbevölkerung im Bezirk Lienz nach Gemeinden und breiten Altersgruppen, 1. Quartal 2009 38

Tabelle 12: Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren im Bezirk Lienz nach Gemeinden und ISCED-Bildungskategorien 2001 (Volkszählung) 46

Tabelle 13: Wohnbevölkerung in den Wiener Bezirken, 1. Quartal 2009 47

Tabelle 14: Wohnbevölkerung nach breiten Altersgruppen in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich, 1. Quartal 2009 47

Tabelle 15: Wirtschaftsleistung der österreichischen Bundesländer 2007, Bruttoregionalprodukt (laufende Preise) und Beschäftigte (ArbeitnehmerInnen) 70

Tabelle 16: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren im Bezirk Neunkirchen im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Arbeitsort) 78

Tabelle 17: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren im Bezirk Neunkirchen im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Wohnort) 79

Tabelle 18: Durchschnittliche Brutto-Jahresbezüge 2007 nach sozialer Stellung im Bezirk Neunkirchen und in Niederösterreich 84

Tabelle 19: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Schwechat im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Arbeitsort) 86

Tabelle 20: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Schwechat im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Wohnort) 87

Tabelle 21: Durchschnittliche Brutto-Jahresbezüge 2007 nach sozialer Stellung im Bezirk Wien-Umgebung und in Niederösterreich 91

Tabelle 22: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren im Bezirk Lienz im Vergleich zu Tirol und Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent 93

Tabelle 23: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Lienz im Vergleich zu Tirol und Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Wohnort) 94

Tabelle 24: Durchschnittliche Jahresbezüge 2007 der ArbeitnehmerInnen in den Tiroler Bezirken 98

Tabelle 25: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Wien im Vergleich zu Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Arbeitsort) 99

Tabelle 26: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Wien im Vergleich zu Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Wohnort) 100

Tabelle 27: Erwerbsquoten der Männer (15-64 Jahre) in der EU-27, 2009, nach Herkunft 137

Tabelle 28: Erwerbsquoten der Frauen (15-64 Jahre) in der EU-27, 2009, nach Herkunft 139

Tabelle 29: Beschäftigungsquoten der Männer (15-64 Jahre) in der EU-27, 2009, nach Herkunft 142
Tabelle 30: Beschäftigungsquoten der Frauen (15-64 Jahre) in der EU-27, 2009, nach Herkunft..... 144
Tabelle 31: Arbeitslosenquoten der Männer (15-64 Jahre) in der EU-27, 2009, nach Herkunft 146
Tabelle 32: Arbeitslosenquoten der Frauen (15-64 Jahre) in der EU-27, 2009, nach Herkunft..... 149
Tabelle 33: Anteil der Kinder mit berufstätiger Mutter (Vollzeit, Teilzeit zusammen) nach Betreuungsform 2009 in den Modellbezirken, Bundesländern und Österreich 223

Hauptaussagen

Der unzureichende Ausbau der sozialen Dienstleistungen, allen voran der Kinderbetreuung und der Versorgung mit erschwinglicher Pflege und Betreuung, ist ein Grund für die nach wie vor gering ausgeprägte Aufteilung von Haus- und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen. Um eine Professionalisierung der haushaltsnahen Dienstleistungsbereiche zu forcieren und um ein adäquates Versorgungsnetz aufzubauen, bedarf es eines gezielten kleinräumigen Ausbaus der Infrastruktur.

Der demographische Wandel in Verbindung mit Zu- und Abwanderungsbewegungen und damit zusammenhängend einem unterschiedlichen Ausmaß der Alterung der Bevölkerung stellen neue Anforderungen an das soziale Dienstleistungsangebot: Während manche Regionen mit einer ausgeprägten Abwanderungsdynamik konfrontiert sind, verzeichnen andere aufgrund fortdauernder Zuwanderung aus dem Aus- und Inland ein anhaltendes Bevölkerungswachstum. Die regionalen soziodemographischen und ökonomischen Gegebenheiten bilden den Rahmen für die Gestaltung der sozialen Dienstleistungsstruktur, die in der vorliegenden Studie anhand von vier Modellregionen (Bezirk Neunkirchen, Großraum Schwechat, Bezirk Lienz, Zweiter Wiener Gemeindebezirk/Leopoldstadt) dargestellt und analysiert wird.

Die Wirtschaftkrise und ihr Effekt auf den Arbeitsmarkt

Die österreichische Wirtschaft, die bis in den Herbst 2008 sehr erfolgreich war, ist im Laufe des Jahres 2009 zunehmend von der internationalen Krise erfasst worden. Die österreichische Wertschöpfung schrumpfte im Jahr 2009 um 3,9 %, nachdem das reale BIP im Jahr 2008 noch um 2,2 % expandierte. Im internationalen Vergleich ist der Konjunktureinbruch in Österreich besonders ausgeprägt.

Gemessen an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit traf die Krise Wien infolge des hohen Dienstleistungsanteils an der Beschäftigung weniger stark als Niederösterreich, Tirol und Gesamtösterreich. Das Niveau der Arbeitslosigkeit, gemessen an der Arbeitslosenquote, ist in Wien allerdings mit 8,5 % im Jahr 2009 höher als in Tirol (6,3 %), Niederösterreich (7,3 %) und Österreich (7,2 %).

AusländerInnen sind vom Anstieg der Arbeitslosigkeit stärker betroffen als InländerInnen, und zwar in allen Bundesländern.

Beschäftigung im internationalen Vergleich

Österreich zählt zu den Ländern in der EU, die im Schnitt eine etwas überdurchschnittliche Integration der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64) ins Erwerbsleben aufweisen. Die Erwerbsquote der Männer lag 2009 bei 81 % gegenüber 77,8 % in EU-27 und79,2 % in den EU-15-Ländern, die der Frauen bei 69,6 % gegenüber 64,3 % in EU-27 und 65,9 % in der EU-15.

Die Höhe und die Altersstruktur der Erwerbsquoten unterscheiden sich unter Frauen stärker zwischen den EU-Mitgliedstaaten als unter Männern, und zwar unabhängig von der Herkunftsregion. Die Unterschiede in der Einbindung der Frauen ins Erwerbsleben sind stärker vom jeweiligen Wohlfahrtsmodell geprägt als die der Männer.

Im Ländervergleich zeigen sich vor allem Unterschiede in den Erwerbs- und Beschäftigungsquoten am unteren und oberen Ende des Altersspektrums, nicht zuletzt eine Folge der unterschiedlichen Bildungs- und Pensionssysteme, die bestimmende Elemente eines jeden Sozialmodells sind. Österreich hat im EU-Vergleich eine hohe Beschäftigungsquote unter Jugendlichen – eine Folge der großen Bedeutung der dualen Ausbildung in der Lehre–, und eine geringe unter den Älteren – eine Folge des zum Teil institutionell bedingten frühen Erwerbsaustritts.

Die Arbeitslosenquoten der Männer liegen im Schnitt der EU-27 im Jahr 2009 bei 9,1 % (Österreich 5,1 %), jene der EU-Bürger liegen mit 11,4 % über diesem Schnitt (in Österreich mit 6 %), jene der drittstaatsangehörigen Männer liegen mit 20,2 % erheblich über dem Schnitt (in Österreich 14,2 %). Die Arbeitslosenquoten der Frauen waren 2009 in der EU-27 mit 8,9 % (Österreich 4,6 %), anders als noch 2008, niedriger als die der Männer; auch bei den EU-Bürgerinnen lagen die Arbeitslosenquoten mit 11,7 % über dem Gesamt-Schnitt (in Österreich mit 7,6 % ebenso); jene der drittstaatsangehörigen Frauen waren mit 18,2 % deutlich höher als der EU-Schnitt (in Österreich 10,8 %).

Lohnunterschiede nach dem Geschlecht: ein komplexer Wirkungsmechanismus

In Österreich hat sich die berufliche Geschlechtersegmentierung der Erwerbsarbeit seit den 1960er Jahren nur wenig verändert, trotz einer starken Steigerung der Frauenbeschäftigung. Die Lohnunterschiede nach Geschlecht gehören in Österreich zu den höchsten in der EU.

Ein wichtiger Erklärungsfaktor für die internationalen Unterschiede in den Stundenlöhnen zwischen Männern und Frauen ist in der beruflichen und branchenspezifischen Gender-Segmentation der Beschäftigung zu sehen, sowie im unterschiedlichen Bildungs- und Erwerbsverhalten. Das unterschiedliche Bildungsverhalten schlägt sich vor allem in einer anderen Berufswahl nieder und das Erwerbsverhalten unterscheidet sich vor allem in der Erwerbsarbeitszeit. Dadurch dass Frauen sich im Haupterwerbsalter häufiger als Männer aus dem Erwerbsleben zurückziehen bzw. ihre Arbeitszeit reduzieren, können sie seltener als Männer in den Genuss einer Senioritätsentlohnung bzw. von Überstundenzahlungen kommen.

Österreich hat im EU-Vergleich vergleichsweise wenig in die Ausweitung der so genannten produktiven sozialen Infrastruktur investiert, d.h. in den Ausbau eines leistbaren Angebots an Kinderbetreuung, Pflege und anderen (haushaltsnahen) sozialen Dienstleistungen. Gleichzeitig ist Österreich großzügig bei der Auszahlung von Geldleistungen an Haushalte: Transferleistungen machen in Österreich 27,4 % des Haushaltseinkommens von Personen im arbeitsfähigen Alter aus, im Vergleich zu 15,8 % im OECD-Durchschnitt.

In Österreich verbleiben in der Folge im Vergleich zu den nordischen Ländern mehr Arbeitsressourcen im Haushalt. Einerseits äußert sich dies über eine geringere Erwerbsbeteiligung der Frauen, andererseits über einen höheren Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen. Dieses Verhaltensmuster trägt dazu bei, dass es in Österreich eher zu einer Verknappung von Arbeitskräften, insbesondere Fachkräften, kommt als in den nordischen Ländern. Davon geht einerseits ein Zuwanderungsdruck von Arbeitskräften aus dem Ausland aus, andererseits ein Trend zur Urbanisierung (Aushöhlung des ländlichen Raums). Letzterer wird von der Abwanderung gut

qualifizierter Frauen aus dem ländlichen Raum geprägt, die auf eine soziale Infrastruktur zurückgreifen wollen, um ihre Erwerbs- und Einkommenschancen langfristig zu verbessern.

Sozialwirtschaft in Ländern mit hoher Versorgungsdichte

Niederlande

In den Niederlanden sind die Familienleistungen steuerfinanziert. Kindergeld wird allen EinwohnerInnen für Kinder unter 18 Jahren gewährt, für die Unterhalt geleistet wird. Hingegen ist das Pflegesystem beitragsfinanziert (Krankenversicherungen). Im Allgemeinen werden Pflegesachleistungen angeboten. Seit 1. Jänner 2007 liegen verschiedene Verantwortlichkeiten, wie etwa Heimhilfe oder Transport von Älteren und Behinderten, bei den Kommunen, mit dem Ziel, den lokalen sozialen Zusammenhalt zu stärken. In den meisten Fällen muss ein privater Kostenbeitrag entrichtet werden, der einkommensabhängig und in den einzelnen Kommunen unterschiedlich hoch ist. Die Verlagerung der sozialen Dienste auf den Erwerbsarbeitsmarkt erklärt das ‚Beschäftigungswunder' der Niederlande in hohem Maße sowie die hohe Resistenz gegen konjunkturelle Krisen.

Dänemark

In Dänemark sind die sozialen Dienste steuerfinanziert. Das Kindergeld wird für Kinder mit Wohnsitz in Dänemark bis zum Alter von 18 Jahren gewährt. Bei Kindern unter neun Jahren besteht Anspruch auf Beurlaubung zur Kinderbetreuung. Das Pflegesicherungssystem ist in Dänemark universell und wird dezentralisiert von den Gemeinden organisiert. Es basiert auf Sachleistungen im Fall von Pflegebedürftigkeit, spezielle Geldleistungen werden nicht gewährt.

Die Kombination aus einer starken marktwirtschaftlichen Ausrichtung mit einem universellen Wohlfahrtstaat, der im Wesentlichen Sachleistungen für alle sozialen Bedürfnisse und Abdeckung von Risiken anbietet, macht Dänemark zu einem viel beachteten flexiblen und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaftsmodell. Die flexible Organisation der sozialen Dienste und ihr hoher Grad der Professionalität ist eine Voraussetzung dafür, dass die Flexibilitätsanforderungen im Erwerbsleben (Flexicurity) ohne einen Verlust der Lebensqualität erfüllt werden können.

Schweden

Schweden hat ein pauschales, steuerfinanziertes Kindergeld mit Zulagen für große Familien, das für alle Kinder bis 16 Jahre mit Wohnsitz (mehr als sechs Monate pro Jahr) in Schweden gewährt wird. Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren, die eine weiterführende Schule besuchen, wird eine vergleichbare Beihilfe gewährt. Das schwedische Kindergeld hängt von der Anzahl der Kinder ab.

Die Organisation und Finanzierung der Pflegeleistungen obliegt den Gemeinden. Generell wird das Ziel verfolgt, den älteren Menschen ein weitgehend unabhängiges Leben so lange wie möglich im eigenen Heim zu ermöglichen. In den letzten 15 Jahren wurden daher auch die institutionellen Betreuungsarrangements reduziert und die mobilen sozialen Dienste ausgebaut.

Die Pflegeleistungen werden in Schweden grundsätzlich als Sachleistungen erbracht. Geldleistungen sind unüblich, und es gibt keine nationalen Richtlinien dazu. Es besteht ein gutscheinähnliches

System, mit dem Personen Anspruch auf Pflegeleistungen geltend machen können. Das Niveau der Selbstbeteiligung ist in Schweden niedrig.

Frankreich

In Frankreich basieren Sozialleistungen ebenso wie in Österreich auf einem erwerbszentrierten Sozialversicherungsmodell. Frankreich bietet die größte Variationsbreite an staatlich geförderten privaten und öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten. Die Familienleistungen werden durch Arbeitgeberbeiträge und Steuern finanziert. Kindergeld wird ab dem zweiten Kind, bis zum Alter von 20 Jahren gewährt.

Auch die Pflegeleistungen sind beitrags- und steuerfinanziert. Bei Pflegebedürftigkeit werden beitragsfinanzierte Zulagen und Beihilfen gewährt, die keiner Bedürftigkeitsprüfung unterliegen, teils aber einkommensabhängig sind. Bei Pflegebedürftigkeit im Alter ist in Frankreich eine Pflegebeihilfe vorgesehen. Diese wird ab Vollendung des 60. Lebensjahres gewährt. Der Anspruch hängt vom Ausmaß der Pflegebedürftigkeit ab, die Höhe der gewährten Pflegebeihilfe ist einkommensabhängig. Diese Geldleistungen werden vom Staat und den Kommunen finanziert. Die Pflege in Wohn- oder Pflegeheimen wird durch die Krankenversicherung finanziert.

In dem zentralistisch ausgerichteten französischen sozialen Dienstleistungssektor übernimmt der Zentralstaat eine starke lenkende und kontrollierende Funktion. Der Spielraum der Gemeinden ist infolge eingeschränkt.

Sozialwirtschaft in Österreich

In Österreich sind die Familienleistungen durch Arbeitgeberbeiträge sowie durch Steuern finanziert. Seit einigen Jahren gewährt Österreich ein Kinderbetreuungsgeld, unabhängig von einer früheren Erwerbstätigkeit oder Pflichtversicherung. Das Kinderbetreuungsgeld wird immer nur für das jüngste Kind gewährt und steht in fünf Varianten, die sich in Höhe und Bezugsdauer unterscheiden, zur Verfügung. Anspruch auf Familienbeihilfe haben Eltern mit Kindern unter 18 Jahren, bei Kindern in Ausbildung kann Familienbeihilfe bis zum 26. Lebensjahr bezogen werden.

Pflegeleistungen fallen in Österreich in die Kompetenzen des Bundes und der Länder. Die Geldleistungen in Form von Pflegegeld und Förderungen der 24-Stunden-Pflege werden von Bund und Ländern aus Steuern finanziert. Das österreichische Pflegesystem beruht auf zwei Säulen, nämlich dem universellen bedürfnisgeprüften Pflegegeld und den ambulanten, teilstationären und stationären Pflegediensten. In Österreich werden bis zu 80 % der pflegebedürftigen Menschen zu Hause von Familienmitgliedern, Pflegediensten oder privaten Pflegepersonen betreut.

Soziale Dienstleistungen werden in Österreich weitestgehend im Nonprofit-Sektor organisiert.

Soziale Dienste, regionale Infrastrukturmaßnahmen und ihre Finanzierung

Internationale Erfahrungen zeigen, dass es eine komplexe soziale Infrastruktur braucht, wenn man – im Sinne der Chancengleichheit – Männern und Frauen die gleichen Lebenschancen geben will. Eine gut funktionierende, professionelle soziale Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass Frauen entsprechend ihrer Interessen und Ausbildungsniveaus in den Wirtschaftsprozess eingebunden sind und einer beruflichen Karriere nachgehen können.

„Industrialisierung“ und flexible Spezialisierung der sozialen Dienstleistungen

Angesichts knapper budgetärer Ressourcen in den sozialen Diensten bedarf es einer Effizienzsteigerung der Organisation der sozialen Dienste. Mit Unterstützung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie lassen sich Organisationsabläufe beschleunigen bzw. neu organisieren. So lassen sich aus der Auslagerung von gewissen Tätigkeiten auf spezielle Agenturen oder auf die eine oder andere Gemeinde in einem Gemeindeverbund (Gehalts- und Lohnverrechnung, Organisation der Betreuungsdienste, der Fahrtendienste etc.) Kostenersparnisse erzielen, die für eine Individualisierung und Verbesserung der Versorgungsleistung eingesetzt werden können.

Bei der Umsetzung eines integrierten Systems sozialer Dienstleistungen ist nicht nur an die Koordination der inhaltlichen, funktionalen Aufgaben zu denken, sondern auch an die Koordination der Akteure auf den verschiedenen administrativen Ebenen und Funktionen.

Eine größer angelegte arbeitsteilige Organisationsform schafft Arbeitsplätze für eine Vielfalt von Kompetenzen, die in ihrem Zusammenwirken eine umfassende Betreuung und/oder Förderung der Betroffenen sicher stellen. Ein Zusammenschluss, um economies of scale und eine Professionalisierung der sozialen Dienste zu erreichen, ist nicht nur eine Option für den ländlichen sondern auch den städtischen Raum.

Handlungsoptionen für eine nachhaltige Versorgung mit sozialen Dienstleistungen

Ohne Beschäftigungswachstum ist die Erhaltung der Qualität der Sozial- und Gesundheitsdienste angesichts der Alterung der Bevölkerung schwierig, da der Großteil der Finanzierung in Österreich aus den Lohnnebenkosten (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerabgaben) erfolgt. Eine effizientere Organisation der sozialen Dienste, im Wesentlichen über integrierte Systeme, ist aber ein Gebot der Stunde, soll die Versorgungsqualität in einer alternden Gesellschaft und bei steigendem Kostendruck nicht leiden.

Unter integrierten Systemen ist die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Versorgungsdiensten, die Einbindung von Abholdiensten und Zubringerdiensten, die Koordination zwischen den unterschiedlichen Orte und Arten der Leistungserbringung (Betreuung, Erziehung, Förderung, Haushalt) sowie die Anbindung an die Freizeitgestaltung zu verstehen.

Mobilität wird zu einem Kernkriterium für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, d.h. einer beruflichen Entfaltungsmöglichkeit von Frauen und Männern, in denen die Arbeitszeit den eigenen Wünschen entspricht.

Umsetzung und Finanzierung

Die Analyse der finanziellen Situation der Gemeinden in den Pilotregionen hat gezeigt, dass Regionen, die einen guten Zugang zu den regionalen Ballungszentren bzw. wirtschaftlich dynamischen Regionen haben, eine günstigere Finanzlage aufweisen als periphere Regionen. Das ist u.a. damit zu erklären, dass die verschiedenen Infrastrukturausgaben der Gemeinden (soziale Dienste, Energie- und Wasserversorgung, Abfallwesen, Naturschutz und Landschaftspflege, Verkehrswesen etc.), die einen Fixkostencharakter aufweisen, in den peripheren Gemeinden auf eine geringere Bevölkerungszahl umzulegen sind.

Die große Herausforderung der Gemeinden besteht somit darin, die sozialen Dienste in Kombination mit den anderen Infrastrukturmaßnahmen so zu gestalten, dass sie möglichst kosteneffizient angeboten werden.

In diesem Sinn könnten mehrere Gemeinden miteinander kooperieren und etwa einen Kindergarten oder Pflege-/Betreuungseinrichtungen arbeitsteilig organisieren (flexible Betreuungsformen ergänzt um flexible Fahrtendienste).

Für die Umsetzung einer Strukturreform in Richtung integrative soziale Infrastruktur, die auf die Erhaltung der Umwelt und des Wirtschaftsstandortes Rücksicht nimmt, braucht es eine Start-Up Finanzierung. Der Zusammenschluss von Gemeinden bedarf finanzieller Anreize, etwa Förderbeiträge in Abhängigkeit von einer regionalen Integration und Spezialisierung. Für die Umsetzung wäre eine Bund-Länderaktion vorstellbar, die einen Innovationsfonds für die Schaffung eines integrierten Sozialsystems speist, aus dem Gemeinden unter bestimmten Auflagen Förderungen erhalten können. Dabei kann es sich um rückzahlbare Kredite ebenso handeln wie um Investitionsförderungen. Auch die EU-Regionalförderung kann in ein derartiges dezentrales regionales Entwicklungsszenarium eingebunden sein.

Gedanken zur Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums

Es ist die Aufgabe der Raumplanung, regionale Disparitäten auf ein normativ-politisches Maß zu bringen, d.h. auf ein Maß, das von der Gesellschaft als erwünscht oder fair angesehen wird. Die konventionelle neoklassische ökonomische Theorie verfügt derzeit über keine Antwort, wie die regionalen Disparitäten reduziert werden können. International ist zu beobachten, dass es im Gefolge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu einer zunehmenden Urbanisierung kommt. Räumliche Konzentrationsprozesse finden sowohl zwischen Großstädten (Metropolisierung) als auch auf intraregionaler Ebene (Abwanderung aus dem ländlichen/peripheren Raum in Regionalzentren) statt.

Diese Entwicklungen sind in Zusammenhang mit grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zu sehen. Traditionelle Vorstellungen über die Lebensweise und Organisationssysteme, die die Erhaltung des Regionalstandorts zum Ziel hatten, verlieren an Bedeutung. Ebenso die traditionellen Lebensformen – unsere Gesellschaften sind von zunehmender Mobilität und Flexibilität geprägt, sowohl in der Arbeitswelt als auch im Privatleben.

Die Raumplanung muss auf diese Entwicklungen reagieren und gestaltend eingreifen. Wenn die Gesellschaft davon überzeugt ist, dass die Erhaltung des ländlichen Raums aus unterschiedlichen Gründen wünschenswert ist, müssen sich die institutionellen und gesellschaftlichen Systeme an die geänderten Verhaltensmuster der wirtschaftlichen und sozialen Akteure anpassen. Dabei zählen zu den gesellschaftlichen Systemen auch Werte und ihr Wandel über die Zeit, etwa die Gleichbehandlung der Geschlechter. Letztere impliziert ein Überdenken der traditionellen Rollenbilder der Frauen und Männer in der Gesellschaft und die Implikationen für die Organisation der beiden Arbeitsfelder.

Bis dato sieht man Gemeinwesenarbeit als unabhängig vom Wirtschaftssystem. Die Theorie der Gemeinwesenökonomie ist noch in einem Entwicklungsstadium, in dem wissenschaftliche Erkenntnisse aus verschiedenen Disziplinen einfließen, mit dem Ziel, die Wohlfahrt aller in unseren

Gesellschaften nachhaltig zu sichern, unter Einbeziehung der Organisation einer nachhaltigen Energieversorgung und Sicherung der Umwelt. Ansätze gelebter Solidarökonomien werden als Alternativ- oder Komplementärstrukturen wahrgenommen, bergen in sich aber zunehmend Elemente einer nachhaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationsform.

Einleitung

Die vorliegende Studie untersucht die Versorgung mit sozialen Diensten von vier Bezirken/Regionen Österreichs, nämlich Osttirol, Neunkirchen und Schwechat in Niederösterreich, sowie Leopoldstadt in Wien. Fokus der Analyse ist das Herausarbeiten der Rolle der Verfügbarkeit von sozialen Diensten für die Integration der Bevölkerung ins Erwerbsleben, für die Stabilisierung des Familieneinkommens und in der Folge das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial des Bezirks/der Region. Die wesentliche Frage in dem Zusammenhang ist, in welchem Maße durch die Vernetzung sozialer Dienstleistungen oder die Einrichtung „sozialer Dienstleistungszentren", die als regionale integrierte Serviceeinrichtungen Menschen bei der Meisterung der Herausforderungen des Alltags in den einzelnen Lebensphasen unterstützen, der regionale Wirtschaftsstandort aufgewertet und der soziale Zusammenhalt gestärkt werden können.

Die Untersuchung ist vor dem Hintergrund der Folgen der wirtschaftlichen Krise zu sehen, die substanzielle Beschäftigungsverluste in der marktorientierten Wirtschaft ausgelöst hat. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung wurden verstärkt eingesetzt, um die Familieneinkommen zu stabilisieren und die Kaufkraft zu erhalten. Es wurden aber keine Weichenstellungen vorgenommen, die die Sozialwirtschaft, in der hohe und steigende Anteile der Bevölkerung Arbeit finden, auf neue und nachhaltige Beine stellen. Die Organisationsstruktur der Arbeit verharrt weiterhin in einer am Familienerhalter ausgerichteten Industriegesellschaft mit einer hohen Verbleibsquote der Betreuungsarbeit in den Haushalten. Nur ansatzweise kommt es zu einer Aufweichung der Rolle von Mann und Frau in der Aufteilung von Haus- und Erwerbsarbeit in Richtung einer von partnerschaftlichem Denken geprägten modernen Dienstleistungsgesellschaft. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in dem unzureichenden Ausbau der sozialen Dienstleistungen, allen voran der Kinderbetreuung und der Versorgung mit erschwinglicher Pflege und Betreuung. Um eine Professionalisierung dieser Dienstleistungsbereiche zu forcieren und um ein adäquates Versorgungsnetz aufzubauen, bedarf es eines gezielten kleinräumigen Ausbaus der Infrastruktur, etwa über soziale Dienstleistungszentren (one-stop-shop). Mit der Schaffung von sozialen Dienstleistungszentren soll das bestehende Angebot an sozialen Dienstleistungen zusammengeführt sowie bedarfsorientiert ausgeweitet werden und zur zentralen Informations- und Anlaufstelle für all jene werden, die soziale Dienstleistungen in Anspruch nehmen (wollen).

Ein Aspekt in dem Zusammenhang ist die Professionalisierung und arbeitsteilige Organisation und Institutionalisierung der sozialen Dienstleistungen unter Einbindung aller derzeitigen Angebote in ein umfassendes Informationsnetzwerk (Plattform). Damit werden einerseits Arbeitsplätze geschaffen, und zwar auf allen Qualifikationsebenen, andererseits werden infolge einer effizienteren Organisation Arbeitsressourcen freigesetzt, die derzeit in häuslicher Betreuungsarbeit gebunden sind. Eine institutionelle Neuorientierung der Organisation der sozialen Dienste soll sicherstellen, dass es im kommenden Wirtschaftsaufschwung zu keiner Verknappung von Fachkräften kommt, die inflationäre Tendenzen auslösen und das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen könnte. Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, Grundlagen für die Entwicklung einer derartigen Neuausrichtung zu erarbeiten.

Die vier ausgewählten Modellregionen weisen unterschiedliche wirtschaftliche Schwerpunkte und sozialpolitische Herausforderungen auf. Der demographische Wandel in Verbindung mit Zu- und Abwanderung und damit verbunden einem unterschiedlichen Ausmaß der Alterung der Bevölkerung stellen Anforderungen an das soziale Dienstleistungsangebot: Während sich manche Regionen mit einer ausgeprägten Abwanderungsdynamik konfrontiert sehen, verzeichnen andere aufgrund fortdauernder Zuwanderung aus dem Aus- und/oder Inland ein anhaltendes Bevölkerungswachstum. Daraus resultiert im ersten Fall ein steigender Bedarf an Pflege- und Betreuung einer alternden Bevölkerung, im anderen der Bedarf an Integrationsmaßnahmen, allen voran interkulturellen Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen. Die Organisation der sozialen Infrastruktur stellt eine Herausforderung für lokale Entscheidungsträger dar, nicht zuletzt da die Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte in den diversen Sozial- und Betreuungsdiensten sehr unterschiedlich sind und das lokale Bildungssystem die nötigen Qualifikationen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen kann. Derzeit nicht genutzte Ressourcen könnten über eine alternative Organisation der Arbeit – Haus- und Erwerbsarbeit sowie Freiwilligenarbeit – Arbeitskräfteknappheiten entgegen wirken.

Wissenschaftliche Fragestellungen und methodische Umsetzung

Den Ausgangspunkt der Analyse bildet eine Status-quo-Erhebung der Angebots- und Finanzierungsstrukturen der sozialen Dienstleistungen vor Ort. Die Studie untersucht, welchen Beitrag die Professionalisierung und die effizientere Organisation der sozialen Dienstleistungen zur Produktivitätssteigerung und Nachhaltigkeit des lokalen Angebots an sozialen Dienstleistungen sowie des Wirtschaftswachstums leisten kann, etwa durch Überführung von sozialer Arbeit in den Markt, die derzeit im informellen Sektor oder im Haushalt erbracht wird. Damit werden vor allem für Frauen eigenständige, sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen, die das lokale Einkommensniveau und Konsumpotential erhöhen. Davon geht ein positiver Multiplikatoreffekt für das lokale Wirtschaftswachstum aus.

Hauptaugenmerk der Untersuchung liegt auf den Auswirkungen des sozialen Dienstleistungsangebots, vor allem von Kinder- und Altenbetreuung, auf die Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven der Männer und Frauen sowie den Wirtschaftsstandort.

In der Studie kommen verschiedene qualitative und quantitative Forschungsmethoden zur Anwendung. Der Fokus liegt dabei zum einen auf der Bevölkerungsstruktur und –entwicklung sowie der Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarktentwicklung, zum anderen auf den Strukturen des Dienstleistungsangebots sowie der Rolle der lokalen Akteure, ihrer Verbindungen zur Unterstützung des Strukturwandels und sozioökonomischer Transformation. Dazu wurden in den ausgewählten Modellregionen Fokusgruppen und ExpertInnen-Interviews durchgeführt.

In einem **einleitenden Kapitel** wird auf die wirtschaftliche Krise und ihre Auswirkung auf den Arbeitsmarkt eingegangen. In weiterer Folge wird im **zweiten Kapitel** die Bevölkerungsentwicklung dargestellt, die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund und die Beschäftigungslage, und zwar aus einer konjunkturellen und strukturellen Perspektive (nach Branchen, Berufen und Bildung). In dem Zusammenhang wird der Grad der Einbindung ins Erwerbsleben aus einer Gender- und Integrationsperspektive durchleuchtet.

In einem **dritten Kapitel** wird untersucht, wie sich die konjunkturelle und strukturelle Beschäftigungslage von Frauen und Männern im internationalen Umfeld darstellt. Hier liegt der Schwerpunkt auf dem Herausarbeiten der Rolle der sozialen Dienste für die Beschäftigungsquote von Männern und Frauen sowie die Implikationen für den gender pay gap, die Bildungsneigung und die gesamtwirtschaftliche Produktivität.

In einem **vierten Kapitel** wird untersucht, welche Organisations- und Finanzierungsformen der Sozialwirtschaft in Ländern mit einer hohen Versorgungsdichte üblich sind. Beispielhaft wird auf die Situation in Holland, Dänemark, Schweden und Frankreich im Österreichvergleich eingegangen. Daraus wird ersichtlich, dass unterschiedliche räumliche institutionelle und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen eine Vielfalt von Umsetzungsmodellen erforderlich machen.

In einem **fünften Kapitel** kommt es zu einem Vergleich zwischen den vier Pilotregionen, d.h. dem Wiener Bezirk Leopoldstadt, Neunkirchen (einer alten Industrieregion in NÖ), Osttirol (einem ländlichen Abwanderungsraum) und Schwechat (einer dynamischen Zuwanderungsregion mit geringer sozialer Infrastruktur). Aus diesen sehr unterschiedlichen Herausforderungen der einzelnen Regionen ergeben sich anders geartete regionale Entwicklungskonzepte für die soziale Infrastruktur.

Der Frage der Finanzierung wird im **sechsten Kapitel** nachgegangen, wobei vor Ort erkundet wird, welche Förderungsmöglichkeiten es derzeit gibt, welche neu aufzubauen wären und ob es Möglichkeiten der Umschichtung von alten Förderungen/Typen auf die neuen Herausforderungen gibt.

In Hinblick auf ein zukünftiges Monitoring und eine etwaige Evaluierung der Pilotprojekte werden in einem eigenen kurzen **siebenten Kapitel** Überlegungen zur Raumordnung und den theoretischen Konzepten zur Erklärung regionaler Wachstumsunterschiede angestellt. Dabei gilt der Rolle der sozialen Dienste im Sinne einer Gemeinwesenökonomie besonderes Augenmerk.

Definition und Abgrenzung des Forschungsgegenstandes

Alltagssprachlich ebenso wie im fachlichen oder wissenschaftlichen Diskurs herrscht kein einheitliches Begriffsverständnis für „soziale Dienstleistungen“.

Einer Definition des Deutschen Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung folgend (1981, zitiert nach: Bauer 2001b: 13) umfassen die sozialen Dienstleistungen „all diejenigen Handlungen, Aktivitäten und Maßnahmen von privaten Institutionen oder Einzelpersonen und/oder staatlichen Institutionen ..., die darauf abzielen, die physische oder psychische Lebens- und Erlebensfähigkeit sowie die Sozialfähigkeit von Einzelnen und/oder Gruppen wieder herzustellen oder zu verbessern“. In der Definition von Badura/Gross (1976: 73ff.) sind „soziale Dienstleistungen“ (bzw. „soziale Dienste“) all jene persönlichen Dienstleistungen, die den Tatbestand des Helfens bzw. der Hilfe aufweisen. Sie werden „den Bedürftigen ohne Berücksichtigung ihrer eigenen Beiträge in gleichem Ausmaß gewährt“. Soziale Dienstleistungen sind also Teil des wohlfahrtsstaatlichen Sozialleistungssystems. Sie zählen zum Typus der personenbezogenen, direkten Dienstleistungen, die von privaten Haushalten nachgefragt werden, aber großteils über Dritte – im Wesentlichen die öffentliche Hand – finanziert werden. Soziale Dienste werden demnach im Rahmen der staatlichen Sozialpolitik vom Staat, juristischen Personen öffentlichen Rechts oder gemeinnützigen Trägern

erbracht oder zumindest mitfinanziert, weil sie nicht in ausreichendem Maße freiwillig und unentgeltlich (etwa durch die Familie) erbracht bzw. von der Privatwirtschaft zu erschwinglichen Preisen angeboten werden können.

In Abgrenzung vom zum Teil synonym verwendeten Begriff der „sozialen Dienste“ ist festzuhalten, dass mit den „sozialen Dienstleistungen“ der Handlungs- und Tätigkeitsaspekt benannt wird, während sich „soziale Dienste“ auf den Organisationsaspekt beziehen. Die sozialen Dienste bilden den organisatorisch-institutionellen Rahmen der sozialen Dienstleistungen. Sie weisen mit ihren vielfältigen Rechts- und Betriebsformen sowie ihrer Verankerung auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen eine differenzierte, mehrstufige Struktur auf. (Bauer 2001a: 29ff., 2001b: 10ff., Badura/Gross 1976: 73ff., Bellermann 2004: 154ff.)

In der vorliegenden Studie wird ein besonders weiter Begriff der personenbezogenen sozialen Dienste gewählt, in dem nicht nur Sozial- und Gesundheitsdienste, sondern auch Kinder(garten)betreuung, Schule und Erziehung, Unterstützung beim Lernen, haushaltsnahe Tätigkeiten und dgl. mehr einbezogen werden.

Warum die vier Modellregionen?

Die vier Regionen wurden auf Grund ihres beispielhaften topographischen und wirtschaftlichen Typus und den damit verbundenen unterschiedlichen Herausforderungen an die Organisation der Sozialwirtschaft ausgewählt:

Der politische Bezirk **Neunkirchen** ist eine alte Industrieregion im südlichen Teil des Bundeslandes Niederösterreich, an der Grenze zur Steiermark (Wechsel, Semmering). Er umfasst 44 Gemeinden. Geografisch ist der Bezirk gekennzeichnet durch die Ausläufer der Ostalpen (Schneeberg, Bucklige Welt). Die größeren Siedlungsräume finden sich im Schwarza- und im Leithatal; Ballungszentren sind die Gemeinden Neunkirchen, Ternitz, Wimpassing, Gloggnitz, Reichenau an der Rax und Aspang-Markt. Sie sind einerseits durch die Südbahn, andererseits durch die A2 (Südautobahn) und die S6 (Semmering-Schnellstraße) verkehrsmäßige an die großen Wirtschaftszentren Wien und Graz angebunden. Hingegen sind die Gebiete im oberen Schwarzatal und im Wechselgebiet verkehrsmäßig weniger gut erschlossen, wovon eine gewisse wirtschaftliche Benachteiligung ausgeht.

Neunkirchen ist Teil der NUTS-III-Region Niederösterreich-Süd, mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Gewerbe und Industrie. Der Anteil der Dienstleistungsarbeitsplätze liegt unter dem Niederösterreich- und Österreich-Schnitt. Die Schließung einiger Industriebetriebe führte zu Abwanderungsbewegungen der einheimischen Bevölkerung, die aber durch Zuwanderung aus dem Ausland (Kettenwanderung im Gefolge von ‚Gastarbeiterzuwanderung’) kompensiert wurde. Der Bezirk Neunkirchen hat weiters einen hohen Anteil an Personen, die zum Arbeitsplatz auspendeln und einen geringen Anteil von EinpendlerInnen. Wiener Neustadt und Wien sind die wichtigsten Destinationen der AuspendlerInnen. (vgl. AMS Österreich 2008a)

Der **Großraum Schwechat** (Arbeitsmarktbezirk) ist geprägt von seiner Randlage zur Großstadt Wien. Er liegt südöstlich von Wien und ist Teil des politischen Bezirks Wien-Umgebung. Schwechat umfasst 13 Gemeinden. Geografisch liegt die Region Schwechat in der Mitte des Wiener Beckens und grenzt

im Norden an die Donau. Verkehrsmäßig ist die Region sehr gut erschlossen, vor allem seit Fertigstellung der S1 (Wiener Außenring Schnellstraße).

Der Großraum Schwechat gehört zur NUTS-III-Region Wiener Umland/Südteil und weist einen überdurchschnittlich hohen unternehmensorientierten Dienstleistungsanteil auf. Ein wesentlicher Faktor ist in dem Zusammenhang der Flughafen. Schwechat hat eine starke Nettozuwanderung und damit eine positive Bevölkerungsentwicklung. (vgl. AMS Österreich 2008b)

Osttirol wiederum ist geprägt von seiner peripheren Lage im gebirgigen Umfeld. Der politische Bezirk Lienz erstreckt sich über ganz Osttirol und umfasst 33 Gemeinden. Lienz grenzt an Salzburg (Alpenhauptkamm), an Italien (Karnische und Defereggen Alpen) und an Kärnten (Schober- und Kreuzeckgruppe). Lediglich 8 % der Bezirksfläche sind dauerhaft wirtschaftlich nutzbar. Die Siedlungszentren liegen im Gail- (bzw. Lesach-), Drau- und Iseltal; die Stadt Lienz und Matrei sind die wichtigsten Ballungsräume. Durch die Begrenzung der Gebirgszüge ist der Bezirk Lienz vom Wirtschaftsstandort Innsbruck und dem Kärntner Zentralraum abgeschnitten. Lienz ist somit in seiner Gesamtheit von wirtschaftlich dynamischen Regionen etwas abgetrennt, insbesondere die abgelegenen Täler (Defereggen-, Virgen-, Kalser-, Villgraten- und Lesachtal).

Der politische Bezirk Lienz ist die NUTS-III-Region Osttirol, mit einer im Österreich-Vergleich überdurchschnittlichen Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft. Der Dienstleistungssektor ist im Vergleich zum Tirol- und Österreich-Schnitt deutlich unterrepräsentiert, obschon es innerregional einige Konzentrationen von Dienstleistungen sowie Industrie und Gewerbe gibt. Lienz steht einer ausgeprägten Abwanderung der Einheimischen ohne viel Zuwanderung aus dem Ausland gegenüber. In der Folge schrumpft die Bevölkerung trotz einer relativ hohen Geburtenbilanz. (vgl. AMS Österreich 2008c)

Der zweite Wiener Gemeindebezirk, Leopoldstadt, stellt einen besonders heterogenen Bezirk hinsichtlich seiner Bevölkerungszusammensetzung dar. In mehrerer Hinsicht kann Leopoldstadt als „Regenbogenbezirk“ angesehen werden. Er umfasst alle Bildungsschichten, hat aber einen gewissen Schwerpunkt im unteren und oberen Bildungssegement, mit der Gefahr der Aushöhlung der Mitte. Er ist aber auch sehr bunt in der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Herkunft und Religionszugehörigkeit, ohne dass es zu Vereinzelung oder Ghettoisierung kommt. Die Herausforderung dieses Bezirks liegt in der umfassenden Einbindung aller Bevölkerungsgruppen in das Erwerbsleben. Um das zu erzielen gilt auch hier das Augenmerk einer umfassenden und innovativen Infrastruktur für soziale Dienste.

1. Die Wirtschaftkrise und ihr Effekt auf den Arbeitsmarkt

Die österreichische Wirtschaft, die bis in den Herbst 2008 sehr erfolgreich war, ist im Laufe des Jahres 2009 zunehmend von der internationalen Krise erfasst worden. Die starke internationale Vernetzung und Offenheit Österreichs nach außen, die für den großen wirtschaftlichen Erfolg der Vergangenheit wesentlich verantwortlich war, führt dazu, dass sich Österreich gegen Schocks von außen wenig schützen kann. Der Transmissionsmechanismus beeinträchtigt einerseits die Nachfrage nach den Gütern der heimischen Produktion infolge des Einbruchs der Exporte, andererseits verringert sich der Ertrag der Auslandsinvestitionen.

In der Folge schrumpfte die österreichische Wertschöpfung im Jahr 2009 um 3,9%, nachdem das reale BIP im Jahr 2008 noch um 2,2 % expandierte. Im internationalen Vergleich ist der Konjunktureinbruch in Österreich besonders ausgeprägt. Aus Abbildung 1 ist ersichtlich, dass die Rezession Österreich etwas später erfasste als Deutschland, dass sie aber ebenso stark ausgeprägt ist.

Der Effekt auf den Arbeitsmarkt ist unerwartet stark (Abbildung 2). Die Zahl der unselbständig Beschäftigten lag im Jahresdurchschnitt 2009 um 47.000 oder 1,4 % unter dem Vorjahresniveau. Dieser Rückgang unterschätzt aber noch den tatsächlichen Beschäftigungseffekt der Krise, da sich Betriebe, die in Schwierigkeiten kamen, bemühten, ihre Beschäftigten über Kurzarbeit weiter zu beschäftigen.

Abbildung 1: Reales Wirtschaftswachstum (BIP real, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)

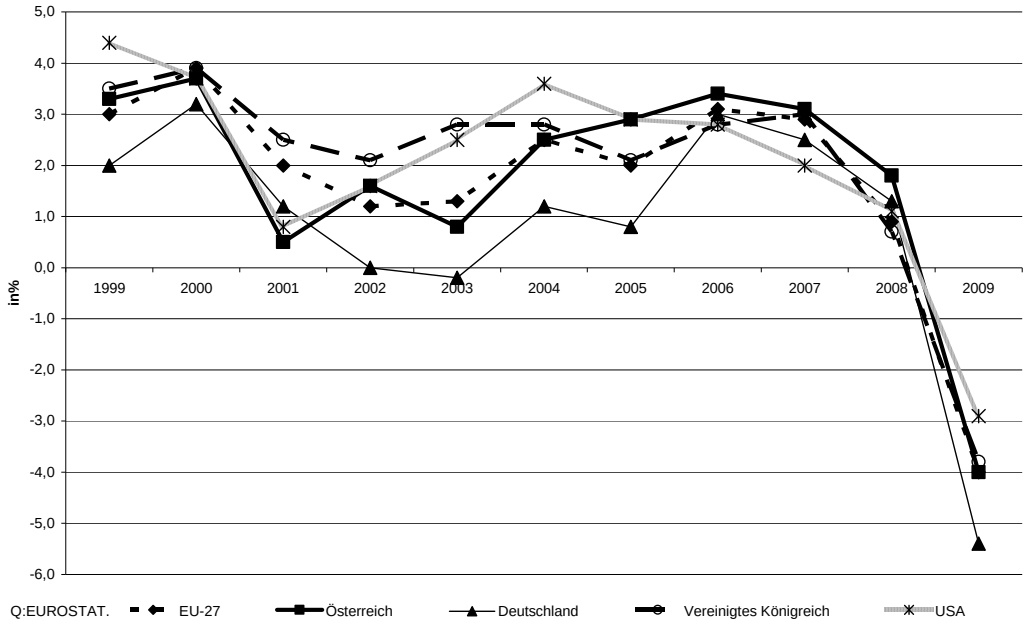
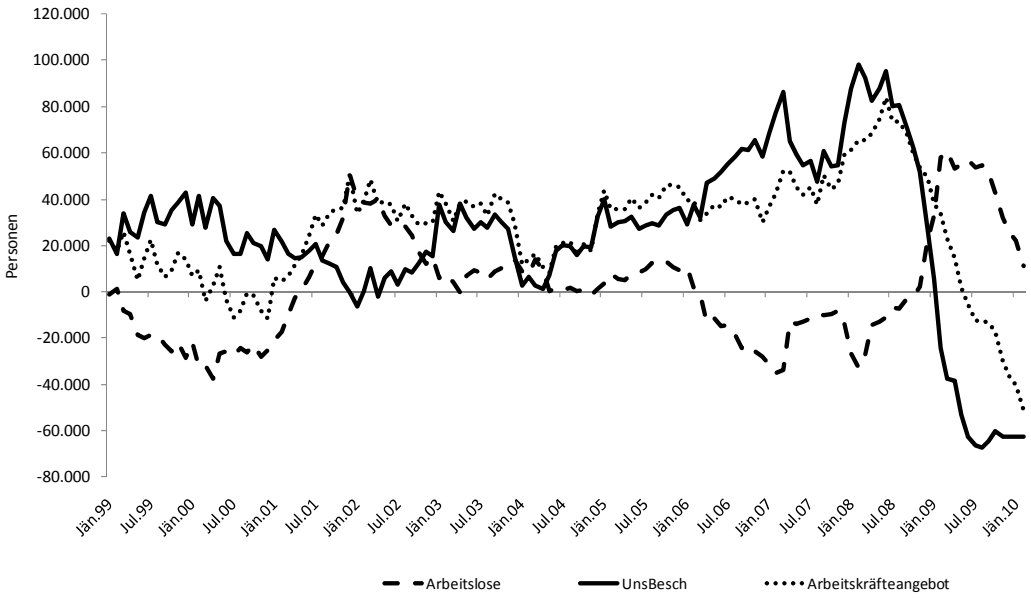


Abbildung 2: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung, der registrierten Arbeitslosigkeit und des Arbeitskräfteangebots der Unselbständigen in Österreich (Veränderung gegenüber dem Vorjahr, absolut)



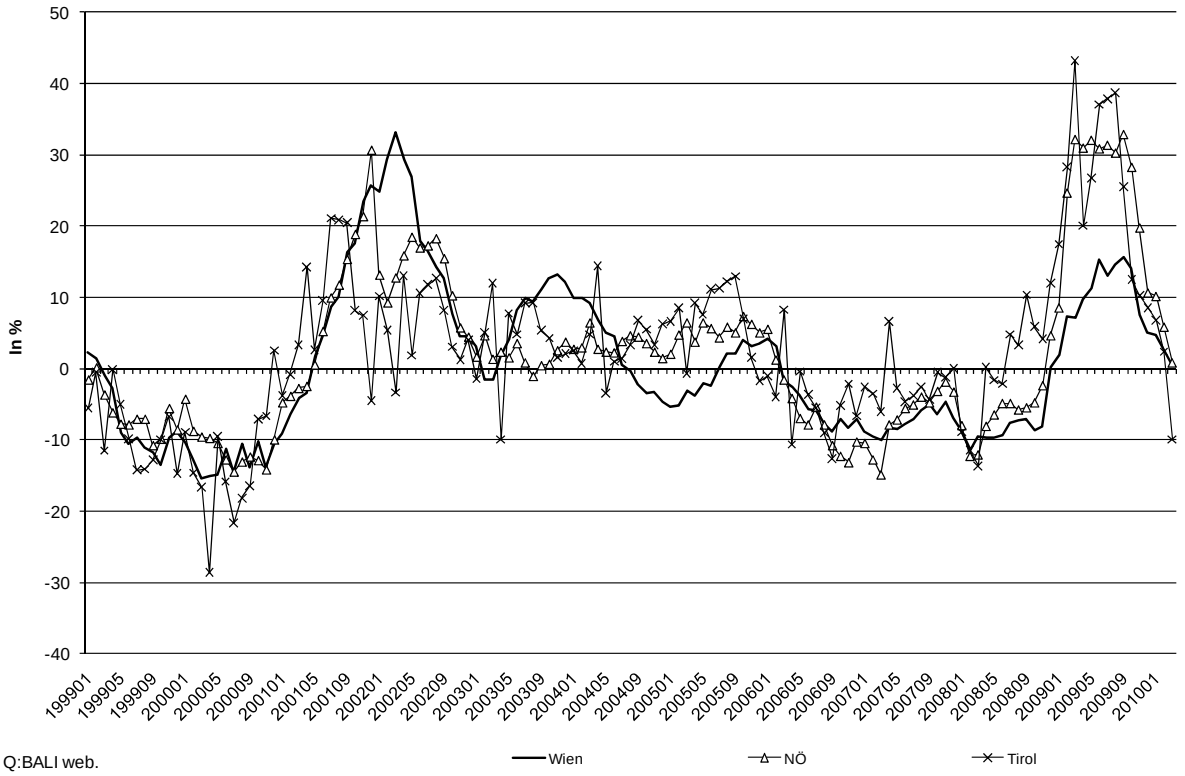
Q.: BALIweb, DUK-Berechnungen.

Der Natur des Konjunktureinbruchs entsprechend verschlechterte sich die Beschäftigungslage vor allem in der exportorientierten Sachgüterproduktion, am Bau und im Transport. Das sind alles Bereiche, in denen Männer überdurchschnittlich stark Beschäftigung finden. Sie sind es daher, die ihre Arbeitsplätze weg brechen sehen. In der Folge verringerte sich die Zahl der unselbständig beschäftigten Männer um 44.900 oder 2,5 % gegenüber dem Vorjahr, während Frauen, die eher in Bürotätigkeiten, im Gesundheits- und Sozialbereich sowie im Bildungswesen tätig sind, von der Krise relativ verschont blieben. Die Zahl der unselbständig beschäftigten Frauen verringerte sich in der Folge ‚nur' um 2.000 oder 0,1 %.

Die Krise auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich aber nicht nur im Anstieg der Arbeitslosigkeit sondern auch in einem Aufbau der stillen Reserve. Wie aus Abbildung 2 ersichtlich ist, hat auch das Arbeitskräfteangebot, also die Summe aus unselbständiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, ein merkliches Konjunkturmuster, d.h. in Zeiten der guten Konjunktur treten arbeitswillige Personen aus der stillen Reserve aus dem Haushalt ins Erwerbsleben ein, und in einer schlechten ziehen sie sich wieder in den Haushalt zurück. In der jüngsten Krise war der Rückzug in den Haushalt besonders rasch und ausgeprägt.

In Wien fiel der Beschäftigungseinbruch etwas schwächer aus als im Schnitt Österreichs. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 7.100 oder 0,9 % (Männer: -6.100 oder -1,5%, Frauen: -900 oder -0,2%). Auch in Tirol waren die Arbeitsplatzverluste geringer als im Schnitt Österreichs mit -1.800 oder -0,6% (Männer: -2.300 oder -1,4%). Hingegen entsprach der Beschäftigungsrückgang in Niederösterreich etwa dem Österreich-Schnitt mit -7.800 oder -1,4% (Männer: -8.000 oder -2,6%; Frauen:+100 oder 0%).

Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Wien, Niederösterreich und Tirol im Vergleich zu Österreich (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)



Q:BALI web.

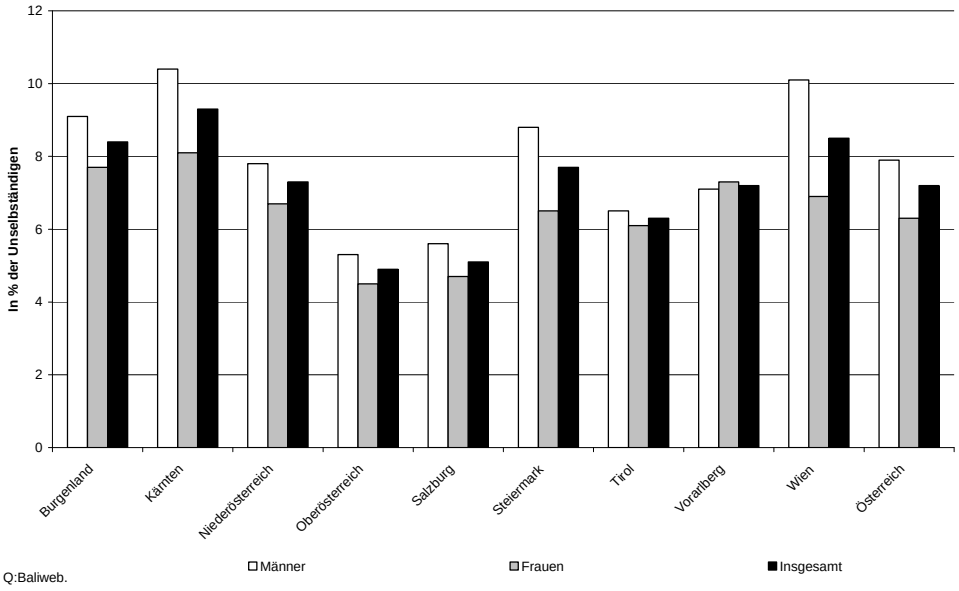
Gemessen an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit traf die Krise Wien infolge des hohen Dienstleistungsanteils an der Beschäftigung weniger stark als Niederösterreich, Tirol und Gesamtösterreich (Abbildung 3). Das Niveau der Arbeitslosigkeit, gemessen an der Arbeitslosenquote, ist in Wien allerdings mit 8,5 % im Jahr 2009 höher als in Tirol (6,3 %), Niederösterreich (7,3 %) und Österreich (7,2 %). Jedoch unterscheidet sich die Höhe der Arbeitslosigkeit nach dem Geschlecht deutlich. In Wien ist die Arbeitslosenquote der Männer deutlich höher als im Schnitt Österreichs (2009: 10,1 % gegenüber 7,9 %), während die der Frauen nur leicht über dem Österreich-Schnitt liegt (6,9 % gegenüber 6,3 %). Im Gegensatz dazu entspricht die Arbeitslosenquote der Männer und Frauen in Niederösterreich etwa dem Österreich-Schnitt, während sie in Tirol für beiderlei Geschlecht leicht unter dem Wert für Gesamtösterreich liegt (Abbildung 4).

AusländerInnen sind vom Anstieg der Arbeitslosigkeit stärker betroffen als InländerInnen, und zwar in allen Bundesländern. Der längerfristige Verlauf der Arbeitslosigkeit nach Staatsbürgerschaft verdeutlicht, dass AusländerInnen ein stärkeres Konjunkturmuster aufweisen als InländerInnen. So ist etwa in der Phase der Hochkonjunktur die Arbeitslosigkeit der AusländerInnen stärker gesunken als die der InländerInnen und in der Krise mehr gestiegen (Konjunkturpuffer).

Dies ist einerseits eine Folge der im Schnitt schlechteren Qualifikationsstruktur der AusländerInnen — je geringer die Qualifikation, desto geringer die Hortung von Arbeitskräften in Zeiten des Nachfrageausfalls — andererseits der stärkeren Konzentration der AusländerInnen auf konjunktur-reagible Branchen, d.h. exportorientierte Beschäftigungszweige. Auch die Betriebsgröße der Betriebe, in der In- und AusländerInnen typischerweise arbeiten, hat einen Einfluss auf die

Weiterbeschäftigungschancen: Kleinbetriebe haben eine geringere Eigenkapitalbasis und können daher in einer Phase des Nachfrageeinbruchs ihre Arbeitskräfte in geringerem Maße halten/horten als Großbetriebe. Das geht auch aus der Inanspruchnahme des arbeitsmarktpolitischen Instrumentes der Kurzarbeit hervor. AusländerInnen sind zunehmend in KMU beschäftigt, was ihre durchgehende Beschäftigungssicherheit beeinträchtigt.

Abbildung 4: Arbeitslosenquote nach Geschlecht und Bundesländern 2009



Q:Baliweb.

2. (Sozio-)Demografische und ökonomische Rahmenbedingungen

Bevor auf die Bevölkerungsstruktur und ihre Dynamik in den einzelnen Modellregionen eingegangen wird, soll ein kurzer Überblick über das jeweilige Bundesland, in dem sich die ausgewählten Bezirke befinden, geboten werden. Daraus lassen sich Rückschlüsse für die Modellregionen treffen.

So folgte etwa die Bevölkerungsentwicklung Niederösterreichs seit 1980 grosso modo jener Gesamtösterreichs. Nach einer Phase stagnierender Bevölkerungszahlen in den 1980er-Jahren kam es in den frühen 1990er-Jahren durch die Zuwanderungswelle, die im Gefolge des Falls des Eisernen Vorhangs und der Krise im ehemaligen Jugoslawien einsetzte, zu einem deutlichen Bevölkerungsanstieg. Zwischen 1989 und 1994 stieg die Bevölkerungszahl in Niederösterreich um rund 66.000 Personen bzw. 4,6 % auf 1.515.446 Personen. In Österreich fiel der relative Anstieg in diesem Zeitraum mit 4,2 % etwas geringer aus. Seit Mitte der 1990er Jahre gab es einen relativ kontinuierlichen Bevölkerungsanstieg, der in Niederösterreich etwas ausgeprägter war als in Gesamtösterreich. Für das Jahr 2008 weist Statistik Austria eine durchschnittliche Bevölkerungszahl für Niederösterreich von 1.601.183 Personen aus.

Niederösterreich verzeichnet Anfang der 1980er Jahre fast durchgängig ein Geburtendefizit (die Zahl der Gestorbenen überstieg die Zahl der Geburten). Lediglich in den Jahren der starken Zuwanderung anfangs der 1990er-Jahre und dem damit verbundenen starken Anstieg der Geburtenzahlen kam es zu einem leichten Geburtenüberschuss. Daraus folgt, dass der gesamte Bevölkerungsanstieg zwischen 1981 und jetzt eine Folge der Zuwanderung nach Niederösterreich ist. Dieser Trend wird auch in

Zukunft anhalten, d.h. die weitere Bevölkerungsentwicklung wird stark von der Entwicklung der Zuwanderung geprägt sein.

Auch in Wien verringerte sich die Bevölkerungszahl in den 1980er Jahren und erreichte erst in den Jahren der Zuwanderungswelle, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, eine Trendwende. Erst im Jahre 1992 konnte mit 1.530.000 Einwohnern der Stand des Jahres 1981 wieder erreicht werden. Aber auch in der Boomphase der Bevölkerungsentwicklung von 1988-1993 blieb der Bevölkerungsanstieg in Wien hinter dem der westlichen Bundesländer zurück. Jedoch verstärkte sich die Zuwanderungsdynamik im Gefolge der Osterweiterung der EU sichtlich, sodass Wien im Jahr 2006 den Wachstumsrückstand der Bevölkerung im Vergleich zu Österreich, der sich seit 1981 aufgebaut hatte, überwinden konnte. Wien bleibt auch weiterhin auf einem höheren Wachstumspfad relativ zu Österreich, im Wesentlichen als Folge der zunehmenden Zuwanderung aus Zentralosteuropa. (*Hanika,* 2005 und 2007). In der Folge dürfte die Zahl der EinwohnerInnen Wiens von 1.680.170 (2008) bis zum Jahr 2015 auf 1.759.700 (Hauptvariante, +79.500 oder 4,7 %) ansteigen. Nach 10 Jahren dürfte die Bevölkerungszahl Wiens dem Hauptszenarium zufolge neuerlich um rund 103.400 oder 5,9% steigen. Wien wird den neuen Prognosen zufolge künftig infolge der Zuwanderung das stärkste Bevölkerungswachstum aller neun Bundesländer aufweisen. (*Hanika 2009*) Aber auch die Fertilität beginnt sich nicht zuletzt im Gefolge der starken Zuwanderung langsam zu erholen; sie entspricht seit jüngerer Zeit dem Bundesdurchschnitt und dürfte dort auch längerfristig verharren.

Im Gegensatz dazu war die Bevölkerungsentwicklung in Tirol in den 1980er und 1990er Jahren zum Teil deutlich dynamischer als im Schnitt Österreichs. In den 2000er Jahren verlor Tirols Bevölkerungswachstum allerdings an Schwung, vor allem infolge einer vergleichsweise geringen Zuwanderung. Aber auch die Geburtenbilanz verringert sich. Gegenüber den frühen 1980er Jahren hat sich die Geburtenbilanz bis 2008 etwa halbiert, und zwar auf 1.500. Die Bevölkerungszahl dürfte aber mittel- bis längerfristig etwa im Bundesdurchschnitt ansteigen, von 702.000 (2008) auf 761.000 im Jahr 2030; dabei wird der Anteil der Tiroler Bevölkerung an der Österreichs auf dem derzeitigen Stand von 8,4% stagnieren. In der Folge wird die Alterung der Tiroler Bevölkerung ausgeprägter ausfallen als in Wien und Niederösterreich. (Hanika, 2009)

Die Unplanbarkeit und geringe Steuerungsmöglichkeit der Migrationen — Flüchtlingswanderung, Kettenwanderung und zunehmend marktgesteuerte Wanderung innerhalb der EU — erschwert eine systematische Integrationspolitik. Dies vor allem deshalb, weil die Alters- und Geschlechtsstruktur der Zuwandernden nicht der der einheimischen Bevölkerung entspricht, sondern je nach Auslöser für die Zuwanderung unterschiedliche Schwerpunkte hat. So brachte etwa die Flüchtlingswelle im Gefolge des Zerfalls von Jugoslawien überdurchschnittlich viele Mütter mit Kindern nach Österreich – was eine Krise im Bildungssektor auslöste. Im Gegensatz dazu war die Zuwanderung von ‚Gastarbeitern' der 1960er und 1970er Jahre von Männern im Haupterwerbsalter ohne Familienanhang dominiert, während die jüngste Zuwanderung tendenziell auf jüngere Erwerbswillige, Studierende und Familiennachzug konzentriert ist. In dem einen und anderen Fall sind die Anforderungen an die Infrastruktur und der Bedarf an Integrationsmaßnahmen bzw. sozialen Diensten unterschiedlich.

2.1. Zusammensetzung der Bevölkerung in den vier Modellregionen

Die demografischen Strukturen in den vier ausgewählten Modellregionen Bezirk Neunkirchen, Bezirk Lienz, Großraum Schwechat und zweiter Wiener Gemeindebezirk (Leopoldstadt) werden in Hinblick

auf die Situation relativ zum Bundesland- und zum Österreich-Schnitt untersucht. Einerseits wird die Bevölkerungszusammensetzung nach Geschlecht, Alter und Bildung, andererseits nach Herkunft und Religion betrachtet. Dabei wird der Fokus auf Veränderungen in den letzten zehn Jahren gerichtet, da diese Veränderungen auch Einfluss auf die jeweilige Form der sozialen Sicherung durch soziale Dienstleistungen haben. Im Zusammenhang mit der kleinräumigen Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund muss allerdings, mangels rezenterer Daten, auf Erkenntnisse aus der Volkszählung 2001 zurückgegriffen werden.

2.1.1. Bevölkerungsstruktur im Bezirk Neunkirchen

Innerhalb Niederösterreichs zählt Neunkirchen im 1. Quartal 2009 mit einer Einwohnerzahl von 86.127 oder 5,4 % der niederösterreichischen Bevölkerung zu den bevölkerungsstärksten Bezirken. Niederösterreich weist einen Bevölkerungsstand von 1,605 Millionen Menschen auf und ist hinter Wien bevölkerungsmäßig das zweitgrößte Bundesland Österreichs (19,2 % der österreichischen Gesamtbevölkerung von 8,355 Millionen EinwohnerInnen). Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Wohnbevölkerung in den 25 niederösterreichischen Bezirken.

Die mit Abstand größten Gemeinden im Bezirk Neunkirchen sind Ternitz und Neunkirchen mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen. Gloggnitz weist eine Einwohnerzahl von etwa 6.000 auf und die übrigen Gemeinden zählen weniger als 3.000 EinwohnerInnen, wobei in manchen nur einige hunderte Menschen leben.

Etwas mehr als die Hälfte der Neunkirchner Bevölkerung (51,3 %) ist weiblich, was sowohl dem Niederösterreich- als auch dem Österreich-Schnitt entspricht. Dies trifft nicht auf die Struktur der Altersverteilung zu: Die Neunkirchner Bevölkerung ist im Vergleich zur Bevölkerung Gesamt-Niederösterreichs etwas stärker von demografischer Alterung betroffen, wobei Niederösterreich im Vergleich zum Österreich-Schnitt bereits ein Bundesland mit einem erhöhten Anteil an Personen über 65 Jahren darstellt. Tabelle 2 zeigt die Verteilung der Wohnbevölkerung im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich nach breiten Altersgruppen im Jahr 2009 (1. Quartal).

Tabelle 1: Wohnbevölkerung in den niederösterreichischen Bezirken, 1. Quartal 2009

Bezirk	Bevölkerung		Bezirk	Bevölkerung	
	absolut	in %		absolut	in %
Niederösterreich	**1.605.122**	**100,0%**	Krems(Land)	55.463	3,5%
Baden	136.283	8,5%	Sankt Pölten(Stadt)	51.548	3,2%
Mödling	112.978	7,0%	Hollabrunn	50.373	3,1%
Amstetten	112.236	7,0%	Zwettl	44.184	2,8%
Wien-Umgebung	112.085	7,0%	Bruck an der Leitha	42.332	2,6%
Sankt Pölten(Land)	96.412	6,0%	Scheibbs	41.390	2,6%
Gänserndorf	94.471	5,9%	Wiener Neustadt(Stadt)	40.564	2,5%
Neunkirchen	86.127	5,4%	Gmünd	38.524	2,4%
Melk	76.573	4,8%	Horn	31.606	2,0%
Wiener Neustadt(Land)	74.400	4,6%	Waidhofen/Thaya	27.356	1,7%
Mistelbach	74.281	4,6%	Lilienfeld	26.904	1,7%
Korneuburg	74.077	4,6%	Krems an der Donau(Stadt)	23.904	1,5%
Tulln	69.479	4,3%	Waidhofen/Ybbs(Stadt)	11.572	0,7%

Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Tabelle 2: Wohnbevölkerung nach breiten Altersgruppen in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich, 1. Quartal 2009

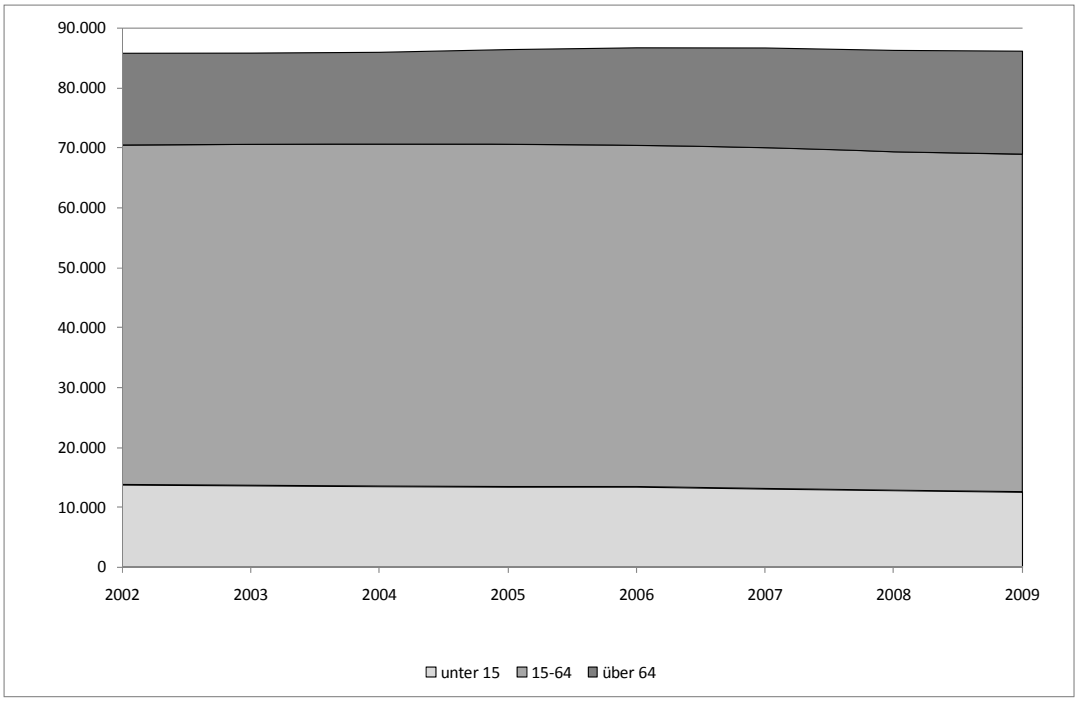
	Bevölkerung					
	unter 15		15 bis 64		über 64	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Neunkirchen	12.658	14,7%	56.313	65,4%	17.156	19,9%
Niederösterreich	245.685	15,3%	1.064.260	66,3%	295.177	18,4%
Österreich	1.261.588	15,1%	5.642.785	67,5%	1.450.887	17,4%

Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Die Differenzierung der Bevölkerung nach breiten Altersgruppen macht deutlich, dass in Neunkirchen ein überdurchschnittlich hoher Anteil älterer Menschen lebt: Im Österreich-Durchschnitt sind 17,4 % der Wohnbevölkerung 65 Jahre und älter, in Niederösterreich sind es 18,4 % und in Neunkirchen gar 19,9 %. Bei der Bevölkerung unter 15 Jahren liegt Niederösterreich mit einem Anteil von 15,3 % leicht über dem Österreich-Durchschnitt, Neunkirchen dahingegen hat mit 14,7 % einen unterdurchschnittlichen Anteil an der jüngeren Population. Auch der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter liegt in Neunkirchen mit 65,4 % unter dem Niederösterreich- und Österreich-Durchschnitt (66,3 % bzw. 67,5 %). Die Entwicklung der Bevölkerung im Bezirk Neunkirchen zwischen 2002 und 2009 zeigt nachfolgende

Abbildung 5. Zwischen 2002 und 2009 (jeweils 1. Quartal) blieb die Bevölkerungszahl von Neunkirchen konstant. Demgegenüber hat allerdings das Bundesland Niederösterreich einen Bevölkerungszuwachs von knapp 4 % erreicht, was der Bevölkerungsentwicklung von Gesamtösterreich im selben Zeitraum entspricht. Die Entwicklung der Bevölkerung zwischen 2002 und 2009 nach breiten Altersgruppen veranschaulicht die zunehmende Bevölkerungsalterung, von der alle Ebenen betroffen sind: So ist der Anteil der unter 15-Jährigen im Bezirk Neunkirchen kontinuierlich von 16,1 % im Jahr 2002 auf 14,7 % im Jahr 2009 gesunken (Niederösterreich: 16,9 % 2002, 15,3 % 2009; Österreich: 16,7 % 2002, 15,1 % 2009). Der Anteil der über 64-Jährigen hingegen stieg im selben Zeitraum im Bezirk Neunkirchen von 17,8 % auf 19,9 % (Niederösterreich: 16,2 % 2002, 18,4 % 2009; Österreich: 15,5 % 2002, 17,4 % 2009). So gesehen sank der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter in Neunkirchen geringfügig von 66,0 % auf 65,4 % (Niederösterreich: 66,9 % 2002, 66,3 % 2009; Österreich: 67,8 % 2002, 67,5 % 2009).

Abbildung 5: Entwicklung der Bevölkerung im Bezirk Neunkirchen nach breiten Altersgruppen, 2002-2009 (je 1. Quartal)



Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Nachfolgende Tabelle 3 zeigt die Altersverteilung nach breiten Altersgruppen im Jahr 2009 (1. Quartal) in den einzelnen Neunkirchner Gemeinden. Gemeinden mit stärkerer Überalterung können identifiziert werden, indem besonders geringe Anteile an Jugendlichen unter 15 Jahren und im erwerbsfähigen Alter sowie besonders hohe Anteile von Personen über 64 Jahren hervorgehoben werden (dunkelgrau). Jene Gemeinden mit einer relativ jungen Population weisen relativ hohe Anteile an Personen unter 15 Jahren und Erwerbsalter auf sowie relativ geringe Anteile an über 64-Jährigen und sind in nachfolgender Tabelle 3 hellgrau markiert.

Aus der Tabelle 3 werden jene Gemeinden ersichtlich, die in überdurchschnittlicher Weise von der Bevölkerungsalterung – d.h. Rückgang der Bevölkerung im Kindes- und Jugendalter, schrumpfende Bevölkerung im Erwerbsalter sowie Zunahme der Bevölkerung im Pensionsalter (65+) – betroffen sind. Es handelt sich hierbei verstärkt um die peripheren Gemeinden, die eine relativ schlechte verkehrsmäßige Anbindung aufweisen, aber auch um die Gemeinden entlang der A2 im Süden des Bezirks. Wie aber bereits in Abbildung 5 veranschaulicht wurde, gilt die demografische Entwicklung der Überalterung für den gesamten Bezirk Neunkirchen. So ging der Anteil der unter 15-Jährigen zwischen 2002 und 2009 um 1,4 Prozentpunkte von 16,1 % auf 14,7 % zurück, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64) schrumpfte um 0,6 Prozentpunkte. Dahingegen stieg der Anteil der Älteren von 17,8 % auf 19,9 % bzw. um 2,1 Prozentpunkte. Zwischen 2002 und 2006 konnte Neunkirchen noch ein leichtes Bevölkerungswachstum verzeichnen (von 85.774 auf 86.687), seit 2007 aber schrumpft die Bevölkerung (Bevölkerungsstand 1. Quartal 2009: 86.127). Diese Entwicklung steht in Zusammenhang mit den Wanderungsbewegungen, über die Abbildung 6 Auskunft gibt

Tabelle 3: Wohnbevölkerung im Bezirk Neunkirchen nach Gemeinden und breiten Altersgruppen, 1. Quartal 2009

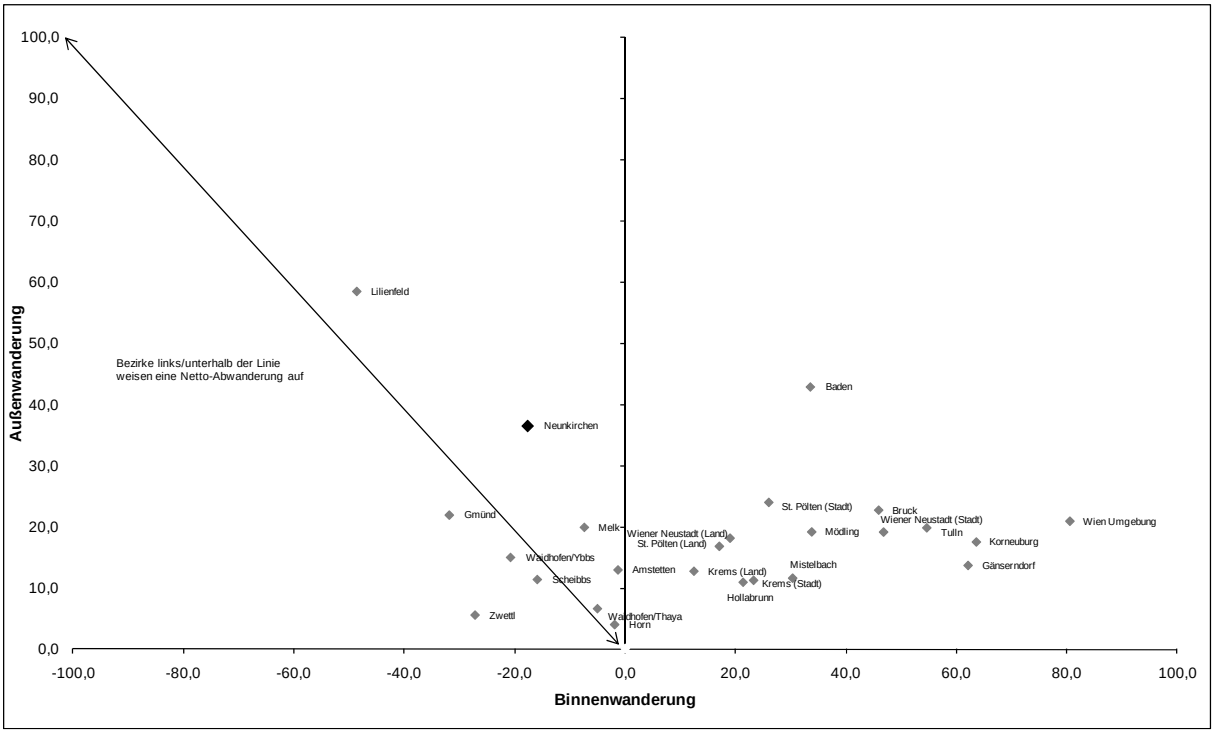
Gemeinde	Gesamt	unter 15 Jahre		15-64 Jahre		über 64 Jahre	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Altendorf	**310**	37	11,9%	226	72,9%	47	15,2%
Aspangberg-Sankt Peter	**1.892**	256	13,5%	1.270	67,1%	366	19,3%
Aspang-Markt	**1.859**	223	12,0%	1.218	65,5%	418	22,5%
Breitenau	**1.385**	188	13,6%	958	69,2%	239	17,3%
Breitenstein	**351**	40	11,4%	232	66,1%	79	22,5%
Buchbach	**353**	50	14,2%	232	65,7%	71	20,1%
Bürg-Vöstenhof	**173**	23	13,3%	118	68,2%	32	18,5%
Edlitz	**930**	140	15,1%	607	65,3%	183	19,7%
Enzenreith	**1.912**	272	14,2%	1.260	65,9%	380	19,9%
Feistritz am Wechsel	**1.111**	176	15,8%	752	67,7%	183	16,5%
Gloggnitz	**5.998**	819	13,7%	3.854	64,3%	1.325	22,1%
Grafenbach-Sankt Valentin	**2.312**	351	15,2%	1.528	66,1%	433	18,7%
Grimmenstein	**1.369**	203	14,8%	837	61,1%	329	24,0%
Grünbach am Schneeberg	**1.764**	246	13,9%	1.132	64,2%	386	21,9%
Höflein an der Hohen Wand	**844**	121	14,3%	583	69,1%	140	16,6%
Kirchberg am Wechsel	**2.420**	397	16,4%	1.582	65,4%	441	18,2%
Mönichkirchen	**609**	77	12,6%	375	61,6%	157	25,8%
Natschbach-Loipersbach	**1.705**	305	17,9%	1.158	67,9%	242	14,2%
Neunkirchen	**12.192**	2.044	16,8%	7.995	65,6%	2.153	17,7%
Otterthal	**595**	113	19,0%	398	66,9%	84	14,1%
Payerbach	**2.198**	285	13,0%	1.374	62,5%	539	24,5%
Pitten	**2.316**	319	13,8%	1.476	63,7%	521	22,5%
Prigglitz	**516**	80	15,5%	334	64,7%	102	19,8%
Puchberg am Schneeberg	**2.661**	318	12,0%	1.672	62,8%	671	25,2%
Raach am Hochgebirge	**304**	48	15,8%	195	64,1%	61	20,1%
Reichenau an der Rax	**2.745**	365	13,3%	1.650	60,1%	730	26,6%
Sankt Corona am Wechsel	**377**	69	18,3%	246	65,3%	62	16,4%
Sankt Egyden am Steinfeld	**1.860**	266	14,3%	1.276	68,6%	318	17,1%
Scheiblingkirchen-Thernberg	**1.869**	295	15,8%	1.214	65,0%	360	19,3%
Schottwien	**718**	115	16,0%	450	62,7%	153	21,3%
Schrattenbach	**352**	43	12,2%	243	69,0%	66	18,8%
Schwarzau am Steinfeld	**1.876**	282	15,0%	1.315	70,1%	279	14,9%
Schwarzau im Gebirge	**704**	97	13,8%	458	65,1%	149	21,2%
Seebenstein	**1.317**	178	13,5%	917	69,6%	222	16,9%
Semmering	**608**	57	9,4%	376	61,8%	175	28,8%
Ternitz	**14.903**	2.150	14,4%	9.622	64,6%	3.131	21,0%
Thomasberg	**1.225**	184	15,0%	815	66,5%	226	18,4%
Trattenbach	**551**	70	12,7%	377	68,4%	104	18,9%
Warth	**1.551**	219	14,1%	1.028	66,3%	304	19,6%
Wartmannstetten	**1.604**	235	14,7%	1.107	69,0%	262	16,3%
Willendorf	**902**	133	14,7%	623	69,1%	146	16,2%
Wimpassing im Schwarzatal	**1.845**	290	15,7%	1.223	66,3%	332	18,0%
Würflach	**1.601**	255	15,9%	1.035	64,6%	311	19,4%
Zöbern	**1.440**	224	15,6%	972	67,5%	244	16,9%
Neunkirchen	**86.127**	**12.658**	**14,7%**	**56.313**	**65,4%**	**17.156**	**19,9%**
Niederösterreich	**1.605.122**	**245.685**	**15,3%**	**1.064.260**	**66,3%**	**295.177**	**18,4%**
Österreich	**8.355.260**	**1.261.588**	**15,1%**	**5.642.785**	**67,5%**	**1.450.887**	**17,4%**

Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Aus Abbildung 6 geht die Wanderungsdynamik innerhalb Niederösterreichs hervor. Zur besseren Veranschaulichung werden die summierten Salden der Binnen- und Außenwanderung für den Zeitraum zwischen 2002 und 2008 in allen niederösterreichischen Bezirken in ein Koordinatensystem eingetragen. Der Saldo der Binnenwanderung zwischen 2002 und 2008 ist für Neunkirchen negativ, d.h. mehr Personen sind in andere Teile Österreichs abgewandert als von dort nach Neunkirchen

zugewandert sind. Dies verdeutlicht, dass **Neunkirchen für die ansässige Bevölkerung eine Abwanderungsregion darstellt.** Anders verhält es sich bei der Außenwanderung; hier weist Neunkirchen einen positiven Saldo auf, d.h. zwischen 2002 und 2008 hat **Neunkirchen durch Zuzug aus dem Ausland an Bevölkerung gewonnen**. Folglich blieb die Bevölkerungszahl in Neunkirchen insgesamt im Zeitraum von 2002 bis 2008 ziemlich konstant.

Abbildung 6: Binnen- und Außenwanderung nach niederösterreichischen Bezirken 2002-2008, je 1.000 EinwohnerInnen



Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Neunkirchen

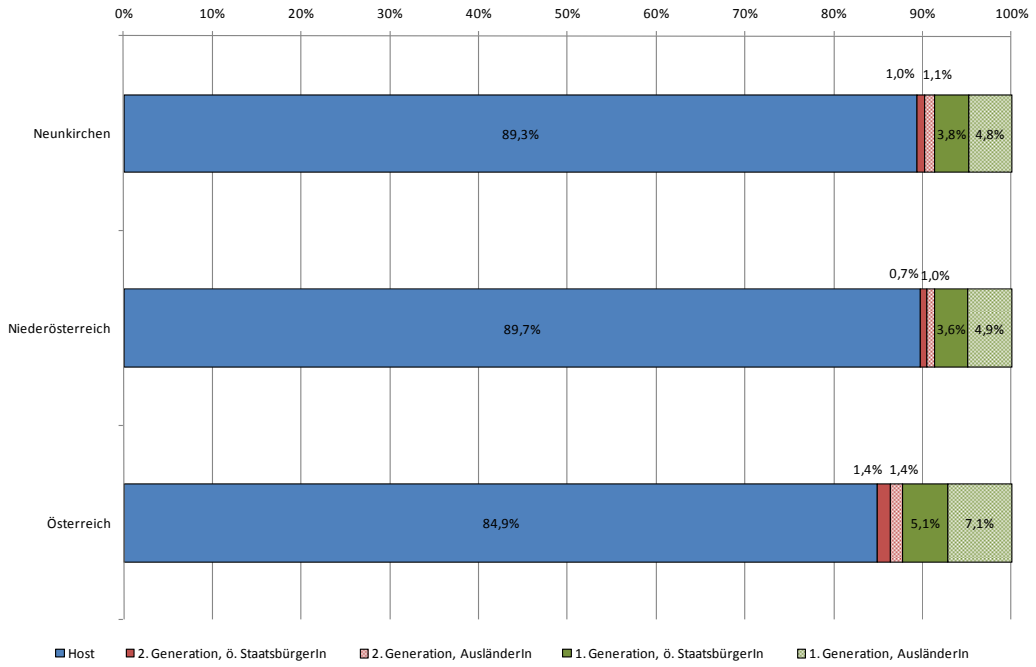
Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Bezirk Neunkirchen stehen aus der Volkszählung 2001 zur Verfügung. Folgende Definition von Migrationshintergrund kommt hier zur Anwendung (für eine genauere Abgrenzung und Methodik siehe Anhang):

- Personen der ersten Migrationsgeneration sind jene, die selbst eine Wanderungsgeschichte haben, die also selbst nach Österreich zugewandert sind und deren Geburtsort im Ausland liegt. Hier kann unterschieden werden zwischen ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund der ersten Generation (also bereits Eingebürgerte) und AusländerInnen der ersten Generation (mit ausländischer Staatsbürgerschaft).

- Aufgrund der schlechten Datenlage ist die Abgrenzung der zweiten Generation schwieriger. In der Literatur werden zur zweiten Generation häufig jene Personen gezählt, die im Aufnahmenland geboren wurden und von denen ein oder beide Elternteile selbst zugewandert sind (Kasinitz et.al. 2008, Crul/Heering 2008). Die Volkszählungsdaten weisen den Geburtsort der Eltern allerdings nicht direkt aus, weshalb bei der Analyse der Volkszählungsdaten eine andere Definition zur Anwendung kommt: Die zweite Generation umfasst hier einerseits Personen, die in Österreich geboren wurden, aber eine ausländische

Staatsbürgerschaft besitzen. Zusätzlich wird über die Berücksichtigung der nicht-deutschen Umgangssprache der Kreis der zweiten Generation ausgeweitet. Wenn die Umgangssprache einem sprachlich eindeutig zuordenbaren fremden Herkunftsland zugeordnet werden kann, können auch jene als Personen zweiter Migrationsgeneration erfasst werden, die ansonsten in die Gruppe der Einheimischen gefallen wären (in Österreich Geborene und österreichische StaatsbürgerInnen). Damit kann ein Großteil der Personen der 2. Generation erfasst werden.

Abbildung 7: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2001 (Volkszählung) in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich

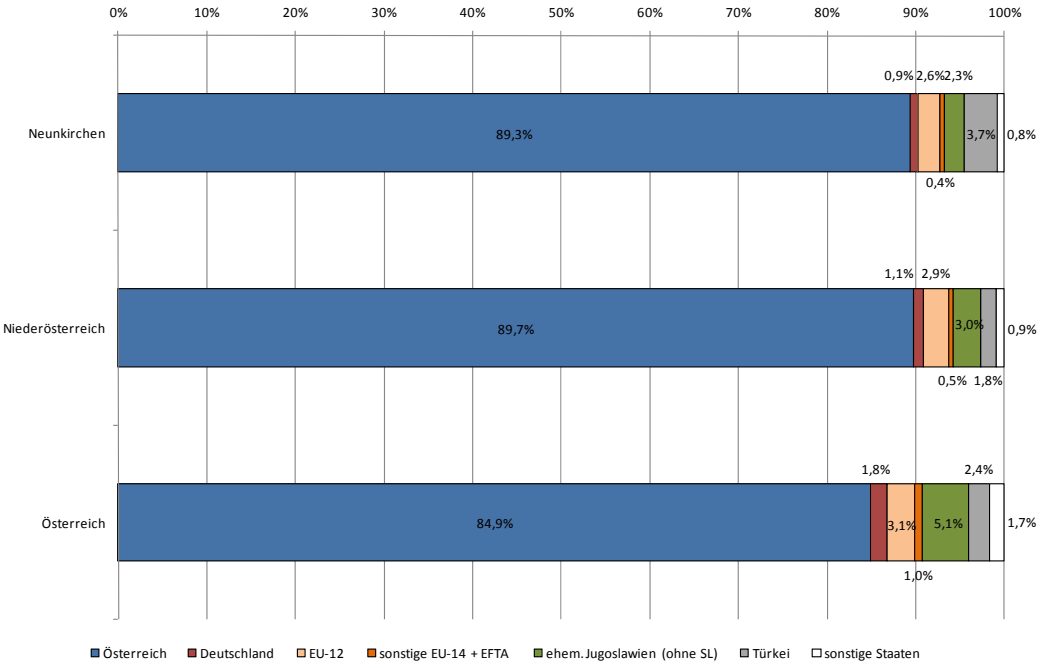


Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Abbildung 7 zeigt die Verteilung der Bevölkerung auf Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Bezirk Neunkirchen sowie in Niederösterreich und Gesamt-Österreich im Jahr 2001 entsprechend obiger Definition. Aus dieser Abbildung geht hervor, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Neunkirchen genau dem Niederösterreich-Schnitt entspricht, allerdings deutlich unter dem Österreich-Schnitt liegt. Im Jahr 2001 hatten in Neunkirchen 10,7 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Der Anteil der Personen aus erster Migrationsgeneration mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft – also jene Personen, die selbst nach Österreich zugewandert sind – lag bei 8,6 %. Demnach war die Gruppe der zweiten Migrationsgeneration – also der Personen mit Migrationshintergrund, die bereits in Österreich geboren wurden – eine relativ kleine (2,1 %, mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft). Gleichermaßen verhält es sich im Niederösterreich-Schnitt. Für Gesamt-Österreich hingegen zeigt sich, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund deutlich höher liegt, nämlich bei 15,1 %. Es sind vor allem die Personen aus erster Migrationsgeneration, die im Österreich-Schnitt einen weit höheren Anteil aufweisen als in Neunkirchen bzw. Gesamt-Niederösterreich (12,2 %). Allgemein ist der Anteil der AusländerInnen geringfügig höher als jener der bereits eingebürgerten MigrantInnen (sowohl in erster als auch in zweiter Migrationsgeneration).

Nachfolgende Abbildung 8 zeigt die Neunkirchner, niederösterreichische und österreichische Bevölkerung nach ihrer Herkunft im Volkszählungsjahr 2001.

Abbildung 8: Bevölkerung nach Herkunftsregion 2001 (Volkszählung) in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich

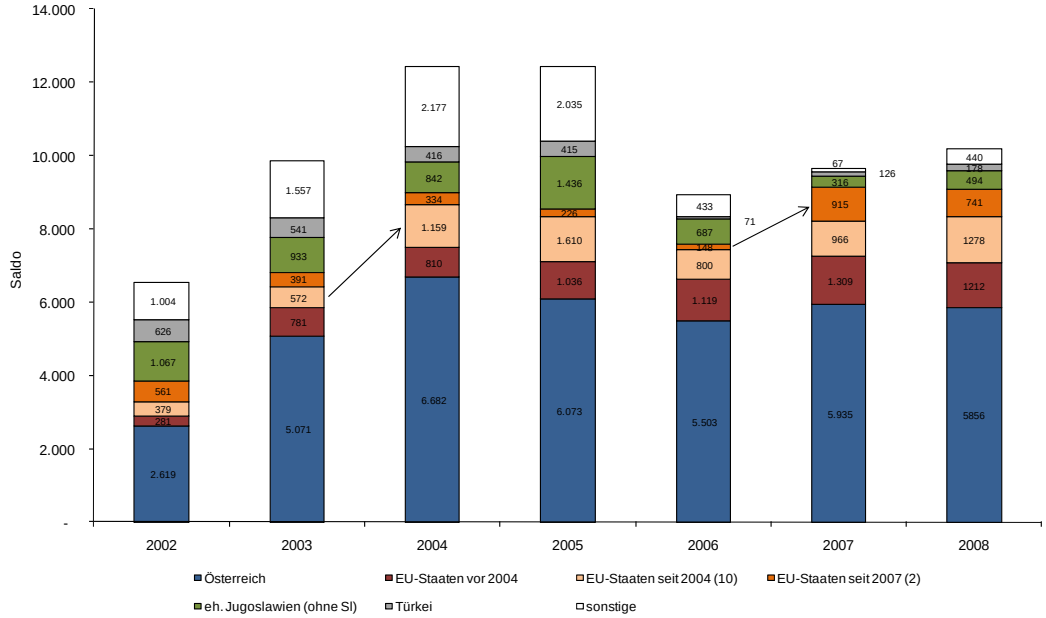


Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Im Jahr 2001 war im Bezirk Neunkirchen die wichtigste Herkunftsregion der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (sowohl erste als auch zweite Generation) die Türkei (3,7 %) und dieser Anteil war im Vergleich zum Niederösterreich- und Österreich-Schnitt überdurchschnittlich hoch. Weitere wichtige Herkunftsregionen der migrantischen Bevölkerung Neunkirchens sind die EU-12-Länder (also die Mitgliedsländer seit den Erweiterungen 2004 und 2007) (2,6 %) sowie das ehemalige Jugoslawien (ohne Slowenien) (2,3 %), wobei hier allerdings die Anteile geringfügig unter dem Niederösterreich-, aber deutlich unter dem Österreich-Schnitt liegen. Zu bemerken gilt hier allerdings, dass diese Daten aus dem Volkszählungsjahr 2001 stammen und somit die Entwicklung der Zuwanderung seit den beiden Erweiterungswellen der Europäischen Union nicht aufzeigen.

Zwar stehen auf Bezirksebene keine aktuelleren Daten als die Volkszählungsdaten aus dem Jahr 2001 bezüglich der Bevölkerungszusammensetzung nach Herkunftsregionen zur Verfügung, es ist aber angesichts der starken Zuwanderung von Personen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten nach der Osterweiterung der EU anzunehmen, dass auch einige nach Neunkirchen kamen. 2001 nahmen Personen mit Wurzeln in den „alten“ EU-Mitgliedsstaaten (bzw. EFTA) in Niederösterreich einen Anteil von 1,6 % an der Bevölkerung ein, jene aus den „neuen“ Mitgliedsstaaten (Mitgliedsländer seit 2004 und 2007) 2,9 %. Aktuellere Zahlen für das Bundesland Niederösterreich gehen aus der nachfolgenden Abbildung 9 hervor, in der der Wanderungssaldo von Niederösterreich nach Staatsangehörigkeit zwischen 2002 und 2008 dargestellt ist.

Abbildung 9: Wanderung nach Staatsangehörigkeit in Niederösterreich zwischen 2002 und 2008



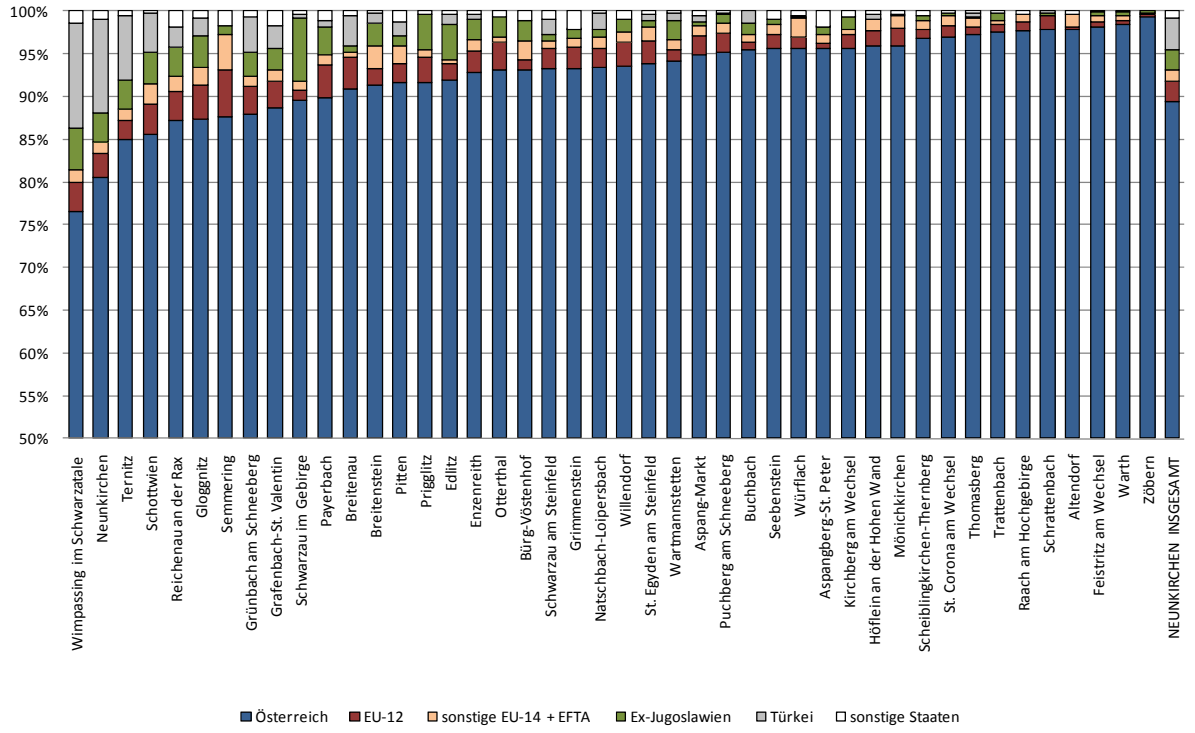
Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Daraus ist die verstärkte Zuwanderung aus den „neuen“ EU-Mitgliedsländern im Zuge der Erweiterungswellen 2004 und 2007 ersichtlich. Der Wanderungssaldo für Niederösterreich stieg von 2003 auf 2004 für die EU-10 (EU-Staaten seit 2004) sprunghaft an. Ebenso vervielfachte sich der Wanderungssaldo in Niederösterreich für die beiden neuen Mitgliedsstaaten seit 2007 (Rumänien und Bulgarien) von 2006 auf 2007.

Anhand von Abbildung 10 kann gezeigt werden, dass Zuwanderung eine wichtige Rolle in der demografischen Entwicklung Neunkirchens spielt (aus Darstellungsgründen beginnt die Skalierung auf der vertikalen Achse bei 50 %). Die Neunkirchner Gemeinden unterscheiden sich deutlich nach der Altersstruktur ihrer Bevölkerung (siehe dazu auch Tabelle 3), sie unterscheiden sich aber auch deutlich hinsichtlich ihrer Zusammensetzung nach Herkunft. Es gibt auch merkliche Konzentrationen der Zuwanderung nach Herkunftsregion auf einige Gemeinden.

Aus Abbildung 10 wird auch die große Varianz innerhalb des Bezirks Neunkirchen bezüglich der Bevölkerungszusammensetzung nach Herkunft deutlich. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund reicht im Volkszählungsjahr 2001 in den 44 Gemeinden Neunkirchens von 23,4 % in Wimpassing bis 0,7 % in Zöbern. Die Gemeinden mit überdurchschnittlich hohen Anteilen migrantischer Bevölkerung (über 10,7 % – Neunkirchen-Durchschnitt) befinden sich entlang der Hauptverkehrsroute der Semmering Schnellstraße (S6); also in Gegenden mit guter infrastruktureller Anbindung.

Abbildung 10: Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Bezirk Neunkirchen nach Gemeinden 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

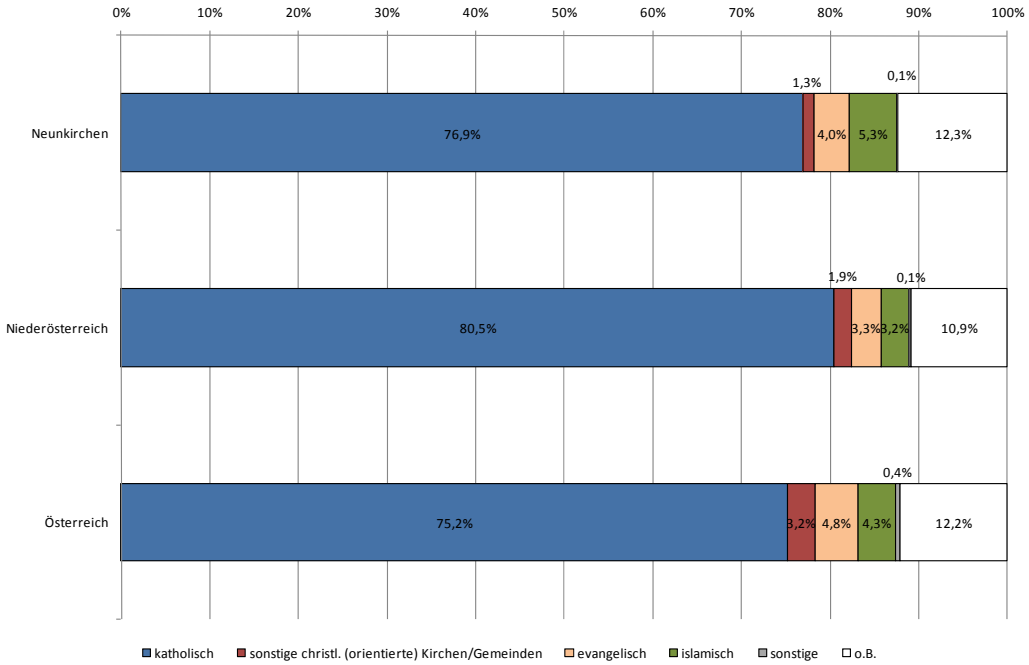
Vor allem in Gemeinden mit einem überdurchschnittlichem MigrantInnenanteil stellen Personen aus der Türkei die wichtigste Zuwanderergruppe dar: Die Gemeinden Wimpassing (12,3 %), Neunkirchen (10,9 %) und Ternitz (7,5 %) weisen einen besonders hohen Bevölkerungsanteil türkischer Herkunft auf. Personen mit Migrationshintergrund aus den EU-12-Ländern (Mitgliedsländer seit den Erweiterungswellen 2004 und 2007) stellen in allen Neunkirchner Gemeinden eine nicht zu vernachlässigende Gruppe dar. Eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von Personen aus Ex-Jugoslawien mit muslimischem Glaubensbekenntnis lebt in den Gemeinden Schwarzau im Gebirge (4,7 %), Wimpassing (3,6 %) und Edlitz (3,1 %). Auch an dieser Stelle muss nochmals darauf hingewiesen werden, dass die Zahlen aus der Volkszählung 2001 stammen und daher die mit der EU-Osterweiterung in Verbindung stehenden Zuwanderungsentwicklungen nicht erfasst sind.

Im Folgenden wird auch die zunehmende Heterogenität der Glaubensmuster der Neunkirchner Bevölkerung untersucht, nicht zuletzt weil soziale Dienstleistungen auch den besonderen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen müssen, die auf anderen — zum Teil religiös geprägten — Verhaltensmustern als denen der Alteingesessenen basieren.

Die Einheimischen und MigrantInnen nach Glaubenszugehörigkeit abzugrenzen, ist schwieriger als nach Herkunftsregion (zur Vorgansweise bei der Abgrenzung siehe methodischen und statistischen Anhang). Abbildung 11 zeigt die Neunkirchner, niederösterreichische und österreichische Bevölkerung nach Religionsbekenntnis im Volkszählungsjahr 2001. Daraus ist ersichtlich, dass der Anteil an Personen mit christlichem Glaubensbekenntnis in Niederösterreich (85,7 %) etwas höher ist als im Österreich-Schnitt (83,2 %). Der Bezirk Neunkirchen liegt mit einem ChristInnen-Anteil von 82,2 % unter dem Niederösterreich-, aber über dem Österreich-Schnitt. Im Vergleich zu

Niederösterreich hat der Bezirk Neunkirchen einen relativ hohen Anteil an Personen ohne Glaubensbekenntnis (12,3 % in Neunkirchen, 10,9 % in Niederösterreich), dieser entspricht aber dem Österreich-Schnitt (12,2 %). Auffallend hoch ist der Anteil der Personen mit muslimischem Glaubensbekenntnis, der im Bezirk Neunkirchen mit 5,3 % nicht nur über jenem von Niederösterreich (3,2 %), sondern auch über jenem von Gesamt-Österreich (4,3 %) liegt.

Abbildung 11: Bevölkerung nach Religionsbekenntnis in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung)



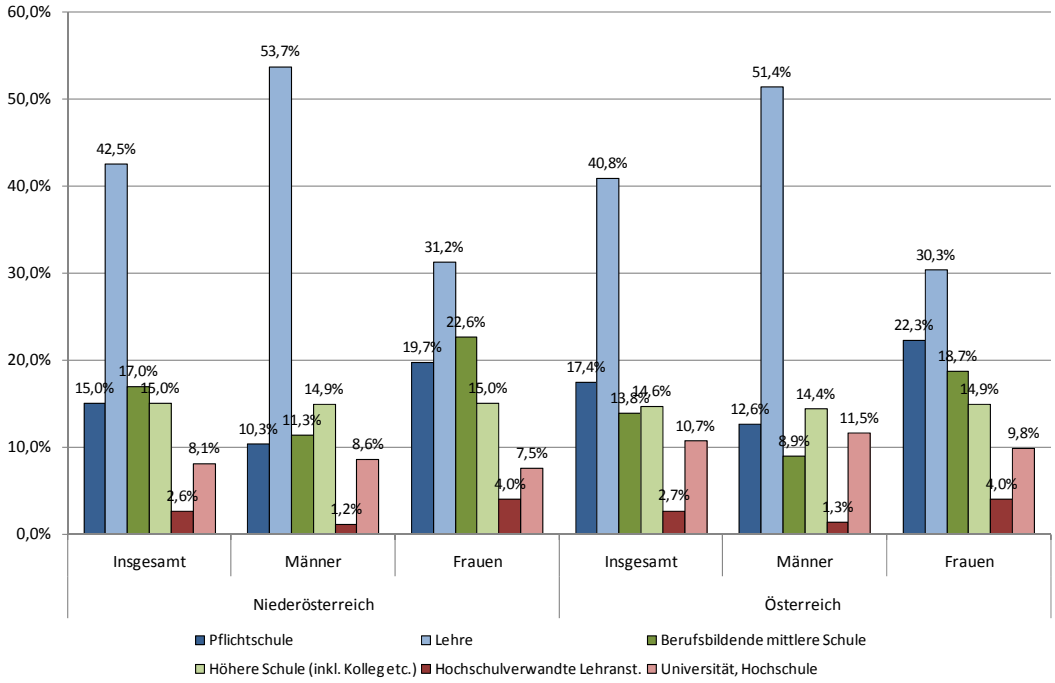
Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Bildungsstruktur der Bevölkerung von Neunkirchen

Die bisherigen Analysen der Altersverteilung und der kulturell-ethnischen Zusammensetzung zeigen die Heterogenität der Bevölkerung. Es können aber auch deutliche Unterschiede im Bildungsniveau zwischen bestimmten Gruppen festgestellt werden. Nachfolgende Abbildung 12 zeigt die Bildungsabschlüsse der niederösterreichischen im Vergleich zur österreichischen Bevölkerung nach Geschlecht im Jahr 2008 (Mikrozensus). Dabei zeigt sich, dass der Bildungsstand der Bevölkerung in Niederösterreich jenem der Bevölkerung Gesamt-Österreichs ähnlich ist.

Es zeigt sich allerdings, dass mittlere Bildungsabschlüsse in Niederösterreich etwas über dem Österreich-Schnitt liegen (Lehre 42,5 % und berufsbildende mittlere Schulen 17,0 % vs. 40,8 % und 13,8 % für Österreich). Dies lässt auf eine breite Facharbeiterbasis schließen. Der Anteil der Personen mit Pflichtschulabschluss als höchster abgeschlossenen Ausbildung liegt in Niederösterreich deutlich unter dem Österreich-Durchschnitt (15,0 % vs. 17,4 %), jedoch ist auch der Anteil der AkademikerInnen niedriger (8,1 % vs. 10,7 %). Im Vergleich zu Gesamt-Österreich ist die niederösterreichische Bevölkerung also relativ gut ausgebildet, jedoch mit einem geringeren Anteil an Hochqualifizierten.

Abbildung 12: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Niederösterreich und Österreich nach Geschlecht 2008



Q.: St.At. (Mikrozensus), DUK-Berechnungen.

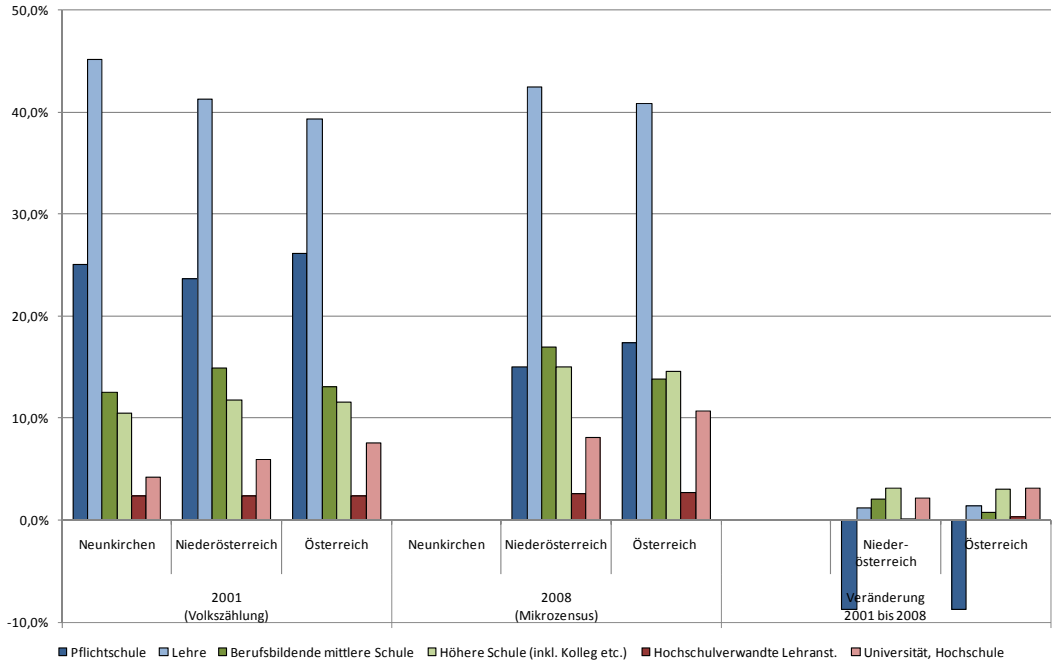
Es zeigt sich aber ein starker geschlechtsspezifischer Unterschied im Bildungsniveau der Bevölkerung: Frauen haben häufiger nur Pflichtschul- und mittlere Schulabschlüsse, Männer haben weitaus häufiger Lehrabschlüsse, aber auch akademische Ausbildungen. In Niederösterreich ist dieser geschlechtsspezifische Unterschied im Bereich der Lehrabschlüsse und berufsbildenden mittleren Schulen stärker ausgeprägt als im Österreich-Schnitt.

Bei einer Betrachtung der Bildungsabschlüsse auf Bezirksebene muss auf Daten aus der Volkszählung 2001 zurückgegriffen werden. Nachfolgende Abbildung 13 zeigt den Bildungsstand der Bevölkerung in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich zwischen 25 und 64 im Volkszählungsjahr 2001 und vergleichsweise den Bildungsstand in Niederösterreich und Österreich derselben Altersgruppe für das Jahr 2008 (Mikrozensus), um die Veränderung des Bildungsniveaus der Bevölkerung in diesem Zeitraum aufzeigen zu können.

Abbildung 13 verdeutlicht einige Unterschiede in der Zusammensetzung der Neunkirchner Bevölkerung hinsichtlich Bildung im Vergleich zum Niederösterreich- bzw. Österreich-Schnitt: Im Jahr 2001 war der Anteil der Personen mit lediglich Pflichtschulabschluss im Bezirk Neunkirchen etwas höher als im Niederösterreich-Schnitt (25,1 % bzw. 23,7 %), jedoch immer noch niedriger als für Gesamt-Österreich (26,2 %). Die Gruppe der Personen mit Lehrabschluss ist in Neunkirchen mit 45,2 % aller Personen zwischen 25 und 64 Jahren deutlich über dem Niederösterreich- (41,3 %) und noch weiter über dem Österreich-Schnitt (39,4 %). Alle Bevölkerungsgruppen mit darüber liegenden Bildungsabschlüssen (einschließlich Lehrabschlüsse) sind in Neunkirchen im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich hingegen etwas unterrepräsentiert. Es kann also gesagt werden, dass die Neunkirchner Bevölkerung (im Jahr 2001) über niedrigere Bildungsabschlüsse verfügt als die niederösterreichische Bevölkerung. Abbildung 13 zeigt darüber hinaus die Veränderung des

Bildungsstandes der Bevölkerung in Niederösterreich und Österreich zwischen 2001 (Volkszählung) und 2008 (Mikrozensus)[1]: Der Anteil der Pflichtschulabsolventen hat sich sowohl im Niederösterreich- als auch im Österreich-Schnitt deutlich verringert (-8,7 bzw. -8,8 Prozentpunkte). Die Anteile der Gruppen mit höheren Bildungsabschlüssen (einschließlich Lehrabschlüssen) haben sich demgegenüber erhöht und auch das gilt für Niederösterreich und Österreich gleichermaßen. Auch die Struktur der Bildungsabschlüsse hat sich im Zeitraum von 2001 und 2008 verändert: Nach wie vor ist die Gruppe der Personen mit Lehrlingsausbildung die größte, wobei aber die Verteilung aller anderen Bildungsniveaus immer gleichmäßiger wird. Es kann davon ausgegangen werden, dass Ähnliches auch für den Bezirk Neunkirchen gilt. Für Niederösterreich und Österreich konnte ein geschlechtsspezifischer Unterschied hinsichtlich der höchsten abgeschlossen Ausbildung festgemacht werden (siehe dazu auch Abbildung 12). Die Bildungsabschlüsse werden auch für den Bezirk für Männer und Frauen getrennt betrachtet, allerdings muss dazu wiederum auf Daten aus dem Volkszählungsjahr 2001 zurückgegriffen werden.

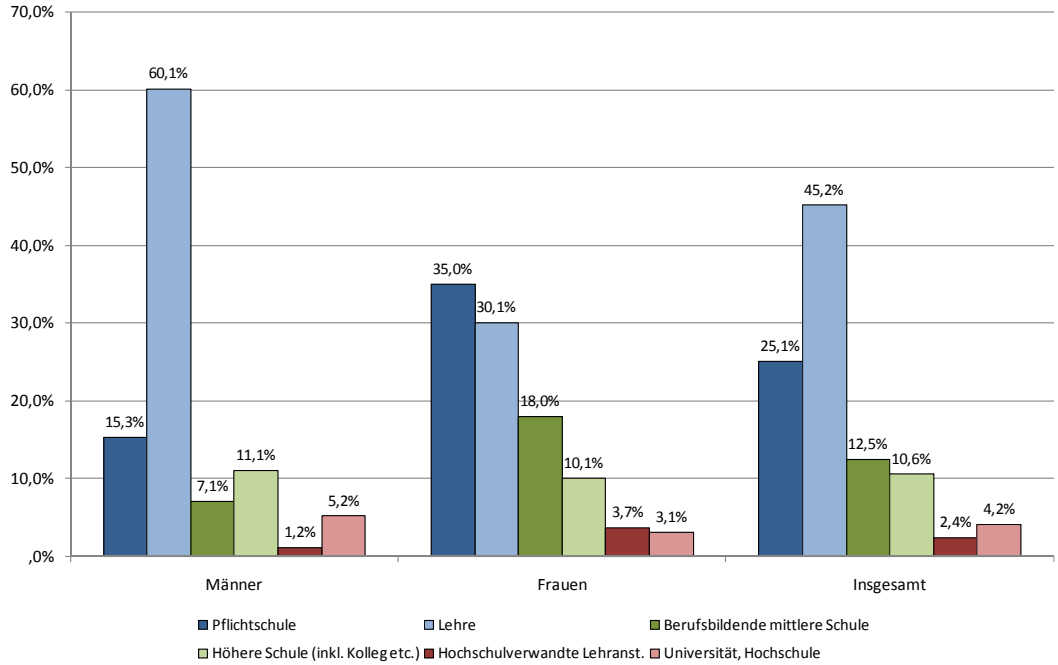
Abbildung 13: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung) und 2008 (Statistik Austria)



Q.: St.At. (VZ 2001, Mikrozensus 2008), DUK-Berechnungen.

[1] Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Daten aus den Jahren 2001 und 2008 nicht derselben Datenbasis entstammen. Im Gegensatz zur Volkszählung, die eine Vollzählung und Befragung aller Haushalte darstellt, handelt es sich beim Mikrozensus um eine 1%-Stichprobe aller Haushalte.

Abbildung 14: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Neunkirchen nach Geschlecht 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Abbildung 14 zeigt einen deutlichen geschlechtsspezifischen Bildungsunterschied im Bezirk Neunkirchen: Frauen (35,0 %) weisen deutlich häufiger als Männer (15,3 %) einen Pflichtschulabschluss als höchsten Bildungsgrad auf, häufiger aber auch einen Abschluss in einer berufsbildenden mittleren Schule (18,0 % vs. 7,1 %). Demgegenüber haben Männer (60,1 %), wie auch in Österreich im Schnitt, häufiger als Frauen eine abgeschlossene Lehre (30,1 %), ebenso verfügen Männer häufiger über akademische Ausbildungen (5,2 % vs. 3,1 %). Es kann also gesagt werden, dass Frauen im Bezirk Neunkirchen im Jahr 2001 geringere (Aus-)Bildungsabschlüsse aufweisen als Männer. Im Jahr 2001 gilt dies auch für Gesamt-Niederösterreich und –Österreich, wobei aber der geschlechtsspezifische Unterschied in den unteren Bildungsabschlüssen (Pflichtschule und Lehre) in Neunkirchen deutlich stärker ausgeprägt ist.

Weiters zeigt ein Vergleich der Zahlen aus dem Volkszählungsjahr 2001 und den aktuelleren Zahlen aus dem Mikrozensus 2008, dass der geschlechtsspezifische Bildungsunterschied vor allem im Bereich der Pflichtschulabschlüsse sowohl in Niederösterreich als auch in Österreich stark gesunken ist: 2001 lag in Niederösterreich der Anteil der Frauen mit lediglich Pflichtschulabschluss um 17,1 Prozentpunkte über dem der Männer (32,3 % vs. 15,3 %), in Gesamt-Österreich betrug dieser Unterschied immerhin 13,8 Prozentpunkte (33,1 % vs. 19,3 %). Im Jahr 2008 reduzierte sich dieser Unterschied in Niederösterreich auf 9,4 Prozentpunkte, in Österreich auf 9,7 Prozentpunkte.

Im Bereich der Lehrabschlüsse kann ebenso ein leichter Rückgang des Geschlechterunterschieds festgestellt werden: 2001 lag die Zahl der Lehrabschlüsse unter Männern in Niederösterreich um 27,8 Prozentpunkte über jener unter Frauen (41,3 % vs. 27,2 %), in Österreich gab es einen Unterschied von 23,4 Prozentpunkten (39,4 % vs. 27,7 %). Bis zum Jahr 2008 sank dieser Wert auf 22,5 Prozentpunkte (Niederösterreich) bzw. 21,0 Prozentpunkte (Österreich). Nach wie vor ist es der

Bereich der Lehrabschlüsse, in dem die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede vorzufinden sind. Es kann aufgrund der in Niederösterreich und Österreich festgestellten Entwicklungen zwischen 2001 und 2008 davon ausgegangen werden, dass auch im Bezirk Neunkirchen der Unterschied zwischen Frauen und Männern hinsichtlich der Pflichtschul- und Lehrabschlüsse geringer geworden ist.

Wie bereits gezeigt werden konnte, unterscheidet sich die Bevölkerungszusammensetzung innerhalb des Bezirks Neunkirchen (also zwischen den einzelnen Gemeinden) stark. Daher werden auch die Bildungsniveaus der Bevölkerung in den 44 Gemeinden getrennt untersucht. Der Übersichtlichkeit halber wurde hier auf die internationale Bildungsklassifikation ISCED („International Standard Classification of Education“) zurückgegriffen, wobei ISCED 0-2 maximal Pflichtschulabschluss bedeutet, ISCED 3 umfasst Lehrabschlüsse sowie mittlere und höhere Schulen und ISCED 4-6 und beinhaltet hochschulverwandte und akademische Ausbildungen. Nachfolgende Tabelle 4 zeigt die Anteile der Personen mit den jeweiligen Bildungsabschlüssen in der Altersgruppe 25 bis 64 in den Neunkirchner Gemeinden im Jahr 2001, wobei besonders hohe Anteile an ISCED 0-2- und niedrige Anteile an ISCED 4-6-Abschlüssen dunkelgrau hervorgehoben sind, niedrige ISCED 0-2- und hohe ISCED 4-6-Anteile hellgrau.

Die Tabelle 4 stellt somit jene Gemeinden dar, deren Bevölkerung relativ hohe bzw. besonders niedrige Ausbildungsniveaus aufweisen. Überdurchschnittlich niedrige Anteile an Personen mit niedriger (ISCED 0-2) und hohe Anteile an Personen mit hoher Ausbildung (ISCED 4-6) weisen folgende Gemeinden auf (hellgrau): Natschbach-Loipersdorf, Schwarzau am Steinfeld, Wartmannstetten, Willendorf und Würflach. Das heisst, dass sich Gemeinden mit gut ausgebildeter Bevölkerung tendenziell in der Nähe zu Wiener Neustadt bzw. entlang der Semmering Schnellstraße (S6) befinden. Es sind dies Gemeinden mit guten verkehrsbezogenen infrastrukturellen Bedingungen (Auspendeln).

Auffallend ist, dass die Gemeinden Wimpassing im Schwarzatal, Neunkirchen und Ternitz relativ hohe Anteile an Personen mit niedrigen (und geringe Anteile an Personen mit hohen) Ausbildungsniveaus aufweisen (dunkelgrau). Hier handelt es sich um Gemeinden mit einer besonders großen Zahl von Personen mit Migrationshintergrund (über 15 % der Bevölkerung), oft Personen, die zum Zweck der Erhaltung des wirtschaftlichen Produktionsstandortes als ‚GastarbeiterInnen’ angeworben wurden (oder ihre Nachfahren). Zusätzlich erschwerend für die Regionalentwicklung ist, dass gewisse Gemeinden mit hohem Migrationsanteil in peripheren Gebieten liegen, so etwa Grünbach am Schneeberg und Schwarzau im Gebirge.

Tabelle 4: Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren im Bezirk Neunkirchen nach Gemeinden und ISCED-Bildungskategorien 2001 (Volkszählung)

Gemeinde	Gesamt	ISCED 0-2		ISCED 3		ISCED 4-6	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Altendorf	**177**	31	17,5%	119	67,2%	27	15,3%
Aspangberg-Sankt Peter	**1.053**	281	26,7%	609	57,8%	163	15,5%
Aspang-Markt	**1.033**	245	23,7%	572	55,4%	216	20,9%
Breitenau	**695**	145	20,9%	412	59,3%	138	19,9%
Breitenstein	**214**	49	22,9%	123	57,5%	42	19,6%
Buchbach	**209**	45	21,5%	112	53,6%	52	24,9%
Bürg-Vöstenhof	**97**	24	24,7%	53	54,6%	20	20,6%
Edlitz	**536**	109	20,3%	304	56,7%	123	22,9%
Enzenreith	**1.064**	201	18,9%	646	60,7%	217	20,4%
Feistritz am Wechsel	**574**	136	23,7%	354	61,7%	84	14,6%
Gloggnitz	**3.267**	795	24,3%	1.862	57,0%	610	18,7%
Grafenbach-Sankt Valentin	**1.274**	290	22,8%	733	57,5%	251	19,7%
Grimmenstein	**690**	155	22,5%	384	55,7%	151	21,9%
Grünbach am Schneeberg	**933**	259	27,8%	520	55,7%	154	16,5%
Höflein an der Hohen Wand	**439**	85	19,4%	257	58,5%	97	22,1%
Kirchberg am Wechsel	**1.210**	288	23,8%	645	53,3%	277	22,9%
Mönichkirchen	**326**	75	23,0%	197	60,4%	54	16,6%
Natschbach-Loipersbach	**926**	168	18,1%	515	55,6%	243	26,2%
Neunkirchen	**6.094**	1.792	29,4%	2.925	48,0%	1.377	22,6%
Otterthal	**291**	56	19,2%	185	63,6%	50	17,2%
Payerbach	**1.260**	305	24,2%	717	56,9%	238	18,9%
Pitten	**1.292**	268	20,7%	696	53,9%	328	25,4%
Prigglitz	**287**	78	27,2%	160	55,7%	49	17,1%
Puchberg am Schneeberg	**1.598**	326	20,4%	973	60,9%	299	18,7%
Raach am Hochgebirge	**157**	27	17,2%	98	62,4%	32	20,4%
Reichenau an der Rax	**1.562**	403	25,8%	873	55,9%	286	18,3%
Sankt Corona am Wechsel	**917**	195	21,3%	485	52,9%	237	25,8%
Sankt Egyden am Steinfeld	**377**	100	26,5%	216	57,3%	61	16,2%
Scheiblingkirchen-Thernberg	**187**	28	15,0%	125	66,8%	34	18,2%
Schottwien	**979**	232	23,7%	574	58,6%	173	17,7%
Schrattenbach	**439**	127	28,9%	270	61,5%	42	9,6%
Schwarzau am Steinfeld	**655**	88	13,4%	415	63,4%	152	23,2%
Schwarzau im Gebirge	**331**	96	29,0%	169	51,1%	66	19,9%
Seebenstein	**187**	45	24,1%	103	55,1%	39	20,9%
Semmering	**1.024**	239	23,3%	585	57,1%	200	19,5%
Ternitz	**8.409**	2.545	30,3%	4.255	50,6%	1.609	19,1%
Thomasberg	**631**	153	24,2%	372	59,0%	106	16,8%
Trattenbach	**307**	94	30,6%	186	60,6%	27	8,8%
Warth	**864**	202	23,4%	500	57,9%	162	18,8%
Wartmannstetten	**932**	144	15,5%	558	59,9%	230	24,7%
Willendorf	**443**	84	19,0%	248	56,0%	111	25,1%
Wimpassing im Schwarzatale	**1.031**	333	32,3%	542	52,6%	156	15,1%
Würflach	**853**	157	18,4%	493	57,8%	203	23,8%
Zöbern	**754**	193	25,6%	445	59,0%	116	15,4%
Neunkirchen	**46.578**	**11.691**	**25,1%**	**25.585**	**54,9%**	**9.302**	**20,0%**
Niederösterreich	**855.405**	**202.710**	**23,7%**	**467.288**	**54,6%**	**185.407**	**21,7%**
Österreich	**4.481.030**	**1.173.148**	**26,2%**	**2.329.336**	**52,0%**	**978.546**	**21,8%**

Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

2.1.2. Bevölkerungsstruktur im Großraum Schwechat

Innerhalb des niederösterreichischen Bezirks Wien-Umgebung nimmt der Großraum Schwechat im 1. Quartal 2009 mit einer Einwohnerzahl von 48.670 einen Anteil von 43,4 % ein. Der Bezirk Wien-Umgebung zählt zum selben Zeitpunkt 112.085 EinwohnerInnen, was 7,0 % der niederösterreichischen Bevölkerung entspricht. Somit ist der Bezirk Wien-Umgebung einer der bevölkerungsstärksten Bezirke Niederösterreichs. Niederösterreich weist – wie bereits erwähnt – einen Bevölkerungsstand von 1,605 Millionen Menschen auf und ist hinter Wien bevölkerungsmäßig das zweitgrößte Bundesland Österreichs (19,2 % der österreichischen Gesamtbevölkerung von 8,355 Millionen EinwohnerInnen). Insgesamt nimmt der Großraum Schwechat 3,0 % der niederösterreichischen Bevölkerung ein. Tabelle 5 gibt einen Überblick über die Wohnbevölkerung in den 25 niederösterreichischen Bezirken.

Tabelle 5: Wohnbevölkerung in den niederösterreichischen Bezirken, 1. Quartal 2009

Bezirk	Bevölkerung		Bezirk	Bevölkerung	
	absolut	in %		absolut	in %
Niederösterreich	**1.605.122**	**100,0%**	Krems(Land)	55.463	3,5%
Baden	136.283	8,5%	Sankt Pölten(Stadt)	51.548	3,2%
Mödling	112.978	7,0%	Hollabrunn	50.373	3,1%
Amstetten	112.236	7,0%	Zwettl	44.184	2,8%
Wien-Umgebung	112.085	7,0%	Bruck an der Leitha	42.332	2,6%
(Großraum Schwechat)	(48.670)	(3,0%)	Scheibbs	41.390	2,6%
Sankt Pölten(Land)	96.412	6,0%	Wiener Neustadt(Stadt)	40.564	2,5%
Gänserndorf	94.471	5,9%	Gmünd	38.524	2,4%
Neunkirchen	86.127	5,4%	Horn	31.606	2,0%
Melk	76.573	4,8%	Waidhofen/Thaya	27.356	1,7%
Wiener Neustadt(Land)	74.400	4,6%	Lilienfeld	26.904	1,7%
Mistelbach	74.281	4,6%	Krems an der Donau(Stadt)	23.904	1,5%
Korneuburg	74.077	4,6%	Waidhofen/Ybbs(Stadt)	11.572	0,7%
Tulln	69.479	4,3%			

Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Die mit Abstand größte Gemeinde im Großraum Schwechat ist Schwechat selbst mit 16.311 EinwohnerInnen. Himberg weist eine Einwohnerzahl von 6.414 auf, danach folgen Fischamend (4.675 EinwohnerInnen), Leopoldsdorf (4.436 EinwohnerInnen) und Ebergassing (3.756 EinwohnerInnen). Die übrigen Gemeinden zählen weniger als 3.000 EinwohnerInnen.

Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung im Großraum Schwechat (51,4 %) ist weiblich, was sowohl den Durchschnitt des Bezirks Wien-Umgebung (51,7 %) entspricht, wie auch dem Niederösterreich- (51,0 %) und dem Österreich-Schnitt (51,3 %). Dies trifft nicht auf die Struktur der Altersverteilung zu: Während der Anteil der unter 15-Jährigen im Großraum Schwechat mit 15,1 % im Österreich-Schnitt (15,1 %) und leicht unter jenem des Bezirks Wien-Umgebung (15,7 %) und Gesamt-Niederösterreichs (15,3 %) liegt, ist der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 im Großraum Schwechat deutlich höher (68,1 %) als in Wien-Umgebung (66,5 %), Niederösterreich (66,3 %) und auch Gesamt-Österreich (67,5 %). Dementsprechend ist der Anteil der über 64-Jährigen im Großraum Schwechat mit 16,8 % niedriger (Wien-Umgebung: 17,9 %, Niederösterreich: 18,4 %, Österreich: 17,4 %). Nachfolgende Tabelle 6 zeigt die Verteilung der Wohnbevölkerung im Großraum Schwechat, im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich nach breiten Altersgruppen im Jahr 2009 (1. Quartal).

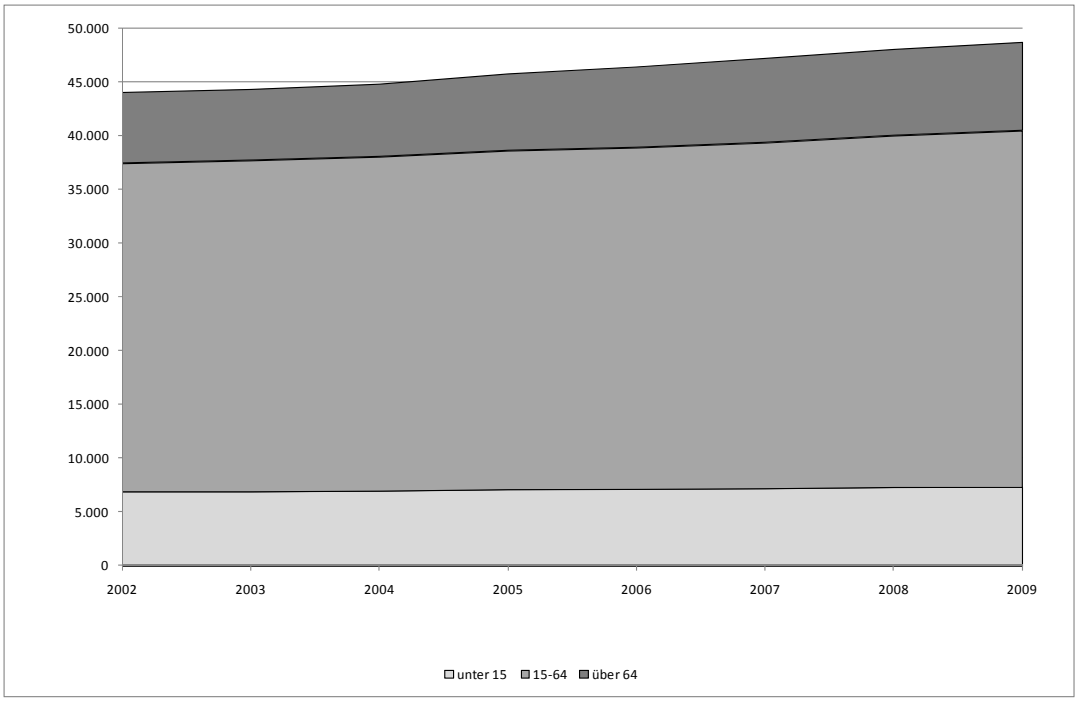
Tabelle 6: Wohnbevölkerung nach breiten Altersgruppen im Großraum Schwechat, Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich, 1. Quartal 2009

	Bevölkerung					
	unter 15		15 bis 64		über 64	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Großraum Schwechat	7.361	15,1%	33.139	68,1%	8.170	16,8%
Wien-Umgebung	17.544	15,7%	74.504	66,5%	20.037	17,9%
Niederösterreich	245.685	15,3%	1.064.260	66,3%	295.177	18,4%
Österreich	1.261.588	15,1%	5.642.785	67,5%	1.450.887	17,4%

Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Die Differenzierung der Bevölkerung nach breiten Altersgruppen zeigt damit deutlich, dass der Großraum Schwechat durch einen hohen Anteil an Menschen im erwerbsfähigen Alter gekennzeichnet ist, aber auch durch einen geringen Anteil an Personen über 64 Jahren. Der Großraum Schwechat stellt eine Region dar, die geprägt ist durch Zuzug der jüngeren Erwerbstätigen, aber auch Älteren über 64 Jahren. Die Entwicklung der Bevölkerung im Großraum Schwechat seit dem Jahr 2002 zeigt Abbildung 15.

Abbildung 15: Entwicklung der Bevölkerung im Großraum Schwechat nach breiten Altersgruppen, 2002-2009 (je 1. Quartal)



Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Zwischen 2002 und 2009 (jeweils 1. Quartal) stieg die Bevölkerungszahl des Großraums Schwechat um 10,6 % an, was geringfügig über dem Bezirks-Schnitt von Wien-Umgebung lag (+10,0 %), aber deutlich über dem Niederösterreich- (+3,9 %) und Österreich-Schnitt (+3,6 %). Obige Abbildung 15 veranschaulicht die Entwicklung der Bevölkerung zwischen 2002 und 2009 für Schwechat nach breiten Altersgruppen. Es zeigt sich die starke Zunahme der Bevölkerung zwischen 15 und 64, aber auch der über 64-Jährigen. Anteilsmäßig allerdings ist vor allem die Gruppe der Personen über 64 Jahren angestiegen, und zwar von 14,9 % auf 16,8 %. Zwischen 2002 und 2009 ist der Anteil der Personen zwischen 15 und 64 und unter 15 geringfügig gesunken (15-64: 2002 69,3 %, 2009: 68,1 %;

unter 15: 2002: 15,8 %, 2009: 15,1 %). Ähnliches gilt für den gesamten Bezirk Wien-Umgebung: Der Anteil der unter 15-Jährigen ist von 16,4 % im Jahr 2002 auf 15,7 % im Jahr 2009 gesunken und der Anteil der 15 bis 64-Jährigen von 68,4 % auf 66,5 %, während der Anteil der über 64-Jährigen von 15,2 % auf 17,9 % angestiegen ist. Es zeigt sich also, dass innerhalb des Bezirks Wien-Umgebung der Großraum Schwechat eine relativ junge Population aufweist und geringfügig schwächer von demografischer Alterung betroffen ist.

Innerhalb Niederösterreichs ist der Bezirk Wien-Umgebung ein Bezirk mit etwas höherem Anteil an unter 15-Jährigen und 15- bis 64-Jährigen und etwas niedrigerem Anteil an über 64-Jährigen. Niederösterreich ist ein Bundesland, das etwas stärker von demografischer Alterung betroffen ist als Gesamt-Österreich. Nachfolgende Tabelle 7 zeigt die Altersverteilung nach breiten Altersgruppen im Jahr 2009 (1. Quartal) in den einzelnen Gemeinden des Großraums Schwechat. Gemeinden mit stärkerer Überalterung können identifiziert werden, indem besonders geringe Anteile an Jugendlichen unter 15 Jahren und im erwerbsfähigen Alter sowie besonders hohe Anteile von Personen über 64 Jahren hervorgehoben werden (dunkelgrau). Jene Gemeinden mit einer relativ jungen Population hingegen weisen relativ hohe Anteile an Personen unter 15 Jahren und im Erwerbsalter auf sowie relativ geringe Anteile an über 64-Jährigen und sind in nachfolgender Tabelle 7 hellgrau gekennzeichnet.

Tabelle 7: Wohnbevölkerung im Großraum Schwechat nach Gemeinden und breiten Altersgruppen, 1. Quartal 2009

Gemeinde	Gesamt	unter 15 Jahre		15-64 Jahre		über 64 Jahre	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Ebergassing	**3.756**	654	17,4%	2.644	70,4%	458	12,2%
Fischamend	**4.675**	642	13,7%	3.192	68,3%	841	18,0%
Gramatneusiedl	**2.781**	519	18,7%	1.890	68,0%	372	13,4%
Himberg	**6.414**	998	15,6%	4.193	65,4%	1.223	19,1%
Klein-Neusiedl	**791**	89	11,3%	512	64,7%	190	24,0%
Lanzendorf	**1.642**	231	14,1%	1.162	70,8%	249	15,2%
Leopoldsdorf	**4.436**	735	16,6%	3.030	68,3%	671	15,1%
Maria-Lanzendorf	**2.071**	294	14,2%	1.445	69,8%	332	16,0%
Moosbrunn	**1.626**	238	14,6%	1.119	68,8%	269	16,5%
Rauchenwarth	**672**	104	15,5%	470	69,9%	98	14,6%
Schwadorf	**1.920**	321	16,7%	1.297	67,6%	302	15,7%
Schwechat	**16.311**	2.323	14,2%	11.094	68,0%	2.894	17,7%
Zwölfaxing	**1.575**	213	13,5%	1.091	69,3%	271	17,2%
Großraum Schwechat	**48.670**	**7.361**	**15,1%**	**33.139**	**68,1%**	**8.170**	**16,8%**
Wien-Umgebung	**112.085**	**17.544**	**15,7%**	**74.504**	**66,5%**	**20.037**	**17,9%**
Niederösterreich	**1.605.122**	**245.685**	**15,3%**	**1.064.260**	**66,3%**	**295.177**	**18,4%**
Österreich	**8.355.260**	**1.261.588**	**15,1%**	**5.642.785**	**67,5%**	**1.450.887**	**17,4%**

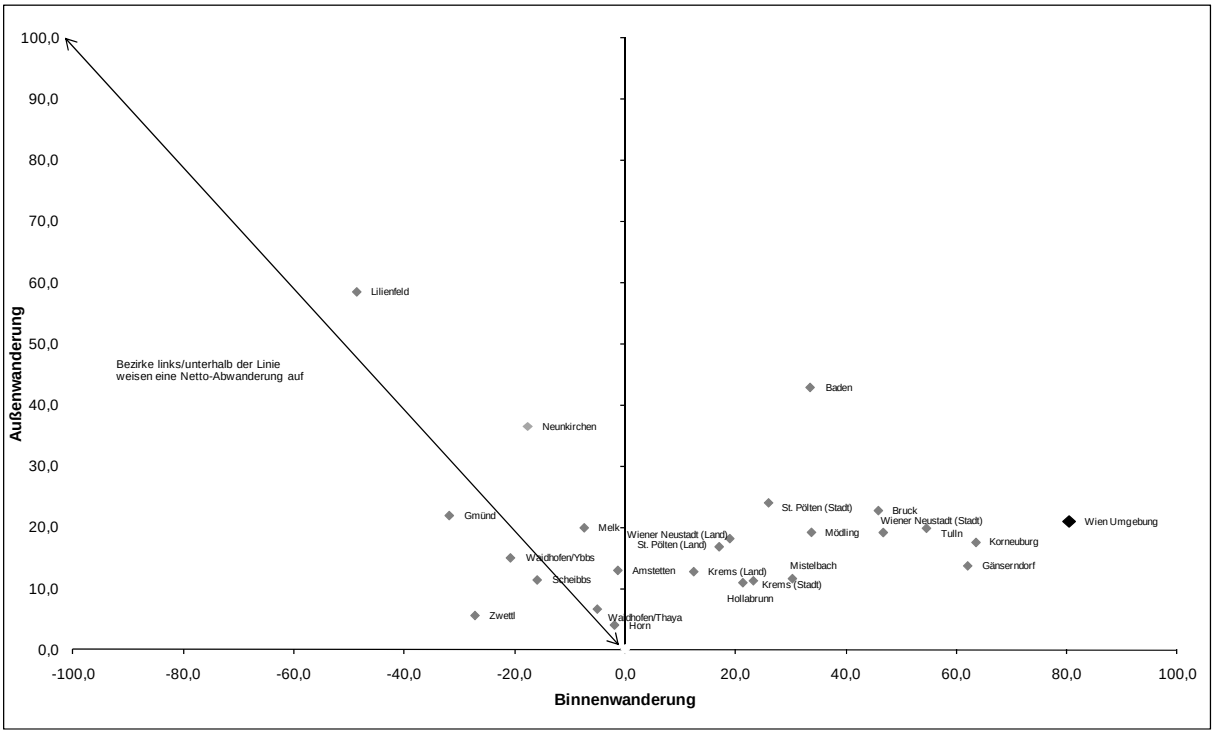
Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Obige Tabelle 7 zeigt jene Gemeinden, die in überdurchschnittlicher Weise von der Bevölkerungsalterung – d.h. Rückgang der Bevölkerung im Kindes- und Jugendalter, schrumpfende Bevölkerung im Erwerbsalter sowie Zunahme der Bevölkerung im Pensionsalter (65+) – betroffen sind. Im Großraum Schwechat ist die Gemeinde Klein-Neusiedl eine Gemeinde mit einer relativ alten Bevölkerungsstruktur. Relativ junge Bevölkerungsstrukturen weisen die Gemeinden Ebergassing, Gramatneusiedl und Rauchenwarth auf.

Die oben dargestellte Bevölkerungsentwicklung (siehe dazu auch Abbildung 15) steht in Zusammenhang mit den Wanderungsbewegungen, über die Abbildung 16 Auskunft gibt. Hier sind die

summierten Salden der Binnen- und Außenwanderung für den Zeitraum zwischen 2002 und 2008 in allen niederösterreichischen Bezirken in ein Koordinatensystem eingetragen.

Abbildung 16: Binnen- und Außenwanderung nach niederösterreichischen Bezirken 2002-2008, je 1.000 EinwohnerInnen



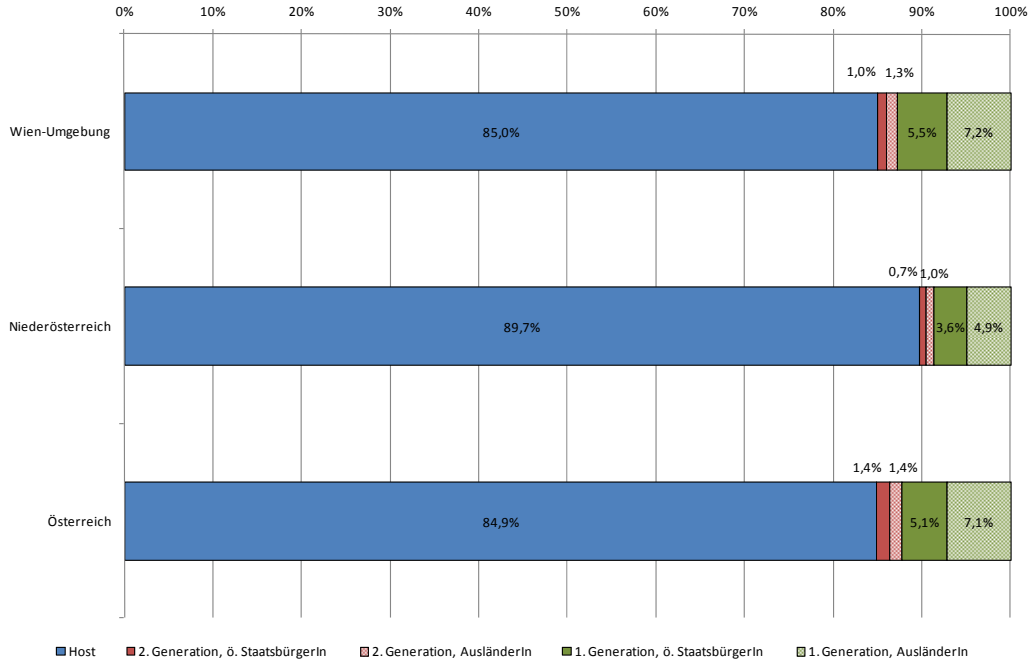
Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Demzufolge ist der Saldo der Binnenwanderung zwischen 2002 und 2008 für den Bezirk Wien-Umgebung stark positiv, d.h. mehr Personen sind von anderen Teilen Österreichs zugewandert als von Wien-Umgebung abgewandert sind. Dies verdeutlicht, dass **Wien-Umgebung für die Einheimischen eine interessante Zuwanderungsregion darstellt.** Auch der Außenwanderungssaldo ist positiv, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau; zwischen 2002 und 2008 hat **Wien-Umgebung auch durch Zuzug aus dem Ausland an Bevölkerung gewonnen**. Folglich stieg die Bevölkerungszahl in Wien-Umgebung insgesamt im Zeitraum von 2002 bis 2008 stark an. Für den Großraum Schwechat innerhalb des Bezirks Wien-Umgebung sind leider keine gesonderten Daten verfügbar.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Großraum Schwechat/Bezirk Wien-Umgebung

Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Bezirk Wien-Umgebung stehen aus der Volkszählung 2001 zur Verfügung, allerdings sind auch hier keine gesonderten Analysen für den Großraum Schwechat möglich. Nachfolgende Abbildung 17 zeigt die Verteilung der Bevölkerung auf Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Bezirk Wien-Umgebung sowie in Niederösterreich und Gesamt-Österreich im Jahr 2001 entsprechend obiger Definition (siehe dazu Seite 15).

Abbildung 17: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2001 (Volkszählung) in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich



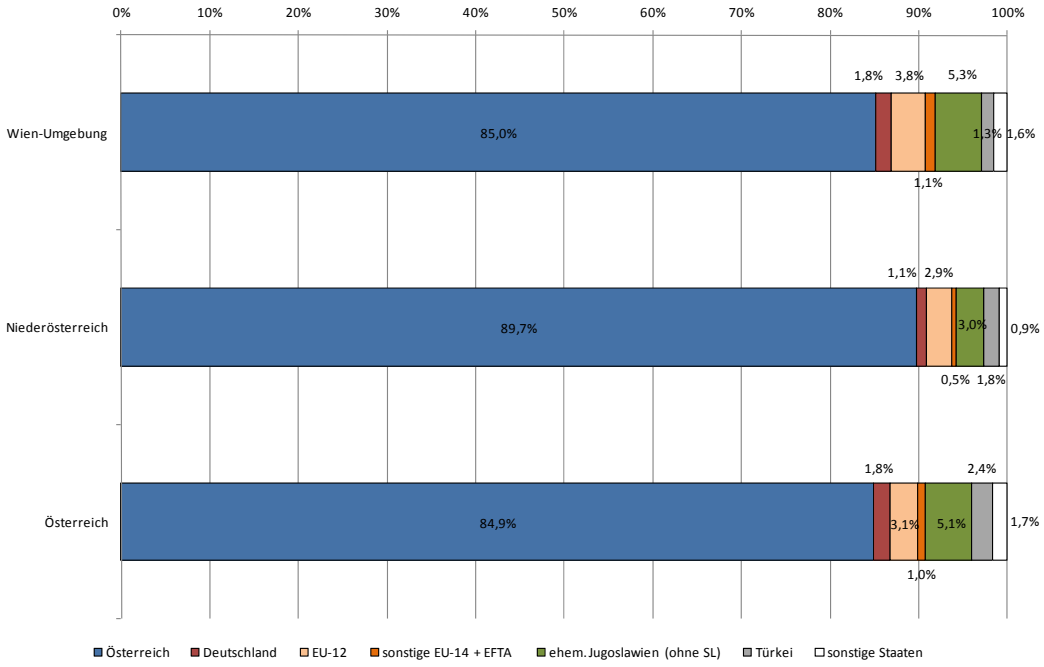
Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Aus Abbildung 17 geht hervor, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2001 in Wien-Umgebung genau dem Österreich-Schnitt von 15,1 % entspricht (Wien-Umgebung 15,0 %). Im Niederösterreich-Schnitt liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund darunter, nämlich bei 10,3 %. Der Anteil der Personen aus erster Migrationsgeneration mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft – also jene Personen, die selbst nach Österreich zugewandert sind – lag im Bezirk Wien-Umgebung bei 12,7 %. Demnach war die Gruppe der zweiten Migrationsgeneration – also den Personen mit Migrationshintergrund, die bereits in Österreich geboren wurden – eine relativ kleine (2,3 %, mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft). Gleichermaßen verhält es sich im Österreich-Schnitt. Für Niederösterreich hingegen zeigt sich, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund aus erster Generation deutlich geringer liegt, nämlich bei 8,5 %. Allgemein ist der Anteil der AusländerInnen geringfügig höher als jener der bereits eingebürgerten MigrantInnen (sowohl in erster als auch in zweiter Migrationsgeneration). Nachfolgende Abbildung 18 zeigt die Neunkirchner, niederösterreichische und österreichische Bevölkerung nach ihrer Herkunft im Volkszählungsjahr 2001.

Im Jahr 2001 war im Bezirk Wien-Umgebung die wichtigste Herkunftsregion der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (sowohl erste als auch zweite Generation) das ehemalige Jugoslawien (ohne Slowenien) (5,3 %) Eine weitere wichtige Herkunftsregion der migrantischen Bevölkerung von Wien-Umgebung sind die EU-12-Länder (also die Mitgliedsländer seit den Erweiterungen 2004 und 2007) (3,8 %). Diese Struktur der Migrationsbevölkerung entspricht genau dem Österreich-Schnitt, unterscheidet sich aber vom Niederösterreich-Schnitt: Zwar stellen in Niederösterreich auch der Raum des ehemaligen Jugoslawiens und die EU-12-Länder (EU-Länder seit 2004 bzw. 2007) die wesentlichsten Herkunftsgebiete mit einem Anteil von 3,0 % bzw. 2,9 % dar, aber auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Anzumerken ist allerdings, dass diese Daten aus dem Volkszählungsjahr 2001

stammen und somit die Entwicklung der Zuwanderung seit den beiden Erweiterungswellen der Europäischen Union nicht aufzeigen.

Abbildung 18: Bevölkerung nach Herkunftsregion 2001 (Volkszählung) in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich

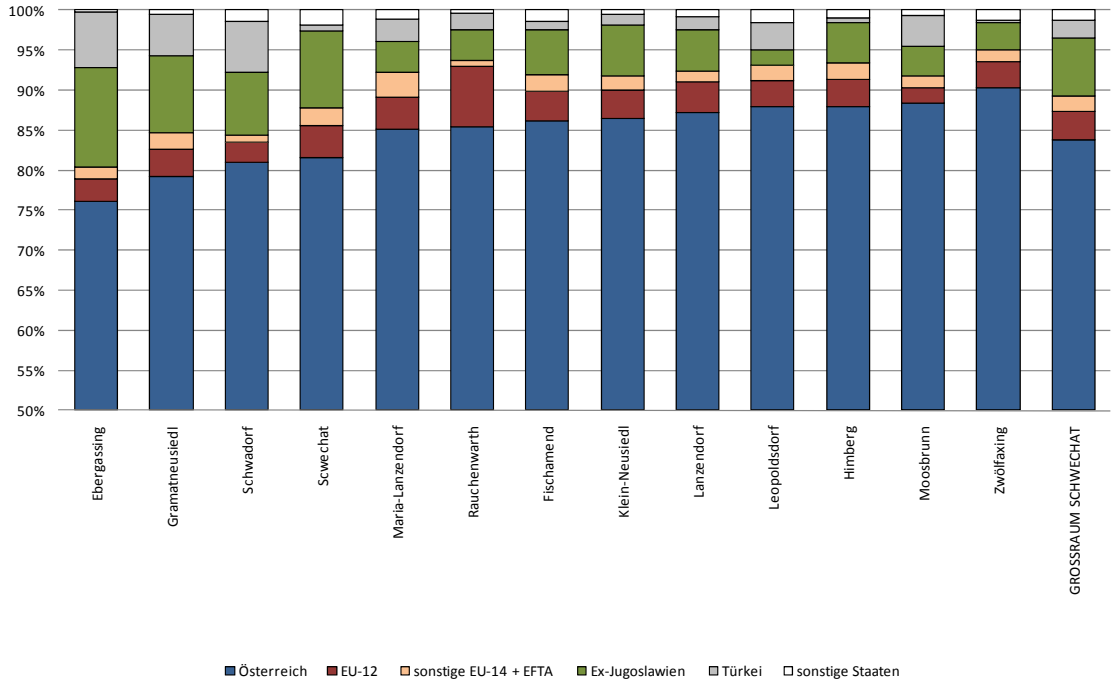


Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Zwar stehen auf Bezirksebene keine aktuelleren Daten bezüglich der Bevölkerungszusammensetzung nach Herkunftsregionen als die Volkszählungsdaten aus dem Jahr 2001 zur Verfügung, trotzdem zeigt eine Betrachtung der Wanderungssalden für Niederösterreich eine verstärkte Zuwanderung im Zuge der beiden EU-Erweiterungswellen in den Jahren 2004 und 2007 deutlich (siehe Abbildung 9). Betrachtet man die Struktur der migrantischen Bevölkerung nach Herkunftsregion im Jahr 2001 in Wien-Umgebung im Vergleich zu Gesamt-Niederösterreich (siehe dazu Abbildung 18), so zeigt sich eine ähnliche Zuwandererstruktur, wobei aber der Anteil der Zuwanderer aus den EU-12-Ländern (EU-Mitglieder seit 2004 bzw. 2007) im Bezirk Wien-Umgebung deutlich höher ist als im Schnitt Niederösterreichs. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass für den Bezirk Wien-Umgebung ein noch stärkerer Anstieg von MigrantInnen aus Ländern der „neuen“ Mitgliedsländer in den Erweiterungsjahren zu verzeichnen ist als für Gesamt-Niederösterreich.

Es konnte deutlich gezeigt werden, dass Zuwanderung ein wichtiges Element innerhalb der demografischen Entwicklung des Großraums Schwechat darstellt. Die Gemeinden dieser Region unterscheiden sich deutlich nach der Altersstruktur ihrer Bevölkerung (siehe dazu auch Tabelle 7), sie unterscheiden sich aber auch deutlich hinsichtlich ihrer Zusammensetzung nach Herkunft. Die Verteilung der Bevölkerung in den Gemeinden des Großraums Schwechat nach Herkunft im Jahr 2001 ist in nachfolgender Abbildung 19 dargestellt. Zu beachten gilt bei Abbildung 19, dass die Skalierung aufgrund besserer Darstellungsmöglichkeit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund erst bei 30 % beginnt.

Abbildung 19: Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Großraum Schwechat nach Gemeinden 2001 (Volkszählung)



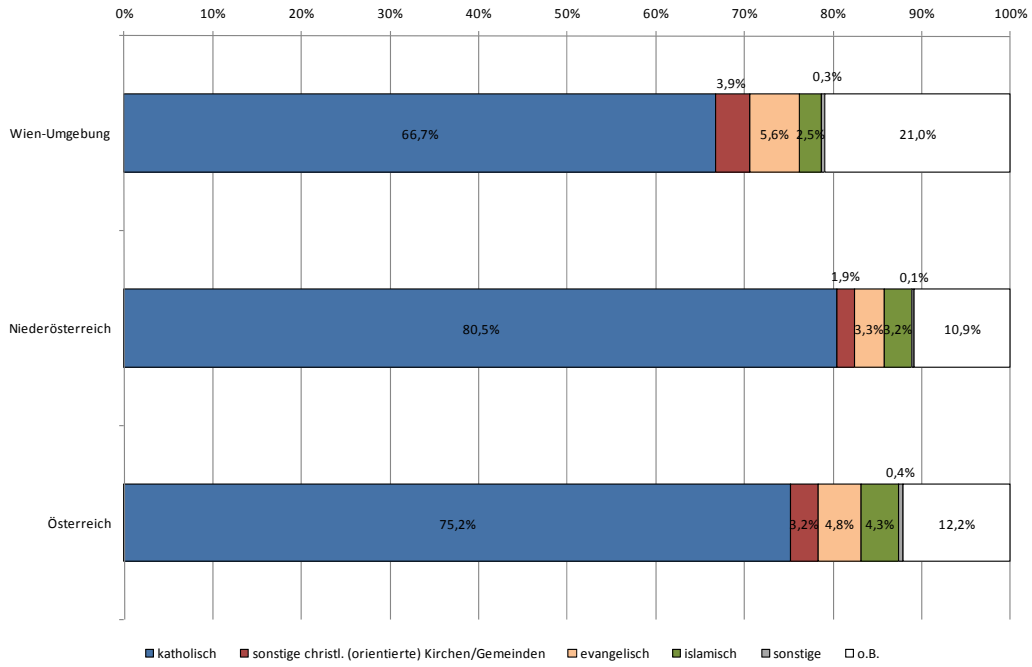
Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Aus Abbildung 19 wird die Varianz innerhalb des Bezirks Schwechat bezüglich der Bevölkerungszusammensetzung nach Herkunft deutlich. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund reicht in den 13 Gemeinden des Großraums Schwechat von 23,9 % in Ebergassing bis 9,7 % in Zwölfaxing im Volkszählungsjahr 2001. Die Gemeinden Ebergassing und Gramatneusiedl weisen besonders hohe Anteile migrantischer Bevölkerung auf. Die Population dieser Gemeinden hat darüber hinaus auch eine sehr junge Bevölkerungsstruktur.

Vor allem in Gemeinden mit einem überdurchschnittlichen MigrantInnenanteil stellen Personen aus Ex-Jugoslawien die wichtigste Zuwanderergruppe dar: Die Gemeinden Ebergassing (12,5 %), Gramatneusiedl (9,6 %), Schwadorf (7,8 %) und Schwechat (9,6 %) weisen einen besonders hohen Bevölkerungsanteil ex-jugoslawischer Herkunft auf. Aber auch Personen mit türkischem Migrationshintergrund stellen in den Gemeinden mit überdurchschnittlichem MigrantInnenanteil eine nicht zu vernachlässigende Größe dar. Die Gemeinde Rauchenwarth weist mit 7,6 % einen besonders hohen Anteil an Personen aus den EU-12 (also den „neuen“ EU-Mitgliedsländern) auf. Auch an dieser Stelle muss nochmals darauf hingewiesen werden, dass die Zahlen aus der Volkszählung 2001 stammen und daher die mit der EU-Osterweiterung in Verbindung stehenden Zuwanderungsentwicklungen nicht erfasst sind.

Die internationale Zuwanderung verstärkt die Heterogenität der Bevölkerung und spiegelt sich auch in einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung nach Religionsbekenntnis wider. Abbildung 20 zeigt die Bevölkerung von Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich nach Religionsbekenntnis im Volkszählungsjahr 2001.

Abbildung 20: Bevölkerung nach Religionsbekenntnis in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Aus obiger Abbildung 20 geht hervor, dass der Anteil an Personen mit christlichem Glaubensbekenntnis in Niederösterreich (85,7 %) etwas höher ist als im Österreich-Schnitt (83,2 %). Der Bezirk Wien-Umgebung liegt mit einem ChristInnen-Anteil von 76,2 % deutlich unter dem Niederösterreich- und dem Österreich-Schnitt. Der Bezirk Wien-Umgebung hat einen niedrigen Anteil an Personen muslimischen Glaubens (2,5 %); im Niederösterreich- (3,2 %), vor allem aber im Österreich-Schnitt (4,3 %) ist dieser Anteil etwas höher. Demgegenüber weist der Bezirk Wien-Umgebung mit 21,0 % einen besonders hohen Anteil an Menschen ohne Glaubensbekenntnis auf. Österreich hat einen Anteil an Konfessionslosen von 12,2 %, Niederösterreich sogar nur 10,9 %.

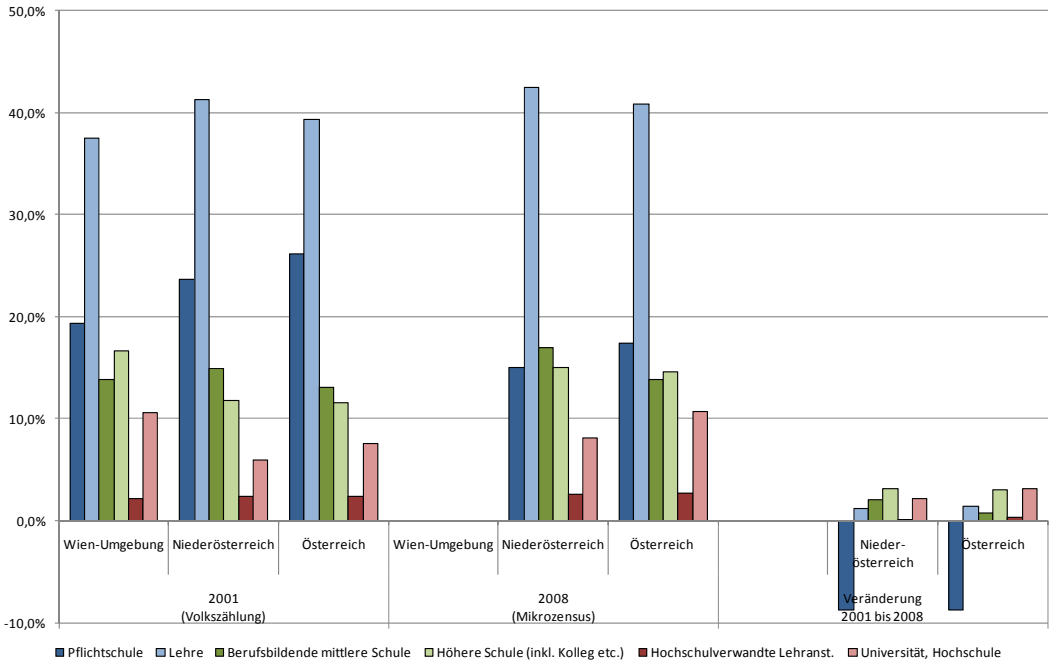
Bildungsgrad der Bevölkerung des Großraums Schwechat/Wien-Umgebung

Die bisherigen Analysen der Altersverteilung und der kulturell-ethnischen Zusammensetzung zeigen die Heterogenität der Bevölkerung. Es können aber auch deutliche Unterschiede im Bildungsniveau zwischen bestimmten Gruppen festgestellt werden. Wie aus Abbildung 12 ersichtlich, ist der Bildungsstand der Bevölkerung in Niederösterreich dem von Gesamt-Österreich sehr ähnlich. Nachfolgende Abbildung 21 zeigt den Bildungsstand der Bevölkerung in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich zwischen 25 und 64 im Volkszählungsjahr 2001 und im Vergleich dazu 2008 (Mikrozensus)[2], um die Veränderung des Bildungsniveaus der Bevölkerung in diesem Zeitraum aufzeigen zu können. Daraus ist ersichtlich, dass die Bevölkerung Wien-Umgebung im Vergleich zu Gesamt-Niederösterreich und –Österreich einen etwas höheren Bildungsgrad aufweist:

[2] Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Daten aus den Jahren 2001 und 2008 nicht derselben Datenbasis entstammen. Im Gegensatz zur Volkszählung, die eine Vollzählund und Befragung aller Haushalte darstellt, handelt es sich beim Mikrozensus um eine 1%-Stichprobe aller Haushalte.

Im Jahr 2001 war der Anteil der Personen mit lediglich Pflichtschulabschluss im Bezirk Wien-Umgebung mit 19,3 % deutlich niedriger als im Niederösterreich- (23,7 %), und Österreich-Schnitt (26,2 %). Die Gruppe der Personen mit Lehrabschluss ist in Wien-Umgebung mit 37,5 % aller Personen zwischen 25 und 64 Jahren ebenfalls etwas unter dem Österreich- (39,4 %) und deutlich unter dem Niederösterreich-Schnitt (41,3 %). Die Bevölkerungsgruppen mit Abschlüssen höherer Schulen oder darüber sind in Wien-Umgebung im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich überrepräsentiert. Abbildung 21 zeigt darüber hinaus, dass sich die Struktur der Bildungsabschlüsse im Zeitraum von 2001 und 2008 verändert hat: Nach wie vor ist die Gruppe der Personen mit Lehrlingsausbildung in Niederösterreich größer als im Österreich-Schnitt, der Anteil der Personen mit Hilfsarbeiterqualifikation und AkademikerInnen dafür aber geringer.

Abbildung 21: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung) und 2008 (Statistik Austria)



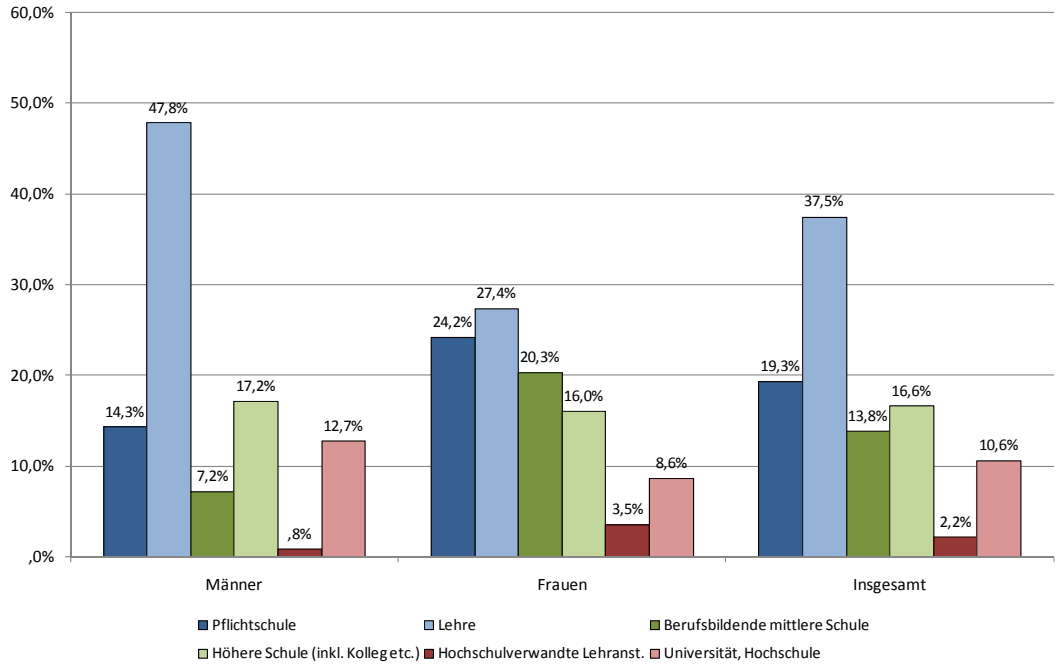
Q.: St.At. (VZ 2001, Mikrozensus 2008), DUK-Berechnungen.

Die Bildungsabschlüsse sollen auch für den Bezirk Wien-Umgebung für Männer und Frauen getrennt betrachtet werden. Abbildung 22 zeigt im Bezirk Wien-Umgebung einen deutlichen geschlechtsspezifischen Bildungsunterschied: Frauen (24,2 %) weisen deutlich häufiger als Männer (14,3 %) nur einen Pflichtschulabschluss auf, häufiger aber auch einen Abschluss in einer berufsbildenden mittleren Schule (20,3 % vs. 7,2 %). Demgegenüber haben Männer (47,8 %) weitaus häufiger eine abgeschlossene Lehre vorzuweisen als Frauen (27,4 %), ebenso verfügen Männer häufiger über hochschulverwandte oder akademische Ausbildungen. Frauen haben somit auch im Bezirk Wien-Umgebung einen geringeren Bildungsgrad als Männer.

Nicht nur die Bevölkerungszusammensetzung nach Migrationshintergrund unterscheidet sich zwischen den Bezirken von Wien-Umgebung (also zwischen den 13 Gemeinden des Großraums Schwechat), sondern auch die Bildungsstruktur (gemäß der internationalen Bildungsklassifikation ISCED (siehe dazu auch Seite 24). Nachfolgende Tabelle 8 zeigt die Anteile der Personen mit den

jeweiligen Bildungsabschlüssen in der Altersgruppe 25 bis 64 in den Neunkirchner Gemeinden im Jahr 2001, wobei wiederum besonders hohe Anteile an ISCED 0-2- und niedrige Anteile an ISCED 4-6-Abschlüssen dunkelgrau hervorgehoben sind, niedrige ISCED 0-2- und hohe ISCED 4-6-Anteile hellgrau.

Abbildung 22: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien-Umgebung nach Geschlecht 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Tabelle 8: Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren im Großraum Schwechat nach Gemeinden und ISCED-Bildungskategorien 2001 (Volkszählung)

Gemeinde	Gesamt	ISCED 0-2		ISCED 3		ISCED 4-6	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Ebergassing	**2.077**	633	30,5%	1.098	52,9%	346	16,7%
Fischamend	**2.617**	591	22,6%	1.549	59,2%	477	18,2%
Gramatneusiedl	**1.288**	334	25,9%	742	57,6%	212	16,5%
Himberg	**3.201**	678	21,2%	1.883	58,8%	640	20,0%
Klein-Neusiedl	**484**	132	27,3%	304	62,8%	48	9,9%
Lanzendorf	**920**	281	30,5%	472	51,3%	167	18,2%
Leopoldsdorf	**2.016**	331	16,4%	1.142	56,6%	543	26,9%
Maria-Lanzendorf	**1.181**	222	18,8%	661	56,0%	298	25,2%
Rauchenwarth	**330**	67	20,3%	193	58,5%	70	21,2%
Schwadorf	**1.004**	218	21,7%	614	61,2%	172	17,1%
Schwechat	**9.026**	2.439	27,0%	5.121	56,7%	1.466	16,2%
Zwölfaxing	**861**	165	19,2%	526	61,1%	170	19,7%

Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Überdurchschnittlich niedrige Anteile an Personen mit niedriger (ISCED 0-2) und hohe Anteile an Personen mit hoher Ausbildung (ISCED 4-6) weisen die Gemeinden Leopoldsdorf und Maria Lanzendorf auf (hellgrau). Auffallend ist, dass die Gemeinden Ebergassing und Gramatneusiedl relativ

hohe Anteile an Personen mit niedrigen Ausbildungsniveaus aufweisen (dunkelgrau); dabei handelt sich um Gemeinden mit einer besonders großen Zahl von Personen mit Migrationshintergrund.

2.1.3. Bevölkerungsstruktur im Bezirk Lienz (Osttirol)

Innerhalb Tirols zählt Lienz im 1. Quartal 2009 mit einer Einwohnerzahl von 50.100 oder 7,1 % zu den bevölkerungsschwächeren Bezirken (nach Reutte und Landeck). Tirol weist einen Bevölkerungsstand von 704.472 Menschen auf und ist bevölkerungsmäßig im Mittelfeld Österreichs (8,4 % der österreichischen Gesamtbevölkerung von 8,355 Millionen EinwohnerInnen). Tabelle 9 gibt einen Überblick über die Wohnbevölkerung in den neun Tiroler Bezirken.

Tabelle 9: Wohnbevölkerung in den Tiroler Bezirken, 1. Quartal 2009

Bezirk	Bevölkerung		Bezirk	Bevölkerung	
	absolut	in %		absolut	in %
Tirol	**704.472**	**100,0%**	Kitzbühel	61.557	8,7%
Innsbruck-Land	164.027	23,3%	Imst	56.734	8,1%
Innsbruck-Stadt	118.035	16,8%	Lienz	50.100	7,1%
Kufstein	99.394	14,1%	Landeck	44.178	6,3%
Schwaz	78.610	11,2%	Reutte	31.837	4,5%

Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Die mit Abstand größte Gemeinde im Bezirk Lienz ist die Stadt Lienz mit 11.966 EinwohnerInnen. Matrei in Osttirol weist eine Einwohnerzahl von knapp 5.000 auf und die übrigen Gemeinden zählen weniger als 3.000 EinwohnerInnen, wobei aber in etwa zwei Drittel der Gemeinden weniger als 1.000 Menschen leben.

Ziemlich genau die Hälfte der Lienzer Bevölkerung (50,8 %) ist weiblich, was sowohl dem Tirol- als auch dem Österreich-Schnitt entspricht. Was die Struktur der Altersverteilung anbelangt, so hat die Lienzer Bevölkerung im Vergleich zu Österreich und in noch stärkerem Ausmaß im Vergleich zu Tirol einen geringen Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren). Nachfolgende Tabelle 10 zeigt die Verteilung der Wohnbevölkerung im Bezirk Osttirol, Tirol und Österreich nach breiten Altersgruppen im Jahr 2009 (1. Quartal).

Tabelle 10: Wohnbevölkerung nach breiten Altersgruppen in Lienz, Tirol und Österreich, 1. Quartal 2009

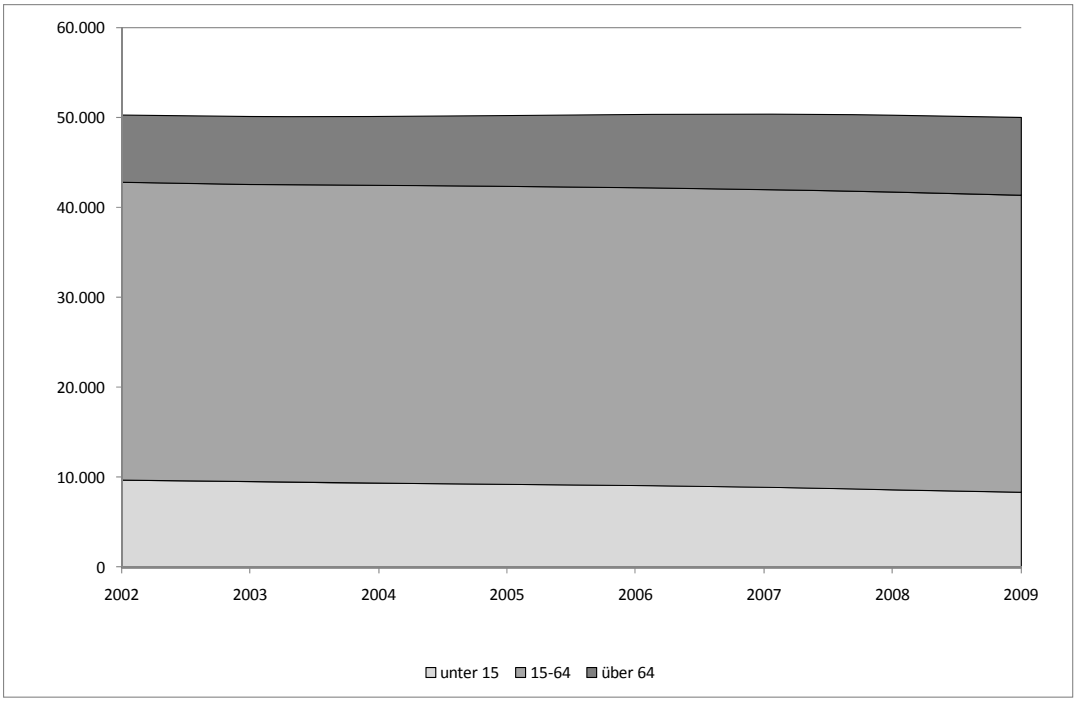
	Bevölkerung					
	unter 15		15 bis 64		über 64	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Lienz	8.457	16,9%	32.904	65,7%	8.739	17,4%
Tirol	111.828	15,9%	481.393	68,3%	111.251	15,8%
Österreich	1.261.588	15,1%	5.642.785	67,5%	1.450.887	17,4%

Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Die Differenzierung der Bevölkerung nach breiten Altersgruppen verdeutlicht, dass im Bezirk Lienz einerseits ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Menschen unter 15 Jahren lebt (16,9 %), und zwar sowohl im Vergleich zu Gesamt-Tirol (15,9 %) als auch im Vergleich zu Österreich (15,1 %). Andererseits ist auch der Anteil der über 64-Jährigen relativ hoch; der Anteil von 17,4 % entspricht zwar dem Österreich-Schnitt, liegt aber deutlich über dem Wert für Tirol (15,8 %). Damit ist der Anteil der Personen im Erwerbsalter mit 65,7 % deutlich geringer als in Tirol (68,3 %) und in Österreich (67,5 %).

Die Entwicklung der Bevölkerung im Bezirk Lienz seit dem Jahr 2002 zeigt nachfolgende Abbildung 23. Zwischen 2002 und 2009 (jeweils 1. Quartal) ging die Bevölkerungszahl von Lienz geringfügig um 0,5 % zurück. In derselben Periode wuchs die Zahl der EinwohnerInnen im Bundesland Tirol um mehr als 4 %. Der Anteil der unter 15-Jährigen ist im Bezirk Lienz kontinuierlich von 19,4 % im Jahr 2002 auf 16,9 % im Jahr 2009 gesunken (Tirol: 18,2 % 2002, 15,9 % 2009; Österreich: 16,7 % 2002, 15,1 % 2009). Der Anteil der über 64-Jährigen hingegen stieg im selben Zeitraum im Bezirk Lienz von 15,0 % auf 17,4 % (Tirol: 13,5 % 2002, 15,8 % 2009; Österreich: 15,5 % 2002, 17,4 % 2009). Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter blieb sowohl in Lienz, als auch im Tirol- und Österreich-Schnitt relativ konstant (Lienz: 65,6 % 2002, 65,7 % 2009; Tirol: 68,3 % 2002 und 2009; Österreich: 67,8 % 2002, 67,5 % 2009).

Abbildung 23: Entwicklung der Bevölkerung im Bezirk Lienz nach breiten Altersgruppen, 2002-2009 (je 1. Quartal)



Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Nachfolgende Tabelle 11 zeigt die Altersverteilung nach breiten Altersgruppen im Jahr 2009 (1. Quartal) in den einzelnen Lienzer Gemeinden. Die Stadt Lienz ist in stark erhöhtem Ausmaß von demografischer Alterung betroffen, aber auch periphere Gemeinden wie Hopfgarten in Defereggen, Kartitsch und Untertilliach. Die Gemeinden Innervillgraten, Obertilliach und Sankt Veit in Defereggen weisen besonders niedrige Anteile an Personen zwischen 15 und 64 Jahren auf. Die Gemeinden mit einer relativ jungen Population finden sich in der Umgebung der Stadt Lienz, aber auch die nördlichen Gemeinden Kals am Großglockner, Matrei in Osttirol, Prägraten am Großvenediger und Virgen und die Mehrzahl der Gemeinden entlang der Hauptverkehrsroute B100 zwischen Lienz und Sillian.

Aus Abbildung 24 geht die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung infolge von Wanderungsprozessen hervor. Dabei zeigt sich, dass der Saldo der Binnenwanderung zwischen 2002 und 2008 für Lienz negativ ist, d.h. mehr Personen sind in andere Teile Österreichs abgewandert als von dort nach Lienz zugewandert. Dies verdeutlicht, dass **Lienz für die ansässige Bevölkerung eine Abwanderungsregion darstellt.** Auch über die **Außenwanderung**, d.h. Zuzug aus dem Ausland, hat Lienz zwischen 2002 und

2008 **kaum an Bevölkerung gewonnen**. Folglich musste Lienz insgesamt im Zeitraum von 2002 bis 2008 einen leichten Bevölkerungsrückgang hinnehmen.

Tabelle 11: Wohnbevölkerung im Bezirk Lienz nach Gemeinden und breiten Altersgruppen, 1. Quartal 2009

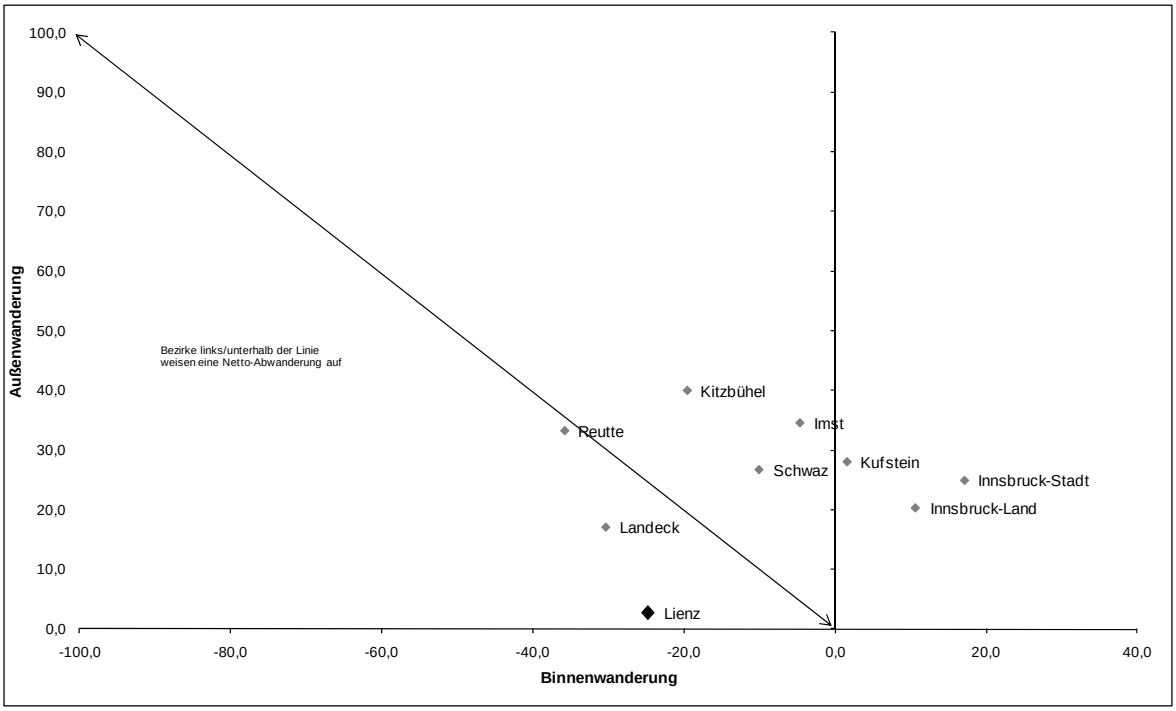
Gemeinde	Gesamt	unter 15 Jahre		15-64 Jahre		über 64 Jahre	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Abfaltersbach	**647**	140	21,6%	412	63,7%	95	14,7%
Ainet	**964**	169	17,5%	630	65,4%	165	17,1%
Amlach	**384**	66	17,2%	254	66,1%	64	16,7%
Anras	**1.292**	244	18,9%	851	65,9%	197	15,2%
Assling	**1.936**	326	16,8%	1.228	63,4%	382	19,7%
Außervillgraten	**829**	147	17,7%	527	63,6%	155	18,7%
Dölsach	**2.295**	404	17,6%	1.541	67,1%	350	15,3%
Gaimberg	**841**	123	14,6%	583	69,3%	135	16,1%
Heinfels	**1.017**	199	19,6%	660	64,9%	158	15,5%
Hopfgarten in Defereggen	**777**	120	15,4%	478	61,5%	179	23,0%
Innervillgraten	**1.009**	239	23,7%	605	60,0%	165	16,4%
Iselsberg-Stronach	**623**	100	16,1%	426	68,4%	97	15,6%
Kals am Großglockner	**1.260**	233	18,5%	833	66,1%	194	15,4%
Kartitsch	**850**	129	15,2%	521	61,3%	200	23,5%
Lavant	**277**	52	18,8%	186	67,1%	39	14,1%
Leisach	**849**	130	15,3%	566	66,7%	153	18,0%
Lienz	**11.966**	1.598	13,4%	7.955	66,5%	2.413	20,2%
Matrei in Osttirol	**4.864**	904	18,6%	3.195	65,7%	765	15,7%
Nikolsdorf	**876**	145	16,6%	561	64,0%	170	19,4%
Nußdorf-Debant	**3.251**	553	17,0%	2.238	68,8%	460	14,1%
Oberlienz	**1.424**	240	16,9%	939	65,9%	245	17,2%
Obertilliach	**741**	147	19,8%	460	62,1%	134	18,1%
Prägraten am Großvenediger	**1.254**	232	18,5%	809	64,5%	213	17,0%
Sankt Jakob in Defereggen	**947**	150	15,8%	636	67,2%	161	17,0%
Sankt Johann im Walde	**302**	54	17,9%	200	66,2%	48	15,9%
Sankt Veit in Defereggen	**755**	154	20,4%	474	62,8%	127	16,8%
Schlaiten	**481**	94	19,5%	312	64,9%	75	15,6%
Sillian	**2.127**	383	18,0%	1.353	63,6%	391	18,4%
Strassen	**848**	149	17,6%	579	68,3%	120	14,2%
Thurn	**626**	105	16,8%	419	66,9%	102	16,3%
Tristach	**1.365**	268	19,6%	860	63,0%	237	17,4%
Untertilliach	**260**	47	18,1%	159	61,2%	54	20,8%
Virgen	**2.163**	413	19,1%	1.454	67,2%	296	13,7%
Lienz	**50.100**	**8.457**	**16,9%**	**32.904**	**65,7%**	**8.739**	**17,4%**
Tirol	**704.472**	**111.828**	**15,9%**	**481.393**	**68,3%**	**111.251**	**15,8%**
Österreich	**8.355.260**	**1.261.588**	**15,1%**	**5.642.785**	**67,5%**	**1.450.887**	**17,4%**

Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Bezirk Lienz (Osttirol)

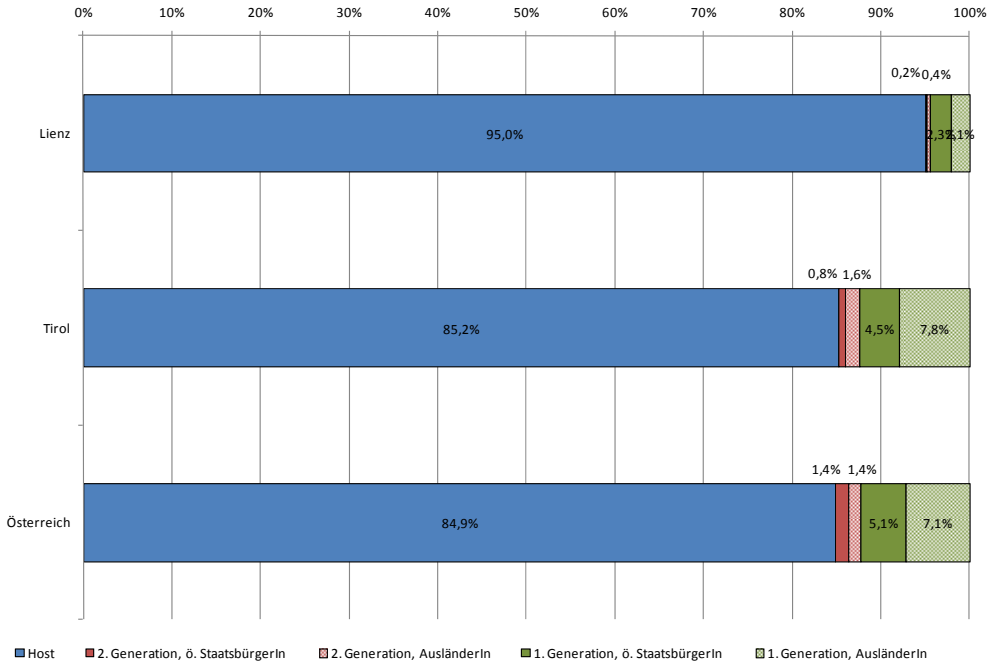
Nachfolgende Abbildung 25 zeigt die Verteilung der Bevölkerung auf Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Bezirk Lienz sowie in Tirol und Gesamt-Österreich im Jahr 2001. Daraus geht hervor, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Lienz stark unter dem Tirol- und dem Österreich-Schnitt liegt. Im Jahr 2001 hatten in Lienz nur 5,0 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Der Anteil der Personen aus erster Migrationsgeneration mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft – also jene Personen, die selbst nach Österreich zugewandert sind – liegt bei 4,4 %.

Abbildung 24: Binnen- und Außenwanderung nach Tiroler Bezirken 2002-2008, je 1.000 EinwohnerInnen



Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Abbildung 25: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2001 (Volkszählung) in Lienz, Tirol und Österreich

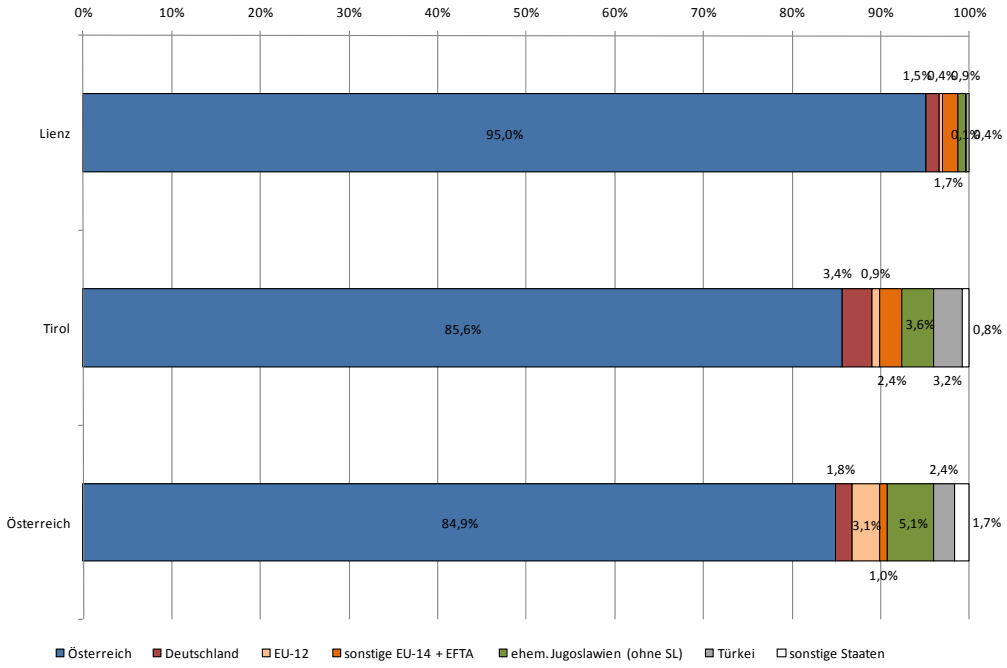


Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Demnach ist die Gruppe der zweiten Migrationsgeneration – also der Personen mit Migrationshintergrund, die bereits in Österreich geboren wurde – vernachlässigbar klein (0,6 %, mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft). Anders verhält es sich im Tirol- und Österreich-Schnitt:

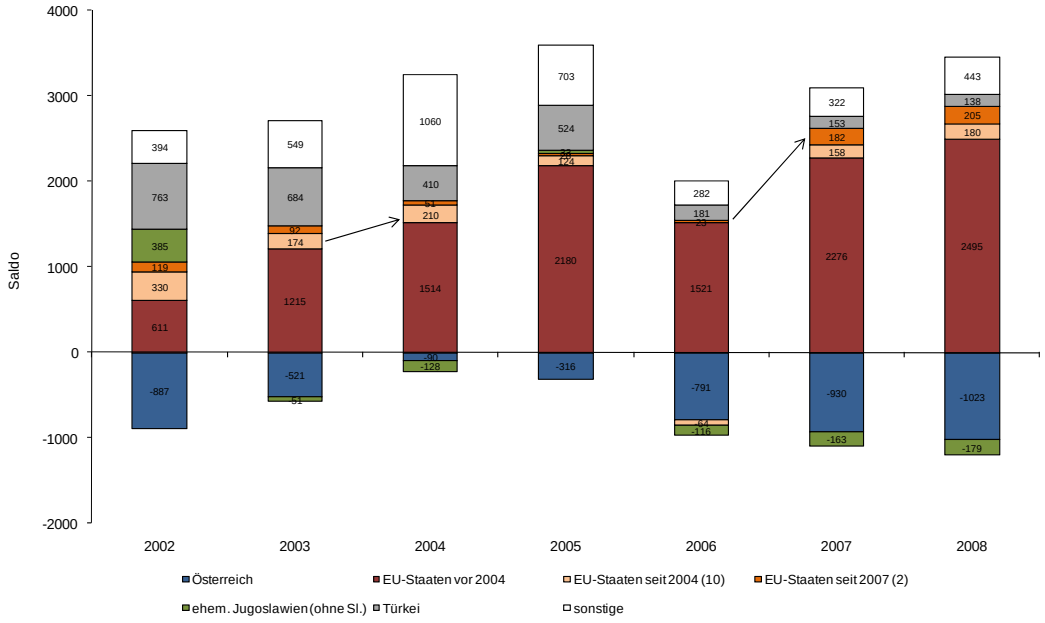
Sowohl für Tirol, als auch für Gesamt-Österreich zeigt sich, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund deutlich höher liegt, nämlich bei 14,8 % in Tirol und bei 15,1 % in Österreich.

Abbildung 26: Bevölkerung nach Herkunftsregion 2001 (Volkszählung) in Lienz, Tirol und Österreich



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Abbildung 27: Wanderung nach Staatsangehörigkeit in Tirol zwischen 2002 und 2008



Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Allgemein ist der Anteil der AusländerInnen geringfügig höher als jener der bereits eingebürgerten MigrantInnen (sowohl in erster als auch in zweiter Migrationsgeneration). Abbildung 26 zeigt die Lienzer, Tiroler und österreichische Bevölkerung nach ihrer Herkunft im Volkszählungsjahr 2001.

Im Jahr 2001 waren im Bezirk Lienz die wichtigsten Herkunftsregionen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (sowohl erste als auch zweite Generation) Deutschland (1,5 % der Bevölkerung) und sonstige EU-14- und EFTA-Staaten (andere als Deutschland und die EU-12). Die Anteile der Personen aus diesen Herkunftsregionen sind in Gesamt-Tirol deutlich höher als im Bezirk Lienz.

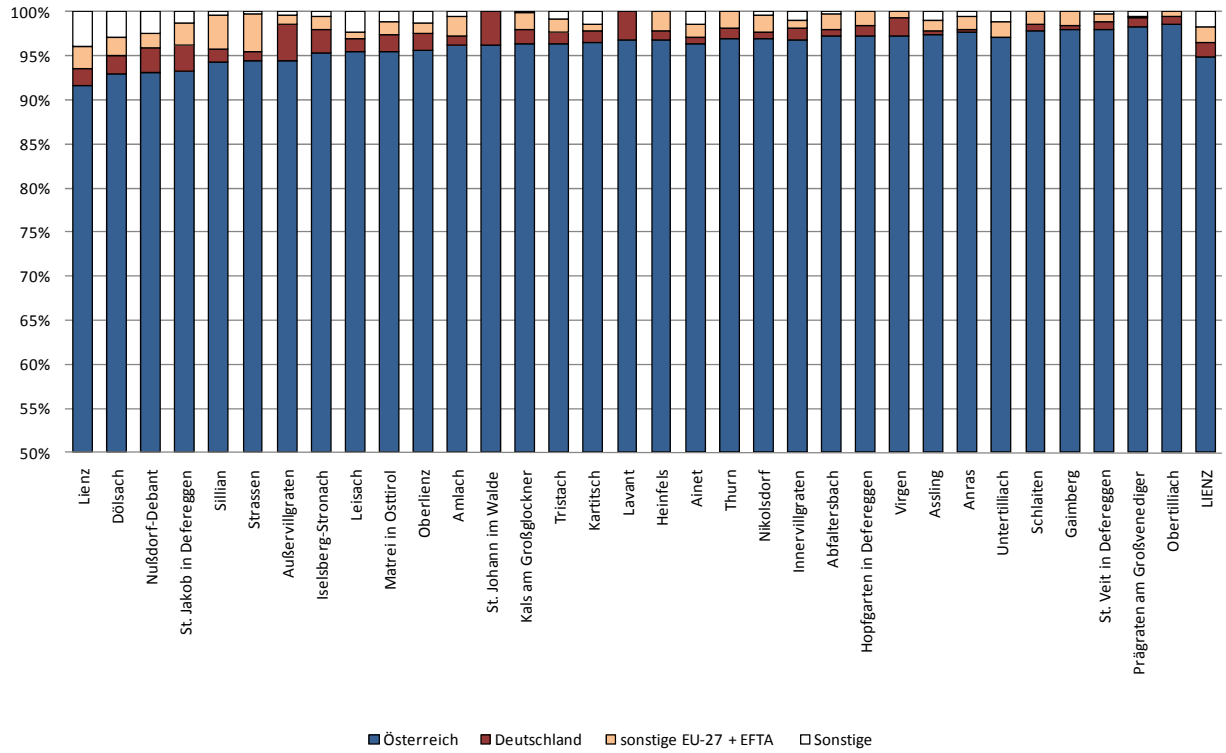
Auf Bezirksebene stehen keine aktuelleren Daten bezüglich der Bevölkerungszusammensetzung nach Herkunftsregionen als die Volkszählungsdaten aus dem Jahr 2001 zur Verfügung. Wie aus Abbildung 27 hervorgeht, erhöhte sich das Wanderungssaldo für Tirol von 2003 auf 2004 für Angehörige aus den EU-10 Staaten nur geringfügig. Dafür kamen verstärkt Menschen aus den alten EU Mitgliedstaaten, allen voran Deutsche im Gefolge der Reform der Arbeitslosenversicherung (Hartz IV). Die EU-Erweiterung im Jahr 2007 (Rumänien und Bulgarien) brachte aber ebenfalls einen merklichen Anstieg der Zuwanderung nach Tirol. In der gesamten Periode hatte Osttirol eine sehr geringe Zuwanderung - im Wesentlichen von Personen aus Deutschland und den Erweiterungsländern des Jahres 2007.

Für Lienz zeigt sich, dass Zuwanderung ein wenig gewichtiges Element innerhalb der demografischen Entwicklung darstellt. Die Lienzer Gemeinden unterscheiden sich allerdings hinsichtlich ihrer Zusammensetzung nach Herkunft. Die Verteilung der Bevölkerung in den Lienzer Gemeinden nach Herkunft im Jahr 2001 ist in nachfolgender Abbildung 28 dargestellt, aus Darstellungsgründen beginnt die Skalierung auf der vertikalen Achse bei 50 %.

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund reicht im Volkszählungsjahr 2001 in den 33 Lienzer Gemeinden von 8,3 % in Lienz bis 1,4 % in Prägraten am Großvenediger und Obertilliach. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist somit auf die Stadt Lienz und die Umgebungsgemeinden konzentriert.

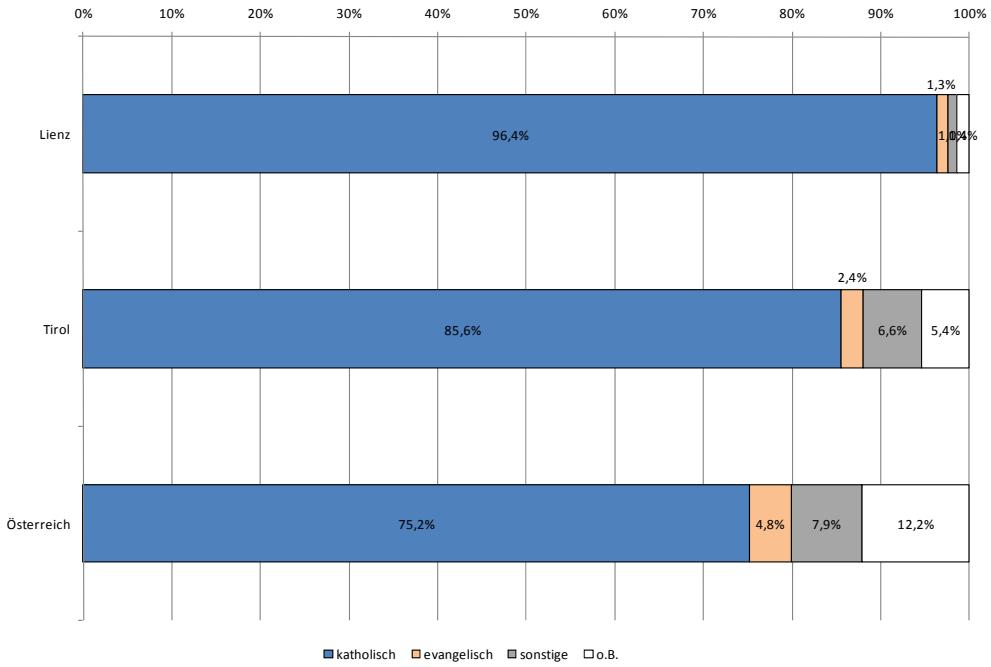
Der geringe Stellenwert internationaler Zuwanderung spiegelt sich auch in einer relativ homogenen Zusammensetzung der Bevölkerung nach Religionsbekenntnis im Bezirk Lienz. Abbildung 29 zeigt die Lienzer, Tiroler und österreichische Bevölkerung nach Religionsbekenntnis im Volkszählungsjahr 2001. Daraus geht hervor, dass der Anteil an Personen mit einem nicht-katholischen Glaubensbekenntnis im Bezirk Lienz verschwindend gering ist (3,6 %). Der KatholikInnen-Anteil liegt im Bezirk Lienz mit 96,4 % deutlich über dem Tirol-Schnitt (85,6 %). Österreichweit beträgt der KatholikInnen-Anteil nur 75,2 %.

Abbildung 28: Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Bezirk Lienz nach Gemeinden 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Abbildung 29: Bevölkerung nach Religionsbekenntnis in Lienz, Tirol und Österreich 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Bildungsgrad der Bevölkerung

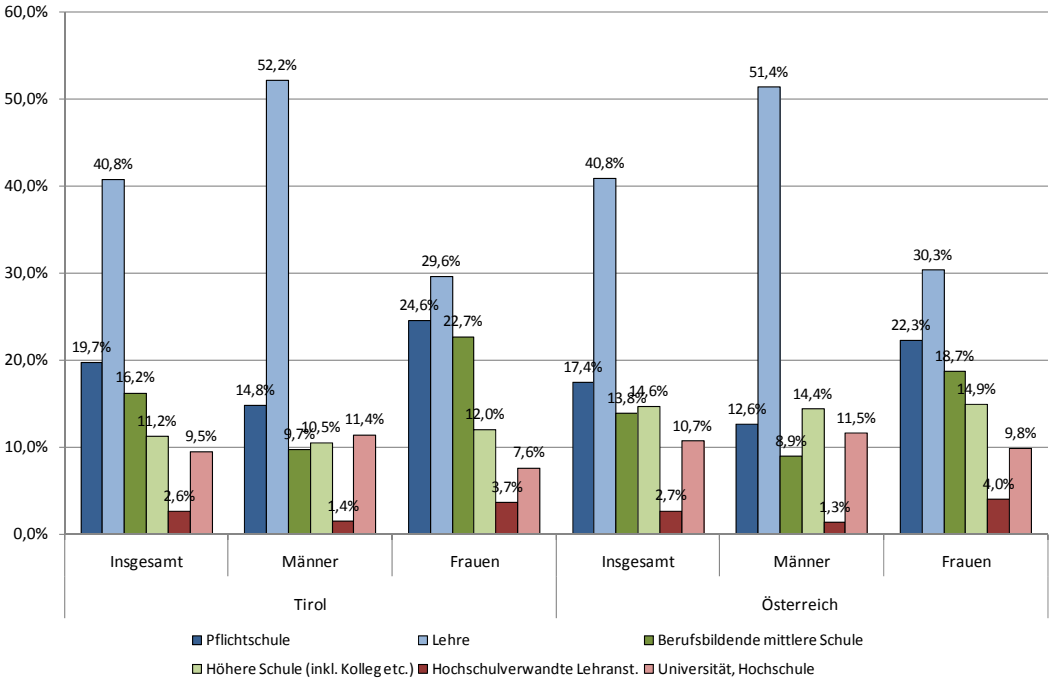
Der Bildungsstand der Bevölkerung in Tirol unterscheidet sich von jenem der Bevölkerung Gesamt-Österreichs, was aus Abbildung 30 hervorgeht. Pflichtschulabschlüsse und Abschlüsse berufsbildender mittlerer Schulen liegen in Tirol über dem Österreich-Schnitt (Pflichtschule 19,7 % und berufsbildende mittlere Schulen 16,2 % vs. 17,4 % und 13,8 % für Österreich). Demgegenüber liegen die Anteile der Personen mit höheren Schulabschlüssen (11,2 %) und akademischen Ausbildungen (9,5 %) deutlich unter dem Österreich-Schnitt (14,6 % höhere Schulabschlüsse; 10,7 % Universitäts- oder Hochschulabschluss). Frauen haben häufiger nur Pflichtschul- und mittlere Schulabschlüsse, Männer haben weitaus häufiger Lehrabschlüsse, aber auch akademische Ausbildungen. In Tirol ist dieser geschlechtsspezifische Unterschied stärker ausgeprägt als im Österreich-Schnitt.

Der Anteil der Pflichtschulabsolventen hat sich sowohl im Tirol- als auch im Österreich-Schnitt (-8,8 Prozentpunkte) deutlich verringert. Die Anteile der Gruppen mit höheren Bildungsabschlüssen (einschließlich Lehrabschlüssen) haben sich demgegenüber erhöht und auch das gilt für Tirol und Österreich gleichermaßen. Weiters zeigt der Vergleich der Zahlen aus dem Volkszählungsjahr 2001 mit den aktuelleren Zahlen aus dem Mikrozensus 2008[3], dass der geschlechtsspezifische Bildungsunterschied in Tirol ebenso wie in Österreich geringer wurde: 2001 lag in Tirol der Anteil der Frauen mit lediglich Pflichtschulabschluss um 12,3 Prozentpunkten über dem der Männer (34,6 % vs. 22,3 %), in Gesamt-Österreich betrug dieser Unterschied sogar 13,8 Prozentpunkte (33,1 % vs. 19,3 %). Im Jahr 2008 reduzierte sich dieser Unterschied in Tirol auf 9,8 Prozentpunkte, in Österreich auf 9,7 Prozentpunkte.

Im Gegensatz dazu verringerte sich der Gender-Unterschied im Bereich der Lehre in Österreich, nicht jedoch in Tirol: 2001 lag die Zahl der Lehrabschlüsse unter Männern in Österreich um 23,4 Prozentpunkte über jener der Frauen (51,1 % vs. 27,7 %), 2008 betrug dieser Unterschied 21,0 Prozentpunkte (Männer 51,4 %; Frauen 30,3 %). In Tirol stieg der geschlechtsspezifische Unterschied von 20,3 auf 22,6 Prozentpunkte. Frauen besuchen in Tirol dafür häufiger mittlere Fachschulen. In der Folge stieg auch der gender-gap bei Abschlüssen berufsbildender mittlerer Schulen, und zwar von 11,0 auf 13,0 Prozentpunkte (2001: Frauen 19,7 %, Männer 8,7 %; 2008: Frauen 22,7 %, Männer 9,7 %). Das gilt auch für akademische Abschlüsse, wo sich der gender-gap geringfügig von 3,3 % auf 3,8 % erhöhte (2001: Frauen 5,1 %, Männer 8,4 %; 2008: Frauen 7,6 %, Männer 11,4 %).

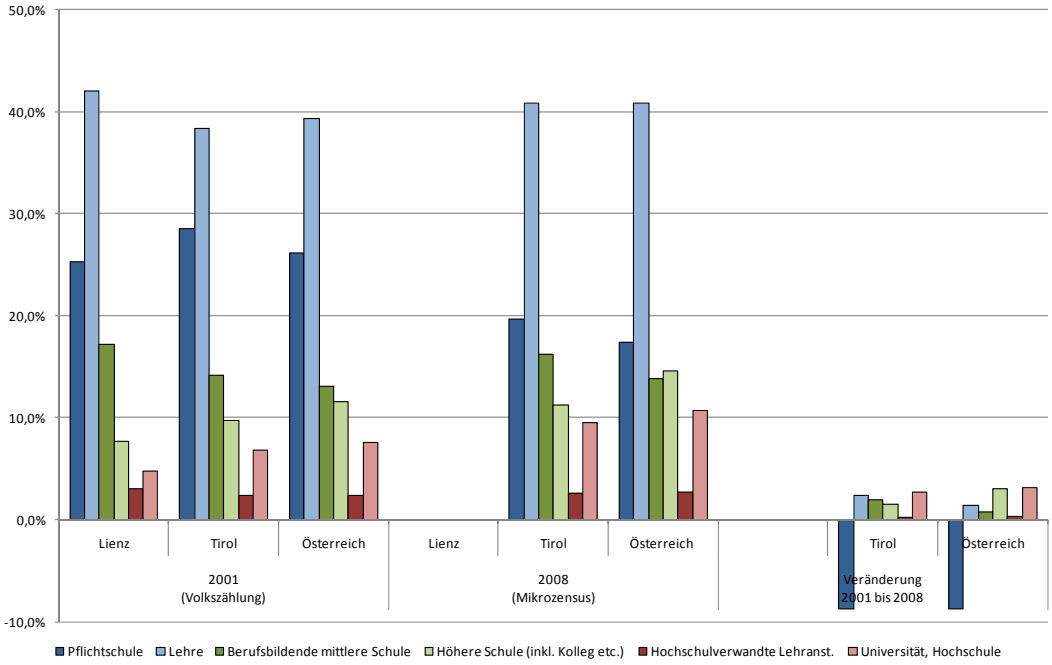
[3] Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Daten aus den Jahren 2001 und 2008 nicht derselben Datenbasis entstammen. Im Gegensatz zur Volkszählung, die eine Vollzählung und Befragung aller Haushalte darstellt, handelt es sich beim Mikrozensus um eine 1%-Stichprobe aller Haushalte.

Abbildung 30: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Tirol und Österreich nach Geschlecht 2008



Q.: St.At. (Mikrozensus), DUK-Berechnungen.

Abbildung 31: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Lienz, Tirol und Österreich 2001 (Volkszählung) und 2008 (Statistik Austria)

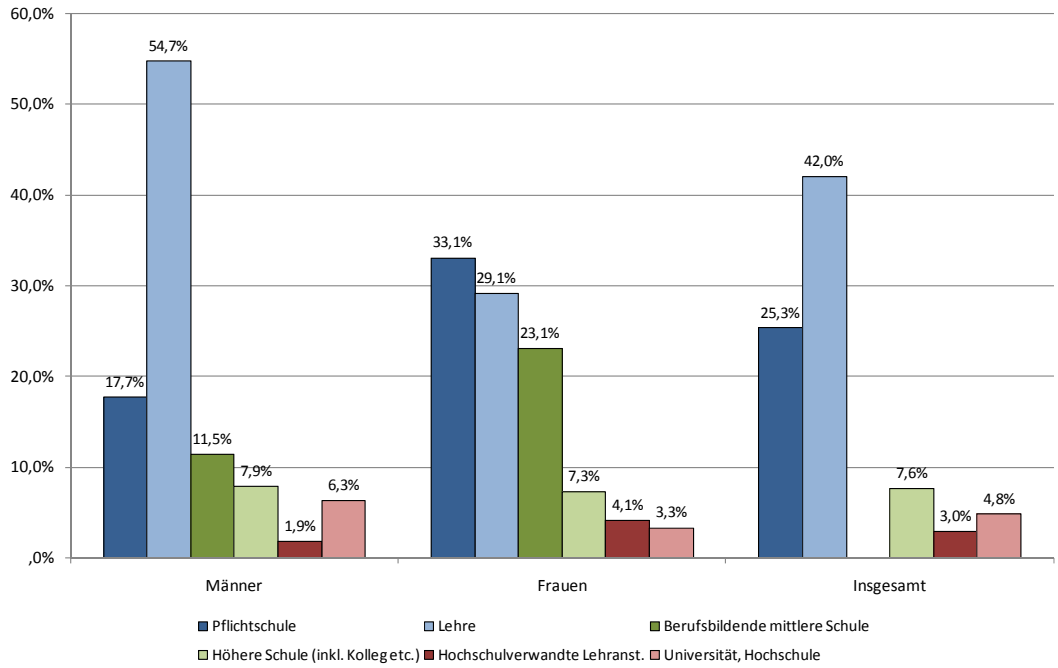


Q.: St.At. (VZ 2001, Mikrozensus 2008), DUK-Berechnungen.

Im Bezirk Lienz haben Frauen (33,1 %) deutlich häufiger als Männer (17,7 %) nur einen Pflichtschulabschluss, sie machen aber auch öfter einen Abschluss in einer berufsbildenden mittleren Schule (23,1 % vs. 11,5 %). Demgegenüber haben Männer (54,7 %) weitaus häufiger eine

abgeschlossene Lehre vorzuweisen als Frauen (29,1 %), ebenso verfügen Männer häufiger über akademische Ausbildungen (6,3 % vs. 3,3 %). (Abbildung 32) Es kann aufgrund der in Tirol und Österreich festgestellten Entwicklungen zwischen 2001 und 2008 davon ausgegangen werden, dass auch im Bezirk Lienz der Unterschied zwischen Frauen und Männern hinsichtlich der Pflichtschul- und Lehrabschlüsse geringer geworden ist.

Abbildung 32: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Lienz nach Geschlecht 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Im Bezirk Lienz ist der Anteil der Personen mit lediglich Pflichtschulabschluss sowohl im Vergleich zum Tirol-Schnitt (28,5 %) als auch zum Österreich-Schnitt (26,2 %) niedriger mit 25,3 % (VZ 2001). Dafür ist der Anteil von Personen mit Lehrabschluss in Lienz mit 42,0 % aller Personen zwischen 25 und 64 Jahren deutlich höher als im Schnitt Tirols (38,4 %) und Österreichs (39,4 %). Ebenso ist auch der Anteil der Personen mit Abschlüssen aus berufsbildenden mittleren Schulen in Lienz (17,2 %) höher als in Tirol (14,2 %) und Österreich (13,1 %). Hingegen sind Abschlüsse höherer Schulen (7,7 %) sowie Hochschulabschlüsse (4,8 %) in Lienz deutlich seltener vorhanden als im Tirol- (Höhere Schulen 9,7 %; Hochschulen: 6,8 %) und Österreich-Schnitt (Höhere Schulen 11,5 %; Hochschulen: 7,5 %).

Nachfolgende Tabelle 12 zeigt dementsprechend die Anteile der Personen mit den jeweiligen Bildungsabschlüssen in der Altersgruppe 25 bis 64 in den Lienzer Gemeinden im Jahr 2001. Überdurchschnittlich niedrige Anteile an Personen mit niedriger (ISCED 0-2) und hohe Anteile an Personen mit hoher Ausbildung (ISCED 4-6) weisen folgende Gemeinden auf (hellgrau): Gaimberg, Leisach, Thurn und Tristach. Diese Gemeinden mit gut ausgebildeter Bevölkerung befinden sich in der Umgebung der Stadt Lienz. Es sind dies Gemeinden mit relativ guten verkehrsbezogenen infrastrukturellen Bedingungen. Andererseits sind es Gemeinden in peripheren Gebieten wie Hopfgarten in Defereggen, Innervillgraten, Prägraten am Großvenediger, Sankt Veit in Defereggen,

Untertilliach und Virgen, die landwirtschaftlich dominiert sind und relativ geringe Ausbildungsniveaus aufweisen.

Tabelle 12: Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren im Bezirk Lienz nach Gemeinden und ISCED-Bildungskategorien 2001 (Volkszählung)

Gemeinde	Gesamt	ISCED 0-2		ISCED 3		ISCED 4-6	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Abfaltersbach	**358**	83	23,2%	192	53,6%	83	23,2%
Ainet	**592**	138	23,3%	349	59,0%	105	17,7%
Amlach	**183**	40	21,9%	110	60,1%	33	18,0%
Anras	**767**	220	28,7%	404	52,7%	143	18,6%
Assling	**1.210**	306	25,3%	698	57,7%	206	17,0%
Außervillgraten	**573**	134	23,4%	347	60,6%	92	16,1%
Dölsach	**1.313**	289	22,0%	784	59,7%	240	18,3%
Gaimberg	**450**	70	15,6%	260	57,8%	120	26,7%
Heinfels	**561**	138	24,6%	287	51,2%	136	24,2%
Hopfgarten in Defereggen	**466**	142	30,5%	248	53,2%	76	16,3%
Innervillgraten	**532**	207	38,9%	279	52,4%	46	8,6%
Iselsberg-Stronach	**344**	76	22,1%	199	57,8%	69	20,1%
Kals am Großglockner	**764**	190	24,9%	470	61,5%	104	13,6%
Kartitsch	**517**	122	23,6%	264	51,1%	131	25,3%
Lavant	**154**	31	20,1%	101	65,6%	22	14,3%
Leisach	**537**	81	15,1%	322	60,0%	134	25,0%
Lienz	**7.252**	1.584	21,8%	3.998	55,1%	1.670	23,0%
Matrei in Osttirol	**2.809**	703	25,0%	1.657	59,0%	449	16,0%
Nikolsdorf	**517**	111	21,5%	299	57,8%	107	20,7%
Nußdorf-Debant	**1.901**	341	17,9%	1.155	60,8%	405	21,3%
Oberlienz	**854**	163	19,1%	534	62,5%	157	18,4%
Obertilliach	**443**	133	30,0%	227	51,2%	83	18,7%
Prägraten am Großvenediger	**716**	252	35,2%	406	56,7%	58	8,1%
Schlaiten	**273**	69	25,3%	175	64,1%	29	10,6%
Sillian	**1.132**	279	24,6%	628	55,5%	225	19,9%
St. Jakob in Defereggen	**602**	162	26,9%	337	56,0%	103	17,1%
St. Johann im Walde	**158**	41	25,9%	97	61,4%	20	12,7%
St. Veit in Defereggen	**455**	147	32,3%	258	56,7%	50	11,0%
Strassen	**492**	151	30,7%	247	50,2%	94	19,1%
Thurn	**371**	74	19,9%	199	53,6%	98	26,4%
Tristach	**782**	135	17,3%	470	60,1%	177	22,6%
Untertilliach	**175**	63	36,0%	90	51,4%	22	12,6%
Virgen	**1.228**	348	28,3%	713	58,1%	167	13,6%
Lienz	**29.481**	**7.023**	**23,8%**	**16.804**	**57,0%**	**5.654**	**19,2%**
Tirol	**416.421**	**113.923**	**27,4%**	**219.558**	**52,7%**	**82.940**	**19,9%**
Österreich	**4.481.030**	**1.173.148**	**26,2%**	**2.329.336**	**52,0%**	**978.546**	**21,8%**

Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

2.1.4. Bevölkerungsstruktur in Wien-Leopoldstadt

Mit einem Bevölkerungsstand von 1,687 Millionen Menschen (1. Quartal 2009) auf und ist Wien bevölkerungsmäßig das größte Bundesland Österreichs (20,2 % der österreichischen Gesamtbevölkerung von 8,355 Millionen EinwohnerInnen). Der 2. Wiener Gemeindebezirk Leopoldstadt zählte mit einer EinwohnerInnenzahl von 94.595 oder 5,6 % der Wiener Bevölkerung zu den bevölkerungsstärkeren Bezirken Wiens. Tabelle 13 gibt einen Überblick über die Wohnbevölkerung in den 23 Wiener Gemeindebezirken.

Tabelle 13: Wohnbevölkerung in den Wiener Bezirken, 1. Quartal 2009

Bezirk	Bevölkerung		Bezirk	Bevölkerung	
	absolut	in %		absolut	in %
Wien	**1.687.271**	**100,0%**	Wien 15., Rudolfsheim-Fünfhaus	70.902	4,2%
Wien 10., Favoriten	173.623	10,3%	Wien 19., Döbling	68.277	4,0%
Wien 22., Donaustadt	153.408	9,1%	Wien 5., Margareten	52.548	3,1%
Wien 21., Floridsdorf	139.729	8,3%	Wien 17., Hernals	52.701	3,1%
Wien 16., Ottakring	94.735	5,6%	Wien 13., Hietzing	51.147	3,0%
Wien 2., Leopoldstadt	94.595	5,6%	Wien 18., Währing	47.861	2,8%
Wien 23., Liesing	91.759	5,4%	Wien 9., Alsergrund	39.422	2,3%
Wien 11., Simmering	88.102	5,2%	Wien 4., Wieden	30.587	1,8%
Wien 12., Meidling	87.285	5,2%	Wien 7., Neubau	30.056	1,8%
Wien 3., Landstraße	83.737	5,0%	Wien 6., Mariahilf	29.371	1,7%
Wien 14., Penzing	84.187	5,0%	Wien 8., Josefstadt	23.912	1,4%
Wien 20., Brigittenau	82.369	4,9%	Wien 1., Innere Stadt	16.958	1,0%

Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

50,7 % der Bevölkerung des 2. Wiener Bezirks sind weiblich, was sowohl unter dem Wien- (52,2 %) und auch dem Österreich-Schnitt (51,3 %) liegt. Die Struktur der Altersverteilung entspricht in etwa Wien-Schnitt: In Leopoldstadt sind 14,5 % der Bevölkerung unter 15 Jahre alt (Wien 14,3 %), 70,0 % im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 (Wien 69,0 %) und nur 15,5 % über 64 (Wien 16,7 %). Der 2. Wiener Gemeindebezirk stellt somit eine relativ junge Population dar, vor allem im Vergleich zum Österreich-Schnitt. Nachfolgende Tabelle 14 zeigt die Verteilung der Wohnbevölkerung im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich nach breiten Altersgruppen im Jahr 2009 (1. Quartal).

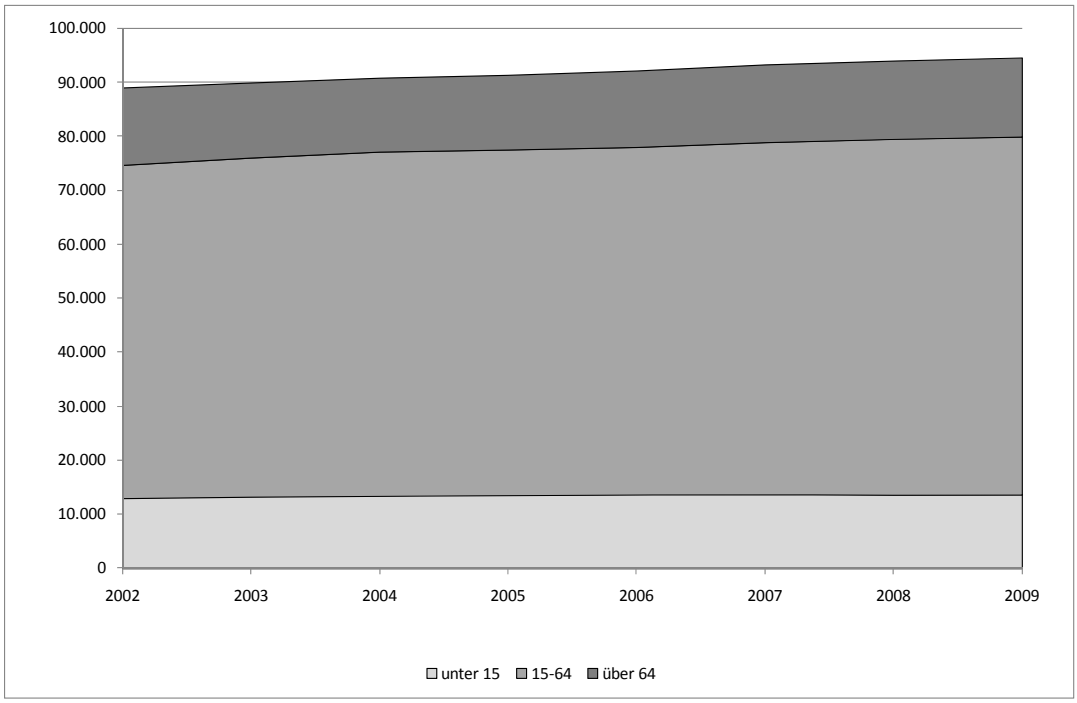
Tabelle 14: Wohnbevölkerung nach breiten Altersgruppen in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich, 1. Quartal 2009

	Bevölkerung					
	unter 15		15 bis 64		über 64	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Wien 2., Leopoldstadt	13.700	14,5%	66.195	70,0%	14.700	15,5%
Wien	241.011	14,3%	1.164.771	69,0%	281.489	16,7%
Österreich	1.261.588	15,1%	5.642.785	67,5%	1.450.887	17,4%

Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Die Differenzierung der Bevölkerung nach breiten Altersgruppen zeigt deutlich, dass in Leopoldstadt ein unterdurchschnittlicher Anteil älterer Menschen lebt: Im Österreich-Durchschnitt sind 17,4 % der Wohnbevölkerung 65 Jahre und älter, in Wien sind es 16,7 % und in Leopoldstadt nur 15,5 %. Bei der Bevölkerung unter 15 Jahren liegt Leopoldstadt mit einem Anteil von 14,5 % und Gesamt-Wien mit 14,3 % leicht unter dem Österreich-Durchschnitt (15,1 %). Vor allem der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter liegt in Leopoldstadt mit 70,0 % deutlich über dem Österreich- aber auch über dem Wien-Durchschnitt (67,5 % bzw. 69,0 %). Die Entwicklung der Bevölkerung im 2. Wiener Bezirk seit dem Jahr 2002 zeigt nachfolgende Abbildung 33.

Abbildung 33: Entwicklung der Bevölkerung in Wien 2., Leopoldstadt nach breiten Altersgruppen, 2002-2009 (je 1. Quartal)



Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

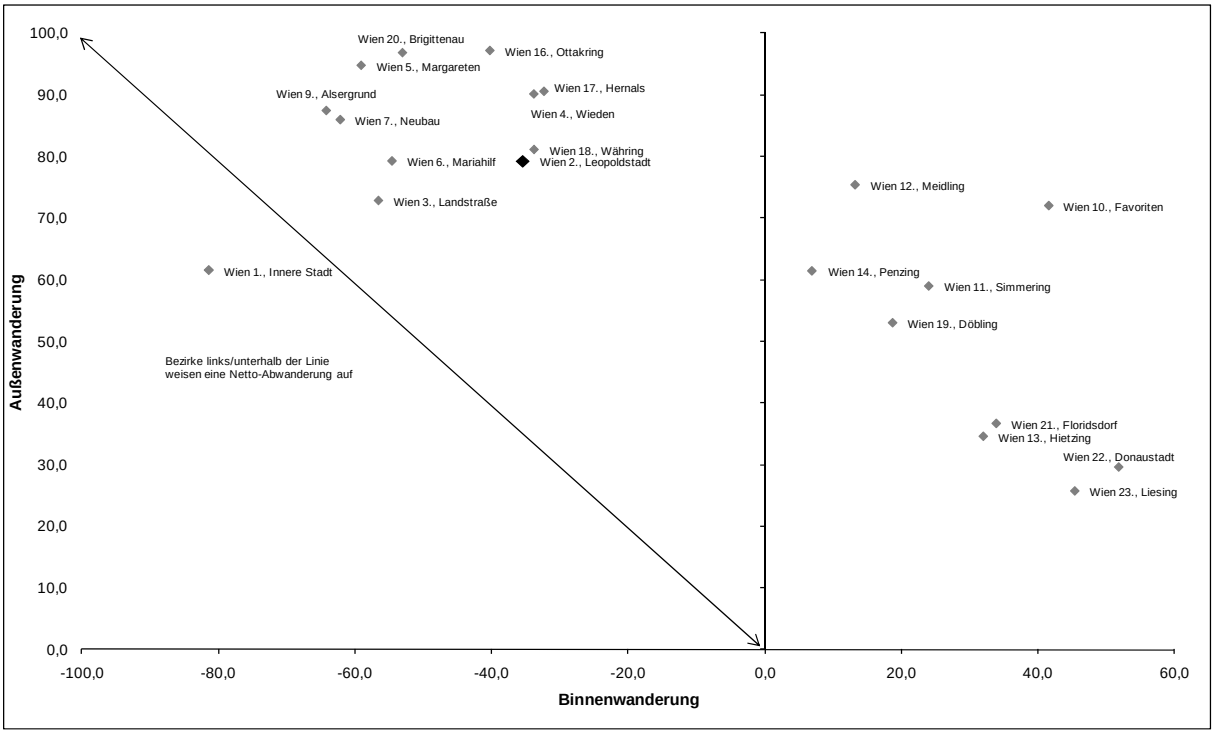
Zwischen 2002 und 2009 (jeweils 1. Quartal) stieg die Bevölkerungszahl des 2. Wiener Bezirks um 6,3% an. Das Bundesland Wien erreichte im selben Zeitraum allerdings einen Bevölkerungszuwachs von 7,4 %. Sowohl Gesamt-Wien als auch der Bezirk Leopoldstadt lagen also im Zeitraum 2002 bis 2009 deutlich über der Bevölkerungsentwicklung von Gesamtösterreich (+3,6 %). Obige Abbildung 33 zeigt die Entwicklung der Bevölkerung zwischen 2002 und 2009 für Leopoldstadt nach breiten Altersgruppen. Es zeigt sich ein leichter Anstieg der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Bezirk Leopoldstadt von 69,2 % im Jahr 2002 auf 70,0 % im Jahr 2009, während diese Bevölkerungsgruppe im Wien- und Österreich-Schnitt im selben Zeitraum geringfügig rückläufig war (Wien: 2002 69,5 %, 2009 69,0 %; Österreich: 2002 67,8 %, 2009 67,5 %). Ebenso ist auch die Gruppe der über 64-Jährigen im Bezirk Leopoldstadt kleiner geworden (2002 16,2 %, 2009 15,5 %), während der Anteil der Älteren über 64 im Wien- (2002 15,8 %, 2009 16,7 %) und Österreich-Schnitt (2002 15,5 %, 2009 17,4 %) angestiegen ist. Diese Entwicklung steht in Zusammenhang mit den Wanderungsbewegungen, über die Abbildung 34 Auskunft gibt.

Die summierten Salden der Binnen- und Außenwanderung für den Zeitraum zwischen 2002 und 2008 in allen Wiener Bezirken sind in Abbildung 34 dargestellt.[4] Der Saldo der Binnenwanderung zwischen 2002 und 2008 ist für den 2. Bezirk negativ, d.h. mehr Personen sind in andere Teile Wiens oder

[4] Die Bezirke Wien 8., Josefstadt und Wien 15., Rudolfsheim weisen höhere Binnen- und Außenwanderungssalden auf und sind daher aufgrund besserer Übersichtlichkeit nicht in der Grafik dargestellt. (Wien 8., Josefstadt: Außenwanderungssaldo 279,2, Binnenwanderungssaldo -223,4; Wien 15., Rudolfsheim: Außenwanderungssaldo 128,6, Binnenwanderungssaldo -103,6). Somit stellen beide Bezirke Abwanderungsregionen für die ansässige Bevölkerung dar, aber Zuwanderungsregionen für ausländische Bevölkerung.

anderswo hin abgewandert als zugewandert sind. Dies verdeutlicht, dass **Leopoldstadt für die ansässige Bevölkerung eine Abwanderungsregion darstellt.** Anders verhält es sich bei der Außenwanderung; hier weist Leopoldstadt einen positiven Saldo auf, d.h. zwischen 2002 und 2008 hat **Leopoldstadt durch Zuzug aus dem Ausland an Bevölkerung gewonnen**. Insgesamt war die Zuwanderung aus dem Ausland höher als die Abwanderung, was einen Anstieg der Bevölkerungszahl in Leopoldstadt im Zeitraum von 2002 bis 2008 erlaubte.

Abbildung 34: Binnen- und Außenwanderung nach Wiener Bezirken 2002-2008, je 1.000 EinwohnerInnen



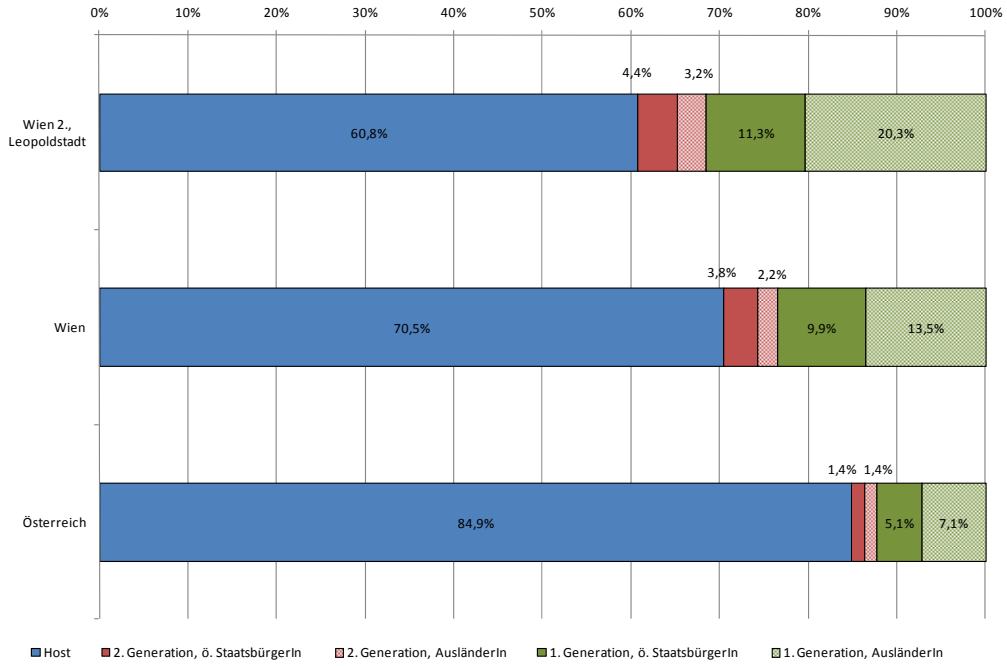
Q.: St.At., DUK-Berechungen.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Bezirk Wien 2., Leopoldstadt

Nachfolgende Abbildung 35 zeigt die Verteilung der Bevölkerung auf Personen mit und ohne Migrationshintergrund im 2. Wiener Bezirk sowie in Wien und Gesamt-Österreich im Jahr 2001. Daraus geht hervor, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund im 2. Wiener Gemeindebezirk deutlich über dem Wien-Schnitt liegt. Wien wiederum hat innerhalb Österreichs einen besonders hohen Anteil an migrantischer Bevölkerung. Im Jahr 2001 hatten in Leopoldstadt 39,2 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Der Anteil der Personen aus erster Migrationsgeneration mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft – also jene Personen, die selbst nach Österreich zugewandert sind – lag bei 31,6 %. Demnach war die Gruppe der zweiten Migrationsgeneration – also den Personen mit Migrationshintergrund, die bereits in Österreich geboren wurde – eine relativ kleine (7,6 %, mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft). In Gesamt-Wien lag der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2001 bei 29,5 %, wobei auch hier der größte Anteil auf Personen aus erster Migrationsgeneration (In- und AusländerInnen) fällt (23,4 %). Im Österreich-Schnitt wiederum ist der Anteil der migrantischen Bevölkerung noch deutlich geringer und lag im Jahr 2001 bei nur 15,1 %. Die Gruppe der ersten Migrationsgeneration nimmt einen Anteil von 12,2 % ein. Somit ist der Anteil der zweiten

Migrationsgeneration sehr gering (2,8 %, In- und AusländerInnen). Allgemein ist der Anteil der AusländerInnen geringfügig höher als jener der bereits eingebürgerten MigrantInnen (sowohl in erster als auch in zweiter Migrationsgeneration). Abbildung 35 zeigt die Bevölkerung im 2. Wiener Bezirk, in Wien und Österreich nach ihrer Herkunft im Volkszählungsjahr 2001.

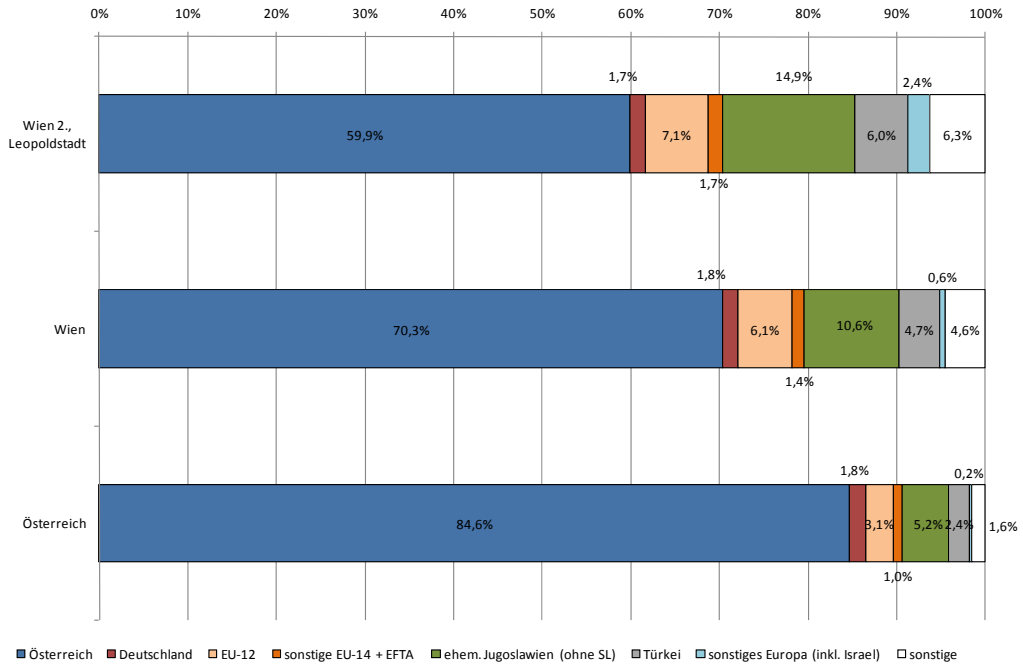
Abbildung 35: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2001 (Volkszählung) in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

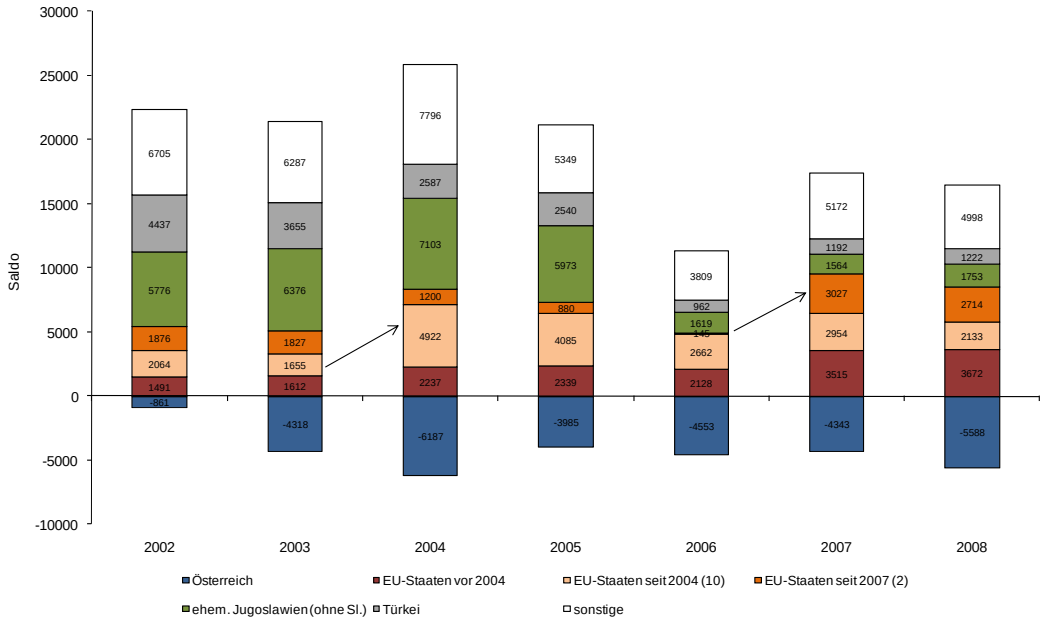
Im Jahr 2001 war im Bezirk Leopoldstadt die wichtigste Herkunftsregion der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (sowohl erste als auch zweite Generation) die Region des ehemaligen Jugoslawiens ohne Slowenien (14,9 %) und dieser Anteil war im Vergleich zum Wien- und Österreich-Durchschnitt überdurchschnittlich hoch. Überdurchschnittlich hoch ist auch der Anteil der Personen mit Wurzeln in den EU-12-Ländern (also die Mitgliedsländer seit den Erweiterungen 2004 und 2007) (Leopoldstadt: 7,1 %, Wien: 6,1 %, Österreich: 3,1 %) und der Türkei (Leopoldstadt: 6,0 %, Wien: 4,7 %, Österreich: 2,4 %). Auffallend ist der relativ hohe Anteil an Personen aus sonstigen europäischen Staaten (außerhalb der EU), zu denen auch Israel zählt. Der Anteil der Personen aus diesen Ländern beträgt im zweiten Wiener Bezirk 2,4 %, in Gesamt-Wien nur 0,6 % und in Österreich 0,2 %. (Abbildung 36) Zu bemerken gilt hier allerdings, dass diese Daten aus dem Volkszählungsjahr 2001 stammen und somit die Entwicklung der Zuwanderung seit den beiden Erweiterungswellen der Europäischen Union nicht aufzeigen.

Abbildung 36: Bevölkerung nach Herkunftsregion 2001 (Volkszählung) in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

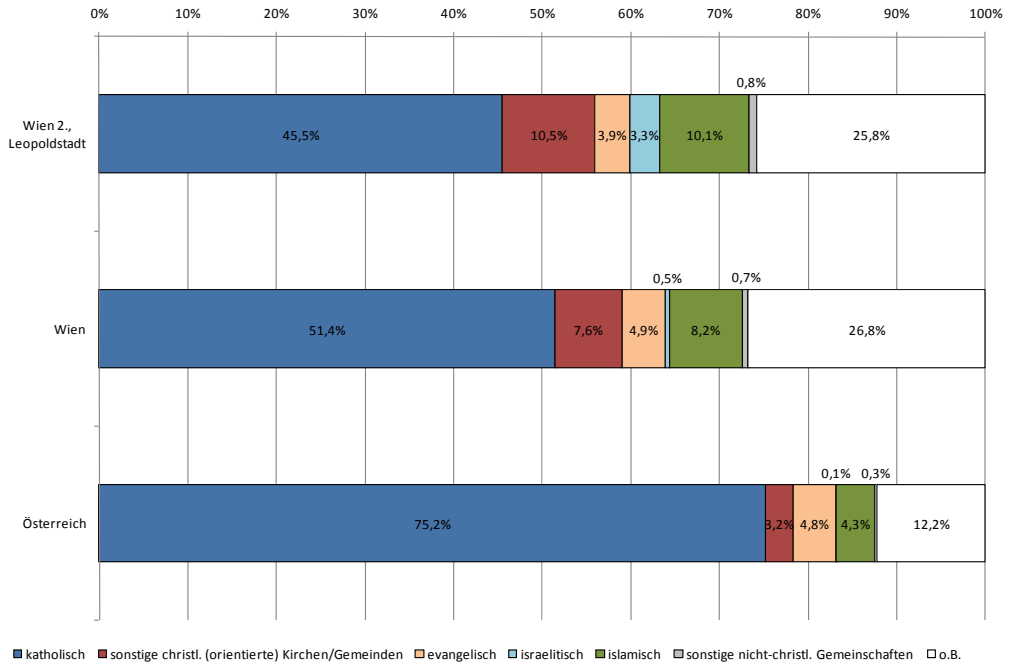
Abbildung 37: Wanderung nach Staatsangehörigkeit in Wien zwischen 2002 und 2008



Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Abbildung 37 zeigt die verstärkte Zuwanderung aus den „neuen“ EU-Mitgliedsländern im Zuge der Erweiterungswellen 2004 und 2007. Der Wanderungssaldo für Wien stieg von 2003 auf 2004 für die EU-10 (EU-Staaten seit 2004) sprunghaft an. Ebenso vervielfachte sich der Wanderungssaldo in Wien für die beiden neuen Mitgliedstaaten seit 2007 (Rumänien und Bulgarien) von 2006 auf 2007.

Abbildung 38: Bevölkerung nach Religionsbekenntnis in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

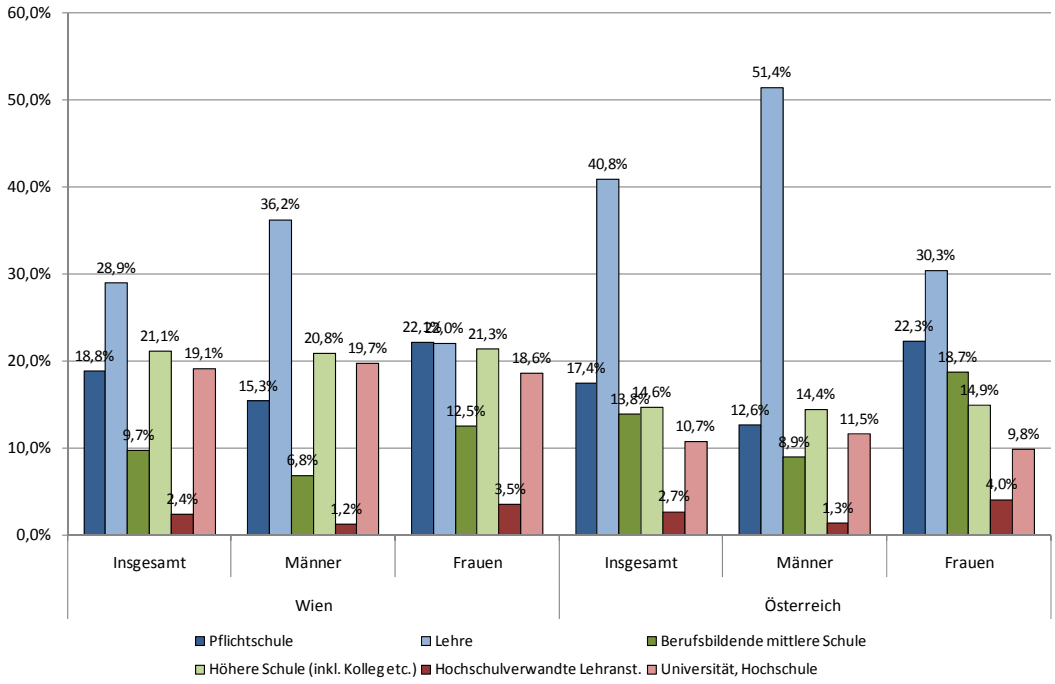
Betrachtet man die Struktur der migrantischen Bevölkerung nach Herkunftsregion im Jahr 2001 in Leopoldstadt im Vergleich zu Gesamt-Wien, so zeigen sich Unterschiede in erster Linie in Bezug auf die Zuwanderergruppe der „GastarbeiterInnen“, wobei in Leopoldstadt sowohl die türkisch-stämmige Population als auch jene mit ex-jugoslawischen Wurzeln überdurchschnittlich groß ist. Die Größenordnung der Zuwanderung nach Leopoldstadt zwischen 2002 und 2008, die aus Abbildung 37 ersichtlich ist, legt nahe, dass auch Personen aus den neuen EU-Ländern in den 2. Bezirk zugewandert sind.

Die internationale Zuwanderung verstärkt die Heterogenität der Bevölkerung und spiegelt sich auch in einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung nach Religionsbekenntnis. Abbildung 38 zeigt die Bevölkerung in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich nach Religionsbekenntnis im Volkszählungsjahr 2001. Daraus geht hervor, dass der Anteil an Personen mit christlichem Glaubensbekenntnis in Leopoldstadt (59,9 %) deutlich geringer ist als im Schnitt in Wien (63,9 %) und Österreich (83,2 %). Im Vergleich zu Wien hat der Bezirk Leopoldstadt einen etwas geringeren Anteil an Personen ohne Glaubensbekenntnis (25,8 % in Leopoldstadt, 26,8 % in Wien); in Österreich ist der Anteil aber merklich geringer (12,2 %). Entsprechend dem hohen Anteil an migrantischer Bevölkerung aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien ist auch der Anteil der Personen mit muslimischem Glaubensbekenntnis mit 10,1 % höher als in Wien (8,2 %), und deutlich höher als im Österreich-Schnitt (4,3 %). Die Zahl der Personen mit israelitischem Glaubensbekenntnis ist in Österreich, aber auch in Wien verschwindend gering. Im Bezirk Leopoldstadt beträgt der Anteil dieser Glaubensgemeinschaft im Jahr 2001 allerdings 3,3 %. Zum Religionsbekenntnis gibt es keine aktuelleren Daten als aus der Volkszählung 2001.

Bildungsgrad der Bevölkerung

Der Bildungsstand der Bevölkerung in Wien unterscheidet sich von jenem der Bevölkerung Gesamt-Österreichs deutlich, wie aus Abbildung 39 hervorgeht. Einerseits liegt der Anteil der Personen mit nur Pflichtschulabschluss in Wien mit 18,8 % etwas über dem Österreich-Schnitt (17,4 %). Andererseits weisen deutlich mehr Menschen in Wien einen Abschluss einer Höheren Schule (21,1 %) oder einer Hochschule (19,1 %) auf als in Gesamt-Österreich (Höhere Schulen: 14,6 %; Hochschule: 10,7 %). Demgegenüber ist die Zahl der Personen mit Lehrabschlüssen (28,9 %) und Abschlüssen einer berufsbildenden mittleren Schule (9,7 %) in Wien deutlich geringer (Österreich: Lehrabschluss: 40,8 %, berufsbildende mittlere Schule: 13,8 %). Es zeigt sich weiters ein starker geschlechtsspezifischer Unterschied im Bildungsniveau der Bevölkerung: Frauen haben häufiger nur Pflichtschul- und mittlere Schulabschlüsse, Männer haben weitaus häufiger Lehrabschlüsse, aber auch akademische Ausbildungen. In Wien ist dieser geschlechtsspezifische Unterschied allerdings deutlich geringer ausgeprägt als im Österreich-Schnitt.

Abbildung 39: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien und Österreich nach Geschlecht 2008

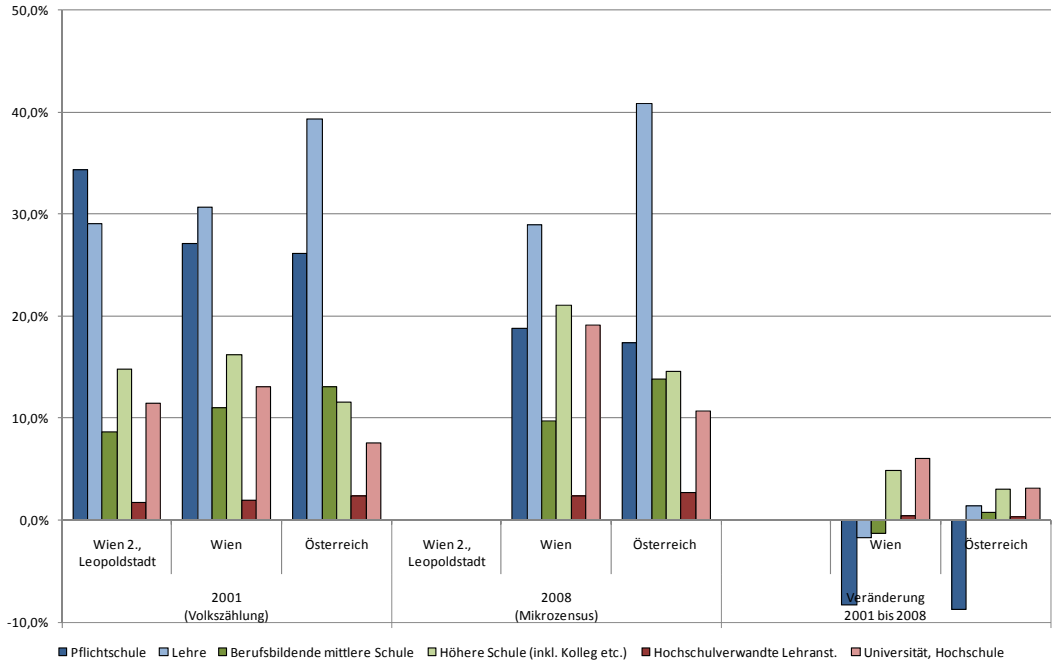


Q.: St.At. (Mikrozensus), DUK-Berechnungen.

Bei einer Betrachtung der Bildungsabschlüsse auf Bezirksebene muss auf Daten aus der Volkszählung 2001 zurückgegriffen werden. Abbildung 40 zeigt den Bildungsstand der Bevölkerung in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich zwischen 25 und 64 im Volkszählungsjahr 2001 und vergleichsweise den Bildungsstand in Wien und Österreich derselben Altersgruppe für das Jahr 2008 (Mikrozensus), um die Veränderung des Bildungsniveaus der Bevölkerung in diesem Zeitraum aufzeigen zu können. Im Jahr 2001 war der Anteil der Personen mit lediglich Pflichtschulabschluss in Leopoldstadt mit 34,4 % deutlich höher als im Wien- (27,1 %) und Österreich-Schnitt (26,2 %). Die Gruppe der Personen mit Pflichtschulabschluss stellt die größte Gruppe im Bezirk Leopoldstadt dar. Die Gruppe der Personen mit Lehrabschluss ist im zweiten Wiener Bezirk mit 29,1 % aller Personen

zwischen 25 und 64 Jahren etwas unter dem Wien- (30,7 %) und deutlich unter dem Österreich-Schnitt (39,4 %). Auch die Gruppe der Personen mit einem Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule ist im zweiten Bezirk kleiner als in Wien und Österreich (Leopoldstadt: 8,6 %, Wien: 11,0 %, Österreich: 13,1 %). Der Anteil der AkademikerInnen ist mit 11,5 % zwar deutlich größer als im Österreich-Schnitt (7,5 %), allerdings kleiner als innerhalb Gesamt-Wiens (13,1 %). Abbildung 40 zeigt darüber hinaus die Veränderung des Bildungsstandes der Bevölkerung in Wien und Österreich zwischen 2001 (Volkszählung) und 2008 (Mikrozensus): Der Anteil der Pflichtschulabsolventen hat sich sowohl im Wien- als auch im Österreich-Schnitt (-8,3 bzw. -8,8 Prozentpunkte) deutlich verringert. Die Zahl der Lehrabschlüsse und Abschlüsse berufsbildender mittlerer Schulen ist in Wien ebenfalls rückläufig, während diese Abschlüsse in Gesamt-Österreich zugenommen haben. Die Anteile der Personen mit darüber liegenden Bildungsabschlüssen haben sowohl innerhalb Wiens als auch für Gesamt-Österreich zugenommen, wobei diese Steigerung in Wien deutlich stärker ausgeprägt war.

Abbildung 40: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung) und 2008 (Statistik Austria)



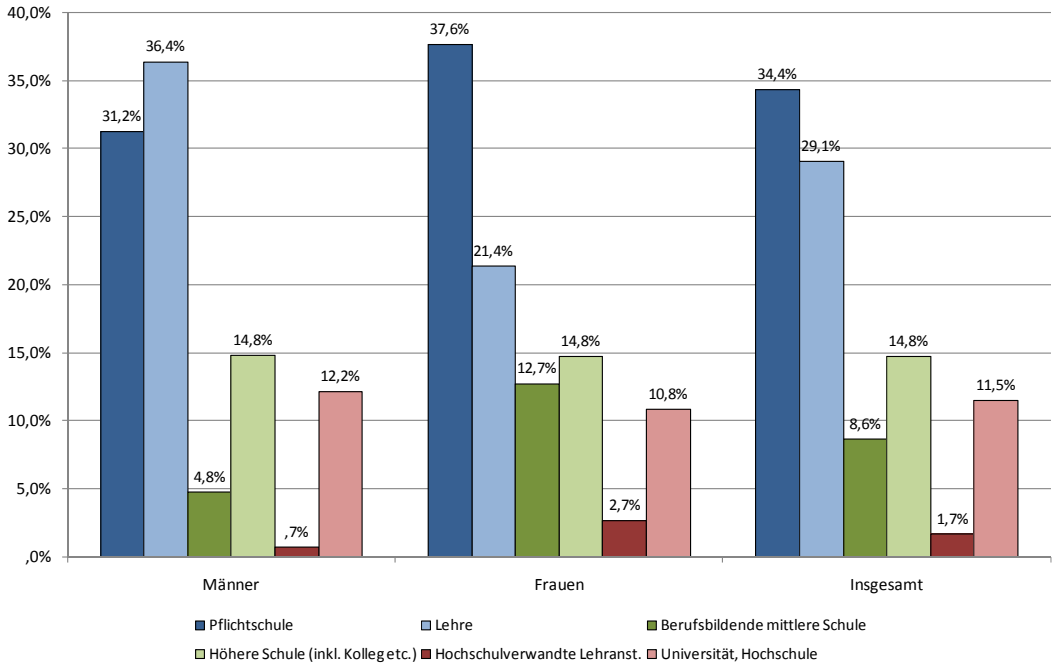
Q.: St.At. (VZ 2001, Mikrozensus 2008), DUK-Berechnungen.

Abbildung 41 zeigt einen deutlichen geschlechtsspezifischen Bildungsunterschied im Bezirk Leopoldstadt: Frauen (37,6 %) weisen häufiger als Männer (31,2 %) nur einen Pflichtschulabschluss auf, häufiger aber auch einen Abschluss in einer berufsbildenden mittleren Schule (12,7 % vs. 4,8 %). Demgegenüber haben Männer (36,4 %) häufiger eine abgeschlossene Lehre vorzuweisen als Frauen (21,4 %), ebenso verfügen Männer häufiger über akademische Ausbildungen (12,2 % vs. 10,8 %).

Es kann also gesagt werden, dass Frauen im Bezirk Leopoldstadt im Jahr 2001 schlechtere Ausbildungsabschlüsse aufweisen als Männer. Im Jahr 2001 gilt dies sogar in verstärktem Maß auch für Gesamt-Wien und vor allem für Gesamt-Österreich. Weiters zeigt ein Vergleich der Zahlen aus dem Volkszählungsjahr 2001 und den aktuelleren Zahlen aus dem Mikrozensus 2008, dass der

geschlechtsspezifische Bildungsunterschied in Österreich vor allem im Bereich der Pflichtschulabschlüsse stark gesunken ist: 2001 lag in Österreich der Anteil der Frauen mit lediglich Pflichtschulabschluss um 13,8 Prozentpunkten über dem der Männer (33,1 % vs. 19.3 %). Im Jahr 2008 reduzierte sich dieser Unterschied in Österreich auf 9,7 Prozentpunkte. Innerhalb Wiens reduzierte sich der geschlechtsspezifische Unterschied vor allem im Bereich der höheren Bildungsabschlüsse (ab abgeschlossener berufsbildender mittleren Schule). Nach wie vor ist es aber immer noch der Bereich der Lehrabschlüsse, in dem die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede vorzufinden sind. In Österreich liegt der Anteil der Frauen mit Lehrabschluss zwischen 15 und 64 Jahren (30,3 %) um 21,1 Prozentpunkte unter jenem der Männer (51,4 %), in Wien beträgt dieser Unterschied immerhin noch 14,2 % (Frauen: 22,0 %, Männer: 36,2 %).

Abbildung 41: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien 2., Leopoldstadt nach Geschlecht 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

2.2. Regionale Segregationsgrad der Bevölkerung mit Migrations hintergrund in den Bundesländern der Modellbezirke[5]

Um gezielter auf die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Modellregionen eingehen zu können, ist es sinnvoll, sich auch über die räumliche Verteilung der Menschen nach Migrationshintergrund Klarheit zu verschaffen (zur Abgrenzung siehe statistischer und methodischer Anhang). Zur Veranschaulichung einer regional ausdifferenzierten Segregation wird auf die Volkszählung 2001 zurück gegriffen.

Vorauszuschicken ist, dass ethnisch-kulturelle räumliche Konzentrationen etwas zutiefst Menschliches sind und Hand in Hand mit Wanderungsströmen gehen (Heckmann, 1998). Menschen

[5] Mehr zu den Ausführungen und Graphiken zur regionalen Segregation für Niederösterreich in Biffl et al. 2010, für Tirol in Biffl et al. 2009, und für Wien in Biffl et al. 2008.

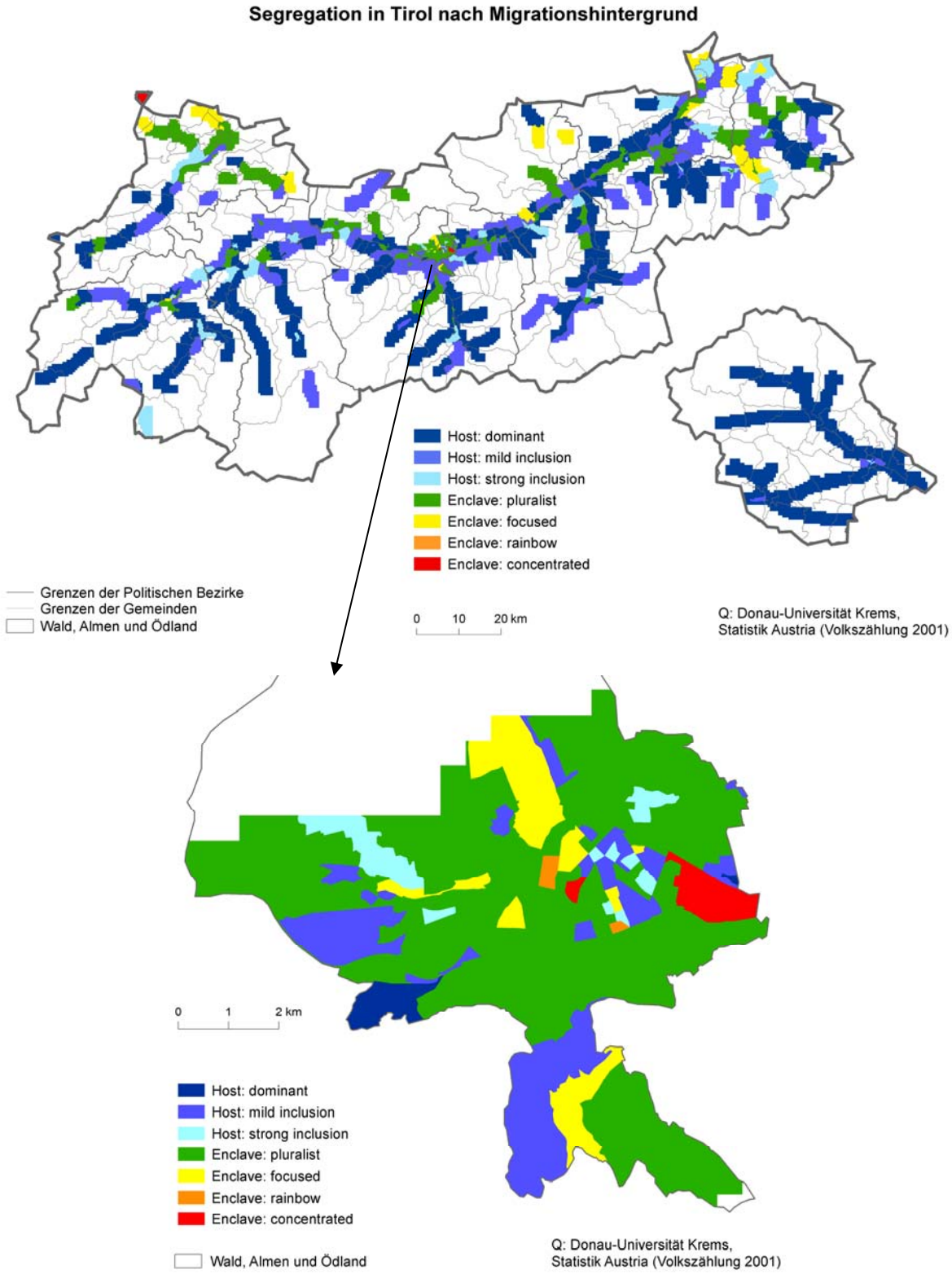
sind stets den Arbeitsmöglichkeiten gefolgt und haben sich in der Umgebung der Arbeit niedergelassen. In der Folge sind 'Siedlungen' entstanden, häufig am Ortsrand in den Zeiten der Industrialisierung, aber auch in Stadtvierteln, wie die Geschichte Wiens zeigt. So gesehen ist die neuerliche Zuwanderung mit ihren räumlichen Konzentrationen nichts Neues, auch nicht für Wien. Es muss aber sichergestellt werden, dass es zu keiner sozial-ökonomischen Ausgrenzung und Marginalisierung von bestimmten Personengruppen kommt.

Brimicombe (2007) weist darauf hin, dass herkömmliche Maße der Segregation mit einer Reihe von Problemen verbunden sind. So sind beispielsweise für die gängigen Maßzahlen des 'Index of Segregation' und des 'Index of Dissimilarity' die Größe der einzelnen Gruppen sowie die Größe der Gebietseinheiten von großer Bedeutung. Ergebnisse werden dadurch unvergleichbar und es besteht die Gefahr, eine zufällige Verteilung als eine systematische zu beschreiben (vgl. Carrington - Troske, 1997). Des Weiteren kann es mitunter schwierig sein, einen Zusammenhang zwischen ethnischer Segregation und sozioökonomischen Faktoren systematisch herzustellen. Mit der von Brimicombe entwickelten Typologie wird versucht, diese Schwächen herkömmlicher Maßzahlen und Typologien zu überwinden. (siehe Anhang)

Giffinger - Wimmer (2003) weisen darauf hin, dass Segregation sowohl als Strukturmerkmal als auch als Prozess verstanden werden kann (S: 109). Ethnische Gruppen leben im Vergleich zur Aufnahmegesellschaft in der Regel stärker segregiert als dies der sozioökonomische Status der MigrantInnen erwarten ließe (Knox, 1990: 251). Somit kann eine etwaige unterprivilegierte Position auf dem Arbeitsmarkt und die daraus resultierende schlechte Einkommenslage nur zum Teil die Konzentration auf bestimmte Stadtteile erklären. In der Literatur werden Faktoren genannt, die in der 'Community' selbst begründet sind: beispielsweise liefert ein ethnisches Netzwerk Unterstützung für Neuzuwandernde; die Niederlassung in der Umgebung der eigenen kulturell-ethnischen Gruppe erlaubt das Bewahren und Leben der eigenen ethnisch-kulturellen Identität; sie birgt aber auch einen gewissen Schutz vor Wertkonflikten mit der Aufnahmegesellschaft (Boal, 1976: 45ff). Aber auch die Aufnahmegesellschaft kann auf die Segregation Einfluss haben, etwa indem sich die Bevölkerung eines Stadtteils gegen die Neuzuwandernden wehrt oder wenn institutionelle Regelungen den Zugang verwehren, wie etwa der Ausschluss der AusländerInnen von Gemeindewohnungen. Aber auch "gatekeeper" wie HausbesitzerInnen oder MaklerInnen können die ethnische Zusammensetzung beeinflussen.

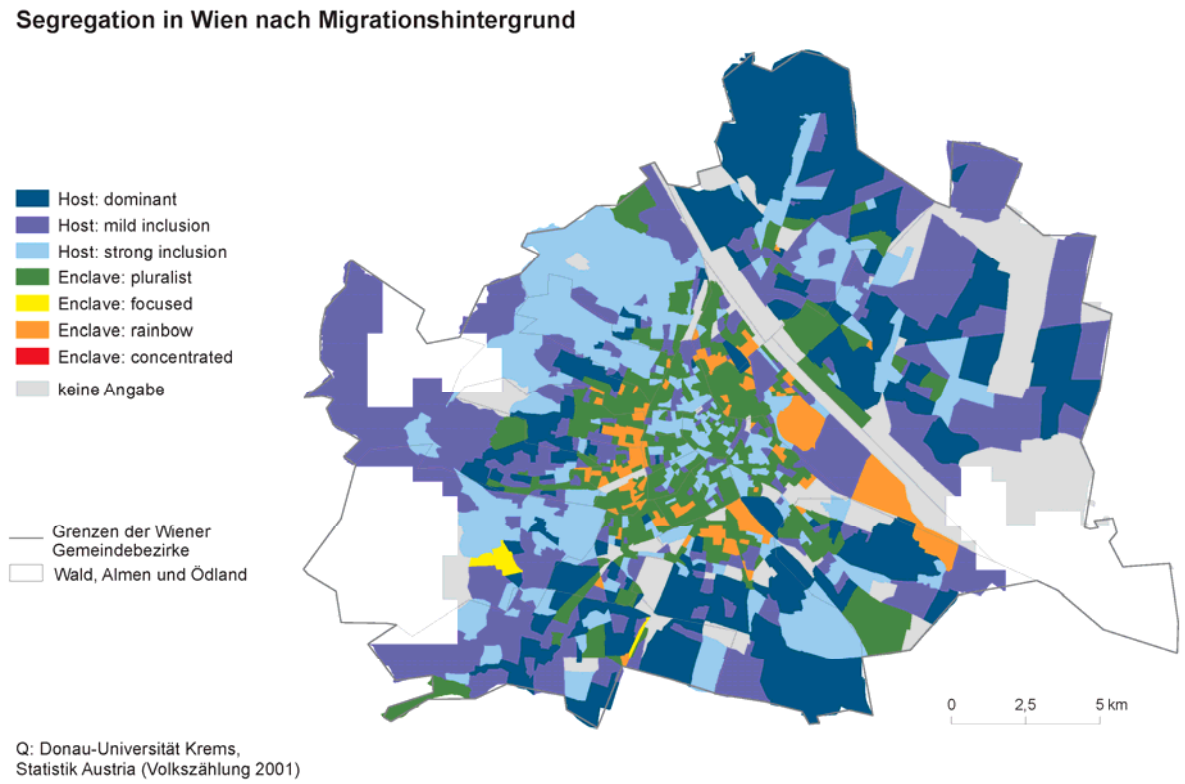
Die migrantische Wohnbevölkerung ist in Wohngebieten angesiedelt, die sich entweder in peripher-marginalisierten Lagen von Gemeinden befinden (Nähe agrarischer oder industrieller Nutzungen), oder im dicht bebauten Siedlungsgebiet mit einer Überzahl von minderwertigen Altbauwohnungen. Die Abbildungen 42, 43 und 44 zeigen die räumliche Segregation in den Bundesländern. Die Abwanderungsregion Osttirol weist unter den betrachteten Regionen geringste Dichte von MigrantInnen auf, Neunkirchen ebenso wie der 2. Bezirk Wiens wachsen nur infolge von Zuwanderung aus dem Ausland und Schwechat expandiert infolge von Zuwanderung aus dem In- und Ausland.

Abbildung 42: Segregation in Tirol und Innsbruck – Typologie nach Brimicombe



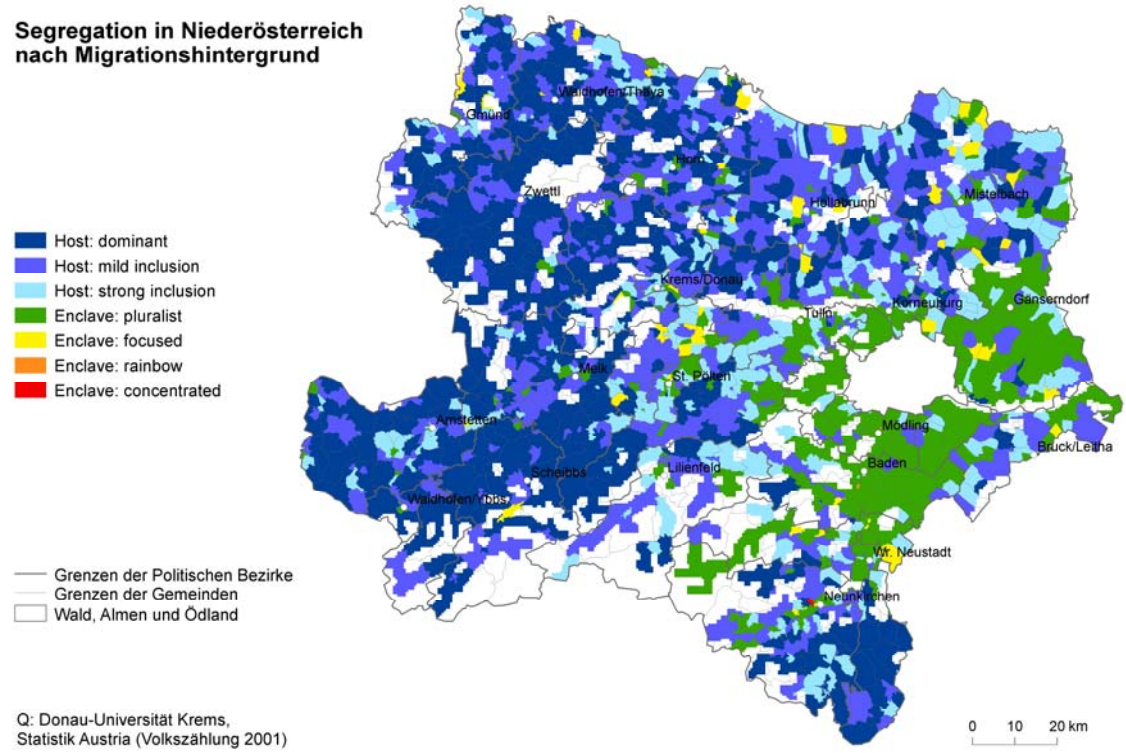
Q: St.At. (Volkszählung 2001), DUK-Berechnungen.

Abbildung 43: Segregation in Wien nach Migrationshintergrund



Q: St.At. (Volkszählung 2001), DUK-Berechnungen.

Abbildung 44: Segregation in Niederösterreich nach Migrationshintergrund



2.3. Haushaltsstrukturen in den vier Modellregionen

Ein umfassendes Wissen über die Haushaltsstrukturen ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer gezielten Infrastruktur sozialer Dienstleistungen im weitesten Sinn. Laut Statistik Austria[6] gab es in Österreich im Jahr 2009 (Jahresdurchschnitt) 3.598.300 Haushalte. Die nachfolgenden Unterkapitel behandeln die Haushaltsstrukturen in den vier Modellregionen Neunkirchen, Schwechat, Lienz und Wien-Leopoldstadt.

2.3.1. Haushaltsstrukturen im Bezirk Neunkirchen

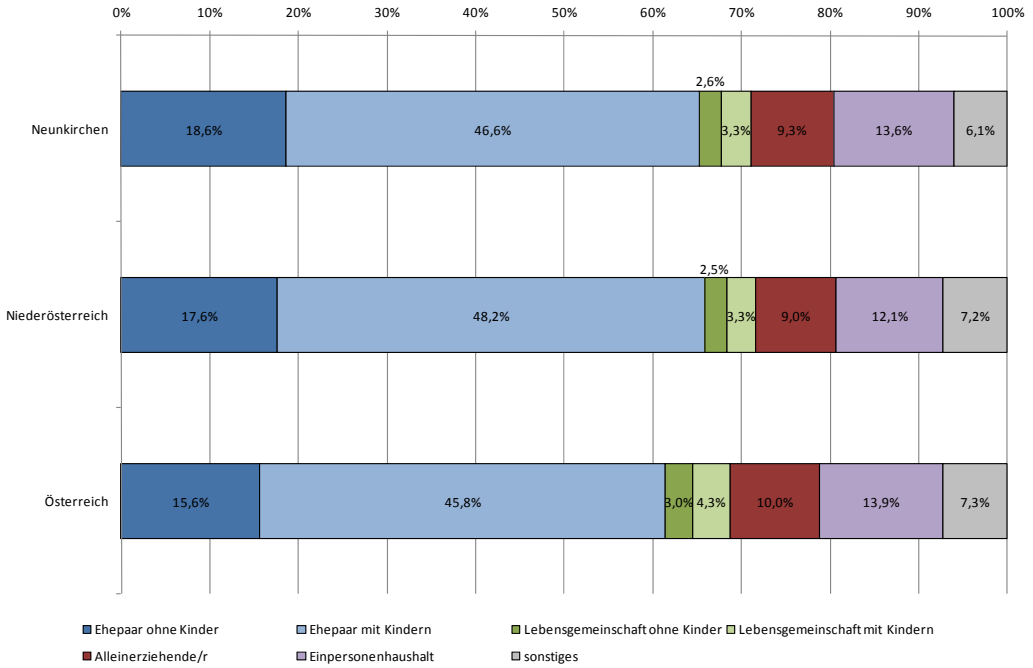
Im Jahr 2009 (Jahresdurchschnitt) wurden laut Statistik Austria in Niederösterreich 664.700 Haushalte gezählt. Im Österreich-Schnitt entfielen 35,7 % auf Einpersonenhaushalte, in Niederösterreich betrug dieser Anteil nur 31,6 %. Sowohl in Gesamt-Österreich wie auch in Niederösterreich sind mehr als zwei Drittel aller Haushalte Mehrpersonenhaushalte, wobei aber knapp die Hälfte aller Mehrpersonenhaushalte auf Zwei-Personen-Haushalte entfallen, etwa ein Viertel auf Drei-Personen-Haushalte und ein Viertel auf Haushalte mit vier oder mehr Personen. Auch bei der Betrachtung der Haushalte zeigt sich die Relevanz der Migration: In 16,2 % der Haushalte war die Referenzperson nicht in Österreich geboren, in Niederösterreich waren dies nur 10,3 %. Auf Bezirksebene sind wiederum nur Daten aus der Volkszählung 2001 verfügbar: Im Bezirk Neunkirchen wurden 2001 35.950 Haushalte gezählt, was 5,8 % der niederösterreichischen Haushalte entspricht (622.746 Haushalte). Niederösterreich wiederum zählte 18,6 % aller österreichischen Haushalte (3.339.663 Haushalte). Die Zahl der Haushalte ist im Zeitraum von 2001 bis 2009 in Niederösterreich um 6,7 % angewachsen, in Gesamt-Österreich um 7,6 %. Detaillierte Analysen zu den Haushaltszusammensetzungen können nur anhand der Daten aus der Volkszählung 2001 gemacht werden. Nachfolgende Abbildung 45 zeigt die Bevölkerung in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich nach ihrer jeweiligen Lebensform im Jahr 2001.

Aus Abbildung 45 geht hervor, dass knapp die Hälfte der Bevölkerung in Neunkirchen (46,6 %), Niederösterreich (48,2 %) und Österreich (45,8 %) im Jahr 2001 in einem Haushalt bestehend aus Ehepaar und Kindern lebte. Auffallend erscheint der hohe Anteil an Personen, die im Bezirk Neunkirchen in einem Haushalt als Ehepaar ohne Kinder leben (18,6 %) im Vergleich zu Niederösterreich (17,6 %) und Österreich (15,6 %). Insgesamt war 2001 die Zahl der Menschen, die als Ehepaar in einem Haushalt leben, im Österreich-Schnitt deutlich geringer (61,4 %) als in Neunkirchen und Gesamt-Niederösterreich (65,2 % bzw. 65,8 %).

Über die Zusammensetzung der Haushalte gibt vor allem auch die Haushaltsgröße Auskunft. Abbildung 46 veranschaulicht die Neunkirchner, niederösterreichische und österreichische Bevölkerung nach der Größe der Haushalte im Jahr 2001. Es zeigt sich, dass im Bezirk Neunkirchen deutlich mehr Menschen in Ein- oder Zwei-Personen-Haushalten (39,2 %) leben als im Niederösterreich-Schnitt (36,6 %), aber auch als im Österreich-Schnitt (38,1 %). Dementsprechend ist auch der Anteil der Personen, die in Haushalten mit vier oder mehr Personen leben, in Neunkirchen niedriger (39,5 %) als in Gesamt-Niederösterreich (42,7 %) und Österreich (41,3 %). Es kann also gesagt werden, dass die Haushalte im Bezirk Neunkirchen tendenziell kleiner sind als in Österreich, vor allem aber in Niederösterreich.

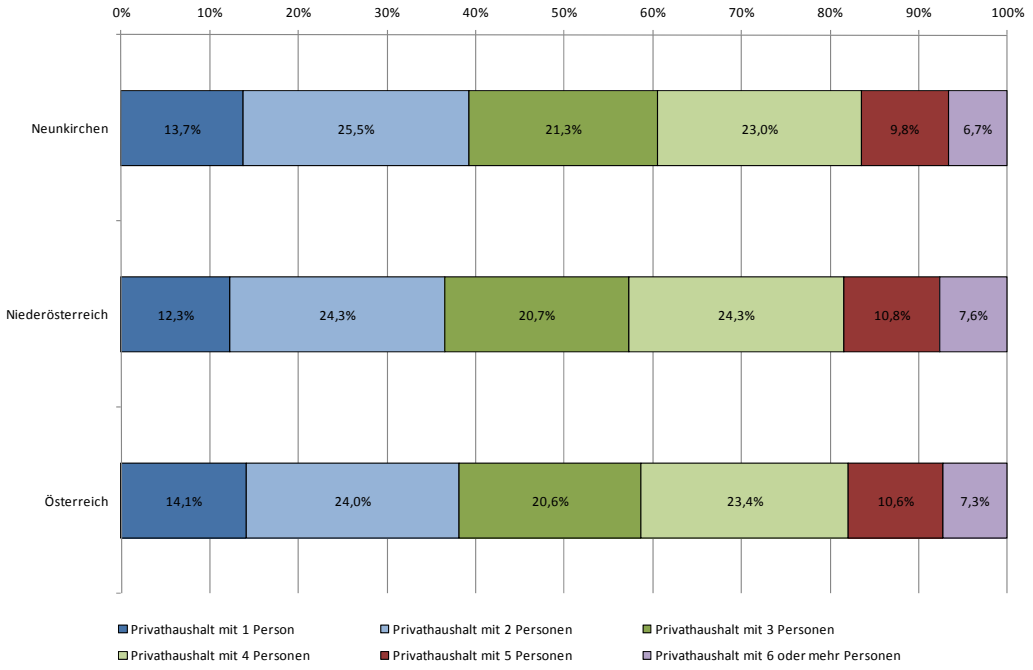
[6] Diese Zahlen basieren auf einer Hochrechnung aus der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2009.

Abbildung 45: Bevölkerung nach Lebensform in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Abbildung 46: Bevölkerung nach Haushaltsgröße in Neunkirchen, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung)

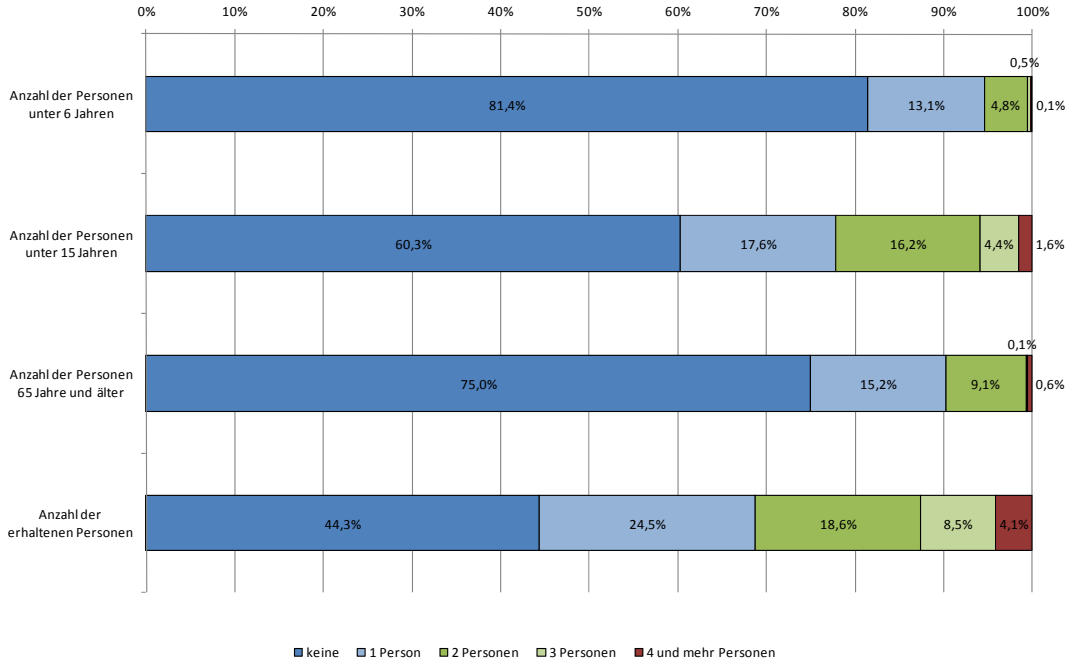


Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Eine Übersicht über die Zusammensetzung der Haushalte im Bezirk Neunkirchen gibt **Fehler! Ungültiger Eigenverweis auf Textmarke.**. Abgesehen von der Größe der Haushalte können keine nennenswerten Unterschiede der Strukturen im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich festgestellt werden. Knapp 20 % der Neunkirchner Bevölkerung leben in einem Haushalt mit einem

oder mehr Kindern unter sechs Jahren, 40 % mit einer oder mehr Personen unter 15 Jahren und ein Viertel mit einer oder mehr Personen über 65. Insgesamt lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung in einem Haushalt mit einer oder mehr Personen, die von den anderen Haushaltsmitgliedern erhalten werden. Wie bereits erwähnt, entspricht dies dem Niederösterreich- und Österreich-Schnitt.

Abbildung 47: Bevölkerung nach Haushaltszusammensetzung in Neunkirchen 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

2.3.1. Haushaltsstrukturen im Großraum Schwechat

Der Großraum Schwechat umfasst 19.590 Privathaushalte oder 44,7 % der Haushalte im Bezirk Wien-Umgebung. Im Bezirk Wien-Umgebung wurden 2001 43.848 Haushalte gezählt, was 7,0 % der niederösterreichischen Haushalte entspricht (622.746 Haushalte). Nachfolgende Abbildung 48 zeigt die Bevölkerung in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich nach ihrer jeweiligen Lebensform im Jahr 2001.

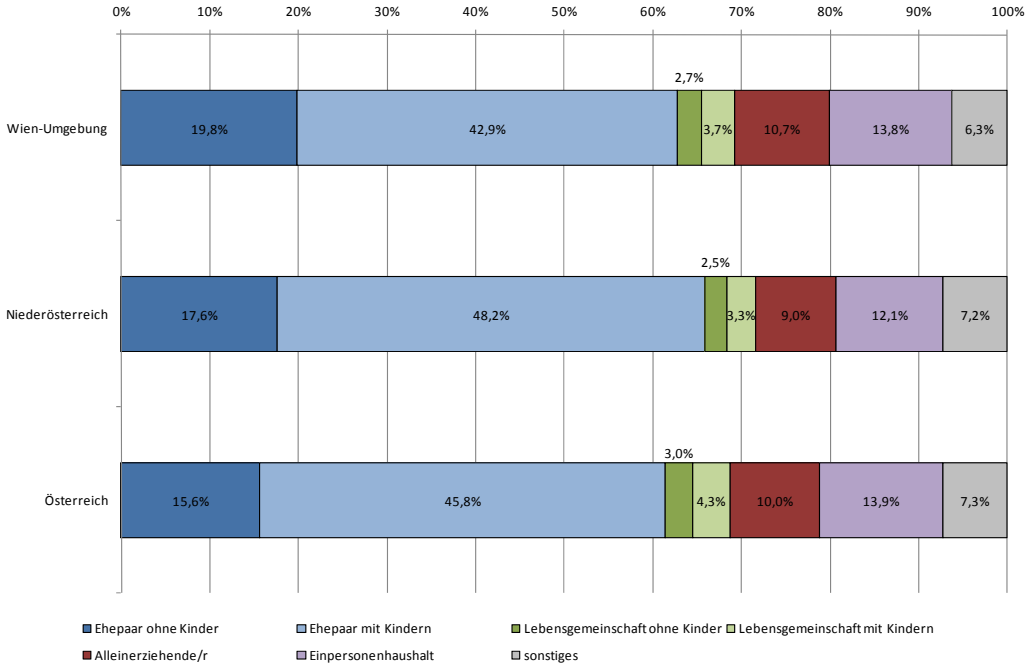
Aus Abbildung 48 geht hervor, dass 42,9 % der Bevölkerung in Wien-Umgebung im Jahr 2001 in einem Haushalt bestehend aus Ehepaar und Kindern lebte. In Niederösterreich und Österreich ist dieser Anteil höher (48,2 % bzw. 45,8 %). Auch hier ist der Anteil an Personen, die in einem Haushalt als Ehepaar ohne Kinder leben, überdurchschnittlich hoch mit 19,8 % im Vergleich zu Niederösterreich (17,6 %) und Österreich (15,6 %).

Abbildung 49 zeigt die Bevölkerung von Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich nach der Größe der Haushalte im Jahr 2001.

Es zeigt sich, dass im Bezirk Wien-Umgebung deutlich mehr Menschen in Ein- oder Zwei-Personen-Haushalten (42,2 %) leben als im Niederösterreich-Schnitt (36,6 %), aber auch als im Österreich-Schnitt (38,1 %). Dementsprechend ist auch der Anteil der Personen, die in Haushalten mit vier oder

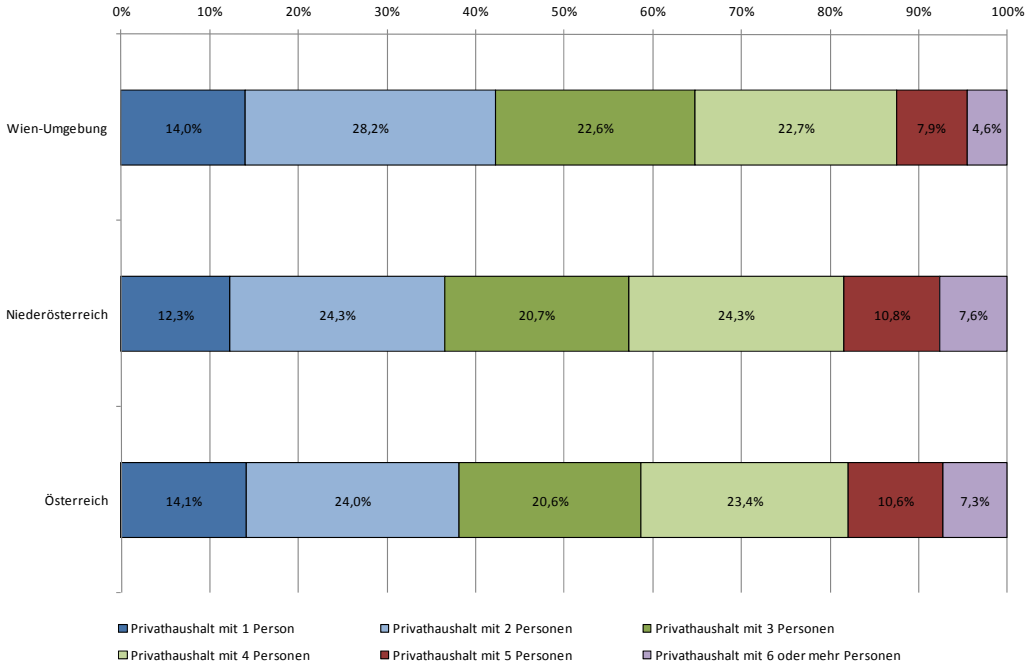
mehr Personen leben in Wien-Umgebung niedriger (35,2 %), als in Gesamt-Niederösterreich (42,7 %) und Österreich (41,3 %).

Abbildung 48: Bevölkerung nach Lebensform in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung)



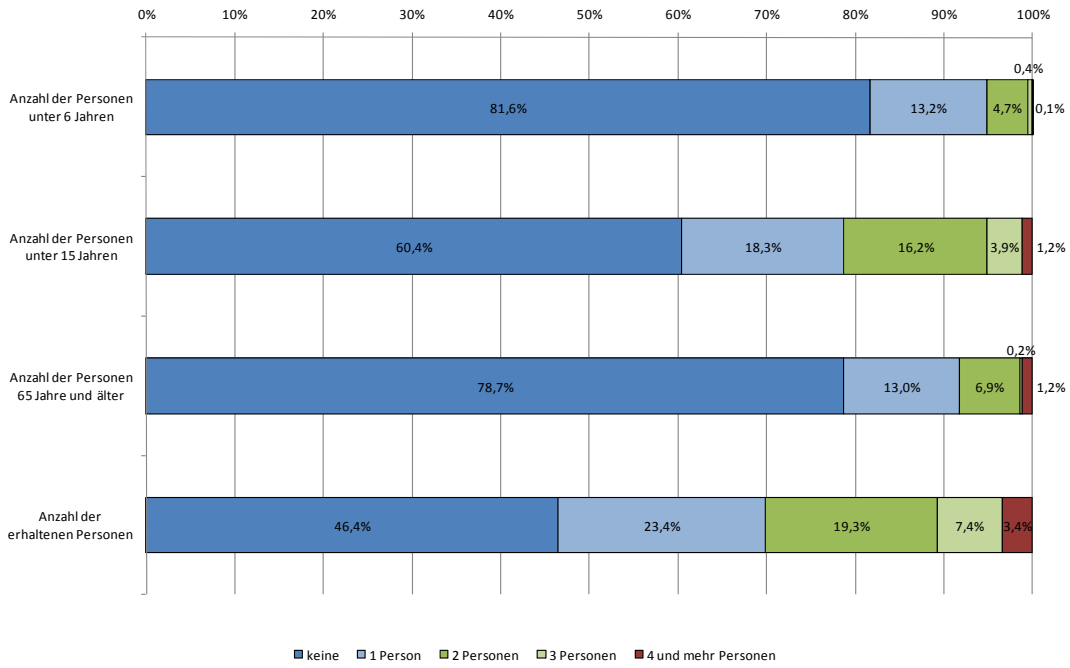
Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Abbildung 49: Bevölkerung nach Haushaltsgröße in Wien-Umgebung, Niederösterreich und Österreich 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Abbildung 50: Bevölkerung nach Haushaltszusammensetzung in Wien-Umgebung 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Abbildung 50 stellt die Haushaltszusammensetzung im Bezirk Wien-Umgebung dar. Nur 19,4 % der Bevölkerung in Wien-Umgebung leben in einem Haushalt mit einem oder mehr Kindern unter sechs Jahren, 40 % mit einer oder mehr Personen unter 15 Jahren und weniger als ein Fünftel mit einer oder mehr Personen über 65. Insgesamt lebt weniger als die Hälfte der Bevölkerung in einem Haushalt mit einer oder mehr Personen, die von den anderen Haushaltsmitgliedern erhalten werden. Im Vergleich zu Gesamt-Niederösterreich und Österreich zeigt sich, dass im Bezirk Wien-Umgebung der Anteil der Personen, die ohne ein oder mehr Kinder unter sechs bzw. 15 Jahren und/oder einer oder mehr Personen über 65 leben, höher ist. Dementsprechend ist auch die Zahl der Personen, die mit einer oder mehreren von anderen Haushaltsmitgliedern erhaltenen Personen in einem Haushalt leben, in Wien-Umgebung geringer als im Niederösterreich- bzw. Österreich-Schnitt.

2.3.1. Haushaltsstrukturen im Bezirk Lienz (Osttirol)

Im Jahr 2009 (Jahresdurchschnitt) gab es im Bundesland Tirol 288.200 Haushalte. Im Österreich-Schnitt entfielen 35,7 % auf Einpersonenhaushalte, in Tirol betrug dieser Anteil nur 31,6 %. Sowohl in Gesamt-Österreich wie auch in Tirol sind mehr als zwei Drittel aller Haushalte Mehrpersonenhaushalte, wobei aber knapp die Hälfte aller Mehrpersonenhaushalte auf Zwei-Personen-Haushalte entfallen, etwa ein Viertel auf Drei-Personen-Haushalte und ein Viertel auf Haushalte mit vier oder mehr Personen. Auch bei der Betrachtung der Haushalte zeigt sich die Relevanz der Migration: In 16,2 % der österreichischen und 16,5 % der Tiroler Haushalte war Referenzperson nicht in Österreich geboren.

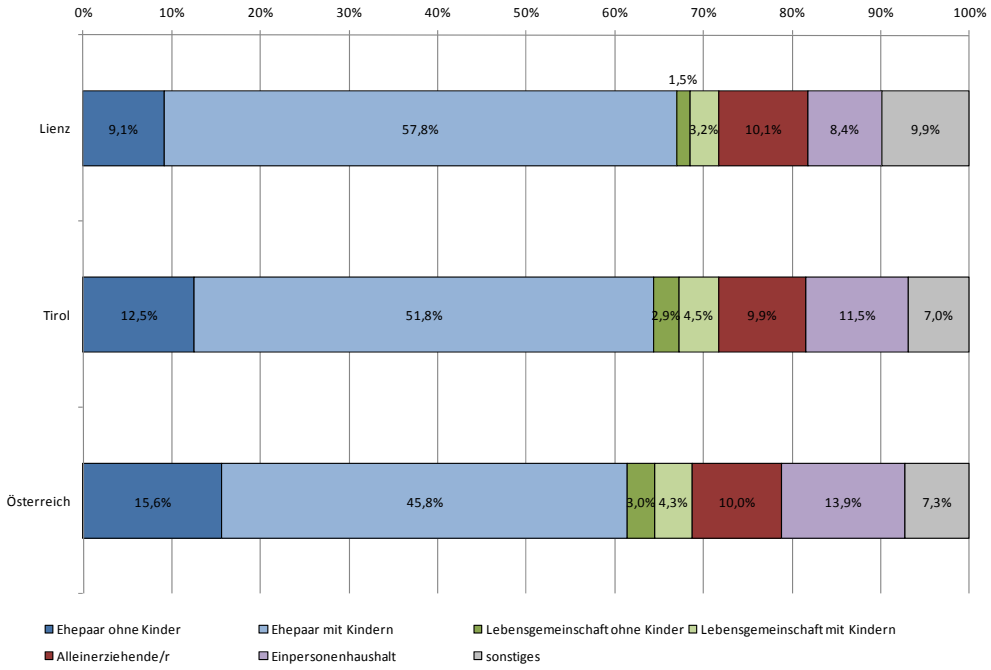
Im Bezirk Lienz wurden 2001 16.939 Haushalte gezählt, was 6,5 % der Tiroler Haushalte entspricht (260.660 Haushalte). Tirol wiederum zählte 7,8 % aller österreichischen Haushalte (3.339.663 Haushalte). Die Zahl der Haushalte ist im Zeitraum von 2001 bis 2009 in Tirol um 10,5 %

angewachsen, in Gesamt-Österreich um 7,6 %. Nachfolgende Abbildung 51 zeigt die Bevölkerung in Lienz, Tirol und Österreich nach ihrer jeweiligen Lebensform im Jahr 2001.

Daraus geht hervor, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Lienz (57,8 %), aber auch in Gesamt-Tirol (51,8 %) im Jahr 2001 in einem Haushalt bestehend aus Ehepaar und Kindern lebte, in Österreich ist dieser Anteil erheblich geringer (45,8 %). Der erhöhte Anteil an Personen, die in einem Haushalt als Ehepaar ohne Kinder lebten, ist im Bezirk Lienz mit 9,1 % im Vergleich zu Tirol (12,5 %) und Österreich (15,6 %) deutlich geringer. Im Bezirk Lienz beträgt der Anteil der Personen, die in einem Haushalt einer sonstigen Kategorie leben, 9,9 % und liegt somit über dem Tirol- (7,0 %) und dem Österreich-Schnitt (7,3 %). Dies ist auf den erhöhten Anteil von Zwei- oder Mehrfamilienhaushalten in Lienz (7,6 %) zurückzuführen (Tirol: 3,9 %; Österreich: 4,1 %).

Über die Zusammensetzung der Haushalte gibt vor allem auch die Haushaltsgröße Auskunft. Abbildung 52 zeigt die Lienzer, Tiroler und österreichische Bevölkerung nach der Größe der Haushalte im Jahr 2001.

Abbildung 51: Bevölkerung nach Lebensform in Lienz, Tirol und Österreich 2001 (Volkszählung)

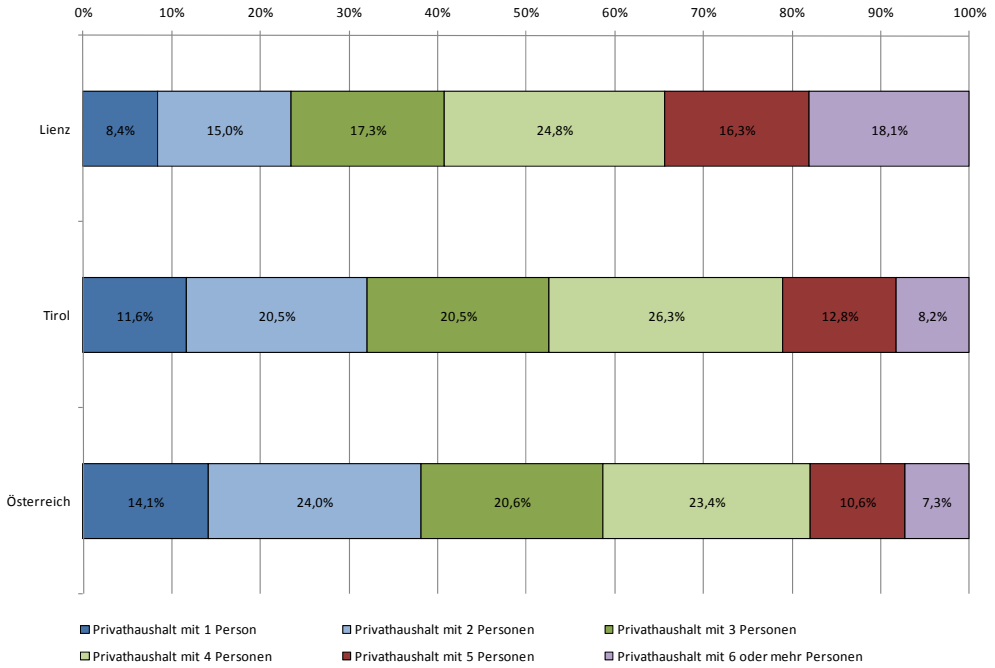


Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Es zeigt sich, dass im Bezirk Lienz deutlich weniger Menschen in Haushalten mit vier oder weniger Personen leben (65,5 %) als im Tirol-Schnitt (78,9 %), vor allem aber als im Österreich-Schnitt (82,1 %). Dementsprechend ist der Anteil der Personen, die in Haushalten mit fünf oder mehr Personen leben, in Lienz höher (34,4 %) als in Gesamt-Tirol (21,0 %) und Österreich (17,9 %). Es kann also gesagt werden, dass die Haushalte im Bezirk Lienz tendenziell deutlich größer sind als in Tirol, vor allem aber in Österreich.

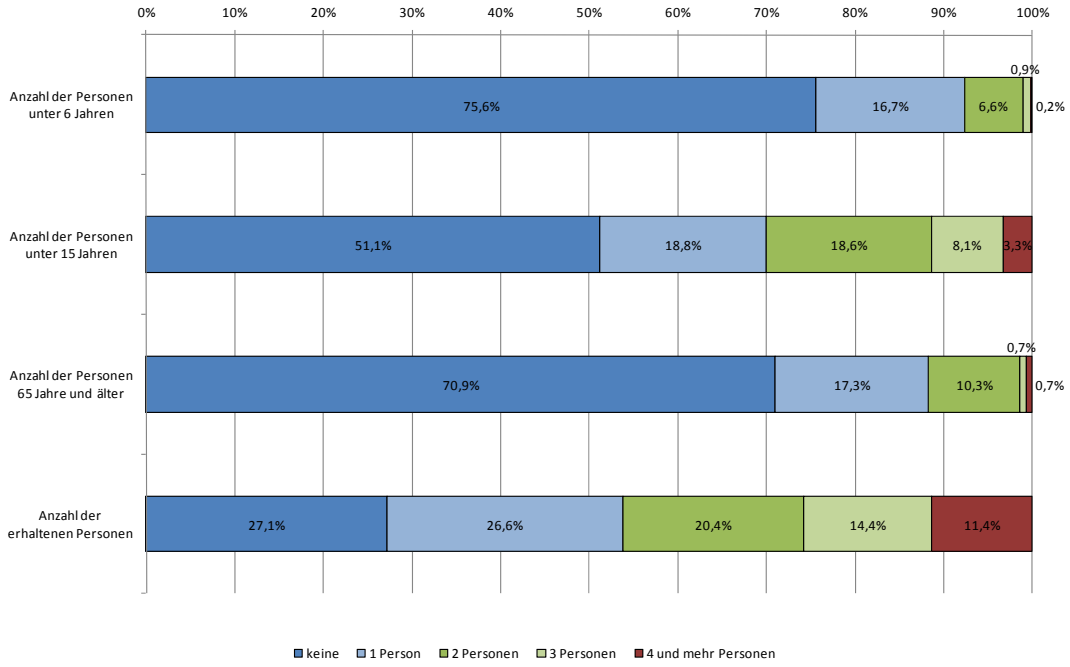
Eine Übersicht über die Zusammensetzung der Haushalte im Bezirk Lienz gibt nachfolgende Abbildung 53.

Abbildung 52: Bevölkerung nach Haushaltsgröße in Lienz, Tirol und Österreich 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Abbildung 53: Bevölkerung nach Haushaltszusammensetzung in Lienz 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Obige Abbildung 53 stellt die Haushaltszusammensetzung im Bezirk Lienz dar. Etwa ein Viertel der Bevölkerung in Lienz lebt in einem Haushalt mit einem oder mehr Kindern unter sechs Jahren (24,4 %), knapp die Hälfte mit einer oder mehr Personen unter 15 Jahren (48,9 %) und knapp ein Drittel mit einer oder mehr Personen über 65 (29,1 %). Insgesamt leben fast drei Viertel der

Bevölkerung in einem Haushalt mit einer oder mehr Personen, die von den anderen Haushaltsmitgliedern erhalten werden (72,9 %). Im Vergleich zu Gesamt-Tirol, noch deutlicher aber im Vergleich zu Österreich, zeigt sich, dass die Haushalte im Bezirk Lienz tendenziell größer sind: In Tirol leben nur 21,7 % der Menschen in einem Haushalt mit einem oder mehreren Kindern unter 6 Jahren (Österreich 19,7 %), nur 44,8 % in einem Haushalt mit einer oder mehr Personen unter 15 (Österreich 41,2 %) und nur 21,4 % in einem Haushalt mit einer oder mehr Personen über 65 (Österreich 23,5 %). Insgesamt leben in Tirol 64,3 % mit einer oder mehreren Personen, die von den anderen Haushaltsmitgliedern erhalten wird, in Österreich 57,9 %.

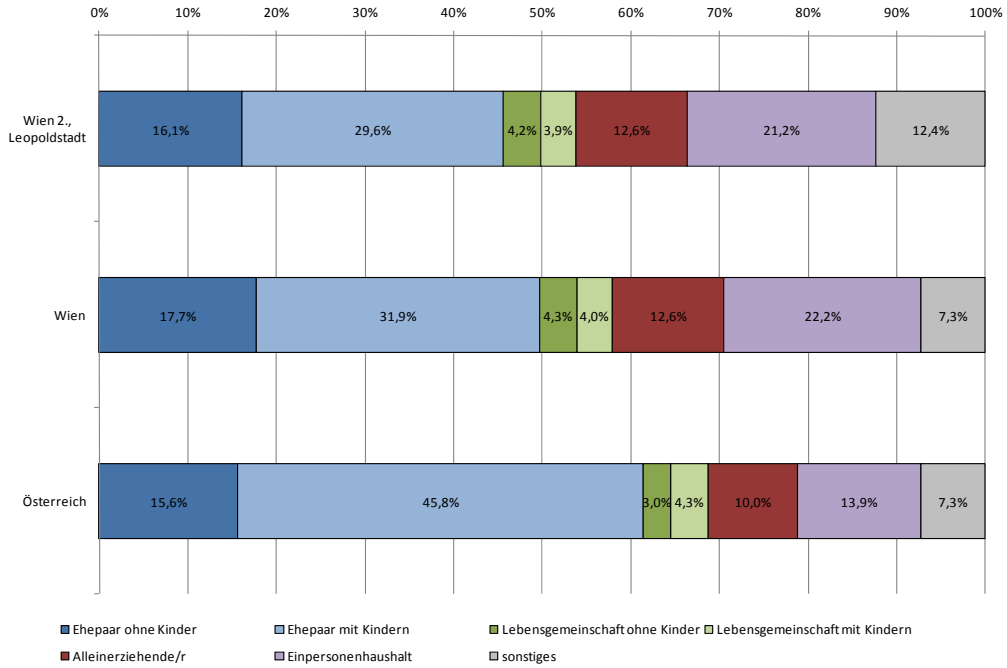
2.3.2. Haushaltsstrukturen in Wien-Leopoldstadt

Im Jahr 2009 (Jahresdurchschnitt) gab es laut Statistik Austria[7] in Österreich 3.598.300 Haushalte, im Bundesland Wien 838.400 Haushalte. Im Österreich-Schnitt entfielen 35,7 % auf Einpersonenhaushalte, in Wien betrug dieser Anteil sogar 47,2 %. In Gesamt-Österreich sind mehr als zwei Drittel aller Haushalte Mehrpersonenhaushalte. In Wien machen Mehrpersonenhaushalte nur mehr etwas mehr als die Hälfte aus. Knapp die Hälfte aller Mehrpersonenhaushalte entfällt auf Zwei-Personen-Haushalte, etwa ein Viertel auf Drei-Personen-Haushalte und ein Viertel auf Haushalte mit vier oder mehr Personen. Auch bei der Betrachtung der Haushalte zeigt sich die Relevanz der Migration: 16,2 % der österreichischen und sogar 29,2 % der Wiener Haushalte fielen auf Haushalte, deren Referenzperson nicht in Österreich geboren ist. Auf Bezirksebene sind wiederum nur Daten aus der Volkszählung 2001 verfügbar: Im Bezirk Wien 2., Leopoldstadt wurden 2001 43.607 Haushalte gezählt, was 5,2 % der Wiener Haushalte entspricht (771.706 Haushalte). Wien wiederum zählte 23,1 % aller österreichischen Haushalte (3.339.663 Haushalte). Die Zahl der Haushalte ist im Zeitraum von 2001 bis 2009 in Wien um 8,6 % angewachsen, in Gesamt-Österreich um 7,6 %. Detaillierte Analysen zu den Haushaltszusammensetzungen können nur anhand der Daten aus der Volkszählung 2001 gemacht werden. Nachfolgende Abbildung 54 zeigt die Bevölkerung in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich nach ihrer jeweiligen Lebensform im Jahr 2001.

Aus Abbildung 54 geht hervor, dass weniger als ein Drittel der Bevölkerung im zweiten Wiener Bezirk (29,6 %) im Volkszählungsjahr 2001 in einem Haushalt bestehend aus Ehepaar und Kindern lebte. In Wien lag dieser Anteil mit 31,9 %etwas höher, in Gesamt-Österreich sogar bei 45,8 %. Ebenso liegt im Wiener Bezirk Leopoldstadt der Anteil von Personen, die in einem Einpersonenhaushalt leben, mit 21,2 % deutlich über dem Österreich-Schnitt von 13,9 %, aber etwa im Wien-Schnitt von 22,2 %. Auch die Zahl der alleinerziehenden Personen ist sowohl in Gesamt-Wien als auch in Leopoldstadt (12,6 %) etwas über dem Österreich-Durchschnitt (10,0 %). In Wien-Leopoldstadt beträgt der Anteil der Personen, die in einem Haushalt einer sonstigen Kategorie leben, 12,4 % und liegt somit über dem Wien- und Österreich-Schnitt (7,3 %). Dies ist in erster Linie auf den erhöhten Anteil von Nichtfamilien-Mehrpersonen-Haushalten in Leopoldstadt (6,9 %) zurückzuführen (Wien: 3,6 %; Österreich: 2,1 %).

[7] Diese Zahlen basieren auf einer Hochrechnung aus der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2009.

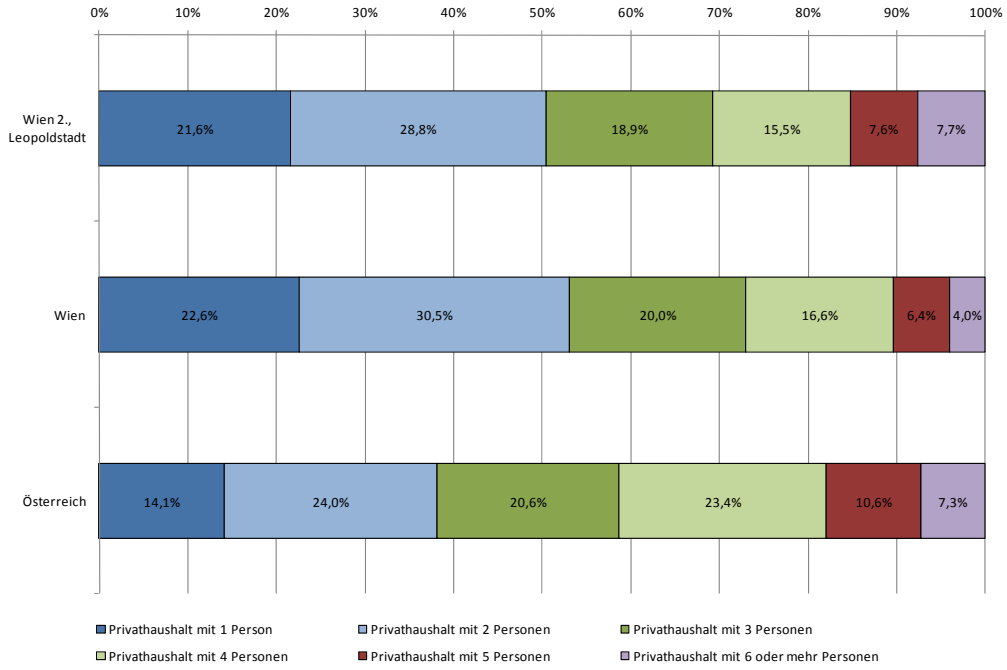
Abbildung 54: Bevölkerung nach Lebensform in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Über die Zusammensetzung der Haushalte gibt vor allem auch die Haushaltsgröße Auskunft. Abbildung 55 zeigt die Bevölkerung von Leopoldstadt, Wien und Österreich nach der Größe der Haushalte im Jahr 2001.

Abbildung 55: Bevölkerung nach Haushaltsgröße in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung)

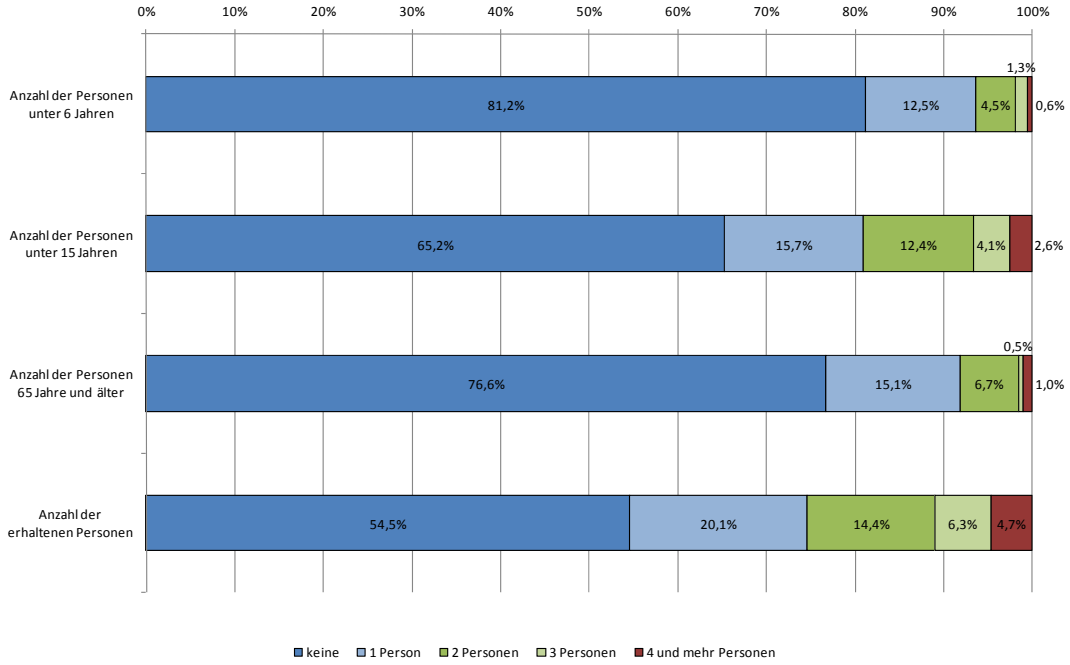


Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Es zeigt sich, dass im Gesamt-Wien, in geringfügig schwächerem Ausmaß aber auch in der Leopoldstadt, deutlich mehr Menschen in kleineren Haushalten leben: Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung des zweiten Wiener Bezirks lebt in Haushalten mit drei oder weniger Personen (69,3 %), sogar knapp drei Viertel der Bevölkerung Gesamt-Wiens lebt in Haushalten dieser Größe (73,0 %). Im Österreich-Schnitt leben 58,7 % in Haushalten mit höchstens drei Personen. Dementsprechend ist der Anteil der Personen, die in Haushalten mit vier oder mehr Personen leben in Leopoldstadt bzw. Gesamt-Wien niedriger als innerhalb Österreichs (Leopoldstadt: 30,8 %, Wien: 26,0 %, Österreich: 41,3 %). Der Anteil der Personen, die in großen Haushalten mit fünf und mehr Personen leben, ist allerdings im zweiten Bezirk mit 15,3 % deutlich höher als im Wien-Durchschnitt (9,4 %).

Eine Übersicht über die Zusammensetzung der Haushalte im 2. Bezirk gibt nachfolgende Abbildung 56.

Abbildung 56: Bevölkerung nach Haushaltszusammensetzung in Wien 2., Leopoldstadt 2001 (Volkszählung)



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Obige Abbildung 56 stellt die Haushaltszusammensetzung im Bezirk Leopoldstadt dar: Weniger als ein Fünftel der Bevölkerung im zweiten Wiener Bezirk lebt in einem Haushalt mit einem oder mehr Kindern unter sechs Jahren (18,8 %), gut ein Drittel mit einer oder mehr Personen unter 15 Jahren (34,8 %) und knapp ein Viertel mit einer oder mehr Personen über 65 (23,4 %). Insgesamt lebt in Leopoldstadt nur knapp die Hälfte der Bevölkerung in einem Haushalt mit einer oder mehr Personen, die von den anderen Haushaltsmitgliedern erhalten werden (45,5 %).

Im Vergleich zu Gesamt-Wien zeigt sich, dass die Haushalte im Bezirk Leopoldstadt tendenziell größer sind, im Vergleich zu Österreich aber deutlich kleiner: In Wien leben nur 17,7 % der Menschen in einem Haushalt mit einem oder mehreren Kindern unter 6 Jahren (Österreich 19,7 %), ebenso 34,8 % in einem Haushalt mit einer oder mehr Personen unter 15 (Österreich 41,2 %) und nur 21,0 % in einem Haushalt mit einer oder mehr Personen über 65 (Österreich 23,5 %). Insgesamt leben in Wien

46,3 % mit einer oder mehreren Personen, die von den anderen Haushaltsmitgliedern erhalten wird, in Österreich 57,9 %.

2.4. Wirtschaftsstrukturen in den vier Modellregionen

Niederösterreich und Wien gehören dem österreichischen Teil der „Centrope", der Europaregion Mitte an, woraus sie eine gewisse Dynamik im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess gewinnen.[8] Auch Tirol ist in einen dynamischen Wirtschaftsraum eingebettet und mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und der Schweiz eng verzahnt. Während Leopoldstadt, Schwechat und Neunkirchen von der Nähe zu wirtschaftlichen Zentralräumen profitiert, gilt das für Osttirol infolge der peripheren Lage nicht.

In einer Cluster-Analyse für alle NUTS-3 Regionen Europas (Huber/Mayerhofer 2006: 16) werden die Centrope Regionen drei (von vier) Gruppen zugeordnet. Wien, das Wiener Umland Südteil, St. Pölten und Bratislava gehören demnach den Regionen mit besonders hohem Dienstleistungsanteil, geringem Sachgüter- und Agraranteil, der höchsten Produktivität unter den Regionstypen an. In diese Gruppe fallen zumeist städtische Regionen oder deren Umland. Zur Gruppe der „Durchschnittsregionen" wird der Großteil der niederösterreichischen Regionen gezählt. Sie zeichnen sich durch einen mittleren bis höheren Industrieanteil und mittleren Dienstleistungsanteil aus, viele dieser Gruppe zugehörigen Regionen weisen keine besonders stark ausgeprägte sektorale Spezialisierung auf.

2.4.1. Wirtschaftsentwicklung im Bundesländervergleich

Mit seiner Wirtschaftsleistung zählt Niederösterreich gemeinsam mit Wien und Oberösterreich zu den größten Bundesländern Österreichs. Im Jahr 2007 (letztverfügbare Regionaldaten) wurden 15,6 % der österreichischen Wertschöpfung in Niederösterreich erwirtschaftet, 16 % der ArbeitnehmerInnen waren in Niederösterreich beschäftigt. Tirol nimmt im Bundesländervergleich mit 8,8 % der österreichischen Wertschöpfung und 8,7 % der Beschäftigten die fünfte Stelle ein. Insgesamt lag 2007 das österreichische Bruttoinlandsprodukt bei mehr als 270 Mrd. Euro, Tabelle 15 zeigt die Bundesländeranteile im Überblick.

Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in den österreichischen Bundesländern zwischen 1995 und 2007 wird in Abbildung 57 dargestellt. Niederösterreich konnte in den vergangenen Jahren aufholen: Während die reale Wertschöpfung in Österreich zwischen 1995 und 2007 um 28 % stieg, erhöhte sie sich in Niederösterreich um 30 % und lag vor allem 2002-2004 über dem österreichischen Durchschnitt. Tirol erfreute sich im Vergleich zu Österreich einer deutlich besseren Wertschöpfungsentwicklung – gegenüber 28 % im Österreich-Schnitt erhöhte sich die reale Wertschöpfung in Tirol zwischen 1995 und 2007 um 36 %, seit 2002 war die Wertschöpfungsentwicklung in Tirol deutlich besser als im Bundesdurchschnitt. Im Gegensatz dazu konnte Wien in seiner Wirtschaftsentwicklung seit 1995 nicht mit dem Schnitt Österreichs mithalten (+ 22% zwischen 1995 und 2007).

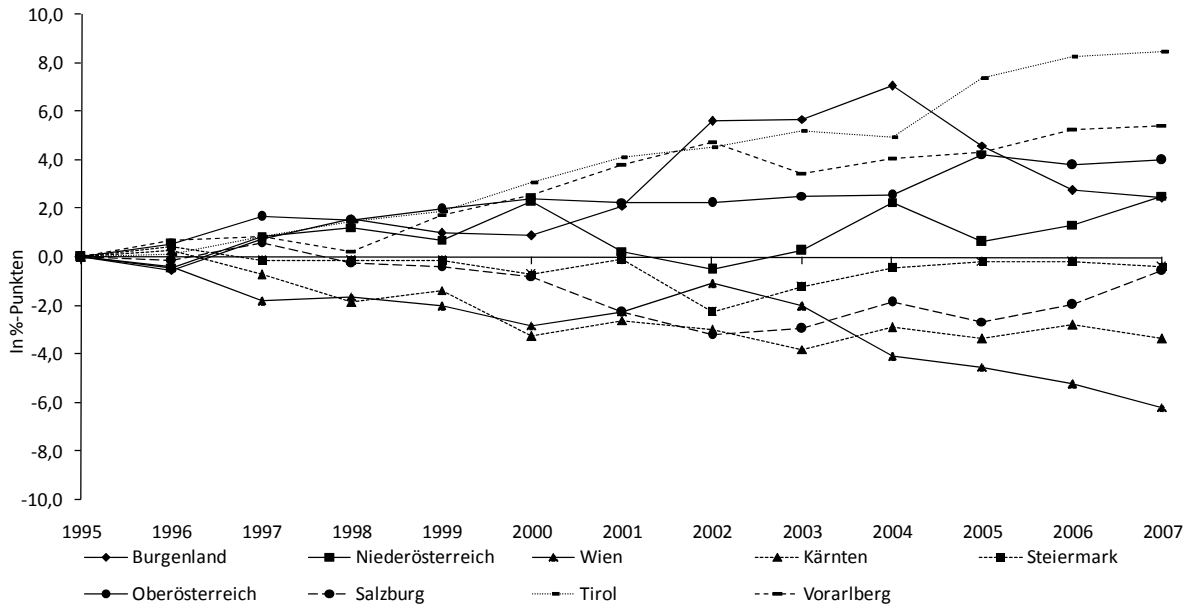
[8] http://centrope.info/baerdtneu [Jänner 2010]

Tabelle 15: Wirtschaftsleistung der österreichischen Bundesländer 2007, Bruttoregionalprodukt (laufende Preise) und Beschäftigte (ArbeitnehmerInnen)

Region	BRP in Mio. Euro	Anteile	Beschäftigung ArbeitnehmerInnen	Anteile
ÖSTERREICH	270.782	100%	3.479.500	100,0%
Burgenland	6.059	2,2%	91.300	2,6%
Niederösterreich	42.303	15,6%	556.600	16,0%
Wien	72.288	26,7%	822.700	23,6%
Kärnten	15.563	5,7%	214.000	6,2%
Steiermark	33.909	12,5%	481.600	13,8%
Oberösterreich	44.748	16,5%	606.300	17,4%
Salzburg	19.618	7,2%	252.000	7,2%
Tirol	23.866	8,8%	304.100	8,7%
Vorarlberg	12.429	4,6%	150.200	4,3%

Q.: St.At. (VGR), DUK-Berechnungen.

Abbildung 57: Relative Wertschöpfungsdynamik in den österreichischen Bundesländern (kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005)



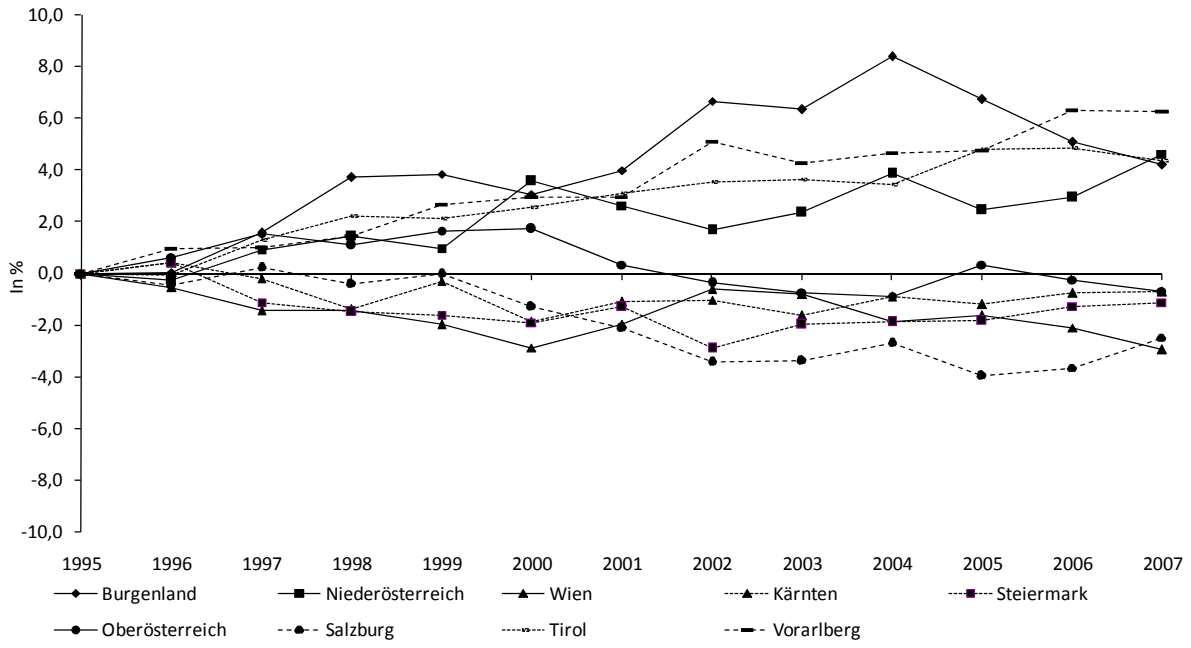
Q.: St.At. (VGR), DUK-Berechnungen.

Auch bei der Wertschöpfung je EinwohnerIn konnten Niederösterreich und Tirol eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt (leicht) bessere Entwicklung verzeichnen. Im Österreich-Schnitt stieg das BIP pro Kopf real um 22 % und lag 2007 bei 32.600 Euro. Bedingt durch die etwas günstigere Wachstumsentwicklung konnte sich Niederösterreich leicht verbessern (1995-2007 + 25 %), die Wertschöpfung je EinwohnerIn lag 2007 in Niederösterreich bei 26.600 Euro, was etwa 82 % des Österreich-Schnitts entspricht. Zu beachten gilt, dass Niederösterreich eine beliebte Wohnregion darstellt, aber nicht alle auch in Niederösterreich beschäftigt sind. Da die Wertschöpfung dem Arbeitsort zugeordnet wird, können manche Regionen eine höhere Kaufkraft aufweisen als es die

Daten zur regionalen Wirtschaftskraft erwarten ließen. In Tirol erhöhte sich die Wertschöpfung je EinwohnerIn gegenüber 1995 um 36 % und lag 2007 bei 105 % des Österreich-Schnitts bzw. 34.200 Euro. Wien ist weiterhin das erfolgreichste Bundesland; der positive Abstand gegenüber dem Österreich-Schnitt verringerte sich aber von 145% (1995) auf 133% (2007) mit einem BRP/EinwohnerIn von 43.300 Euro im Jahr 2007.

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitsproduktivität (Wertschöpfung je Erwerbstätigem/r), so verringern sich, wie in Abbildung 58 ersichtlich, die Unterschiede zwischen den Bundesländern. Tirol und Niederösterreich verzeichneten wie auch das Burgenland und Vorarlberg eine günstigere Produktivitätsentwicklung als der Österreich-Schnitt. Auch in Oberösterreich war sie bis 2000 überdurchschnittlich, seit 2001 ist eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt schlechtere Entwicklung zu beobachten. Dahingegen entwickelte sich die Arbeitsproduktivität in Wien, Salzburg sowie in den beiden südlichen Bundesländern Steiermark und Kärnten (deutlich) schlechter.

Abbildung 58: Relative Produktivitätsentwicklung (Wertschöpfung je EWT zu konstanten Preisen) in den österreichischen Bundesländern (kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005)



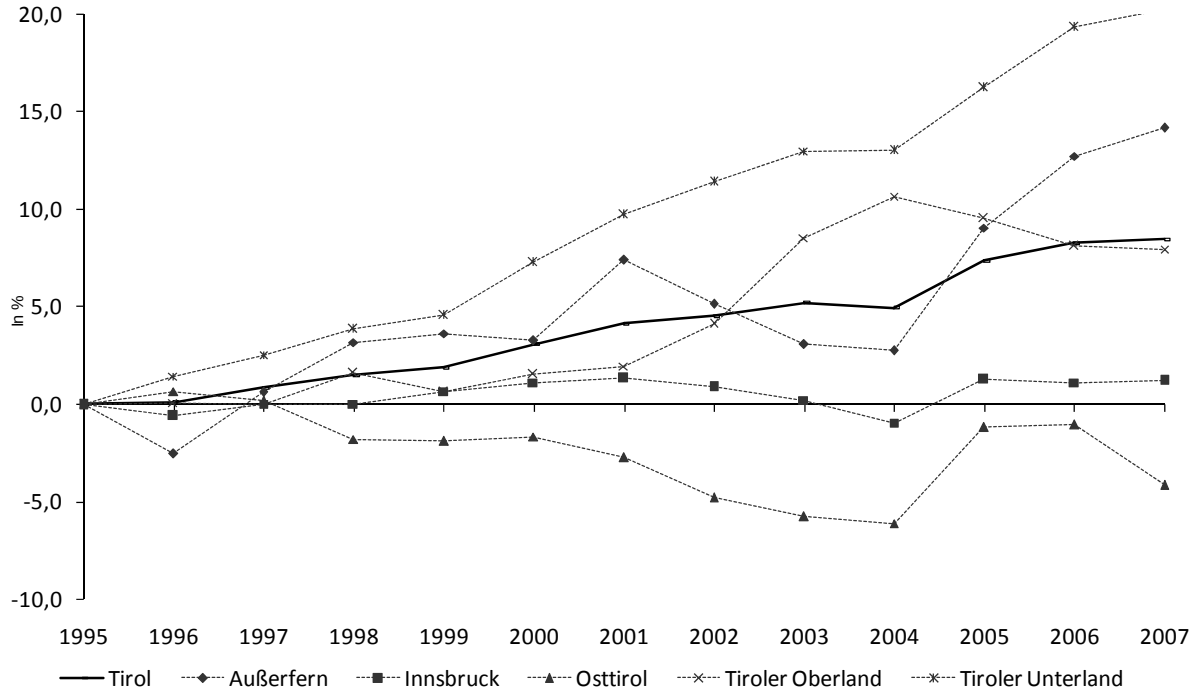
Q.: St.At. (VGR), DUK-Berechnungen.

Regionale Entwicklung in Tirol

Wie aus Abbildung 59 für die Tiroler Regionen hervorgeht, bestehen nicht nur zwischen den Bundesländern teils deutliche Unterschiede, auch innerhalb der Bundesländer zeigt sich ein differenziertes Bild zur Wirtschaftskraft und Dynamik. Während das Tiroler Unterland zwischen 1995 und 2007 eine deutlich positivere Wachstumsentwicklung als der Tirol- und Österreich-Schnitt verzeichnete (kumuliertes reales Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Schnitt + 20,3 %-Punkte) und auch das Außerfern bei der Wertschöpfungsentwicklung fast durchgängig überdurchschnittlich lag (+14,2 %-Punkte), musste Osttirol eine deutlich unter dem Tiroler sowie auch unter dem Österreich-

Durchschnitt liegende Entwicklung bei der Wertschöpfung hinnehmen. Das Tiroler Oberland konnte aufholen, zwischen 2003 und 2005 lag es über dem Tirol-Schnitt, seit 2006 bewegt es sich wieder um den Tiroler Durchschnitt. Die Entwicklung in Innsbruck war im Tirol-Schnitt unterdurchschnittlich, allerdings besser als der Österreich-Schnitt.

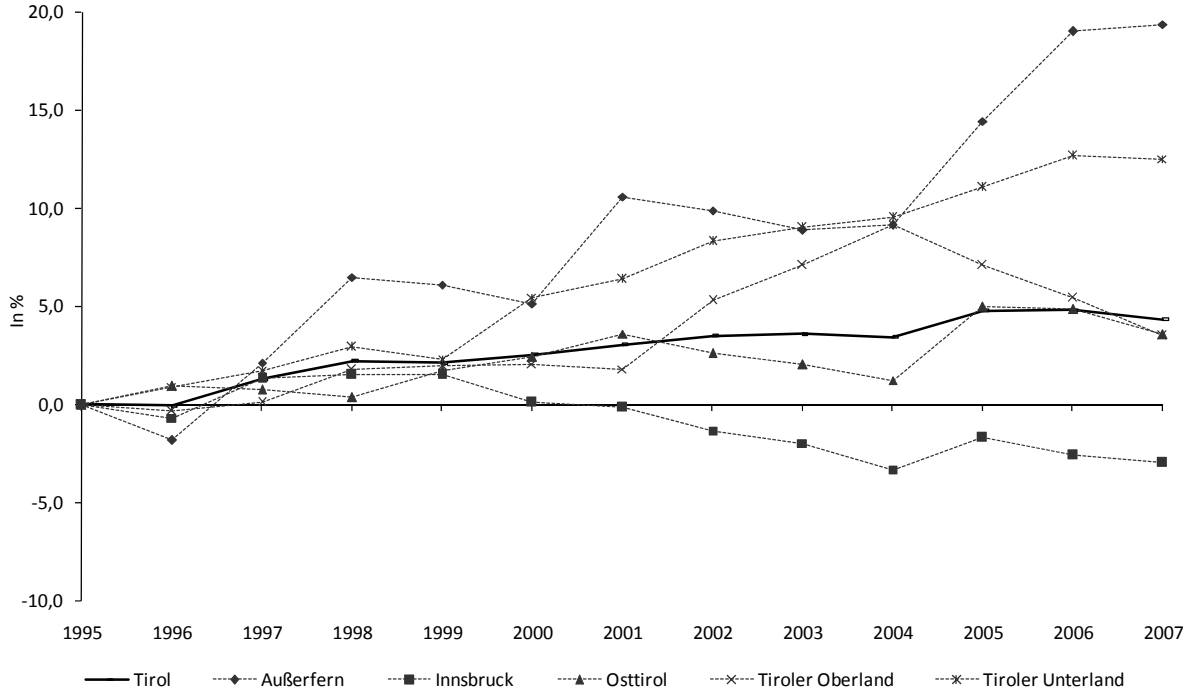
Abbildung 59: Relative Wertschöpfungsdynamik in den Tiroler Regionen (kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005)



Q.: St.At. (VGR), DUK-Berechnungen.

Bei der Produktivitätsentwicklung verschieben sich die Positionen zwischen den Regionen leicht. Eine fast durchgängig überdurchschnittliche Produktivitätsentwicklung kann das Außerfern verzeichnen (+ 34 % gegenüber 1995), auch das Tiroler Unterland (+ 27 %) schneidet bei der Wertschöpfungsentwicklung je Erwerbstätigem im Tirol- und Österreich-Vergleich gut ab. Im Österreich-Schnitt nahm die Arbeitsproduktivität gegenüber 1995 um 14 % zu, in Tirol stieg sie um 19 %. Eine unterdurchschnittliche Entwicklung verzeichnete Innsbruck (+ 11 %), bis 2000 lag die Entwicklung der Arbeitsproduktivität noch über dem Österreich-Durchschnitt, seit 2001 ist die Entwicklung in Innsbruck auch im Vergleich zu Österreich unterdurchschnittlich. Während Osttirol bei der Wertschöpfungsentwicklung den letzten Platz unter den Tiroler Regionen einnimmt, erzielte es eine etwas bessere Entwicklung bei der Produktivität (+ 18 %), diese lag durchgängig über dem Österreich-Schnitt bzw. relativ nahe am Tirol-Durchschnitt.

Abbildung 60: Relative Produktivitätsentwicklung in den Tiroler Regionen (Wertschöpfung je EWT zu konstanten Preisen, kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005)



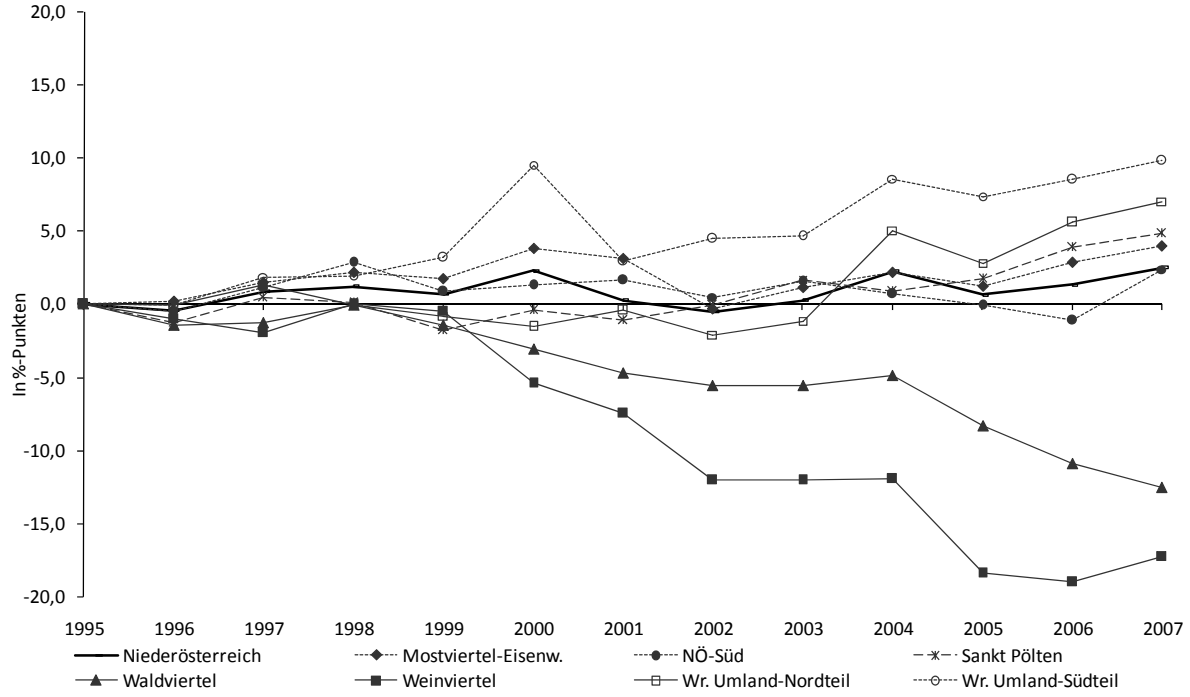
Q.: St.At. (VGR), DUK-Berechnungen.

Regionale Entwicklung in Niederösterreich

Auch in Niederösterreich bestehen, wie Abbildung 61 deutlich macht, ausgeprägte Unterschiede zwischen den Regionen. Das Wiener Umland Nordteil und Südteil konnte eine deutlich bessere Wachstumsentwicklung als der Schnitt Niederösterreichs und Österreichs verzeichnen (kumuliertes reales Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Schnitt + 7 %-Punkte bzw. + 9,8 %-Punkte). Etwas abgeschwächter gilt das auch für die Regionen Sankt Pölten (+ 4,8 %-Punkte) und Mostviertel-Eisenwurzen (+ 4,0 %-Punkte). Die Region Niederösterreich Süd, zu der auch der Bezirk Neunkirchen zählt, bewegte sich im Österreich-Schnitt. Dahingegen standen das Wald- und Weinviertel einer deutlich unterdurchschnittlichen Wachstumsentwicklung gegenüber, die sich vor allem im Weinviertel verstärkte.

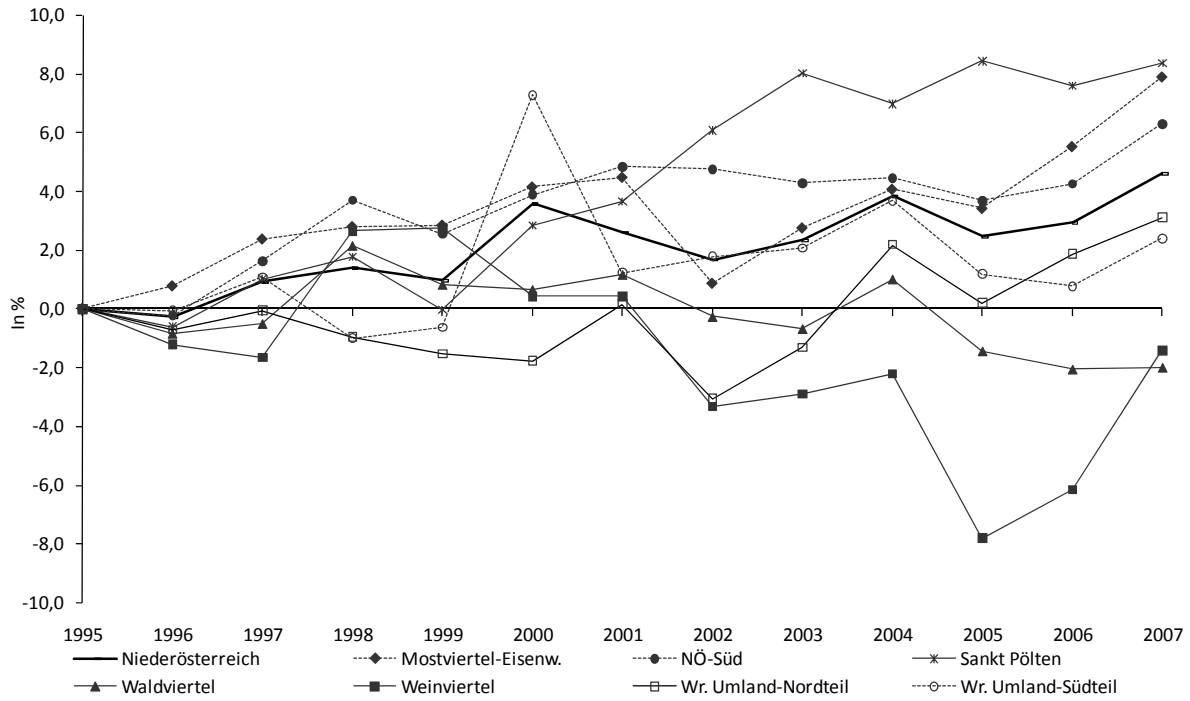
Bei der Arbeitsproduktivität zeigt sich für fast alle niederösterreichischen Regionen eine im Vergleich zum Österreich-Schnitt günstigere Entwicklung. Während die Produktivität im Österreich-Schnitt zwischen 1995 und 2007 um 14 % stieg, erhöhte sie sich in Niederösterreich um 19 %. Eine im Vergleich zu Österreich und Niederösterreich insgesamt überdurchschnittliche Entwicklung konnten dabei die Regionen Sankt Pölten (+ 23 %), Mostviertel-Eisenwurzen (+ 22 %) sowie Niederösterreich-Süd (+ 21 %) verzeichnen. Auch im Wiener Umland Nordteil und Südteil hat sich die Produktivität günstiger entwickelt, wobei dies im Nordteil vor allem auf ein Aufholen seit 2004 zurückzuführen ist. Dahingegen verlief im Wald- und Weinviertel die Produktivitätsentwicklung weitgehend unterdurchschnittlich, das Weinviertel konnte zuletzt (2006, 2007) aufholen.

Abbildung 61: Relative Wertschöpfungsdynamik in den niederösterreichischen Regionen (kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005)



Q.: St.At. (VGR), DUK-Berechnungen.

Abbildung 62: Relative Produktivitätsentwicklung in den niederösterreichischen Regionen (Wertschöpfung je EWT zu konstanten Preisen, kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005)



Q.: St.At. (VGR), DUK-Berechnungen.

2.4.2. Der Arbeits- und Wirtschaftsraum des Bezirks Neunkirchen[9]

Niederösterreich zählte im Jahresdurchschnitt 2009 in der Privatwirtschaft (= ohne BVA-Versicherte) mehr als 455.000 unselbständig Beschäftigte in der Altersgruppe 15-64 (ca. 195.000 Frauen, 260.000 Männer), das entsprach 15,9 % der unselbständigen Beschäftigung in der Privatwirtschaft in Österreich. Selbständig erwerbstätig (Altersgruppe 15-64) waren in Niederösterreich im Jahresdurchschnitt 2009 79.000 Personen (davon 46.000 Männer und 33.000 Frauen), damit hatte Niederösterreich den höchsten Bundesländeranteil an der selbständigen Beschäftigung in Österreich (20,1 %).

Gemessen an der unselbständigen Beschäftigung zählt Neunkirchen zu den niederösterreichischen Arbeitsmarktbezirken mittlerer Größe – 2009 waren 3,3 % der unselbständig Beschäftigten in Niederösterreich dem Bezirk Neunkirchen zugeordnet.[10] Auch beim MigrantInnenanteil liegt Neunkirchen im Mittelfeld: Während im Schnitt 15,9 % der in Niederösterreich unselbständig Beschäftigten einen Migrationshintergrund hatten, waren es in Neunkirchen 14,4 %. Niederösterreich wie Neunkirchen liegen damit etwas unter dem Österreich-Schnitt, dieser lag in der Privatwirtschaft bei 17,7 %, berücksichtigt man auch die BVA-Versicherten, so betrug der MigrantInnen-Anteil unter den in Österreich unselbständig Beschäftigten 2009 16,5 %.

Bei Betrachtung einer Region ist sowohl die Bedeutung der Region als Arbeitsgeberin als auch die Erwerbssituation der Bevölkerung von Interesse. Daher (sowie auch wegen fehlender regionaler Zuordnungen bei Auswertungen nach dem Arbeitsort) wird auch kurz auf die Struktur der unselbständig Beschäftigten, die im Bezirk Neunkirchen *wohnen* (= "wohnhaft Beschäftigte"), eingegangen. Auch bei dieser Auswertung (inkl. BVA-Versicherte) zählt Neunkirchen zu den Bezirken mittlerer Größe: Von den in Niederösterreich wohnhaft Beschäftigten lebten 2009 5,2 % im Bezirk Neunkirchen. Der MigrantInnenanteil unter den unselbständig Beschäftigten, die in Neunkirchen *wohnen*, ist mit 10 % geringer als in der Arbeitsbevölkerung (14,4 %). Auch in Niederösterreich insgesamt ist der MigrantInnenanteil unter der Arbeitsbevölkerung höher (15,9 %) als unter den in Niederösterreich wohnhaft Beschäftigten (10,1 %).

Diese Unterschiede zwischen der Arbeitsbevölkerung und den wohnhaft Beschäftigten im Bezirk Neunkirchen weisen auf die Bedeutung des arbeitsbedingten Pendelns hin. Die PendlerInnen-Analyse[11] der Arbeiterkammer Niederösterreich für das Jahr 2004 bestätigt dem Industrieviertel seine Bedeutung als dominante Arbeitsregion sowie eine starke Verflechtung bei den PendlerInnenbewegungen zwischen den Bezirken und den angrenzenden Bundesländern Wien,

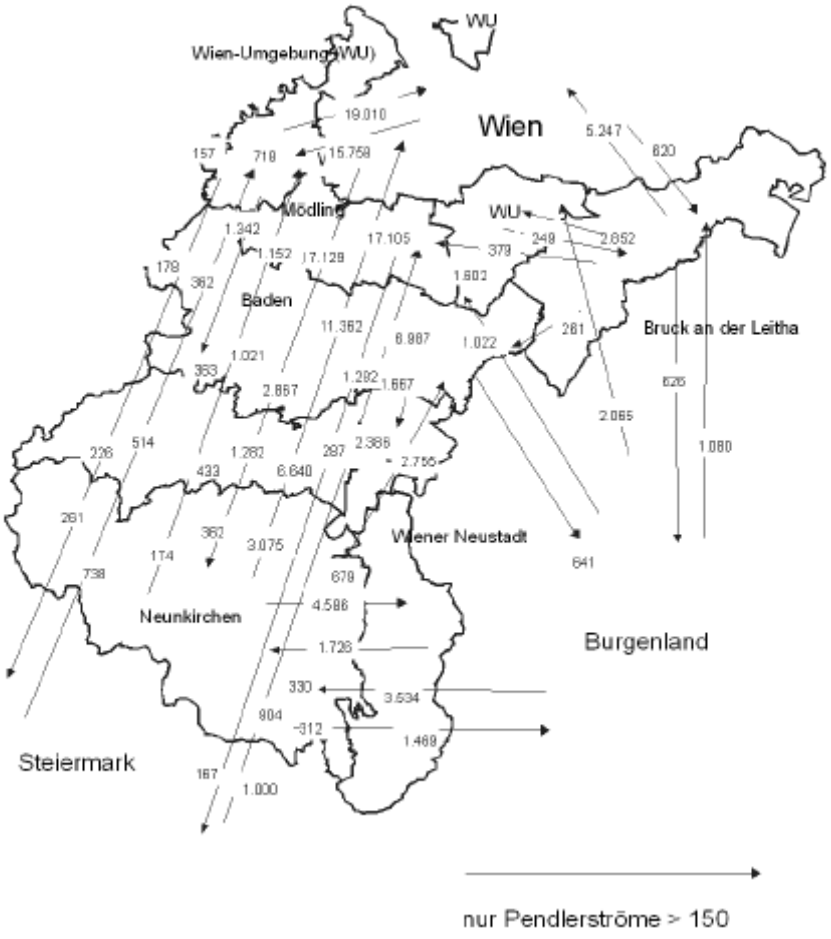
[9] Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf eine Auswertung der Arbeitsmarktdatenbank (AMDB) – zu den Besonderheiten dieser Datenbasis siehe den methodischen Anhang.

[10] Bei den Betrachtungen auf Bezirksebene ist immer zu berücksichtigen, dass nicht alle unselbständig Beschäftigten einem Arbeitsmarktbezirk zugeordnet werden können und somit die Zahlen zu den einzelnen Arbeitsmarktbezirken unvollständig sind. Im Jahresdurchschnitt 2009 (wie auch in den Jahren zuvor) bildeten in Niederösterreich die regional nicht zuordenbaren unselbständig Beschäftigten mit 19,5 % die größte Gruppe.

[11] Die Analyse erfasst zirka 84 % der unselbständig Beschäftigten, die zum Stichtag 20. Jänner 2004 in Niederösterreich gearbeitet haben, BeamtInnen, Karenz- und KinderbetreungsgeldbezieherInnen, Präsenz- und Zivildiener sind nicht enthalten (Arbeiterkammer Niederösterreich 2008: 29).

Burgenland und Steiermark. Insgesamt weist das Industrieviertel einen negativen PendlerInnensaldo aus, der sich gegenüber 2000 erhöht hat.[12] Nur die Bezirke Mödling und Wien-Umgebung haben einen positiven PendlerInnensaldo. Abbildung 63 veranschaulicht die PendlerInnenströme im Industrieviertel zwischen den Bezirken und den angrenzenden Bundesländern.

Abbildung 63: Aus- und EinpendlerInnen im Industrieviertel zwischen den Bezirken und Wien, Burgenland, Steiermark im Jahr 2004



Q.: Arbeiterkammer Niederösterreich 2008, S. 30.

Auch Neunkirchen hat einen negativen PendlerInnensaldo, 10.500 AuspendlerInnen standen 3.500 EinpendlerInnen gegenüber. 2004 lag die Arbeitsbevölkerung in Neunkirchen bei etwa 20.000 ArbeitnehmerInnen, wohnhaft beschäftigt waren mehr als 27.000 Personen.[13] Eine enge Verflechtung besteht dabei mit Wr. Neustadt (Bezirk+Stadt) – fast 44 % der AuspendlerInnen pendelten von

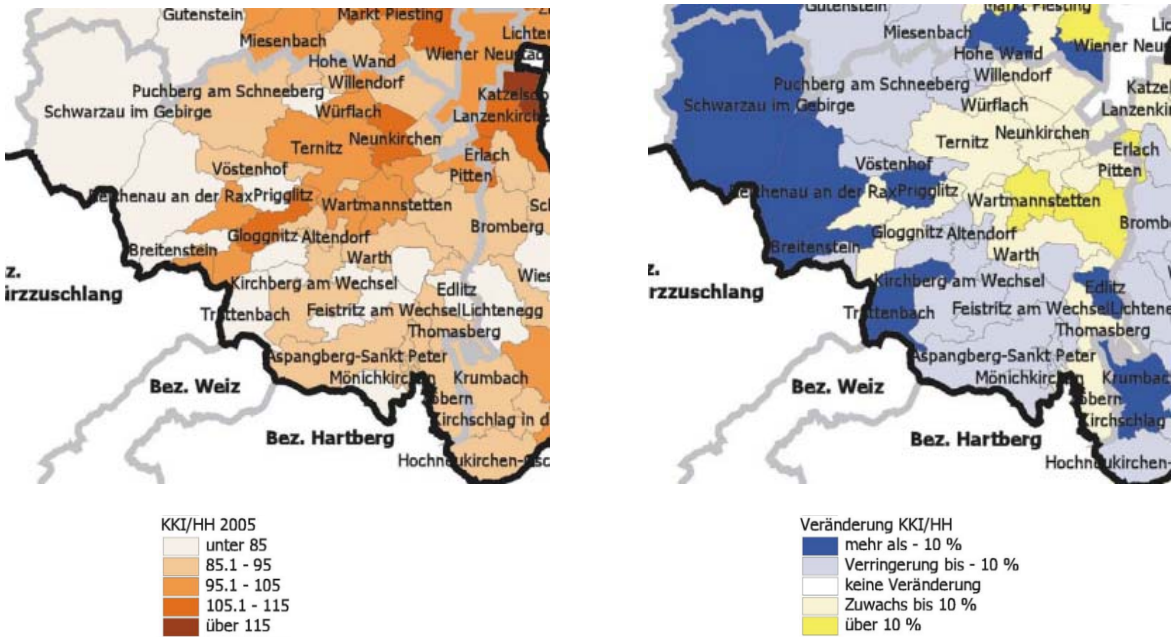
[12] **„PendlerInnen“** haben Wohn- und Arbeitsort nicht im selben politischen Bezirk, **„AuspendlerInnen“** verlassen aus Sicht Neunkirchens Neunkirchen um beispielsweise im Bezirk Wien-Umgebung zu arbeiten, **„EinpendlerInnen“** dahingegen wohnen in einem anderen Bezirk, aber arbeiten in Neunkirchen.

[13] Die **„Arbeitsbevölkerung“** umfasst die NichtpendlerInnen (diejenigen, die im Bezirk Neunkirchen wohnen und arbeiten) sowie die EinpendlerInnen. Die **„wohnhaft Beschäftigten“** setzen sich aus den NichtpendlerInnen und AuspendlerInnen zusammen. (vgl. Arbeiterkammer Niederösterreich 2005: 8)

Neunkirchen nach Wr. Neustadt, rund 49 % der EinpendlerInnen von Wr. Neustadt nach Neunkirchen. Während 30 % der AuspendlerInnen nach Wien pendeln, kommen nur etwa 10 % der EinpendlerInnen von Wien. An dritter und vierter Stelle standen bei den AuspendlerInnen die Bezirke Mödling (8 % der AuspendlerInnen) und Baden (6 %). Unter den EinpendlerInnen kommt die zweitgrößte Gruppe aus der Steiermark (knapp 21 %), an dritter Stelle steht Wien (10 %), an vierter das Burgenland (9 %). (vgl. Arbeiterkammer Niederösterreich 2008: 34)

Verbunden mit der höheren Mobilität und gestiegenen AuspendlerInnenzahlen steht auch ein geändertes Kaufkraftverhalten. Dies wurde auch von den ExpertInnen (Gespräch 6. 4. 2010) in Neunkirchen angemerkt. Die Bevölkerung sei in allen Lebensbereichen mobiler geworden. Während beispielsweise die Leute früher am Abend mit dem Zug angekommen sind und dann noch schnell eingekauft haben, erledigen sie das heute nach der Arbeit unterwegs mit dem Auto. Das hat auch Auswirkungen auf die Kaufkraft. Abbildung 64 veranschaulicht wie sich die Kaufkraft in den Gemeinden des Bezirks Neunkirchen im Jahr 2005 darstellt im Vergleich zu 1996. Der Kaufkraftindex wird gebildet, indem die durchschnittliche Kaufkraft pro Haushalt einer Gemeinde jeweils dem Schnitt Österreichs gegenübergestellt wird. Die höchsten Werte beim Kaufkraft-Index nehmen in Neunkirchen die Gemeinden entlang der Hauptverkehrsachse ein, diese konnten gegenüber 1996 auch Zuwächse verzeichnen. Hingegen weisen vor allem die entlegeneren Gemeinden deutlich geringere Werte auf, ihre Position hat sich gegenüber 1996 teils merklich verschlechtert.

Abbildung 64: Kaufkraft-Index pro Haushalt 2005 sowie Veränderung 1996-2005 im Bezirk Neunkirchen
(Kaufkraftindex Österreich = 100)



Quelle: CIMA 2007 (S. 18/Ausschnitt von Karte 3, S. 19/Ausschnitt von Karte 4)

Neunkirchen wies 2006 ein Kaufkraftvolumen von mehr als 413 Millionen Euro auf, davon konnten 62,4 % im Bezirk gebunden werden, 37,6 % flossen in andere Regionen ab, vor allem nach Wiener Neustadt (23,4 %), Wien (6,1 %) und Mödling (4,1 %). An wirksamer Kaufkraft[14] erzielte der Bezirk

[14] Das ist der im definierten Gebiet erzielte Einzelhandelsumsatz.

Neunkirchen 342,6 Millionen Euro. 75,3 % stammen aus dem eigenen Bezirk, 24,7 % flossen aus anderen Regionen/Ländern zu – allen voran aus dem Burgenland (7,4 %) sowie den österreichischen Nachbarländern (5,7 %) und Wien (2,3 %), 8,2 % entfallen auf „Streuumsätze". Gesamt verzeichnet Neunkirchen damit einen Kaufkraftabfluss. Gemessen an der Einzelhandelszentralität, das ist das Verhältnis zwischen der am Ort gebundenen Kaufkraft (in Neunkirchen 342,6 Millionen Euro) und der am Ort vorhandenen Nachfrage (in Neunkirchen 413,6 Millionen Euro), erzielt Neunkirchen einen Wert von 83. In der Region Niederösterreich Süd sind auch die Bezirke Baden (Einzelhandelszentralitätswert: 87) und Bruck/Leitha (Wert: 93) von Kaufkraftabflüssen betroffen, hingegen verzeichnen Wr. Neustadt (Wert: 142) und vor allem Mödling (Wert: 240; SCS/Vösendorf) erhebliche Kaufkraftzuflüsse.

Wirtschaftsstruktur in Neunkirchen

Für Neunkirchen hat als traditionelle alte Industrieregion, wie aus Tabelle 16 hervorgeht, der Produktionssektor nach wie vor eine überdurchschnittlich hohe Bedeutung als Arbeitgeber. So waren 2009 mehr als die Hälfte der unselbständig beschäftigten Männer in Neunkirchen im Produktionssektor tätig, während sowohl in Niederösterreich als auch in Österreich die Männer mehrheitlich im Dienstleistungssektor tätig waren. Bei den Frauen dominiert die Beschäftigung im Dienstleistungssektor, aber auch hier waren in Neunkirchen noch überdurchschnittlich viele im Produktionssektor beschäftigt.

Tabelle 16: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren im Bezirk Neunkirchen im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Arbeitsort)

		Neunkirchen		NÖ		Ö. Privatwirtschaft		Ö. insgesamt	
		Frauen	*Männer*	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Primärsektor	MH (1.Gen.)	2%	3%	3%	4%	1%	2%	1%	2%
	Ohne MH	1%	1%	1%	1%	0%	0%	0%	0%
	Insgesamt	**1%**	**2%**	**1%**	**1%**	**1%**	**1%**	**0%**	**1%**
Produktionssektor	MH (1.Gen.)	25%	70%	17%	46%	13%	42%	13%	41%
	Ohne MH	26%	66%	16%	45%	14%	43%	13%	38%
	Insgesamt	**26%**	**67%**	**16%**	**45%**	**14%**	**43%**	**13%**	**39%**
Dienstleistungs-sektor	MH (1.Gen.)	74%	28%	80%	51%	85%	56%	86%	57%
	Ohne MH	73%	32%	83%	54%	85%	57%	87%	61%
	Insgesamt	**73%**	**32%**	**83%**	**53%**	**85%**	**57%**	**87%**	**60%**

Anmerkungen:
Neunkirchen und NÖ ohne öffentlicher Dienst.
Auf Bezirksebene (hier Neunkirchen) unvollständige Regionalisierung der unselbständig Beschäftigten.
Zellenbesetzung bei grauen Werten sehr klein.

Q: AMDB, DUK-Berechnungen.

Differenziert nach Migrationshintergrund zeigt sich, dass Männer und Frauen mit Migrationshintergrund häufiger als unselbständig Beschäftigte im landwirtschaftlichen Sektor zu finden sind und auch im Produktionssektor (etwas) höhere Beschäftigtenanteile aufweisen. Dahingegen haben vor allem Männer mit Migrationshintergrund unterdurchschnittliche Beschäftigtenanteile im Dienstleistungssektor, sowohl in Neunkirchen als auch im Niederösterreich- und Österreich-Schnitt.

Zu den wichtigsten Arbeitgebern im Bezirk Neunkirchen zählen für die männlichen Beschäftigten die Bauwirtschaft, die Metallindustrie, die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, wie auch der

Maschinenbau sowie die Möbel- und Papierindustrie. Für Frauen ist vor allem der Einzelhandel, das Gastronomie- und Beherbergungswesen sowie das Gesundheitswesen von Bedeutung. Es muss auch auf die Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst hingewiesen werden, für die allerdings auf den Arbeitsort bezogenen Auswertungen auf Bezirks- bzw. Bundeslandebene nicht vollständig möglich sind (da BVA-Versicherte nicht regional zuordenbar sind).

Daher wurde für die unselbständig Beschäftigten zusätzlich die Auswertung nach dem Wohnort durchgeführt, diese Auswertung enthält auch die BVA-Versicherten und alle unselbständig Beschäftigten sind einem Arbeitsmarktbezirk zuordenbar. Auch bei dieser Auswertung bestätigt sich, vor allem für Männer, die überdurchschnittliche Bedeutung des Produktionssektors. So waren 2009 45 % der in Neunkirchen wohnhaft beschäftigten Männer in Betrieben des Produktionssektors beschäftigt, im Niederösterreich-Schnitt waren es lediglich 38 % der Männer. Bei den Frauen bestätigt sich die Bedeutung des Dienstleistungssektors, wobei in Neunkirchen etwas mehr Frauen im Produktionssektor beschäftigt sind als im Niederösterreich- und Österreich-Schnitt.

Tabelle 17: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren im Bezirk Neunkirchen im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Wohnort)

		Neunkirchen		NÖ		Österreich	
		Frauen	*Männer*	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Primärsektor	MH (1.Gen.)	1%	2%	2%	4%	1%	2%
	Ohne MH	0%	1%	0%	1%	0%	0%
	Insgesamt	**0%**	**1%**	**1%**	**1%**	**0%**	**1%**
Produktionssektor	MH (1.Gen.)	24%	63%	16%	47%	13%	42%
	Ohne MH	16%	43%	13%	37%	13%	38%
	Insgesamt	**16%**	**45%**	**13%**	**38%**	**13%**	**39%**
Dienstleistungs-sektor	MH (1.Gen.)	75%	35%	82%	49%	86%	57%
	Ohne MH	84%	56%	87%	63%	87%	61%
	Insgesamt	**83%**	**54%**	**87%**	**61%**	**87%**	**61%**

Anmerkungen: Zellenbesetzung bei grauen Werten sehr klein.

Q: AMDB, DUK-Berechnungen.

Auf den Wohnort bezogen, verschieben sich die Beschäftigtenanteile in den Wirtschaftssektoren. Die Branchen mit den größten Beschäftigtenanteilen unter den in Neunkirchen wohnhaft Beschäftigten haben bei den Frauen der Handel, die öffentliche Verwaltung sowie das Gastronomie- und Beherbergungswesen, unter den Männern sind es die öffentliche Verwaltung, der Handel und die Bauwirtschaft.

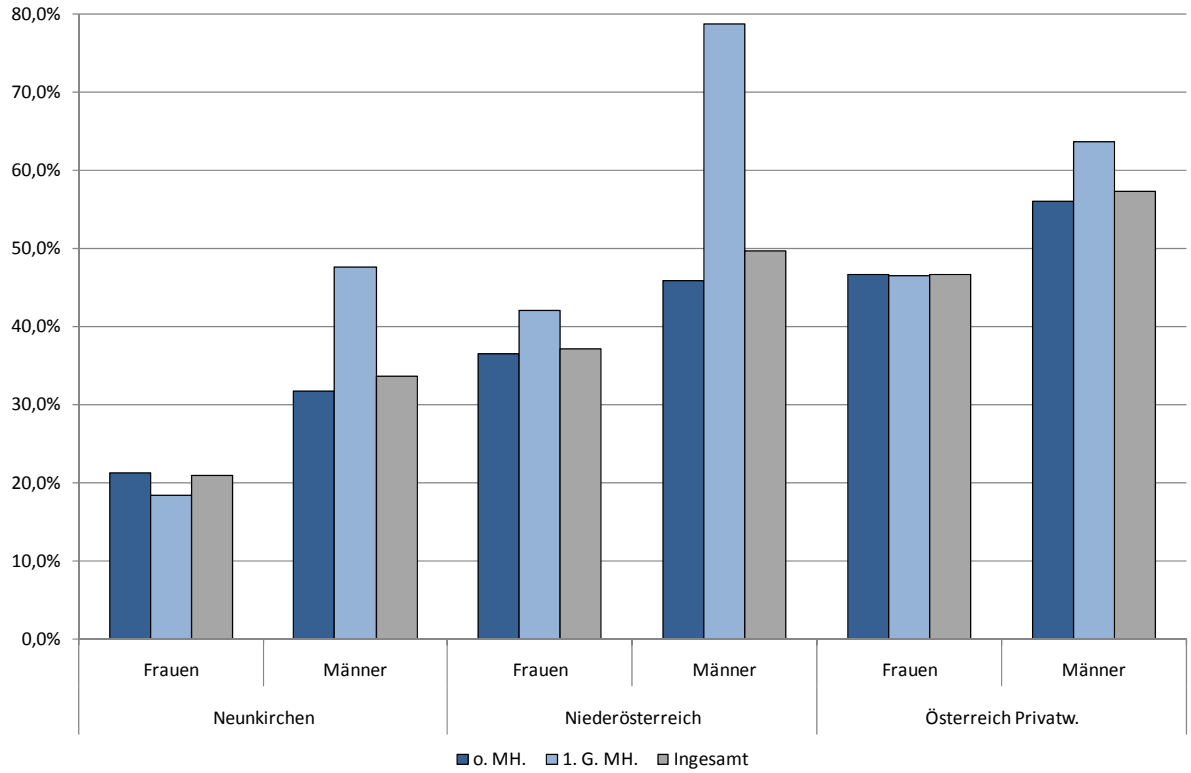
Erwerbs- und Einkommenssituation in Neunkirchen

Die Informationen aus der PendlerInnenanalyse sind für die nun folgenden Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten relevant. Während nämlich die Beschäftigten über den Arbeitsort erfasst werden, werden es Arbeitslose über den Wohnort. AuspendlerInnen zählen somit nicht zu den Beschäftigten ihres Wohnorts, sollten sie arbeitslos werden, werden sie in der Arbeitslosenstatistik des für ihren Wohnsitz zuständigen AMS erfasst, bei den EinpendlerInnen gilt umgekehrter Zusammenhang.

Das spiegelt sich in der Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten wider, die für Neunkirchen eine sehr geringe Erwerbsbeteiligung ausweist. Bei der Interpretation der Quote ist zu berücksichtigen, dass nicht alle in Niederösterreich unselbständig Beschäftigten einem

Arbeitsmarktbezirk zugeordnet werden können,[15] sowie dass in der Quote die selbständig Erwerbstätigen und die BVA-Versicherten nicht enthalten sind. Hinzu kommen die beschriebenen PendlerInnenbewegungen: Im Jahr 2004 pendelten 38 % der im Bezirk Neunkirchen wohnenden unselbständig Beschäftigten in andere Bezirke/Bundesländer aus. Beides – die Datengrundlagen, sowie die PendlerInnenbewegungen – sind bei den in Abbildung 65 dargestellten Beschäftigungsquoten für die Altersgruppe der 15-64jährigen zu berücksichtigen. Die für Neunkirchen berechneten Quoten werden dem Niederösterreich-Schnitt und dem Österreich-Schnitt („Privatwirtschaft") gegenübergestellt.

Abbildung 65: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich (alle ohne BVA-Versicherte), nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort)



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

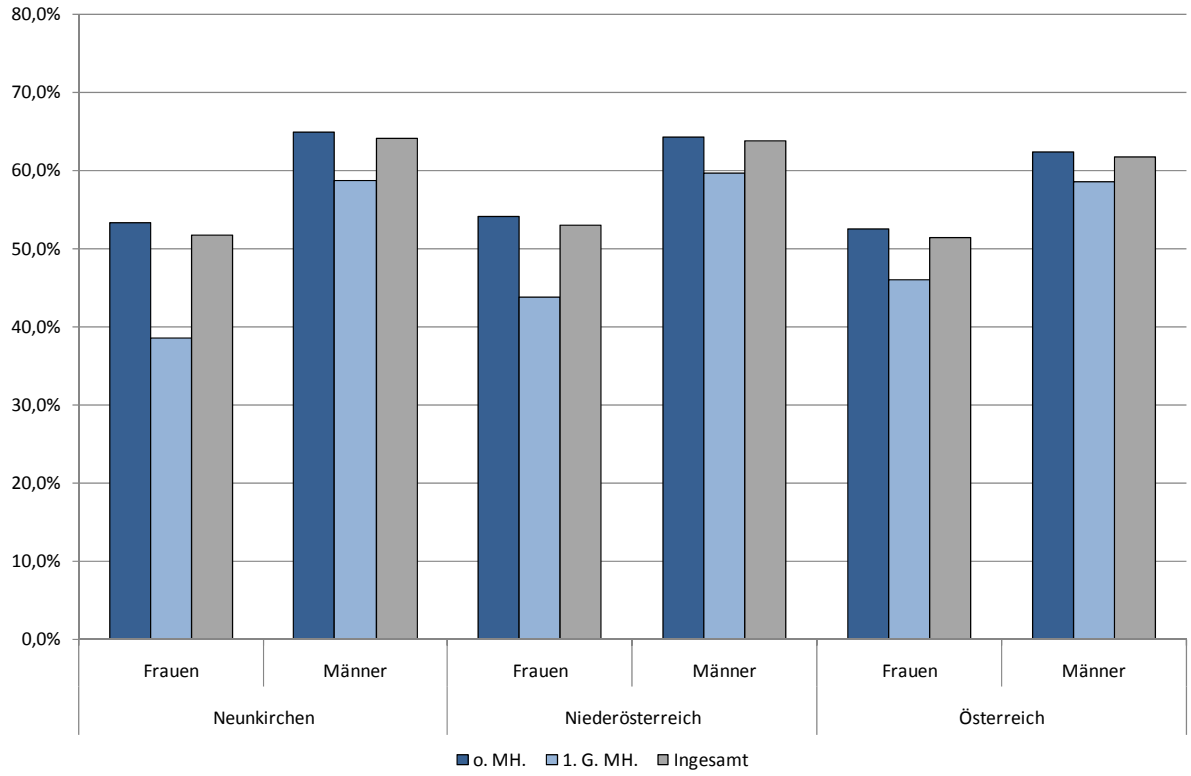
Für alle drei – Neunkirchen, Niederösterreich, Österreich – gilt, dass Männer eine höhere Erwerbsintegration als Frauen aufweisen. Die Beschäftigungsquoten Neunkirchens liegen bei den Männern und Frauen unter dem Niederösterreich- und Österreich-Schnitt. In Österreich waren 57 % der Männer im erwerbsfähigen Alter (15-64) im privatwirtschaftlichen Sektor unselbständig erwerbstätig (inkl. öffentlicher Dienst 63 %), bei den Frauen waren es 47 % (inkl. öffentlicher Dienst 52 %). In Niederösterreich lag die Beschäftigungsquote der Männer bei 50 %, die der Frauen bei 37 % – es muss beachtet werden, dass etwa jede/r vierte NiederösterreicherIn nach Wien auspendelt (Arbeiterkammer Niederösterreich 2008: 29) und diese AuspendlerInnen hier nicht enthalten sind. In

[15] 2009 war etwa ein Fünftel der unselbständig Beschäftigten in Niederösterreich nicht regional einem Arbeitsmarktbezirk zuordenbar.

Neunkirchen dahingegen lag die Beschäftigungsquote der Männer bei 33 %, jene der Frauen bei 21 % – AuspendlerInnen werden auch hier nicht erfasst, auch die Datenstruktur ist zu beachten.

Generell gilt, dass Männer mit Migrationshintergrund eine höhere Beschäftigungsquote aufweisen als Männer ohne Migrationshintergrund. Frauen mit Migrationshintergrund haben nur in Niederösterreich eine höhere Beschäftigungsquote, in Neunkirchen ist sie niedriger, im Österreich-Schnitt zeigen sich keine Unterschiede.

Abbildung 66: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort)



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Die Ergebnisse der PendlerInnen-Analyse wie auch die Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten verdeutlichen, dass der Bezirk Neunkirchen seiner Wohnbevölkerung nicht ausreichend Arbeitsmöglichkeiten bieten kann und Teile der Wohnbevölkerung zur Sicherung des Lebensunterhalts außerhalb des Bezirks einer Beschäftigung nachgehen. Um ein vollständigeres Bild von der Erwerbs- und Einkommenssituation der Bevölkerung Neunkirchens zu erlangen, wurde daher eine alternative Auswertung gewählt: Die unselbständig Beschäftigten wurden auf den Wohnort bezogen ausgewertet (= wohnhaft Beschäftigte) und dann der Wohnbevölkerung gegenübergestellt. Bei dieser Auswertung sind alle unselbständig Beschäftigten bis auf Bezirksebene zuordenbar, das heißt auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst (BVA-Versicherte) sind enthalten, die unselbständig Beschäftigten auf Bezirksebene sind vollständig zugeordnet. Hier bestehen, wie Abbildung 67 zeigt, wesentlich geringere Unterschiede zwischen dem Bezirks-, Bundesland- und Österreich-Schnitt: Während die Beschäftigungsquote im Österreich-Schnitt bei den Männern 61,8 % und bei den Frauen bei 51,4 % betrug, waren in Niederösterreich 63,8 % der männlichen und 52,9 % der weiblichen Wohnbevölkerung unselbständig erwerbstätig. Neunkirchen war mit 64,1 % bei den

Männern leicht überdurchschnittlich, die Frauen lagen mit 51,7 % zwischen dem Niederösterreich- und Österreich-Schnitt.

Im Gegensatz zur Arbeitsbevölkerung (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort) hat die Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund niedrigere Beschäftigungsquoten, das hat u.a. damit zu tun, dass Saisonkräfte und ErntehelferInnen zeitlich befristet in Österreich arbeiten und ihren Wohnsitz im Ausland haben, gleiches gilt für grenzüberschreitende Tages- und WochenpendlerInnen. Die Beschäftigungsquote der Männer mit Migrationshintergrund liegt in Neunkirchen mit 58,7 % ähnlich hoch wie im Niederösterreich- und Österreich-Schnitt (59,6 % bzw. 58,6 %), die Frauen mit Migrationshintergrund weisen dahingegen in Neunkirchen eine unterdurchschnittliche Erwerbsintegration auf – nur 38,6 % von ihnen gehen einer unselbständigen Erwerbstätigkeit nach, im Niederösterreich-Durchschnitt sind es 43,9 %, im Österreich-Schnitt sogar 46,1 %.

Auch beim zweiten Arbeitsmarktindikator, der Arbeitslosenquote, sind die angesprochenen PendlerInnenbewegungen zu beachten, da AuspendlerInnen als unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort erfasst werden, sich bei Arbeitslosigkeit aber bei dem für ihren Wohnort zuständigen AMS melden. Wie bereits ausgeführt, zeichnet sich Neunkirchen nach wie vor durch eine auf den Produktionssektor konzentrierte Wirtschaftsstruktur aus, der tertiäre Sektor ist unterentwickelt. Als traditionelle Industrieregion ist Neunkirchen daher besonders vom wirtschaftlichen Strukturwandel und dem damit verbundenen Abbau von Industriearbeitsplätzen betroffen. Das zeigt sich an den angesprochenen hohen AuspendlerInnenzahlen ebenso wie an der im Niederösterreich-Vergleich überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote. Die hier abgebildete Arbeitslosenquote stellt den Anteil der Arbeitslosen an den unselbständig Beschäftigten und Arbeitslosen dar, es gilt das Lebensunterhaltsprinzip (geringfügig Beschäftigte werden nicht berücksichtigt).[16] Wie im Fall der Beschäftigungsquoten wurden auch zwei Arbeitslosenquoten berechnet: Die in Abbildung 67 dargestellten Arbeitslosenquoten wurden mit den unselbständig Beschäftigten, die den Arbeitsort in Neunkirchen/Niederösterreich/Österreich haben („Arbeitsbevölkerung“), berechnet; dahingegen die Arbeitslosenquoten in Abbildung 68 mit den unselbständig Beschäftigten mit Wohnort Neunkirchen/Niederösterreich/Österreich („wohnhaft Beschäftigte“).

Die beiden Auswertungen fallen unterschiedlich aus – die Auswertungen auf den Arbeitsort bezogen liefern höhere Quoten, das erklärt sich u.a. damit, dass die BVA-Versicherten nicht enthalten sind und auf Bezirksebene (Neunkirchen) nicht alle dem Bundesland Niederösterreich zugeordneten unselbständig Beschäftigten auch einem Arbeitsmarktbezirk zugeordnet werden können. Zusätzlich sind die Pendelbewegungen zu berücksichtigen, Niederösterreich und der Bezirk Neunkirchen haben einen negativen PendlerInnensaldo zu verzeichnen – die Arbeitsbevölkerung ist kleiner als die Zahl der wohnhaft Beschäftigten.

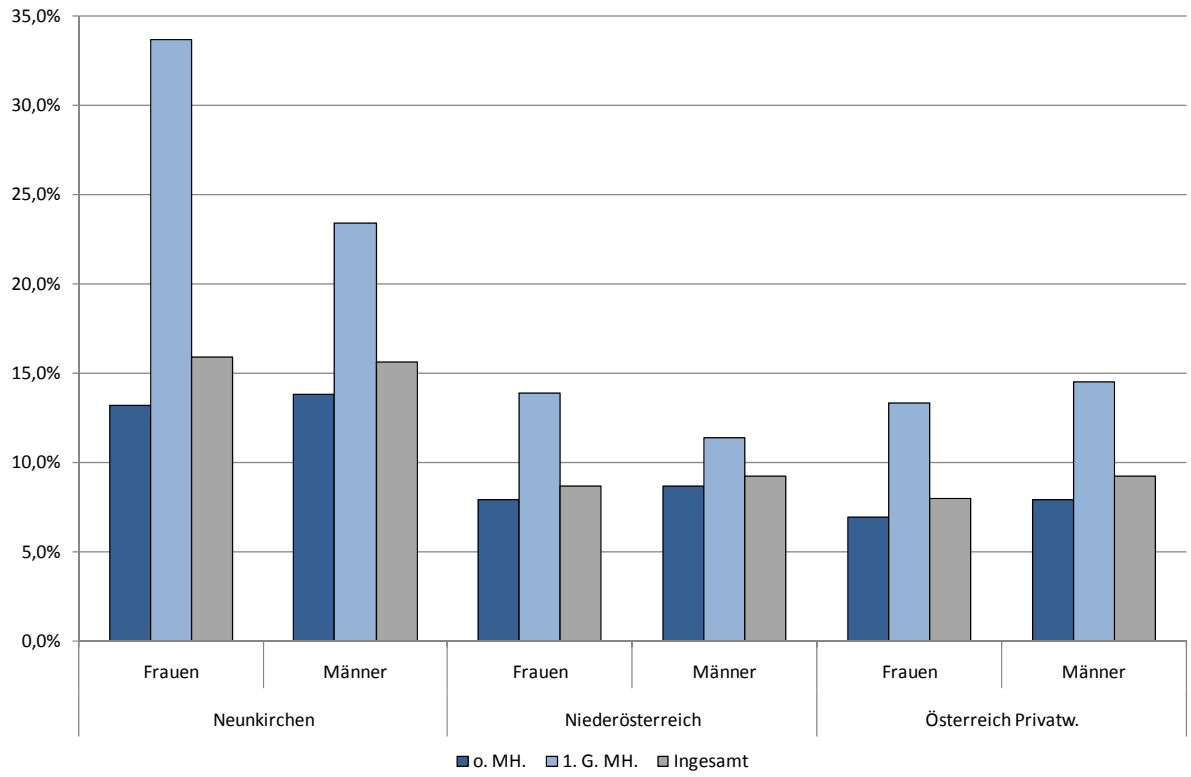
Nach beiden Berechnungsmethoden liegt die Männerarbeitslosigkeit in Neunkirchen mit 15,6 % (Arbeitsort) bzw. 8,9 % (Wohnort) über dem Niederösterreich- (9,2 % bzw. 7,3 %) und Österreich-

[16] Wiederholt wird darauf hingewiesen, dass die BVA-Versicherten nicht enthalten sind, sowie dass nicht alle auf Bundeslandebene erfassten unselbständig Beschäftigten einem Arbeitsmarktbezirk zugeordnet werden können. Letzteres bedeutet, dass ein Teil der im Vergleich zu Niederösterreich/Österreich höheren Arbeitslosenquote im Bezirk Neunkirchen auf die Datenstruktur zurückzuführen ist.

Schnitt (9,2 % bzw. 8,6 %). Auch die Frauenarbeitslosigkeit liegt in Neunkirchen mit 15,9 % (Arbeitsort) bzw. 7,1 % (Wohnort) höher als im Niederösterreich-Schnitt von 8,7 % bzw. 6,3 %. Gegenüber dem Österreich-Schnitt von 8,0 % (Arbeitsort) bzw. 7,3 % (Wohnort) liegt die Frauenarbeitslosigkeit in Neunkirchen auf den Arbeitsort bezogen merklich darüber, auf den Wohnort bezogen zeigen sich keine ausgeprägten Unterschiede. Die Differenzierung nach Migrationshintergrund verdeutlicht, dass MigrantInnen überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind – in Neunkirchen wie auch im Niederösterreich- und Österreich-Schnitt.

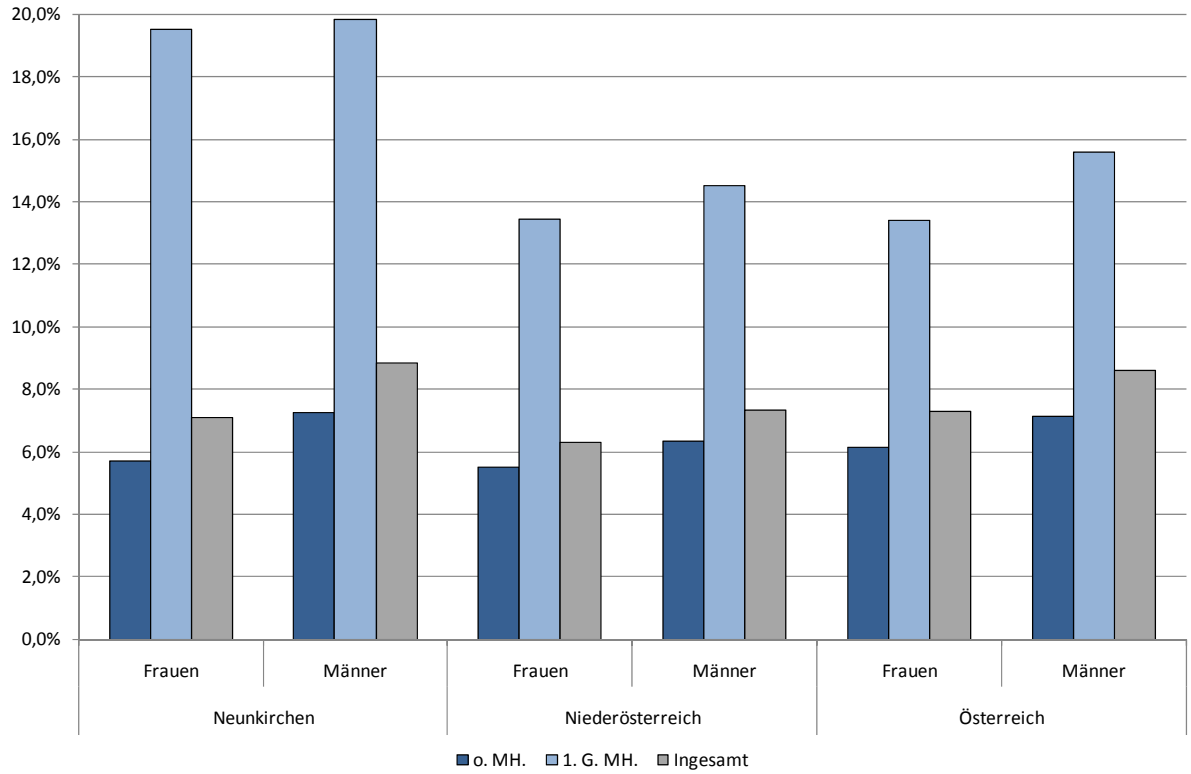
Abbildung 67 und Abbildung 68 zeigen die Situation im Jahr 2009, in dem die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auch am Arbeitsmarkt spürbar wurden: Bezogen auf die wohnhaft Beschäftigten (Arbeitslosenquote in Abbildung 68) waren 2008 im Österreich-Schnitt 6,7 % der Männer und 6,5 % der Frauen als arbeitslos gemeldet, hier erhöhte sich der Anteil bei den Männern auf 8,6 % 2009 und bei den Frauen auf 7,3 %. In Niederösterreich stieg die Arbeitslosenquote der Männer 2009 gegenüber 2008 von 5,5 % auf 7,3 %, jene der Frauen von 5,6 % auf 6,3 %. In Neunkirchen stieg die Arbeitslosenquote der Männer gegenüber 2008 von 6,6 % auf 8,9 %, jene der Frauen von 5,9 % auf 7,1 %.

Abbildung 67: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort, alle ohne BVA-Versicherte)



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Abbildung 68: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort)



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Zur Einkommenssituation in Neunkirchen wird auf Daten aus dem niederösterreichischen Statistischen Handbuch zurückgegriffen, das Angaben zu den durchschnittlichen Bruttojahresbezügen nach sozialer Stellung für die niederösterreichischen Verwaltungsbezirke enthält. In Tabelle 18 werden diese für die Wohnbevölkerung Neunkirchens dem Niederösterreich-Durchschnitt gegenübergestellt. Im Gesamtdurchschnitt lagen die Brutto-Jahresbezüge 2007 bei 92 % des Niederösterreich-Schnitts. Lehrlinge und ArbeiterInnen schnitten gegenüber dem Niederösterreich-Schnitt etwas besser ab. Angestellte verdienten dahingegen merklich (9,7 %) weniger als im Bundesland-Durchschnitt, auch PensionistInnen hatten in Neunkirchen weniger Einkommen zur Verfügung als im Niederösterreich-Schnitt, ebenso die Vertragsbediensteten. Die BeamtInnen lagen im Bundesland-Schnitt.

Tabelle 18: Durchschnittliche Brutto-Jahresbezüge 2007 nach sozialer Stellung im Bezirk Neunkirchen und in Niederösterreich

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Lehrlinge	ArbeiterInnen	Angestellte	BeamtInnen	Vertragsbed.	Pensionist.
Neunkirchen in Euro	26.121	9.199	24.981	36.055	45.715	28.248	18.743
Neunkirchen in % des NÖ-Schnitts	92,0%	101,6%	101,5%	90,3%	100,3%	95,1%	94,6%
NÖ-Schnitt in Euro	28.401	9.057	24.607	39.928	45.571	29.704	19.803

Anmerkung: Es wurden nur Lohnsteuerzahlende mit mehr als 334 Tagen Beschäftigung berücksichtigt.

Q.: Statistisches Handbuch des Landes Niederösterreich 2009, S. 296.

2.4.3. Der Arbeits- und Wirtschaftsraum im Großraum Schwechat

Der Großraum Schwechat ist im Gegensatz zu Neunkirchen kein eigener politischer Bezirk, sondern Teil von Wien-Umgebung, zu dem neben Schwechat und seinen umliegenden Gemeinden auch einige

Gemeinde nordwestlich bzw. nördlich von Wien gehören (u.a. Klosterneuburg, Gerasdorf, Purkersdorf, Pressbaum). In der Arbeitsmarktdatenbank wird Schwechat als eigener Arbeitsmarktbezirk geführt. Das heißt, AMDB-Auswertungen konnten auch für den Großraum Schwechat durchgeführt werden, bei den sekundärstatistischen Quellen musste auf Daten für den Bezirk Wien-Umgebung zurückgegriffen werden. Wenn nachfolgend die Kurzbezeichnung „Schwechat" verwendet wird, so ist damit der Arbeitsmarktbezirk Schwechat gemeint.

Schwechat zählt, gemessen an der Zahl unselbständig Beschäftigter, mit einem Anteil von 5 % (2009) zu den größeren niederösterreichischen Arbeitsmarktbezirken.[17] Während 2009 etwa ein Fünftel der in Schwechat unselbständig Beschäftigten einen Migrationshintergrund hatte, waren es im Niederösterreich-Durchschnitt 15,9 %. Österreichweit lag 2009 der MigrantInnenanteil unter den unselbständig Beschäftigten in der Privatwirtschaft bei 17,7 % (bzw. inkl. öffentlicher Dienst 16,5 %).

Bezogen auf die wohnhaft Beschäftigten liegt Schwechat im Mittelfeld – 3,4 % der unselbständig Beschäftigten, die 2009 in Niederösterreich wohnten, waren dem Arbeitsmarktbezirk Schwechat zugeordnet. Im Vergleich zur Arbeitsbevölkerung ist der MigrantInnenanteil unter den in Schwechat wohnhaften unselbständig Beschäftigten mit 16,6 % geringer, auch im Niederösterreich-Schnitt ist mit 10,1 % der MigrantInnen-Anteil unter den wohnhaft Beschäftigten geringer.

Die Auswertung der unselbständig Beschäftigten nach Arbeits- und Wohnort weisen darauf hin, dass Schwechat eine EinpendlerInnen-Region darstellt. Für Schwechat liegen keine eigenen PendlerInnen-Analysen vor, es wird daher auf die Ergebnisse für den Bezirk Wien-Umgebung zurückgegriffen. Die Arbeiterkammer-Analyse für das Jahr 2004 (vgl. Arbeiterkammer NÖ 2008) weist insgesamt für das Industrieviertel eine starke Verflechtung zwischen den Bezirken sowie mit den angrenzenden Bundesländern nach. Während der PendlerInnensaldo für das Industrieviertel insgesamt negativ ausfällt, zählte der Bezirk Wien-Umgebung mehr EinpendlerInnen als AuspendlerInnen. Eine Darstellung der GesamtpendlerInnenströme im Industrieviertel findet sich in Kapitel 2.4.1/Abbildung 63 (S. 76).

Der Bezirk Wien-Umgebung hatte 2004 einen positiven PendlerInnensaldo: Während 23.000 ArbeitnehmerInnen in andere Bezirke/Bundesländer auspendelten, pendelten mehr als 30.000 ArbeitnehmerInnen nach Wien-Umgebung ein. Die größte Bedeutung als Arbeitsort kommt unter den AuspendlerInnen Wien zu, 82 % pendelten in die Bundeshauptstadt, etwa 6 % nach Mödling. Die Verflechtung mit Wien ist auch in die Gegenrichtung stark, mehr als 51 % der EinpendlerInnen stammen aus Wien. Auch für Bruck/Leitha (9 %), das Burgenland (7 %) und Tulln (5 %) ist Wien-Umgebung eine wichtige Arbeitsregion, von dort stammten zusammen mehr als 20 % der EinpendlerInnen. (vgl. Arbeiterkammer Niederösterreich 2008: 36)

Wirtschaftsstruktur im Großraum Schwechat

Der Großraum Schwechat stellt gegenüber Neunkirchen einen gänzlich anderen Regionaltypus dar: Schwechat und die umliegenden Gemeinden liegen im „Wiener Speckgürtel", der von stetigen Zuzug, vor allem aus dem Inland, gekennzeichnet ist. Abbildung 16 in Kapitel 2.1.2 (S. 29) (Binnen-

[17] Es wird wieder darauf hingewiesen, dass nicht alle unselbständig Beschäftigten einem Arbeitsmarktbezirk zugeordnet werden können, in Niederösterreich waren es 2009 19,5 %.

/Außenwanderungsalden für 2002/2008) veranschaulicht die Bevölkerungsgewinne des Bezirks Wien-Umgebung zwischen 2002 und 2008, die vor allem auf Binnenzuwanderung (z.B WienerInnen, die „in der Stadt arbeiten, aber im Grünen wohnen wollen“) zurückzuführen ist, aber auch der Außenwanderungssaldo war für Wien-Umgebung im betrachteten Zeitraum positiv – mehr Personen wanderten aus dem Ausland zu, als ins Ausland abwanderten.

Die Auswertung der unselbständig Beschäftigten (im Arbeitsmarktbezirk Schwechat) nach Wirtschaftssektoren zeigt die Bedeutung des Dienstleistungssektors, die vor allem unter den Männern überdurchschnittlich ist. Lag der Anteil des Dienstleistungssektors unter den Männern in der Privatwirtschaft in Österreich insgesamt bei 57 %, so waren etwa drei Viertel der in Schwechat unselbständig beschäftigten Männer im Dienstleistungssektor tätig. Auch bei den Frauen liegt der Dienstleistungsanteil über dem Österreich-Schnitt. Auch unter den MigrantInnen dominiert in Schwechat der Dienstleistungssektor, im Vergleich zu den Einheimischen hat allerdings der Produktionssektor als Arbeitgeber größere Bedeutung.

Tabelle 19: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Schwechat im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Arbeitsort)

		Schwechat		**NÖ**		**Ö. Privatwirtschaft**		**Ö. insgesamt**	
		Frauen	***Männer***	**Frauen**	**Männer**	**Frauen**	**Männer**	**Frauen**	**Männer**
Primärsektor	MH (1.Gen.)	1%	1%	3%	4%	1%	2%	1%	2%
	Ohne MH	0%	0%	1%	1%	0%	0%	0%	0%
	Insgesamt	**0%**	**0%**	**1%**	**1%**	**1%**	**1%**	**0%**	**1%**
Produktionssektor	MH (1.Gen.)	14%	29%	17%	46%	13%	42%	13%	41%
	Ohne MH	11%	21%	16%	45%	14%	43%	13%	38%
	Insgesamt	**11%**	**23%**	**16%**	**45%**	**14%**	**43%**	**13%**	**39%**
Dienstleistungs-sektor	MH (1.Gen.)	85%	70%	80%	51%	85%	56%	86%	57%
	Ohne MH	89%	79%	83%	54%	85%	57%	87%	61%
	Insgesamt	**88%**	**77%**	**83%**	**53%**	**85%**	**57%**	**87%**	**60%**

Anmerkungen:
Schwechat und NÖ ohne öffentlicher Dienst.
Auf Bezirksebene (hier Schwechat) unvollständige Regionalisierung der unselbständig Beschäftigten.
Zellenbesetzung bei grauen Werten sehr klein.

Q: AMDB, DUK-Berechnungen.

Da bei der Auswertung nach Arbeitsort die BVA-Versicherten nicht enthalten sind, sowie auf Bezirksebene nicht alle im Bundesland unselbständig Beschäftigten einem Arbeitsmarktbezirk zugeordnet werden können, wurde auch die alternative Auswertung nach den in Schwechat/Niederösterreich/Österreich wohnhaften unselbständig Beschäftigten gemacht. Bei dieser Auswertung sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst enthalten, alle unselbständig Beschäftigten können auf Bezirksebene zugeordnet werden. Zu beachten gilt, dass bei der Auswertung nach Arbeitsort der Fokus auf den Arbeitsplätzen in der Region liegt, während mit der Auswertung nach Wohnort die Beschäftigungssituation der Wohnbevölkerung untersucht werden kann.

Auch unter der Wohnbevölkerung Schwechats zeigt sich die Bedeutung des Dienstleistungssektors. Während sich die Anteile bei den Frauen nur sehr geringfügig ändern, hat für die in Schwechat wohnhaft beschäftigten Männer der Produktionssektors eine größere Bedeutung, vor allem unter Männern mit Migrationshintergrund. Im Niederösterreich-Schnitt zeigt sich hingegen, dass der

Produktionssektor unter den wohnhaft Beschäftigten einen geringeren Stellenwert hat, das gilt vor allem für Männer ohne Migrationshintergrund.

Tabelle 20: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Schwechat im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Wohnort)

		Schwechat		NÖ		Österreich	
		Frauen	***Männer***	**Frauen**	**Männer**	**Frauen**	**Männer**
Primärsektor	MH (1.Gen.)	1%	2%	2%	4%	1%	2%
	Ohne MH	0%	0%	0%	1%	0%	0%
	Insgesamt	**0%**	**1%**	**1%**	**1%**	**0%**	**1%**
Produktionssektor	MH (1.Gen.)	16%	40%	16%	47%	13%	42%
	Ohne MH	11%	27%	13%	37%	13%	38%
	Insgesamt	**12%**	**30%**	**13%**	**38%**	**13%**	**39%**
Dienstleistungs-sektor	MH (1.Gen.)	82%	57%	82%	49%	86%	57%
	Ohne MH	89%	72%	87%	63%	87%	61%
	Insgesamt	**88%**	**70%**	**87%**	**61%**	**87%**	**61%**

Anmerkungen: Zellenbesetzung bei grauen Werten sehr klein.

Q: AMDB, DUK-Berechnungen.

Zu den wichtigsten Arbeitgebern (bezogen auf den Arbeitsort) zählt in Schwechat allen voran der Wirtschaftsabschnitt Verkehr (Luftfahrt, Dienstleistungen für den Verkehr, Landverkehr). An zweiter Stelle unter den Beschäftigern stehen Arbeitskräfteüberlasser – mehr als 10 % der dem Arbeitsmarktbezirk Schwechat zugeordneten unselbständig Beschäftigten waren über Arbeitskräfteüberlasser beschäftigt. Bei den Frauen sind weiters die Sektoren Wach-/Sicherheitsdienste, Handel sowie Gastronomie von Bedeutung, bei den Männern die Bauwirtschaft und die chemische Industrie. Für die in Schwechat wohnhaften Beschäftigten sind für die Männer das Verkehrswesen, der Handel, die öffentliche Verwaltung sowie die Bauwirtschaft die wichtigsten Arbeitgeber, bei den Frauen ist es vor allem die öffentliche Verwaltung und der Handel sowie auch das Verkehrswesen.

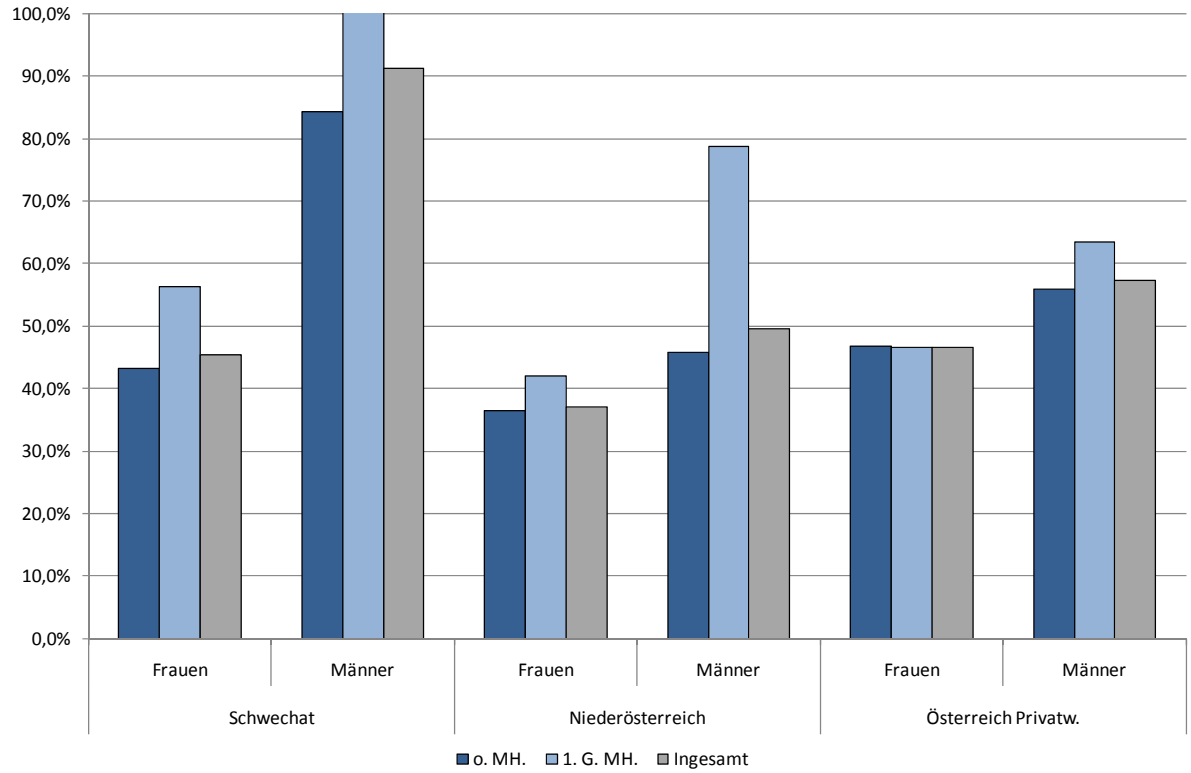
Erwerbs- und Einkommenssituation im Großraum Schwechat

Die Informationen aus der PendlerInnenanalyse sind wiederum für die Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten relevant. Auch für Schwechat wurden die Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten sowie die Arbeitslosenquote bezogen auf den Arbeitsort sowie auf den Wohnort der unselbständig Beschäftigten berechnet. Neben der Datengrundlage (betrifft Arbeitsort) ist auch die beschriebene PendlerInnendynamik zu beachten: Von den im Jahr 2004 in Wien-Umgebung wohnhaft Beschäftigten hatten 67 % ihren Arbeitsort nicht in Wien-Umgebung; von der Arbeitsbevölkerung pendelten 73 % aus anderen Bezirken/Bundesländern in den Bezirk Wien-Umgebung ein.

Auch für Schwechat gilt (Abbildung 69), Männer weisen eine höhere Erwerbsintegration als Frauen auf. Schwechat hat bei den Männern im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich deutlich höhere Beschäftigungsquoten, auch jene der Frauen liegt über dem Niederösterreich-Schnitt sowie nahe am Österreichdurchschnitt (Privatwirtschaft). Männer mit Migrationshintergrund haben durchgängig höhere Beschäftigungsquoten als jene ohne Migrationshintergrund, gleiches gilt für die Frauen mit Migrationshintergrund in Schwechat und in Niederösterreich. Bei den Beschäftigungs-quoten für Niederösterreich muss berücksichtigt werden, dass etwa jede/r vierte Nieder-

österreicherIn nach Wien auspendelt (Arbeiterkammer Niederösterreich 2008: 29) und diese AuspendlerInnen hier nicht enthalten sind.

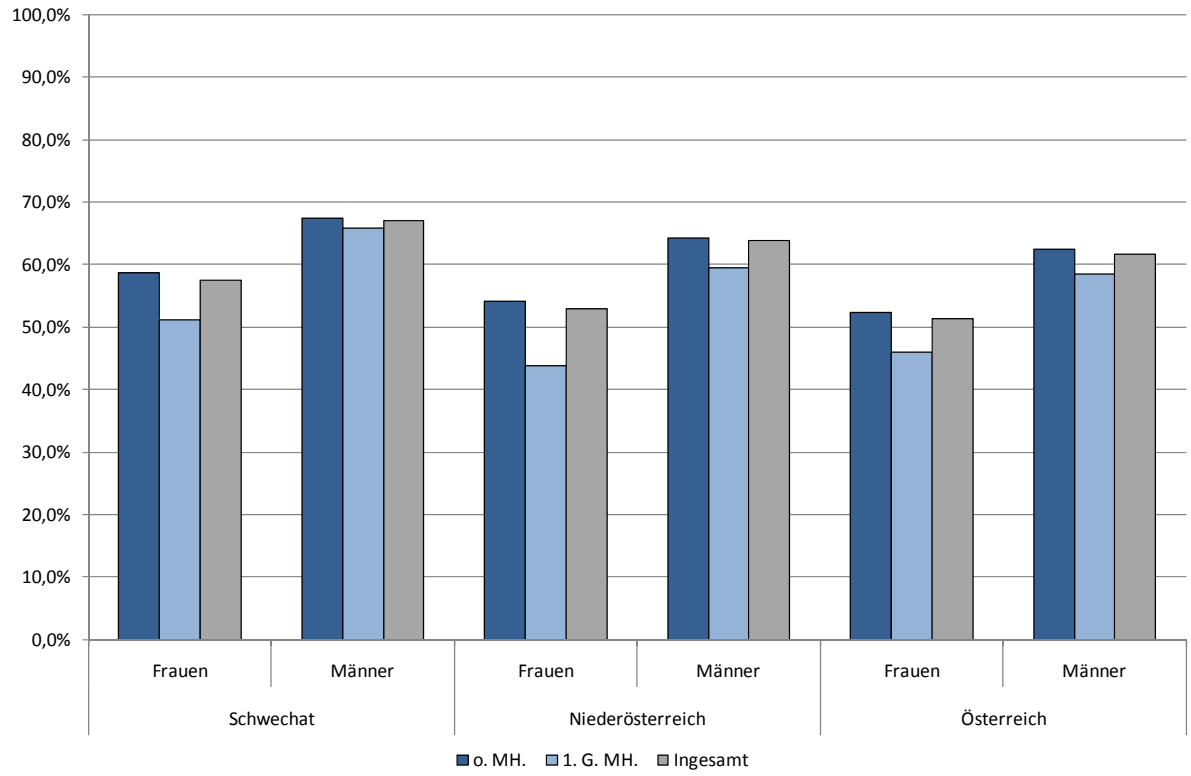
Abbildung 69: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 in Schwechat, in Niederösterreich und Österreich (alle ohne BVA-Versicherte), nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort)



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

In Abbildung 70 werden die wohnhaft Beschäftigten (in Abbildung 69 ist es die Arbeitsbevölkerung) der Wohnbevölkerung in Schwechat, Niederösterreich und Österreich gegenübergestellt. Bei dieser Auswertung sind alle unselbständig Beschäftigten bis auf Bezirksebene zuordenbar, das heißt auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind enthalten, die unselbständig Beschäftigten auf Bezirksebene sind vollständig zugeordnet. Wie im Fall von Neunkirchen zeigen sich auch für Schwechat geringere Unterschiede zum Bundesland- und Österreich-Schnitt: Während die Beschäftigungsquote im Österreich-Schnitt bei den Männern 61,8 % und bei den Frauen 51,4 % betrug, waren in Niederösterreich 63,8 % der männlichen und 52,9 % der weiblichen Wohnbevölkerung unselbständig erwerbstätig. Schwechat liegt mit 67,1 % bei den Männern und 57,5 % bei den Frauen über diesen Durchschnitten.

Abbildung 70: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 in Schwechat, in Niederösterreich und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort)



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Im Gegensatz zur Arbeitsbevölkerung (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort) hat die Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund niedrigere Beschäftigungsquoten, das hat ua. damit zu tun, dass Saisonkräfte und ErntehelferInnen zeitlich befristet in Österreich arbeiten und ihren Wohnsitz im Ausland haben, gleiches gilt für grenzüberschreitende Tages- und WochenpendlerInnen. Im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich ist die Beschäftigungsquote der Männer mit Migrationshintergrund in Schwechat mit 65,8 % überdurchschnittlich hoch (58,6 % bzw. 59,6 %), auch die Migrantinnen weisen in Schwechat eine überdurchschnittliche Erwerbsintegration auf (51,1 % in Schwechat, 43,9 % in NÖ, 46,1 % in Österreich).

Auch der zweite Arbeitsmarktindikator, die Arbeitslosenquote, wurde zum einen mit der Arbeitsbevölkerung[18] und zum anderen mit den wohnhaft Beschäftigten[19] berechnet. Die Arbeitslosenquote stellt den Anteil der Arbeitslosen an den unselbständig Beschäftigten und Arbeitslosen dar, es gilt das Lebensunterhaltsprinzip (geringfügig Beschäftigte werden nicht berücksichtigt).

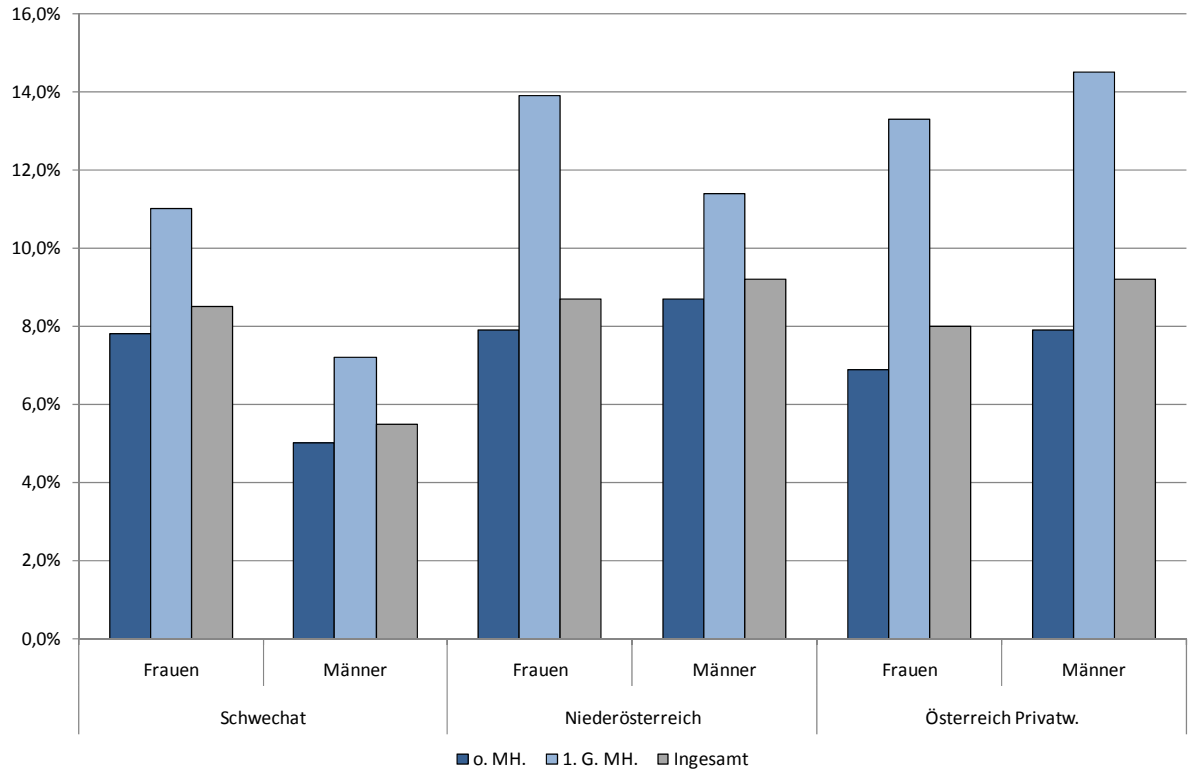
Nach Arbeitsort der unselbständig Beschäftigten berechnet, liegen (bis auf die Männer in Schwechat) die Arbeitslosenquoten höher. Wie wiederholt angesprochen, ist zu berücksichtigen, dass bei der

[18] Unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort Schwechat/Niederösterreich/Österreich, alle ohne BVA-Versicherte, unvollständige Regionalisierung der unselbständig Beschäftigten auf Bezirksebene.

[19] Unselbständig Beschäftigte mit Wohnort Schwechat/Niederösterreich/Österreich.

Arbeitsbevölkerung die BVA-Versicherten nicht enthalten sind, sowie auf Bezirksebene nicht alle unselbständig Beschäftigten zugeordnet werden können.

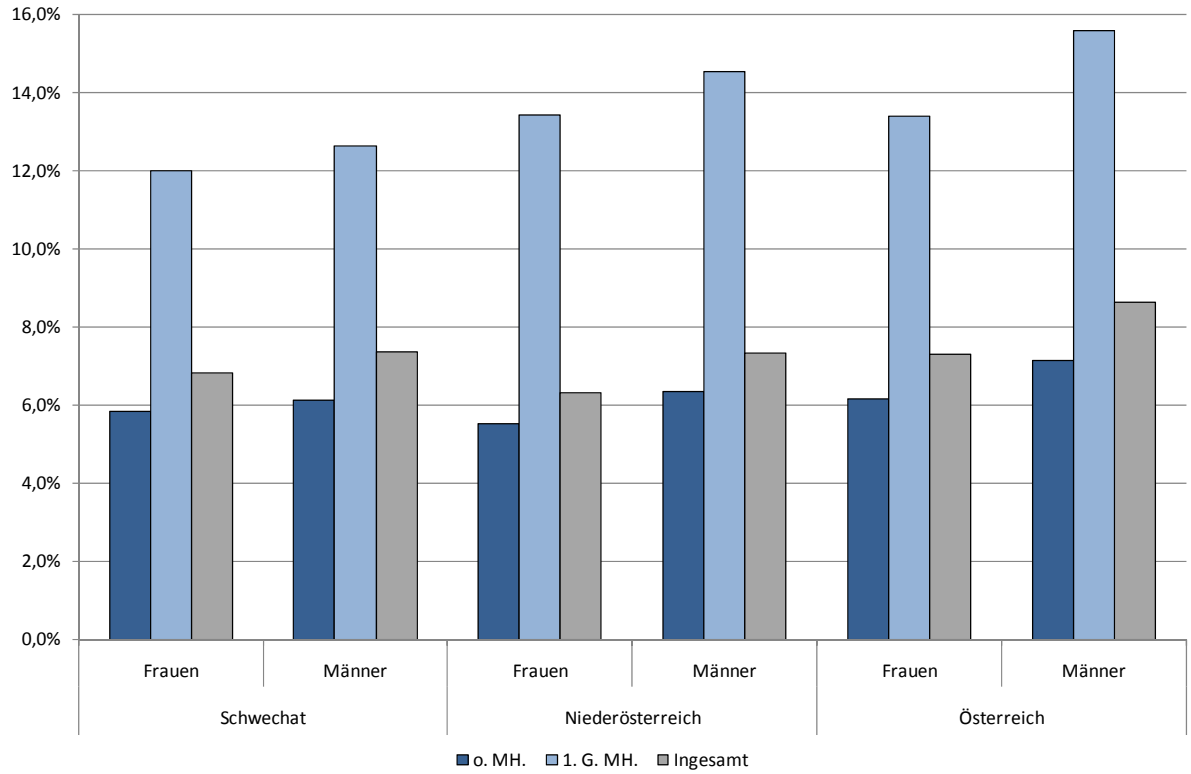
Abbildung 71: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 in Schwechat, in Niederösterreich und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort, ohne BVA-Versicherte)



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Auf den Arbeitsort bezogen (Abbildung 71) verzeichnet Schwechat unter den Männern eine günstigere Arbeitsmarktlage als der Bundesland- und Österreich-Schnitt. Demnach lag die Männerarbeitslosigkeit in Schwechat bei 5,5 % gegenüber 9,2 % in Niederösterreich und Österreich (Privatwirtschaft). Bei der Frauenarbeitslosigkeit liegt Schwechat mit 8,5 % ähnlich dem Niederösterreich-Schnitt (8,7 %), aber über dem Österreich-Schnitt (8 %). Die Auswertung mit den wohnhaft Beschäftigten ändert das Bild (Abbildung 72). So kann Niederösterreich niedrigere Arbeitslosenquoten als der Österreich-Schnitt verzeichnen, Schwechat liegt bei den Männer im Niederösterreich-Schnitt, die Frauenarbeitslosigkeit liegt höher als im Bundesland-Schnitt aber unter dem Österreich-Schnitt. Abbildung 72 zeigt die Situation im Jahr 2009 als die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auch am Arbeitsmarkt spürbar wurden: Waren 2008 im Österreich-Schnitt (Privatwirtschaft) 6,7 % der Männer und 6,5 % der Frauen als arbeitslos gemeldet, erhöhte sich der Anteil bei den Männern auf 8,6 % 2009 und bei den Frauen auf 7,3 %. In Niederösterreich stieg 2009 die Arbeitslosenquote der Männer gegenüber 2008 von 5,5 % auf 7,3 %, jene der Frauen von 5,6 % auf 6,3 %. In Schwechat lag die Arbeitslosenquote der Männer 2009 bei 7,3 % (2008 5,9 %), die der Frauen bei 6,8 % (2008 5,6 %). Auch hier zeigt sich, dass Männer und Frauen mit Migrationshintergrund in stärkerem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Abbildung 72: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 in Schwechat, in Niederösterreich und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort)



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Zur Einkommenssituation in Schwechat wird auf Daten aus dem niederösterreichischen Statistischen Handbuch zurückgegriffen, wobei hier wiederum nur der Bezirk Wien-Umgebung betrachtet werden kann. In Tabelle 21 sind die durchschnittlichen Bruttojahresbezüge nach sozialer Stellung im Bezirk Wien-Umgebung dem Niederösterreich-Schnitt gegenübergestellt.

Die Einkommensdaten bestätigen die Erwartungen an den im Wiener „Speckgürtel" gelegenen Bezirk Wien-Umgebung. Insgesamt lagen 2007 die Brutto-Jahresbezüge hier um 19 % höher als im niederösterreichischen Gesamtdurchschnitt. Vor allem die Angestellten und PensionistInnen zählten mit 118,3 % bzw. 116,6 % des NÖ-Durchschnitts zu den Besserverdienenden. Auch die Einkünfte der im Bezirk Wien-Umgebung wohnhaften ArbeiterInnen, BeamtInnen und Vertragsbediensteten lagen etwas über dem Bundesland-Schnitt, die Einkünfte der Lehrlinge waren dahingegen etwas unterdurchschnittlich.

Tabelle 21: Durchschnittliche Brutto-Jahresbezüge 2007 nach sozialer Stellung im Bezirk Wien-Umgebung und in Niederösterreich

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Lehrlinge	ArbeiterInnen	Angestellte	BeamtInnen	Vertragsbed.	Pensionist.
Wien-Umgebung in Euro	33.811	8.749	25.171	47.228	48.143	30.507	23.094
Wien-Umgebung in % des NÖ-Schnitts	119,0%	96,6%	102,3%	118,3%	105,6%	102,7%	116,6%
NÖ-Schnitt in Euro	28.401	9.057	24.607	39.928	45.571	29.704	19.803

Anmerkung: Es wurden nur Lohnsteuerzahlende mit mehr als 334 Tagen Beschäftigung berücksichtigt.

Q.: Statistisches Handbuch des Landes Niederösterreich 2009, S. 296.

2.4.4. Der Arbeits- und Wirtschaftsraum des Bezirks Lienz (Osttirol)

Tirol zählte 2009 in der Altersgruppe 15-64 in der Privatwirtschaft mehr als 252.000 unselbständig Beschäftigte (ca. 113.000 Frauen, 139.000 Männer), was etwa 8,8 % der unselbständigen Beschäftigung in der Privatwirtschaft in Österreich entsprach. Selbständig erwerbstätig (Altersgruppe 15-64) waren in Tirol im Jahresdurchschnitt 2009 mehr als 35.000 Personen (davon 23.000 Männer und 12.000 Frauen), das entspricht einem Anteil von 9 % an der selbständigen Beschäftigung in Österreich.

Gemessen an der unselbständigen Beschäftigung zählt Lienz/Osttirol zu den kleinsten Tiroler Arbeitsmarktbezirken – 2009 waren 4,3 % der unselbständig Beschäftigten in Tirol dem Bezirk Lienz zugeordnet, nur Reutte hatte einen noch kleineren Anteil, den mit Abstand größten Anteil an den unselbständig Beschäftigten nahm Innsbruck ein.[20] Beim Anteil der MigrantInnen an den unselbständig Beschäftigten weicht Lienz markant vom Landes- wie auch vom Österreich-Schnitt ab. Während 2009 der MigrantInnenanteil an den in Österreich unselbständig Beschäftigten in der Privatwirtschaft bei 17,7 % (Österreich inkl. öffentlicher Dienst: 16,5 %) und der Tiroler Landesdurchschnitt mit 18,4 % damit sogar über dem österreichischen lag, hatten nur 5 % der in Lienz unselbständig Beschäftigten einen Migrationshintergrund.

Bei Betrachtung einer Region ist sowohl die Bedeutung der Region als Arbeitsgeberin als auch die Erwerbssituation der Bevölkerung von Interesse. Daher (sowie auch wegen fehlender regionaler Zuordnungen bei Auswertungen nach dem Arbeitsort) wird auch kurz auf die Struktur der unselbständig Beschäftigten, die im Bezirk Lienz *wohnen* (= "wohnhaft Beschäftigte"), eingegangen. Auch bei dieser Auswertung (inkl. öffentlicher Dienst) ist Lienz zweitkleinster Bezirk Tirols: Von den in Tirol wohnhaft Beschäftigten lebten 2009 6,1 % im Bezirk Lienz. Der MigrantInnenanteil unter den unselbständig Beschäftigten, die in Lienz *wohnen*, ist mit 4 % geringer als in der Arbeitsbevölkerung (5 %). Auch in Tirol insgesamt ist der MigrantInnenanteil unter der Arbeitsbevölkerung höher (18,4 %) als unter den in Tirol wohnhaft Beschäftigten (16,5 %). Im Österreich-Schnitt lag der MigrantInnenanteil an der wohnhaft Beschäftigten bei 15,4 %.

Wie im Fall von Neunkirchen, übersteigt auch im Bezirk Lienz die Zahl der unselbständig Beschäftigten, die in Lienz *wohnen*, die Zahl jener, die in Lienz *arbeiten*. Im Gegensatz zu Niederösterreich gibt es für Tirol keine detaillierte Analyse der PendlerInnenbewegungen, daher wird auf Daten aus der Volkszählung 2001 zurückgegriffen.[21] Gemäß Volkszählung lag die Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort im Bezirk Lienz 2001 bei 20.700 Personen sowie die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort bei 18.800 Personen, der PendlerInnensaldo für den Bezirk war negativ: Während etwa 1.700 Personen aus anderen Bezirken/Bundesländern nach Lienz einpendelten, pendelten mehr als doppelt so viele (etwa 3.600) von Lienz in andere Bezirke/Bundesländer aus. Von den 20.700 Erwerbstätigen, die 2001 im Bezirk wohnten, hatten somit 17,4 % ihren Arbeitsplatz außerhalb des Bezirks.

[20] Im Jahresdurchschnitt 2009 waren von den in Tirol unselbständig Beschäftigten 16,5 % regional keinem Arbeitsmarktbezirk zuordenbar.

[21] Q.:http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/raumordnung/Regionsprofile/Stat_profile/bezirke/BZ_Lienz_2008.pdf

Wirtschaftsstruktur in Lienz

Was die Region als Arbeitgeber betrifft, so zeigt sich für Lienz eine überdurchschnittliche Bedeutung des Produktionssektors. Während nämlich die Beschäftigtenanteile (Unselbständige) Tirols in den drei Wirtschaftssektoren bei den Männern und Frauen ähnlich hoch sind wie im Österreich-Schnitt (Privatwirtschaft), sind in Lienz deutlich mehr Männer und Frauen im Produktionssektor beschäftigt und der Beschäftigtenanteil im Dienstleistungssektor ist unterdurchschnittlich. Die unselbständig Beschäftigten mit Migrationshintergrund, in Lienz eine sehr kleine Gruppe, sind im Unterschied zu den Einheimischen, in größerem Ausmaß im Dienstleistungssektor beschäftigt. In Tabelle 22 ist die Verteilung der unselbständig Beschäftigten in Lienz dem Tirol-Durchschnitt und dem Österreich-Schnitt gegenübergestellt.

Da bei der Auswertung nach Arbeitsort die öffentlich Bediensteten nicht enthalten sind, sowie auf Bezirksebene nicht alle im Bundesland unselbständig Beschäftigten einem Arbeitsmarktbezirk zugeordnet werden können, wurde auch für Lienz die alternative Auswertung nach den in Lienz/Tirol/Österreich wohnhaften unselbständig Beschäftigten gemacht. Bei dieser Auswertung sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst enthalten, alle unselbständig Beschäftigten können auf Bezirksebene zugeordnet werden. Zu beachten gilt, dass bei der Auswertung nach Arbeitsort der Fokus auf den Arbeitsplätzen in der Region liegt, während mit der Auswertung nach Wohnort die Beschäftigungssituation der Wohnbevölkerung untersucht werden kann.

Auch unter der Wohnbevölkerung von Lienz zeigt sich die überdurchschnittliche Bedeutung des Produktionssektors, vor allem für die Männer. Während die Branchenverteilung bei den Frauen in Lienz nahe beim Tirol- und Österreich-Schnitt liegt, ist die Mehrheit (51 %) der in Lienz wohnhaft beschäftigten Männer im Produktionssektor tätig. Die MigrantInnen haben im Dienstleistungssektor einen etwas größeren Beschäftigtenanteil, die Unterschiede zu den Einheimischen sind allerdings bei den wohnhaft Beschäftigten weniger ausgeprägt als in der Arbeitsbevölkerung.

Tabelle 22: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren im Bezirk Lienz im Vergleich zu Tirol und Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent

		Lienz		Tirol		Ö. Privatwirtschaft		Ö. insgesamt	
		Frauen	***Männer***	**Frauen**	**Männer**	**Frauen**	**Männer**	**Frauen**	**Männer**
Primärsektor	MH (1.Gen.)	0%	0%	0%	1%	1%	2%	1%	2%
	Ohne MH	1%	1%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
	Insgesamt	**1%**	**1%**	**0%**	**1%**	**1%**	**1%**	**0%**	**1%**
Produktionssektor	MH (1.Gen.)	16%	56%	13%	37%	13%	42%	13%	41%
	Ohne MH	23%	63%	15%	43%	14%	43%	13%	38%
	Insgesamt	**22%**	**63%**	**14%**	**42%**	**14%**	**43%**	**13%**	**39%**
Dienstleistungs-sektor	MH (1.Gen.)	84%	44%	87%	62%	85%	56%	86%	57%
	Ohne MH	77%	36%	85%	57%	85%	57%	87%	61%
	Insgesamt	**77%**	**37%**	**85%**	**58%**	**85%**	**57%**	**87%**	**60%**

Anmerkungen:
Lienz und Tirol ohne öffentlicher Dienst.
Auf Bezirksebene (hier Lienz) unvollständige Regionalisierung der unselbständig Beschäftigten.
Zellenbesetzung bei grauen Werten sehr klein.

Q: AMDB, DUK-Berechnungen.

Tabelle 23: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Lienz im Vergleich zu Tirol und Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Wohnort)

		Lienz		Tirol		Österreich	
		Frauen	***Männer***	**Frauen**	**Männer**	**Frauen**	**Männer**
Primärsektor	MH (1.Gen.)	-	0%	0%	1%	1%	2%
	Ohne MH	0%	1%	0%	0%	0%	0%
	Insgesamt	**0%**	**1%**	**0%**	**0%**	**0%**	**1%**
Produktionssektor	MH (1.Gen.)	12%	50%	12%	37%	13%	42%
	Ohne MH	15%	51%	13%	38%	13%	38%
	Insgesamt	**15%**	**51%**	**13%**	**38%**	**13%**	**39%**
Dienstleistungs-sektor	MH (1.Gen.)	88%	50%	88%	62%	86%	57%
	Ohne MH	84%	48%	87%	61%	87%	61%
	Insgesamt	**84%**	**48%**	**87%**	**61%**	**87%**	**61%**

Anmerkung: Zellenbesetzung bei grauen Werten sehr klein.

Q: AMDB, DUK-Berechnungen.

Zu den wichtigsten Arbeitgebern zählen in Lienz für die Männer die Herstellung von elektrischen Ausrüstungsgegenständen, die Bauwirtschaft, der Handel sowie die Metallerzeugung; bei den Frauen stellen das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, der Handel sowie das Gesundheitswesen wichtige Arbeitgeber in der Region dar. Diesen privatwirtschaftlichen Branchen kommt auch bei der Auswertung der unselbständig Beschäftigten nach Wohnort die größte Bedeutung zu, darüber hinaus ist die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung von Bedeutung (über 10 % der in Lienz wohnhaften unselbständig Beschäftigten).

Erwerbs- und Einkommenssituation in Lienz

Bei den nun folgenden Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten ist zu beachten, dass die Beschäftigten normalerweise am Arbeitsort erfasst werden, die Arbeitslosen dahingegen am Wohnort. Wie auch im Fall von Neunkirchen und Schwechat wurden die unselbständig Beschäftigten einerseits nach Arbeitsort (dh. alle, die im Bezirk Lienz als Unselbständige arbeiten) und andererseits nach Wohnort (dh. alle unselbständig Beschäftigten, die im Bezirk Lienz wohnen) ausgewertet. Diese Auswertungen wurden jeweils der Lienzer Wohnbevölkerung gegenübergestellt, was eine Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten bezogen auf den Arbeitsort bzw. auf den Wohnort liefert. Die Ergebnisse zeigen, dass Lienz seiner Wohnbevölkerung nicht in ausreichendem Maß Arbeitsplätze bieten kann: Während bei der Auswertung nach Arbeitsort[22] die Beschäftigungsquote der Männer in Lienz 2009 bei 40,4 % und die der Frauen bei 28,3 % lag, so ergibt die Auswertung nach Wohnort[23], dass 61,4 % der männlichen Wohnbevölkerung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit nachgingen und immerhin 45,4 % der weiblichen Wohnbevölkerung Lienz‘. Die Auswertungen für Tirol nach Arbeitsort (ohne öffentlich Bedienstete) und Wohnort (inkl. öffentlicher Dienst) unterscheiden sich dahingegen deutlich weniger voneinander: 2009 lag die Beschäftigungsquote der Frauen bezogen auf den Arbeitsort Tirol bei 47,2 %, die der Männer bei 58,7 %, von der Tiroler

[22] Hier sei wiederholt darauf hingewiesen, dass 16,5 % der in Tirol 2009 unselbständig Beschäftigten keinem Arbeitsmarktbezirk zugeordnet werden konnten.

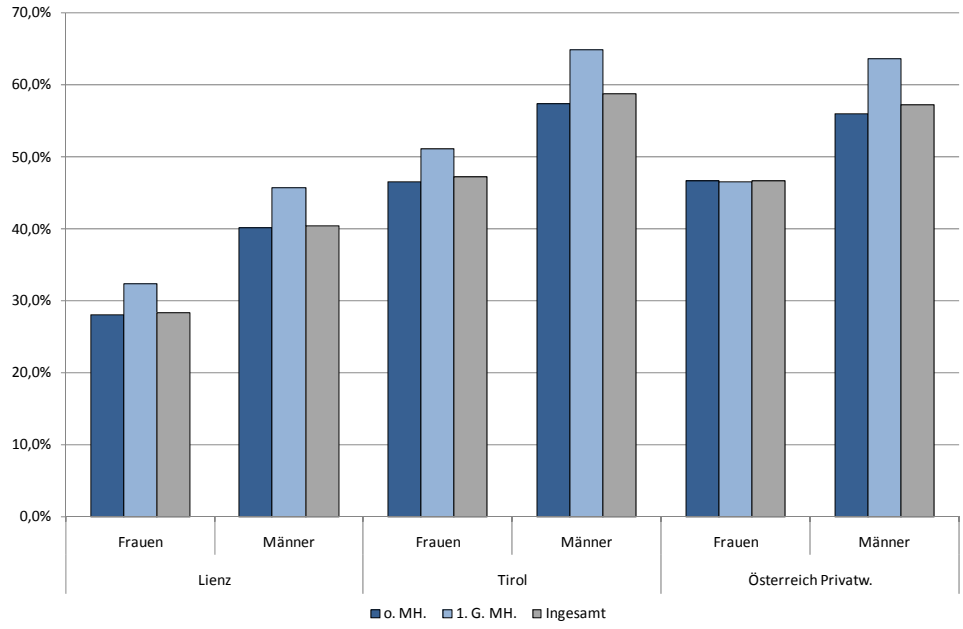
[23] Bei der Auswertung nach Wohnort sind alle unselbständig Beschäftigten bis auf Bezirksebene zuordenbar, das heißt auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind enthalten, die unselbständig Beschäftigten auf Bezirksebene sind vollständig zugeordnet.

Wohnbevölkerung gingen 51,7 % der Frauen und 61,4 % der Männer einer unselbständigen Erwerbstätigkeit nach.

Auch in Lienz zeigen die Beschäftigungsquoten das erwartete Geschlechter-Muster – Männer sind in stärkerem Ausmaß in das Erwerbsleben integriert als Frauen.
Bezogen auf den Arbeitsort weisen die Migrantinnen und Migranten in Lienz – wie auch im Bundesland-Schnitt – höhere Beschäftigungsquoten auf als die Einheimischen. Im Österreich-Schnitt ist auch unter den Migranten die Beschäftigungsquote höher als die der Einheimischen, dahingegen zeigen sich bei den Frauen im Österreich-Schnitt keine merklichen Unterschiede nach Migrationshintergrund. Unter den wohnhaft Beschäftigten haben die MigrantInnen die geringeren Beschäftigungsquoten. Das hat u.a. damit zu tun, dass Saisonkräfte und ErntehelferInnen zeitlich befristet in Österreich arbeiten und ihren Wohnsitz im Ausland haben, gleiches gilt für grenzüberschreitende Tages- und WochenpendlerInnen.

Auch beim zweiten Arbeitsmarktindikator, der Arbeitslosenquote, sind die angesprochenen PendlerInnenbewegungen zu beachten, da AuspendlerInnen als unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort erfasst werden, sich bei Arbeitslosigkeit aber bei dem für ihren Wohnort zuständigen AMS melden. Lienz hat eine nach wie vor durch eine auf den Produktionssektor konzentrierte Wirtschaftsstruktur mit im Vergleich zum Tirol- und Österreich-Schnitt unterentwickelten tertiären Sektor. Damit hat Lienz auch mehr als andere, schon stärker dienstleistungsorientierte Regionen mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel und dem damit verbundenen Abbau von Industriearbeitsplätzen zu kämpfen. Hinzu kommt Lienz‘ periphere Lage zu wirtschaftlichen Zentren. Dies findet auch in der Arbeitslosenquote seinen Niederschlag: Lienz verzeichnet innerhalb Tirols die höchsten Arbeitslosenquoten, diese sind auch im Österreich-Vergleich überdurchschnittlich hoch.

Abbildung 73: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich (alle ohne öffentlich Bedienstete), nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort)



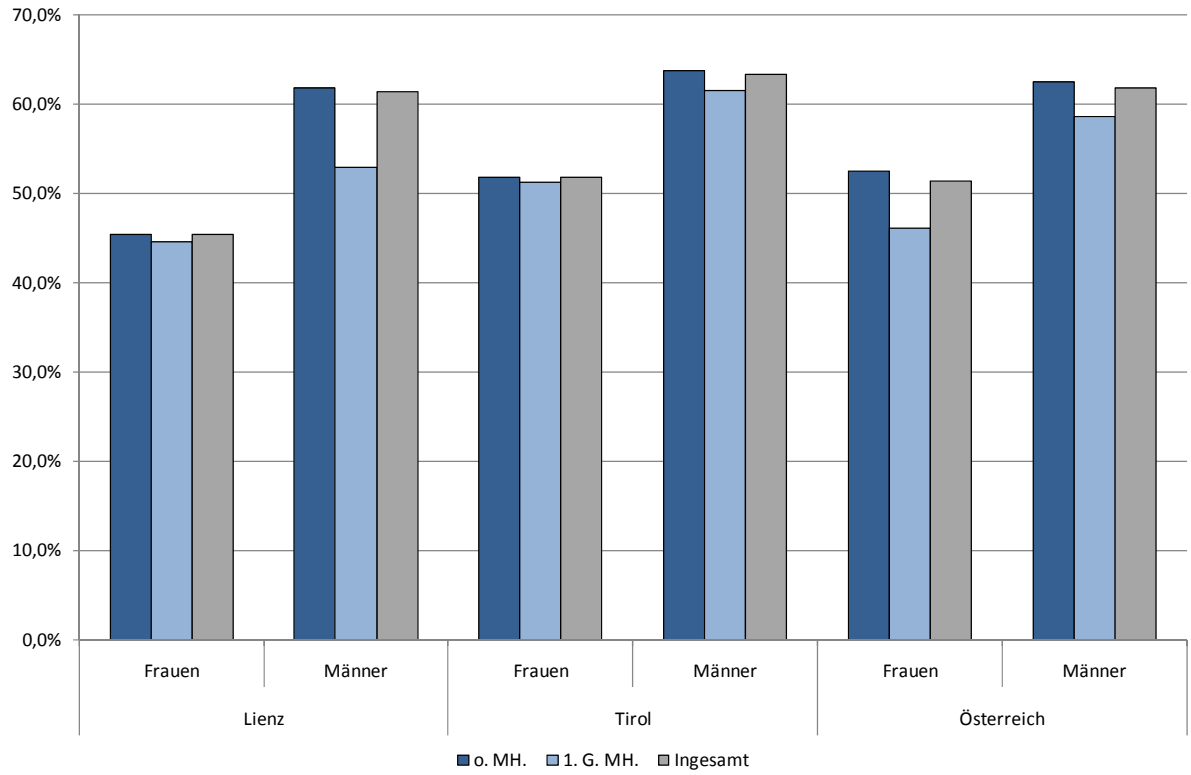
Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Bei der auf den Arbeitsort der unselbständig Beschäftigten bezogenen Arbeitslosenquote (Abbildung 75) lag die Männerarbeitslosigkeit in Lienz 2009 bei 18,5 % (Tirol: 7,6 %, Österreich: 9,2 %), die der Frauen bei 18,5 % (Tirol: 7,6 %, Österreich 8 %). Im Gegensatz zum Tirol- und Österreich-Schnitt ist in Lienz die Arbeitslosigkeit unter den Migrantinnen höher als unter den Migranten. An diesem Bild ändert sich auch nichts, wenn für die Arbeitslosenquote die in Lienz/Tirol/Österreich wohnhaften unselbständig Beschäftigten herangezogen werden (Abbildung 76).

Abbildung 76 zeigt die Arbeitslosenquote für das Jahr 2009, in dem die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auch am Arbeitsmarkt spürbar wurden: Bezogen auf die wohnhaft Beschäftigten erhöhte sich im Österreich-Schnitt die Arbeitslosenquote der Männer von 6,7 % auf 8,6 %, die der Frauen von 6,5 % auf 7,3 %. Waren in Tirol bis 2008 die Frauen in stärkerem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen (6,1 % Frauen gegenüber 5,4 % Männer), so näherten sie sich 2009 an – die Frauenarbeitslosigkeit stieg auf 7 %, die der Männer auf 7,1 %. In Lienz stieg die Arbeitslosigkeit unter den Männern von 8,3 % 2008 auf 9,8 % 2009, bei den Frauen ging sie leicht zurück, von 12,6 % auf 12,4 %.

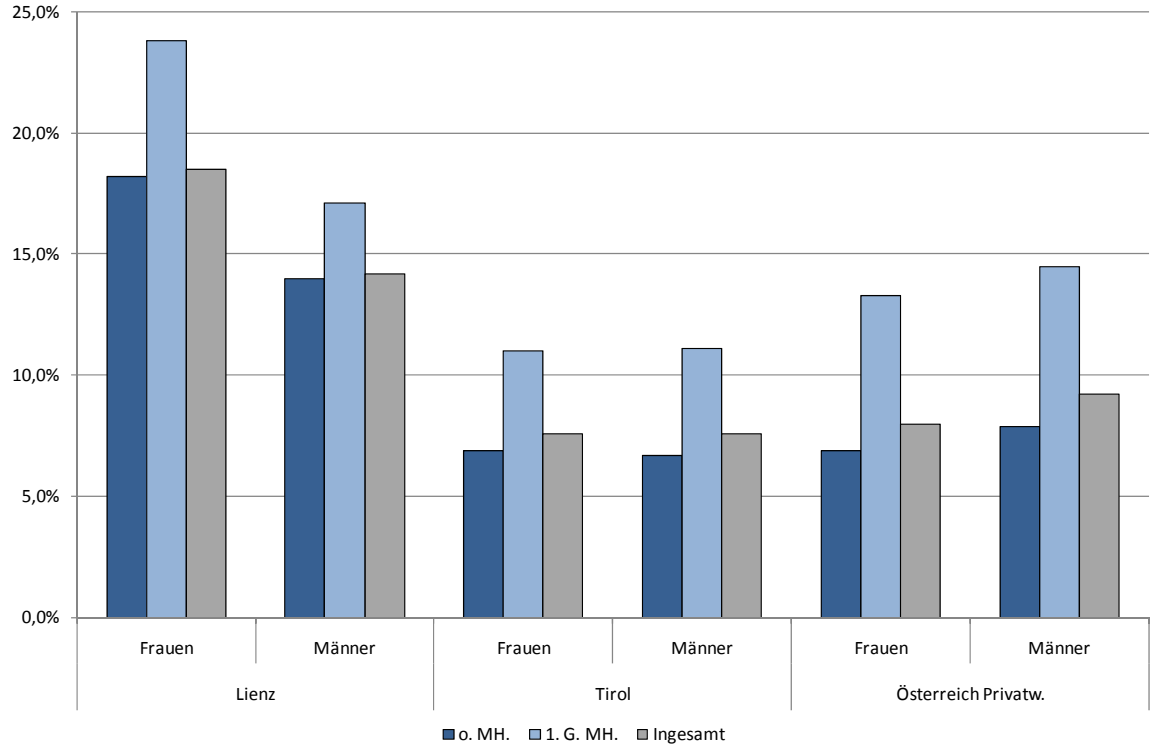
Während Lienz im Vergleich zu Tirol und Österreich einen unterdurchschnittlichen MigrantInnenanteil hat, zeigt die Differenzierung nach Migrationshintergrund, dass auch hier Männer und Frauen mit Migrationshintergrund in stärkerem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Abbildung 74: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort)



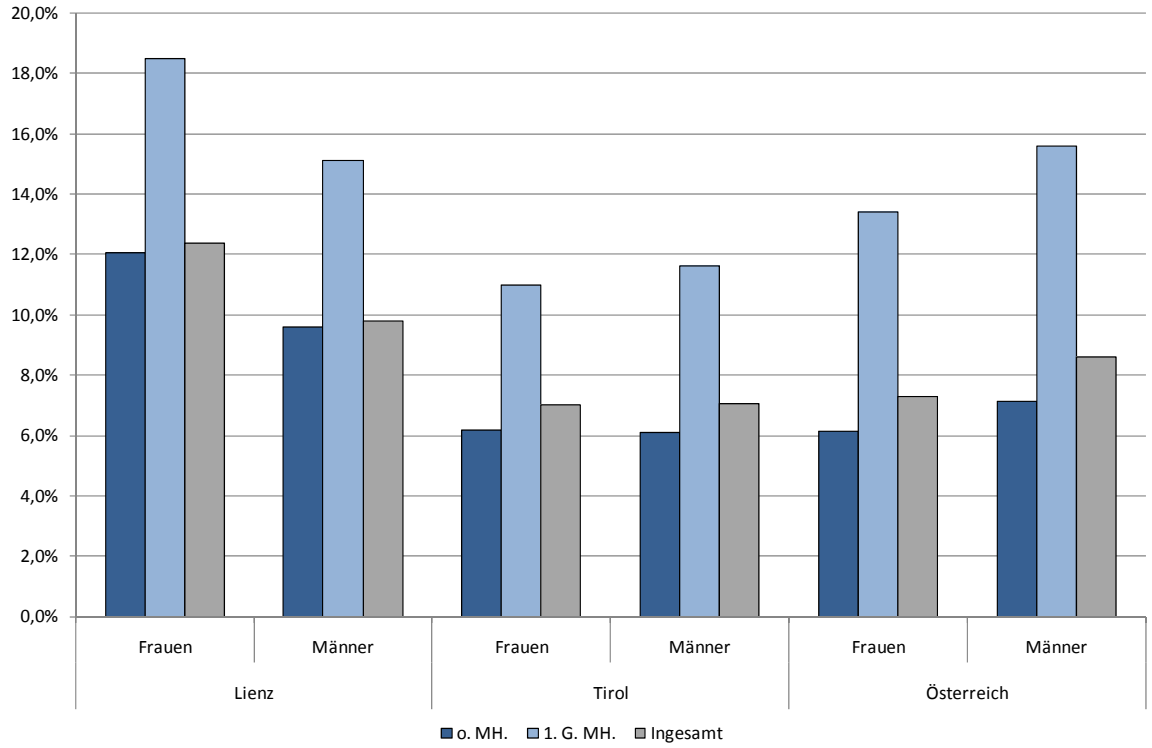
Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Abbildung 75: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort, ohne BVA-Versicherte)



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Abbildung 76: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort)



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Tabelle 24: Durchschnittliche Jahresbezüge 2007 der ArbeitnehmerInnen in den Tiroler Bezirken

Verwaltungsbezirk	Durchschnittlicher Jahresbruttobezug				Durchschnittlicher Jahresnettobezug			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %
Innsbruck-Stadt	40.044	106%	25.245	116%	26.566	104%	17.934	114%
Imst	35.772	94%	19.810	91%	24.266	95%	14.671	93%
Innsbruck-Land	39.967	106%	22.130	102%	26.674	105%	16.056	102%
Kitzbühel	35.345	93%	20.408	94%	24.011	94%	15.002	95%
Kufstein	37.718	100%	20.916	96%	25.367	100%	15.286	97%
Landeck	34.984	92%	18.975	87%	23.811	94%	14.056	89%
Lienz	34.113	90%	19.497	90%	23.457	92%	14.419	91%
Reutte	38.596	102%	20.347	94%	26.048	102%	14.949	95%
Schwaz	36.723	97%	20.688	95%	24.847	98%	15.180	96%
TIROL	**37.870**	**100%**	**21.706**	**100%**	**25.465**	**100%**	**15.785**	**100%**

Anmerkung: Es wurden nur Lohnsteuerzahlende mit mehr als 334 Tagen Beschäftigung berücksichtigt.

Q.: Statistisches Handbuch des Landes Tirol 2009, S. 304, DUK-Berechnungen.

Wie der Vergleich der Einkommensdaten in Tabelle 24 für das Jahr 2007 zeigt, zählte Lienz mit Landeck zu den einkommensschwächsten Bezirken Tirols. Die Männer und Frauen in Lienz verdienten 2007 um 10 % weniger als im Tiroler Durchschnitt (bezogen auf Jahresbruttobezüge). Während Männer in Tirol durchschnittlich 37.870 Euro brutto verdienten, waren es in Lienz 34.113 Euro brutto. Die durchschnittlichen Jahresbruttobezüge der Frauen lagen mit 21.706 Euro brutto deutlich unter jenen der Männer (entspricht 57 % der Jahresbruttobezüge der Männer in Tirol), in Lienz lag der durchschnittliche Jahresbruttobezug der Frauen bei 19.497 Euro (entspricht 57 % der Bruttobezüge der Männer in Lienz).

2.4.5. Der Wiener Arbeits- und Wirtschaftsraum

Für Wien stehen in der Arbeitsmarktdatenbank keine Daten nach Gemeindebezirken zur Verfügung. Einzig der Bestand an Arbeitslosen kann nach Bezirken/Bezirksgruppen ausgewertet werden. Das heißt, die Analyse der Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarktsituation kann nur für Wien insgesamt durchgeführt werden, nicht aber bezirksspezifisch für Leopoldstadt.

Wien hat den größten Anteil an den in Österreich in der Privatwirtschaft Beschäftigten; im Jahr 2009 waren in Wien 23,6 % aller unselbständig Beschäftigten bzw. etwa 677.000 Personen beschäftigt (davon 327.000 weiblich, 350.000 männlich). Hinzu kamen mehr als 68.000 selbständig erwerbstätige Personen (etwa 24.000 Frauen und 44.000 Männer) – hier lag der Wien-Anteil bei 17,4 % und damit hinter Niederösterreich (20,1 %) an zweiter Stelle. Gemessen an den wohnhaft Beschäftigten liegt Wien gleich auf mit Niederösterreich: 19,6 % der unselbständig Beschäftigten, die in Österreich wohnen, leben in Wien.

Wien hat einen überdurchschnittlichen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in der Arbeitsbevölkerung (= Personen, die in Wien unselbständig beschäftigt sind): 2009 hatten in Wien 25,8 % einen Migrationshintergrund gegenüber 17,7 % im Österreich-Schnitt (Privatwirtschaft). Unter den wohnhaft Beschäftigten (= alle unselbständig Beschäftigten, die in Wien wohnen; inkl. öffentlicher Dienst) ist der MigrantInnenanteil mit 29,9 % noch höher und liegt damit fast doppelt so hoch wie im Österreich-Schnitt (inkl. öffentlicher Dienst) von 15,4 %.

Teilinformationen zu den PendlerInnenströmen lassen sich für Wien aus der PendlerInnenanalyse der Arbeiterkammer Niederösterreich (AK Niederösterreich 2005: 15) entnehmen: demnach pendelten etwa 25 % der in Niederösterreich wohnhaft Beschäftigten nach Wien aus, zirka 125.000 der 2004 in Wien unselbständig Beschäftigten stammten aus Niederösterreich. Umgekehrt arbeiteten 2004 etwa 50.000 WienerInnen in Niederösterreich. Auch die Anteile Wiens an der Arbeitsbevölkerung (23,4 %) gegenüber den wohnhaft Beschäftigten (19,6 %) weisen darauf hin, dass Wien einen positiven PendlerInnensaldo verzeichnet.

Branchenstruktur der Beschäftigung in Wien

Die Auswertung der unselbständig Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren verdeutlicht für Wien die Bedeutung des Dienstleistungssektors – Männer wie Frauen haben im Vergleich zu Österreich überdurchschnittliche Beschäftigtenanteile im Dienstleistungssektor. Mehr als 90 % der Frauen und etwa drei Viertel der Männer waren in Wien in einem Dienstleistungsbetrieb beschäftigt. Im Österreich-Schnitt (in der Privatwirtschaft) hat dahingegen der Dienstleistungssektor vor allem bei den Männern einen geringeren Stellenwert – österreichweit waren 2009 etwa 57 % der Männer und 85 % der Frauen im Dienstleistungssektor unselbständig erwerbstätig. Unter den Migranten hat in Wien der Produktionssektor größere Bedeutung – 31 % arbeiteten in einem Betrieb des Produktionssektors (gegenüber 23 % der einheimischen in Wien beschäftigten Männer), im Österreich-Schnitt (in der Privatwirtschaft) zeigen sich keine großen Unterschiede. Bei den Frauen zeigen sich in Wien zwischen Migrantinnen und Nicht-Migrantinnen keine ausprägten Unterschiede.

Tabelle 25: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Wien im Vergleich zu Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Arbeitsort)

		Wien		Ö. Privatwirtschaft		Ö. insgesamt	
		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Primärsektor	MH (1.Gen.)	0%	0%	1%	2%	1%	2%
	Ohne MH	0%	0%	0%	0%	0%	0%
	Insgesamt	**0%**	**0%**	**1%**	**1%**	**0%**	**1%**
Produktionssektor	MH (1.Gen.)	7%	31%	13%	42%	13%	41%
	Ohne MH	7%	23%	14%	43%	13%	38%
	Insgesamt	**7%**	**25%**	**14%**	**43%**	**13%**	**39%**
Dienstleistungssektor	MH (1.Gen.)	93%	69%	85%	56%	86%	57%
	Ohne MH	92%	76%	85%	57%	87%	61%
	Insgesamt	**92%**	**74%**	**85%**	**57%**	**87%**	**60%**

Anmerkung: Wien ohne öffentlicher Dienst.

Q: AMDB, DUK-Berechnungen.

Da bei der Auswertung nach Arbeitsort die öffentlich Bediensteten nicht enthalten sind, wurde auch die alternative Auswertung nach den in Wien/Österreich wohnhaften unselbständig Beschäftigten gemacht. Bei dieser Auswertung sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst enthalten. Hier zeigen sich keine großen Verschiebungen – in Wien dominiert der Dienstleistungssektor als Arbeitgeber, das gilt für die in Wien wohnhaften unselbständig beschäftigten MigrantInnen ebenso wie für Einheimische.

Zu den wichtigen Arbeitgebern zählen in Wien für Männer und Frauen die öffentliche Verwaltung, der Handel, die Gastronomie und das Beherbergungswesen sowie das Bank- und Versicherungswesen, für

Männer ist außerdem die Bauwirtschaft ein wichtiger Arbeitgeber, für Frauen ist auch noch das Gesundheitswesen ein wichtiger Beschäftigungsbereich.

Tabelle 26: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Wien im Vergleich zu Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Wohnort)

		Wien		Österreich	
		Frauen	Männer	Frauen	Männer
Primärsektor	MH (1.Gen.)	0%	0%	1%	2%
	Ohne MH	0%	0%	0%	0%
	Insgesamt	**0%**	**0%**	**0%**	**1%**
Produktionssektor	MH (1.Gen.)	7%	31%	13%	42%
	Ohne MH	7%	18%	13%	38%
	Insgesamt	**7%**	**22%**	**13%**	**39%**
Dienstleistungssektor	MH (1.Gen.)	93%	69%	86%	57%
	Ohne MH	93%	82%	87%	61%
	Insgesamt	**93%**	**77%**	**87%**	**61%**

Q: AMDB, DUK-Berechnungen.

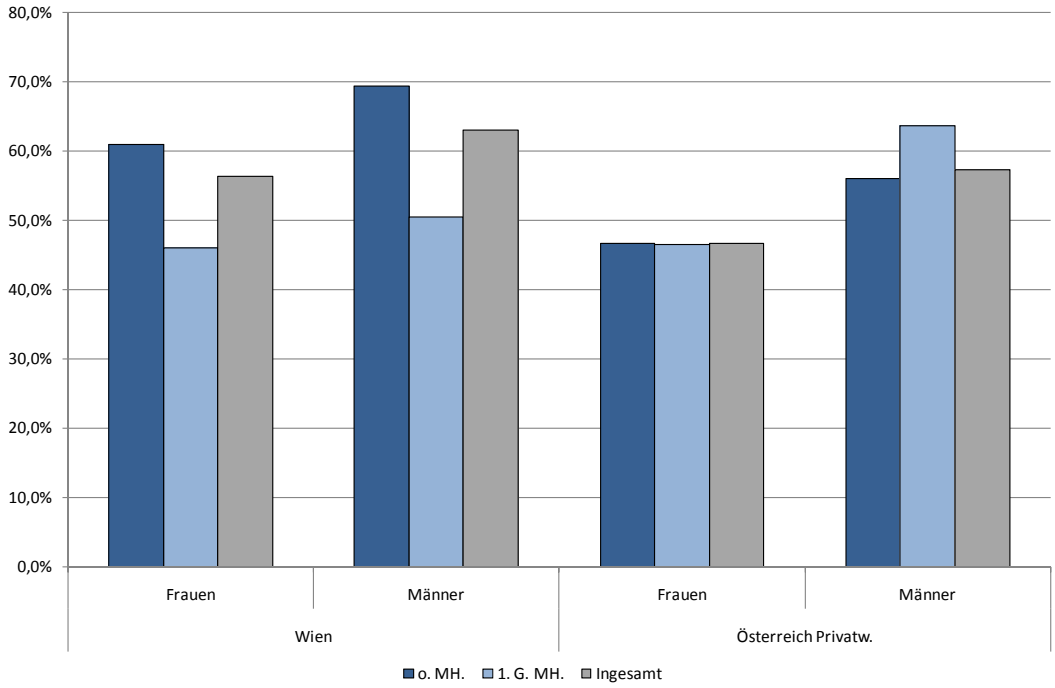
Erwerbsintegration in Wien

Was die Erwerbsintegration betrifft, zeigen die berechneten Beschäftigungsquoten (Arbeitsbevölkerung bezogen auf Wohnbevölkerung) für Wien insgesamt eine über dem österreichischen Durchschnitt liegende Integration. So lag die Beschäftigungsquote für Frauen in Wien 2009 bei 56,3 % gegenüber 46,7 % im Österreich-Schnitt (ohne BVA-Versicherte), bei den Männern lag sie in Wien bei 63 % gegenüber 57,3 % im Österreich-Schnitt. Männer weisen eine höhere Erwerbsintegration als Frauen auf, Personen mit Migrationshintergrund haben in Wien niedrigere Beschäftigungsquoten als Einheimische, im Österreich-Schnitt zeigen sich bei den Frauen keine Unterschiede (46,6 % Migrantinnen, 46,7 % einheimische Frauen); unter den Männern liegen die Beschäftigungsquoten bei jenen mit Migrationshintergrund höher (63,6 % gegenüber 56 %).

Bezogen auf die wohnhaft Beschäftigten liegt Wien bei den Frauen im Österreich-Schnitt, bei den Männern ist Wien unterdurchschnittlich. Während 56,7 % der in Wien wohnenden Männer einer unselbständigen Beschäftigung nachgingen, waren es im Österreich-Schnitt 62,4 %, bei den Frauen waren es 51,2 % in Wien und 51,4 % im Österreich-Schnitt.

Wiederum zeigen sich bei den Frauen in Wien keine Unterschiede nach Migrationshintergrund; im Österreich-Schnitt ist die Beschäftigungsquote der Migrantinnen niedriger. Männer mit Migrationshintergrund haben in Wien und im Österreich-Schnitt eine niedrigere Beschäftigungsquote als Männer ohne Migrationshintergrund.

Abbildung 77: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 in Wien und Österreich (alle ohne öffentlich Bedienstete), nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort)

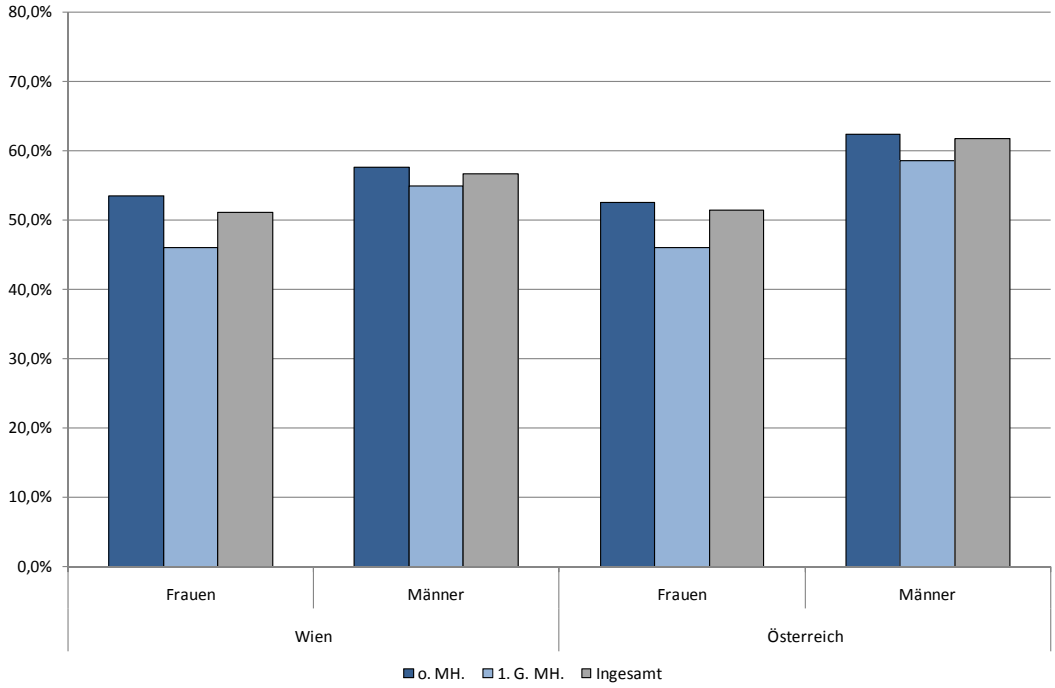


Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Die Differenzierung der Beschäftigten nach Migrationshintergrund zeigt, dass sich Wien von den beiden anderen Bundesländern, in denen Pilotregionen ausgewählt wurden (Niederösterreich und Tirol) unterscheidet. Während MigrantInnen in Niederösterreich und Tirol unter der Arbeitsbevölkerung höhere Beschäftigungsquoten aufweisen, liegen in Wien die Beschäftigungsquoten der Männer und Frauen mit Migrationshintergrund unter denen der Einheimischen. Welche Faktoren dafür verantwortlich sind, gilt es zu untersuchen; ein Grund könnte ein vergleichsweise hoher Schwarzarbeitsmarkt in Wien sein, insbesondere im Haushalt, wo Schwarzarbeit (Haushaltshilfen, Reinigungsarbeiten etc.) eher die Norm denn die Ausnahme ist.

Beim zweiten Arbeitsmarktindikator, der Arbeitslosenquote, ist die Situation in Wien ähnlich wie in Niederösterreich und Tirol, d.h. die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit ist bei Männern und Frauen mit Migrationshintergrund höher.

Abbildung 78: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 in Wien und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort)



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Die Arbeitslosenquote in Abbildung 79 wurde nach dem „traditionellen" Berechnungsschema berechnet, das heißt sie stellt den Anteil der Arbeitslosen an den unselbständig Beschäftigten und Arbeitslosen dar; es gilt das Lebensunterhaltsprinzip (geringfügig Beschäftigte werden nicht berücksichtigt).[24]

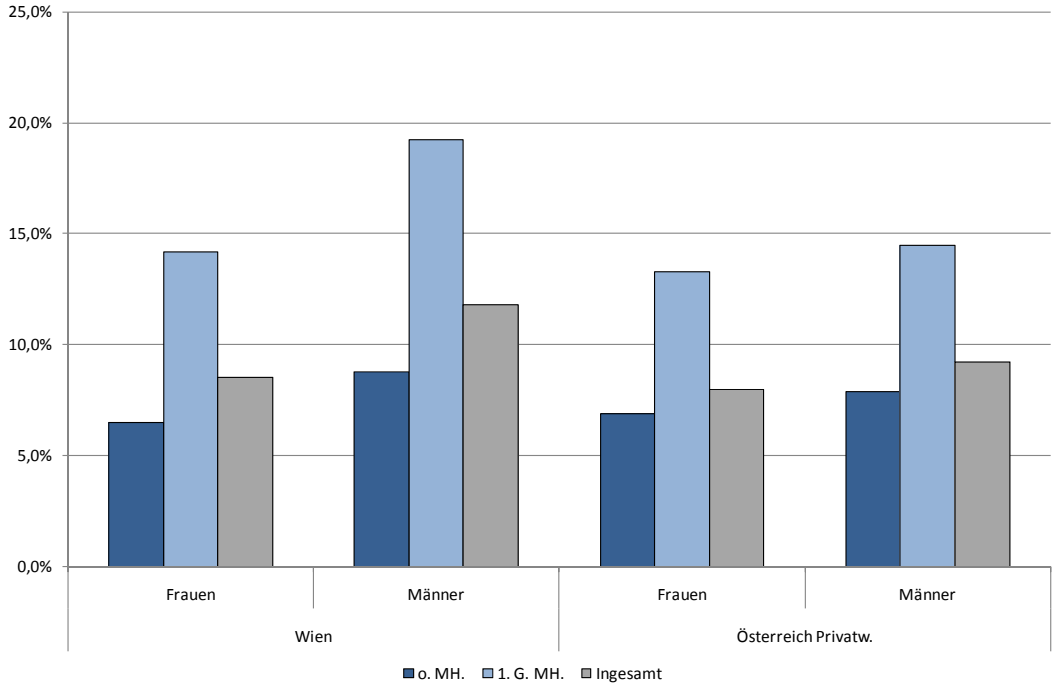
Abbildung 79 zeigt die Situation im Jahr 2009, in dem die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise voll auf den Arbeitsmarkt durchschlugen: Waren 2008 im Österreich-Schnitt (Privatwirtschaft) 7,1 % der Männer und 7 % der Frauen als arbeitslos gemeldet, so erhöhte sich der Anteil bei den Männern auf 9,2 % 2009 und bei den Frauen auf 8 %. In Wien stieg die Arbeitslosenquote der Männer gegenüber 2008 von 10,5 % auf 11,8 %, jene der Frauen von 8 % auf 8,5 %. Im Österreich-Schnitt weisen Männer und Frauen ähnlich hohe Arbeitslosenquoten auf, in Wien hingegen ist die Betroffenheit unter den Männern höher.

Wie im Österreich-Schnitt haben Männer und Frauen mit Migrationshintergrund auch in Wien die höheren Arbeitslosenquoten. So lag die Arbeitslosenquote der Männer mit Migrationshintergrund in Wien 2009 bei 19,2 % (ohne Migrationshintergrund: 8,8 %), jene der Frauen mit Migrationshintergrund bei 14,2 % (ohne Migrationshintergrund: 6,5 %).

Die Arbeitslosenquoten in Wien liegen 2009 in allen Gruppen – außer den Frauen ohne Migrationshintergrund – über den Österreichdurchschnitten.

[24] Wiederholt wird darauf hingewiesen, dass die über die BVA-Versicherten nicht in der Zahl der unselbständig Beschäftigten enthalten sind.

Abbildung 79: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 in Wien und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort, ohne BVA-Versicherte)



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

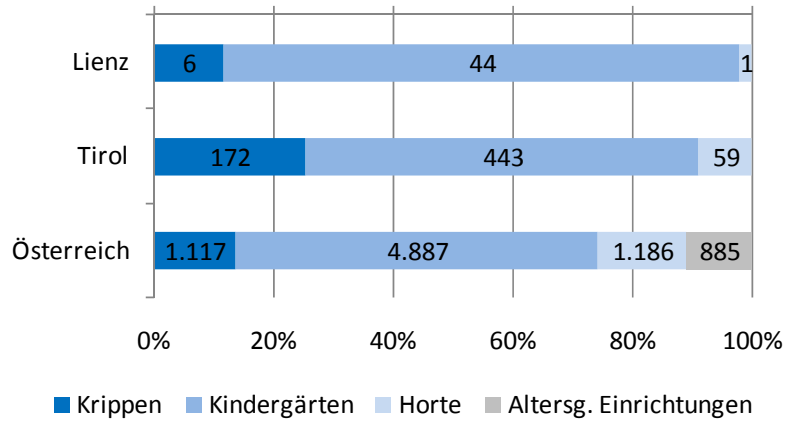
2.5. Derzeitige Versorgungssituation mit sozialen Dienstleistungen

2.5.1. Soziale Dienste im Bezirk Lienz (Osttirol)

Kinderbetreuung:

Der Bezirk Lienz verfügt laut Kindertagesheimstatistik (Berichtsjahr 2009/10) über 51 institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen. Bei Lienz und Tirol ist im Zusammenhang mit der Kindertagesheimstatistik zu beachten, dass Kindergruppen bei den Krippen ausgewiesen werden. Wie aus Abbildung 80 ersichtlich, dominiert in Lienz der Kindergarten mit einem Anteil von 86,3 % das Angebot bei den institutionellen Kinderbetreuungsformen. Deutlich geringer ist das Betreuungsangebot für die unter 3jährigen: 11,8 % entfallen auf Krippen, auch für die schulpflichtigen Kinder besteht in Lienz nur ein sehr kleines institutionelles Betreuungsangebot. Im Vergleich dazu entfallen im Tirol-Schnitt insgesamt 25,5 % des institutionellen Kinderbetreuungsangebots auf Krippen, 65,7 % auf Kindergärten und 8,8 % auf Horte. Rechnet man Krippen und altersgemischte Gruppen zusammen ergibt sich im Österreich-Schnitt für das Angebot an Krippen ein ähnlich hoher Anteil wie im Tirol-Schnitt. Österreichweit ist das Angebot an Horten mit einem Anteil von 14,7 % deutlich höher als in Lienz und in Tirol, das Kindergartenangebot nimmt einen Anteil von 60,5 % ein.

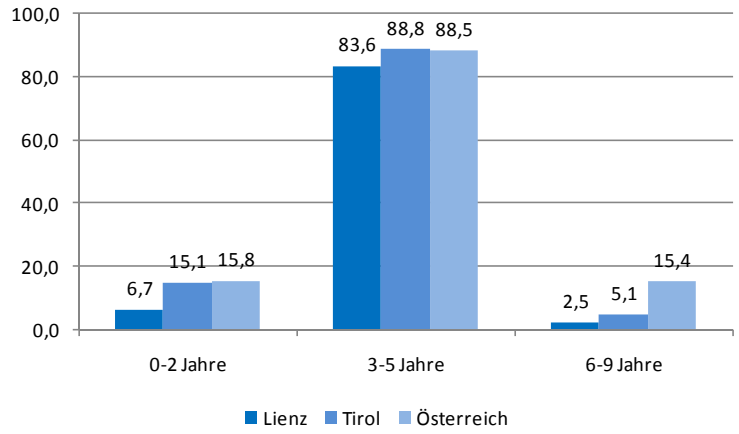
Abbildung 80: Kindertagesheime nach Betreuungsform 2009 im Bezirk Lienz, in Niederösterreich und Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Bei den Betreuungsquoten der Kleinstkinder (0-2jährige) und der Kinder im schulpflichtigen Alter (6-9jährige) unterscheidet sich Lienz deutlich vom Tirol- und Österreich-Schnitt. Bezogen auf die gleichaltrige Wohnbevölkerung wurden in Lienz 2009 lediglich 6,7 % der 0-2jährigen und 2,5 % der 6-9jährigen institutionell betreut. Bei den 0-2jährigen weicht Lienz damit deutlich vom Landes- und Bundesschnitt ab. Bei den 6-9jährigen sind die Unterschiede zwischen Lienz und dem Landesschnitt nicht geringer. Im Vergleich zu Österreich sind die Betreuungsquoten der 6-9jährigen aber dennoch deutlich niedriger.

Abbildung 81: Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 2009 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich



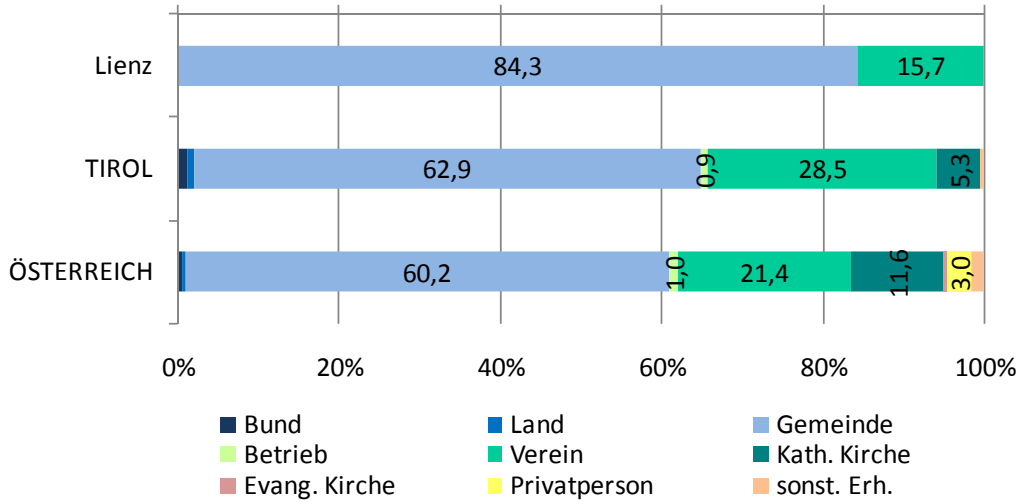
Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

In Lienz werden die institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen von zwei Trägern[25] erhalten, nämlich von den Gemeinden sowie von Vereinen. In Tirol und Gesamt-Österreich ist der private Sektor stärker ausgeprägt als im Bezirk Lienz: Öffentliche Gebietskörperschaften (vor allem den Gemeinden) waren 2009 in Tirol für 64,8 % der Kinderbetreuungseinrichtungen zuständig,

[25] Als Träger bzw. Erhalter institutioneller Kinderbetreuungseinrichtung wird hier der Bewilligungsträger gezählt, der nicht unbedingt auch der Kostenträger ist. Siehe dazu auch ‚Statistischer und methodischer Anhang', Seite 225.

österreichweit 61 %, in Lienz hingegen für 84,3 %.. Neben Vereinen spielen tirolweit auch Organisationen der katholischen Kirche als Erhalter eine Rolle, für Österreich insgesamt sind auch noch Privatpersonen als Erhalter von Kinderbetreuungseinrichtungen zu nennen.

Abbildung 82: Kindertagesheime nach Erhalter 2009 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich

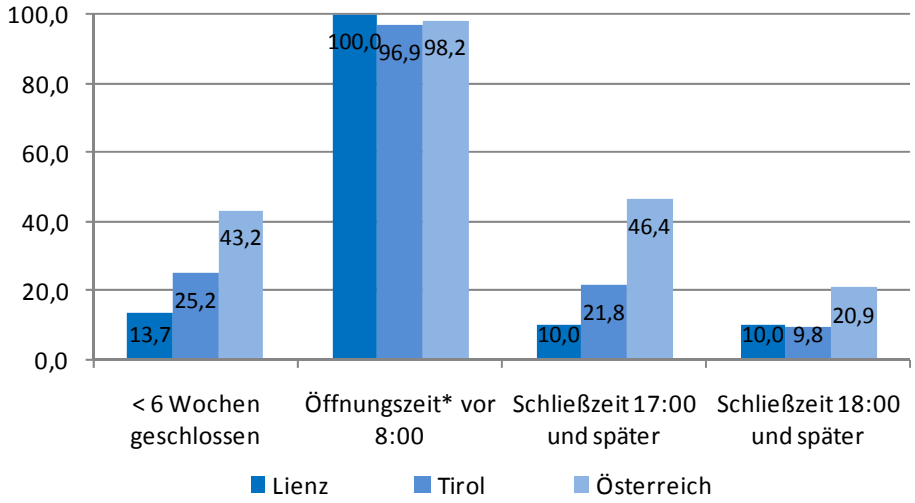


Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die zeitliche Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen entscheidend. Was angemessene Betriebs- sowie Schließzeiten für Berufstätige angeht, ist das Angebot an institutionellen Einrichtungen, die diese Kriterien erfüllen, im Bezirk Lienz begrenzt. So hatten 2009 nur 13,7 % der Kindertagesheime 47 (und mehr) Wochen geöffnet. Lienz liegt damit schlechter als im Bundesland-Schnitt und deutlich schlechter als im Österreich-Schnitt[26]. Gegeben diese institutionelle Angebotssituation ist es eine Herausforderung für berufstätige Eltern, die Betreuung ihrer Kinder ganzjährig zu organisieren bzw. kann sie als Hindernis – vor allem für Frauen – gewertet werden, erwerbstätig zu sein bzw. nach der Babypause wieder ins Erwerbsleben einzusteigen. Auch bei den Öffnungszeiten gestaltet sich in Lienz die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuungspflichten als schwierig. Zwar haben alle Kindertagesheime in Lienz ab spätestens 8:00 Uhr geöffnet, allerdings schließen nur 10 % davon um 17:00 bzw. 18:00 oder später. Nicht nur Lienz liegt damit deutlich schlechter als im Bundesschnitt, auch in Gesamt-Tirol hat nur ein Fünftel der institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen bis 17:00 oder länger geöffnet (bis 18:00 oder länger nur 9,8 %).

[26] Beim diesem Österreich-Durchschnitt ist anzumerken, dass die Bandbreite über die Bundesländer hinweg sehr groß ist. Die untere Grenze markiert die Steiermark, dort haben nur 12,7 % der Einrichtungen 47 (und mehr) Wochen pro Jahr geöffnet, die obere Grenze stellt Wien mit 91,1 % dar.

Abbildung 83: Kindertagesheime nach offenen Wochen und Öffnungszeiten 2009 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich



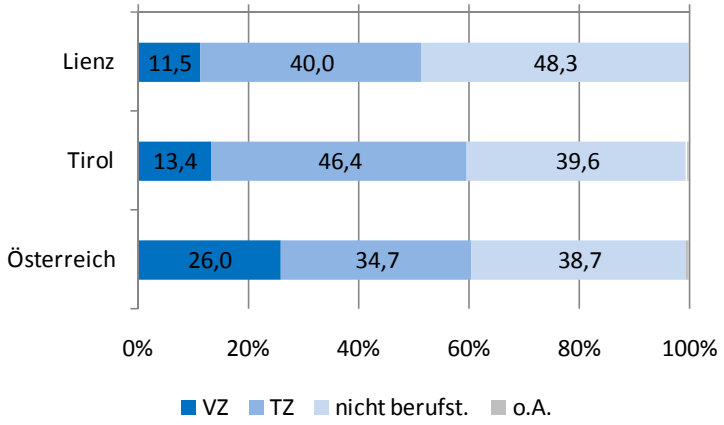
* hier nur Krippen und Kindergärten berücksichtigt

Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Österreichweit ist der Anteil von Kindern mit berufstätiger Mutter in Krippen und Horten zurückgegangen, von 82,2 % (1999) auf 65,1 % (2009) in den Krippen und von 82,0 % (1999) auf 71,9 % (2009) in den Horten, bei den Kindergärten hat sich der Anteil von Kindern mit berufstätiger Mutter etwas erhöht, von 55,3 % auf 57,9 %. (Statistik Austria 2010: 13)

In Lienz ist der Anteil von Kindern mit berufstätiger Mutter deutlich geringer als im Tirol- und Österreich-Schnitt. In Tirol wie auch in Lienz ist der Anteil der in Teilzeit erwerbstätigen Mütter deutlich höher als im Österreich-Schnitt, nur 11,5 % der betreuten Kinder in Lienz hatten eine in Vollzeit berufstätige Mutter, in Tirol waren es 13,5 %, im Österreich-Schnitt dahingegen 26 %. Die angesprochenen Schließzeiten bzw. die Verfügbarkeit über das Arbeitsjahr sind in diesem Zusammenhang zu sehen – im Vergleich zu Österreich schließen in Lienz und Tirol deutlich mehr Kindertagesheime vor 17:00 Uhr, deutlich weniger haben 47 Wochen oder mehr geöffnet.

Abbildung 84: Kinder in Kindertagesheimen nach Berufstätigkeit der Mutter 2009 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich

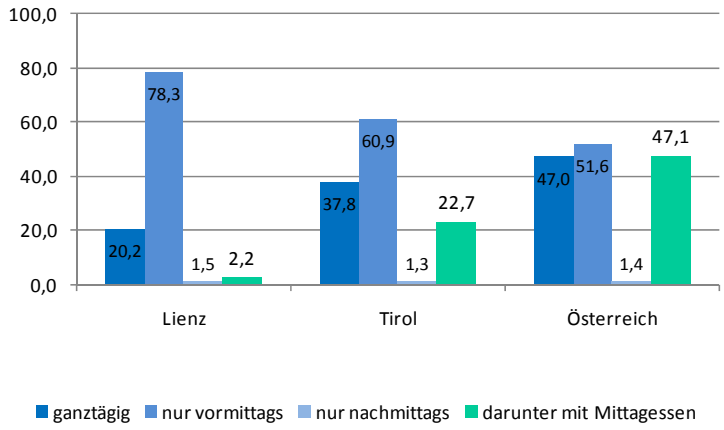


Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Deutliche Unterschiede bestehen allerdings zwischen den Betreuungsformen. In Krippen haben in Lienz 70,6 % der Kinder berufstätige Mütter (davon 21,1 % Vollzeit) sowie 49,1 % der Kindergartenkinder (10,1 % Vollzeit). Von den im Hort betreuten Kindern hatten 90,3 % eine berufstätige Mutter (38,7 % Vollzeit). (vgl. auch Tabelle 33 im ‚Statistischen und methodischen Anhang', Seite 223)

Im Vergleich zu den beiden niederösterreichischen Bezirken Neunkirchen und Wien-Umgebung zeigt sich in Lienz bei der Anwesenheitsdauer von Kindern in Krippen und Kindergärten das umgekehrte Bild von Wien-Umgebung. Während dort etwa drei Viertel der Kinder ganztägig betreut werden und nur etwa ein Fünftel nur vormittags untergebracht ist, wird in Lienz nur jedes fünfte Kind in Krippen bzw. Kindergärten ganztätig betreut. Abbildung 85 veranschaulicht auch die Tiroler Problematik, dass viele Kinderbetreuungseinrichtungen zwar Nachmittagsbetreuung anbieten, aber über die Mittagszeit geschlossen haben. In Lienz essen nur 2,2 % der in Krippen und Kindergärten betreuten Kinder auch zu Mittag, im Tirol-Schnitt sind es mit einem Anteil von 22,7 % deutlich mehr Kinder als in Lienz, im Vergleich zu Österreich ist dieser Anteil allerdings auch unterdurchschnittlich.

Abbildung 85: Kinder in Krippen und Kindergärten nach Anwesenheitsdauer und Einnahme von Mittagessen 2009 im Bezirk Lienz, in Tirol und Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Gemäß der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2002[27] betreuen 40,7 % der Tiroler Frauen ihre Kinder ganz oder überwiegend alleine (Österreich: 36,1 %) und weitere 50,9 % die Kinder gemeinsam mit anderen Personen (Österreich: 55,0 %). 53,4 % der Tirol Männer geben an, ihre Kinder gemeinsam mit anderen zu betreuen (Österreich: 61,2 %), allerdings geben auch 45,9 % an, ihre Kinder selten oder nie zu betreuen (Österreich: 37,7 %). Nur 18,4 % der Kinder unter 15 Jahren sind in Tirol zumindest einmal pro Woche in einer Betreuungseinrichtung, im Österreich-Schnitt beträgt dieser Anteil 25,8 %. Von diesen Kindern werden 66,7 % in öffentlichen Kindergärten oder –krippen betreut (Österreich: 51,5 %). Von allen Kindern, die eine Betreuungseinrichtung besuchen, werden in Tirol 14,9 % ganztags betreut (Österreich: 25,6 %), 65,3 % nur vormittags (Österreich: 42,7 %), 9,9 %

[27] Die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung ist eine Haushaltsbefragung mit einer 1%-igen Repräsentativ-Stichprobe der österreichischen Bevölkerung und wird vierteljährlich durchgeführt. Das Sonderprogramm im September 2002 widmet sich dem Thema „Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege". (vgl. Statistik Austria 2003: 48)

nur nachmittags (Österreich: 16,0 %) und 9,9 % zu sonstigen Betreuungszeiten (Österreich: 15,8 %). Insgesamt werden in Tirol nur 26,6 % der Kinder in Betreuungseinrichtungen auch über die Mittagszeit betreut (Österreich: 55,1%). (vgl. Statistik Austria 2003)

Osttirol weist eine recht umfassende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder zwischen vier und sechs Jahren auf. Allerdings zeigt sich deutlich, dass die Struktur der öffentlichen Kinderbetreuung hier eher einer Teilzeitbetreuung entspricht. Jene öffentlichen Kindergärten, die Nachmittagsbetreuung anbieten, haben eine Mittagspause, in der die Kinder nicht betreut werden. Es haben sich in Osttirol einige Institutionen hervor gebildet, die versuchen, die fehlende ganztägige Versorgung mit institutioneller Kinderbetreuung in flexibler Weise auszugleichen. So bietet etwa der gemeinnützige Sozialverein **Osttiroler Kinderbetreuungszentrum**, der 26 Osttiroler Gemeinden als Mitglieder zählt, ganztägige Betreuung zwischen 6:00 und 20:00 Uhr für Kinder von 0 bis 12, in der Zweigstelle Lienz seit Mitte 2009 auch samstags. Die Betreuung kann auch während der Schließzeiten der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen (Sommerferien etc.) in Anspruch genommen werden.[28] Besonders hervorzuheben ist die Flexibilität dieser privaten Kinderbetreuungseinrichtungen hinsichtlich der Inanspruchnahme und Bezahlung der Betreuungsleistungen, wodurch die Leistungen stark auf die Bedürfnisse der Eltern abgestimmt werden können. Eine stundenweise Betreuung ist ebenso möglich wie eine regelmäßige, ganztägige. Bezahlt wird nur die tatsächlich in Anspruch genommene Betreuungsleistung. Diese Stundenabrechnung ermöglicht gegenüber einer Pauschalabrechnung ein weit höheres Maß an Flexibilität, wodurch auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Eltern entsprechend reagiert wird. Im Jahr 2009 wurden im Osttiroler Kinderbetreuungszentrum inklusive den Zweigstellen insgesamt 430 Kinder zwischen 0 und 4 betreut und 281 Kinder zwischen 5 und 12. Von diesen 711 betreuten Kindern wurden 149 auch während des Sommers im Osttiroler Kinderbetreuungszentrum beaufsichtigt.

Die Kinderbetreuung der unter 3-Jährigen ist in Osttirol also sehr flexibel gestaltet und wird von gemeinnützigen Vereinen organisiert und gewährleistet. Die Betreuung der 4- bis 6-Jährigen erfolgt in den öffentlichen Gemeindekindergärten, die meist aber nur halbtags geöffnet sind. Auch hier greift das Osttiroler Kinderbetreuungszentrum mit der Übernahme der Nachmittagsbetreuung beispielhaft ein, indem es Eltern die Möglichkeit bietet, ihre Kinder mittels eines Abholdienstes vom Gemeindekindergarten bzw. von der Schule zur Kinderbetreuungseinrichtung zu bringen. Zudem werden die Kinder am Nachmittag bei Bedarf auch zu Sport- und/oder Musikunterricht gebracht und wieder abgeholt.

Ein wesentliches Charakteristikum der Region Osttirol ist die relativ schlechte verkehrsmäßige Anbindung der Gemeinden in den Tälern. Eine bessere Versorgungssituation gibt es entlang der Hauptverkehrsroute zwischen Lienz und Sillian. Die privat organisierten Kinderbetreuungseinrichtungen haben darauf speziell Rücksicht genommen und schaffen durch Abholdienste die Möglichkeit zur Mobilität und somit auch zur Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsleistungen auch für Menschen, in deren Gemeinden keine ganztägige, flexible Kinderbetreuung angeboten wird. Im Jahr 2009 konnte beispielsweise das Osttiroler

[28] Im Osttiroler Kinderbetreuungszentrum wird während der Sommermonate eine besonders starke Nachfrage beobachtet, weshalb es auch spezielle Sommerangebote zur Kinderbetreuung gibt.

Kinderbetreuungszentrum 4.052 Abholungen verzeichnen. Derzeit beschränken sich derartige Transportmöglichkeiten aber auf die Umgebung von Lienz bzw. in geringerem Ausmaß auch auf die Umgebungen der Gemeinden mit Zweigstellen der Vereine (z.B. Sillian, Matrei, Kals, Nußdorf-Debant); die Gemeinden in den Tälern können nur in geringem Ausmaß erreicht werden.

Die Erkenntnis des Bedarfs und die Überzeugung von der Notwendigkeit eines Angebots derartiger privater, flexibler Kinderbetreuungseinrichtungen Einzelner führt zur Schaffung eines solchen Angebots. Der Zugang zu den Eltern, die ihre Kinder in anderen Kinderbetreuungseinrichtungen als den öffentlichen betreuen lassen, erfolgt in erster Linie über die Weiterempfehlung zufriedener Eltern. So kann die Zahl der betreuten Kinder von Jahr zu Jahr gesteigert werden. Ein politischer Wille zur Umsetzung derartiger innovativer Konzepte ist aus Sicht der InterviewpartnerInnen nicht gegeben. Das Osttiroler Kinderbetreuungszentrum beschäftigt und vermittelt auch Tagesmütter. Diese sind in der Regel allerdings kaum ausgelastet, denn einerseits ist die Kinderbetreuung bei Tagesmüttern im Vergleich zur Betreuung in einer Kindergruppe des Osttiroler Kinderbetreuungszentrums deutlich teurer, da der Dachverband „tagesmütter tirol“ die Kosten in der Höhe von 2,50 € pro Betreuungsstunde vorgibt. Eine Betreuungsstunde in einer Kindergruppe kostet beim Osttiroler Kinderbetreuungszentrum derzeit nur 2,00 €. Andererseits aber gibt es eine Präferenz für Kindergruppen vor Tagesmüttern seitens des Landes Tirol. Die Kinderbetreuung durch Tagesmütter wird in Osttirol laut den InterviewpartnerInnen häufig am Schwarzmarkt organisiert, wo die Kosten pro Stunde etwa 10 € betragen. Die Verdrängung auf den Schwarzmarkt allerdings stellt insofern ein Problem dar, als Frauen dadurch zu wenig Versicherungszeiten für eine eigenständige Pension erwerben können und daher im Ruhestand dann nur die Ausgleichszulage und das im Laufe des Lebens Ersparte zur Verfügung haben.

Ein weiterer, nicht zu vernachlässigender Bereich der Kinderbetreuung ist die außerschulische Nachhilfe. Professionelle Nachhilfeinstitute gibt es in Osttirol nur im Raum Lienz. Größtenteils wird die Aufgabe der Betreuung der SchülerInnen am Nachmittag (Unterstützung bei den Hausaufgaben, Nachhilfe) von den Müttern übernommen. Derzeit gibt es in Osttirol nur zwei Schulen in ganztägiger Schulform. Nach wie vor herrscht unter OsttirolerInnen ein sehr traditionelles Geschlechterrollen- und Familienbild vor: Die Aufgabe von Frauen wird in der Kindererziehung und –betreuung und in der Erledigung der im Haushalt anfallenden Tätigkeiten gesehen. Institutionelle Kinderbetreuung wird in ganztägiger Form eher abgelehnt, was von der derzeitigen Struktur der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen (halbtags; wenn ganztags, dann mit Mittagspause) weiter gefördert wird. Damit ist eine Berufstätigkeit von Müttern nur schwer vereinbar. Laut den InterviewpartnerInnen wird in der Realität allerdings nur ein relativ geringer Teil der Zeit der Hausfrauen/-männer für die Kinderbetreuung aufgewendet. Einen wesentlichen Beitrag im Bereich der Kinderbetreuung nimmt auch die Nachbarschaftshilfe ein.

Dazu kommt, dass in der Abwanderungsregion Osttirol Männer aus beruflichen Gründen häufig nur am Wochenende bei ihren Familien sind und die Frauen auf die Unterstützung der Väter weitgehend verzichten müssen. Die Verantwortung für die Kindererziehung (und auch die Schuld im Falle von damit verbundenen Problemen) liegt also zum größten Teil bei den Frauen und somit identifizieren sich Frauen häufig auch (ausschließlich) über ihre Kinder. Kindererziehung wird zur zentralen (und einzig möglichen) Form der Selbstverwirklichung. Auch im Frauenberatungszentrum Lienz ist man häufig damit konfrontiert, dass Frauen schon als Mädchen der Wert von Bildung und Beruf nicht in

ausreichendem Maß vermittelt wird. Frauen lernen dadurch früh, in Abhängigkeit zu leben – entweder vom Mann oder von Transferleistungen (oder beides). Frauen können so nicht ausreichend Beitragszeiten im Pensionsversicherungssystem erwerben, was geringe Pensionsansprüche zur Folge hat und somit die ökonomische Abhängigkeit auch nach der Zeit, in der sie aufgrund von Betreuungsleistungen an den Haushalt gebunden sind, aufrecht erhält. Aufgrund der großen Einkommensschere zwischen Männern und Frauen sind die Verdienstmöglichkeiten von Frauen im Vergleich zu den Transferzahlungen bzw. den Einkommensverlusten für den Mann, die mit einer Beschäftigung der Frauen verbunden sind (Verlust des Alleinverdienerabsetzbetrags), so gering, dass es sich haushaltökonomisch nicht rentiert, einer eigenständigen Beschäftigung außerhalb des Haushalts nachzugehen. So werden die Transferleistungen vom Staat zur „Überlebensstrategie" der Haushalte und die Abhängigkeiten von Frauen institutionalisiert. Die Funktion von Transferleistungen als Haushaltseinkommen „zementiert" soziale Schichten und verhindert soziale Mobilität. Die Verteidigung des vorherrschenden traditionellen Rollenbildes (auch seitens der Frauen) dient der Rechtfertigung des Lebensmodells, dem Frauen in großer Häufigkeit gegenüber stehen. Es entsteht auch sozialer Druck unter den Frauen, diesem vorherrschenden Rollenbild gerecht zu werden. Ein Mangel an beruflicher und sozialer Verankerung allerdings führt zur Abwanderung der Menschen. Die Arbeitsmarktintegration (und nicht zuletzt dadurch auch die soziale Integration) von Müttern ist von besonderer Bedeutung, wenn man die Abwanderung aus Osttirol eindämmen möchte. Derzeit leben laut den InterviewpartnerInnen etwa 50 % der Frauen mit Betreuungspflichten im Raum Lienz (Stadt). Da ein großer Teil der Osttiroler Männer derzeit bereits auspendelt und nur wochenends bei den Familien ist, hängt die Erhaltung der Infrastruktur an den Frauen.

Personen mit Migrationshintergrund nehmen zahlenmäßig – wie bereits in vorangehenden Teilen dieser Studie gezeigt wurde – in Osttirol ein eher geringes Gewicht ein. In erster Linie handelt es sich bei den MigrantInnen, die in Osttirol leben, um AsylwerberInnen. Die Erfahrungen der InterviewpartnerInnen zeigen, dass jene AsylwerberInnen, die nicht in Asylheimen sondern in privaten Einrichtungen untergebracht sind, sehr hohe Ambitionen haben, sich zu integrieren. Dies gestaltet sich aus finanziellen Gründen aber äußerst schwierig. Einmal jährlich gibt es eine Burschenwoche, die von der Caritas Lienz organisiert wird, in der Osttirol Burschen zwischen zehn und 13 Jahren gemeinsam mit Burschen mit Migrationshintergrund desselben Alters eine Woche verbringen. Dies dient der Aggressionsbewältigung und ist in Osttirol besonders wichtig: Der Vater als Vorbild ist für viele Burschen kaum vorhanden, da die Väter aus beruflichen Gründen auspendeln müssen und nur wochenends bei ihren Familien sind. Das wiederum hat Einfluss auf die vorherrschenden Geschlechterrollenbilder.

Altenbetreuung/-pflege – Behindertenbetreuung

Tirol zählte am 31. 12. 2008 22.971 BezieherInnen von Bundespflegegeld und 4.756 BezieherInnen von Landespflegegeld, insgesamt also 27.727 PflegegeldbezieherInnen. Davon waren etwa zwei Drittel weiblich, ein Drittel männlich. Von allen Tiroler Pflegegeldbezieherinnen erhielten 69,2 % Pflegegeld der Stufe 1 bis 3 (Österreich-Schnitt: 72,0 %). In Tirol waren im Jahr 2008 79,6 % der PflegegeldbezieherInnen (Landes- und Bundespflegegeld) 61 Jahre oder älter (Österreich-Schnitt: 81,3 %). (vgl. BMASK 2010)

Insgesamt ist die Zahl der LandespflegegeldbezieherInnen im Land Tirol zwischen 1998 und 2008 um 40,4 % angestiegen. Tirol ist somit nach Vorarlberg (47,1 %) das Bundesland mit dem zweithöchsten Anstieg der LandespflegegeldbezieherInnen in den letzten zehn Jahren. Im Österreich-Schnitt stieg die Anzahl der LandespflegegeldbezieherInnen deutlich weniger, nämlich um 28,6 %. Die Zahl der BundespflegegeldbezieherInnen stieg im Österreich-Schnitt zwischen 1998 und 2008 um knapp 30 % an. (vgl. Statistik Austria)

Neben den Geldleistungen des Pflegegeldes besteht ein weiterer wichtiger Bestandteil des österreichischen Pflegesystems aus den Sachleistungen. Im Jahr 2008 wurden in Tirol 6.124 ältere und 531 behinderte Personen in einer stationären Einrichtung betreut. 105 ältere und 1.892 behinderte Menschen waren im Jahr 2008 in teilstationären Einrichtungen (z.B. Tageszentren) betreut. Zudem nahmen 8.496 betreuungsbedürftige Personen mobile soziale Dienste in Anspruch. (vgl. BMASK 2010)

Die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung zeigt, dass in Tirol 5,6 % der Personen ab 18 Jahren eine (oder relativ selten auch mehrere) hilfs- und pflegebedürftige Person(en) betreuen. In Gesamt-Österreich liegt dieser Anteil bei 6,7 %. 38,6 % der betreuten Personen leben in derselben Wohnung wie die Betreuungsperson (Österreich: 40,1 %), 22,5 % in einer anderen Wohnung desselben Hauses (Österreich: 15,0 %) und 38,9 % anderswo (Österreich: 44,9 %). (vgl. Statistik Austria 2003)

Altenbetreuung bzw. Altenpflege wird in Osttirol über die **Sozial- und Gesundheitssprengel** organisiert. Sozial- und Gesundheitssprengel sind gemeindeorientierte, kleinräumige ambulante Strukturen auf Vereinsbasis. Das Sprengelzentrum fungiert als Anlauf-, Koordinations- und Einsatzstelle, wo soziale und gesundheitliche Probleme aufgegriffen und entsprechende Dienstleistungen wie Hauskrankenpflege, Pflegehilfe, Heimhilfe, Essen auf Rädern und der Verleih von Pflegebehelfen angeboten werden können. In Osttirol gibt es derzeit acht Sozial- und Gesundheitssprengel und einen weiteren Verein, der mobile Betreuung anbietet. (vgl. Amt der Tiroler Landesregierung 2009; Landesrechnungshof Tirol 2003)

Da fast alle Tiroler Gemeinden in den Sozial- und Gesundheitssprengeln erfasst sind, kann auch in Osttirol von einem annähernd flächendeckenden Angebot an ambulanten Pflege- und Hilfsdiensten ausgegangen werden. Von den etwa 650.000 im Jahr 2008 geleisteten Pflegestunden der Sozial- und Gesundheitssprengel in Tirol entfielen mehr als ein Drittel auf Heimhilfe, knapp ein Drittel auf Pflege- und Altenhilfe, etwa ein Viertel auf nicht-medizinische Hauskrankenpflege, jeweils knapp 4 % auf Familienhilfe und medizinische Hauskrankenhilfe. Die Sozial- und Gesundheitssprengel erbringen nicht alle Leistungen selbst, sondern kaufen einen Teil der Leistungen wie etwa die Hauskrankenpflege (bspw. vom Roten Kreuz) zu. (vgl. Amt der Tiroler Landesregierung 2009; Landesrechnungshof Tirol 2003) In Osttirol gibt es als Anbieter sozialer Dienste im Altenbetreuungsbereich außer den acht Sozial- und Gesundheitssprengel nur das Rote Kreuz und die Caritas, die neben dem Rettungsdienst auch Angebote wie Essen auf Rädern oder einen Sozialmarkt im Programm haben. Der Ehrenamtlichkeit kommt vor allem im Bereich der Altenbetreuung und –pflege ein sehr hoher Stellenwert zu.

In Osttirol wird die Vielfalt der Anbieter sozialer Dienstleistungen kaum als Konkurrenz empfunden, sondern eher als Möglichkeit der Qualitätssteigerung und des Benchmarkings. Alle

Sozialeinrichtungen gehören zum sogenannten „Sozialen Team“, das sich einmal monatlich zu Besprechungen trifft.

Im Tirol-Durchschnitt sind die durch die Sozial- und Gesundheitssprengel und sonstigen Vereine betreuten KlientInnen zu etwa zwei Drittel weiblich (vgl. Amt der Tiroler Landesregierung 2009: 242) , was sich daraus ergibt, dass Männer aufgrund der etwas kürzeren Lebenserwartung meist von ihren Frauen betreut und gepflegt werden. Zudem heiraten Männer meist jüngere Frauen.

Die 24-Stunden-Pflege wird im Gegensatz zu den sozialen Dienstleistungen im Bereich der Altenbetreuung laut den InterviewpartnerInnen eher privat, informell organisiert.

Ein von den InterviewpartnerInnen als wichtig anerkanntes Instrument zur frühzeitigen Erkennung eines möglicherweise notwendigen Betreuungsbedarfs stellen die Besuche der älteren Personen zu runden Geburtstagen seitens der Bezirkshauptmannschaft gemeinsam mit Vertretern der Gemeinden dar. So ist es möglich, sich einen Überblick über die Lebenssituation und den körperlichen und geistigen Zustand der alternden Menschen verschafft werden.

Frauenförderung/Hausarbeit

Laut der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2002 (Sonderprogramm Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege) weisen im Bundesland Tirol Frauen eine Gesamtarbeitszeit, also bezahlte und unbezahlte Arbeit, von 47,7 Stunden pro Woche auf (Österreich-Schnitt: 45,2 Stunden pro Woche), wohingegen Männer insgesamt 36,8 Stunden pro Woche arbeiten (Österreich-Schnitt: 35,1 Stunden pro Woche). Frauen wenden knapp 50 % ihrer Gesamtarbeitszeit für Haushaltstätigkeiten auf, gut ein Drittel für Erwerbsarbeit und etwa knapp 20 % für Kinderbetreuung. Dies entspricht in etwa dem Österreich-Schnitt. Tiroler Männer wenden etwa 80 % ihrer Gesamtarbeitszeit für Erwerbsarbeit auf und widmen nur gut 10 % ihrer Zeit Tätigkeiten im Haushalt, sogar nur etwa 7 % der Kinderbetreuung. Auch dies ist im Österreich-Schnitt ähnlich.

Im Bundesland Tirol führen laut Mikrozensus 2002 65,4 % der Frauen den Haushalt überwiegend oder ganz alleine (Österreich: 56,8 % der Frauen), wohingegen 67,7 % der Männer den Haushalt gar nicht oder fast nicht führen (Österreich: 59,3 %). (vgl. Statistik Austria 2003)

Es gibt laut den InterviewpartnerInnen viel Bedarf an gezielten Förderungen und Maßnahmen für die speziellen Interessen der Frauen in Osttirol, allerdings wenig politische Bereitschaft zur Umsetzung. So werden vier Einrichtungen aus dem Sporttopf finanziert. Das **Frauenzentrum Osttirol** ist ein Verein, der sich speziell der Beratung in frauenspezifischen Angelegenheiten für Frauen jeder Altersgruppe widmet. Ein wichtiger Bestandteil des Aufgabengebietes des Frauenzentrums Osttirol ist die Rechtsberatung, die oft einen ersten Schritt zur Veränderung einer verfahrenen Situation einer Frau darstellt. Zudem bietet der Verein Übergangswohnungen an und versteht sich auch als Opferschutzeinrichtung. Im Jahr 2009 wurden 196 Mädchen und Frauen in Beratungsgesprächen (persönlich und/oder telefonisch) vom Frauenzentrum Osttirol betreut. Zusätzlich konnten 201 Mädchen über Workshops und Projekte erreicht werden. 230 Personen besuchten Veranstaltungen des Osttiroler Frauenzentrums. Zwischen April und Dezember 2009 wohnten 4 Frauen und 5 Kinder in der Frauennotwohnung, wobei es zusätzlich Anfragen von 12 Frauen mit 14 Kindern gab. 38 % aller KlientInnen suchen das Frauenzentrum Osttirol auf, um psychosoziale Beratung oder Begleitung in

Anspruch zu nehmen. Weitere 19 % suchen Beratung zur Existenzsicherung. 14 % benötigen Beratung und Begleitung aufgrund von Gewalt, 11 % aufgrund von Trennung oder Scheidung und 10 % nehmen allgemein Rechtsberatung in Anspruch. Auch berufliche Orientierung oder Wohnungssuche sind Gründe für eine Beratung beim Frauenzentrum Osttirol.

Neben dem Frauenzentrum Osttirol ist als wichtige Instanz bei der Vertretung der Frauen in Osttirol das **Zentrum für Ehe- und Familienberatung** zu erwähnen, die auch Angebote speziell für Frauen haben. Eine Beratungsstelle für Burschen und Männer fehlt in Osttirol gänzlich, was von den InterviewpartnerInnen als großer Mangel angesehen wird, da derartige Einrichtungen einen wichtigen Stellenwert bei der Entwicklung bzw. Veränderung vorherrschender Rollenbilder einnehmen könnten.

Ernährung stellt einen haushaltsnahen Bereich dar, der einen wesentlichen Einfluss auf die Volksgesundheit hat. Derzeit gibt es laut den InterviewpartnerInnen nicht genügend Möglichkeiten für eine qualitativ hochwertige Ernährung, die außerhalb des Haushalts angeboten wird. Haushaltsnahe Dienstleistungen werden laut den InterviewpartnerInnen in Osttirol häufig über den Schwarzmarkt organisiert.

Es gibt im Osttiroler Defereggental bereits Überlegungen, haushaltsnahe Dienstleistungen in generationenübergreifender Wese effektiv zu organisieren und in Kooperation der Gemeinden untereinander anzubieten. Eine derartige arbeitsteilige Organisation der sozialen Dienstleistungen soll Arbeitsplätze für Menschen mit allen Qualifikationen schaffen und auch freiwillige Arbeit fördern.

2.5.2. Soziale Dienste in Niederösterreich: Bezirk Neunkirchen und Großraum Schwechat

Gemäß der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2002[29] betreuen 37,1 % der Niederösterreichischen Frauen ihre Kinder ganz oder überwiegend alleine und weitere 54,9 % gemeinsam mit anderen Personen. 61,8 % der Niederösterreichischen Männer geben an, ihre Kinder gemeinsam mit anderen zu betreuen, allerdings geben auch 37,3 % an, ihre Kinder selten oder nie zu betreuen. 26,0 % der Kinder unter 15 Jahren sind in Niederösterreich zumindest einmal pro Woche in einer Betreuungseinrichtung. Mit dieser Struktur liegt Niederösterreich ziemlich genau beim Österreich-Schnitt. Von allen zumindest einmal wöchentlich in einer Einrichtung betreuten Kindern werden in Niederösterreich 65,0 % in öffentlichen Kindergärten oder –krippen betreut (Österreich: 51,5 %). Weitere 7 % werden von einer Tagesmutter (bzw. –vater) betreut. Somit nehmen Tageseltern als Kinderbetreuungsform in Niederösterreich bundesweit den höchsten Stellenwert ein (Österreich-Schnitt: 3,9 %). Es ist eine besonders flexible Betreuungsform, die zunehmend zur Ergänzung der öffentlichen Betreuung eingesetzt wird.

Nur 10,9 % der Kinder, die zumindest einmal wöchentlich betreut werden, werden ganztags betreut (Österreich: 25,6 %), 57,4 % nur vormittags (Österreich: 42,7 %), 15,8 % nur nachmittags (Österreich:

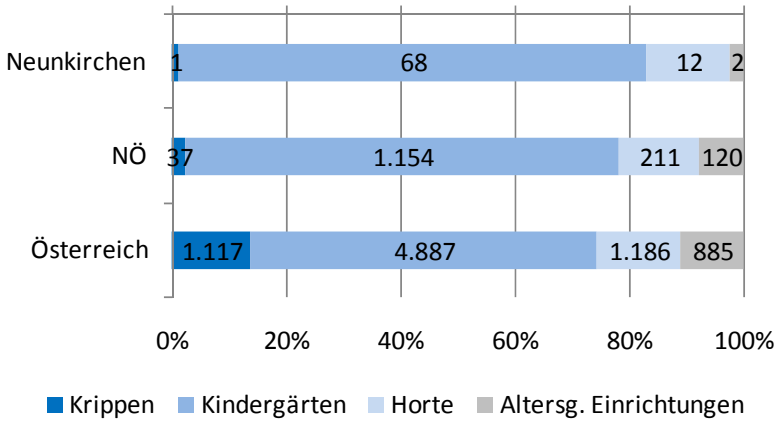
[29] Die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung ist eine Haushaltsbefragung mit einer 1%-igen Repräsentativ-Stichprobe der österreichischen Bevölkerung und wird vierteljährlich durchgeführt. Das Sonderprogramm im September 2002 widmet sich dem Thema „Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege“. (vgl. Statistik Austria 2003: 48)

16,0 %) und 15,8 % zu sonstigen Betreuungszeiten (Österreich: 15,8 %). Insgesamt werden in Niederösterreich 50,9 % der Kinder in Betreuungseinrichtungen auch über die Mittagszeit betreut (Österreich: 55,1%). (vgl. Statistik Austria 2003)

Kinderbetreuung in Neunkirchen

Neunkirchen verfügt gemäß Kindertagesheimstatistik 2009/2010 über 83 institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen, bei denen sich ein klarer Angebotsschwerpunkt in der vorschulischen Betreuung ab dem Kindergartenalter zeigt. Abbildung 86 gibt einen Überblick über die im Bezirk vertretenen Einrichtungen nach Betreuungsform und veranschaulicht dabei die Schwerpunkte des Angebots. 81,9 % der institutionellen Kinderbetreuungsformen entfallen in Neunkirchen auf Kindergärten. Dies ist mehr als im Landes- und Bundesschnitt von 75,8 % bzw. 60,5 %. Ein deutlich unterdurchschnittliches Angebot besteht in Neunkirchen (1,2 %) und Niederösterreich (2,4 %) in der institutionellen Betreuung von Klein(st)kindern im Alter von 0-2 Jahren – Neunkirchen zählte 2009 eine Krippe von insgesamt 37 Krippen in Niederösterreich. Demgegenüber liegt der Anteil von Krippen im Österreich-Schnitt bei 13,8 %. Der Anteil an Horten ist in Neunkirchen ähnlich hoch wie im Niederösterreich- und Österreich-Schnitt. Bei den altersgemischten Einrichtungen weisen Neunkirchen und Niederösterreich im Vergleich zu Österreich unterdurchschnittliche Anteile auf.[30] Innerhalb des Bezirks ist das Betreuungsangebot sehr unterschiedlich. Generell gilt, je urbaner der Bereich desto eher sind Kinderbetreuungseinrichtungen vorhanden. (ExpertInneneinschätzung)

Abbildung 86: Kindertagesheime nach Betreuungsform 2009 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

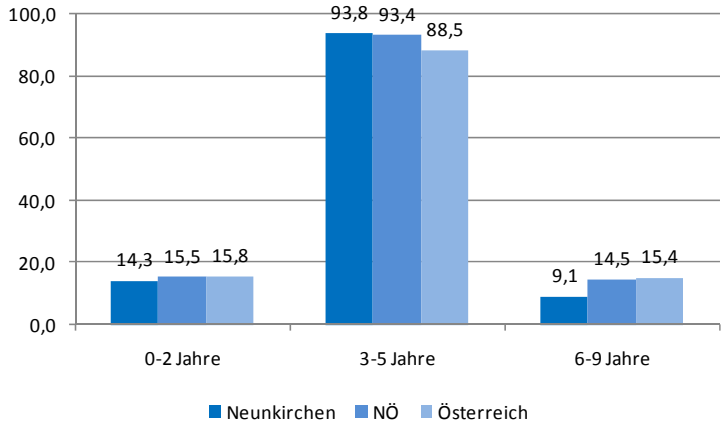
Im Vergleich zum Niederösterreich- und Österreich-Schnitt weist Neunkirchen bei den Kindern der Altersgruppe 3-5 Jahre (deutlich) höhere Betreuungsquoten[31] auf: So lag der Anteil der in Kindertagesheimen (Kindergärten, altersgemischte Einrichtungen) betreuten 3-5jährigen in

[30] Zu beachten ist, dass in Niederösterreich in Kindergärten geführte altersgemischte Gruppen nicht als eigene Kindertagesheimstandorte ausgewiesen werden.

[31] Betreuungsquote: Anteil der in Kindertagesheimen betreuten Kinder bezogen auf die gleichaltrige Wohnbevölkerung

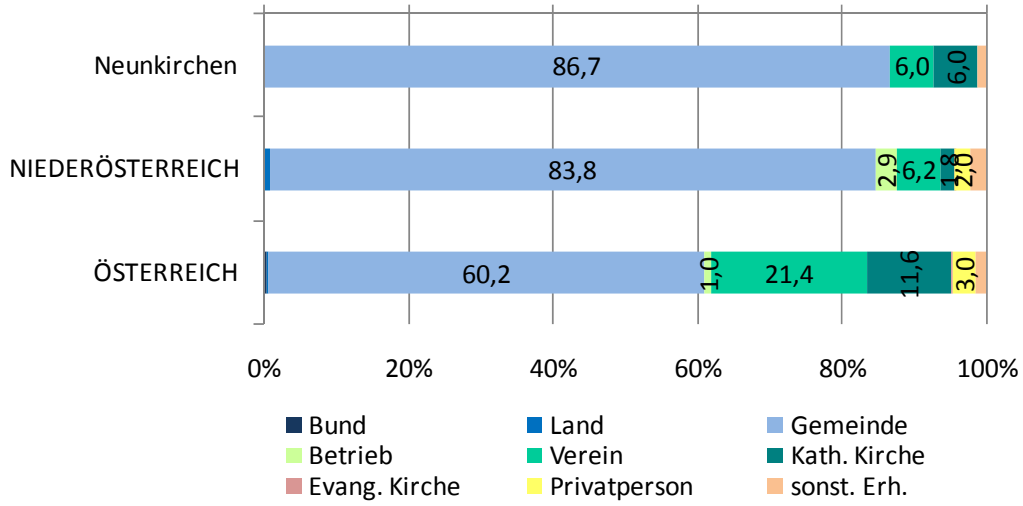
Neunkirchen bei 93,8 % gegenüber 93,4 % in Niederösterreich und 88,5 % im Österreich-Schnitt. Dahingegen liegen Neunkirchens Betreuungsquoten bei den 0-2jährigen mit 14,3 % und bei den 6-9jährigen mit 9,1 % unter dem Landes- und Bundesschnitt.

Abbildung 87: Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 2009 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Abbildung 88: Kindertagesheime nach Erhalter 2009 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

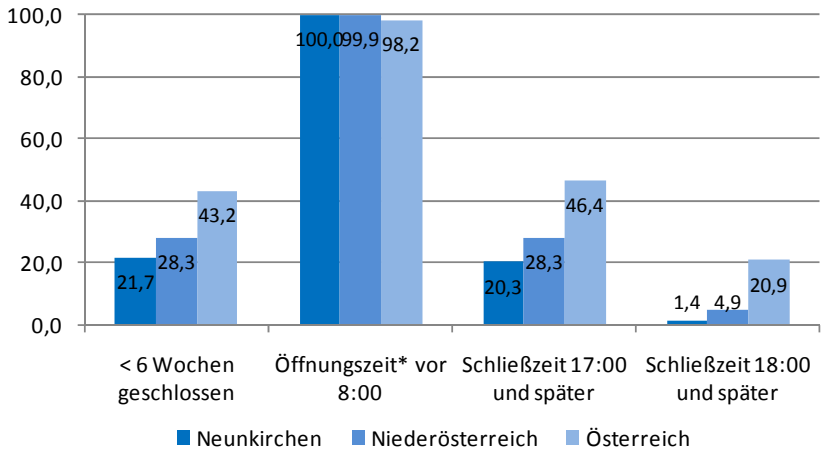
Für die Erhaltung der Kindertagesheime ist mehrheitlich die öffentliche Hand, insbesondere die Gemeinden, zuständig (Abbildung 88). 86,7 % der Kindertagesheime wurden in Neunkirchen 2009 von den Gemeinden erhalten, jeweils etwa 6 % von Vereinen und Organisationen der katholischen Kirche. Im Niederösterreich-Schnitt spielen die Gemeinden eine ähnlich große Rolle, ebenso die Vereine. Der Rest verteilt sich auf Einrichtungen, die von Betrieben (2,9 %), Einrichtungen der katholischen Kirche (1,8 %), Privatpersonen (2 %) oder sonstigen Stellen erhalten werden. Österreichweit ist die Bedeutung von Vereinen mit 21,4 % und Einrichtungen der katholischen Kirche mit 11,6 % größer, auf den öffentlichen Sektor entfallen – im Vergleich zu Neunkirchen und Niederösterreich – „nur“ 61 %, davon 60,2 % auf die Gemeinden.

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die zeitliche Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen entscheidend. Dazu zählen die Öffnungszeiten über das Jahr und während einer Arbeitswoche. Unselbständig Beschäftigte haben in Österreich in der Regel Anspruch auf fünf Wochen Urlaub pro Jahr, Kinderbetreuungseinrichtungen folgen teils dem schulischen Kalender und sind somit oft mehr als fünf Wochen pro Jahr geschlossen.

Von den ExpertInnen wurden die teils sehr starren, eingeschränkten Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen als problematisch eingestuft. Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie ist im Bezirk Neunkirchen schwierig, wenn der Arbeitsplatz nicht in der Nähe der Betreuungseinrichtungen liegt. Aus Sicht der ExpertInnen wäre eine stärkere Bedarfsorientierung bei den Öffnungszeiten sowie auch eine Flexibilisierung bei der Anmeldung (flexibler Einstieg während des Jahres, Stellenangebote ergeben sich oft sehr kurzfristig) notwendig. Teils wird bei der Vergabe von Kindergartenplätzen von den Gemeinden auch eine Prioritätenreihung vorgenommen (Kind mit berufstätigen Eltern vor Kind mit nur einem berufstätigen Elternteil). Die Daten aus der Kindertagesheimstatistik untermauern die ExpertInneneinschätzungen (Abbildung 89).

Die Betreuungsstrukturen sind im Wesentlichen weiblich, sowohl in Kindergärten als auch in Volksschulen. In Neunkirchen ist den ExpertInnen kein Kindergartenpädagoge bekannt sowie keine männliche Stützkraft. Nur im Hortbereich gibt es ein paar männliche Betreuungskräfte.

Abbildung 89: Kindertagesheime nach offenen Wochen und Öffnungszeiten 2009 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich



* hier nur Krippen und Kindergärten berücksichtigt

Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

In Neunkirchen hatten 2009 nur 21,7 % der institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen 47 (und mehr) Wochen geöffnet. Das ist weniger als im Bundesland-Schnitt und entspricht in etwa der Hälfte des Österreich-Schnitts[32]. Was die Öffnungszeiten von Krippen und Kindergärten[33] betrifft, bestehen

[32] Beim Österreich-Durchschnitt ist anzumerken, dass die Bandbreite über die Bundesländer hinweg sehr groß ist. Die untere Grenze markiert die Steiermark, dort haben nur 12,7 % der Einrichtungen 47 (und mehr) Wochen pro Jahr geöffnet, die obere Grenze stellt Wien mit 91,1 % dar.

in Neunkirchen wie auch im Niederösterreich- und Österreich-Schnitt im Allgemeinen keine Hindernisse für eine Erwerbstätigkeit – (fast) alle Krippen und Kindergärten haben ab spätestens 8:00 Uhr geöffnet. Dahingegen zeigen sich Probleme bei den Schließzeiten. In Neunkirchen schließt nur jede fünfte Kinderbetreuungseinrichtung um 17:00 oder später, um 18:00 oder später schließen überhaupt nur 1,4 % der Neunkirchner Kindertagesheime. Etwas mehr sind es im Niederösterreich-Schnitt; im Österreich-Schnitt schließt knapp jedes zweite institutionelle Kinderbetreuungsheim um 17:00 Uhr oder später, etwa jedes fünfte schließt um 18:00 Uhr oder später.

Es bestehen allerdings deutliche Unterschiede bei den Schließzeiten nach Betreuungsform. In Niederösterreich ist die Situation bei den Schließzeiten schlechter als im Österreich-Schnitt. Neunkirchen zählte 2009 eine Krippe; diese hatte bis 17:00 geöffnet (NÖ: 48,6 % bis 17:00 oder länger, Ö: 58,5 %). Bei den Kindergärten und Horten war die Situation hinsichtlich der Schließzeiten deutlich schlechter als im Landes- und Bundesschnitt, nur 19,1 % der Kindergärten hatten bis 17:00 oder länger geöffnet (NÖ: 16,5 %, Ö: 32,7 %), bei den Horten waren es 50 % (NÖ: 73 %, Ö: 79,3 %).

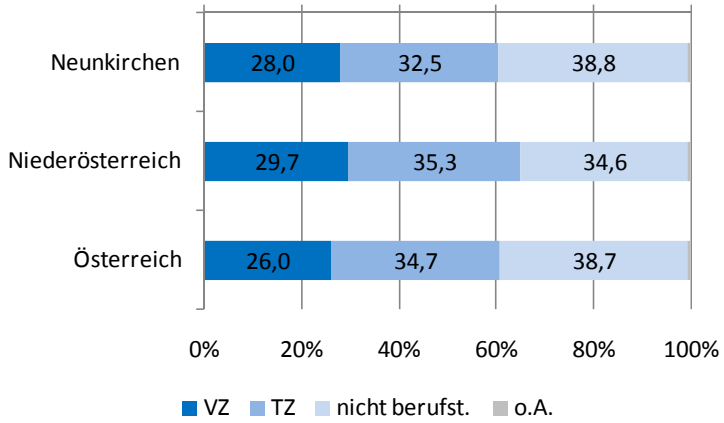
Österreichweit ist der Anteil von Kindern mit berufstätiger Mutter in Krippen und Horten zwischen 1999 und 2009 zurückgegangen, von 82,2 % (1999) auf 65,1 % (2009) in den Krippen und von 82,0 % (1999) auf 71,9 % (2009) in den Horten; bei den Kindergärten hat sich der Anteil von Kindern mit berufstätiger Mutter etwas erhöht, von 55,3 % auf 57,9 %. (Statistik Austria 2010: 13) Im Bezirk Neunkirchen hatten im Jahr 2009 60,5 % der in Kindertagesheimen betreuten Kinder eine berufstätige Mutter, 28 % übten eine Vollzeitbeschäftigung aus, 32,5 % eine Teilzeitbeschäftigung. Diese Anteile entsprechen in etwa dem Österreich-Schnitt, bei den teilzeitbeschäftigten Müttern weist Niederösterreich eine etwas höhere Quote aus als der Neunkirchner und der österreichische Durchschnitt.

Deutliche Unterschiede bestehen allerdings zwischen den Betreuungsformen. In Krippen und Horten haben in Neunkirchen fast neun von zehn Kindern berufstätige Mütter; jedoch hat nur gut jedes zweite Kindergartenkind eine berufstätige Mutter. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die Situation in Niederösterreich: österreichweit haben zwei Drittel der Kinder in Krippen eine berufstätige Mutter, gut jedes zweite Kindergartenkind sowie etwa sieben von zehn Hortkindern. (vgl. Tabelle 33 im ‚Statistischen und methodischen Anhang', Seite223)

Von den in Krippen und Kindergärten betreuten Kindern sind in Neunkirchen 51,4 % ganztägig untergebracht, 48,5 % besuchen diese Betreuungseinrichtungen nur vormittags, 0,2 % nur nachmittags. Etwa ein Drittel (32,5 %) der Kinder ist in der Krippe oder im Kindergarten über die Mittagszeit. Wie aus Abbildung 91 ersichtlich, liegt Neunkirchen mit diesen Anwesenheitszeiten genau im Niederösterreich-Schnitt, etwas mehr Kinder (38,9 %) nehmen im Landesschnitt das Mittagessen in der Krippe bzw. im Kindergarten ein. Österreichweit ist der Anteil der nur vormittags in Krippen und Kindergärten betreuten Kinder etwas größer, fast die Hälfte der Kinder ist dort auch über die Mittagszeit.

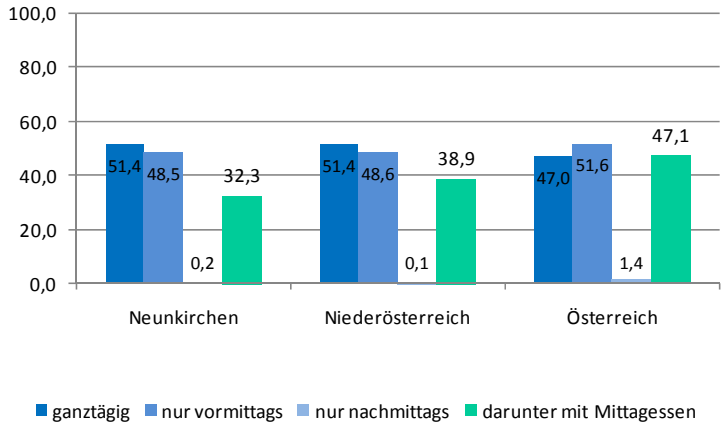
[33] Altersgemischte Einrichtungen besuchten 2009 Kinder im Alter von 0-16 Jahren, die Einbeziehung dieser Betreuungsform nach Öffnungszeiten für die Altersgruppe der 0-5jährigen war mit den zur Verfügung stehenden Daten nicht möglich.

Abbildung 90: Kinder in Kindertagesheimen nach Berufstätigkeit der Mutter 2009 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Abbildung 91: Kinder in Krippen und Kindergärten nach Anwesenheitsdauer und Einnahme von Mittagessen 2009 im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich



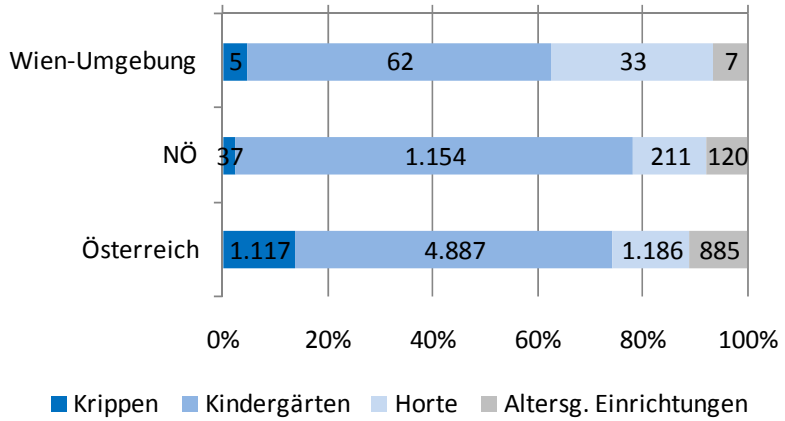
Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Kinderbetreuung im Großraum Schwechat (Bezirk Wien-Umgebung)

Der Bezirk Wien-Umgebung verfügt (Berichtsjahr 2009/10) über 107 institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen. Wie aus Abbildung 92 ersichtlich, hat auch Wien-Umgebung mit 57,9 % den größten Angebotsanteil bei den Kindergärten, dieser ist aber im Vergleich zum Niederösterreich- und Österreich-Schnitt von 75,8 % bzw. 60,5 % (merklich) geringer. Wien-Umgebung weist einen deutlich größeren Angebotsschwerpunkt bei den Horten auf, knapp ein Drittel (30,8 %) entfällt auf diese Betreuungsform, in Niederösterreich-Schnitt sind es lediglich 13,9 %, im Österreich-Schnitt 14,7 %. Anteilsmäßig betrachtet hat Wien-Umgebung mit 4,7 %ein größeres Angebot bei der institutionellen Betreuung der 0-2jährigen als Neunkirchen mit nur 1,2 % und liegt auch über dem Landesschnitt von 2,4 %. Gegenüber dem Bundesschnitt von 13,8 % haben allerdings beide Bezirke wie auch Niederösterreich insgesamt ein unterdurchschnittliches institutionelles

Betreuungsangebot in Form von Krippen für die 0-2jährigen. Auch bei den altersgemischten Gruppen liegen Wien-Umgebung und Niederösterreich unter dem Österreich-Schnitt.[34]

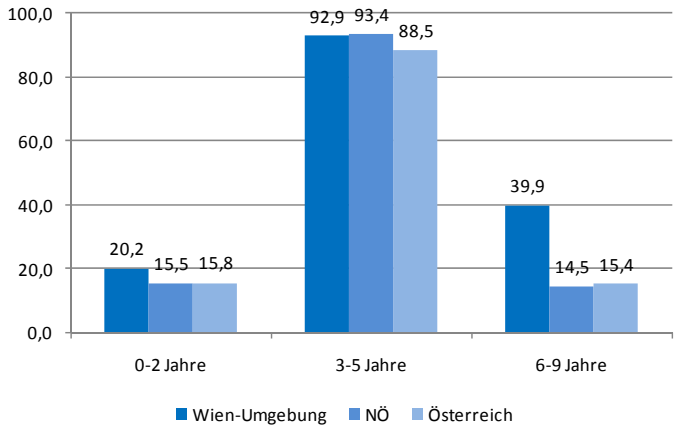
Abbildung 92: Kindertagesheime nach Betreuungsform 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Bei den Betreuungsquoten unterscheidet sich Wien-Umgebung vom Niederösterreich- und Österreich-Schnitt bei den Kleinstkindern (0-2jährige) und den Kinder im schulpflichtigen Alter (6-9jährige). Bezogen auf die gleichaltrige Wohnbevölkerung wurden 2009 20,9 % der 0-2jährigen in Wien-Umgebung sowie 39,9 % der 6-9jährigen institutionell betreut. In Niederösterreich- und Österreich-Schnitt waren es in diesen Altersgruppen jeweils nur um die 15 %. Bei den Kindern im Kindergartenalter weist Wien-Umgebung eine ähnlich hohe Betreuungsquote auf wie der Niederösterreich-Schnitt und liegt damit über dem österreichischen Durchschnitt.

Abbildung 93: Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich

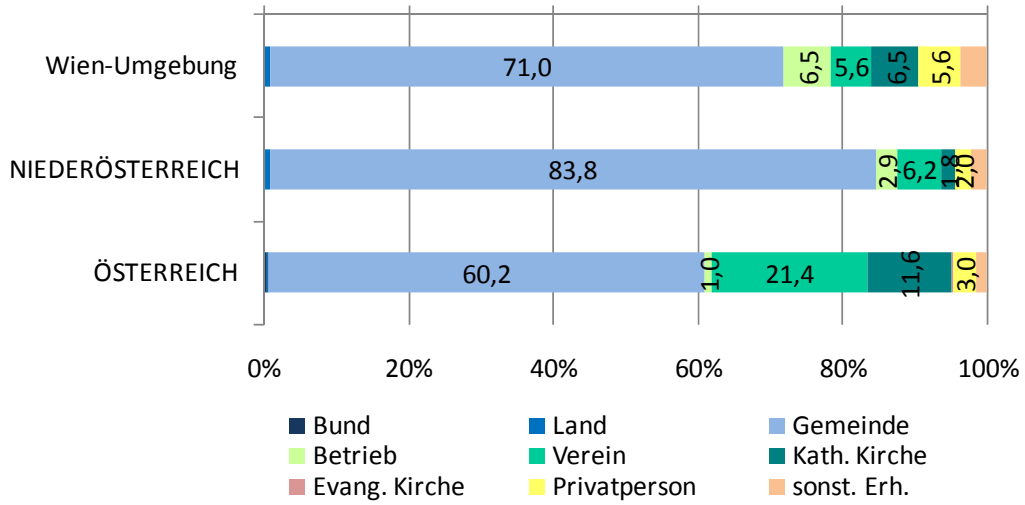


Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

[34] Zu beachten ist, dass in Niederösterreich in Kindergärten geführte altersgemischte Gruppen nicht als eigene Kindertagesheimstandorte ausgewiesen werden.

Für die Erhaltung der Kindertagesheime ist auch in Wien-Umgebung mehrheitlich die öffentliche Hand zuständig, insbesondere die Gemeinden mit 71 %. Im Vergleich zu Neunkirchen sowie zum Niederösterreich-Schnitt spielt aber in Wien-Umgebung der private Sektor eine größere Rolle. Hervorzuheben ist der im Vergleich zu Niederösterreich und Österreich höhere Anteil der von Betrieben geführten Kinderbetreuungseinrichtungen von 6,5 %. Höhere Anteile nehmen auch Einrichtungen der katholischen Kirche sowie Privatpersonen ein, dahingegen werden deutlich weniger Kinderbetreuungseinrichtungen von Vereinen erhalten (5,6 %) als im Österreich-Schnitt (21,4 %).

Abbildung 94: Kindertagesheime nach Erhalter 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich



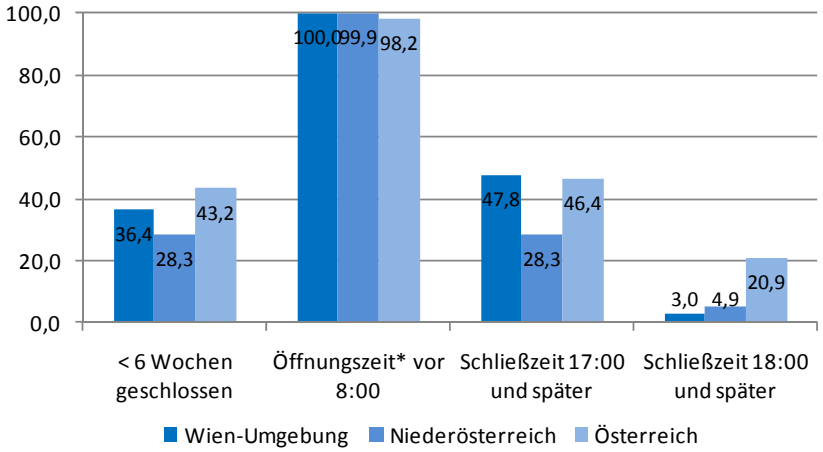
Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Wie bereits angemerkt, ist für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie die zeitliche Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen entscheidend. Im Bezirk Wien-Umgebung hatte 2009 ein gutes Drittel der institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen 47 (und mehr) Wochen geöffnet. Wien-Umgebung liegt damit besser als im Bundesland-Schnitt, aber schlechter als im Österreich-Schnitt[35]. Gegeben diese institutionelle Angebotssituation ist es eine Herausforderung für berufstätige Eltern, die Betreuung ihrer Kinder ganzjährig zu organisieren bzw. kann sie als Hindernis – vorallem für Frauen – gewertet werden, erwerbstätig zu sein bzw. nach der Babypause wieder ins Erwerbsleben einzusteigen. Dafür ist allerdings nicht allein die Zahl der Betriebstage ausschlaggebend, auch die Öffnungs- und Schließzeiten sind entscheidend. Wie im Fall von Neunkirchen zeigen sich auch für Wien-Umgebung keine Hindernisse beim Beginn der Öffnungszeit – alle Krippen und Kindergärten haben in Wien-Umgebung spätestens um 8:00 geöffnet. Bei den Schließzeiten ist die Situation in Wien-Umgebung besser als in Neunkirchen und im Niederösterreich-Schnitt. Fast jedes zweite Kindertagesheim schließt um 17:00 oder später (Neunkirchen nur jedes fünfte), um 18:00 oder später schließen 3 % (Neunkirchen 1,4 %, NÖ 4,9 %, Österreich 20,9%). Nach Betreuungsformen bestehen allerdings deutliche Unterschiede bei den Schließzeiten. In Niederösterreich insgesamt ist die

[35] Beim diesem Österreich-Durchschnitt ist anzumerken, dass die Bandbreite über die Bundesländer hinweg sehr groß ist. Die untere Grenze markiert die Steiermark, dort haben nur 12,7 % der Einrichtungen 47 (und mehr) Wochen pro Jahr geöffnet, die obere Grenze stellt Wien mit 91,1 % dar.

Situation schlechter – im Sinne früher Schließzeiten – als im Österreich-Schnitt, Wien-Umgebung schneidet bei den Krippen und Horten schlechter als im Landesschnitt ab, dahingegen ist die Schließzeitensituation bei den Kindergärten deutlich besser als im Landes- und Bundesschnitt. So schlossen 2009 in Wien-Umgebung 40 % der Krippen (NÖ: 48,6 %, Ö: 58,5 %), 48,4 % der Kindergärten (NÖ: 16,5 %, Ö: 32,7 %) sowie 54,5 % der Horte (NÖ: 73 %, Ö: 79,3 %) um 17:00 oder später.

Abbildung 95: Kindertagesheime nach offenen Wochen und Öffnungszeiten 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich

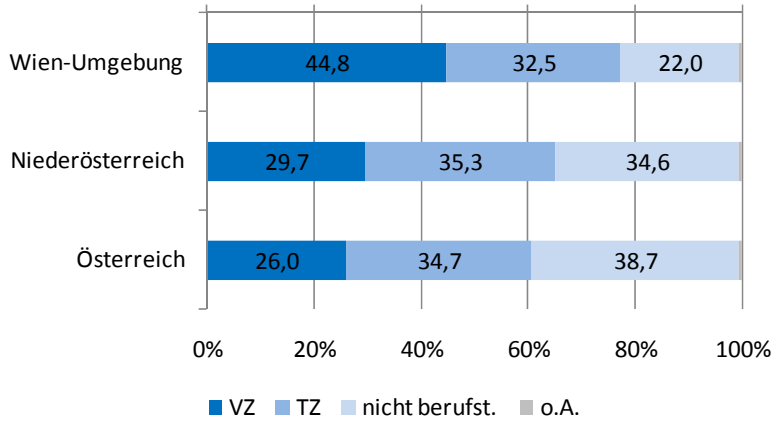


* hier nur Krippen und Kindergärten berücksichtigt

Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Österreichweit ist der Anteil von Kindern mit berufstätiger Mutter in Krippen und Horten zurückgegangen, von 82,2 % (1999) auf 65,1 % (2009) in den Krippen und von 82,0 % (1999) auf 71,9 % (2009) in den Horten, bei den Kindergärten hat sich der Anteil von Kindern mit berufstätiger Mutter etwas erhöht, von 55,3 % auf 57,9 %. (Statistik Austria 2010: 13) Im Bezirk Wien-Umgebung hatten im Jahr 2009 77,3 % der in Kindertagesheimen betreuten Kinder eine berufstätige Mutter, 44,8 % übten eine Vollzeitbeschäftigung aus, 32,5 % eine Teilzeitbeschäftigung. Wien-Umgebung hat damit einen überdurchschnittlichen Anteil von in Kindertagesheimen betreuten Kindern mit berufstätiger Mutter. Während in Wien-Umgebung 2009 gut drei Viertel der betreuten Kinder eine berufstätige Mutter hatten, traf dies im Niederösterreich-Schnitt auf knapp zwei Drittel und im Österreich-Schnitt auf etwa drei Fünftel der in Kindertagesheimen betreuten Kinder zu. Dies ist auf den deutlich höheren Anteil von Vollzeit erwerbstätigen Müttern in Wien-Umgebung zurückzuführen.

Abbildung 96: Kinder in Kindertagesheimen nach Berufstätigkeit der Mutter 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich

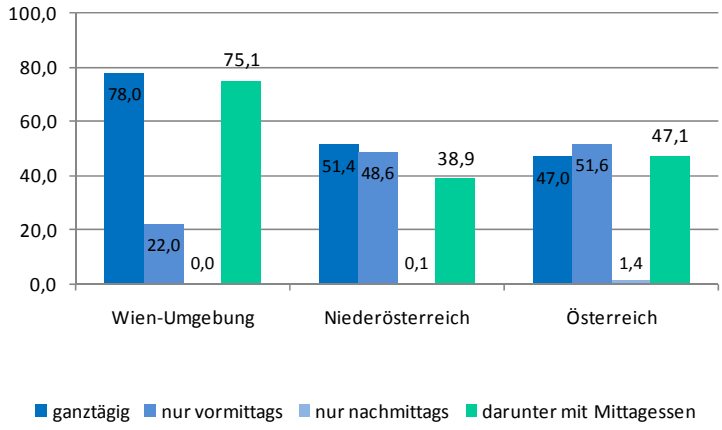


Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Deutliche Unterschiede bestehen allerdings zwischen den Betreuungsformen. In Krippen haben in Wien-Umgebung fast neun von zehn Kindern berufstätige Mütter (davon 45,8 % Vollzeit) sowie zwei Drittel der Kindergartenkinder (36,3 % Vollzeit). In Horten haben fast alle Kinder (95,8 %) eine berufstätige Mutter (60,6 % Vollzeit). Wien-Umgebung liegt damit über dem Landesschnitt und deutlich über dem Bundesschnitt. (vgl. Tabelle 33 im ‚Statistischen und methodischen Anhang', Seite 223)

Während in Neunkirchen nur etwa die Hälfte der in Krippen und Kindergärten betreuten Kinder ganztägig untergebracht ist, sind dies in Wien-Umgebung mehr als drei Viertel der Kinder, etwa ein Fünftel besucht diese Betreuungseinrichtungen nur vormittags. Auch deutlich mehr Kinder, drei von vier, essen in der Krippe oder im Kindergarten zu Mittag, in Neunkirchen trifft das nur auf jedes dritte Kind zu. Wie aus Abbildung 97 ersichtlich, weicht Wien-Umgebung mit diesen Anwesenheitszeiten deutlich vom Landes- und Bundesschnitt ab.

Abbildung 97: Kinder in Krippen und Kindergärten nach Anwesenheitsdauer und Einnahme von Mittagessen 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Niederösterreich und Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Altenbetreuung/-pflege – Behindertenbetreuung in Niederösterreich

Niederösterreich zählte am 31. 12. 2008 68.909 BezieherInnen von Bundespflegegeld und 12.136 BezieherInnen von Landespflegegeld, insgesamt also 81.045 PflegegeldbezieherInnen. Davon waren etwa zwei Drittel weiblich, ein Drittel männlich. Von allen Niederösterreicher Pflegegeldbezieherinnen erhielten 71,1 % Pflegegeld der Stufe 1 bis 3 (Österreich-Schnitt: 71,8 %). In Niederösterreich waren im Jahr 2008 81,7 % der PflegegeldbezieherInnen (Landes- und Bundespflegegeld) 61 Jahre oder älter (Österreich-Schnitt: 81,3 %). (vgl. BMASK 2010)

Insgesamt ist die Zahl der LandespflegegeldbezieherInnen im Land Niederösterreich zwischen 1998 und 2008 um 39,9 % angestiegen. Niederösterreich ist somit nach Vorarlberg (47,1 %) und Tirol (40,4 %) das Bundesland mit dem dritthöchsten Anstieg der LandespflegegeldbezieherInnen in den letzten zehn Jahren. Im Österreich-Schnitt stieg die Anzahl der LandespflegegeldbezieherInnen deutlich weniger, nämlich um 28,6 %. Die Zahl der BundespflegegeldbezieherInnen stieg im Österreich-Schnitt zwischen 1998 und 2008 um knapp 30 % an. (vgl. Statistik Austria)

Neben den Geldleistungen des Pflegegeldes besteht ein weiterer wichtiger Bestandteil des österreichischen Pflegesystems aus den Sachleistungen. Im Jahr 2008 wurden in Niederösterreich 11.219 ältere Personen in einer stationären Einrichtung betreut. 89 ältere Menschen waren im Jahr 2008 in teilstationären Einrichtungen (z.B. Tageszentren) untergebracht. Zudem nahmen 14.846 betreuungsbedürftige Personen mobile soziale Dienste in Anspruch. (vgl. BMASK 2010)

Die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung zeigt, dass in Niederösterreich 8,1 % der Personen ab 18 Jahren eine (oder relativ selten auch mehrere) hilfs- und pflegebedürftige Person(en) betreuen. In Gesamt-Österreich liegt dieser Anteil bei 6,7 %. 35,6 % der betreuten Personen leben in derselben Wohnung wie die Betreuungsperson (Österreich: 40,1 %), 15,0 % in einer anderen Wohnung desselben Hauses (Österreich: 15,0 %) und 49,4 % anderswo (Österreich: 44,9 %). (vgl. Statistik Austria 2003)

Hausarbeit in Niederösterreich

Laut der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2002 (Sonderprogramm Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege) weisen im Bundesland Niederösterreich Frauen eine Gesamtarbeitszeit, also bezahlte und unbezahlte Arbeit, von 45,3 Stunden pro Woche auf (Österreich-Schnitt: 45,2 Stunden pro Woche), wohingegen Männer insgesamt 35,0 Stunden pro Woche arbeiten (Österreich-Schnitt: 35,1 Stunden pro Woche). Frauen wenden knapp 50 % ihrer Gesamtarbeitszeit für Haushaltstätigkeiten auf, gut ein Drittel für Erwerbsarbeit und etwa knapp 20 % für Kinderbetreuung. Dies entspricht in etwa dem Österreich-Schnitt. Niederösterreichische Männer wenden etwa 80 % ihrer Gesamtarbeitszeit für Erwerbsarbeit auf und widmen nur gut 10 % ihrer Zeit Tätigkeiten im Haushalt, sogar nur etwa 7 % der Kinderbetreuung. Auch dies ist im Österreich-Schnitt ähnlich.

Im Bundesland Niederösterreich führen laut Mikrozensus 2002 54,4 % der Frauen den Haushalt überwiegend oder ganz alleine (Österreich: 56,8 % der Frauen), wohingegen 61,3 % der Männer den Haushalt gar nicht oder fast nicht führen (Österreich: 59,3 %). (vgl. Statistik Austria 2003)

2.5.3. Soziale Dienste in Wien-Leopoldstadt

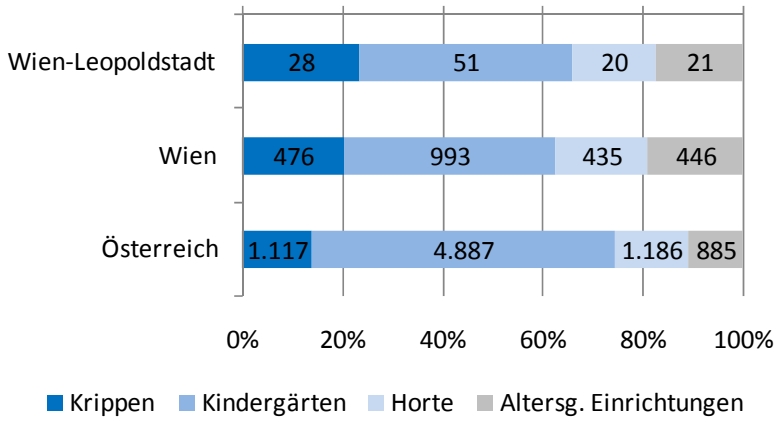
Gemäß der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2002[36] betreuen 37,9 % der Wiener Frauen ihre Kinder ganz oder überwiegend alleine und weitere 57,0 % gemeinsam mit anderen Personen. 64,0 % der Wiener Männer geben an, ihre Kinder gemeinsam mit anderen zu betreuen, allerdings geben auch 32,7 % an, ihre Kinder selten oder nie zu betreuen. Mit dieser Struktur liegt Wien ziemlich genau beim Österreich-Schnitt. 40,9 % der Kinder unter 15 Jahren sind in Wien zumindest einmal pro Woche in einer Betreuungseinrichtung, wohingegen im Österreich-Schnitt nur 25,8 % der unter 15-Jährigen mindestens einmal wöchentlich in einer Einrichtung betreut werden. Von allen zumindest einmal wöchentlich in einer Einrichtung betreuten Kindern werden in Wien nur 30,1 % in öffentlichen Kindergärten oder –krippen betreut (Österreich: 51,5 %). Weitere 12,3 % werden in einem nicht-betrieblichen privaten Kindergarten betreut, 16,9 % in einem Hort, 18,6 % in einer Ganztagesschule und 15,2 % in der Nachmittagsbetreuung der Schule. Es zeigt sich, dass die Nachmittagsbetreuung allgemein in Wien bundesweit den höchsten Stellenwert einnimmt. So werden 48,6 % der Kinder, die zumindest einmal wöchentlich betreut werden, ganztags betreut (Österreich: 25,6 %), lediglich 15,1 % nur vormittags (Österreich: 42,7 %), 21,9 % nur nachmittags (Österreich: 16,0 %) und 14,4 % zu sonstigen Betreuungszeiten (Österreich: 15,8 %). Insgesamt werden in Wien 83,0 % der Kinder in Betreuungseinrichtungen auch über die Mittagszeit betreut (Österreich: 55,1%). (vgl. Statistik Austria 2003)

Kinderbetreuung in Wien-Leopoldstadt

Der Bezirk Wien-Leopoldstadt verfügt (Berichtsjahr 2009/10) über 120 institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen. Wie auch in den anderen Regionen nehmen in Wien-Leopoldstadt die Kindergärten mit 42,5 % als Betreuungsform den größten Anteil an. Das Angebot ist in Wien-Leopoldstadt wie in Wien insgesamt allerdings deutlich ausdifferenzierter. Im Österreich-Schnitt liegt der Anteil der Krippen am institutionellen Kinderbetreuungsangebot bei 13,8 %, jener der Kindergärten bei 60,5 %, die Horte verzeichnen 14,7 % und die altersgemischten Einrichtungen 11,8 %. In Wien-Leopoldstadt sowie Wien insgesamt konzentriert sich das Angebot damit weniger allein auf Kindergärten, sondern hat auch größere Schwerpunkte im vorschulischen Bereich sowie für Kinder im schulpflichtigen Alter: Der Anteil der Krippen liegt in Wien-Leopoldstadt bei 23,3 %, jener der Horte bei 16,7 % sowie der der altersgemischten Einrichtungen bei 17,5 %. Abbildung 98 gibt einen Überblick über die Anzahl sowie Verteilung der Kindertagesheime nach Betreuungsform im 2. Bezirk im Vergleich zu Wien und Österreich.

[36] Die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung ist eine Haushaltsbefragung mit einer 1%-igen Repräsentativ-Stichprobe der österreichischen Bevölkerung und wird vierteljährlich durchgeführt. Das Sonderprogramm im September 2002 widmet sich dem Thema „Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege“. (vgl. Statistik Austria 2003: 48)

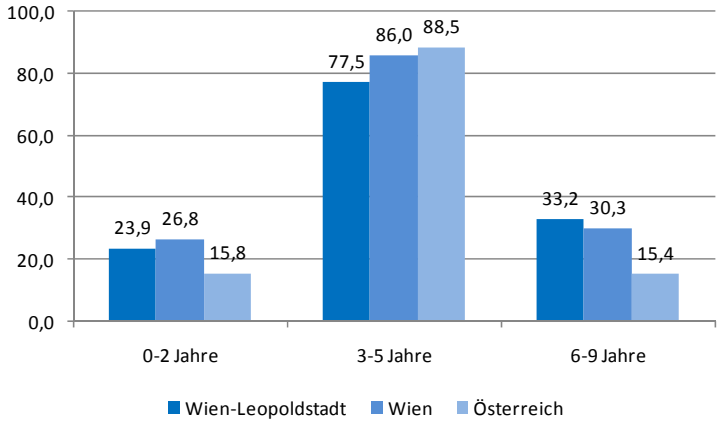
Abbildung 98: Kindertagesheime nach Betreuungsform 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Bei den Betreuungsquoten liegen Wien-Leopoldstadt bzw. Wien insgesamt bei den Kleinstkindern (0-2jährige) und den Kinder im schulpflichtigen Alter (6-9jährige) besser als der Österreichschnitt. Bezogen auf die gleichaltrige Wohnbevölkerung wurden 2009 23,9 % der 0-2jährigen in Wien-Leopoldstadt sowie 33,2 % der 6-9jährigen institutionell betreut. Österreichweit waren es in diesen Altersgruppen jeweils nur um die 15 %. Bei den Kindern im Kindergartenalter weist Wien-Leopoldstadt mit 77,5 % im Vergleich zu Wien und Österreich eine unterdurchschnittliche Betreuungsquote auf.

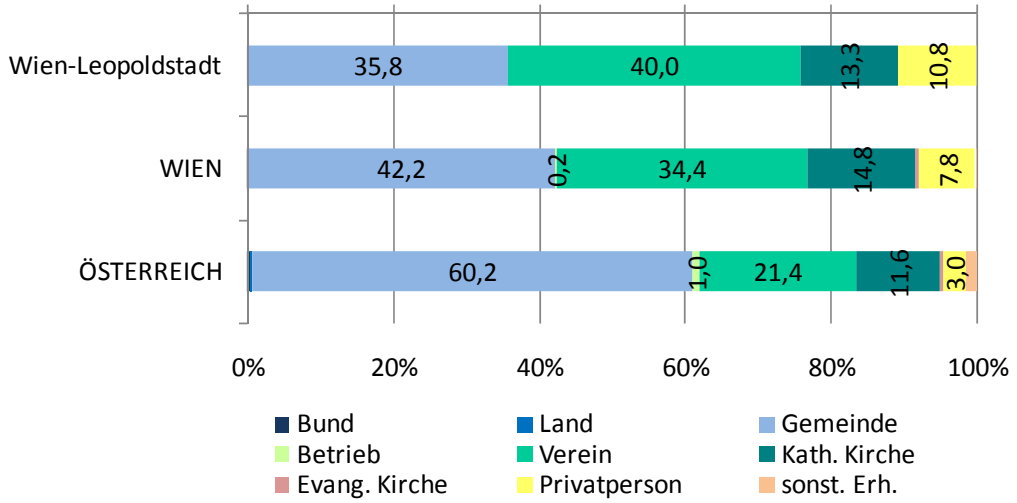
Abbildung 99: Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Während österreichweit für mehr als die Hälfte der Kindertagesheime öffentliche Gebietskörperschaften für die Erhaltung zuständig sind, trifft dies in Wien-Leopoldstadt auf lediglich 35,8 % der Kindertagesheime zu. Den größten Anteil nehmen Vereine mit 40 % ein, mehr als ein Achtel wird von Organisationen der katholischen Kirche, etwa ein Zehntel von Privatpersonen geführt.

Abbildung 100: Kindertagesheime nach Erhalter 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich

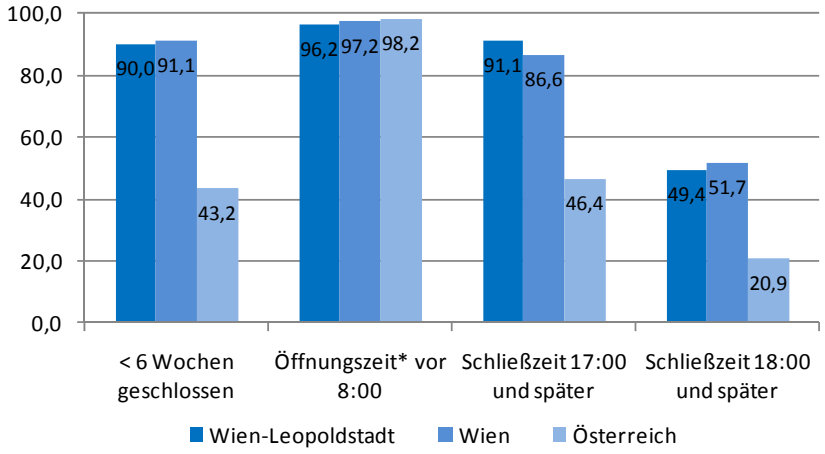


Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Wie bereits angemerkt, ist für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie die zeitliche Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen entscheidend. Im Vergleich zu den anderen drei Bezirken bzw. zu Österreich insgesamt ist die Angebotssituation hinsichtlich Öffnungszeiten für berufstätige Eltern in Wien-Leopoldstadt und Wien besser. 90 % der institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen hatten 2009 47 (und mehr) Wochen geöffnet, im Österreich-Schnitt traf das auf nur 43,2 % der Einrichtungen zu.[37] Auch bei den Schließzeiten bietet der großstädtische Raum ein deutlich besseres Angebot. Rund 90 % der Wiener Kindertagesheime haben bis 17:00 oder länger geöffnet, gut die Hälfte schließt erst um 18:00 Uhr oder später. Österreichweit hat nur knapp die Hälfte der Kindertagesheime bis 17:00 oder länger geöffnet, ein Fünftel schließt um 18:00 oder später. Unterschiede bestehen allerdings zwischen den Betreuungsformen. Mehr als 95 % der Krippen und Horte haben in Wien-Leopoldstadt bis 17:00 Uhr geöffnet (60 % bis 18:00 oder länger). Von den Kindergärten schließen in Wien-Leopoldstadt 88,2 % um 17:00 oder später (43,1 % 18:00 oder später), bei den altersgemischten Einrichtungen trifft das auf 81 % (bzw. 42,9 %) zu. Österreichweit haben 58,5 % der Krippen bis 17:00 oder länger geöffnet (35,2 % bis 18:00), bei den Kindergärten nur 32,7 % (12,9 % bis 18:00), bei den Horten 79,3 % (35,8 % bis 18:00) und bei den altersgemischten Einrichtungen 62,5 % (26,9 % bis 18:00).

[37] Die Bandbreite über die Bundesländer hinweg ist sehr groß. Die untere Grenze markiert die Steiermark, dort haben nur 12,7 % der Einrichtungen 47 (und mehr) Wochen pro Jahr geöffnet, Wien markiert die obere Grenze.

Abbildung 101: Kindertagesheime nach offenen Wochen und Öffnungszeiten 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Wien und Österreich



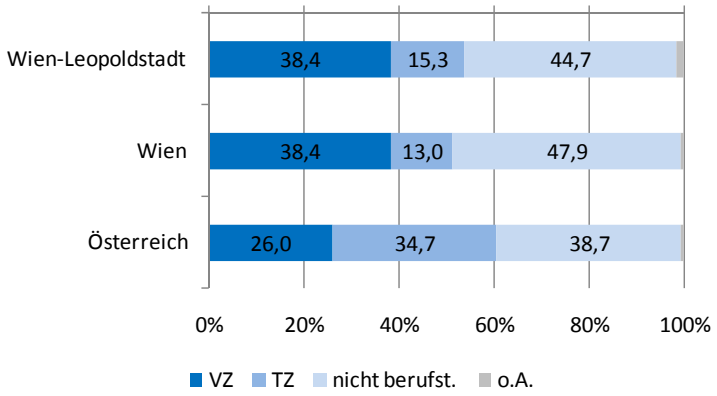
* hier nur Krippen und Kindergärten berücksichtigt

Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Österreichweit ist der Anteil von Kindern mit berufstätiger Mutter in Krippen und Horten zurückgegangen, von 82,2 % (1999) auf 65,1 % (2009) in den Krippen und von 82,0 % (1999) auf 71,9 % (2009) in den Horten, bei den Kindergärten hat sich der Anteil von Kindern mit berufstätiger Mutter etwas erhöht, von 55,3 % auf 57,9 %. (Statistik Austria 2010: 13)

Wien und Wien-Leopoldstadt weisen im Vergleich zu Österreich höhere institutionelle Betreuungsquoten bei den 0-2jährigen wie auch bei den 6-9jährigen auf, der Betreuungsanteil bei den Kindergartenkindern ist dahingegen unterdurchschnittlich. Die Verfügbarkeit der institutionellen Kinderbetreuungsheime hinsichtlich Betriebstage und Öffnungszeiten (vor allem Schließzeiten) ist in der Großstadt Wien deutlich besser als in den anderen drei betrachteten Bezirken bzw. Bundesländern. Diese bessere Angebotssituation kommt allerdings nicht so eindeutig beim Anteil der berufstätigen Mütter zum Ausdruck. Von den in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen betreuten Kindern hatten in Wien-Leopoldstadt 53,7 % eine berufstätige Mutter, das ist mehr als im Wien-Schnitt (51,4 %), allerdings deutlich weniger als im Österreich-Schnitt von 60,7 %. Wien unterscheidet sich allerdings von den anderen Bundesländern und Österreich darin, dass von den berufstätigen Müttern in Wien eine Mehrheit einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit nachgeht, während im Österreich-Schnitt die Teilzeitarbeit bei den Müttern dominiert.

Abbildung 102: Kinder in Kindertagesheimen nach Berufstätigkeit der Mutter 2009 im Bezirk Wien-Umgebung, in Wien und Österreich

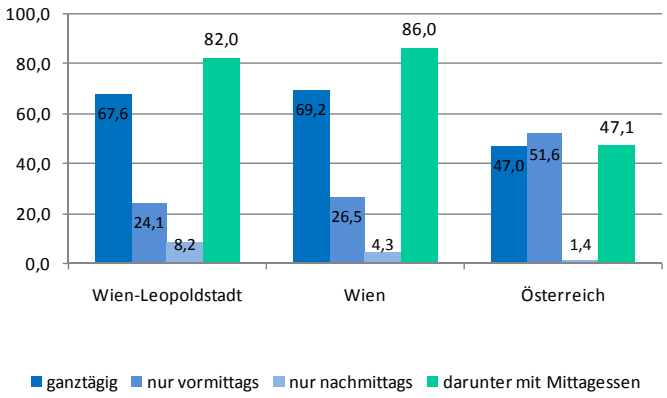


Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Differenziert nach Betreuungsformen bleibt dieses Bild aufrecht, dh. in Wien-Leopoldstadt und in Wien ist die Mehrheit der berufstätigen Mütter Vollzeit erwerbstätig, während im Österreich-Schnitt die Teilzeitbeschäftigung dominiert. Bei den Krippen und Horten haben 56,5 % bzw. 57,8 % der Kinder eine berufstätige Mutter, bei den Kindergärten und altersgemischten Gruppen 48,5 % bzw. 49,4 % der Kinder. Die Leopoldstadt liegt mit diesen Anteilen bis auf die altersgemischten Gruppen über dem Wiener Durchschnitt, gegenüber dem Österreich-Schnitt sind diese Anteile allerdings unterdurchschnittlich. (vgl. Tabelle 33 im ‚Statistischen und methodischen Anhang', Seite 223)

Bei den Anwesenheitszeiten der in Krippen und Kindergärten betreuten Kinder liegt Wien-Leopoldstadt bei den ganztätig betreuten Kindern mit einem Anteil von 67,6 % zwischen Neunkirchen und Wien-Umgebung, etwa ein Viertel der Kinder sind in den Leopoldstädter Krippen und Kindergärten nur vormittags anwesend, 8,2 % (und damit deutlich mehr als in den anderen Bezirken) nur nachmittags. In Wien-Leopoldstadt wie auch in Wien essen deutlich mehr Kinder, acht von zehn, in der Krippe bzw. im Kindergarten zu Mittag als im Österreich-Schnitt. Ähnlich hohe Anteile hat Wien-Umgebung mit drei von vier Kindern, in Neunkirchen trifft dies auf etwa ein Drittel der Kinder zu, in Lienz auf zwei von hundert Kindern. Abbildung 103 veranschaulicht die Situation in Wien-Leopoldstadt im Vergleich zu Wien insgesamt bzw. zum Österreich-Schnitt.

Abbildung 103: Kinder in Krippen und Kindergärten nach Anwesenheitsdauer und Einnahme von Mittagessen 2009 in Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Altenbetreuung/-pflege – Behindertenbetreuung in Wien

Wien zählte am 31. 12. 2008 70.355 BezieherInnen von Bundespflegegeld und 13.421 BezieherInnen von Landespflegegeld, insgesamt also 83.776 PflegegeldbezieherInnen. Davon waren etwa zwei Drittel weiblich, ein Drittel männlich. Von allen Wiener PflegegeldbezieherInnen erhielten 75,7 % Pflegegeld der Stufe 1 bis 3 (Österreich-Schnitt: 71,8 %). In Wien waren Ende 2008 79,4 % der PflegegeldbezieherInnen (Landes- und Bundespflegegeld) 61 Jahre oder älter (Österreich-Schnitt: 81,3 %).

Insgesamt ist die Zahl der LandespflegegeldbezieherInnen in Wien zwischen 1998 und 2008 um 27,7 % angestiegen. Wien liegt somit etwa im Österreich-Schnitt, was den Anstieg der Landespflegegelder betrifft (Österreich: 28,6 %). Die Zahl der BundespflegegeldbezieherInnen stieg im Österreich-Schnitt zwischen 1998 und 2008 um knapp 30 % an. (vgl. Statistik Austria; BMASK 2010)

Neben den Geldleistungen des Pflegegeldes besteht ein weiterer wichtiger Bestandteil des österreichischen Pflegesystems aus den Sachleistungen. Im Jahr 2008 wurden in Wien 14.582 ältere Personen in einer stationären Einrichtung betreut. 1.751 ältere Menschen waren im Jahr 2008 in teilstationären Einrichtungen (z.B. Tageszentren) untergebracht. Zudem nahmen 24.381 betreuungsbedürftige Personen mobile soziale Dienste in Anspruch. (vgl. BMASK 2010)

Die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung zeigt, dass in Wien 6,0 % der Personen ab 18 Jahren eine (oder relativ selten auch mehrere) hilfs- und pflegebedürftige Person(en) betreuen. In Gesamt-Österreich liegt dieser Anteil bei 6,7 %. Nur 27,3 % der betreuten Personen leben in derselben Wohnung wie die Betreuungsperson (Österreich: 40,1 %), 10,2 % in einer anderen Wohnung desselben Hauses (Österreich: 15,0 %) und 62,6 % anderswo (Österreich: 44,9 %). (vgl. Statistik Austria 2003)

Hausarbeit in Wien

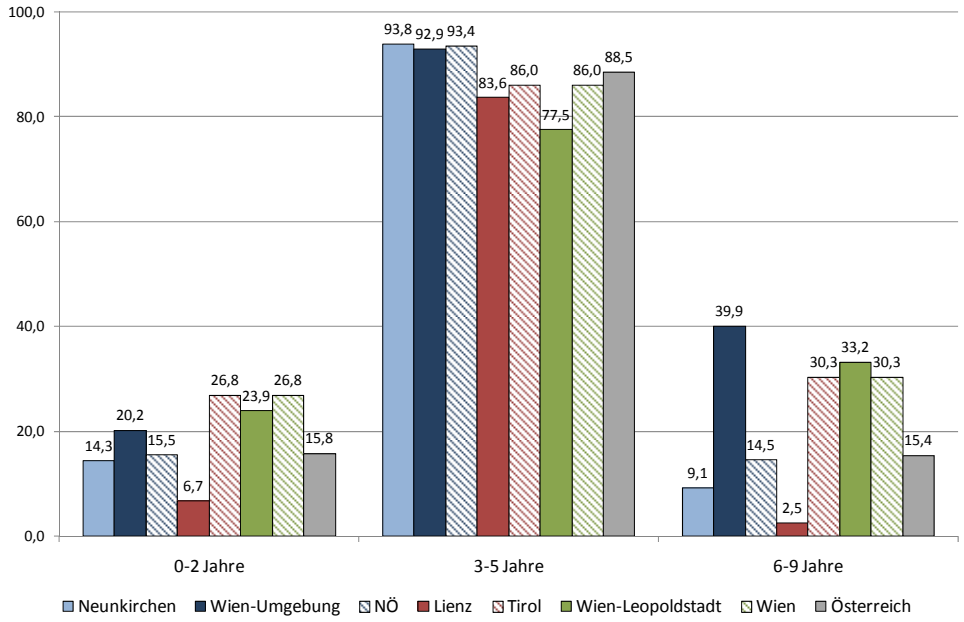
Laut der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2002 (Sonderprogramm Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege) weisen in Wien Frauen eine Gesamtarbeitszeit, also bezahlte und unbezahlte Arbeit, von nur 39,3 Stunden pro Woche auf (Österreich-Schnitt: 45,2 Stunden pro Woche), wohingegen Männer insgesamt 34,0 Stunden pro Woche arbeiten (Österreich-Schnitt: 35,1 Stunden pro Woche). Frauen wenden nur gut ein Drittel ihrer Gesamtarbeitszeit für Haushaltstätigkeiten auf, knapp die Hälfte für Erwerbsarbeit und knapp 20 % für Kinderbetreuung. Im Österreich-Schnitt verwenden Frauen knapp die Hälfte für Haushaltstätigkeiten, gut ein Drittel für Erwerbsarbeit und ebenso knapp 20 % für Kinderbetreuung. Wiener Männer wenden etwa drei Viertel ihrer Gesamtarbeitszeit für Erwerbsarbeit auf und widmen aber 17,0 % ihrer Zeit Tätigkeiten im Haushalt, was deutlich mehr ist als im Österreich-Schnitt (13,5 %). Wie im Österreich-Schnitt wenden Wiener Männer nur etwa 7 % für Kinderbetreuung auf.

Im Bundesland Wien führen laut Mikrozensus 2002 54,3 % der Frauen den Haushalt überwiegend oder ganz alleine (Österreich: 56,8 % der Frauen), wohingegen 41,7 % der Männer den Haushalt gar nicht oder fast nicht führen. Im Österreich-Schnitt beläuft sich dieser Anteil auf 59,3 %. (vgl. Statistik Austria 2003)

2.6. Die vier Modellregionen im Vergleich

Es konnte gezeigt werden, dass die vier Modellregionen mit unterschiedlichen soziodemographischen und ökonomischen Rahmenbedingungen ausgestattet sind, die (teils) unterschiedliche Anforderungen an die Angebotsstruktur des sozialen Dienstleistungssektors stellen. Ein Vergleich der institutionellen Versorgungsstruktur im Bereich der Kinderbetreuung lässt sich anhand der Daten aus der Kindertagesheimstatistik 2009/10 ziehen. Nachfolgende Abbildung 104 zeigt die Betreuungsquoten der unter 10-Jährigen in Kindertagesheimen nach Altersgruppen.

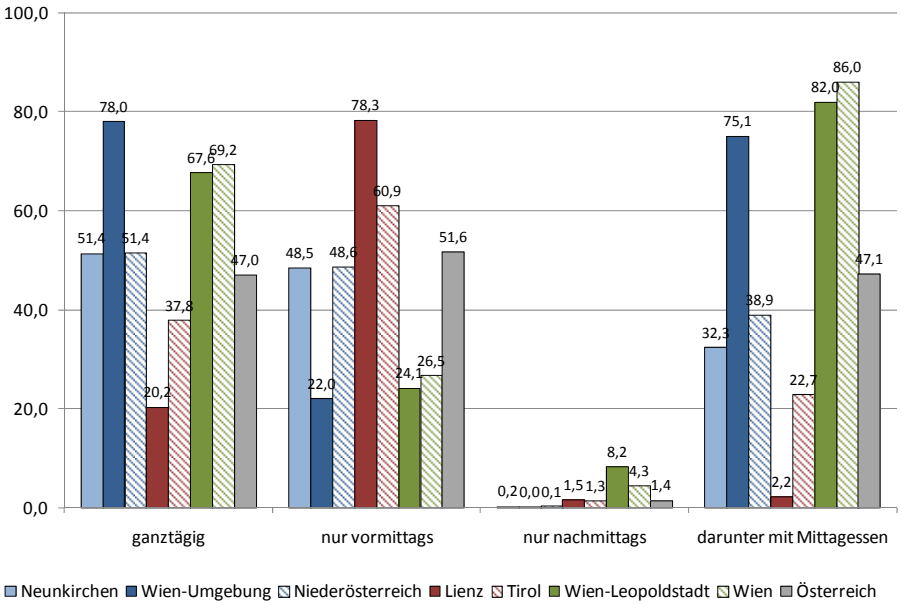
Abbildung 104: Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 2009 in den vier Modellregionen, den Bundesländern und Gesamt-Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik. DUK-Berechnungen.

Ganz deutlich geht daraus hervor, dass die Betreuungsquoten in der Altersgruppe der 3- bis 5-Jährigen am höchsten sind. Niederösterreich weist in dieser Altersgruppe die höchsten Quoten auf, Tirol und Wien liegen etwas unter dem Österreich-Schnitt. Lienz liegt wiederum etwas unter dem Tirol-Schnitt. Auffallend jedoch ist, dass in Wien-Leopoldstadt die Betreuungsquote der 3- bis 5-Jährigen trotz der relativ guten Versorgungssituation in Wien am geringsten ist (77,5 %). Allerdings sind in Wien-Leopoldstadt die Betreuungsquoten der unter 3-Jährigen (deutlich über dem Österreich-Schnitt, aber immer noch etwas unter dem Wien-Schnitt) sowie der 6- bis 9-Jährigen relativ hoch. Die Betreuungsquoten der unter 3-Jährigen und der Kinder im Volksschulalter sind in den urbanen Räumen (Wien, Wien-Umgebung) deutlich höher als im Österreich-Schnitt. Dort ist auch die Angebotssituation an Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder bzw. Schulkinder deutlich besser als in den Bezirken Neunkirchen und Osttirol, wo mehr als 80 % des institutionellen Kinderbetreuungsangebots auf Kindergärten entfällt.

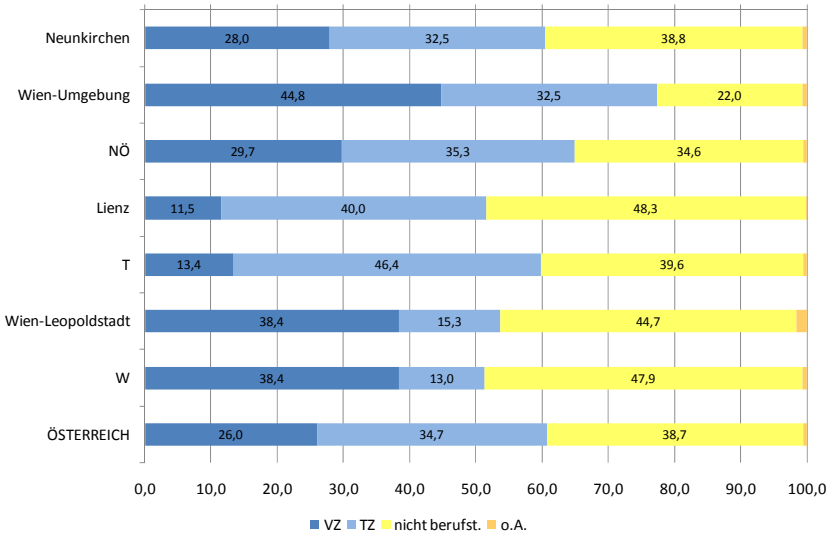
Abbildung 105: Kinder in Krippen und Kindergärten nach Anwesenheitsdauer und Einnahme von Mittagessen 2009 in den vier Modellregionen, den Bundesländern und Gesamt-Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik. DUK-Berechnungen.

Auch die ganztägige Betreuung spielt im städtischen Raum eine größere Rolle, für die Modellregionen ist die Situation in Abbildung 105 dargestellt. Dies liegt nicht zuletzt an der besseren Versorgungssituation mit Nachmittagsbetreuungseinrichtungen. In Tirol und Niederösterreich liegt in der Kinderbetreuungspolitik ein starker Fokus auf Vormittagsbetreuung in Einrichtungen und Nachmittagsbetreuung zu Hause. Der Bezirk Wien-Umgebung allerdings profitiert hier durch die Nähe zu Wien. Viele Erwerbstätige pendeln von hier nach Wien aus und nutzen möglicherweise auch die besseren Betreuungsangebote in Wien.

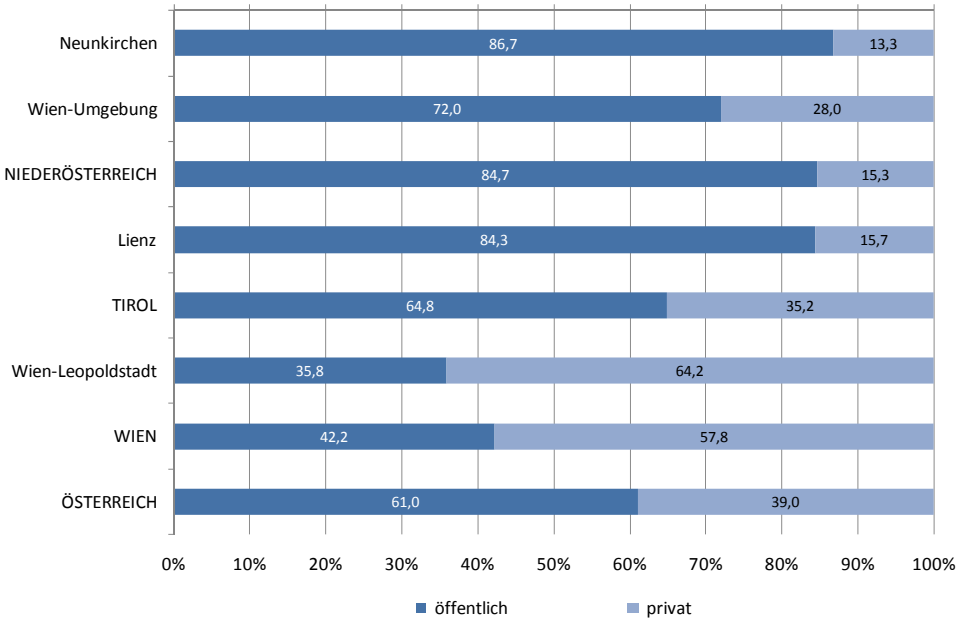
Abbildung 106: Kinder in Kindertagesheimen nach Berufstätigkeit der Mutter 2009 in den vier Modellregionen, den Bundesländern und Gesamt-Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik. DUK-Berechnungen.

Auffallend ist der stark erhöhte Anteil der Kinder mit berufstätiger Mutter im Bezirk Wien-Umgebung, also einem eher urbanen Raum, aber auch der relativ geringe Anteil der Kinder mit berufstätiger Mutter in Wien bzw. Wien-Leopoldstadt. Das kann ua. damit erklären werden, dass Wien unter den Frauen eine bipolare Qualifikationsstruktur aufweist (siehe Kapitel 2.1.4), die Erwerbsbeteiligung ist unter den gut qualifizierten Frauen deutlich höher als unter den gering qualifzierten. So ist in Wien auch die Mehrheit der beruftstätigen Mütter Vollzeit erwerbstätig, während in den anderen Bundesländern die Teilzeitarbeit dominiert. Weiters liegt die Vermutung nahe, dass dort wo das Angebot begrenzt/knapp ist, die Betreuungseinrichtungen auch eher von Erwerbstätigen genützt werden bzw. Erwerbstätige bei der Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen vorgezogen werden.

Abbildung 107: Kindertagesheime nach Erhalter (öffentlich vs. privat)2009 in den vier Modellregionen, den Bundesländern und Gesamt-Österreich



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik. DUK-Berechnungen.

Obige Abbildung 107 zeigt den Anteil der öffentlichen bzw. privaten Erhalter von Kindertagesheimen. Allgemein dominieren die öffentlichen Erhalter. Anders ist die Situation in Wien hier nehmen vor allem Vereine sowie auch Einrichtungen der katholischen Kirche eine wichtige Rolle ein.

Nachfolgend findet sich eine kurze Darstellung der Besonderheiten der einzelnen Regionen im Vergleich zueinander.

Neunkirchen

Neunkirchen weist eine nach wie vor auf den Produktionssektor konzentrierte Wirtschaftsstruktur auf und ist als traditionelle Industrieregion somit in stärkerem Ausmaß vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffen als andere Regionen. Gegenüber dem Niederösterreich- bzw. Österreich-Schnitt hat Neunkirchen eine unterdurchschnittliche Beschäftigungsquote (unselbständig Beschäftigte mit Arbeitsort Neunkirchen) und eine über dem Bundesland- und Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquote. Etwa 38 % der Wohnbevölkerung von Neunkirchen, die einer unselbständigen Beschäftigung nachgehen, pendeln in einen anderen Bezirk oder in ein anderes

Bundesland aus. Bei Berücksichtigung der AuspendlerInnen (unselbständig Beschäftigte, die in Neunkirchen wohnen) zeigt Neunkirchens Beschäftigungsquote keine großen Abweichungen gegenüber dem Niederösterreich- und Österreich-Schnitt. Männer und Frauen mit Migrationshintergrund sind in stärkerem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen als jene ohne Migrationshintergrund, unter den wohnhaft Beschäftigten haben Männer und Frauen mit Migrationshintergrund in Neunkirchen niedrigere Beschäftigungsquoten, bezogen auf den Arbeitsort gilt das auch für die Frauen mit Migrationshintergrund, dahingegen ist Beschäftigungsquote der Männer mit Migrationshintergrund in Neunkirchen höher. Auf den Arbeitsort bezogen sind in Neunkirchen für die Männer die Bauwirtschaft, die Metall-, Gummi- und Kunststoffindustrie sowie der Maschinenbau wichtige Arbeitgeber, für Frauen der Einzelhandel, das Gastronomie- und Beherbergungswesen sowie das Gesundheitswesen. Auf den Wohnort bezogen haben unter den Frauen der Handel, die öffentliche Verwaltung und das Gastronomie- und Beherbergungswesen die höchsten Beschäftigtenanteile, unter den Männern die öffentliche Verwaltung, der Handel und die Bauwirtschaft.

Stärken und Schwächen der Region:

- Traditionelle Industrieregion
- Stärkere Überalterung infolge Abwanderung der einheimischen Erwerbsbevölkerung; trotzdem bleibt der Bevölkerungsstand konstant (in erster Linie aufgrund vonZuwanderung aus dem Ausland)
- Insgesamt ist der MigrantInnenanteil relativ niedrig. Wichtige Herkunftsländer sind v.a. die Türkei, auch Ex-Jugoslawien und die „neuen“ EU-Länder => „Gastarbeiterregionen“.
- Daher allgemein ein relativ hoher Anteil an MuslimInnen.
- Zuwanderung findet verstärkt in Gemeinden entlang der S6 statt.
- Die Population der peripheren Gemeinden ist tendenziell älter.
- Im Durchschnitt ist das Bildungsniveau im Bezirk Neunkirchen relativ gering. Es gibt darüber hinaus einen starken geschlechtsspezifischen Unterschied hinsichtlich Bildung.
- Gemeinden in der Nähe zu Wiener Neustadt (Schulstadt) und entlang S6 haben eine besser gebildete Bevölkerung.
- Gemeinden mit hohen MigrantInnenanteilen und periphere Gemeinden weisen schlechtere Bildungsniveaus auf.
- Es zeigen sich hohe Arbeitslosenquoten der Frauen, insbesondere mit Migrationshintergrund (1. Generation).
- Außerdem sind die Erwerbsquoten der Frauen mit Migrationshintergrund niedriger.
- Neunkirchen zeichnet sich durch einen Hohen Kinderanteil und geringe Erwerbsquoten der Frauen aus. Daher ist auch der Verbleib sozialer Dienste im Haushaltsbereich und im informellen Sektor groß.

Schwechat

Schwechat hat eine auf den marktorientierten Dienstleistungssektor konzentrierte Wirtschaftsstruktur, die vor allem vom Verkehrssektor, Arbeitskräfteüberlassern, Wach-/Sicherheitsdienstleistungen (Männer und Frauen), Handel, Gastronomie, (Frauen) sowie der Bauwirtschaft und Chemieindustrie (Männer) getragen wird (bezogen auf die in Schwechat wohnhaft Beschäftigten sind es vor allem der Handel, die öffentliche Verwaltung und das Verkehrswesen). Die Erwerbsintegration der Männer ist deutlich höher als im Bundesland- und Österreich-Schnitt, gleiches gilt für die Erwerbsintegration der Frauen. Die PendlerInnendynamik ist im Bezirk Wien-Umgebung sehr hoch – 73 % der Arbeitsbevölkerung von Wien-Umgebung pendelt aus einem anderen Bezirk/Bundesland ein, 67 % der wohnhaft Beschäftigten pendeln von Wien-Umgebung in einen anderen Bezirk bzw. ein anderes Bundesland aus. Männer und Frauen mit Migrationshintergrund sind in stärkerem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen als Einheimische.

Stärken und Schwächen der Region:

- „Wiener Umland“, Flughafen: Dadurch gibt es einen hohen Anteil marktorientierter Dienstleistungen, aber wenige soziale Dienstleistungen.
- Es zeigt sich ein hoher Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter ohne Kinder.
- Zwischen 2002 und 2009 kann ein starkes Bevölkerungswachstum (+10 %) nachgewiesen werden, das sich v.a. aus Binnen-Zuwanderung ergibt.
- Der MigrantInnenanteil ist durchschnittlich hoch. Wichtige Herkunftsregionen sind v.a. Ex-Jugoslawien und die „neuen“ EU-Länder => „Gastarbeiterregionen“.
- Es gibt im Großraum Schwechat wenige Muslime (wenige Menschen türkischer Herkunft), aber viele Konfessionslose.
- Allgemein ist das Bildungsniveau der Bevölkerung im Großraum Schwechat/Wien-Umgebung relativ hoch. Geschlechtsspezifische Unterschiede gibt es v.a. bei höheren Bildungsabschlüssen.
- Auch das Einkommensniveau (auch unter PensionistInnen) ist relativ hoch.
- Die Arbeitslosenquote von Frauen sind vergleichsweise hoch, insbesondere jene der Frauen mit Migrationshintergrund.

Lienz

Im Bezirk Lienz hat vor allem für die Männer der Produktionssektor eine überdurchschnittliche Bedeutung als Arbeitgeber. Bei der Erwerbsintegration (unselbständig Beschäftigte am Wohnort bezogen auf Wohnbevölkerung) zeigen sich in Lienz unter den Männern keine großen Abweichungen zum Bundesland- und Österreich-Schnitt, die Lienzer Frauen sind hingegen unterdurchschnittlich ins Erwerbsleben integriert. Lienz kann seiner Wohnbevölkerung nicht ausreichend Arbeitsplätze bieten, 2001 hatten 17,4 % der in Lienz wohnhaften Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz in einem anderen Bezirk/Bundesland. Bei der Arbeitslosigkeit liegt Lienz über dem Tiroler Durchschnitt und auch hier sind Personen mit Migrationshintergrund stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Vergleich zu Österreich und Tirol insgesamt hat Lienz einen unterdurchschnittlichen MigrantInnenanteil unter der unselbständig Beschäftigung – lediglich 4 % der in Lienz wohnhaften unselbständig Beschäftigten hatte 2009 einen Migrationshintergrund (Tirol 16,5 %, Österreich 15,4 %).

Stärken und Schwächen der Region:

- Lienz stellt eine bevölkerungsschwache Region dar; seit 2002 muss ein Bevölkerungsrückgang verzeichnet werden.
- Die Zahl der jungen Bevölkerungsgruppe ist vergleichsweise hoch, allerdings auch die Gruppe der Älteren (über 64 Jahre).
- Die Stadt Lienz und periphere Gemeinden sind stärker von demografischer Alterung betroffen. Die Bevölkerung der Gemeinden in der Umgebung von Lienz ist tendenziell jünger.
- Es gibt kaum Zuwanderung aus dem Ausland; zudem ist Lienz gekennzeichnet von Binnen-Abwanderung. Demzufolge ist der MigrantInnenanteil sehr gering. Die wohl wichtigste Herkunftsregion stellt Deutschland dar.
- Die Migrationsbevölkerung findet sich hauptsächlich in Lienz und Umgebung.
- Lienz weist eine sehr homogene Bevölkerungsstruktur hinsichtlich Religionsbekenntnis auf (v.a. KatholikInnen).
- Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der Personen mit mittleren Bildungsabschlüssen, gering die Anteile der Personen mit niedrigen und hohen. Es gibt einen starken geschlechtsspezifischen Bildungsunterschied.
- Die Bevölkerung der Stadt Lienz und die Umgebungsgemeinden haben besser gebildete Populationen, in peripheren Gemeinden sind die Bildungsabschlüsse tendenziell niedriger.

Wien-Leopoldstadt

Wien ist, wie jede Großstadt, mit mehr als 80% aller Beschäftigten vom Dienstleistungssektor geprägt. Überdurchschnittliche Beschäftigtenanteile verzeichnet Wien in den Wirtschaftszweigen Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung und Sozialversicherung, Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, im Finanz- und Versicherungswesen, im Informations- und Kommunikationssektor sowie in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen. Unterdurchschnittlich ist der Beschäftigungsanteil im industriell-gewerblichen Bereich (8,1 % gegenüber 15,9% in Österreich). Auch im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen hat Wien keine höheren Beschäftigungsanteile als der Schnitt Österreichs, wohl nicht zuletzt wegen der großen Bedeutung der Schwarzarbeit in vielen dieser Tätigkeiten.

Wien-Leopoldstadt hat zusammen mit dem 20. Bezirk den höchsten Migrationsanteil, gefolgt vom 5. Bezirk und den Gürtelbezirken 15., 16. und 17. In diesen Bezirken liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund über 50%. Leopoldstadt gewinnt EinwohnerInnen durch Zuwanderung aus dem Ausland, Einheimische wandern ab. Beim 2. Bezirk ist die Migrationsbevölkerung stark heterogen im Gegensatz zu den anderen Bezirken, die starke ethnisch-kulturelle und religiöse Konzentrationen aufweisen. Die Bevölkerung ist im Schnitt jung, vor allem aber wegen einem überdurchschnittlich hohen Anteil der Bevölkerungen im erwerbsfähigen Alter (und weniger über 65 und unter 15-Jährigen). Die wichtigsten Herkunftsregionen der MigrantInnen sind das ehemalige Jugoslawien, die EU-12-Mitgliedsländer und die Türkei. Der Bildungsgrad der Bevölkerung liegt in Leopoldstadt unter dem Wiens, vor allem der der Frauen, wobei der Anteil der Personen mit Hilfsarbeiterqualifikation besonders hoch ist. Vor allem Personen mit Migrationshintergrund haben hohe Arbeitslosenquoten, und zwar Männer und Frauen. Dies dürfte zum Teil auf das geringe Bildungsniveau zurückzuführen sein und die geringe Kapazität Wiens, Jobs für einfache Qualifikationen zu schaffen.

Stärken und Schwächen der Region:

- Leopoldstadt ist gekennzeichnet durch hohe Wertschöpfung im marktwirtschaftlich orientierten Produktions- und Dienstleistungssektor, sowie in der öffentlichen Verwaltung, in Wissenschaft und Forschung.
- Die Beschäftigungsintensität in einfachen Berufen und Tätigkeiten, vor allem auch im den personenbezogenen Dienstleistungen außer Handel und Reinigungsdienste, ist gering.
- Der Anteil von MigrantInnen mit geringem Bildungsgrad ist sehr hoch, daher ist die Erwerbseinbindung zum Teil gering, aber die Arbeitslosenquote hoch.
- Es zeigt sich eine polarisierte Bildungsstruktur der Bevölkerung (Aushöhlung der Mitte, vor allem unter MigrantInnen).

3. Beschäftigung im internationalen Vergleich

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der konjunkturellen und strukturellen Beschäftigungslage von Männern und Frauen im europäischen Vergleich. Der Überblick basiert auf Daten von Eurostat zur Erwerbsintegration. Es werden die Erwerbs-, Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten in den EU-Mitgliedstaaten verglichen, und zwar differenziert nach Geschlecht, breiten Altersgruppen und Herkunft (InländerInnen, EU-BürgerInnen, Drittstaatsangehörige). Im EU-Vergleich ist die durchschnittliche Geschlechterzusammensetzung der Migrationsbevölkerung mehr oder weniger ausgewogen (*OECD* 2008). Zu beachten ist aber, dass die Integrationschancen ins Erwerbsleben in hohem Maße vom Einwanderungsstatus der MigrantInnen abhängig sind, aus dem sich die allfälligen Rechte auf den Zugang zum Arbeitsmarkt ableiten. Für Frauen bieten sich, abhängig vom sozialen Organisations- und Wohlfahrtsmodell sowie wirtschaftlichen Entwicklungsstand, unterschiedliche Erwerbschancen. Dieses Muster wirkt sich auch auf die Erwerbsaussichten der Frauen mit Migrationshintergrund aus.

3.1. Erwerbsquote

Die Erwerbsquote ist ein Maß für die Arbeitsmarktintegration der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und wird definiert als Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) an der Bevölkerung derselben Altersgruppe.

Der Vergleich der Erwerbsquoten in den EU-27 zeigt ausgeprägte Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund. Diese Unterschiede ergeben sich aus dem Zusammenwirken von institutionellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Sozialsystem, (Aus-)Bildungssystem, Wirtschaftsstruktur und –dynamik) ebenso wie aus einer unterschiedlichen Zuwanderungsstruktur und -dynamik.

Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede der Erwerbsintegration nach Geschlecht und Alter. Eine zusätzliche Differenzierung erfahren die Unterschiede bei Berücksichtigung des Herkunftslands. In dem Zusammenhang ist zu bedenken, dass einerseits unterschiedliche Einwanderungsbestimmungen andererseits unterschiedliche Migrationsmodelle Abweichungen im Niveau und der Zusammensetzung der MigrantInnen nach ethnisch-kulturellem Hintergrund, Qualifikationsstruktur und sprachlicher Kompetenz in den diversen EU-Mitgliedsstaaten zur Folge haben. Da die Erwerbsintegration mit dem Bildungsgrad steigt, erklärt die unterschiedliche Qualifikationsstruktur

der Zuwanderer auch Unterschiede im Einbindungsgrad der Personen mit Migrationshintergrund ins Erwerbsleben.

Tabelle 27: Erwerbsquoten der Männer (15-64 Jahre) in der EU-27, 2009, nach Herkunft

	Männer gesamt	Inländer	EU-27-Bürger	Drittstaats-angehörige		Männer gesamt	Inländer	EU-27-Bürger	Drittstaats-angehörige
EU-27	**77,8**	**77,5**	**84,7**	**80,6**	LT	72,0	72,0	:	:
EU-15	**79,2**	**78,9**	**84,7**	**80,6**	LU	76,6	72,8	81,2	78,2
BE	72,8	72,7	74,8	72,6	HU	68,2	68,0	87,8	79,1 (u)
BG	72,0	72,0	:	:	MT	76,6	76,7	:	81,3 (u)
CZ	78,5	78,4	89,8	82,4	NL	85,3	85,6	86,0	74,9
DK	84,0	84,1	89,4	78,5	**AT**	**81,0**	**81,1**	**83,2**	**78,7**
DE	82,3	82,7	83,2	76,4	PL	71,8	71,8	82,0 (u)	76,1 (u)
EE	77,6	76,3	:	82,6	PT	78,5	78,1	90,7	86,1
IE	78,1	77,0	87,1	76,9	RO	70,9	70,9	:	:
GR	79,0	77,9	82,5	91,8	SI	75,6	75,5	:	86,1 (u)
ES	81,0	80,0	87,7	86,2	SK	76,3	76,3	95,8 (u)	:
FR	75,2	75,1	78,8	73,9	FI	76,4	76,3	84,6	75,9
IT	73,7	72,7	88,2	85,5	SE	81,4	81,5	85,6	76,0
CY	82,0	82,9	86,5	60,3	UK	82,0	82,0	88,7	77,7
LV	77,0	76,0	:	81,9					

Anmerkung: „u": unzuverlässige/ungewisse Daten, „:": nicht verfügbar

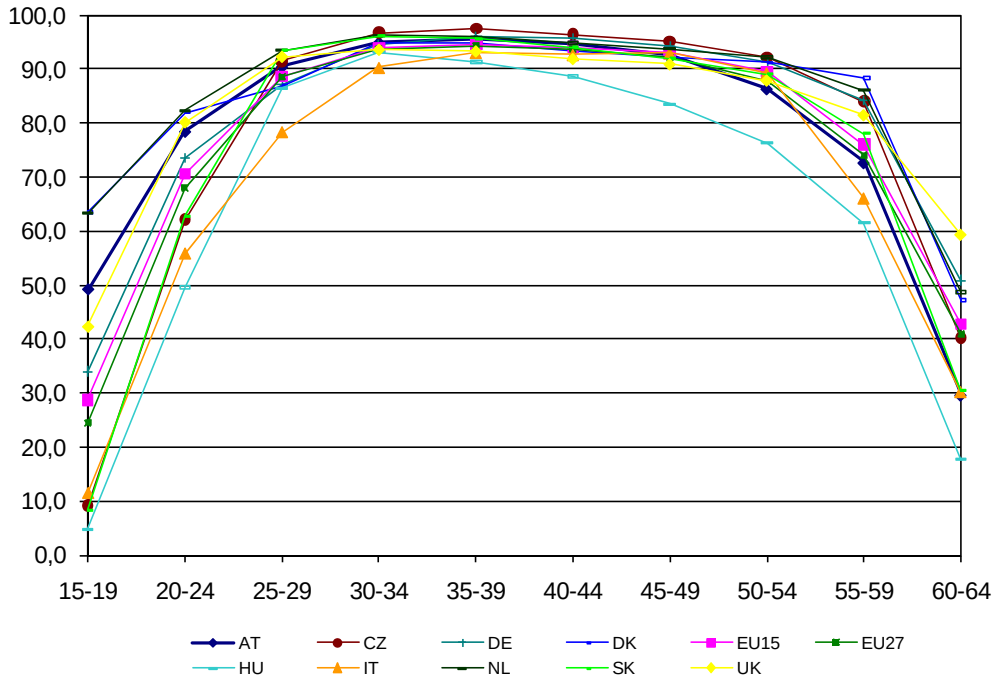
Q.: Eurostat.

Tabelle 27 gibt einen ersten Überblick über die Erwerbsquoten der Männer in der EU-27 und zeigt ausgeprägte Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten.

Im EU-27-Durchschnitt lag die Erwerbsquote der Männer 2009 bei 77,8 %, in den EU-15-Ländern bei 79,2 %. Im europäischen Vergleich zählt Österreich zu den Ländern mit hoher Erwerbsquote (2009 81,0 %), wobei die Niederlande (85,3 %) und Dänemark (84,0 %) die höchsten Erwerbsquoten aufweisen. Zu den Ländern mit den niedrigsten Erwerbsquoten zählen Ungarn (68,2 %), Rumänien (70,9 %) und Polen (71,8 %).

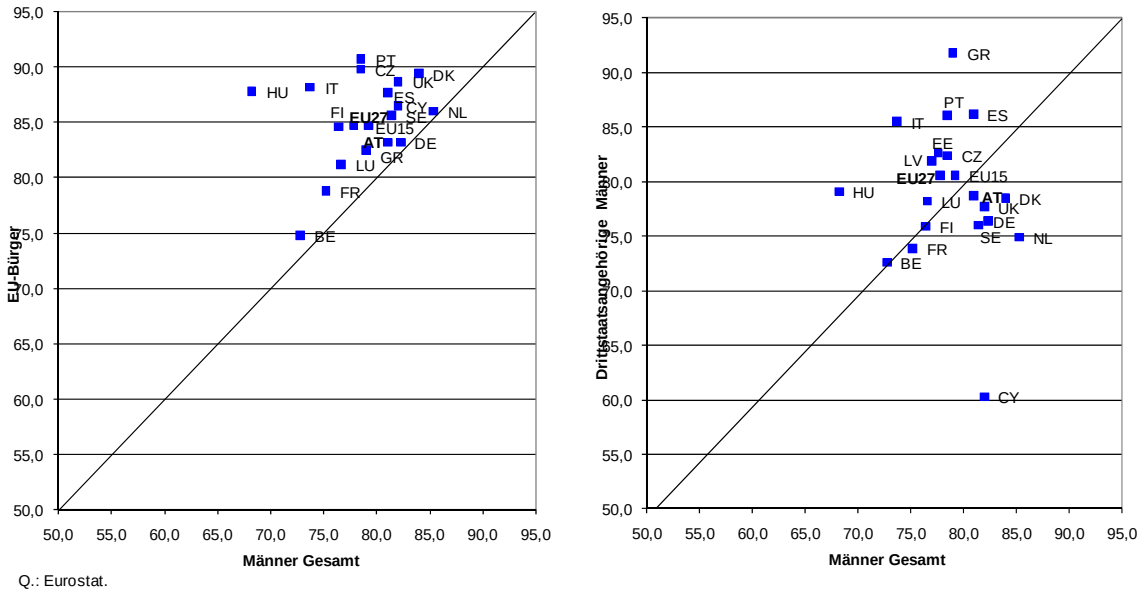
Nach **Altersgruppen** betrachtet nehmen die **Erwerbsquoten der Männer** einen ähnlichen Verlauf: Jüngere Männer (15-24) haben niedrigere aber ansteigende Erwerbsquoten, im mittleren Alter (25-49) sind die Erwerbsquoten hoch, im höheren Alter nehmen sie wieder ab (50-59) bzw. bewegen sich auf niedrigem Niveau (60-64). Zwischen den Mitgliedstaaten bestehen allerdings erhebliche Unterschiede (Abbildung 108). Während etwa die Erwerbsquote bei den 15-19jährigen Männern in Österreich 49,3 % beträgt, haben Österreichs Nachbarländer Tschechien (9,1 %), Slowakei (8,4 %) und Ungarn (4,8 %) bzw. Deutschland (34 %) und Italien (11,5 %) teils deutlich niedrigere Quoten. Der Durchschnitt der EU-27 liegt 2009 bei 24,5 %, jener der EU-15 bei 28,8 %. Diese Unterschiede nehmen in der Gruppe der 20-24jährigen Männer ab und bewegen sich in der genannten Ländergruppe zwischen 49,6 % (Ungarn) und 82,4 % (Niederlande). Im mittleren Alter, vor allem in der Altersgruppe 30-44, sind die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten weniger ausgeprägt. Hingegen bestehen in den Erwerbsquoten der älteren Männer, vor allem in der Altersgruppe der 60-64jährigen, markante Unterschiede. Im EU-27-Durchschnitt sind 41,0 % der 60-64jährigen Männer ins Erwerbsleben integriert (EU-15 42,8 %), dahingegen liegt die Erwerbsquote dieser Altersgruppe in Österreich bei lediglich 29,6 %. Auch in der Slowakei (30,5 %), Italien (30,2 %) und Ungarn (17,7 %) ist die Erwerbsintegration der 60-64jährigen unterdurchschnittlich, höhere Erwerbsquoten haben Deutschland (50,9 %), die Niederlande (48,7 %) und Großbritannien (59,4 %).

Abbildung 108: Erwerbsquoten der Männer nach Altersgruppen, 2009, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten



Q.: Eurostat.

Abbildung 109: Erwerbsquoten der EU-Bürger (EU-27) bzw. drittstaatsangehörigen Männer gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Männer (15-64, in %) in der EU-27, 2009



Q.: Eurostat.

Ein interessantes Bild bietet die Differenzierung der Erwerbsquoten nach Herkunft. In Abbildung 109 werden die Erwerbsquoten der EU-Bürger bzw. der drittstaatsangehörigen Männer dem Gesamtdurchschnitt gegenüber gestellt. In den Ländern, die über der 45°-Grad-Geraden liegen, haben die EU-Bürger bzw. die drittstaatsangehörigen Männer eine höhere, die darunter eine

niedrigere Erwerbsquote als der Gesamtdurchschnitt der Männer. Die Abbildung zeigt auch, dass in allen abgebildeten[38] EU-Mitgliedstaaten die EU-Bürger eine höhere Erwerbsquote als der Gesamtdurchschnitt der Männer aufweisen. Die größten Unterschiede (mehr als 10 Prozentpunkte) bestehen in Ungarn, Italien und Portugal. **Im EU-27-Durchschnitt beträgt die Erwerbsquote der EU-Bürger 84,7 %, die der Männer insgesamt 77,8 %.** Die Quoten für Österreich bewegen sich insgesamt über dem Schnitt (Männer insgesamt 81,0 %), bei den EU-Bürgern aber darunter (83,2 %). Bei den Erwerbsquoten der drittstaatsangehörigen Männer ist das Bild dreigeteilt[39]. In einigen Ländern ist ihre Erwerbsquote deutlich höher als der Gesamtdurchschnitt. **Im EU-27-Durchschnitt liegt die Erwerbsquote der drittstaatsangehörigen Männer bei 80,6 %.**

Die **Erwerbsquoten der Frauen** liegen deutlich unter jenen der Männer. Die durchschnittliche Frauenerwerbsquote in den EU-27 lag 2008 bei 64,3 % (Männer 77,8 %), in den EU-15 bei 65,9 % (Männer 79,2 %). Weit überdurchschnittliche Frauenerwerbsquoten weisen vor allem die nordischen Länder Dänemark (77,3 %), Schweden (76,4 %) und Finnland (73,5 %) auf. Österreich liegt mit einer Frauenerwerbsquote von 69,6 % im EU-27-Vergleich an achter Stelle. Die niedrigsten Erwerbsquoten unter den Frauen haben Malta (40,8 %), Italien (51,1 %) sowie Ungarn (55,3 %), Rumänien (55,4 %) und Griechenland (56,5 %).

Tabelle 28: Erwerbsquoten der Frauen (15-64 Jahre) in der EU-27, 2009, nach Herkunft

	Frauen gesamt	Inländerinnen	EU-27-Bürgerinnen	Drittstaats-angehörige		Frauen gesamt	Inländerinnen	EU-27-Bürgerinnen	Drittstaats-angehörige
EU-27	**64,3**	**64,5**	**69,2**	**57,6**	LT	67,8	67,8	:	:
EU-15	**65,9**	**66,3**	**69,3**	**57,2**	LU	60,7	56,6	67,2	51,7
BE	60,9	61,9	58,5	37,7	HU	55,3	55,3	64,5	60,4 (u)
BG	62,5	62,5	:	:	MT	40,8	40,5	:	:
CZ	61,5	61,4	71,1	64,1	NL	74,1	74,8	75,2	47,1
DK	77,3	77,9	79,9	64,1	**AT**	**69,6**	**70,8**	**68,4**	**56,2**
DE	71,4	73,2	68,2	50,9	PL	57,8	57,8	:	67,9 (u)
EE	70,6	69,9	:	74,6	PT	69,0	68,8	68,6	74,3
IE	62,4	62,0	68,5	55,5	RO	55,4	55,4	:	:
GR	56,5	56,3	65,0	55,8	SI	67,9	68,2	:	35,0 (u)
ES	64,8	63,6	72,2	71,0	SK	60,6	60,6	:	:
FR	66,3	67,1	63,5	47,8	FI	73,5	73,7	83,1	54,1
IT	51,1	50,4	69,2	55,2	SE	76,4	77,2	77,4	53,1
CY	66,2	64,0	70,4	81,1	UK	69,5	70,0	73,2	57,7
LV	71,0	71,3	:	68,9					

Anmerkung: „u“: unzuverlässige/ungewisse Daten, „:“: nicht verfügbar

Q.: Eurostat.

Im Vergleich zu den Männererwerbsquoten nach Alter ist das Muster der **Frauenerwerbsquoten nach Alter** weniger einheitlich. Zwar haben auch Frauen im mittleren Alter höhere Erwerbsquoten als im jüngeren bzw. höheren Alter, die Integration ins Erwerbsleben weist aber im Vergleich zu den Männern ein wesentlich breiteres länderspezifisches Spektrum auf. Weiters sind die Niveau-

[38] Für folgende Länder standen keine Daten über die Erwerbsquoten der EU-Bürger zur Verfügung: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien, Slowenien.

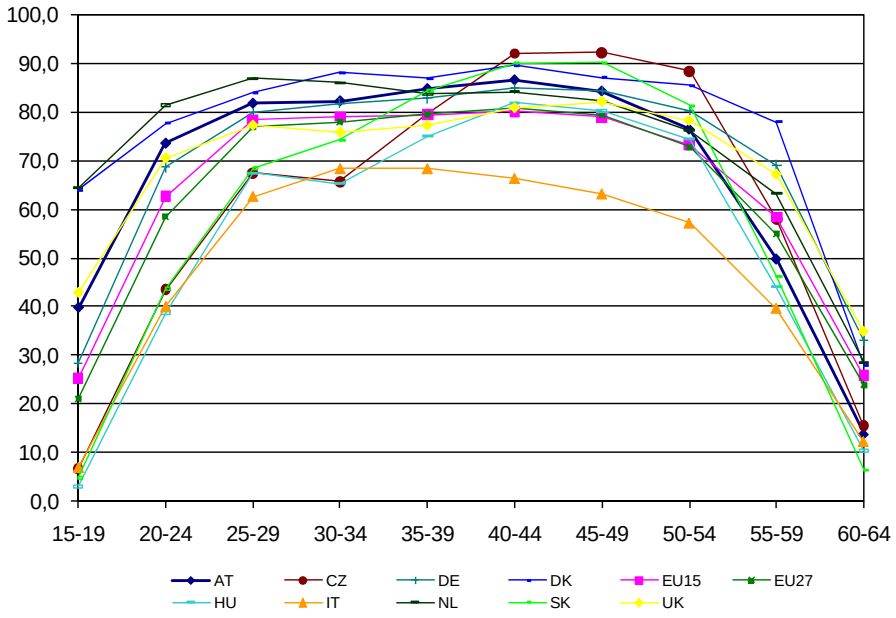
[39] Für folgende Länder standen keine Daten über die Erwerbsquoten der Drittstaatsangehörigen zur Verfügung: Bulgarien, Litauen, Rumänien, Slowakei.

unterschiede bei den Frauenerwerbsquoten zwischen den hier abgebildeten Ländern (Abbildung 110) größer als bei den Männererwerbsquoten derselben Länder (Abbildung 108).

Italien zählt innerhalb der EU-27 zu den Ländern mit der niedrigsten Frauenerwerbsquote, lediglich in Malta ist sie noch geringer. Bei Österreichs nordöstlichen Nachbarländern Tschechien, Slowakei und Ungarn ist die Schwankungsbreite der Frauenerwerbsquote im mittleren Alter ausgeprägter als in Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Großbritannien. Während etwa die Erwerbsquote der 30-34jährigen Frauen in Österreich bei 82,2 %, bei den 35-39jährigen bei 84,7 % und 40-44jährigen bei 86,5 % liegt, bewegen sich diese beispielsweise in Tschechien bei 65,7 %, 79,5 % und 92,0 % und in der Slowakei bei 74,2 %, 84,3 % und 90,0 %. Auch bei den 55-59 bzw. 60-64jährigen Frauen bestehen ausgeprägte Unterschiede. Im EU-27-Durchschnitt lag die Erwerbsquote der 55-59jährigen Frauen 2009 bei 54,9 %, bei den 60-64jährigen bei 23,9 %. Die höchsten Erwerbsquoten verzeichnete dabei Schweden mit 88,5 % (50-59) bzw. 59,2 % (60-64), die niedrigsten Malta mit 20,9 % (55-59) bzw. die Slowakei mit 6,4 % (60-64). **Österreich liegt mit 49,7 % (55-59) bzw. 13,7 % (60-64) in beiden Altersgruppen unter dem EU-Durchschnitt**.

Auch nach Herkunft streuen die Frauenerwerbsquoten breiter. **Im EU-27-Durchschnitt beträgt die Erwerbsquote der EU-Bürgerinnen 69,2 % (Frauen insgesamt 64,3 %)**. In den Ländern, in denen die Frauenerwerbsquote insgesamt hoch ist, sind auch jene der EU-Bürgerinnen am höchsten (Finnland, Dänemark, Schweden, Niederlande). In Österreich liegt die Erwerbsquote der EU-Bürgerinnen (68,4 %) unter dem Gesamtdurchschnitt (69,6 %). Beträchtliche Unterschiede, gegenüber dem Gesamtdurchschnitt und im Ländervergleich, bestehen bei der Erwerbsquote der drittstaatsangehörigen Frauen. Ihre Erwerbsbeteiligung liegt in vielen EU-Staaten deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt. **Im EU-27-Durchschnitt beträgt die Erwerbsquote drittstaatsangehöriger Frauen 57,6 %, die österreichische mit 56,2% ist damit etwas geringer als im Schnitt der EU-27.**

Abbildung 110: Erwerbsquoten der Frauen nach Altersgruppen, 2009, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten

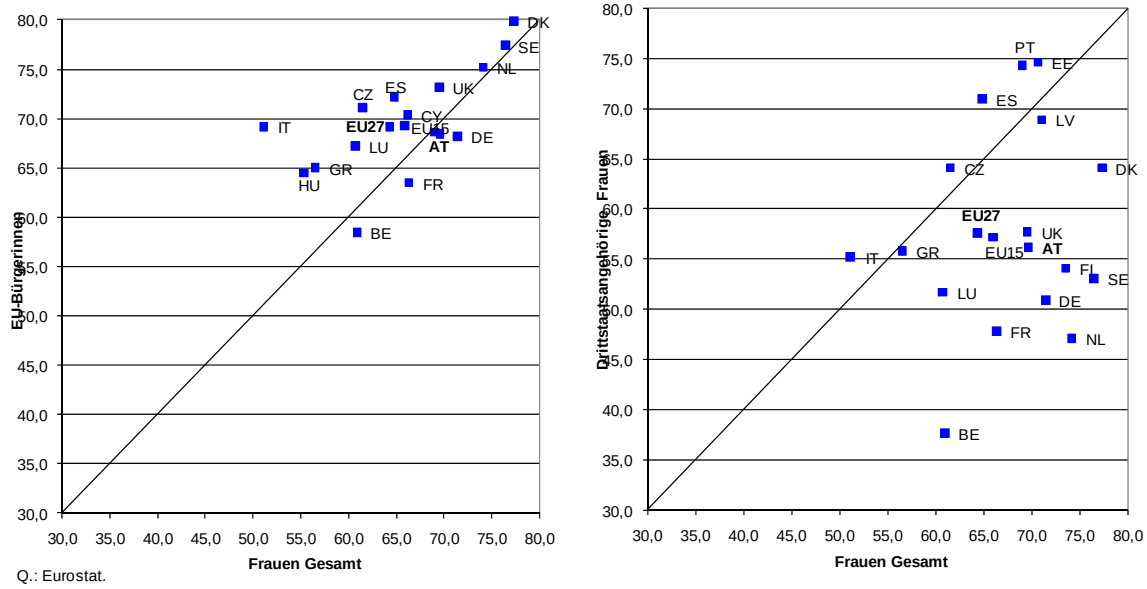


Q.: Eurostat.

Vor allem die Unterschiede in der Einbindung der Frauen ins Erwerbsleben sind vom jeweiligen Wohlfahrtsmodell abhängig. Nach Soysal (1994) besitzt jedes Land ein komplexes Institutionengefüge, aus dem sich Organisation und Struktur des sozioökonomischen Verhaltens der einheimischen Bevölkerung ableiten. Die vier wichtigsten europäischen Sozialmodelle – das nordische, das angelsächsische, das kontinentaleuropäische und das südeuropäische – unterscheiden sich hinsichtlich der Rolle und Gewichtung, die dem (Arbeits-)Markt, dem Staat und den Haushalten in der Güter- und Dienstleistungsproduktion zukommt. Länder, die durch Steueranreize oder Transferzahlungen einen großen Anteil an Arbeit – insbesondere im Bereich der Sozialdienstleistungen – auf die Haushalte übertragen (Kontinental- und Südeuropa), weisen eine niedrigere weibliche Erwerbsquote auf als solche, in denen der Staat (nordische Länder) oder der Privatsektor (angelsächsischer Raum) als Hauptanbieter dieser Güter und Dienstleistungen fungieren.

Während das Zuwanderungsmodell bestimmt, wer sich unter welchen Voraussetzungen niederlassen kann und den Zugang zum Arbeitsmarkt hat, bedingt das Wohlfahrtsmodell das Ausmaß der Dienstleistungen, die im formellen Sektor angeboten werden. Das Maß der Einbindung der Frauen im erwerbsfähigen Alter in das Erwerbsleben verringert sich von Nord nach Süd; gleichzeitig nimmt der Anteil des öffentlichen Sektors an der Gesamtbeschäftigung ab. Das angelsächsische Modell weicht davon tendenziell etwas ab, insofern als es eine vergleichsweise starke Arbeitsmarktintegration von Frauen aufzuweisen hat, obwohl der öffentliche Sektor wenig umfangreich ist. Dies ist auf die Verlagerung von Haushaltsdienstleistungen auf den Privatsektor und auf gemeinnützige Einrichtungen zurückzuführen, während diese Aufgaben im nordischen Modell großteils vom öffentlichen Sektor übernommen werden.

Abbildung 111: Erwerbsquoten der EU-Bürgerinnen bzw. drittstaatsangehörigen Frauen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Frauen (15-64, in %) in der EU-27, 2009



Q.: Eurostat.

Q.: Eurostat.

Das Zusammenwirken der Einwanderungsmodelle und der Wohlfahrtsmodelle erklärt die unterschiedlichen Erwerbschancen von Migrantinnen in den diversen Ländern. Interessant ist, dass in Südeuropa (Portugal, Italien, Griechenland und Spanien) Drittstaatsangehörige eine höhere

Erwerbsquote aufweisen als Inländerinnen. In diesen Ländern sind ‚sonstige' Frauen entweder höher qualifizierte Fachkräfte oder gezielt angeworben ("target worker"), wobei sie normalerweise befristete Beschäftigungsverträge haben, die kaum Zugang zu Sozialleistungen erlauben.

3.2. Beschäftigungsquote

Die Beschäftigungsquote wird definiert als Anteil der Erwerbstätigen (selbständig und unselbständig Beschäftigte) an der Bevölkerung derselben Altersgruppe. Das Muster der Beschäftigungsquote folgt dem der Erwerbsquote. In der Folge bestehen Unterschiede nach Alter, Geschlecht sowie Herkunft zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten, die sich aus dem Zusammenwirken unterschiedlicher Wohlfahrts-/Sozialmodelle und Einwanderungsmodelle ergeben. **Im EU-27-Durchschnitt lag die Beschäftigungsquote der Männer 2009 bei 70,7 % (EU-15: 71,9 %).** Wie bei den Erwerbsquoten weisen die Niederlande (82,4 %) und Dänemark (78,3 %) auch bei den Beschäftigungsquoten der Männer die höchsten Werte auf. Österreich nimmt mit 76,9 % im EU-27-Vergleich den vierten Rang ein. Die niedrigsten Quoten finden sich – wie bei den Erwerbsquoten – in Lettland (61,0%), Ungarn (61,1%) und Estland (64,1%).

Tabelle 29: Beschäftigungsquoten der Männer (15-64 Jahre) in der EU-27, 2009, nach Herkunft

	Männer gesamt	Inländer	EU-27-Bürger	Drittstaats-angehörige		Männer gesamt	Inländer	EU-27-Bürger	Drittstaats-angehörige
EU-27	**70,7**	**70,9**	**75,1**	**64,3**	LT	59,5	59,5	:	:
EU-15	**71,9**	**72,3**	**75,0**	**64,3**	LU	73,2	70,7	76,8	68,5
BE	67,2	67,7	67,2	51,4	HU	61,1	61,0	78,2	70,6 (u)
BG	66,9	66,9	:	:	MT	71,5	71,7	:	71,3 (u)
CZ	73,8	73,7	86,0	77,7	NL	82,4	82,8	82,3	67,5
DK	78,3	78,7	84,3	66,6	**AT**	**76,9**	**77,6**	**78,2**	**67,5**
DE	75,6	76,6	75,2	61,7	PL	66,1	66,1	82 (u)	68,3 (u)
EE	64,1	64,8	:	61,2	PT	71,1	71,0	85,5	71,0
IE	66,3	65,9	70,9	63,4	RO	65,2	65,2	:	:
GR	73,5	72,7	75,6	83,1	SI	71,0	70,9	:	76,4 (u)
ES	66,6	67,8	65,2	57,0	SK	67,6	67,5	93,3 (u)	:
FR	68,5	68,9	71,6	56,6	FI	69,5	69,6	72,0	60,4
IT	68,6	67,9	81,2	76,5	SE	74,2	74,7	78,3	55,7
CY	77,6	79,4	79,2	49,4	UK	74,8	74,8	83,7	69,2
LV	61,0	61,2	:	60,2					

Anmerkung: „u": unzuverlässige/ungewisse Daten, „:": nicht verfügbar

Q.: Eurostat.

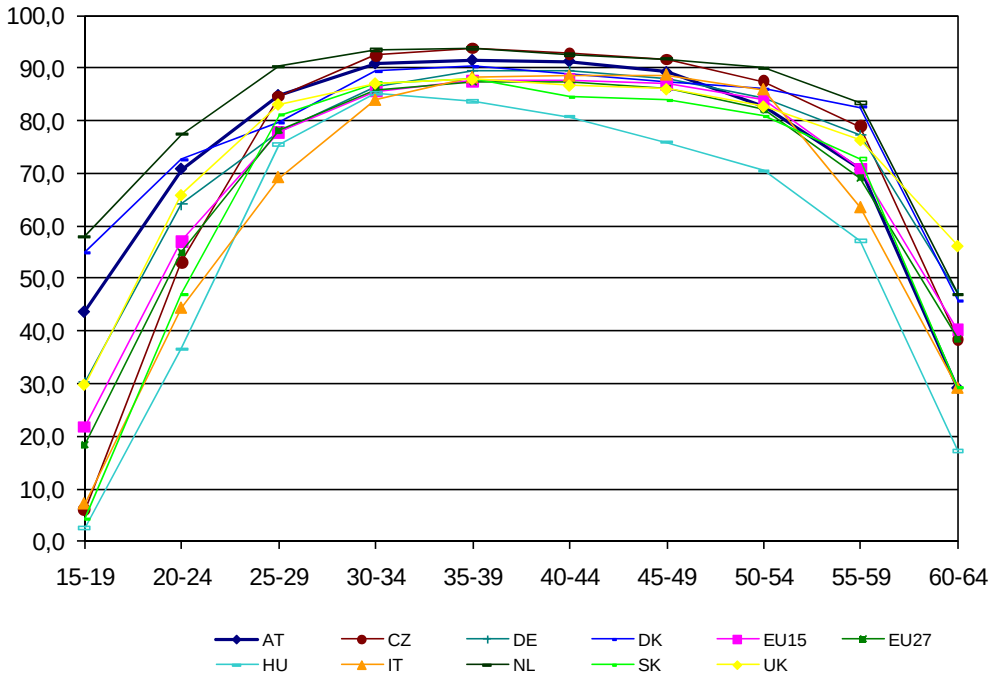
Nach Altersgruppen betrachtet ähneln die Beschäftigungsquoten ebenso wie die Erwerbsquoten dem Bild eines Tafelbergs, d.h. die Beschäftigungsquoten steigen mit dem Alter, erreichen die höchsten Quoten im mittleren Alter und sinken wieder im Alter. Im Ländervergleich bestehen vor allem am unteren und oberen Ende des Altersspektrums Unterschiede in den Beschäftigungsquoten, nicht zuletzt eine Folge der unterschiedlichen Bildungs- und Pensionssysteme, die bestimmende Elemente eines jeden Sozialmodells sind.

Abbildung 112 zeigt die Beschäftigungsquoten der Männer nach Altersgruppen für ausgewählte Mitgliedstaaten. So sind beispielsweise in den Niederlanden deutlich mehr Jugendliche (15-19: 58,0 %, 20-24: 77,4 %) erwerbstätig als im EU-27-Durchschnitt (15-19: 18,3 %, 20-24: 54,9 %). Zwischen 25 und 54 Jahren liegen die Beschäftigungsquoten der Niederländer dann bei/über 90 % und sinken dann in der Altersgruppe der 55-59jährigen auf 83,4 % (gegenüber 69,1 % EU-27) und in der Altersgruppe der 60-64jährigen auf 47,0 % (EU-27 38,5 %) ab. Österreichs Beschäftigungsquoten

der Männer liegen in den Altersgruppen 15-54 jeweils über dem EU-27-Durchschnitt (bzw. 15-49 über EU-15-Durchschnitt), jene der 60-64jährigen liegt mit 29,1 % unter dem EU-27-Schnitt von 38,5 % (bzw. EU-15 40,2 %).

Die Beschäftigungsquote der Männer liegt im Schnitt der EU-27 bei 70,7 %, jene der EU-Bürger ist mit 75,1% überdurchschnittlich, jene der drittstaatsangehörigen Männer mit 64,3 % hingegen unterdurchschnittlich. Abbildung 113 bietet wiederum eine Gegenüberstellung der Beschäftigungsquoten nach Herkunft. In Ländern über der Halbierungslinie haben die EU-Bürger/Drittstaatsangehörigen eine höhere Beschäftigungsquote als der Gesamtdurchschnitt. In Österreich liegen die Beschäftigungsquoten der EU-Bürger (78,2 %) über, jene der drittstaatsangehörigen Männer (67,5 %) unter dem Gesamtdurchschnitt von 76,9 %.

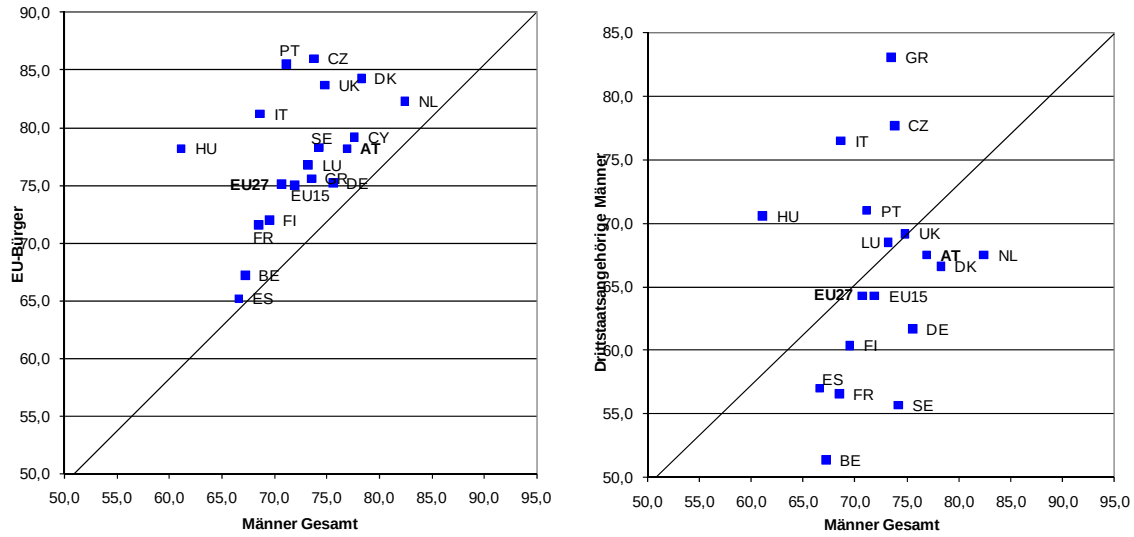
Abbildung 112: Beschäftigungsquoten der Männer nach Altersgruppen, 2009, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten



Q.: Eurostat.

Die **Beschäftigungsquoten der Frauen** liegen hingegen in allen Mitgliedsländern unter denen der Männer (Tabelle 30). Während 2009 im EU-27-Durchschnitt 70,7 % (EU-15 71,9 %) der Männer im Alter von 15-64 Jahren selbständig oder unselbständig erwerbstätig waren, waren dies bei den Frauen nur 58,6 % (EU-15 59,9 %). Die höchsten Frauen-Beschäftigungsquoten haben Dänemark (73,1 %), die Niederlande (71,5 %) und Schweden (70,2 %), am niedrigsten sind sie in Griechenland (48,9 %), Italien (46,4 %) und Malta (37,7 %). Österreich nimmt mit 66,4 % den fünften Rang ein, hinter Dänemark, Schweden, Niederlande und Finnland.

Abbildung 113: Beschäftigungsquoten der EU-Bürger (EU-27) bzw. Drittstaatsangehörigen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Männer (15-64, in %) in der EU-27, 2009



Q.: Eurostat.

Tabelle 30: Beschäftigungsquoten der Frauen (15-64 Jahre) in der EU-27, 2009, nach Herkunft

	Frauen gesamt	Inländerinnen	EU-27-Bürgerinnen	Drittstaats-angehörige		Frauen gesamt	Inländerinnen	EU-27-Bürgerinnen	Drittstaats-angehörige
EU-27	**58,6**	**59,1**	**61,1**	**47,1**	LT	60,7	60,7	:	:
EU-15	**59,9**	**60,7**	**61,1**	**46,7**	LU	57,0	54,8	62,0	39,5
BE	56,0	57,3	51,2	26,4	HU	49,9	49,9	56,8	54,0 (u)
BG	58,3	58,4	:	:	MT	37,7	37,6	:	:
CZ	56,7	56,6	66,6	58,9	NL	71,5	72,3	71,5	43,0
DK	73,1	73,9	73,2	55,9	**AT**	**66,4**	**68,0**	**63,2**	**50,1**
DE	66,2	68,3	61,8	42,3	PL	52,8	52,7	:	57,9 (u)
EE	63,0	63,3	:	61,1	PT	61,6	61,6	58,0	61,7
IE	57,4	57,4	59,8	49,6	RO	52,0	52,0	:	:
GR	48,9	48,8	55,8	49,2	SI	63,8	64,3	:	24,8 (u)
ES	52,8	52,7	55,6	52,8	SK	52,8	52,8	:	:
FR	60,1	61,1	57,9	36,3	FI	67,9	68,3	71,8	42,9
IT	46,4	45,9	59,6	48,3	SE	70,2	71,3	70,7	39,4
CY	62,5	60,4	64,3	79,1	UK	65,0	65,7	68,1	51,0
LV	60,9	61,8	:	55,3					

Anmerkung: „u“: unzuverlässige/ungewisse Daten, „:“: nicht verfügbar

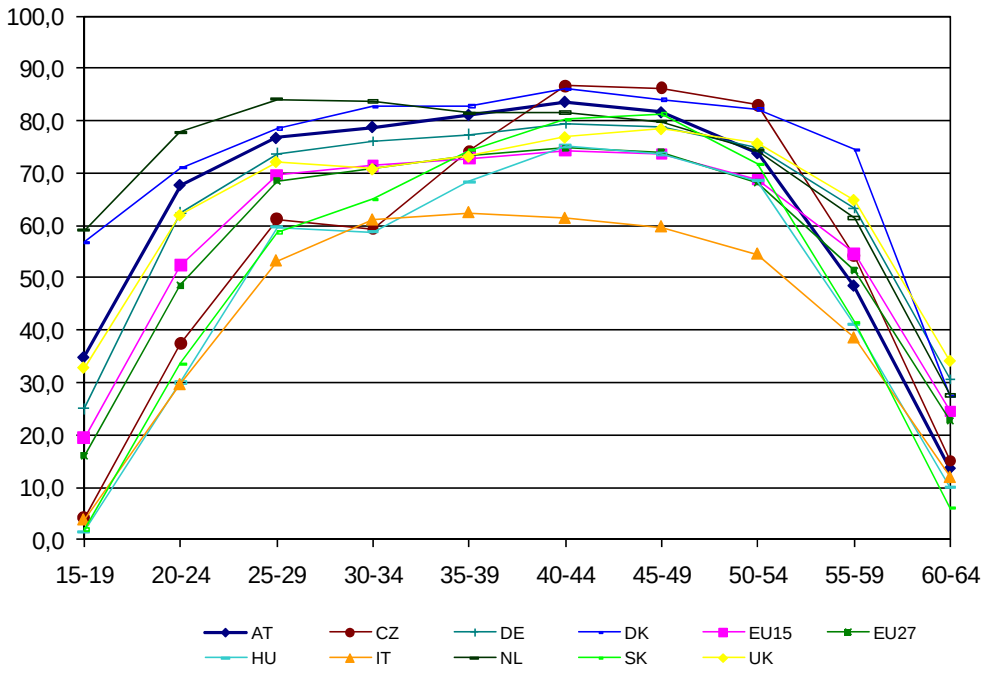
Q.: Eurostat.

Im Vergleich zu den Männern ist bei den **Beschäftigungsquoten der Frauen nach Altersgruppen** das Bild weniger einheitlich (Abbildung 114). Zwar gilt auch für die Frauen, dass die Beschäftigungsquoten im jüngeren Alter zu- und im höheren Alter abnehmen, im mittleren Alter sind sie aber schwankender als bei den Männern. Während sich demnach die Beschäftigungsquoten der Männer im Alter von 30-54 generell auf hohem und stabilem Niveau befinden, steigen die Beschäftigungsquoten der Frauen in dieser Altersgruppe teils deutlich an, etwa in Tschechien von 59,3 % (30-34 Jahre) auf 74,1 % (35-39 Jahre) und 86,6 % (40-44 Jahre); ein ähnliches Bild zeigt sich für die Slowakei und Ungarn. Im EU-27-Vergleich haben in fast allen Mitgliedstaaten die Männer die höchsten Beschäftigungsquoten in den Altersgruppen 30-34 bzw. 35-39, im EU-27-Durchschnitt ist diese mit 87,5 % in der Altersgruppe 35-39 am höchsten. Bei den Frauen hingegen ist die Beschäftigungsquote im EU-27-Durchschnitt in

der Altersgruppe 40-44 mit 74,8 % am höchsten. Abweichungen von diesem Muster, d.h. zwischen 30/34 und 44/49 zunehmende Beschäftigungsquoten, zeigen sich am deutlichsten in Irland, Malta und in den Niederlanden. Dort sind die Beschäftigungsquoten der Frauen bereits zwischen 25 und 29 Jahren am höchsten und nehmen dann wieder ab. Österreichs Frauen-Beschäftigungsquoten folgen dem EU-27-Verlauf, d.h. bis zur Altersgruppe 40-44 zunehmende und dann wieder abnehmende Beschäftigungsquoten. In den Altersgruppen 15-54 liegen die österreichischen Frauen-Beschäftigungsquoten über und in den Altersgruppen 55-64 unter denen des EU-27-Durchschnitts.

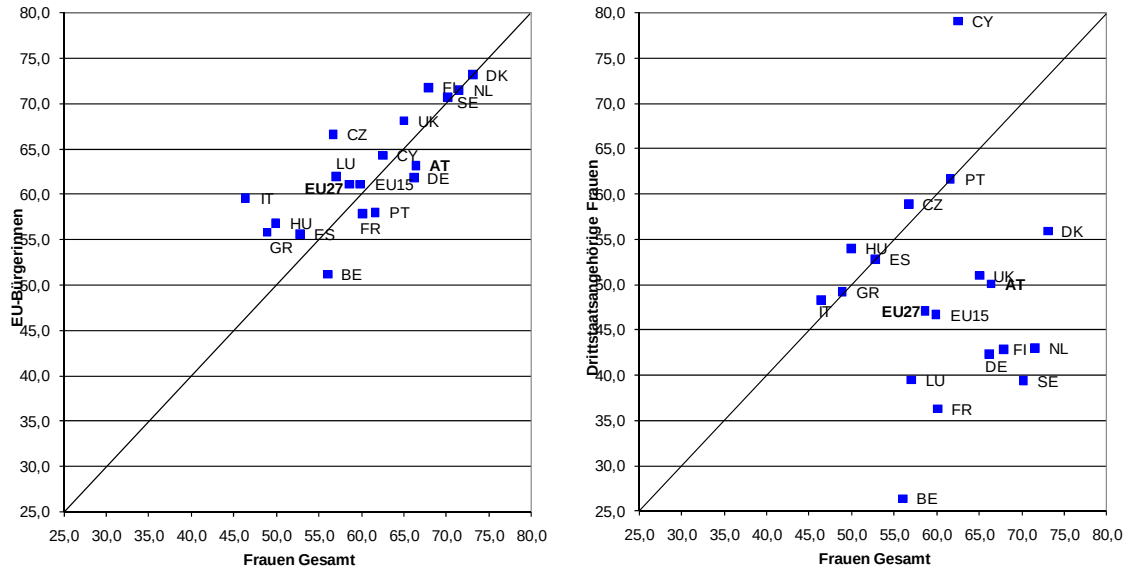
Wie aus Abbildung 115 ersichtlich, liegen die Beschäftigungsquoten der EU-Bürgerinnen, die in anderen EU-Mitgliedsstaaten arbeiten, großteils im bzw. um den Gesamtdurchschnitt der Frauen in den jeweiligen EU-Aufnahmeländern. Die Beschäftigungsquoten der drittstaatsangehörigen Frauen liegen hingegen mehrheitlich deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt. **Während 2009 die Beschäftigungsquote der Frauen in der EU-27 insgesamt bei 58,6 % lag, betrug jene der EU-Bürgerinnen 61,1 % und jene der drittstaatsangehörigen Frauen 47,1 %.**

Abbildung 114: Beschäftigungsquoten der Frauen nach Altersgruppen, 2009, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten



Q.: Eurostat.

Abbildung 115: Beschäftigungsquoten der EU-Bürgerinnen bzw. drittstaatsangehörigen Frauen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Frauen (15-64, in %) in der EU-27, 2009



Q.: Eurostat.

3.3. Arbeitslosenquoten

Die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat-Definition stellt den Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen dar.

Im Durchschnitt der EU-27 lag die Arbeitslosenquote der Männer im Jahr 2009 bei 9,1 % (EU-15: 9,2 %); in den einzelnen Mitgliedstaaten bewegte sie sich zwischen 3,4 % (Niederlande) und 20,8 % (Lettland). Österreich zählt in der EU-27 zu den Ländern mit niedrigen Arbeitslosenquoten; die der Männer lag im Jahr 2009 bei 5,1 %.

Tabelle 31: Arbeitslosenquoten der Männer (15-64 Jahre) in der EU-27, 2009, nach Herkunft

	Männer gesamt	Inländer	EU-27-Bürger	Drittstaats-angehörige		Männer gesamt	Inländer	EU-27-Bürger	Drittstaats-angehörige
EU-27	**9,1**	**8,4**	**11,4**	**20,2**	LT	17,3	17,3	:	:
EU-15	**9,2**	**8,4**	**11,5**	**20,2**	LU	4,4	2,9 (u)	5,3	:
BE	7,8	6,9	10,1	29,1	HU	10,3	10,3	:	:
BG	7,1	7,1	:	:	MT	6,7	6,5	:	:
CZ	5,9	5,9	4,2 (u)	5,8 (u)	NL	3,4	3,2	:	9,9 (u)
DK	6,7	6,5	:	15,2 (u)	**AT**	**5,1**	**4,3**	**6,0 (u)**	**14,2**
DE	8,2	7,4	9,7	19,2	PL	7,9	7,9	:	:
EE	17,4	15,0	:	25,9	PT	9,4	9,1	:	17,6
IE	15,1	14,5	18,6	17,5	RO	8,0	8,0	:	:
GR	7,0	6,7	8,4 (u)	9,5	SI	6,1	6,0	:	:
ES	17,8	15,3	25,6	33,9	SK	11,4	11,4	:	:
FR	8,9	8,3	9,1	23,4	FI	9,0	8,8	:	20,5 (u)
IT	6,9	6,6	7,9	10,6	SE	8,8	8,3	8,6	26,7
CY	5,3	4,3	8,5	18,1	UK	8,7	8,7	5,6	10,9
LV	20,8	19,5	:	26,4					

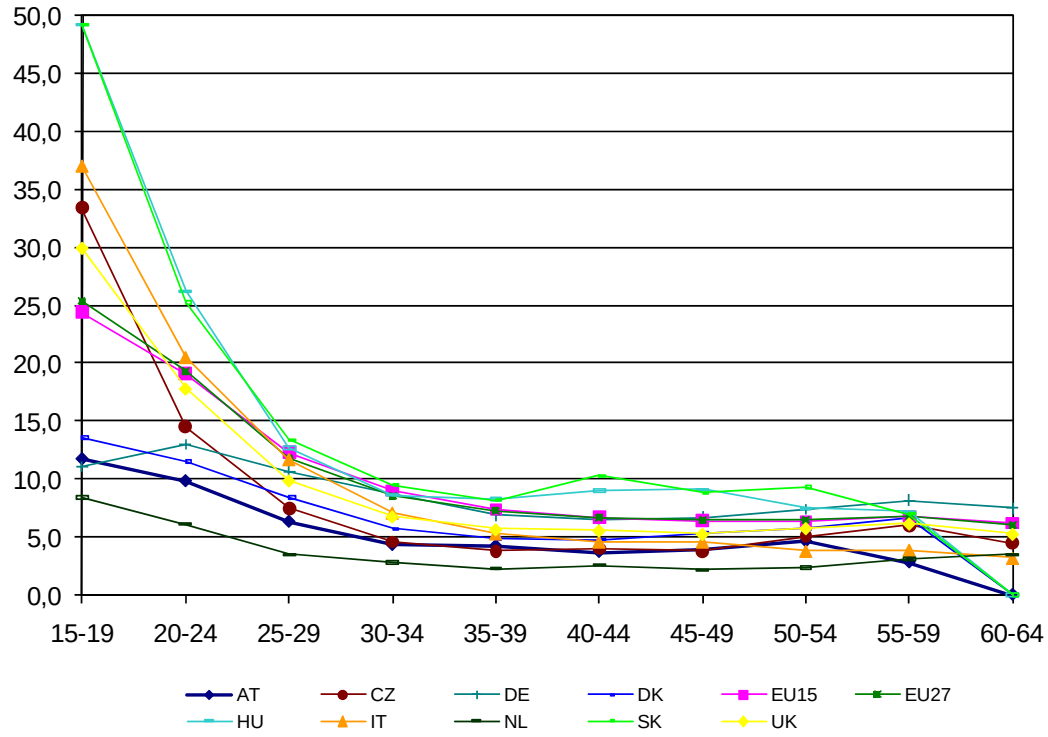
Anmerkung: „u“: unzuverlässige/ungewisse Daten, „:“: nicht verfügbar

Q.: Eurostat.

Die Arbeitslosenquote hat gegenüber der Erwerbs- und Beschäftigungsquote ein umgekehrtes Alters-Profil. Das heißt, in den jüngeren Altersgruppen sind die Arbeitslosenquoten (teils deutlich) höher als im mittleren Alter, im höheren Alter steigen sie (großteils) wieder an. **In Österreich lagen im Jahr 2009 die Arbeitslosenquoten der Männer in allen Altersgruppen unter dem EU-27- bzw. EU-15-Durchschnitt.**

Abbildung 116 zeigt für ausgewählte Mitgliedstaaten die Arbeitslosenquote nach Alter. Die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit unterscheidet sich teils deutlich nach Herkunft (Nationalität).[40] Während sich die Arbeitslosenquoten der EU-Bürger großteils am/um den Gesamtdurchschnitt bewegen, liegen die Arbeitslosenquoten der drittstaatsangehörigen Männer in allen angeführten EU-Mitgliedstaaten teils beträchtlich über dem Gesamtdurchschnitt – am ausgeprägtesten in Schweden, Frankreich und Finnland. **In Österreich lagen 2009 die Arbeitslosenquoten der EU-Bürger (6,0 %) und drittstaatsangehörigen Männer (14,2 %) über dem Gesamtdurchschnitt (5,1 %), jene der Drittstaatsangehörigen sind mehr als dreimal so hoch wie jene der Inländer (4,3 %). Im EU-27-Durchschnitt lag die Arbeitslosenquote der Männer insgesamt bei 9,1 %, jene der Inländer bei 8,4 %, die der EU-Bürger bei 11,4% und die der drittstaatsangehörigen Männer bei 20,2 %.**

Abbildung 116: Arbeitslosenquoten der Männer nach Altersgruppen, 2009, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten



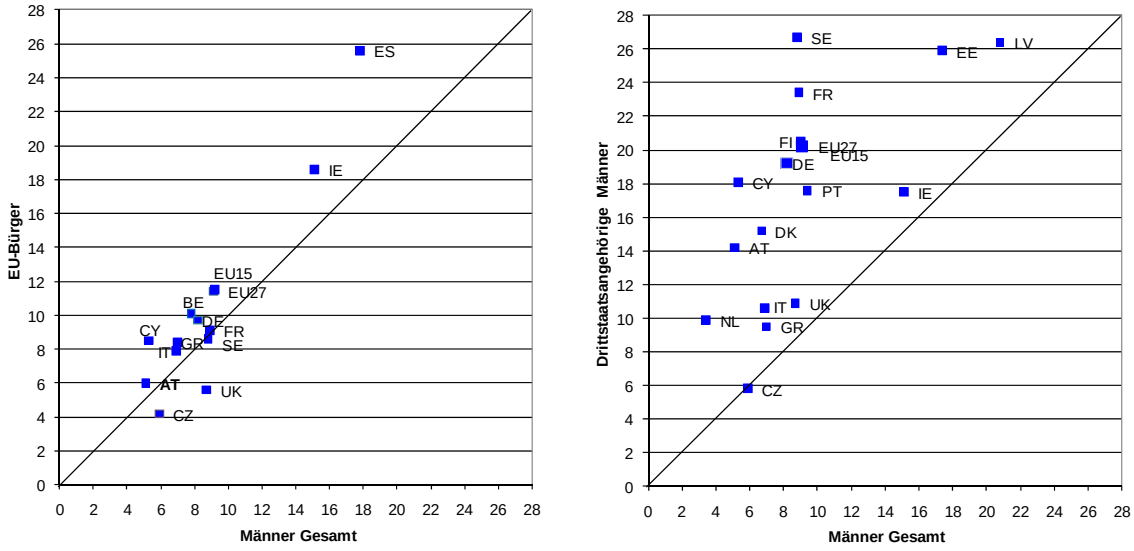
Q.: Eurostat, DUK-Berechnungen.

[40] Die Arbeitslosenquoten der EU-Bürger bzw. der Drittstaatsangehörigen sind nicht für alle EU-27-Länder verfügbar.

Für die Unterschiede zwischen den Geschlechtern lässt sich zunächst festhalten, dass im EU-27-Durchschnitt die Arbeitslosenquoten der Frauen unter jenen der Männer liegen. Waren 2009 im EU-27-Durchschnitt 9,1 % der Männer arbeitslos, so waren es 8,9 % der Frauen. Dieses Durchschnittsbild gilt zwar für Österreich (Männer: 5,1 %, Frauen: 4,6 %) aber nicht für die Situation in allen Mitgliedstaaten.

Auch unter den Frauen haben die Jugendlichen die höchsten Arbeitslosenquoten, in den anderen Altersgruppen ist das Muster weniger einheitlich. Im EU-27-Durchschnitt nimmt die Arbeitslosenquote der Frauen mit zunehmendem Alter ab – dieses Muster trifft z.B. auf Ungarn und Italien zu. In Bulgarien und Deutschland nimmt die Arbeitslosenquote über die Altersgruppen betrachtet einen schwach U-förmigen Verlauf (bis 55-59), d.h. hohe Arbeitslosenquoten im jüngeren Alter, niedrigere im mittleren und wieder steigende im höheren Alter. In den meisten anderen Mitgliedstaaten nehmen die Arbeitslosenquoten der Frauen einen „gezackten“ Verlauf.

Abbildung 117: Arbeitslosenquoten der EU-Bürger bzw. drittstaatsangehörigen Männer gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Männer (15-64, in %) in der EU-27, 2009



Q.: Eurostat, DUK-Berechnungen.

Tabelle 32: Arbeitslosenquoten der Frauen (15-64 Jahre) in der EU-27, 2009, nach Herkunft

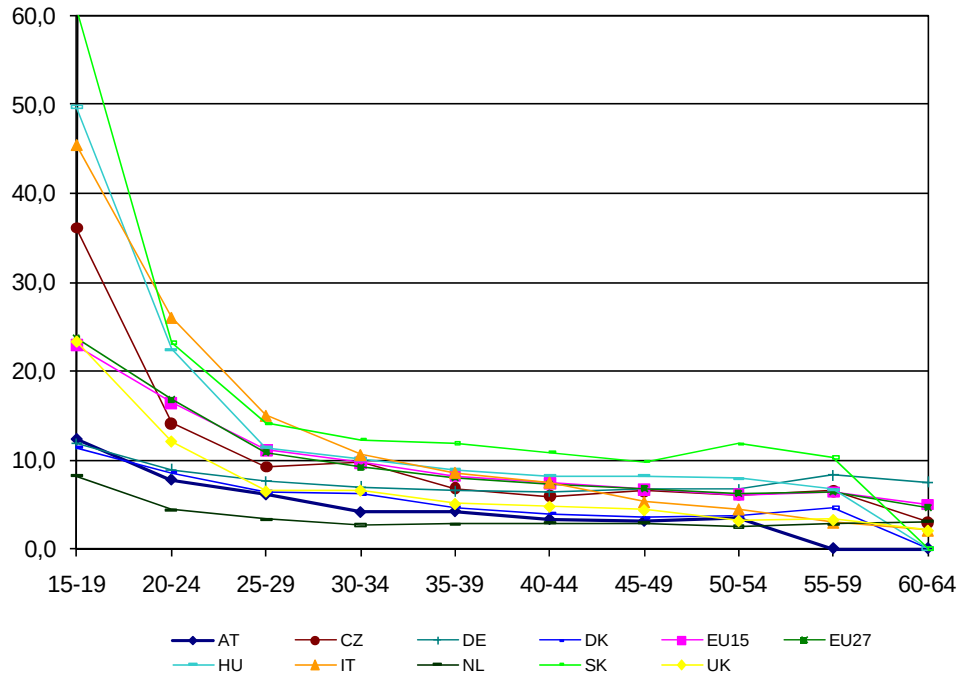
	Frauen gesamt	Inländerinnen	EU-27-Bürgerinnen	Drittstaats-angehörige		Frauen gesamt	Inländerinnen	EU-27-Bürgerinnen	Drittstaats-angehörige
EU-27	**8,9**	**8,4**	**11,7**	**18,2**	LT	10,5	10,5	:	:
EU-15	**9,1**	**8,5**	**11,8**	**18,3**	LU	6,1	3,1 (u)	7,7	23,6 (u)
BE	8,1	7,4	12,4	30,0	HU	9,8	9,8	:	:
BG	6,7	6,6	:	:	MT	7,6	7,3	:	:
CZ	7,8	7,8	6,3 (u)	8,1 (u)	NL	3,4	3,3	:	8,6 (u)
DK	5,4	5,1	:	12,7 (u)	**AT**	**4,6**	**4,0**	**7,6 (u)**	**10,8**
DE	7,3	6,7	9,3	16,9	PL	8,8	8,7	:	:
EE	10,8	9,4	:	18,2 (u)	PT	10,7	10,4	:	17,0
IE	8,0	7,3	12,7	10,5 (u)	RO	6,2	6,2	:	:
GR	13,3	13,4	14,1	11,9	SI	5,9	5,8	:	:
ES	18,5	17,3	22,9	25,6	SK	12,9	12,9	:	:
FR	9,4	8,9	8,9	24,1	FI	7,6	7,4	:	20,8 (u)
IT	9,3	9,0	13,8	12,6	SE	8,1	7,7	8,7	25,7
CY	5,6	5,6	8,6	:	UK	6,5	6,2	6,9	11,6
LV	14,2	13,4	:	19,8					

Anmerkung: „u“: unzuverlässige/ungewisse Daten, „:“: nicht verfügbar

Q.: Eurostat, DUK-Berechnungen.

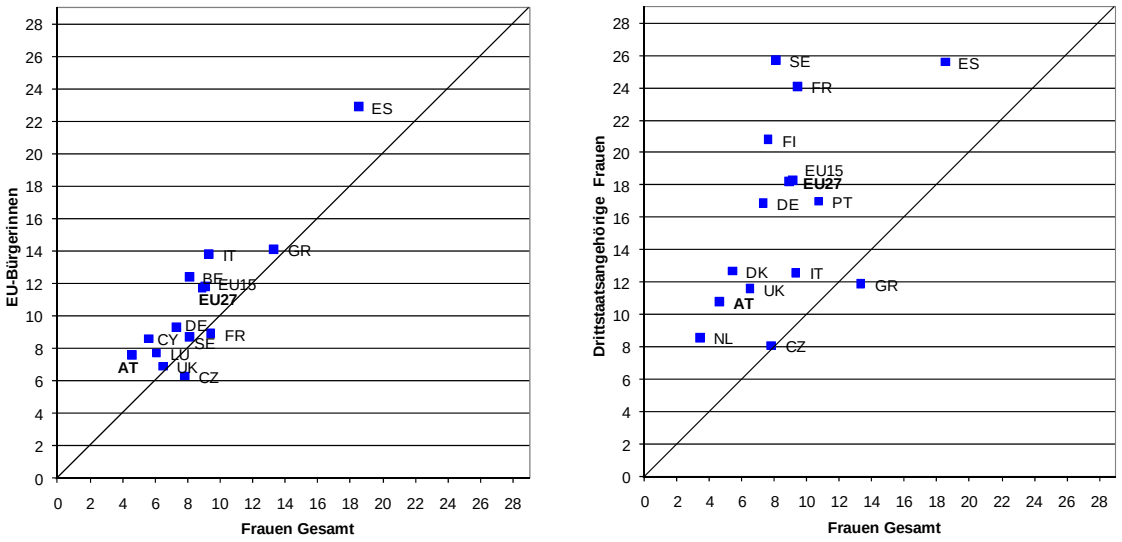
Wie bereits eingangs bei der Analyse der Erwerbsquoten festgehalten, kommen im Ländervergleich bei den Indikatoren zur Arbeitsmarktintegration die unterschiedlichen wirtschaftlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Strukturen zum Ausdruck, wobei die Arbeitslosenquote am oberen Ende des Altersspektrums von Pensionsregelungen bestimmt wird, im unteren vom Bildungssystem und dem Übergang aus dem Schul- ins Erwerbssystem und in mittleren Jahren bei Frauen vom Grad der auf dem Markt verlagerten ‚haushaltsnahen‘ persönlichen Dienstleistungen abhängt.

Abbildung 118: Arbeitslosenquoten der Frauen nach Altersgruppen, 2009, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten



Q.: Eurostat, DUK-Berechnungen.

Abbildung 119: Arbeitslosenquoten der EU-Bürgerinnen bzw. drittstaatsangehörigen Frauen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Frauen (15-64, in %) in der EU-27, 2009



Q.: Eurostat, DUK-Berechnungen.

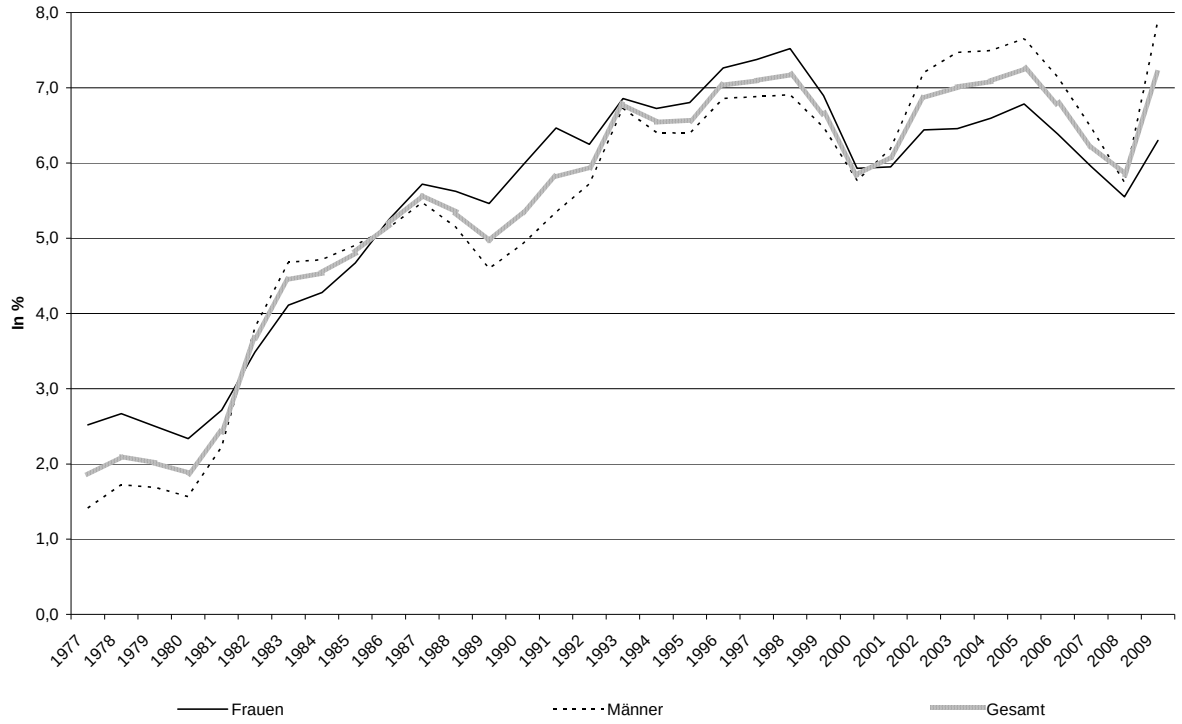
Wie bei den Männern unterscheidet sich auch bei den Frauen die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit nach Herkunft/Staatsangehörigkeit. Während sich die Arbeitslosenquoten der EU-Bürgerinnen großteils am/um den Gesamtdurchschnitt bewegen, sind in den meisten EU-Staaten[41] die drittstaatsangehörigen Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch hier sind – wie bei den Männern – die Unterschiede in Schweden, Frankreich und Finnland am höchsten.

3.3.1. Exkurs: Diskrepanz zwischen internationaler und nationaler Arbeitslosenquote in Österreich

In Österreich liefert die Messung der Arbeitslosenquote nach Geschlecht keine eindeutige Antwort – in der Haushaltsbefragung (AKE – Arbeitskräfteerhebung) ist die Arbeitslosenquote der Frauen höher als die der Männer, in der traditionellen Berechnung, die auf den Registerdaten fußt, ist jedoch das Gegenteil der Fall. Dieses Auseinanderklaffen resultiert aus einer Wende am Arbeitsmarkt im Jahr 2000, die Männerarbeitsbereiche stärker traf als Frauenbeschäftigungsbereiche. Da die administrative Statistik mehr am formalen Arbeitsmarktgeschehen ausgerichtet ist als die Haushaltsbefragung, entsteht eine gewisse Diskrepanz.

[41] Die Arbeitslosenquoten der EU-Bürgerinnen bzw. der Drittstaatsangehörigen sind nicht für alle EU-27-Länder verfügbar.

Abbildung 120: Langfristige Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Österreich nach nationaler Definition*



Q: AMS. * Registrierte Arbeitslose in % des Arbeitskräfteangebots der Unselbständigen (Registrierte Arbeitslose plus unselbständig Beschäftigte).

Von der Mitte der 1980er Jahre bis zum Ende der 1990er Jahre waren die Arbeitslosenquoten der Frauen nach nationaler Definition in Österreich (Biffl 1997) unabhängig vom Konjunkturzyklus stets höher als die der Männer. Seit 2000 sind sie geringer als die der Männer. Diese Wende geht auch aus den international vergleichbaren Daten zur Arbeitslosigkeit der EU hervor (ILO- Labour Force Konzept der Arbeitslosigkeit in der EU-weiten Arbeitskräfteerhebung). Zwar ist die Arbeitslosenquote der Frauen der AKE zufolge auch in den 2000er Jahren höher als die der Männer, der Unterschied in der Höhe der Arbeitslosenquote zwischen Männern und Frauen verringerte sich allerdings nach der internationalen Definition deutlich und lag 2008 bei 0,6 Prozentpunkten, nach knapp 2 Prozentpunkten 1995.

Die im Vergleich zu Männern günstigere Arbeitslosenentwicklung der Frauen ist eine Folge der starken Nachfrage nach Dienstleistungen, allen voran in den Gesundheits- und Sozialberufen, im Unterrichtswesen, im Handel und Tourismus. Die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen ist mit Ausnahme des Fremdenverkehrs relativ unabhängig von der Konjunkturlage. Die Alterung der Bevölkerung und der rasche Anpassungsbedarf der Qualifikationen an neue Herausforderungen lässt auch in Zukunft keinen Einbruch im Arbeitskräftebedarf in diesen Dienstleistungen erwarten.

3.3.2. Lohnunterschiede nach dem Geschlecht: ein komplexer Wirkungsmechanismus

Ein internationaler Vergleich zeigt, dass der Unterschied in den Stundenlöhnen von Männern und Frauen mit dem Anstieg der Erwerbsintegration der Frauen zunimmt (Abbildung 121). Das heißt, dass in den Ländern, in denen die Integration der Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt besonders hoch ist,

auch der ‘gender pay gap’ (prozentueller Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen gemessen an jenen der Männer) stark ausgeprägt ist. So hat etwa Dänemark einen mehr als doppelt so hohen ‘gender pay gap’ als Italien, d.h. Stundenlöhne der Frauen liegen in Italien nur um etwa 8 % unter denen der Männer, während der Lohnabschlag der dänischen Frauen gegenüber Männern 17 % ausmacht. In Österreich ist der durchschnittliche Stundenlohn der Frauen sogar um 20 % geringer als der der Männer[42].

Auch aus einer historischen Perspektive wird dieser Zusammenhang ersichtlich (Abbildung 122). So hat sich der ‘gender pay gap’ in der EU-15 zwischen 1995 und 2006 kaum verringert (-0,2 Prozentpunkte auf 15 %), während die Erwerbsquote der Frauen in der Periode um 7,5 Prozentpunkte (von 56,6 % auf 64 %) gestiegen ist. Diese Durchschnittswerte verschleiern aber markante Unterschiede in der Entwicklung der einzelnen EU-Länder.

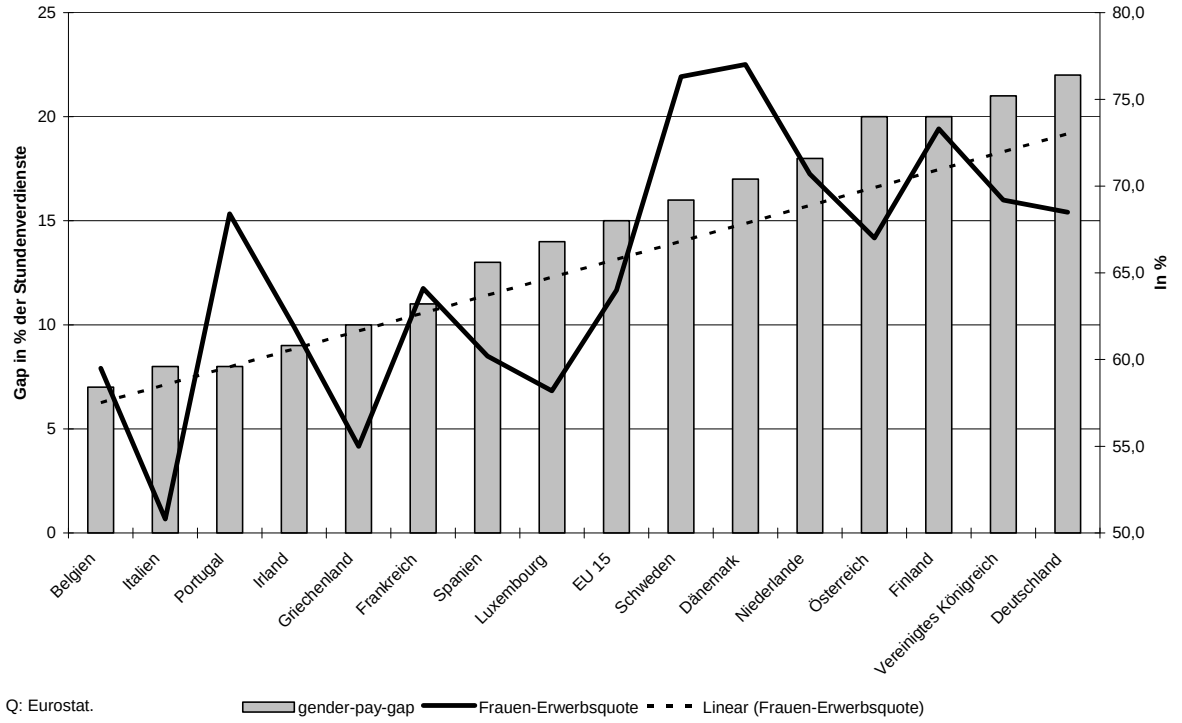
Während die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich im Schnitt langfristig relativ stabil und vergleichsweise hoch sind, haben sie sich im Vereinigten Königreich verringert (-5 Prozentpunkte zwischen 1995 und 2006).[43] Dafür dürfte nicht zuletzt die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes im Jahr 1999 verantwortlich gewesen sein. Auch in den nordischen Ländern ist es vor allem die solidarische Lohnpolitik, und damit eine vergleichsweise geringe Lohnspreizung nach Qualifikationen, Beruf und Alter, die für den geringen ‘gender pay gap’ in Relation zur hohen Erwerbsintegration der Frauen verantwortlich ist.

Im Gegensatz dazu hat Österreich im internationalen Vergleich eine hohe Lohnspreizung nach Branchen, Berufen, Alter und Geschlecht (Hermann 2006, Geisberger – Till 2009, Grünberger – Zulehner 2009). Lediglich die USA, Japan und Belgien haben eine ausgeprägtere Lohnspanne nach Branchen und Alter als Österreich (Pollan 1997, OECD 2005).

[42] Die neue Berechnungsform des ’gender pay gap’ in Geisberger – Till (2009) weist für das Jahr 2006 ein etwas höheres Niveau für Dänemark (19,1%) und Österreich (25,5%) aus und ein geringeres für Italien (4,4%). Dieser Niveauunterschied resultiert aus dem Abgehen von einer Haushaltsbefragung zugunsten einer Betriebsbefragung. Dadurch wird zwar der tatsächliche Lohn besser erfasst, aber eine Verzerrung der Lohnstruktur nach Geschlecht entsteht daraus, dass nur Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten befragt werden und Frauen und Männer nicht auf alle Betriebsgrößen gleich verteilt sind.

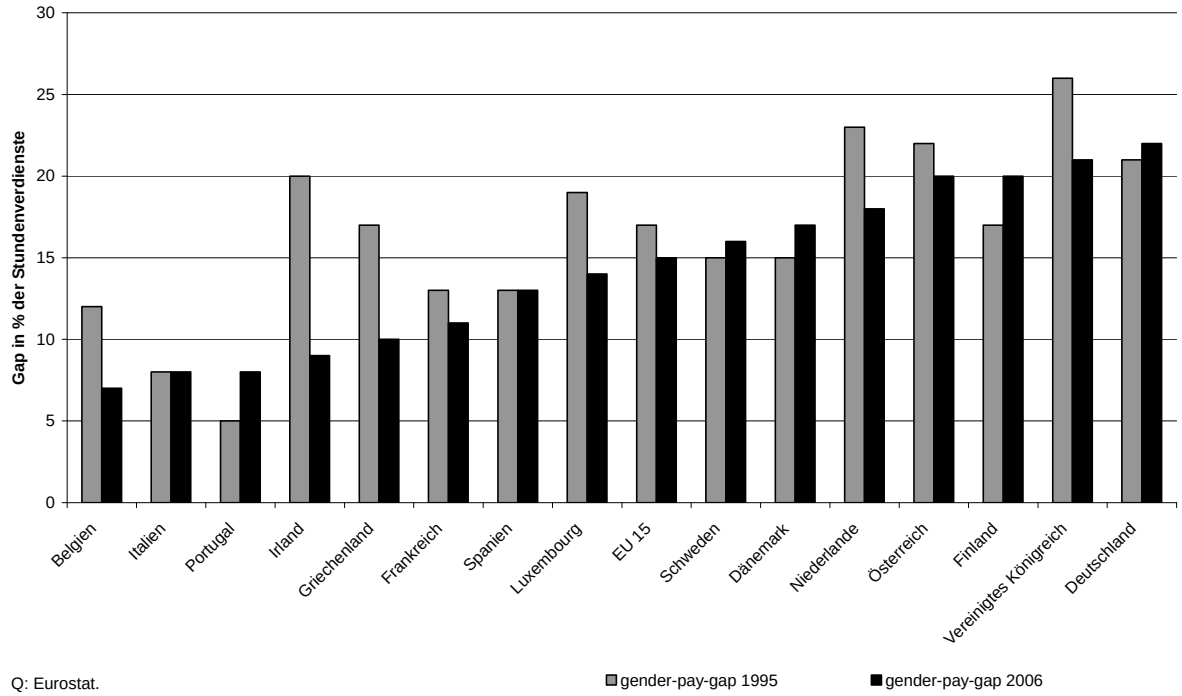
[43] Gemäß Verdienststrukturerhebung ist der ’gender pay gap’ im Vereinigten Königreich im Jahr 2006 mit 24,3% etwas geringer als in Österreich mit 25,5%.

Abbildung 121: Gender Pay-Gap (Differenz des durchschnittlichen Stundenlohns der Frauen in % der Männerlöhne) und Frauenerwerbsquote (2006)



Q: Eurostat.

Abbildung 122: Gender Pay-Gap (Differenz des durchschnittlichen Stundenlohns der Frauen in % der Männerlöhne) 1995-2006

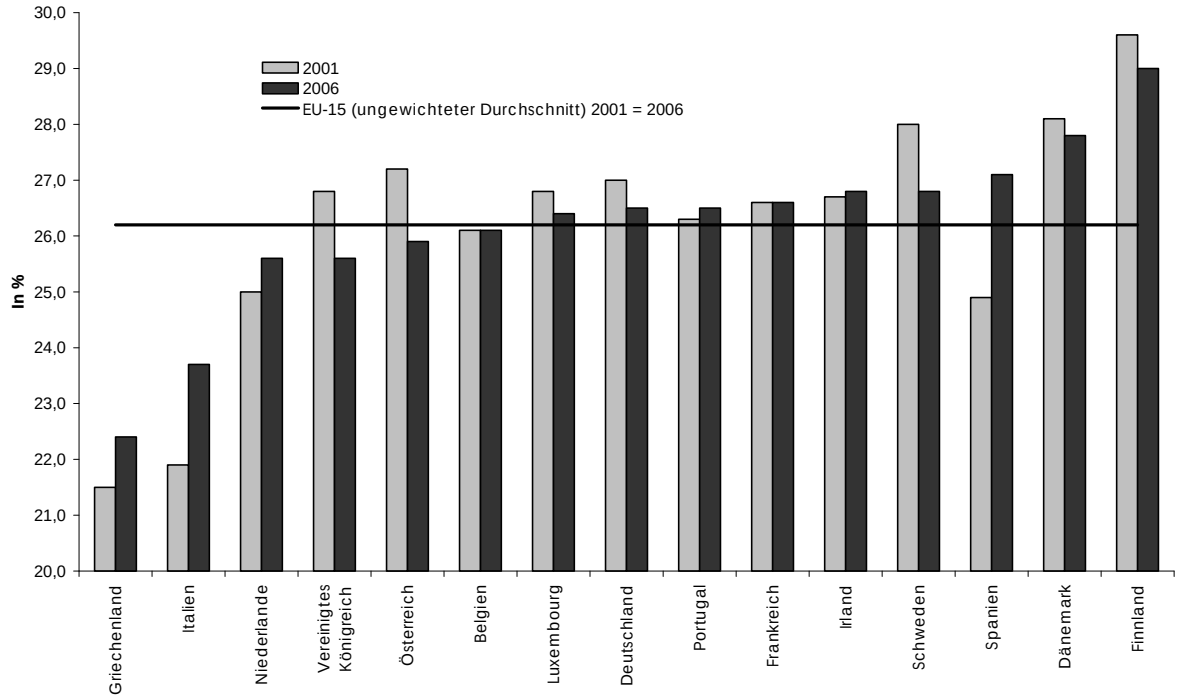


Q: Eurostat.

Warum der 'gender pay gap' in den mediterranen Ländern so gering ist, bedarf einer genauen Überprüfung. Die durchschnittlichen Lohnunterschiede können nämlich aus einem Qualifikations- und Bildungsunterschied der erwerbstätigen Männer und Frauen ebenso resultieren wie aus starken

Lohnunterschieden zwischen Branchen, Berufen, Alter bzw. Dauer der Beschäftigung (Senioritätsentlohnung), Voll- und Teilzeitbeschäftigung, Betrieben nach Betriebsgröße, Stadt-Land Gefälle der Löhne. In den Ländern, in denen es eine starke Gender-Segmentierung der Arbeitsmärkte nach eben diesen Kriterien gibt und keine Lohnpolitik, die den Marktmechanismen entgegenwirkt, sind große Lohnunterschiede nach dem Geschlecht zu erwarten.

Abbildung 123: Berufliche Gender Segregation der Beschäftigung



Q.: Eurostat (LFS).

Aus Abbildung 123 ist ersichtlich, dass die erwerbstätigen Frauen in den südeuropäischen Ländern kaum in anderen Berufen tätig sind als Männer. Das ist nicht verwunderlich, wird doch ein Großteil der personenbezogenen Dienste, die in allen Gesellschaftssystemen in höherem Maße von Frauen als von Männern erbracht werden, im Haushalt oder im informellen Sektor (im Wesentlichen von Frauen mit einfacheren Qualifikationen) erbracht. Auch sind in den mediterranen Ländern verhältnismäßig viele Selbständige und mithelfende Familienangehörige in der Land- und Forstwirtschaft, im Fischereiwesen und im Kleingewerbe tätig, wo es kaum Unterschiede im Qualifikationsgrad und der Entlohnung von Männern und Frauen gibt. Auch im öffentlichen Sektor und in der Privatwirtschaft üben Männer und Frauen ähnliche Tätigkeiten aus, was zur Nivellierung der Lohnunterschiede nach Geschlecht beiträgt. Im Gegensatz dazu weisen die nordischen Länder ebenso wie Österreich und Deutschland eine hohe berufliche geschlechtsspezifische Segregation auf. Die Berufe, die Frauen in höherem Maß wie Männer ausüben, etwa soziale Dienste (Gesundheits- und Sozialberufe, Kinderbetreuung, Unterrichten etc.), haben im Schnitt geringere Stundenlöhne als „typische“ Männerberufe.

In Österreich hat sich die berufliche Geschlechtersegmentierung der Erwerbsarbeit seit den 1960er Jahren nur wenig verändert, trotz einer starken Steigerung der Frauenbeschäftigung. Es ist vor allem der öffentliche Sektor, insbesondere das Unterrichtswesen (Volks- und Mittelschulen), der Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich, der Frauen Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet. Auch im

Banken- und Versicherungssektor erhöhte sich der Frauenanteil, nicht jedoch im wachstumsträchtigen Bereich der hochqualifizierten unternehmensnahen Dienste (Biffl—Leoni 2006). Die Frauen sind auf die Konsumgüterproduktion im industriell-gewerblichen Bereich konzentriert, sowie auf Verkaufstätigkeiten (Handel, Tourismus etc.) und personenbezogene Dienstleistungen (Lehre, Körperpflege, soziale Dienste etc.) im Dienstleistungssektor.

Die verstärkte Internationalisierung der Wirtschaft (Globalisierung der Märkte) bewirkt einen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs in jenen traditionellen Güterproduktionsbereichen (Landwirtschaft, Konsumgüterproduktion, mittlere Qualifikation in der Elektroindustrie), in denen der Frauenbeschäftigungsanteil traditionell hoch war. Davon geht ein Lohndruck aus, der durch die zunehmenden Arbeitsplatzverluste noch verschärft wird. Allerdings nicht nur der Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vieler Betriebe mit ausgereifter einfacher und mittlerer Technologie im arbeitsintensiven Primär- und Sekundärbereich verringert die Erwerbs- und Einkommenschancen von Frauen, sondern auch der verstärkte Wettbewerbsdruck in jenen Dienstleistungsbereichen, in denen Frauen weiterhin Arbeit finden, etwa dem Handel und dem Fremdenverkehrsbereich. Die Finanzierungsprobleme des öffentlichen Sektors wiederum beeinträchtigen die Einkommenschancen der Frauen in einem ihrer wichtigsten Hochqualifikationssegmente.

Im Gegensatz dazu können Löhne in unternehmensorientierten Dienstleistungen infolge rascher Produktivitätssteigerungen, die durch den Einsatz der Informations- und Computertechnologie sichergestellt werden, mit den Löhnen im Hochtechnologiebereich der Güterproduktion mithalten. Dienstleistungen hingegen, die geringe Chancen der Produktivitätssteigerung haben, werden entweder relativ zu anderen Diensten teurer oder die Entlohnung in diesen Tätigkeiten verschlechtert sich (Niedriglohnbranchen). Angesichts der geschlechtspezifischen Segmentation der Ausbildung und der Arbeitsmärkte sind Frauen von dem Lohndruck stärker betroffen als Männer.

Unternehmens- bzw. produktionsorientierte Dienstleistungen erlauben eine „Industrialisierung“ der Dienstleistung infolge der Standardisierbarkeit der Tätigkeit, Mechanisierung und Rationalisierung. Damit können Produktivitätssteigerungen, ähnlich wie bei der Produktion von Gütern, definiert (Verringerung des Inputbedarfs bei gleichem Output) und erzielt werden. Anhaltende Produktivitätssteigerungen ermöglichen eine Erhöhung der Löhne ohne den Profit zu beeinträchtigen oder Preissteigerungen für die Dienstleistungen auszulösen.[44] Problematisch ist in dem Zusammenhang, dass Frauen in den höherwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen angesichts der eingeschlagenen Bildungskanäle nur schwach vertreten sind.

Hingegen sind Frauen im Bereich der personenbezogenen sozialen Dienstleistungen, insbesondere der Kinder- und Altenbetreuung, der Pflege und sonstigen sozialen Diensten, beschäftigt, in denen der betriebswirtschaftliche Produktivitätsbegriff kaum anwendbar ist. Die Betreuung/Pflege erfordert eine aktive Beteiligung der betreuenden und betreuten Personen; technische Rationalisierbarkeit ist begrenzt, eine Erhöhung der Zahl der Betreuten pro BetreuerIn hat ab einem gewissen Moment

[44] Baumol wies schon 1967 darauf hin, dass arbeitsintensive Dienstleistungen, die sich kaum rationalisieren lassen, relativ zu anderen Gütern und Dienstleistungen teurer werden, wenn die Löhne mit denen in der verarbeitenden Industrie Schritt halten (Baumol, 1967).

Qualitätsverluste der Betreuung zur Folge. Es ist also eine „Produktivitätsschranke“ eingezogen, die von nichtökonomischen Erziehungs-/Betreuungsnormen vorgegeben wird. Infolge der geringen Möglichkeit für Produktivitätssteigerungen im betriebswirtschaftlichen Sinn sind Lohnsteigerungen analog zu anderen marktwirtschaftlichen Tätigkeiten nur mit einer Steigerung der Kosten (Preise) für diese Dienstleistungen aufzufangen. Da Preissteigerungen diese Dienstleistungen für viele Menschen unerschwinglich machen würden, werden sie nur in geringem Maße vom privatwirtschaftlich organisierten Sektor angeboten. Im Wesentlichen bieten Wohlfahrtseinrichtungen, der Staat, der informelle Sektor sowie Haushalte diese Dienstleistungen an.

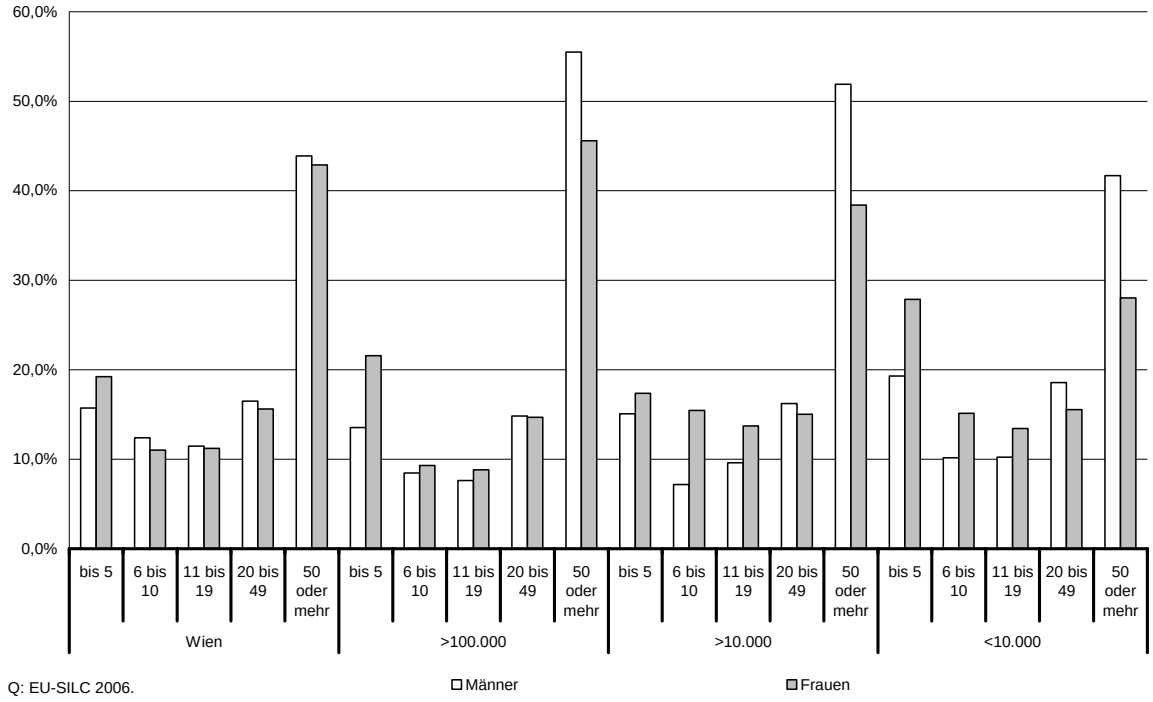
Verstärkt wird der Einkommensunterschied von Männern und Frauen noch durch das Pendeln. Österreich ist ein Land, das vergleichsweise schwach urbanisiert ist. Das hat zur Folge, dass Pendeln vom Wohn- zum Arbeitsort vergleichsweise häufig ist. Auf Grund von Betreuungspflichten sind Frauen in ihrer regionalen Mobilität jedoch eingeschränkt und damit stärker an den lokalen Arbeitsmarkt gebunden. Dies schlägt sich in unterschiedlich langen Anfahrtswegen von Frauen und Männern zu ihren Arbeitsplätzen nieder. Der Anteil der Frauen an den PendlerInnen sinkt mit der Dauer der Anfahrtswege zum Arbeitsplatz, und zwar von fast 50% bei einem Anfahrtsweg von weniger als 5 Minuten auf etwas mehr als ein Drittel bei Anfahrtswegen von mehr als einer Stunde (Statistik Austria Volkszählung 2001).

Die geringere regionale Mobilität von Frauen hat zur Folge, dass Frauen im ländlichen Raum öfter als Männer in Klein- und Mittelbetrieben (KMU) beschäftigt sind. Je kleiner die Wohngemeinde, umso stärker unterscheidet sich die Unternehmensgröße von Männer- und Frauenarbeitsplätzen. In Gemeinden unter 10.000 EinwohnerInnen arbeiten 41,7 % der Männer in Betrieben mit über 50 MitarbeiterInnen, während nur 19,3 % in Kleinbetrieben mit weniger als 5 MitarbeiterInnen arbeiten. Im Gegensatz dazu arbeiten nur 28% der Frauen in Gemeinden dieser Größenordnung in Großbetrieben (mit mehr als 50 Beschäftigten), dafür aber 27,9 % in Kleinbetrieben mit weniger als 5 MitarbeiterInnen. Nur in Wien ist die Beschäftigungsstruktur der Männer und Frauen nach Betriebsgröße annähernd ausgewogen. (Abbildung 124)

Da Großbetriebe im Schnitt bessere Löhne zahlen können als KMU, ist dies ein zusätzlicher Faktor für den ‘gender pay gap’.[45] Grünberger – Zulehner (2009) zufolge kann nur etwa die Hälfte der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich (2006/07) auf einen unterschiedlichen Bildungsgrad, die vertikale und horizontale Segregation (berufliche und branchenmäßige), unterschiedliche Berufserfahrung und den Familienstand zurückgeführt werden. Wesentliche zusätzliche Faktoren sind neben Betriebsgröße und geringerer Mobilität der Frauen unterschiedliche Verhaltensmuster bei Gehaltsverhandlungen, die häufigeren Erwerbsunterbrechungen sowie die geringere Wochenarbeitszeit der Frauen infolge von Betreuungsarbeit (Bertrand − Goldin − Katz 2008). Trotzdem bleibt ein gewisser Anteil des Lohnunterschiedes zwischen Männern und Frauen unerklärt.

[45] Am Beispiel Oberösterreichs kann gezeigt werden, dass Bezirke, die besonders weit von Ballungszentren mit guten Arbeitsbedingungen entfernt sind, einen geringen Anteil an weiblichen Pendlern haben. In den ballungsfernen Regionen ist der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen daher besonders ausgeprägt. (Biffl & Leoni 2006)

Abbildung 124: Beschäftigung nach Geschlecht, Betriebsgröße und Gemeindegröße 2006



Q: EU-SILC 2006.

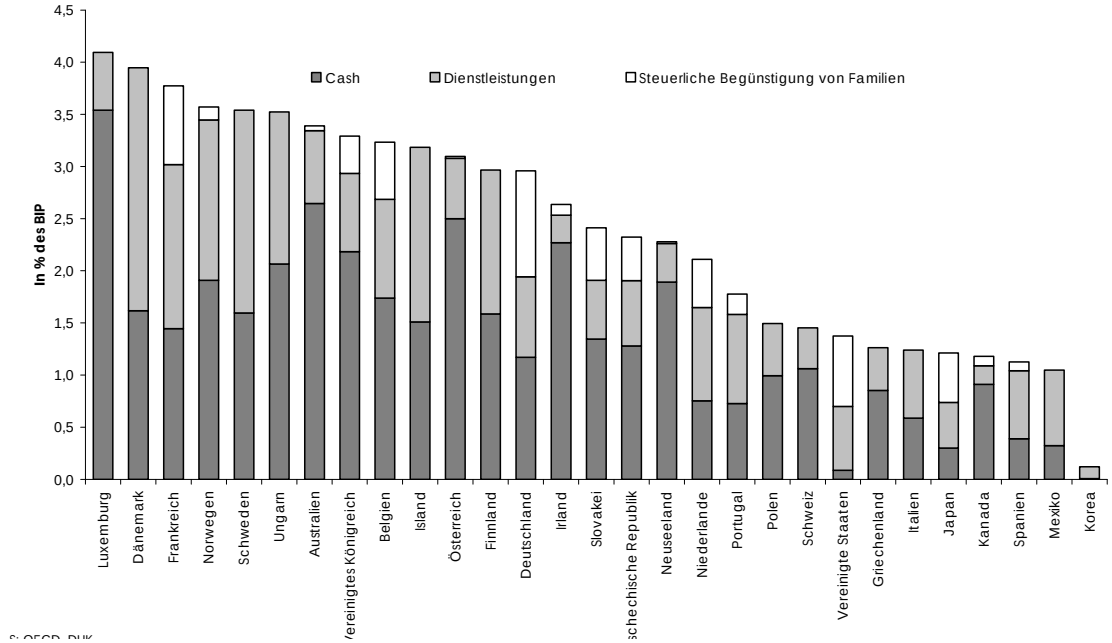
3.3.3. Erklärungsmuster für den 'gender-pay-gap' aus theoretischer Sicht

Blau-Kahn (2003) zufolge ist der wichtigste Erklärungsfaktor für die internationalen Unterschiede in den Stundenlöhnen zwischen Männern und Frauen in der beruflichen und branchenspezifischen Gender-Segmentation der Beschäftigung zu sehen, sowie im unterschiedlichen Bildungs- und Erwerbsverhalten. Das unterschiedliche Bildungsverhalten schlägt sich vor allem in einer anderen Berufswahl nieder und das Erwerbsverhalten unterscheidet sich vor allem in der Erwerbsarbeitszeit. Dadurch dass Frauen sich im Haupterwerbsalter häufiger als Männer aus dem Erwerbsleben zurückziehen bzw. ihre Arbeitszeit reduzieren, können sie seltener als Männer in den Genuss einer Senioritätsentlohnung bzw. Überstundenzahlungen kommen. Zu einem ähnlichen Schluss kommen Boraas – Rodgers (2003). Ihnen zufolge ist die Geschlechtersegregation ('occupational crowding') auf Arbeitsmärkten der wesentliche Faktor für die Höhe der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen. Eine theoretische Untermauerung für die Gender-Segmentation liefern die Humankapitaltheorie sowie 'Crowding' Theorien (Biffl 1993, Bergmann 1996, Macpherson – Hirsch 1995). Die Humankapitaltheorie besagt, dass Frauen tendenziell eher Berufe mit einem geringeren Investitions- und laufenden Anpassungsbedarf auswählen als Männer (Risikoaverses Bildungsverhalten). Hingegen wird in den 'Crowding' Theorien argumentiert, dass die Berufswahl aus einem Rollendenken entspringt, einem Sozialisierungsprozess, der schon in der Kindheit einsetzt und der zu einer Klassifizierung der Berufe in „Frauen-" und „Männerberufe" führt.[46] Diese Sozialisierung beeinflusst die Bildungs- und Berufswahl entlang von Genderlinien und trägt zu einem Überangebot ('crowding') von Frauen in einem vergleichsweise kleinen Berufsspektrum bei. Dieses Überangebot hat über den Mechanismus des starken Wettbewerbs um Arbeitsplätze eine lohndämpfende

[46] Pfau-Effinger (2004) argumentiert, dass die Wurzeln der Gender-Rollen in die Phase des Übergangs von einer Agrar- zur Industriegesellschaft zurückreichen.

Wirkung. Es ist aber auch der Wirtschaftswandel und der technische Fortschritt, der den 'gender pay gap' beeinflusst.

Abbildung 125: Ausgaben für Familienpolitik und ihre Komponenten in ausgewählten OECD Ländern (in % des BIP) 2003



Q.: OECD.

Neben all diesen Erklärungen ist die ökonomische Situation der Frauen in Österreich von der geringen „Vermarktung" der sozialen Dienste, wie Pflege und Kinderbetreuung geprägt. Österreich hat nämlich im EU-Vergleich vergleichsweise wenig in die Ausweitung der so genannten produktiven sozialen Infrastruktur investiert, d.h. in den Ausbau eines leistbaren Angebots an Kinderbetreuung, Pflege und anderer sozialen Dienste. Gleichzeitig wurde aber nicht mit Transferleistungen an Haushalte gespart, damit diese Dienste im Haushalt selbst erbracht werden – Transferleistungen machen in Österreich 27,4% des Haushaltseinkommens von Personen im arbeitsfähigen Alter aus, im Vergleich zu nur 15,8% im OECD-Durchschnitt (*OECD* 2008, 103). Dies zeigt sich besonders deutlich an den Ausgaben der Familienpolitik (Abbildung 125), die zu den höchsten der OECD zählen. Sie haben einen Schwerpunkt in den Transferzahlungen (cash-benefits) und nicht, wie etwa in den skandinavischen Ländern, in Dienstleistungen, was auf eine komplexe Weise die Berufswahl und das Arbeitsangebot der Frauen beeinflusst.

In Österreich verbleiben in der Folge im Vergleich zu den nordischen Ländern mehr Arbeitsressourcen im Haushalt, einerseits über eine geringere Erwerbsbeteiligung der Frauen, andererseits über einen höheren Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen. Dieses Verhaltensmuster trägt dazu bei, dass es in Österreich eher zu einer Verknappung von Arbeitskräften, insbesondere Fachkräften kommt als in den nordischen Ländern. Davon geht einerseits ein Zuwanderungsdruck von Arbeitskräften aus dem Ausland aus, andererseits ein Trend zur Urbanisierung (Aushöhlung des ländlichen Raums). Letzterer wird von der Abwanderung gut qualifizierter Frauen aus dem ländlichen Raum geprägt, die auf eine soziale Infrastruktur zurückgreifen wollen, um ihre Erwerbs- und Einkommenschancen langfristig zu verbessern.

3.3.4. Überlegungen zur kleinräumigen Organisation von sozialen Dienstleistungen

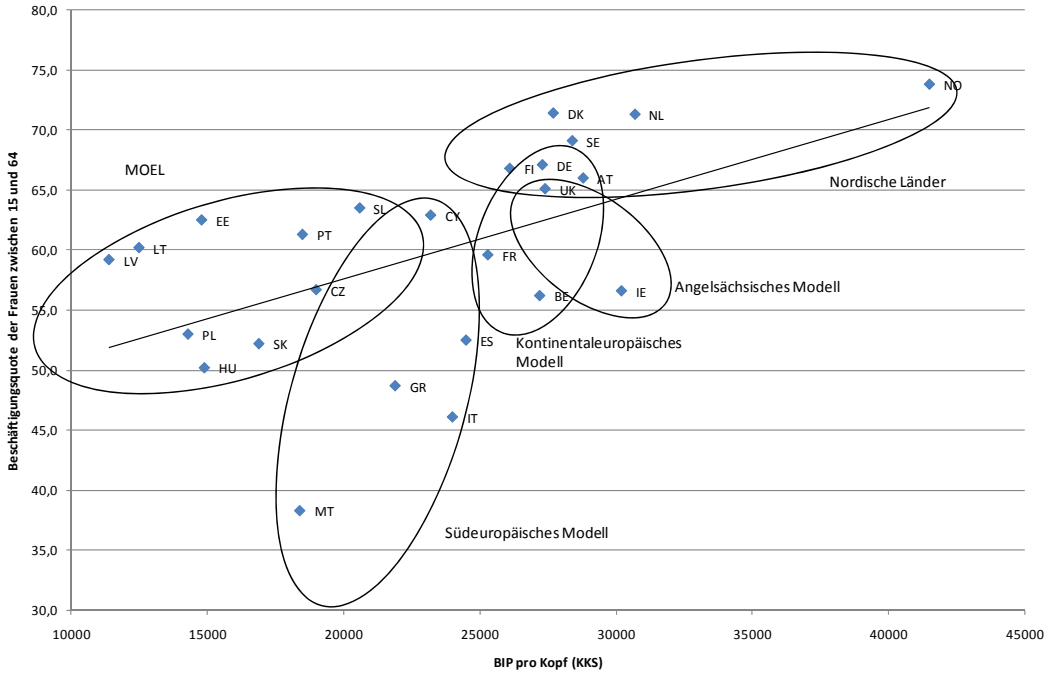
Internationale Studien zeigen, dass die Organisation der sozialen Dienste, insbesondere Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung, nicht nur einen Einfluss auf die Betreuten bzw. die Lernenden hat, sondern auch auf die Familien und den regionalen Wirtschaftsstandort (Morissey/Warner 2007; OECD 2002). Wo diese Dienste kleinräumig über den Erwerbsarbeitsmarkt organisiert sind, sind Frauenerwerbsquoten und die regionale Wertschöpfung höher. Diese Studien zeigen auch, dass durch die erhöhte Erwerbsintegration der Frauen die Wertschöpfung insgesamt begünstigt wird. Das geht auch aus Abbildung 126 hervor (dazu mehr bei Biffl 2007B).

Die sozialen Dienste zu organisieren und Qualitätsstandards sicherzustellen, bedarf aber der Unterstützung seitens des Staates. Die Organisation dieser Dienstleistungen ist nämlich komplex; in Österreich gibt es derzeit kaum einheitliche Qualitätsstandards und Kriterien, die seitens der Anbieter einzuhalten sind. Das gilt in unterschiedlichem Maße für die verschiedenen Anbieter, die im staatlichen (Gemeinden) und privatwirtschaftlichen (freie Selbständige, Tagesmütter) Bereich ebenso angesiedelt sind, wie in NGOs oder im Haushalt. Die Eintrittsbarrieren in diese Märkte sind zum Teil niedrig, und der Grad der Professionalität ist ebenso wie die Qualität unterschiedlich und intransparent. Daraus folgt, dass es angesichts der Informationsdefizite hinsichtlich der lokalen Verfügbarkeit von sozialen Diensten aller Art, ihre Kosten, ihre Qualitätsstandards, die Öffnungszeiten etc. für den einzelnen schwierig ist, adäquate Entscheidungen zu treffen.

Einerseits führen das knappe Angebot an sozialen Dienstleistungen, andererseits das Informationsdefizit über die Qualität des Angebots und der Kriterien (mangelnde Standardisierung) sowie zum Teil starre Öffnungszeiten dazu, dass Haushalte oft selbst derartige Dienstleistungen im informellen Sektor organisieren oder selbst ausführen. In der Folge liegt die Frauenbeschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten in Österreich nur leicht über dem EU-Schnitt (mit rund 50 % gegenüber 49 % im Schnitt der EU15 und 27 im Jahr 2007).

Die Zahlung von Geldern, etwa von Kinderbetreuungsgeld oder Pflegegeld, an den Entscheidungsträger, etwa den/die Empfänger/in der Transferleistung, eröffnet nur dann ein größeres Entscheidungsspektrum, wenn es ein ausreichendes Angebot an diesen Dienstleistungen mit einem Mindestmaß an Professionalität und Qualitätsstandards vor Ort gibt. Nur dann kann über den Wettbewerb, also die Nachfrage, das Qualitätsniveau sogar angehoben werden, da Personen auf der Suche nach Betreuung, Pflege und Weiterbildung dort ihr Geld hintragen, wo die Zufriedenheit am größten ist.

Abbildung 126: Positive Korrelation zwischen der Beschäftigungsquote der Frauen und dem kaufkraftbereinigtem BIP pro Kopf (KKS), 2009



Q.: Eurostat.

4. Sozialwirtschaft in Ländern mit hoher Versorgungsdichte

Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise wirft neue Fragen auf, Fragen nach einer Neuorientierung der Wirtschaft und der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Organisationsmodelle. Dabei spielt die Organisation der Sozialwirtschaft eine große Rolle. In ihrer spezifischen Organisationsform wird ein Schlüssel für die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums und die unterschiedliche Krisenanfälligkeit gesehen. In Europa gibt es eine Vielzahl von Wohlfahrtsmodellen. Struktur-, Organisations-, und Verfahrensprinzipien regeln die Wirkungsweise der Systeme der sozialen Sicherung. Die Organisationsstruktur legt fest, welche Leistungen Versorgungsleistungen sind, also aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden und von allen in Anspruch genommen werden können, welche Versicherungsleistungen darstellen, die eine Leistung von einer vorherigen Beitragszahlung abhängig machen, und welche Fürsorgeleistungen sind, die zwar auch aus dem allgemeinen Steuertopf bezahlt werden, für deren Inanspruchnahme aber Bedürftigkeit nachzuweisen ist.

Viele der sozialen Dienste können nicht eindeutig dem einen oder anderen Prinzip zugeordnet werden. Jedoch dominiert je nach Land das eine oder andere Schema: so etwa das Versicherungsprinzip im französischen, österreichischen und holländischen Sozialstaat und das Versorgungsprinzip im nordischen Modell. Auch ist die Umsetzung der Versorgung mit Sozialleistungen unterschiedlich – sie wird einerseits direkt über die Finanzierung der Angebotsstruktur sicher gestellt (Kinderbetreuungseinrichtungen), andererseits über die Ausschüttung von Transferleistungen an die Betroffenen (Kinderbetreuungsgeld). In der Folge gibt es große Unterschiede zwischen den Ländern in der Aufteilung von Sozialdiensten auf den

Erwerbsarbeitsmarkt oder den informellen und/oder Haushaltssektor. Diese Unterschiede lassen sich u.a. auf kulturelle und politische historische Entwicklungen zurückführen.

Das System des formalen Betreuungswesens besteht in der Folge aus drei unterschiedlichen Kategorien: (1) Varianten der Arbeitszeitgestaltung bzw. Arbeitsfreistellung wie Mutterschutz, Karenzzeiten, Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit, (2) monetäre Unterstützungsleistungen inklusive Steuererleichterungen und (3) Sachleistungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen und Heimhilfe für ältere Menschen.

Die Rolle des informellen Betreuungssektors kann in erster Linie aus Erhebungen der Zeitverwendung erfasst werden (Haushaltsbefragung), die anderen Aspekte aus administrativen Statistiken oder Erhebungen. (vgl. Bettio/Plantenga 2004: 86ff)

Im Folgenden wird auf die Organisationsstruktur und Finanzierung der Kinderbetreuung sowie der Altenbetreuung und Pflege eingegangen, den beiden wesentlichen Bereichen der Betreuungsarbeit in der Sozialwirtschaft. Länder, die im Vergleich mit Österreich dargestellt werden, sind die Niederlande, Dänemark, Schweden und Frankreich.

4.1. Niederlande

Die Niederlande haben eine lange Phase der Reform des Sozialstaates hinter sich. Sie hatte ihren Ausgangspunkt in der Krise der frühen 1980er Jahre, als die Arbeitslosenquote knapp 20 % erreichte, das Budgetdefizit explodierte und das Wirtschaftswachstum darnieder lag. (Visser/Hemmerijck 1998) Die Antwort auf die Krise war das Abkommen von Wassenaar (1982) zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und dem Staat. Es brachte eine Verringerung der Arbeitszeit auf 36 Stunden pro Woche, eine Flexibilisierung der Arbeit, Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften, eine Senkung der Steuern und Sozialabgaben und einen Ausbau der sozialen Dienste. In der Folge erholte sich das Wirtschaftswachstum wieder, die Arbeit wurde auf mehr Köpfe verteilt, vor allem Frauen strömten verstärkt auf den Arbeitsmarkt. Sie waren die Ressource an qualifizierten Arbeitskräften, die die Niederlande brauchten, um aus der Krise heraus zu kommen. Lebensphasengerechte Arbeitszeitmodelle wurden forciert; das bedeutet, dass in der Phase der Mutter- und Vaterschaft nicht nur Frauen sondern auch Männer ihre Arbeitszeit verkürzen (um 20-30 %), um ihre Kinder zu betreuen, eine Notwendigkeit angesichts der Knappheit an Kinderbetreuungseinrichtungen.

In der jüngsten Wirtschaftskrise wurden auch die Niederlande getroffen. Die Beschäftigungsziele der Lissabon-Strategie konnten aber erfüllt werden. Die Frauenerwerbsquote lag schon im Jahr 2007 mit 69,6 % deutlich über den vorgegebenen 60 %. Allerdings ist die Beschäftigung auf Teilzeit bei Frauen sehr häufig, insbesondere auch in höherem Alter: bei einer Betrachtung von Vollzeitäquivalenten sinkt die Frauenerwerbsquote auf 44,4 %.

Die Arbeitslosenquote ist im europäischen Vergleich sehr niedrig; sie ist auch in der Wirtschaftskrise nur leicht auf etwa 3,7% 2009 angestiegen und hält bei derzeit 4,3%. Besonders niedrig ist die Arbeitslosenquote der 15 bis 24-Jährigen, nicht zuletzt weil Jugendliche unter 18 ein Recht auf Bildung und/oder Arbeit haben. Ethnische Minderheiten sind unter den Arbeitslosen überrepräsentiert, und zwar in allen Alterskategorien. Nicht-Westliche Minderheiten sind am häufigsten von Armut betroffen, aber auch AlleinerzieherInnen-Haushalte und Haushalte, die auf Transferleistungen (außer Pensionen) angewiesen sind. Die Niederlande sind eines jener EU-Länder

mit den geringsten Altersquotienten (65+Jährige als Anteil der 15-64-Jährigen von 20,7 % im Jahr 2007), der zwar stark ansteigen, aber immer noch unterhalb des EU-Schnitts bleiben wird.

Die Sozialschutzausgaben liegen in den Niederlanden bei 26,8 % des BIP (2007, ESSPROS-Daten) und damit leicht über dem EU27 Schnitt von 25,2%. Die niederländische Regierung verfolgt den Ansatz, Armut durch Erwerbsarbeit zu bekämpfen, dh. die Arbeitsmarktpartizipation durch Arbeitsaufnahme und Training zu erhöhen. Das bedeutet, die Bevölkerung mit den notwendigen Qualifikationen auszustatten und die Möglichkeit zu bieten, eine bezahlte Arbeit aufzunehmen. (vgl. European Commission 2009)

4.1.1. Familienpolitik

In den Niederlanden sind die Familienleistungen steuerfinanziert. Die Niederlande gewähren 16 Wochen Mutterschaftsurlaub, von dem vier bis sechs Wochen vor dem errechneten Entbindungstermin genommen werden müssen und der mit dem vollem Tagesarbeitsentgelt abgegolten wird (maximal 185,46 €).

Die **Niederlande** haben auch ein steuerfinanziertes Kindergeldsystem. Kindergeld wird allen EinwohnerInnen für Kinder unter 18 Jahren gewährt, für die Unterhalt geleistet wird, und zwar unabhängig von Einkommen und Nationalität der BezieherInnen bzw. unabhängig vom Wohnsitz des Kindes (gilt für Kinder in anderen EU-/EWR-Ländern bzw. sonstigen Ländern mit Abkommen). Erwerbstätige ohne Wohnsitz in den Niederlanden sind auch bezugsberechtigt. Wie in Dänemark ist auch in den Niederlanden das Kindergeld altersabhängig. Zusätzlich werden bis zu festgelegten Einkommensgrenzen und nach Zahl der Kinder gestaffelte Zuschläge gewährt.

In den **Niederlanden** gibt es kein Erziehungsgeld.

Die **Niederlande** gewähren eine Beihilfe, wenn beide Eltern berufstätig sind und das Kind außer Haus betreut wird. Die Höhe der Kinderbetreuungsleistung hängt von der Haushaltszusammensetzung, der Art und den Kosten der Kinderbetreuung sowie vom Einkommen der Eltern ab. Es werden maximal 6,10 € pro Stunde gewährt, die Leistung wird von den Steuerbehörden vergeben.

4.1.2. Altenbetreuung/-pflege

Die Niederlande haben ein beitragsfinanziertes Pflegesystem. Das Pflegerisiko wird von den Krankenversicherungen abgedeckt. Im Allgemeinen werden Pflegesachleistungen angeboten. Im Rahmen einer Versuchsreihe kann für bestimmte Pflegeleistungen auch Pflegegeld (persoonsgebonden budget, PGB) bezogen werden. Auch eine Kombination aus Sach- und Geldleistungen ist möglich. Das Leistungsspektrum ist weit definiert und richtet sich an Personen bei langem Krankenhausaufenthalt, ältere Menschen, Behinderte sowie geistig Behinderte mit chronischen Problemen. Pflege wird dabei in sieben Funktionen eingeteilt: häusliche Pflege, persönliche Pflege, Krankenpflege, unterstützende Betreuung, aktivierende Betreuung, Behandlung und Unterbringung. Anspruch auf Pflegeleistungen haben alle EinwohnerInnen sowie Personen, die in den Niederlanden arbeiten und Lohnsteuer zahlen. Die Pflegeleistungen sind dabei nicht an Alter, Bedürftigkeit oder einen bestimmten Mindestpflegebedarf geknüpft. Die Feststellung des Pflegebedarfs liegt beim „Zentrum zur Beurteilung des Pflegebedarfs“ (Centrum Indicatiestellung Zorg, CIZ), von diesem wird auch Art und Ausmaß der Pflege festgelegt. Die Pflegebedürftigkeit wird

zeitlich befristet (maximal fünf Jahre) anhand der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) der Weltgesundheitsorganisation beurteilt. Die Pflege wird hauptsächlich in Einrichtungen erbracht, versicherte Personen können ihr persönliches Pflegegeld (persoonsgebonden budget, PGB) auch für Unterstützung durch nicht-gewerbsmäßige Pflegepersonen (Nachbarn, Freunde) oder professionelle Anbieter (spezialisierte Agenturen) nutzen. Die Pflegeleistungen umfassen die *häusliche Pflege* zum Ausgleich der (kurzzeitigen) Beeinträchtigung der versicherten Person, ein eigenständiges Leben zu führen, die *teilstationäre Pflege* zur Förderung/Erhalt der Fähigkeit ein eigenständiges Leben zu führen und damit Bewahrung vor Institutionalisierung oder Vernachlässigung der versicherten Person. *Stationäre Pflege* richtet sich an Personen mit Bedarf an geschützter Wohn- und Therapieumgebung sowie dauerhaftem Betreuungsbedarf. Die Kostenbeteiligung bei Heimunterbringung ist einkommensabhängig, es gibt einen „hohen Betrag" von monatlich maximal 1.838,60 Euro sowie den „niedrigen Betrag" von monatlich maximal 741,20 Euro. (vgl. MISSOC)

Seit 1. Jänner 2007 liegen verschiedene Verantwortlichkeiten, wie etwa Heimhilfe oder Transport von Älteren und Behinderten, bei den Kommunen, mit dem Ziel, den lokalen sozialen Zusammenhalt zu stärken. Die Kommunen sind darüber hinaus dafür verantwortlich, zu entscheiden, wer Betreuungsleistungen bekommen soll/muss, und diese auch bereitzustellen. In den meisten Fällen muss ein privater Kostenbeitrag entrichtet werden, der einkommensabhängig und in den einzelnen Kommunen unterschiedlich hoch ist.

Um die Qualität in der Pflege zu sichern, wurden seitens der Regierung Instrumente zur Messung des Standards der Pflegequalität in Heimen entwickelt und Befragungen der Patienten zur Zufriedenheit mit der Betreuung eingeführt. Das personenbezogene Budget stellt weiters ein wichtiges Instrument zur Erhöhung der Entscheidungsfreiheit von betreuungsbedürftigen Personen dar, die Möglichkeit der Pflege und Betreuung im eigenen Heim wurde weiter forciert. (vgl. European Commission 2009)

4.1.3. Der soziale Dienstleistungssektor

Das niederländische Wohlfahrtsmodell hat eine ähnliche institutionelle Verankerung wie das österreichische; es ist abhängig von Beiträgen der Beschäftigten und daher auf ein hohes Beschäftigungsniveau angewiesen, um den Sozialstaat zu finanzieren. Die Verlagerung der sozialen Dienste auf den Erwerbsarbeitsmarkt erklärt das ‚Beschäftigungswunder' der Niederlande und die hohe Resistenz gegen konjunkturelle Krisen.

Lange Zeit wurde nur wenige Kinder in den Niederlanden in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen betreut, 1990 waren zwei Prozent der Kinder im Alter von 0-13 Jahren in institutionellen Tagesbetreuungseinrichtungen. Die Gründe dafür lagen vor allem in einer geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen, traditionellen Einstellungen mit einer Präferenz für informelle Betreuung sowie eine Steuergesetzgebung, die Alleinverdienerhaushalte begünstigte. Bis 2004 hat sich der Anteil der 0-13jährigen in institutioneller Betreuung auf zwölf Prozent erhöht, bei den 0-2jährigen liegt er nun beim etwa 30 %. Dieser Anstieg ging einher mit einer höheren Frauenerwerbsbeteiligung, gesunkenen Kinderbetreuungskosten für die Eltern (teils auf Firmen verlagert), staatlichen Initiativen zur Ausweitung und Professionalisierung des Kinderbetreuungsangebots (1994-2004 jährliches Wachstum bei den institutionellen Kinderbetreuungsplätzen ca. 9 %, nach 2005 ca. 10-12 %) sowie geänderte Einstellungen der Eltern

gegenüber den institutionellen Betreuungsangeboten. (vgl. Noailly/Visser 2009) Die verstärkte Erwerbstätigkeit der Frauen mit Kindern hat den Bedarf an familienorientierten Dienstleistungen erhöht und gleichzeitig Beschäftigungschancen für Frauen eröffnet. Da diese Dienstleistungen traditionellerweise nicht vom Staat bereit gestellt werden sondern von kirchennahen Einrichtungen, entwickelten sich über die Zeit zunehmend nicht auf Gewinn orientierte Initiativen sowie kommerzielle familienorientierte Dienstleistungen mit flexiblen Beschäftigungs- und Arbeitsformen, entsprechend den Anforderungen eines zunehmend flexiblen Arbeitsmarktes. (Visser/Hemmerijck 1998) Heute gibt es zwar auch schon öffentlich geführte Kindertagesstätten und Betriebskindergärten, sie sind aber gering an der Zahl. Der Großteil der Kinderbetreuung findet in privaten Initiativen statt.

4.2. Dänemark

Dänemarks Sozialsystem baut auf den Prinzipien Universalität, Erreichbarkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Adäquanz und Nachhaltigkeit auf und ist primär steuerfinanziert. (vgl. European Commission 2009: 233) In der Folge hat jede Person mit einem Wohnsitz in Dänemark Zugang zu sozialen Diensten, unabhängig vom Status, Einkommen, gezahlten Beiträgen oder Beschäftigung. Die Kommunen verwalten das System der sozialen Sicherheit.

Dänemark erfüllt die Ziele der Europäischen Beschäftigungsstrategie; die Beschäftigungsquote ist traditionell hoch, die Arbeitslosenquote (auch die Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit) zählt zu den niedrigsten in Europa. Geschlechtsspezifische Differenzen am Arbeitsmarkt sind relativ gering. Allerdings steht auch Dänemark vor Herausforderungen, die durch demografische Veränderungen hervorgerufen werden.

Dänemark gehört ähnlich wie die Niederlande zu den Ländern mit besonders hohen öffentlichen Sozialschutzausgaben (2007: 28,1 % des BIP) und weist relativ geringe Einkommensungleichheiten und Armutsgefährdungsraten auf. Nichtsdestotrotz gibt es Personengruppen, die ein höheres Armutsrisiko aufweisen, etwa Personen mit Migrationshintergrund. Sie haben auch geringere Erwerbsquoten und schneiden im Bildungssystem schlechter ab.

4.2.1. Familienpolitik

In Dänemark werden im Rahmen von Mutterschutz und Elternzeit für insgesamt 52 Wochen Geldleistungen gewährt. Diese umfassen Mutterschutzgeld vier Wochen vor bis 14 Wochen nach der Geburt. Väter haben Anspruch auf zwei Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub, der in den 14 Wochen nach Geburt des Kindes zu nehmen ist. Bis zum neunten Lebensjahr des Kindes besteht Anspruch auf 32 Wochen Elternurlaub, der zwischen den Eltern geteilt wird. Das Mutterschutzgeld hängt vom Einkommen der vorausgehenden Beschäftigung ab und beträgt maximal 3.625 DKK (487 €) pro Woche bzw. 98 DKK (13 €) pro Stunde (37 Stunden/Woche), kollektivvertraglich kann aber die volle Kompensation vorgesehen sein. Das während des Elternurlaubs gewährte Elterngeld beläuft sich auf 60 % des Arbeitslosengeldes. (vgl. MISSOC, Stand: Juli 2009)

In Dänemark sind die Kindergeld-Leistungen steuerfinanziert. Es ist ein universelles System für die gesamte Bevölkerung, wobei für den Bezug der Leistungen teils die dänische Staatsbürgerschaft bzw. ein längerer Wohnsitz in Dänemark erforderlich ist. Das Kindergeld wird für Kinder mit Wohnsitz in Dänemark bis zum Alter von 18 Jahren gewährt. Die Höhe des Kindergeldes hängt vom Alter der

Kinder ab. Bei Kindern unter neun Jahren besteht Anspruch auf Beurlaubung zur Kinderbetreuung[47], das gilt für ArbeitnehmerInnen, Selbständige, Arbeitslose und BezieherInnen von Mindestsicherung, die die Bedingungen für einen Anspruch auf Krankengeld erfüllen. Dieser Elternurlaub beträgt acht Monate, wird aus Steuern finanziert und entspricht 60 % der Leistungen der Arbeitslosenversicherung.

Dänemark gewährt Eltern, die ihre Kinder selbst aufziehen eine Kinderbetreuungsbeihilfe. Die Kinderbetreuungsbeihilfe kann für eine Periode von acht Wochen bis zu einem Jahr gewährt werden. Diese Leistung ist steuerfinanziert und wird von den Kommunen erbracht. Die Kinderbetreuungsbeihilfe kann für Kinder zwischen 24 Wochen und sechs Jahren bezogen werden, engere Altersgrenzen können von den Kommunen festgelegt werden. Bezugsberechtigt sind Eltern, die sieben der letzten acht Jahre in Dänemark einen Wohnsitz gehabt haben. Kinderbetreuungshilfe kann für maximal drei Kinder im Haushalt bezogen werden, sie darf insgesamt den Maximalbetrag des Mutterschaftsgeldes nicht übersteigen und sie beträgt maximal 85 % der Kosten der Unterbringung des Kindes in einer kommunalen Kinderbetreuungseinrichtung. (vgl. MISSOC, Stand: Juli 2009)

4.2.2. Altenbetreuung/-pflege

Dänemark hat ein universelles, steuerfinanziertes Pflegesicherungssystem, das dezentralisiert – von den Gemeinden – organisiert wird. Das dänische System kennt Sachleistungen im Fall von Pflegebedürftigkeit, spezielle Geldleistungen werden nicht gewährt. Alle BürgerInnen mit Wohnsitz in Dänemark haben bei Pflegebedürftigkeit, unabhängig von ihrer Zahlungsfähigkeit, Anspruch auf persönliche und praktische Unterstützung (das betreffende Gesetz regelt auch die Versorgung von Kindern). Damit soll pflegebedürftigen Personen ermöglicht werden, so lange wie möglich in ihrer Wohnung zu bleiben. Für die Inanspruchnahme von Pflegeleistungen ist kein Mindestpflegebedarf Voraussetzung, alle Anträge müssen basierend auf einer genauen und individuellen Beurteilung berücksichtigt werden. Die BegutachterInnen sind Personen mit Erfahrung im Pflegebereich. Die Pflegeleistungen werden von privaten und öffentlichen Einrichtungen erbracht, die Gemeindeverwaltungen sind für die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen und Zielsetzungen sowie die Dokumentation und Qualitätssicherung verantwortlich. Die Gemeinden sind auch angehalten, nicht-gewerbsmäßige Pflegepersonen (wie Ehe-/PartnerIn, Verwandte, Freunde …) einzubeziehen. Die Entscheidung über Zuerkennung von Pflegeleistungen wird von den Gemeindeverwaltungen getroffen, und zwar basierend auf einem von den AntragsstellerInnen ausgefüllten Fragebogen. Es erfolgt eine periodische Anpassung an die Bedürfnisse der EmpfängerInnen.

Die Leistungen umfassen häusliche Pflegeleistungen, wie Körperpflege und Hilfe im Haushalt, teilstationäre Pflege zur Entlastung von pflegenden Angehörigen (Pflege in Tageszentren, Übernachtung in Krankenpflegeheimen) und stationäre Pflege, bei der verschiedene Alternativen innerhalb und außerhalb der Gemeinden angeboten werden (Familienheime, geschlossene Pflegeeinrichtungen, private Krankenpflegeheime, private Pflegeheime/private Unterkunft). Als sonstige Leistungen im Rahmen der Pflegesicherung sind die Wohnungsanpassung, die Bereitstellung spezieller Vorrichtungen sowie die Vertretung und Entlastung von pflegenden Angehörigen zu

[47] http://www.iwkoeln.de/tabid/2691/ItemID/24230/Default.aspx (Juni 2010)

nennen. Die Pflegeleistungen sind meist kostenlos; bei zeitlich begrenztem Pflegebedarf ist in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen ein Kostenbeitrag zu leisten. (vgl. MISSOC; European Commission 2009: 242f)

4.2.3. Der soziale Dienstleistungssektor

Die Kombination aus einer starken marktwirtschaftlichen Ausrichtung mit einem universellen Wohlfahrtstaat, der im Wesentlichen Sachleistungen (Angebotsstrukturen) für alle sozialen Bedürfnisse und Abdeckung von Risiken anbietet, macht Dänemark zu einem viel beachteten flexiblen und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaftsmodell. Der Staat greift ebenso wie in den anderen nordischen Ländern über unterschiedliche Instrumente in die Einkommensverteilung ein, mit dem Ziel, Armut zu verhindern. Der hohe Grad der Absicherung gegen Risikosituationen wie Krankheit und Arbeitsplatzverluste und die Sicherung des Einkommens im Alter tragen dazu bei, dass die Bereitschaft der einzelnen hoch ist, sich laufend an neue berufliche Herausforderungen einzulassen und flexible Beschäftigungsformen anzunehmen. Die flexible Organisation der sozialen Dienste und ihr hoher Grad der Professionalität ist eine Voraussetzung dafür, dass die Flexibilitätsanforderungen im Erwerbsleben (Flexicurity) ohne einen Verlust der Lebensqualität erfüllt werden können. (vgl. COM 2008)

4.3. Schweden

Schweden zählt innerhalb der EU zu den Ländern mit den höchsten Erwerbsquoten, insbesondere von Frauen und Älteren. Hingegen ist die Arbeitslosenquote der 15 bis 24-Jährigen sehr hoch (25 % 2009, gegenüber 12 % in Dänemark, 10 % in Österreich, 7 % in den Niederlanden); besonders betroffen sind im Ausland geborene Jugendliche. Der Unterschied in den Beschäftigungsquoten zwischen im Inland und im Ausland Geborenen ist in Schweden im EU-Vergleich besonders hoch (13,1 Prozentpunkte 2007).

Die Armutsgefährdungsquote liegt in Schweden mit 12,2 % der Bevölkerung (2008) deutlich unter dem EU-Schnitt von 16,5 % (Österreich 12,4 %, Niederlande 10,5 %, Dänemark 11,8 %, Frankreich 13,4 %); die Einkommensverteilung ist ziemlich gleichmäßig. Auch in Schweden sind Personen, die im Ausland geboren wurden, stärker von Armut gefährdet als Einheimische.

Schweden ist in geringerem Maße von demografischer Alterung betroffen als die meisten anderen EU-Länder, nicht zuletzt wegen vergleichsweise hoher Fertilitätsraten, die langfristig relativ stabil sind – wohl eine Konsequenz der staatlichen Unterstützung der Eltern bei der Versorgung, Betreuung und Erziehung der Kinder. In der Folge steigt der Altersquotient geringfügiger an als im EU-Schnitt. Die öffentlichen Sozialschutzausgaben zählen zu den höchsten in Europa und sind mit 29 % des BIP (2009) gleich hoch wie in Frankreich.

Das übergeordnete Ziel des schwedischen Wohlfahrtsmodells ist es, universelle Versorgung anzubieten, unter Maximierung der Integration der Menschen ins Erwerbsleben. Eine hohe Beschäftigungsquote wird als grundlegend dafür angesehen, die großzügige Wohlfahrtspolitik nachhaltig zu sichern. Darüber hinaus dient Beschäftigung der individuellen und sozialen Entwicklung und der gesellschaftlichen Teilhabe. Derzeit liegt der Fokus bei der Arbeitsmarktintegration auf Jugendlichen, Personen mit Migrationshintergrund und Personen in Langzeit-Krankenstand. (vgl. European Commission 2009)

4.3.1. Familienpolitik

In der Familienpolitik ist ein 16-monatiges Elterngeld (föräldrapenning) vorgesehen; zwei dieser Monate muss der Besserverdienende in Anspruch nehmen, sonst verfällt diese Zeit. Während der Elternkarenz werden 80 % des letzten Gehalts bzw. mindestens SEK 180 (€ 17) pro Tag (garantierter Grundbetrag, grundbelopp, MISSOC Stand Juli 2009) gewährt. Danach besteht die Möglichkeit, die Arbeitszeit um zwei Stunden pro Tag (ohne Lohnausgleich) zu verringern (bei Kindern unter acht Jahren). Ab dem zweiten Lebensjahr des Kindes besteht ein Anspruch auf Kinderbetreuung. Die meisten Schwedinnen arbeiten vor der Geburt des ersten Kindes und kehren innerhalb eines Jahres wieder an den Arbeitsplatz zurück.

Alle erwerbstätigen Eltern, die eine Kinderbetreuung benötigen, haben einen gesetzlichen Anspruch auf Vorschultagesstätten für Kinder zwischen einem und sechs Jahren und auf Freizeitzentren für Kinder zwischen sieben und zwölf Jahren. Die Tageseinrichtungen sind ganzjährig von 6:30 bis 18:30 Uhr geöffnet. Die Gruppen sind altersgemischt. Die Gebühren richten sich nach dem Einkommen der Eltern und der Anzahl der Geschwister. (Lehner 2005)

Weiters gibt es ein zeitweiliges Elternschaftsgeld (tillfällig föräldrapenning), wenn das Kind krank ist und ein Elternteil sich beurlauben lassen will, um das Kind zu versorgen. Es wird für höchstens 120 Tage pro Jahr und bis zum 12. Lebensjahr des Kindes gewährt. Väter haben bei der Geburt Anspruch auf zehn Tage Vaterschaftsurlaub, für den das zeitweilige Elternschaftsgeld gewährt wird.

Schweden hat ein pauschales, steuerfinanziertes Kindergeld (Zulagen für große Familien), das für alle Kinder bis 16 Jahre mit Wohnsitz (mehr als sechs Monate pro Jahr) in Schweden gewährt wird. Kindern zwischen 16 und 20 Jahren, die eine weiterführende Schule besuchen, wird eine vergleichbare Beihilfe gewährt. Das schwedische Kindergeld hängt von der Anzahl der Kinder ab.

Die Gemeinden können eine kommunale Kinderbetreuungsbeihilfe für Kinder zwischen einem und drei Jahren gewähren, die von diesen finanziert und verwaltet wird. Damit wird (laut Missoc) für Eltern die Möglichkeit erhöht, zu Hause zu bleiben und die Kinder von zu Hause aus zu versorgen. Voraussetzungen für die Kinderbetreuungshilfe sind der Wohnsitz in der Gemeinde, das Sorgerecht für das Kind, sowie der Bezug von mindestens 250 Tagen Elternschaftsgeld (föräldrapenning). Die Beihilfe kann mit Einkünften aus Erwerbstätigkeit kombiniert werden, aber nicht mit anderen sozialen Sicherungsleistungen, die bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Elternschaft oder Alter gewährt werden. Personen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat haben, aber in einer Gemeinde arbeiten, die die Kinderbetreuungshilfe eingeführt hat, kann diese Leistung auch gestattet werden. Die Kinderbetreuungshilfe beträgt maximal 3.000 SEK (280 Euro) monatlich, Gemeinden haben das Recht die Zulage zu kürzen, wenn das Kind eine öffentlich finanzierte Kindertagesstätte besucht (in Abhängigkeit von der dort verbrachten Zeit).

4.3.2. Altenbetreuung/-pflege

In Schweden obliegt die Organisation und Finanzierung der Pflegeleistungen den Gemeinden. (vgl. MISSOC). Die 290 Kommunen haben die gesetzliche Verpflichtung, den Bedarf an sozialen Dienstleistungen und Wohnungen für betreuungsbedürftige Personen zu decken. Die Kommunen sind allerdings autonom in der Organisationswahl und in den Prioritätensetzungen. Generell wird das Ziel verfolgt, den älteren Menschen ein weitgehend unabhängiges Leben – so lange wie möglich im

eigenen Umfeld – zu ermöglichen. In den letzten 15 Jahren wurden daher auch die institutionellen Betreuungsarrangements reduziert und die mobilen sozialen Dienste, die betreuungsbedürftige Personen im täglichen Alltag zu Hause unterstützen, ausgebaut. (vgl. European Commission 2009: 498)

Die Beurteilung der Pflegebedürftigkeit ist nicht standardisiert, sondern hängt von den in den Gemeinden zur Anwendung kommenden Verfahren ab. Die Pflegeleistungen werden in Schweden grundsätzlich als Sachleistungen erbracht. Geldleistungen sind unüblich, und es gibt keine nationalen Richtlinien dazu. Es besteht ein gutscheinähnliches System, mit dem Personen Anspruch auf Pflegeleistungen geltend machen können, und zwar in der jeweils adäquaten individualisierten Art. Das Niveau der Selbstbeteiligung ist in Schweden niedrig. Daten von 2005 zufolge[48] wurden 4 % der Pflegekosten durch PatientInnenbeiträge finanziert. 2009 lag der Kostenbeitrag der PatientInnen für Altenpflege bei maximal 1.712 SEK (160 Euro) pro Monat, die Kosten für ärztliche Pflege bei monatlich 900 SEK (84 Euro) und der Höchstbeitrag für Medikamente bei 1.800 SEK (168 Euro) pro Jahr. Bei der Einhebung von Gebühren für Altenpflege haben Gemeinden zu berücksichtigen, dass pflegebedürftige Personen Anspruch darauf haben, einen angemessenen Geldbetrag für Miete zur Verfügung zu haben sowie mindestens 4.832 SEK (451 Euro) pro Monat für die Kosten des täglichen Lebens. Der Schwerpunkt der Pflegedienstleistungen liegt auf der mobilen Betreuung und Pflege, was den Verbleib in der gewohnten Umgebung so lange wie möglich gewährleisten soll. Die teilstationäre Pflege wird als Ergänzung der häuslichen Pflege und Betreuung gesehen, stationäre Pflege kommt nur bei hohem Pflegebedarf zur Anwendung. (vgl. MISSOC)

Generell hat der Anteil der älteren Personen, die Betreuung privater Anbieter in Anspruch nehmen, in der letzten Dekade zugenommen. Viele Kommunen bieten den BewohnerInnen an, den Anbieter sozialer Dienste selbst auszusuchen – egal ob privat oder öffentlich verwaltet. Die Kommunen wurden mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet, um Qualität in der Langzeitpflege weiterzuentwickeln, allerdings gibt es noch immer große Unterschiede in Qualität, Kosten und Effektivität zwischen den Kommunen. (vgl. European Commission 2009: 499)

4.3.3. Der soziale Dienstleistungssektor

Die Ursprünge des schwedischen Modells gehen auf einen historischen Kompromiss zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften im Jahr 1938 zurück. Dieser führte in die solidarische Lohnpolitik, die um ein umfassendes System der aktiven Arbeitsmarktpolitik ergänzt wurde.

Das schwedische Wohlfahrtsmodell ist das Paradebeispiel für eine umfassende Basis- und Grundsicherung der BürgerInnen, die zum Teil über eine ausgeprägte Umverteilung finanziert wird. Die Leistungen sind im Wesentlichen Sachbezüge, die gleichzeitig auch die Beschäftigungsbasis für viele Arbeitskräfte im Wohlfahrtssektor in den Kommunen sind. Seit den 1990er Jahren kommt es aber laufend zu Abstrichen in der institutionellen Versorgung und zu einer Verlagerung zu mobilen Diensten. In zunehmendem Maße werden private Kostenbeiträge/Gebühren für die gesundheitliche Versorgung eingehoben.

48

http://www.sweden.se/upload/Sweden_se/english/factsheets/SI/SI_FS8p_Elderly_care_in_Sweden/Elderly_care_in_Sweden_FS8p_Low.pdf (Mai 2010)

4.4. Frankreich

In Frankreich basieren Sozialleistungen ebenso wie in Österreich auf einem erwerbszentrierten Sozialversicherungsmodell. Ein weiteres Charakteristikum des französischen sozialen und gesellschaftlichen Organisationsmodells ist das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, das auf die Ziele der Französischen Revolution zurückgeht. In der Folge konnte sich das Familienernährermodell, das typisch für andere kontinentaleuropäische korporatistische Wohlfahrtsmodelle ist (wie Österreich, Niederlande und Deutschland), in Frankreich nie durchsetzen. (Lewis-Ostner 1994)

Die Beschäftigungsquote von Frauen ist in der Folge in Frankreich im mittleren Alter hoch, ist aber für Jugendliche infolge der Vollzeitschule und unter Älteren infolge eines ausgeprägten Frühpensionsmodells relativ niedrig. Hinsichtlich der Frauenerwerbsquote konnte Frankreich 2007 mit 60 % das Lissabon-Ziel erreichen. Im Gegensatz zu den Niederlanden und Schweden ist die Vollerwerbstätigkeit der Frauen in Frankreich üblich.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 2005 wurde im Jahr 2008 durch die Wirtschaftskrise wieder unterbrochen; die Arbeitslosenquoten der Frauen liegen deutlich über jenen der Männer, besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit unter den 15-24-Jährigen (23,7 % 2009). Frankreich hat hohe öffentliche Sozialschutzausgaben (29 % des BIP 2007), die knapp zur Hälfte auf Alterspensionen entfallen. Kennzeichnend für Frankreich ist eine hohe Fertilitätsrate von 2 Kindern pro Frau im Jahr 2006. Frankreich setzt im Sozialsystem auf hohe Qualität der Leistungen, Vollbeschäftigung und regionalen Zusammenhalt. (vgl. European Commission 2009)

4.4.1. Familienpolitik

Frankreich bietet die größte Variationsbreite an staatlich geförderten privaten und öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten. Unter den OECD-Ländern liegt Frankreich sogar noch vor Dänemark und Schweden an erster Stelle sowohl was die Unterstützung für Mütter mit Kindern unter sechs Jahren betrifft, als auch die Förderung der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern zwischen drei und sechs Jahren. Die Bereitstellung von Kinderbetreuung dient nicht nur der Förderung der Frauen in ihrem Berufsleben sondern auch der Entwicklung der Kinder und der Verbesserung ihrer Lebenschancen. (Letablier 2004) Um die Bedeutung der institutionellen Betreuung und Förderung von Kleinkindern zu signalisieren, zählt die école maternelle, das Vorschulsystem für 3-6Jährige, zum Bildungssystem. Der Besuch ist zwar freiwillig, dennoch besuchen beinahe alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren eine école maternelle, sofern freie Plätze verfügbar sind, werden auch Kinder ab zwei Jahren aufgenommen. (Dörfler 2007)

In Frankreich sind die Familienleistungen durch Beiträge der Arbeitgeber sowie durch Steuern (Ausgleich von Beitragsbefreiungen) finanziert. Frankreich gewährt allen erwerbstätigen Personen bei Unterbrechung der Erwerbstätigkeit (Versicherungszeit mindestens zehn Monate vor Geburt) Mutter- bzw. Vaterschaftsgeld. Das Mutterschaftsgeld (indemnités journalières de maternité) wird insgesamt 16 Wochen, sechs Wochen vor und zehn Wochen nach der Entbindung gewährt. Für das dritte Kind werden 26 Wochen gewährt, davon acht Wochen vor der Entbindung. Das Vaterschaftsgeld (indemnités journalières de paternité) wird für elf Tage in den vier auf die Geburt folgenden Monaten gezahlt. Mutter- und Vaterschaftsgeld sind eine Geldleistung in Höhe des Nettoarbeitsentgelts und machen mindestens 8,55 € bzw. maximal 76,54 € pro Tag aus.

Frankreich hat ein beitragsfinanziertes Kindergeldsystem, das ab dem zweiten Kind gewährt wird. Dafür muss ein dauerhafter Aufenthalt in Frankreich bestehen und das Kind muss seinen Wohnsitz in Frankreich haben. Das Kindergeld wird bis zum Alter von 20 Jahren gewährt, sofern das Einkommen des Kindes 55 % des Mindestlohns nicht übersteigt. Die Höhe des Kindergelds hängt in Frankreich von der Zahl der Kinder ab, weiters gibt es altersgestaffelte Zuschläge.

Weiters wird ein Betreuungsgeld für Kleinkinder (prestation d'accueil du jeune enfant, PAJE) gewährt, das für das erste Kind sechs Monate, für weitere Kinder drei Jahre lang ausbezahlt wird. Das Betreuungsgeld hängt vom Ausmaß der gleichzeitigen Erwerbstätigkeit ab. Bei keiner Erwerbstätigkeit beträgt es 552,11 €, bei einer Teilzeitbeschäftigung im Ausmaß von höchstens 50 % der gesetzlichen Arbeitszeit liegt es bei 419,83 €, bei einer Arbeitszeit zwischen 50 % und 80 % bei 317,48 €. Weiters kann ab dem dritten Kind für eine höhere Leistung (789,54 € monatlich) bei kürzerer Bezugsdauer (12 Monate) optiert werden (complément optionnel du libre choix d'activité, COLCA), dabei ist keine Erwerbstätigkeit zulässig. Das Betreuungsgeld ist an eine vorausgehende Erwerbstätigkeit im Ausmaß von acht Quartalen geknüpft, und zwar beim ersten Kind innerhalb von zwei Jahren vor der Geburt des Kindes, beim zweiten Kind innerhalb von vier Jahren und ab dem dritten Kind innerhalb von fünf Jahren.

Zusätzlich gibt es eine Zulage zum Betreuungsgeld für Kleinkinder (complément du libre choix du mode de garde de la Prestation d'Accueil pour jeune enfant, PAJE), wenn ein Kind unter sechs Jahren zu Hause fremdbetreut oder von einer zugelassenen Tagesmutter betreut wird. Damit wird ein Teil der Lohnkosten und Sozialabgaben für die Betreuungsperson übernommen. Die Zulage hängt vom Alter des Kindes und dem Einkommen der Eltern ab. Weiters wird eine Zulage für die elterliche Präsenz (allocation journalière de présence parentale, AJPP) gewährt, und zwar bei zeitweiliger Unterbrechung der Erwerbstätigkeit und Inanspruchnahme einer Arbeitsbefreiung für elterliche Präsenz. Dabei werden für bis zu 310 Tage im Verlauf von drei Jahren 41,17 € täglich gewährt, bei AlleinerzieherInnen erhöht sich der Betrag auf 48,92 €.[49]

4.4.2. Altenbetreuung/-pflege

In Frankreich sind die Pflegeleistungen beitrags- und steuerfinanziert (regionale Haushalte). Bei Pflegebedürftigkeit werden beitragsfinanzierte Zulagen und Beihilfen gewährt (Zulage für ständige Pflege durch Dritte, Zulage zur Invaliditäts-, Alters- oder Arbeitsunfallrente, Zulage bei Erziehung eines behinderten Kindes, Leistung zum Ausgleich einer Behinderung, persönliche Pflegebeihilfe), die keiner Bedürftigkeitsprüfung unterliegen, teils aber einkommensabhängig sind. Bei Pflegebedürftigkeit im Alter ist in Frankreich die „persönliche Pflegebeihilfe“ (allocation personnalisée d'autonomie) vorgesehen. Diese wird ab Vollendung des 60. Lebensjahres gewährt. Der Anspruch hängt vom Ausmaß der Pflegebedürftigkeit ab, die Höhe der gewährten Pflegebeihilfe ist einkommensabhängig. Die Pflegebeihilfe wird bei Bedarf an häuslicher, teilstationärer oder stationärer Pflege gewährt. Die Höhe der Leistung hängt von der Pflegebedürftigkeit und der Art der erbrachten Pflegeleistung (z.B. häusliche Pflege durch professionelle AnbieterInnen/pflegende Angehörige oder Pflegeheim) ab. (vgl. MISSOC) Diese Geldleistungen werden vom Staat und den

[49] Vgl. MISSOC, Stand: Juli 2009 sowie http://www.pajemploi.urssaf.fr/pajeweb/cmplchoixmdg.jsp (Juni 2010)

Kommunen finanziert. Die Pflege in Wohn- oder Pflegeheimen wird durch die Krankenversicherung finanziert. (vgl. European Commission 2009).

4.4.3. Der soziale Dienstleistungssektor

Im zentralistisch ausgerichteten französischen sozialen Dienstleistungssektor übernimmt der Zentralstaat eine starke lenkende und kontrollierende Funktion. Der Spielraum der Gemeinden ist infolge eingeschränkt. In Frankreich hat die Dezentralisierung im Jahre 1982 die Départements gestärkt, die nun zentrale Akteure im Bereich der sozialen Dienste sind. Die Sozialisation der Kinder wird als zentrale Aufgabe des Staates angesehen. Frankreich unterscheidet zwischen Kinderbetreuung, bezogen auf Kinder unter drei Jahren, die den sozialen Diensten zugerechnet werden, und Bildung, für Kinder ab drei Jahren. Die spezifische Organisationsform begünstigt die Integrationsquote der Kinder zwischen drei und sechs Jahren in institutioneller Betreuung.

Soziale Dienste sind ein komplexes Aktionsfeld, das im Gefolge der Alterung an Bedeutung gewinnt und zunehmend ausdifferenziert wird. Ambulante Pflegedienste und Heimhilfen sind in Frankreich vergleichsweise schwach ausgebaut. In allen Systemen, auch den nordischen, müssen Unterbringungskosten oder Verpflegungskosten in Heimen von den Klienten oder ihren Familien, subsidiär aus der Sozialhilfe, bezahlt werden. Unterschiede in der Betreuungsdichte der einzelnen Länder zeigen sich vor allem auch in der unterschiedlichen Bedeutung altersspezifischer Wohnformen (betreutes Wohnen etc.) Im Bereich der Altenhilfe liegt der Schwerpunkt wie in allen anderen Ländern auch bei dem Ausbau flexibler ambulanter Dienste. Die Herausforderung liegt in der besseren Koordination und Zusammenarbeit von Pflegediensten, Haushaltshilfen sowie stationären und ambulanten Einrichtungen. In diesem Sinn bildet sich die Altenversorgung als eigenständiger Bereich der sozialen Versorgung heraus. In Frankreich wird infolge die Beschäftigung von Dienstleistungspersonal in Privathaushalten staatlich gefördert.

4.5. Österreich

Österreich ist ein Land, das das bis 2010 formulierte Lissabon-Ziel im Bereich der Beschäftigungsquote von Männern und Frauen übertrifft. Allerdings ist für Österreich eine besonders niedrige Beschäftigungsquote älterer ArbeitnehmerInnen kennzeichnend: Zwar stieg die Beschäftigungsquote der ArbeitnehmerInnen zwischen 55 und 64 Jahren von 18,8 % im Jahr 2000 auf 38,6 % im Jahr 2008 an, sie liegt aber immer noch weit unter dem Lissabon-Ziel von 50 %. Die Arbeitslosenquote ist in Österreich gering.

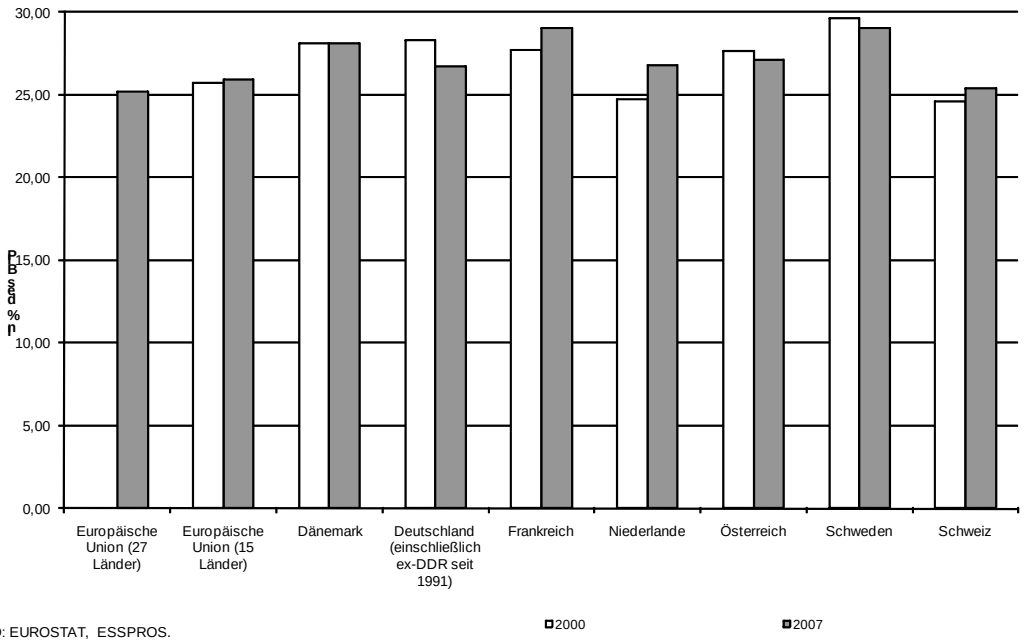
Die Armutsgefährdungsquote ist in Österreich unter Frauen (14 %) deutlich höher als unter Männern (11 %). Transferleistungen nehmen in Österreich einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung vor Armut ein, denn ohne diese Leistungen wäre die Armutsgefährdungsquote doppelt so hoch. Österreich ist ein Land mit hohen öffentlichen Ausgaben für soziale Sicherung: 2007 lag Österreich mit Ausgaben für den Sozialschutz in der Höhe von 27,1 % des BIP über dem EU-Schnitt, wobei etwa die Hälfte davon auf das Pensionssystem entfällt, ein Viertel auf Gesundheitsleistungen und nur ein kleiner Teil (1,5 % der Sozialausgaben) auf Maßnahmen zur sozialen Integration. (Abbildung 127)

MigrantInnen sind eine besonders vulnerable Gruppe am Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsquoten von AusländerInnen liegen unter jenen von ÖsterreicherInnen, insbesondere bei Frauen. Die Arbeitslosigkeit ist ausgeprägter. Dementsprechend ist auch die Armutsgefährdungsquote unter

MigrantInnen höher als unter Personen ohne Migrationshintergrund. Ein wichtiger Grund für diese Ungleichheiten sind Unterschiede im Qualifikationsniveau.

Hinsichtlich der sozialen Integration verfolgt Österreich die Strategie, allen Kindern und Jugendlichen optimale Entwicklungschancen zu bieten, die Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Gruppen zu verbessern und monetäre Armut durch eine bedarfsorientierte Mindestsicherung zu reduzieren. Darüber hinaus sollen Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit verstärkt werden. Im Bereich des Gesundheitswesens liegt der Fokus auf nachhaltiger Finanzierbarkeit, Schaffung verbindlicher Qualitätskriterien und Verbesserung der Zugänglichkeit und Erschwinglichkeit der Gesundheitsversorgung. Neben Prävention und Gesundheitsförderung liegt ein Schwerpunkt auch auf der Verbesserung der Pflege und Betreuung älterer Menschen. (vgl. European Commission 2009: 410)

Abbildung 127: Sozialschutzausgaben in %des BIP in ausgewählten Ländern Europas



Q: EUROSTAT, ESSPROS.

4.5.1. Familienpolitik

In Österreich sind die Familienleistungen durch Beiträge der Arbeitgeber sowie durch Steuern (ca. ein Viertel des FLAF vom Staat) finanziert. In Österreich erhalten alle gegen Entgelt beschäftigten Arbeitnehmerinnen, Arbeitslosengeldbezieherinnen, Teilnehmerinnen an berufsfördernden Maßnahmen zur Rehabilitation Wochengeld. Das Wochengeld wird, sofern keine Entgeltfortzahlung erfolgt, acht Wochen vor und nach der Geburt in Höhe des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts der letzten 13 Wochen bzw. drei Monate gewährt (geringfügig Beschäftigte mit freiwilliger Versicherung bzw. Personen mit freiem Dienstvertrag 8 € pro Tag).

In Österreich wird die Familienbeihilfe aus Arbeitgeberbeiträgen und Steuern finanziert. Anspruch auf Familienbeihilfe besteht bei Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Österreich für Kinder unter 18 Jahren, die haushaltszugehörig sind oder für die überwiegend Unterhalt geleistet wird. Für Kinder, die sich überwiegend im Ausland aufhalten, besteht grundsätzlich kein Anspruch auf Familienbeihilfe. Familienbeihilfe kann darüber hinaus bei Kindern in Ausbildung (wie Lehre, Schule, Studium) bis zum 26. Lebensjahr – ab 1.7.2011 bis zum 24. Lebensjahr – bezogen werden, wenn das Jahreseinkommen

10.000 € nicht übersteigt. Die österreichische Familienbeihilfe hängt vom Alter und der Anzahl der Kinder ab, weiters wird einkommensabhängig bei drei und mehr Kindern ein Zuschlag bezahlt.

In Österreich gibt es ein Kinderbetreuungsgeld, das unabhängig von einer früheren Erwerbstätigkeit oder Pflichtversicherung gewährt wird. Das Kindergeld wird immer nur für das jüngste Kind gewährt. Für nach dem 30. 9. 2009 geborene Kinder stehen fünf Varianten zur Verfügung[50], und zwar eine einkommensabhängige Variante sowie vier Varianten mit Fixbeträgen und Zuverdienstgrenzen. Die Bezugsdauer beträgt zwischen zwölf und 30 Monaten. Sie kann sich um zwei bis sechs Monate verlängern, wenn beide Elternteile die Bezugsdauer teilen. Die Zuverdienstgrenze liegt bei 16.200 Euro (2010) bzw. 60 % des früheren steuerpflichtigen Einkommens beim pauschalen Kinderbetreuungsgeld, beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld bei 5.800 € jährlich, was in etwa der Geringfügigkeitsgrenze entspricht. Beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld werden 80 % des bisherigen Netto-Einkommens bzw. mindestens 1.000 € und maximal 2.000 € bis zum Ende des 12. Lebensmonats des Kindes (bzw. 14. Lebensmonat, wenn Eltern die Bezugsdauer teilen) gewährt. Beim Kindergeld mit Fixbeträgen kann unter vier Varianten gewählt werden – 1.000 Euro pro Monat für 12 (+ 2) Monate, 800 Euro pro Monat für 15 (+ 3) Monate, 624 Euro pro Monat für 20 (+ 4) Monate oder 436 Euro pro Monat für 30 (+ 6 Monate). Die Eltern können sich beim Bezug zweimal abwechseln. Für den Bezug von Kinderbetreuungsgeld muss tatsächlich Familienbeihilfe bezogen werden, der gemeinsame Haushalt mit dem Kind gegeben sein, die Zuverdienstgrenze eingehalten werden, festgelegte ärztliche Untersuchungen befolgt werden sowie der Mittelpunkt der Lebensinteressen und der rechtmäßige Aufenthalt von Eltern und Kind in Österreich liegen.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass Österreich von allen untersuchten Ländern am stärksten den Verbleib von Müttern mit Kleinkindern im Haushalt fördert (lange Karenz)[51]. Im Gegensatz dazu fördern Länder wie Schweden und Frankreich die Fertilität über eine Staffelung der Kindergeldleistung mit steigender Kinderzahl bei gleichzeitiger Unterstützung des Verbleibs der Mütter in der Erwerbstätigkeit.

4.5.2. Altenbetreuung/-pflege

In Österreich fallen die Pflegeleistungen in die Kompetenz des Bundes und der Länder. Die Geldleistungen in Form von Pflegegeld und Förderungen der 24-Stunden-Pflege werden von Bund und Ländern aus Steuern finanziert. Das österreichische Pflegesystem beruht auf zwei Säulen, nämlich (1) dem universellen bedürfnisgeprüften Pflegegeld, das 1993 eingeführt wurde und (2) den ambulanten, teilstationären und stationären Pflegediensten. Die Pflegeleistungen werden von verschiedenen Stellen und Gruppen erbracht – das Bundespflegegeld vom Entscheidungsträger nach dem Bundespflegegeldgesetz (BPGG), das Landespflegegeld durch die Länder, die Förderung der 24-Stunden-Betreuung durch das Bundessozialamt, die Sachleistungen durch öffentliche und private AnbieterInnen, sowie von nicht-gewerbsmäßigen Pflegepersonen wie Familienangehörige, Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche HelferInnen. (vgl. European Commission 2009; MISSOC)

[50] Quelle hier: http://www.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=28&IP=50747 (Mai 2010)

51 Flecker et al. (2010) weisen darauf hin, dass vor allem die gängigen Arbeitszeitregelungen in Österreich ein Erschwernis bei der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familien- und Betreuungsarbeit darstellen. (vgl. S. 45)

(1) Das Pflegegeld versteht sich als pauschalierter Beitrag zu den Kosten der erforderlichen Pflege, der den Betroffenen eine gewisse Unabhängigkeit und einen (längeren) Verbleib in der gewohnten Umgebung ermöglichen soll.[52] Das Pflegegeld kann von der pflegebedürftigen Person nach eigenem Ermessen für die Finanzierung der Pflege verwendet werden. Anspruch auf Pflegeleistungen haben alle EinwohnerInnen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Österreich, bei Wohnsitzwechsel in ein anderes Bundesland kann eine Mindestaufenthaltsdauer erforderlich sein, um Anspruch auf stationäre Pflege zu erhalten. (MISSOC) In Österreich gibt es das Bundespflegegeld sowie das Landespflegegeld des jeweiligen Bundeslands. Anspruch auf Bundespflegegeld haben Personen, die eine bundesgesetzliche Pension beziehen oder zumindest darauf Anspruch haben. (85 % der Pflegegeldauszahlungen erfolgen über das Bundespflegegeldgesetz von 1993). Landespflegegeld wird an pflegebedürftige mitversicherte Angehörige, BezieherInnen von Sozialhilfe oder an Personen mit Pensionen der Länder ausbezahlt. (vgl. BMSK 2007) Das Pflegegeld ist vermögens- und einkommensunabhängig, die Förderung der 24-Stunden-Pflege ist unabhängig vom Vermögen, aber abhängig vom Einkommen der pflegebedürftigen Person. Bei der Kostenvorschreibung für Pflegesachleistungen werden soziale Aspekte berücksichtigt. Anspruch auf Pflegegeld besteht, wenn der Pflegebedarf 60 Stunden pro Monat voraussichtlich länger als sechs Monate übersteigt. Die Pflegebedürftigkeit wird von ärztlichen Sachverständigen anhand von sieben Pflegestufen festgestellt (Personen aus anderen Bereichen können beigezogen werden), wobei Aktivitäten des täglichen Lebens als Indikatoren dienen. Das Pflegegeld beträgt pro Monat zwischen 154,20 Euro (Stufe 1, mehr als 60 Stunden monatlicher Pflegebedarf) und 1.655,80 Euro (Stufe 7, über 180 Stunden und keine zielgerichtete Bewegung der Extremitäten). Bei teilstationärer Pflege wird Pflegegeld gewährt, bei stationärer Pflege gehen max. 80 % des Pflegegeldes an den Finanzierungsträger der Heimkosten. Wenn die Betreuung rund um die Uhr erforderlich ist, kann ab Pflegestufe 3 die Förderung der 24-Stunden-Betreuung beantragt werden. Der Anspruch ist einkommensabhängig, aber vermögensunabhängig und beträgt bei zwei selbständigen Betreuungskräften 550 Euro pro Monat, bei zwei unselbständigen Betreuungskräften 1.100 Euro pro Monat.

(2) Die Versorgung mit Pflegesachleistungen (mobile, ambulante, teilstationäre und stationäre Dienste) erfolgt durch öffentliche und private Anbieter. Für die stationäre Pflege sind Länder und Kommunen, aber auch religiöse und nicht gewinnorientierte Organisationen zuständig. Unter den mobilen und ambulanten Diensten sind Besuchsdienst, Heimhilfe, 24-Stunden-Betreuung, Pflegehilfe, Essen auf Rädern, Familienhilfe, Persönliche Assistenz, Hauskrankenpflege und psychosozialer Dienst zu nennen. Der Kostenbeitrag bei Sachleistungen hängt vom Einzelfall ab, da er auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des/der Leistungsempfängers/in abgestimmt ist. Er ist vom Pflegegeld und sonstigen Einkommen zu leisten, der Restbetrag wird von der öffentlichen Hand getragen, in einigen Bundesländern ist ein Regress gegenüber den Angehörigen möglich. Ambulante Pflegedienste werden von nicht gewinnorientierten Organisationen oder privaten Pflegediensten angeboten. Die Pflegedienste sind nicht ausreichend ausgebaut, um in allen Regionen einen einheitlichen

[52] Quelle hier: http://www.help.gv.at/Content.Node/36/Seite.360511.html (Mai 2010)

Zugang zu ihren Leistungen zu gewährleisten. Es ist notwendig, neue flexible Modelle für die ambulante und die teilambulante Pflege zu entwickeln. (vgl. European Commission 2009; MISSOC)

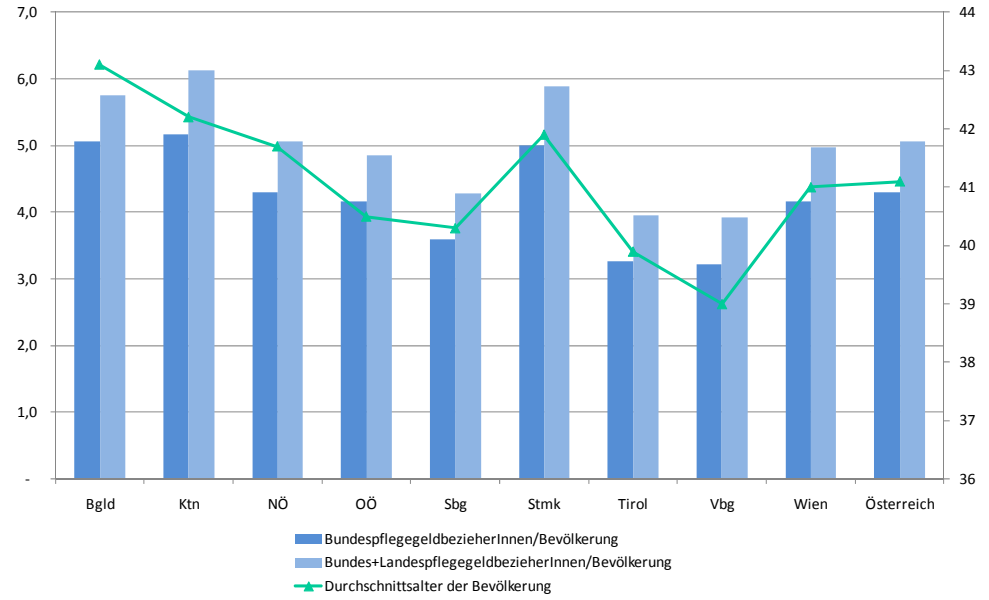
In Österreich werden bis zu 80 % der pflegebedürftigen Menschen zu Haus von Familienmitgliedern, Pflegediensten oder privaten Pflegepersonen betreut. Dies lässt eine Diskussion über die Qualität der Pflege in Österreich laut werden. Ein wichtiger Schritt in Richtung Qualitätssicherung (durch Bereitstellung qualifizierter Pflegekräfte) in der Pflege war die Harmonisierung der sozialen Pflegeberufe, die 2008 abgeschlossen wurde, sowie die Einführung des bundesweiten Berufsbildes der/des „Heimhelfers/in". Die Unterstützung der pflegenden Familienangehörigen erfolgt über Hausbesuche qualifizierter Pflegekräfte zur Information und Beratung, Zuschüsse für die Finanzierung einer Ersatzpflege und Verbesserung der sozialversicherungsrechtlichen Absicherung. Die Unterstützung der informellen Pflegekräfte muss voran getrieben werden, um die Qualität der informellen Pflege gewährleisten zu können. Dazu bedarf es auch Bewertungen und Untersuchung regionaler und sektoraler Unterschiede, um die Wirkung der Maßnahmen überwachen zu können.

Es kann davon ausgegangen werden, dass aufgrund der Bevölkerungsalterung bis 2050 eine Steigerung des Anteils der Pflegeausgaben am BIP um 0,9 % notwendig sein wird. Diese Ausgaben umfassen sowohl Sachleistungen im Sozialbereich wie auch Geldleistungen. Diese Leistungen werden nicht aus der Sozialversicherung finanziert, sondern aus dem österreichischen Bundeshaushalt, den Haushalten der Länder und in geringerem Ausmaß auch von den Kommunalbehörden. Die Finanzierung der Pflege älterer Menschen steht vor großen Herausforderungen, die sich aus der demografischen Alterung ergeben. Es wird vor allem der Bedarf an Pflegekräften steigen. Es bedarf daher neuer Strategien zur nachhaltigen Finanzierung im Rahmen eines qualitätssichernden Systems. (vgl. European Commission 2009) Die jüngste Einigung im März 2011 – im Rahmen der Verhandlungen zur Ausgestaltung des innerösterreichischen Stabilitätspakts – über die Finanzierung eines ab 2011 zu dotierenden „Pflegefonds" stellt einen wichtigen und nachhaltigen Beitrag zur strukturellen Weiterentwicklung des bestehenden Pflegesystems in Österreich dar.

Aus Abbildung 128 ist ersichtlich, dass die Zahl der Bundes- und LandespflegegeldbezieherInnen in Österreich stark vom Alter der Bevölkerung in einem Bundesland abhängig ist.

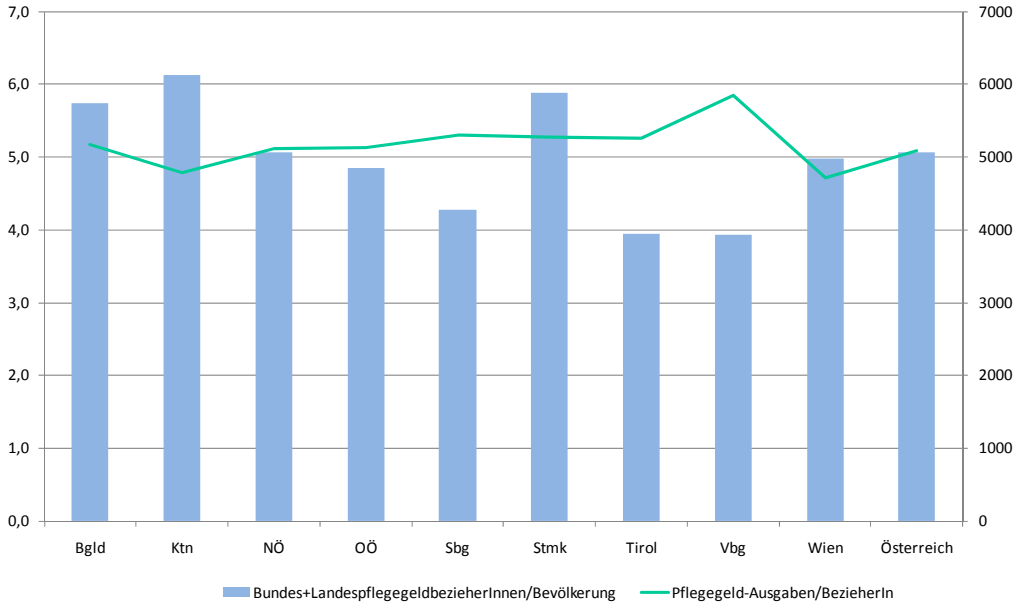
Je nachdem wie die Verteilung der PflegegeldbezieherInnen auf die diversen Pflegestufen ist, variieren die Kosten pro Pflegefall. So ist etwa in Vorarlberg die Versorgung auf die Stufen 4-7 im Bundesschnitt überdurchschnittlich hoch, während die Stufen 1-2 in Wien deutlich über dem Schnitt liegen. (Abbildung 129)

Abbildung 128: Bundes- und LandespflegegeldbezieherInnen pro 100 EinwohnerInnen und Bundesland (Stichtag 31. 12. 2008)



Q.: St.At. DUK-Berechnungen.

Abbildung 129: Bundes- und LandespflegegeldbezieherInnen pro 100 EinwohnerInnen und Bundesland und durchschnittliche Pflegegeldausgaben pro BezieherIn (Stichtag: 31. 12. 2008)



Q.: St.At. DUK-Berechnungen.

4.5.3. Der soziale Dienstleistungssektor

Soziale Dienstleistungen werden in Österreich weitestgehend im Nonprofit-Sektor organisiert. Dies verdeutlicht vor allem die Analyse des österreichischen Nonprofit-Sektors basierend auf der Arbeitsstättenzählung 2001 von Schneider/Badelt/Hagleitner (2007: 72ff). Mehr als 99 % der

Beschäftigten im Nonprofit-Sektor sind dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen.[53] Bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen nehmen Arbeitsstätten des dritten Sektors eine dominierende Rolle ein: Mehr als drei Viertel der Beschäftigten im Sozialwesen (77,4 %) sind in einer NPO tätig. Eine detaillierte Gliederung der Tätigkeitsbereiche im Sozialsektor wurde von Trukeschitz (2006) mittels einer Clusteranalyse vorgenommen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass 10,5 % der NPOs mehrere Kategorien sozialer Dienstleistungen anbieten. 26,6 % spezialisieren sich auf den Bereich „Arbeit und Qualifizierung". 11,2 % entfallen auf Dienstleistungen zur Unterstützung im Bereich der (Kranken-) Pflege und Haushaltsführung. 9,9 % aller sozialen Dienstleistungen entfallen auf den Bereich der „Aktivierenden Freizeitangebote und Kinderbetreuung", wobei die Kindertagesheime (Kindergärten, Krippen und Horte) nicht in die Analyse aufgenommen wurden. Diese Ergebnisse verdeutlichen den zentralen Stellenwert der Kinder- und Altenbetreuung im Sozialwesen.

Folgende Merkmale sind laut Schneider/Badelt/Hagleitner (2007: 61) für den österreichischen Non-Profit-Sektor (trotz seines hohen Heterogenitätsgrades) charakteristisch:

- Große und traditionsreiche NPOs stehen oft im Einflussbereich von politischen Parteien oder der Kirche(n); dies kann bis zur politischen „Marktaufteilung" reichen. Unabhängige Organisationen können daher oft schwer überleben.

- Es gibt eine große, vielfältige Szene von basisorientierten Selbsthilfegruppen und lokalen Vereinen. Diese können sich vom Einflussbereich der Politik und/oder Kirche leichter entkoppeln, da sie keine umfassenden Ressourcenansprüche entwickeln und sich auf sachlich und/oder regional klar definierte Aufgabenbereiche beschränken. Damit bildet der österreichische Nonprofit-Sektor Dimensionen einer „Zivilgesellschaft" hervor.

- Aufgrund der organisatorischen Vielfalt des Nonprofit-Sektors ergeben sich teilweise sehr heterogene interne Strukturen. Große oder traditionsreiche NPOs organisieren sich häufig über Dachverbände (sowohl innerhalb einer Organisation als auch organisationsübergreifend innerhalb einer Branche; in letzter Zeit sogar branchenübergreifend). Die Struktur der Dachverbände ist bei kleineren NPOs erst in Ansätzen vorhanden.

- Kennzeichnend für den österreichischen Nonprofit-Sektor ist zudem eine starke Verknüpfung mit dem Staat bzw. dem öffentlichen Sektor. Diese Verbindungen bestehen sowohl organisatorisch als auch personell. Es entwickeln sich immer mehr neue Formen der Kooperation zwischen NPOs und öffentlicher Hand, was vor allem auch für den Staat interessante Zukunftsperspektiven hervorbringt.

- Zudem ist der Nonprofit-Sektor in Österreich stark auf die Finanzierung durch den öffentlichen Sektor angewiesen. Die Formen der Finanzierung der NPOs sind vielfältig, etwa durch Subventionen oder den „Ankauf" von Leistungen.

[53] Die Beschäftigten im Nonprofit-Sektor, die nicht dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen sind, sind laut Schneider/Badelt/Hagleitner (2007: 72) vermutlich in sozialökonomischen Betrieben beschäftigt.

5. Versorgungsstruktur mit sozialen Dienstleistungen in den Pilotregionen und regionale Herausforderungen

Die folgenden Ausführungen sind das Resultat von Gesprächen mit ExpertInnen in den Pilotregionen. Sie vermitteln Einblick in die erlebten Strukturen, Möglichkeiten und Hemmnisse bei der Umsetzung der Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Diensten. Involviert waren in den Gesprächen und Foren eine Vielzahl von regionalen Akteuren/innen in den diversen Funktionen des Sozialschutzes und des Regionalmanagements. Der Natur der Versorgung Österreichs mit sozialen Diensten entsprechend, waren Vertreter der Gemeinden, Schulen, Sozial- und Gesundheitssprengel, Kinderbetreuungseinrichtungen, NGOs, des AMS und der Landesregierung bzw. des Beschäftigungspaktes in die Gespräche eingebunden. Die Gespräche hatten unterschiedliche Perspektiven:

- die der Konsumenten von Dienstleistungen: Kinder, Eltern Pflegebedürftige
- die der Erbringer der Dienstleistung: Kinderbetreuungseinrichtungen, Pflege- und Gesundheitsdienste, Schulen, Arbeitsvermittlung und Qualifizierung
- die der Politik: Gemeinden, Vertreter der Landesregierung und des Beschäftigungspaktes.

Sie vermittelten einen differenzierten Einblick in die derzeitige Versorgungssituation mit sozialen Dienstleistungen, ihre Organisation und Finanzierung. Es konnten einige strukturelle Hindernisse identifiziert werden, die großteils beseitigbar sind, allerdings unter beträchtlichem Koordinationsaufwand und teils mit der Notwendigkeit finanzieller Unterstützung (start-up Finanzierung). Im darauf folgenden Kapitel 6 wird dann auf Handlungsoptionen und Gestaltungsmechanismen und ihre inhärente Logik eingegangen.

5.1. Fallbeispiel Osttirol

5.1.1. Kinderbetreuung

Seit September 2009 ist der Kindergartenbesuch für 4- und 5-Jährige in Tirol halbtags gratis (20 Stunden pro Woche, 10 Monate im Jahr). Das Land Tirol vergibt an die Träger der Kindergärten einen Pauschalbetrag von 450 € jährlich für jedes Kind zwischen vier und fünf Jahren, das einen Kindergarten besucht. Diese finanzielle Unterstützung ergeht sowohl an die Gemeinden, als auch an die Träger privater Einrichtungen, wodurch deren Elternbeiträge reduziert werden können. Die Landesförderung gibt es in erster Linie für Kindergärten, in Ausnahmefällen auch für Kindergruppen (wenn das Kind nicht anders untergebracht werden kann). Für zusätzliche Leistungen (ganztägige Betreuung, Sommerbetreuung, Mittagessen, etc.) können Beiträge von den Eltern verlangt werden. Ab dem 1. September 2010 ist ein halbtägiger Kindergartenbesuch für alle 5-Jährigen Kinder verpflichtend.

Die Betreuung von 2- und 3-Jährigen wird vom Land Tirol nicht gefördert, wodurch höhere Kosten für die Eltern entstehen. Aber es gibt die Möglichkeit, ein sogenanntes „Kindergeld PLUS“ bei der Abteilung JUFF des Amtes der Tiroler Landesregierung zu beantragen. Dies soll die finanzielle Belastung der Eltern durch die Betreuung der 2- bis 3-Jährigen reduzieren und beträgt 400 € pro

Jahr.[54] Zudem gibt es auch die einkommensabhängige Kinderbetreuungsbeihilfe des AMS, wodurch die Eltern bei der finanziellen Belastung durch Kinderbetreuungskosten unterstützt werden, wenn sie eine Arbeit aufnehmen wollen oder eine arbeitsmarktpolitisch relevante Maßnahme (Schulung) teilnehmen. Die Höhe der Kinderbetreuungsbeihilfe hängt von der Art der in Anspruch genommenen Leistungen ab.[55]

Die Tiroler Gemeinden müssen laut den InterviewpartnerInnen 50 % der Kosten für Kindergärten tragen. Der Personalschlüssel wird vom Land festgelegt und die Personalzahl hängt von der Zahl der betreuten Kinder ab. Da die Kindergartengruppen im Bezirk Lienz deutlich kleiner sind als im Tirol-Schnitt weisen die Osttiroler Kindergärten 15 bis 30 % weniger Einnahmen aus den Landesförderungen und den Beiträgen der Eltern auf als im Tirol-Schnitt.

Die Finanzierung von privaten Kinderbetreuungseinrichtungen ist komplexer. So etwa wird das Osttiroler Kinderbetreuungszentrum als PPP-Modell (Public-Private-Partnership) finanziert: ein öffentlicher Beitrag wird um einen Eigenbeitrag (finanziert aus Zuzahlungen der Eltern) aufgestockt. Eine rein öffentliche Finanzierung erscheint laut den InterviewpartnerInnen nicht als nachhaltig, da öffentliche Einrichtungen sehr starr sind und so nicht mit angemessener Flexibilität auf die Bedürfnisse der Eltern reagieren können.

26 Osttiroler Gemeinden sind Mitglied beim Verein Osttiroler Kinderbetreuungszentrum und leisten einen Mitgliedsbeitrag. Durch diesen öffentlichen Beitrag können die Eltern die Betreuungsleistungen des Osttiroler Kinderbetreuungszentrums um 50 % günstiger in Anspruch nehmen als die Eltern aus Gemeinden, die nicht Vereinsmitglied sind (7 Osttiroler Gemeinden, aber auch Kärntner oder Südtiroler Gemeinden). Der Kostenbeitrag, den die Eltern leisten, beläuft sich derzeit auf 2,00 € pro Betreuungsstunde, für die Betreuung durch eine Tagesmutter müssen aufgrund der Bestimmungen des Dachverbandes der Tiroler Tagesmütter 2,50 € beglichen werden. Bezahlt werden nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Leistungen; es gibt also eine monatliche Stundenabrechnung. Benötigt ein Kind nur einmal wöchentlich einen Kinderbetreuungsplatz, so muss auch nur für diese Zeit bezahlt werden. Diese Form der Flexibilität ist in öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen nicht möglich.

5.1.2. Altenbetreuung/-pflege – Behindertenbetreuung

Das Pflegegeld stellt eine wichtige Säule der Finanzierung der Pflegeleistungen dar. In Tirol beläuft sich der durchschnittliche Aufwand je BezieherIn des Bundespflegegeldes auf jährlich 5.152,76 €, insgesamt beträgt der Aufwand für das Bundespflegegeld in Tirol demnach 114,8 Mio. € im Jahr 2008. Der durchschnittliche Aufwand pro BezieherIn des Landespflegegeldes beträgt in Tirol 4.754,72 € pro Jahr, im Jahr 2008 insgesamt 27,4 Mio. €. Die Kosten für mobile soziale Dienste betragen in Tirol im Jahr 2008 27,7 Mio. €, für stationäre Betreuung zusätzlich 129,8 Mio. €. (vgl. BMASK 2010)

[54] Vgl. http://www.tirol.gv.at/themen/bildung/bildung/kindergaertenhortekinderkrippe/gratiskindergarten/ (Juli 2010)

[55] Vgl. http://www.ams.at/sbg/sfa/14081_18721.html (Juli 2010)

Laut den Richtlinien der Tiroler Landesregierung sind die hilfs- und/oder pflegebedürftigen Personen unter Berücksichtigung ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse dazu verpflichtet, ein zumutbares Entgelt an den jeweiligen Sozial- und Gesundheitssprengel zu entrichten. So soll ein Drittel der Gesamtausgaben der Sozial- und Gesundheitssprengel über Kostenbeiträge der LeistungsempfängerInnen (meist BezieherInnen von Bundes- oder Landespflegegeld) finanziert werden. Die Ausgaben des Landes Tirol für die Sozial- und Gesundheitssprengel sind von 2,83 Mio. € im Jahr 1997 auf 7,91 Mio. € im Jahr 2008 angestiegen. Insgesamt (im Tirol-Schnitt) werden die Sozial- und Gesundheitssprengel zu etwa einem Drittel durch Landesförderungen finanziert, zu gut einem Drittel aus KlientInnenbeiträgen, zu etwa 18 % durch die Gemeinden in Form von Kopfquoten, zu etwa 10 % aus sonstigen Einnahmen, zu 3 % aus Spenden und zu 2 % durch den Kostenersatz der Sozialversicherung. (vgl. Amt der Tiroler Landesregierung 2009; Landesrechnungshof Tirol 2003)

Seit 1. Jänner 2010 gibt es ein neues Finanzierungsmodell für die Sozial- und Gesundheitssprengel in Tirol. Ziel dieses neuen Systems ist es, die mobilen Dienste verstärkt auszubauen, da sie einerseits direkter auf individuelle Bedürfnisse in einer vertrauten Umgebung eingehen können, anderseits auch kostengünstiger als stationäre oder teilstationäre Altenbetreuungsmodelle für die öffentliche Hand sind. Mit diesem neuen Modell haben alle Tiroler Sozial- und Gesundheitssprengel die gleichen Tarife. Das Land Tirol subventioniert nur die tatsächlich geleisteten Pflege- und Betreuungsstunden und in diesem Betrag müssen auch die sogenannten Normkosten enthalten sein. Aus Sicht der InterviewpartnerInnen sind die Normkosten aber kaum abzudecken. Der Finanzierungsbeitrag der Gemeinden hat sich durch das neue Modell deutlich erhöht. Es können nun nur mehr die Basisdienste angeboten werden, Zusatzangebote können so nicht mehr finanziert werden. Die stärkere Ko-Finanzierung des Landes ist aus Sicht der InterviewpartnerInnen unerlässlich, da die Finanzlage mancher Gemeinden prekär ist: Die Gemeinden sind jene Verwaltungsebene, die den BürgerInnen am nächsten steht, aber finanziell geringe Spielräume hat.

Da lediglich die Basisdienste von öffentlicher Hand finanziert werden, weichen auch im Bereich der Altenbetreuung viele Menschen, die Betreuungsleistungen benötigen, auf den Schwarzmarkt aus. Einige Osttiroler Sozial- und Gesundheitssprengel sind sehr gut und effizient organisiert, sodass die vom Land Tirol vorgegebenen maximalen Normkosten aus dem Normkostenmodell unterschritten werden können. Daraus ergeben sich Möglichkeiten der regionalen Kooperation, die effizienzsteigernd und ressourcensparend sind. Die Normstundenhöchstsätze liegen derzeit bei 47,50 € für Hauskrankenpflege durch diplomiertes Personal, 40,17 € für Hauskrankpflege durch Pflege- und Altenhilfen, 30,82 € für Haushaltshilfe, 21,63 € für Verwaltungsleistungen, 29,51 € für Erstgespräche (maximal zwei Stunden) und 23,70 € für Wegzeiten ab der 11. Minute.

5.1.3. Frauenförderung/Hausarbeit

Das Frauenzentrum Osttirol ist ein wichtiger Akteur im Bereich der Vertretung frauenspezifischer Anliegen. Es wird zu unterschiedlichen Anteilen von der Stadt Lienz und dem Land Tirol (Abteilung JUFF), aber auch von der Behindertenhilfe finanziert. Einen besonders wichtigen Anteil im Rahmen der Finanzierung nimmt hier die Durchführung von Projekten ein (Durchlaufkosten).

5.1.4. Probleme mit der derzeitigen Organisation und Finanzierung des Systems sozialer Dienstleistungen

Als strukturelles Problem der Region Osttirol wird vor allem die Abwanderung der Jugend angesehen. Männer pendeln aus beruflichen Gründen aus, zunehmend auch Frauen. Damit verbunden ist auch der Rückgang der in Osttirol traditionell starken Landwirtschaft. Es werden immer weniger Bauernhöfe bewirtschaftet, was auch negative Folgen für den Tourismus hat (Probleme mit der Landschaftspflege). Viele Bauernhöfe stehen zudem leer.

Die Abwanderung kann verhindert werden - dieser Meinung schließen sich zunehmend regionale Akteure im Bereich der Sozialdienste, des Regionalmanagements und der Wirtschaft an – wenn Frauenarbeit verstärkt aus dem Haushalt in den Markt verlagert und effizient organisiert wird. Damit wird die soziale Arbeit verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert und eröffnet Beschäftigungschancen für Frauen und Jugendliche. Das stabilisiert das Einkommen der Haushalte, verringert die Abhängigkeit von Transferleistungen und sichert den Verbleib in der Region.

Gründe dafür, dass Frauen in Osttirol derzeit große Schwierigkeiten haben, einer Arbeit nachzugehen, sind gemäß ExpertInnen-Interviews in erster Linie:

- die eingeschränkte regionale Mobilität: Der öffentliche Verkehr ist relativ schlecht ausgebaut, die Männer pendeln mit dem Auto aus und Frauen sind auf das relativ schwach ausgebaute öffentliche Verkehrsnetz angewiesen. Damit ist es schwierig, insbesondere für Frauen aus den Gemeinden der entlegenen Täler, zur Arbeit zu kommen, die im Wesentlichen in regionalen urbanen Zentren angesiedelt ist.

- die flexiblen Arbeitszeiten in den typischen Arbeitsbereichen von Frauen in Osttirol, etwa dem Handel: Erwerbstätigkeit im Handel ist besonders schwierig mit Kinderbetreuungspflichten vereinbar, da Öffnungszeiten in den öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen rigide sind.

- Viele Frauen sind aufgrund von Kinder- und Altenbetreuungspflichten an den Haushalt gebunden und können keiner Erwerbsarbeit nachgehen. Im Haushalt sind sie teils mit Aufgaben konfrontiert, für die sie keine adäquate Ausbildung haben und Stress infolge Überforderung auslöst. Gleichzeitig verhindert der Verbleib der Betreuungsarbeit in den Haushalten die gezielte, spezialisierte Professionalisierung der sozialen Dienste.

Die Erbringung von sozialen Diensten in Haushalten, finanziert durch Transferleistungen, ist mit einer geringen Wertschöpfung verbunden. Zunehmend suchen Frauen Arbeit außer Haus, häufig auf informeller Basis, um einen Beitrag zum Familieneinkommen zu leisten. Häufig beziehen Frauen aber auch zusätzlich zu Kinderbetreuungsgeld und/oder Pflegegeld eine Transferleistung der öffentlichen Hand (wie etwa Sozialhilfe oder AMS-Leistungen). Auffällig ist eine vergleichsweise hohe Inanspruchnahme der Notstandshilfe, die bei etwa 92 % des Arbeitslosengeldes liegt. Das bedeutet, dass das Haushaltseinkommen ohne Erwerbsarbeit oft höher ist als ein Einkommen aus Erwerbsarbeit, aus dem noch Ausgaben für Mobilität und Betreuung von Kindern und anderen Personengruppen, die auf Betreuung angewiesen sind, finanziert werden müssten. Folgendes Beispiel für den Wirkungsmechanismus des aktuellen Systems der Transferleistungen in Osttirol wurde von

den InterviewpartnerInnen angeführt: Eine (gut qualifizierte) Frau war vor der Kinderkarenz in Vollzeit erwerbstätig. Nach der Karenzzeit will sie wieder über Teilzeit in den Erwerbsmarkt einsteigen, muss aber feststellen, dass das Teilzeit-Einkommen weniger Geld einbringt als die Transferleistung, die sich am vormaligen Vollzeit-Erwerbseinkommen ausrichtet. Es besteht also kein Anreiz, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Steuerrechtliche Bestimmungen (Alleinverdienerabsetzbetrag) können dies noch verstärken. Transfers tragen somit zum Haushaltseinkommen bei, bieten allerdings keine eigenständige sozialversicherungsrechtlich abgesicherten Beschäftigung. Auch die Auszahlung einer Geldleistung im Gegensatz zu dem Anspruch auf eine außerhäusliche soziale Dienstleistung wird von vielen Expertinnen vor Ort als problematisch angesehen: sie fördert den Verbleib im Haushalt und erschwert einen späteren Wiedereinstieg ins Erwerbsleben. Ein Scheck bzw. Gutschein in gut durchdachter Umsetzungsart wie etwa in Frankreich[56], Belgien und Deutschland wäre ein adäquater Weg, wie legale Beschäftigung im sozialen Dienstleistungsbereich geschaffen werden kann, die flexibel und professionell auf den Bedarf und Bedarfsänderungen reagiert. (Finger 1997)

Das bedeutet auch, dass die in diesem Bereich anzutreffende Schwarzarbeit abgebaut und durch legale Beschäftigung ersetzt wird. Dafür bedarf es an Anreizen, die einerseits in einer Verbesserung/Professionalisierung der Dienste, andererseits im Preis ihren Niederschlag finden (Leistbarkeit über unterschiedliche Subventionsgeber, wie Betriebe und Gemeinden).

Das Pflegegeld stellt – wie von den InterviewpartnerInnen berichtet wurde – in vielen Haushalten eine nicht unwesentliche Säule des Haushalteinkommens dar. Die Einstufung des Pflegegeldes erfolgt über die Hausärzte und nicht durch die Sozialsprengel, die in Tirol einen Großteil der Altenbetreuung und –pflege sicherstellen. Die mobile Pflege ist im internationalen Vergleich gering ausgebaut, nicht zuletzt weil max. 90 h/Monat verrechnet werden können (max. 3h/Tag). Das reicht oft nicht für die Bezahlung einer professionellen mobilen Pflegeversorgung. Die kann derzeit in Sozialzentren angeboten werden (gebündelte Kinder- und/oder Altenbetreuung). Diese haben die kritische Masse an Fällen, die notwendig sind, um die sozialen Dienstleistungen rentabel organisieren zu können.

Für eine Bündelung der verschiedenen haushaltsnahen sozialen Dienstleistungen ist ein hoher Koordinationsaufwand notwendig. Aus Sicht der ExpertInnen fehlt dafür derzeit einerseits der Wille, andererseits die Start-up Finanzierung. Auch ist die Organisation der Finanzierung der sozialen Dienstleistungen je nach Dienstleistung eine andere, was eine komplexe Koordination der Finanzierung (Bund, Länder, Gemeinden sowie Versicherungsträger) impliziert. In privat organisierten Einrichtungen ist die Finanzierung oft leichter als im hierarchisch und funktional differenzierten öffentlichen Dienst.

Es gibt aber auch noch andere hemmende Faktoren, etwa das Dienstrecht im öffentlichen Dienst (Gehaltshierarchie und Seniorität). Gemäß Einschätzung der Osttiroler Bürgermeister können Gemeinden kaum mehr aktiv gestalterisch agieren, nicht zuletzt weil Förderbeiträge des Landes über Kopfquoten erfolgen. In der Folge werden die Erträge/Einkommen der Gemeinden mit

[56] In Frankreich wurde im Jahr 2006 das vormalige Schecksystem ausgeweitet auf den ‚chèque emploi-service universel' (CESU), das das Wachstum der legalen Beschäftigung im Sektors der haushaltsnahen Dienste beschleunigt hat.

schrumpfender Bevölkerung geringer, während die Aufgaben der Gemeinden nicht weniger werden. So etwa müssen die Tiroler Gemeinden 50 % der Kosten für Kindergärten selbst tragen. Der Personalschlüssel wird vom Land festgelegt und die Personalzahl hängt von der Zahl der betreuten Kinder ab. Darüber hinaus sind laut den InterviewpartnerInnen die Förderungen des Landes Tirol sehr schwer kalkulierbar, was eine längerfristige Planung erschwert.

Die Finanzlage der einzelnen Gemeinden ist sehr unterschiedlich. Die Gemeinden in den Osttiroler Tälern sind wegen der schwachen Wirtschaftsleistung ärmer als Lienz und Umgebung. Trotzdem müssen sie für Infrastrukturkosten (für Kindergarten, Wegenetz etc.) aufkommen. Die schlechte Finanzlage ist laut InterviewpartnerInnen ein Faktor, der den Zusammenschluss einzelner Gemeinden zu Dienstleistungsverbünden verhindert, da solch ein Zusammenschluss mit Investitionen verbunden ist. Argumentiert wurde, dass jede Gemeinde zur Einzelkämpferin wird, was nicht zuletzt aus der starken (politischen und finanziellen) Abhängigkeit vom Land Tirol (dem Landeshauptmann) resultiert. Kooperationen bzw. Zusammenarbeit gibt es nur dann, wenn sich die Gemeinden Kosten sparen können (z.B. gemeinsame Lohnverrechnung). Es dürfte aber auch noch andere Hemmnisse für eine gemeindeübergreifende Kooperation geben, wie die Diskussion um einen gemeinsamen Priester zeigte. Keine Gemeinde will auf die ‚eigene' Prozession verzichten, die alte tradierte Rituale weiterleben lässt, und die sich zwischen Gemeinden unterscheiden.

5.2. Fallbeispiele in Niederösterreich – Neunkirchen und Schwechat

Vorauszuschicken ist, dass in allen ExpertInnengesprächen die Lösung der Mobilität prioritär ist. Im Bereich der sozialen Dienstleistungen reichen oft wenige Kilometer aus, dass ein Angebot schon nicht mehr attraktiv ist. Mobilitätskonzepte, wie beispielsweise ein Sammeltaxi, müssen in die lokalen Gegebenheiten (Beförderung von Kindern und Jugendlichen, Älteren; PendlerInnen ua.) berücksichtigen und mit lokalen Projekten verknüpft werden, um entsprechend angenommen zu werden. Eine am Auto orientierte Mobilität schließt nicht nur bestimmte Personengruppen, die noch nicht bzw. nicht mehr Auto fahren können/dürfen aus. Nicht alle können sich ein bzw. zwei Autos pro Haushalt leisten. Hinzu kommen die ökologischen und damit verbundenen ökonomischen Kosten eines steigenden Individualverkehrsaufkommens (Luftverschmutzung, Stau, Verkehrsunfälle etc.).

5.2.1. Kinderbetreuung in Niederösterreich

Die Kinderbetreuung ist Ländersache. In der Folge gibt es auch keine bundesweit einheitliche Regelung. Gemäß Einschätzung der ExpertInnen ist die gesetzliche Regelung der Kinderbetreuung in Niederösterreich kompliziert und intransparent, und zwar sowohl für Eltern als auch Betriebe und Gemeinden (Verordnungen für Kinderbetreuung, unterschiedliche Tarife, kein Einblick in die Professionalität der Einrichtungen, keine Qualitätssicherung und transparente Kundenzufriedenheitsbefragung). Das gilt auch für Tagesmütter – der Mangel einer bundeseinheitlichen Ausbildung führt zu Unsicherheiten, wenn z.B. eine Ausbildung zur Tagesmutter in Wien absolviert wird, wird diese in Niederösterreich nicht anerkannt.[57]

Aus ExpertInnensicht hängt die Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsangeboten zum einen von der Information über die verschiedenen Angebote ab, zum anderen muss eine Vertrauensbasis in die

[57] Die Ausbildung zur Tagesmutter umfasst in Niederösterreich jetzt 160 Stunden.

Betreuungsperson/-einrichtung bestehen. Wenn das Vertrauen in eine Einrichtung fehlt, wird das Angebot nicht angenommen, auch wenn es das einzige vor Ort ist; das Problem wurde im Bereich von Horten in Schwechat thematisiert. Ein weiteres Problem ist, dass Einrichtungen meist nicht ganzjährig geöffnet haben. Es ist oft schwierig für berufstätige Eltern, die Sommerpause zu überbrücken, da eine professionelle „Ersatzbetreuung", in die man Vertrauen haben kann, schwer zu finden ist. Auch ist die Bereitschaft gering, ein Kind im Alter von zwei bis vier Jahren kurzfristig in eine nur vorübergehend agierende Betreuungseinrichtung/-form zu geben.

Weiters wurden bei den ExpertInnen-Gesprächen in Niederösterreich herrschende Rollenbilder in der Kindererziehung angesprochen. Vor allem geringqualifizierte Frauen hätten eine starke Identifikation mit der Mutterrolle, die Bereitschaft die Kinder in Nachmittagsbetreuung zu geben sei unter ihnen nicht sehr groß. Das ist auch verknüpft mit den Perspektiven, die eine Erwerbstätigkeit bieten kann – für diese Personengruppe in der Regel eine schlecht bezahlte Tätigkeit mit geringem Status, während der Status der Mutter zu Hause ein hoher ist. Außerdem ist der ‚Familienlohn', d.h. die Abgeltung gewisser Betreuungsarbeiten im Haushalt durch den Staat (Kinderbetreuungsgeld, Alleinverdienerabsetzbetrag, Pflegegeld), vergleichsweise hoch, sodass der Unterschied zum am Erwerbsarbeitsmarkt erzielbaren Einkommen relativ gering ist, wenn man weiters berücksichtigt, dass man sich Mobilitätskosten und dgl. mehr erspart.

So gesehen bewegt sich die Kinderbetreuung in einem kulturellen (Rollenmuster) und wirtschaftlichen Spannungsfeld. Einerseits wird Kindererziehung gesellschaftlich in der Verantwortung der Eltern (maßgeblich der Frauen) gesehen, andererseits gibt es zunehmend das gesellschaftliche Signal und die wirtschaftliche Notwendigkeit, dass auch Frauen mit Kindern einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dabei wird vom Arbeitsmarkt Flexibilität eingefordert, die es auf dem Betreuungssektor bzw. im Schulsystem (noch?) nicht gibt.

Die Wahlfreiheit der Eltern wird im Bereich der Betreuung durch Förderungsstrukturen geprägt und eingeschränkt. Außerhäusliche, nicht institutionelle Betreuung wird im Wesentlichen von politiknahen Einrichtungen wie dem Hilfswerk und der Volkshilfe angeboten und subventioniert. Allein im Hilfswerk werden über 4.000 Kinder von Tagesmüttern betreut. Gemäß ExpertInnengespräch (vom 22. 07. 2010) hat das Hilfswerk in Niederösterreich etwa 100 mobile Tagesmütter, die ca. 300 Kinder betreuen. Dieses Angebot wird vor allem von Familien mit Kindern in unterschiedlichem Alter (z.B. Kleinkind, Kindergartenkind, Schulkind) genutzt; für Eltern mit Kindern unterschiedlichen Alters stellt die Versorgung mit Betreuung, Schule, Förderung einen großen logistischen Aufwand dar - die Kinder in die entsprechenden Betreuungseinrichtungen zu bringen bzw. das passende Angebot zu finden - der über flexible Einrichtungen wie die der Tagesmütter etwas abgefedert wird.

Aktuell besteht bei diesem Angebot in Niederösterreich allerdings das Problem, dass ein flexibles, für die Eltern leistbares Angebot eine Kombination von Diensten erfordert; das führt dazu, dass eine stabile Beschäftigung mit angemessenen Einkommen für die Tagesmutter oft nicht mehr angeboten werden kann (logistische Herausforderung, Mindesteinkommen für Mitarbeiterinnen nicht über Elternbeiträge abdeckbar und auch nicht mehr über die Förderung des Landes). Nach Kalkulation des Hilfswerks müsste eine Betreuungsstunde durch eine mobile Tagesmutter etwa 23 Euro Kosten, um

diese Kriterien zu erfüllen. Die Tarife für mobile Tagesmütter des Hilfswerks liegen für die Eltern bei derzeit 7-9 Euro pro Stunde + Mobilitätszuschlag.[58]

Neue Angebote müssen eine gewisse „Durststrecke“ überwinden bis sie angenommen werden, nicht zuletzt weil Angebotsstrukturen eine gewisse Wertehaltung spiegeln, die erst langsam aufgebrochen werden kann. Als Beispiel wird von den ExpertInnen die Öffnung der Kindergärten in Niederösterreich für Kinder ab 2 ½ Jahren genannt. Hier hätte ein gewisser Wandel in den Einstellungen stattgefunden. Während vor der Einführung die von ZB-Beratung betreuten Frauen mehrheitlich der „Fremdbetreuung“ von 2 – 2 ½ jährigen Kindern eher ablehnend gegenüber standen, wird dies nach Einführung nun von einer Mehrheit positiv gesehen.

In Niederösterreich – so wurde beim ExpertInnen-Gespräch in Schwechat betont – gilt der Kindergarten als Bildungseinrichtung und wird deshalb gratis (am Vormittag) angeboten, für Betreuungsarbeit, wie eben auch Kinderbetreuung (private Einrichtungen, Tagesmütter), muss hingegen ein Finanzierungsbeitrag der Eltern geleistet werden. Das, obschon hier wie da Lernen stattfindet. Diese unterschiedliche Behandlung der Vorschulkinder trägt dazu bei, dass der Professionalisierung der Kinderbetreuung nicht dasselbe Augenmerk geschenkt wird wie der ‚Bildungsarbeit‘ – so die Überzeugung der ExpertInnen.

Seit Herbst 2008 können Kinder in Niederösterreich ab 2 ½ Jahren in einen Kindergarten aufgenommen werden. Außerdem gibt es in Niederösterreich seitdem auch ein verpflichtendes Kindergartenjahr für 5-Jährige. Der Kindergartenbesuch ist für 5-Jährige im Ausmaß von mindestens 16 Stunden an mindestens vier Tagen pro Woche verpflichtend. Die Gemeinden haben sicherzustellen, dass jedes 5-jährige Kind einen Betreuungsplatz bekommt; die Gemeinden sind die Erhalter der öffentlichen Kindergärten (Landeskindergärten). Grundsätzlich müssen die niederösterreichischen Landeskindergärten von Montag bis Freitag jeweils vier Stunden geöffnet sein, und zwar vor 12:00 Uhr. Ist der Bedarf für zusätzliche Öffnungszeiten bei mindestens drei Kindern gegeben, so muss der Erhalter dafür Sorge tragen, dass dieser Bedarf gedeckt wird.

Der Kindergartenbesuch ist in Niederösterreich zwischen 7:00 und 13:00 Uhr gratis. Für Nachmittagsbetreuung kann der Erhalter von den Eltern einen Kostenbeitrag von bis zu 80 € pro Monat einheben, wobei dieser Beitrag sozial gestaffelt ist. Für die Zeit vor 7:00 und nach 17:00 Uhr darf der Kindergartenerhalter einen Beitrag, der höchstens kostendeckend ist, verlangen. Kostendeckende Beiträge wären aus Sicht der ExpertInnen (Gespräch 6. 4. 2010) auch zu hoch, viele Familien könnten sich eine institutionelle Kinderbetreuung dann gar nicht leisten. Gemäß niederösterreichischem Landeskindergartengesetz sind die dort beschäftigten Kindergartenpädagoginnen Landesbedienstete und stehen somit außerhalb des Einflussbereiches der Gemeinden (Dienstrecht, Personalkosten). Die Personalkosten für die KindergartenpädagogInnen werden vom Land Niederösterreich bezahlt, für Stützkräfte im Kindergarten gibt es einen Zuschuss zu den Lohnkosten. Laut ExpertInnen (Gespräch 6. 4. 2010) betrug dieser Zuschuss ursprünglich 50 % der

[58] Im Gegensatz dazu ist beispielsweise in der Steiermark seit September 2008 die Betreuung durch Tagesmütter für Kinder ab dem vollendeten 3. Lebensjahr bis zur Schulpflichtigkeit kostenlos; für jüngere/ältere Kinder kann abhängig vom Einkommen der Eltern um eine Beihilfe vom Land und dem zuständigen AMS angesucht werden. (http://www.tagesmuetter.co.at/DEU/angebot/Kinderbetreuung.php, Juli 2010)

Lohnkosten, da seit Jahren allerdings keine Valorisierung stattgefunden hat, hat sich der Landesanteil auf unter 50 % reduziert. Auch bei den Krippen/Kinderhorten tragen die Kommunen den Großteil der Kosten (abhängig vom Träger). Auch für Hortkräfte gibt es wie für die Stützkräfte im Kindergarten einen Landeszuschuss zu den Personalkosten, der aufgrund fehlenden Inflationsausgleichs auf unter 50 % gesunken ist.

ExpertInnen verweisen aber auf die generelle Problematik der Öffnungszeiten – das Problem ist nicht vorbei, wenn die Kinder in die Volksschule gehen. Nur in einzelnen Gemeinden wird in den Volksschulen auch eine Nachmittagsbetreuung angeboten.

Neunkirchen

Außerinstitutionelle Kinderbetreuung durch Tagesmütter wird laut ExpertInnen in Neunkirchen vor allem vom Hilfswerk, aber auch von der Volkshilfe angeboten. Weiters gibt es (wenige) private Anbieterinnen. Insgesamt ist laut ExpertInnen die Bereitschaft, Kinder durch eine Tagesmutter betreuen zu lassen, geringer als eine institutionelle (öffentliche) Betreuungseinrichtung in Anspruch zu nehmen. Die höheren Kosten für eine Tagesmutter werden von den ExpertInnen als möglicher Grund angeführt.

Angemerkt wurde von den ExpertInnen, dass im Bezirk Neunkirchen die **Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuungspflichten** schwierig ist, wenn der Arbeitsplatz nicht nahe der Kinderbetreuungseinrichtung ist (Öffnungszeitenproblematik). Ein beträchtlicher Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung Neunkirchens pendelt in andere Bezirke/Regionen aus. (siehe Kapitel 2.4.2)

Die Verkehrsinfrastruktur Neunkirchens wird von den ExpertInnen als Stärke des Bezirks genannt, dh. für Betriebe ist durch die Straßenverkehrsrouten B6, B54, A2, B17 sowie die Süd- und Aspangbahn eine gute Straßen- und Schieneninfrastruktur gegeben. Früher gab es auch Werksbusse (Semperit, Schöller-Bleckmann Edelstahlrohr). Was den öffentlichen Verkehr betrifft, ist die **Mobilität** direkt an den Hauptverkehrsrouten (Südbahn, Aspangbahn) gut, etwas abseits davon wird es schwierig. Beispielsweise gibt es in Schwarzau im Gebirge einen Bus in der Früh hinaus und einen am Nachmittag zurück. Zwischen der Südbahn und der Aspangbahn besteht keine direkte Verbindung. Um nach Neunkirchen zu gelangen, besteht von Aspang aus eventuell die Möglichkeit mit einem Schulbus mitzufahren, ansonsten führt die Bahnverbindung über Wiener Neustadt. An Abhol-/Heimfahrdiensten werden von den ExpertInnen die Lebenshilfe Solenau und Puchberg genannt, die dieses Service für ihre KlientInnen (Menschen mit Beeinträchtigungen) bereitstellen. Ein Sammeltaxi-Angebot ist den ExpertInnen für den Bezirk Neunkirchen nicht bekannt. Teils sei es schwierig, ein Taxi zu bekommen.

Laut ExpertInnen ist es die Bevölkerung gewöhnt, selbst mit dem Auto zu fahren, da man trotz der guten Durchzugswege in kleineren Gemeinden (und Neunkirchen hat viele kleine Gemeinden) auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen ist. Die Fahrtzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel sind teils schlecht mit den Arbeitszeiten vereinbar (BezirksinnenpendlerInnen). Da aber nicht jeder Haushalt zwei oder mehr Autos oder sonstige motorisierte Verkehrsmittel hat, ist die Mobilität der Familienangehörigen eingeschränkt. Nicht nur aus versorgungspolitischer Hinsicht sondern auch aus ökologischer Sicht wäre es sinnvoll, ein flexibles System der Sammeltaxis/Mobilitätspools, in den verschiedene Personen

und Personengruppen eingebunden sind, etwa auch Freiwillige und PensionistInnen, zu entwickeln. Gesamt gesehen hängt es vom Wohnort ab, wie sehr Mobilität durch öffentliche Verkehrsmittel gewährleistet ist und wie gut die Erreichbarkeit ist. Beispielsweise ist Semmering von Mürzzuschlag aus besser zu erreichen als von Gloggnitz.

Ein weiterer, nicht zu vernachlässigender Bereich der Kinderbetreuung ist die **außerschulische Nachhilfe.** Laut Einschätzung der ExpertInnen wird der überwiegende Teil der Nachhilfe im privaten Bereich erbracht. An professionellen Nachhilfeinstituten ist den ExpertInnen die „Lernpyramide" in Ternitz sowie das „Lernzentrum" in Neunkirchen bekannt. Die Nachmittagsbetreuung und schulische Förderung könnte dezentral organisiert werden, eingebunden in ein System der ‚Sammeltaxis' und für Gruppen statt wie derzeit vereinzelt.

Das **Bildungsangebot** im Bezirk wird von den ExpertInnen als ganz gut eingestuft, könnte aber erweitert werden. In den letzten Jahren wurden einige weiterführende Schulen ausgebaut (bzw. errichtet). Im Herbst 2010 wird die Lehrwerkstätte in Ternitz wieder geöffnet (wurde 1995 gesperrt), die überbetriebliche Ausbildungsplätze für Lehrlinge im Metallbereich anbieten wird. In der ersten Ausbaustufe werden Ausbildungsplätze für 35 Jugendliche geschaffen. Wie angesprochen kann die Bevölkerung im Raum Aspang das regionale urbane Zentrum Wiener Neustadt leichter mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Aspangbahn) erreichen als Neunkirchen. Jugendliche in diesem Gebiet pendeln daher auch stärker für den Schulbesuch nach Wiener Neustadt aus. Mit Wiener Neustadt gibt es auch einen Fachhochschulstandort in der Nähe des Bezirks. Die Gemeinde Ternitz ist bestrebt, zu einem Standort der FH Wiener Neustadt zu werden. Ab Herbst 2010 soll ein Studienlehrgang für Produktionstechnik starten, ab 2011 ein eigenes Bachelor-Studium im Bereich der „grünen Technologien" in Ternitz etabliert werden.[59] Die Bildungslandschaft ist somit gut ausgebaut und stark produktionsorientiert, was für das Wirtschaftsstandbein des ‚Industrieviertels' wichtig ist.

In Neunkirchen sind **MigrantInnen** ein regionales Phänomen; sie konzentrieren sich vor allem auf die traditionellen Industrieregionen (Arbeitersiedlungen) bzw. auf Gemeinden mit privaten Asylunterbringungsstätten. Die Haltung der Bevölkerung gegenüber MigrantInnen wird von den ExpertInnen von offen bis teils sehr kritisch eingestuft. Der Kontakt zwischen einheimischer und aus dem Ausland zugewanderter Bevölkerung finde vor allem in der Schule und in der Arbeit statt, ein Zusammenkommen im privaten Bereich – beispielsweise zum gemeinsamen Fußballspiel – findet kaum statt. Im Bereich der Kinderbetreuung berichtet der Bürgermeister von Wimpassing, dass in seiner Gemeinde für den Kindergarten und Hort drei multikulturelle Stützkräfte (türkisch-, albanischsprachig, Aushilfe rumänischsprachig) zur Verfügung stehen. Sie werden von der Gemeinde, mit einem geringen Landeszuschuss bezahlt. Diese Stützkräfte hätten Vorteile für alle Seiten, die nicht-deutschsprachigen Kinder können unterstützt werden, gleichzeitig reduziert sich die Kopfquote in der Betreuung deutlich. Die Eltern/Mütter werden über den Kindergarten/Hort nicht eingebunden, da dies einerseits schwer zu koordinieren sei und andererseits die Größe der betroffenen Gruppe dafür zu klein sei. Als problematisch wird im Zusammenhang mit MigrantInnen die private Unterbringung von AsylwerberInnen thematisiert, ebenso der begrenzte Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen, was zu Schwarzarbeit und in Einzelfällen zu Beschaffungskriminalität führe.

[59] http://www.ternitz.gv.at/news.php?id=437 (Juli 2010)

AsylwerberInnen in Neunkirchen stammen vor allem aus Tschetschenien. Der Kontakt zu ansässigen MigrantInnen ist schwierig und konfliktträchtig, mehr als mit der einheimischen Bevölkerung.

Schwechat

Der Bezirk Wien-Umgebung ist sehr heterogen in der Kinderbetreuungssituation. So ist Schwechat-Stadt während der „normalen" Bürozeiten im Wesentlichen versorgt. Durch die Flughafennähe müsste das Betreuungsangebot allerdings rund um die Uhr bestehen. Aus der Sicht der Gemeindevertretung besteht allerdings kein Handlungsbedarf. Die Stadt Schwechat habe in den Kernöffnungszeiten eine Vollversorgung bei den Kinderbetreuungseinrichtungen (jedoch: „sechs bis zwanzig Uhr kann nicht angeboten werden"). Weiters ist die Gemeindevertreterin der Meinung, dass nicht nur die ArbeitnehmerInnen, die Kinder und die Gemeinde flexibel sein sollten, sondern auch die Wirtschaft. Als positives Beispiel wird hier IKEA genannt. Weiters würden bestimmte Angebote nicht angenommen. So bietet Schwechat zB Horte bis 18:00 Uhr an, die dann aber nur von etwa fünf Kindern besucht werden. Die Information über verfügbare Hortplätze könnten bei der Stadtgemeinde Schwechat eingeholt werden und ein Hortplatz kann angesichts der freien Kapazitäten sehr rasch vergeben werden.

Förderungsstrukturen und Änderungen in den Regelungen prägen die Verhaltensmuster der Eltern. In Schwechat sind **Tagesmütter** häufiger als sonst als Betreuungsschiene vertreten, nicht zuletzt infolge des Bedarfs an flexibler Betreuung. Mit Einführung des Gratis-Kindergartens für Kinder ab 2 ½ Jahren werden die Tagesmütter jetzt oft nur mehr für ½ Jahr gebucht, und anschließend für den Kindergarten angemeldet. Die (vom Land und der Trägereinrichtung) geförderte Betreuung durch eine Tagesmutter wird nur ab einem bestimmten Einkommen gewährt – dies ist für Familien, die nicht so gut verdienen, oft ein Kriterium, gar nicht auf diese Flexibilität zurückzugreifen bzw. sie privat zu organisieren (informelle Betreuung). Das gilt allgemein und trifft nicht nur auf Schwechat zu.

Nicht nur die flexible Betreuung von Kleinkindern wird in Schwechat seitens der ExpertInnen problematisiert, sondern auch die **Betreuung von Kindern im Volksschulalter**. Besonders betrifft das im Raum Schwechat Eltern, die am Flughafen arbeiten (vor 8:00 Uhr, am Nachmittag bzw. nach schulischer Nachmittagsbetreuung ab 16:00 Uhr).

Ein Großteil der KlientInnen von ZB-Beratung ist im Verkauf tätig, für diese lassen sich die Arbeitszeiten schwierig mit der Betreuung von Kindern im Schulalter vereinbaren. In diesem Zusammenhang wurde von Problemen in verschiedenen Gemeinden (nicht Schwechat) bei der Anmeldung zur Nachmittagsbetreuung berichtet, wonach Eltern ihren Bedarf im September melden müssen bzw. erst einen Platz zugesichert bekommen, wenn sie eine Arbeit haben. Diesen Rigiditäten bei der Kinderbetreuung bzw. die Unsicherheit überhaupt einen Betreuungsplatz zu erlangen, steht ein flexibler Arbeitsmarkt gegenüber auf dem sich rasch und kurzfristig Perspektiven ergeben können, auf die bei starren Betreuungsangeboten nicht immer reagiert werden kann. Das heißt, die Flexibilisierung der Arbeitsformen muss mit einer Flexibilisierung der sozialen Dienstleistungen einhergehen.

Auch ein Bereich, der bei einer Neustrukturierung des sozialen Dienstleistungsangebots mitzudenken ist, ist die **Nachhilfe**. Die Inanspruchnahme hänge mit dem Sozialstatus und den damit verbundenen finanziellen Möglichkeiten ab. Auch **außerschulische Zusatzangebote**, wie Musik- oder

Sportunterricht, hängen vom Stellenwert und von der Wertigkeit ab, die Eltern solchen Angeboten beimessen. Besonders in ländlichen Gegenden sind diese Angebote nicht ohne weiteres verfügbar und mit öffentlichen Verkehrsmitteln kaum erreichbar, sodass es auf das familiäre Umfeld ankommt (finanzielle Mittel, Mobilität), ob Kinder daran teilhaben können. Anzudenken ist ein Ort (physischer Raum), wo die Kinder zusammen kommen können, gemeinsam und betreut ihre Hausübungen machen, einen Teil ihrer Freizeit (Spielplatz, Spiele, Sport) zusammen verbringen können und es damit zur Begegnung zwischen Kindern mit unterschiedlicher Herkunft (Sozialstatus, Nationalität/Migrationhintergrund) kommt.

Von ExpertInnenseite wurde teils auch die **Flexibilität der „Wirtschaft“** eingefordert. Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Forderung nach flexibler Kinderbetreuung solle auch mit mehr Flexibilität in den Betrieben einhergehen, so dass beispielsweise für eine berufstätige Frau mit Kind der Arbeitsbeginn nicht schon um 7:00 Uhr (zB Regal einräumen im Supermarkt) sein muss. Als Beispiel für Flexibilität wurde beim ExpertInnen-Gespräch in Schwechat der Möbelhandelskonzern Ikea genannt, der versucht in Abend- und Randzeiten die Beschäftigung über Personen ohne Betreuungspflichten (zB Studierende) abzudecken. Von Seiten des AMS (Schwechat) wurde berichtet, dass Betriebe eine geringe Bereitschaft hätten, Kinderbetreuungspflichten bei den Arbeitszeiten zu berücksichtigen. Bei den Einkaufsstraßen am Flughafen liegt die früheste Beginnzeit bei 4:00 Uhr, die späteste Schließzeit bei 23:00 Uhr. Vor allem Frauen der Altersgruppe 30-40 Jahre hätten mit diesen Arbeitszeiten Probleme. Aus Sicht des Vertreters der Arbeiterkammer (Servicestelle Flughafen Schwechat) hängt die Flexibilität der Betriebe von deren Größe ab, bei größeren Betriebe gebe es schon eine gewisse Flexibilität. Allerdings könnten die Arbeitszeiten als Druckmittel eingesetzt werden und MitarbeiterInnen über die Arbeitszeiten von Mobbing betroffen sein. Bei einem entsprechenden Kinderbetreuungsangebot wären die Arbeitszeiten kein Druckmittel mehr. Aus Sicht der Betriebe wird teils nicht die nötige Größe erreicht, um Kinderbetreuung betrieblich anzubieten. Weiters wollen auch die Eltern, dass die Kinder im bzw. nahe dem Wohnort betreut werden, wo sie ihre Freunde und sozialen Kontakte haben.

5.2.2. Altenbetreuung/-pflege – Behindertenbetreuung

Das Pflegegeld stellt eine wichtige Säule der Finanzierung der Pflegeleistungen dar. In Niederösterreich beläuft sich der durchschnittliche Aufwand je BezieherIn des Bundespflegegeldes auf jährlich 5.043,34 €, insgesamt beträgt der Aufwand für das Bundespflegegeld für Niederösterreich demnach 338,1 Mio. € im Jahr 2008. Der durchschnittliche Aufwand pro BezieherIn des Landespflegegeldes beträgt in Niederösterreich 5.567,67 € pro Jahr, im Jahr 2008 insgesamt 67,6 Mio. €. Die Nettoaufwand für mobile soziale Dienste beträgt in Niederösterreich im Jahr 2008 35,0 Mio. €, für stationäre Betreuung entstehen zusätzlich Vollkosten in der Höhe von 268,5 Mio. €. (vgl. BMASK 2010)

Niederösterreich zählte Ende 2008 68.909 BezieherInnen von Bundespflegegeld und 12.136 BezieherInnen von Landespflegegeld, insgesamt also 81.045 PflegegeldbezieherInnen. Davon waren etwa zwei Drittel weiblich, ein Drittel männlich. Von allen Niederösterreichischen PflegegeldbezieherInnen erhielten 71,1 % Pflegegeld der Stufe 1 bis 3 (Österreich-Schnitt: 71,8 %). In Niederösterreich waren im Jahr 2008 81,7 % der PflegegeldbezieherInnen (Landes- und Bundespflegegeld) 61 Jahre oder älter (Österreich-Schnitt: 81,3 %).

Insgesamt ist die Zahl der LandespflegegeldbezieherInnen im Land Niederösterreich zwischen 1998 und 2008 um 39,9 % angestiegen. Niederösterreich ist somit nach Vorarlberg (47,1 %) und Tirol (40,4 %) das Bundesland mit dem dritthöchsten Anstieg der LandespflegegeldbezieherInnen in den letzten zehn Jahren. Im Österreich-Schnitt stieg die Anzahl der LandespflegegeldbezieherInnen deutlich weniger, nämlich um 28,6 %. Die Zahl der BundespflegegeldbezieherInnen stieg im Österreich-Schnitt zwischen 1998 und 2008 um knapp 30 % an. (vgl. Statistik Austria; BMASK 2010)

Neben den Geldleistungen des Pflegegeldes besteht ein weiterer wichtiger Bestandteil des österreichischen Pflegesystems aus den Sachleistungen. Im Jahr 2008 wurden in Niederösterreich 11.219 ältere Personen in einer stationären Einrichtung betreut. 89 ältere Menschen waren im Jahr 2008 in teilstationären Einrichtungen (z.B. Tageszentren) untergebracht. Zudem nahmen 14.846 betreuungsbedürftige Personen mobile soziale Dienste in Anspruch. (vgl. BMASK 2010)

Neunkirchen

Altenpflegeheime gibt es im Bezirk Neunkirchen in Neunkirchen, Gloggnitz und Scheiblingskirchen. Über die Aufnahme entscheidet der Grad der Pflegebedürftigkeit, einen Platz zu bekommen ist schwierig. Da im Bezirk Kapazitätsengpässe herrschen, wird ab Pflegestufe vier aufgenommen. Aufgrund dieser Engpässe wurde auch der Bau zweier privater Altenpflegeheime in Ternitz und Kirchberg beschlossen. Weiters gibt es in Ternitz ein von der Volkshilfe betriebenes Pensionistenwohnhaus (mit Kurzzeitpflegezentrum). Mobile Betreuung wird im Bezirk vom Hilfswerk, der Volkshilfe, der Caritas und dem Roten Kreuz angeboten. Zwischen diesen Einrichtungen besteht laut ExpertInnen keine Netzwerkkoordination, diese seien in ihrem Selbstbild wirtschaftliche Unternehmer und stehen somit im Wettbewerb zueinander. Wie bei der Kinderbetreuung hängt das **Angebot der Altenbetreuung** davon ab, ob es sich um eher städtisches oder ländliches Gebiet handelt. So ist laut ExpertInnen beispielsweise „Essen auf Rädern" zwischen Gloggnitz und Neunkirchen in den jeweiligen Gemeinden organisiert und vorhanden, dahingegen ist die Angebotssituation im ländlichen Bereich merklich schlechter. **Informelle Betreuung und Freiwilligenhilfe** gibt es laut ExpertInnen im kommunalen sozialen Bereich, wie zB bei „Essen auf Rädern". In Ternitz und auch in Wimpassing fahren (ehemalige) Gemeinderäte die Essen aus. Dabei sei es allerdings nicht nachvollziehbar, wie dicht dieses Netz ist. Außerdem bewegt man sich bei der informellen/Freiwilligenarbeit in einer Grauzone im arbeits- und sozialrechtlichen Bereich.

Die Wirtschaftskammer Neunkirchen verzeichnete in ihrem Bezirk in den letzten zehn Jahren einen deutlichen Anstieg der Ein-Personen-Unternehmen. Dies entspricht dem gesamtösterreichischen Trend. Österreichweit weist die „Allgemeine Fachgruppe des Gewerbes" zahlenmäßig die meisten Ein-Personen-Unternehmen aus, der EPU-Anteil liegt in dieser Fachgruppe bei 83,7 %. In dieser Fachgruppe ist das Gewerbe der **Selbständigen Personenbetreuung** enthalten, das erst 2007 ausdrücklich in der Gewerbeordnung geregelt wurde. (WKO 2010) Aus Sicht des Wirtschaftskammer-Vertreters muss noch abgewartet werden, wie sich die EPU entwickeln werden – im Gesundheitssektor aus jetziger Sicht sehr gut. Im Freizeitbereich, das betrifft in Neunkirchen ua. Skilehrer, ist es noch unsicher. Außerdem ist eine Reihe weiterer EPU-Dienstleister hinzugekommen, deren Entwicklungspotenzial nicht so klar ist – als Beispiel führt der Wirtschaftskammer-Vertreter Anbieter von EDV-Kursen an.

Schwechat

Beim ExpertInnen-Gespräch wurde u.a. Kritik am österreichischen Pflege(geld)system geäußert, das sich gewissermaßen in „zwei Welten" teilt – die außerberufliche, die innerfamiliär erbracht wird und die institutionelle in einem Altenpflegeheim, die mit hohen Kosten für die zu pflegende Person und oft auch ihre Angehörigen verbunden ist. Letztere stünden in keiner Relation zu den Pflegegeldsätzen, die umgerechnet auf einen Stundensatz von im Schnitt etwa drei Euro kämen. Kritisiert wurde auch der Berechnungsschlüssel für die erforderlichen Betreuungsleistungen (beispielsweise Reinigung einer inkontinenten Person vier Mal zehn Minuten pro Tag, An- und Auskleiden zwei Mal 20 Minuten, tägliche Körperpflege zwei Mal 25 Minuten etc.). Der Problemdruck der Finanzierung von Vollversorgung in Pflegeheimen wird als Chance gesehen, das System zu ändern und mehr auf mobile Dienste umzusteigen.

Über das Hilfswerk haben in Niederösterreich ca. 5.000 Personen ein Notrufarmband. Nicht alle ausgelösten Alarme bedeuten gleich einen Notfall, teils sind es Blindalarme, weil alte Menschen einfach Kontakt suchen. Das sei auch ein Beispiel dafür, dass man bei allen elektronischen Hilfsmitteln die sozialen Kontakt nicht vernachlässigen darf. So ist auch das Verständnis von „betreubarem/betreuten Wohnen" unterschiedlich – heißt es barrierefreies Wohnen oder die Ermöglichung von sozialen Kontakten, wie zB die Ermöglichung eines gemeinsamen Mittagessens.

Beim ExpertInnen-Gespräch in Schwechat wurde auch berichtet, dass mit Hilfe von SozialkoordinatorInnen die sozialen Aktivitäten der Gemeinde/des Ortes besser organisiert und dokumentiert werden sollen und der Zugang zu sozialen Diensten für alle Generationen erleichtert werden soll. Seit Mai 2010 bietet die Niederösterreichische Landesakademie Workshops für potenzielle SozialkoordinatorInnen an.[60] Das Grundproblem der Pflege, nämlich dass viele Betreuungsleistungen innerhalb der Familie erbracht werden, weil sie über den Markt für viele nicht leistbar sind, könnte mit den SozialkoordinatorInnen allerdings auch nicht gelöst werden.

Aus Sicht der Gemeinde Schwechat ist hier vieles schon umgesetzt, was anderswo nicht leistbar ist. Schwechat hat etwa ein gemeindeeigenes Seniorenzentrum; das universitäre Forschungsinstitut (CEIT RALTEC, Central European Institute of Technology - Wohnen mit unterstützender elektronischer Intelligenz), das in Schwechat mit dem Seniorenzentrum und Seniorenbeirat kooperiert, hat eine Demo-Wohnung im Zentrum eingerichtet, wo verschiedene elektronische Hilfsmittel für Betreuungsbedürftige zum Ausprobieren und Kennenlernen ausgestellt sind. Das eHomeCEIT-System unterstützt mittels Sensorboxen alleine lebende Senioren bei der Bewältigung des Alltags.

Schwechat hat auch eine Tagesheimstätte, wo nicht nur ältere Menschen aus der Gemeinde Schwechat hinkommen, sondern auch aus anderen Gemeinden; sie wohnen noch selbständig daheim, kommen aber tagsüber in die Tagesheimstätte.

5.2.3. Frauenförderung/Hausarbeit

Laut der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2002 (Sonderprogramm Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege) weisen im Bundesland Niederösterreich Frauen eine Gesamtarbeitszeit, also

[60] http://www.noe.gv.at/Presse/Presse/Pressearchiv-Suche/90448_Informationsveranstaltungen.wai.html (Juli 2010)

bezahlte und unbezahlte Arbeit, von 45,3 Stunden pro Woche auf (Österreich-Schnitt: 45,2 Stunden pro Woche), wohingegen Männer insgesamt 35,0 Stunden pro Woche arbeiten (Österreich-Schnitt: 35,1 Stunden pro Woche). Frauen wenden knapp 50 % ihrer Gesamtarbeitszeit für Haushaltstätigkeiten auf, gut ein Drittel für Erwerbsarbeit und etwa knapp 20 % für Kinderbetreuung. Dies entspricht ziemlich genau dem Österreich-Schnitt. Niederösterreichische Männer hingegen wenden etwa 80 % ihrer Gesamtarbeitszeit für Erwerbsarbeit auf und widmen nur gut 10 % ihrer Zeit Tätigkeiten im Haushalt, und nur etwa 7 % der Kinderbetreuung. Auch dies liegt im Österreich-Schnitt.

Im Bundesland Niederösterreich führen laut Mikrozensus 2002 54,4 % der Frauen den Haushalt überwiegend oder ganz alleine (Österreich: 56,8 % der Frauen), und 61,3 % der Männer den Haushalt gar nicht oder fast nicht führen (Österreich: 59,3 %). (vgl. Statistik Austria 2003)

5.3. Fallbeispiel Wien - Leopoldstadt

Der 2. Wiener Gemeindebezirk erfährt in den letzten Jahren einen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich zum Teil aus der Nähe zur Innenstadt ergibt, zum anderen auf Entwicklungen und Initiativen im Bezirk (U-Bahn-Verlängerung, Wohnungsneubauten, WU-Ansiedelung) zurückzuführen ist. Im Zeitraum 2008-2010 wurden in der Leopoldstadt rund 3.000 neue Wohnungen geschaffen (Mietwohnungen, Genossenschaftswohnungen, teils frei finanziertes Eigentum). Neubaugebiete sind dabei das Areal der ehemaligen Wilhelmskaserne (Lage: Engerthstraße/Stuwerviertel), wo 600 neue Wohnungen geschaffen wurden sowie das Areal des Nordbahnhofs, wo in den nächsten Jahren an die 8.000 Wohnungen entstehen werden, bislang gibt es dort schon etwa 2.000. Das massive Bauvorhaben trägt schon jetzt zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Die wird noch an Dynamik gewinnen, u.a. auch für hochqualifizierte Arbeitskräfte, wenn die WU-Wien ihre Pforten auf dem neuen Gelände im 2. Bezirk öffnen wird. Schon jetzt besteht Interesse von Betrieben, sich dort anzusiedeln, um den kreativen spillover, der aus einer universitären Einrichtung resultieren kann, wahrnehmen zu können. Auch werden im high-tech Bereich der Elektronikproduktion Arbeitsplätze geschaffen. Aus Sicht des Bezirksvorstehers konnte mit den Wohnungsneubauten die Abwanderung gestoppt werden. Dh. die Leute wechseln innerhalb des Bezirks in qualitativ höherwertigen Wohnraum (zB neue Genossenschaftswohnung statt 30 Jahre alte Gemeindewohnung), aber ziehen nicht mehr vom zweiten Bezirk weg.

Was die Qualifikation der Wohnbevölkerung betrifft, ist eine ausgeprägte Polarität erkennbar, d.h. ein hoher Anteil von Menschen mit einfachen Qualifikationen, oft mit Migrationshintergrund, und ein ebenso überdurchschnittlicher Anteil von hochqualifizierten Personen, ebenfalls häufig mit Migrationshintergrund. Es bleibt somit eine Herausforderung, Arbeitsplätze für Menschen mit einfachen Qualifikationen zu schaffen und eine migrationssensible Aus- und Weiterbildung zu sichern. Gleichzeitig mit der Entwicklung neuer Arbeits- und Wohngebiete müssen auch die alten Viertel revitalisiert werden, wobei die lokale Bevölkerung einbezogen wird.

Gebietsbetreuung - Grätzelbeirat

Mithilfe von EU-Ziel-2-Fördermitteln konnte im Volkert-Allierten-Viertel vor etwa sieben Jahren ein „**Grätzelmanagement**“ (am Volkertplatz) eingeführt werden, das nunmehr in die **Gebietsbetreuung** der Stadt Wien überführt wurde und von der Stadt Wien finanziert wird. Der Hauptstandort der

Gebietsbetreuung Stadterneuerung im zweiten Bezirk wurde 2008 vom Karmeliterviertel ins Stuwerviertel (Max-Winter-Platz) verlegt, das zu den aktuellen Sanierungszielgebieten Wiens zählt.[61] Das Volkert-Allierten-Viertel ist ein Gebiet, wo Menschen mit geringer Ausbildung und hohem Migrationsanteil (ca. 40 %) leben.

Im Volkert- und Alliierten-Viertel gibt es einen „**Grätzelbeirat**", der als Kommunikationsplattform zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen innerhalb eines überschaubaren Gebiets fungieren sowie Ideen und Initiativen aus dem Grätzel fördern soll. Die Gebietsbetreuung Stadterneuerung im zweiten Bezirk übernimmt dabei die Koordinationsfunktion. Der Grätzelbeirat wurde erstmals im ersten Quartal 2008 einberufen. Er besteht aus VertreterInnen der Politik und Stadt sowie „Grätzeldelegierten". Die Grätzeldelegierten werden im „Grätzelforum" von der Bevölkerung gewählt (ein Mal pro Jahr), erstmals ist auch eine Frau mit Migrationshintergrund vertreten. Weiters können Wirtschaftstreibende und Institutionen je einen Delegierten in den Grätzelbeirat entsenden. Der Grätzelbeirat verfügt über eigenes Budget (10.000 Euro pro Jahr), über das Projekte gefördert werden können. 2009 wurde vom Grätzelbeirat ua. das „Grätzl-Blatt", das „Grätzelfest der Kulturen" sowie die „Reise um die Welt" (Tanzstunden und Netzwerk-Veranstaltungen an einer Volksschule) (mit)finanziert.[62]

In der Gebietsbetreuung Stuwerviertel gibt es auch „**Nachbarschaftsgärten**", wo Personengruppen unterschiedlicher Herkunft zusammen kommen, um die aus fernen Ländern mitgebrachten Samen einzupflanzen, bei der Gartenarbeit miteinander zu reden, sich kennen zu lernen und gemeinsam mit den Pflanzen in der neuen Heimat Wurzeln zu schlagen.[63]

Weiters gibt es die Bassena-Stuwerviertel[64]; das ist eine Einrichtung der außerschulischen Nachmittagsbetreuung im Stuwerviertel (von der Bassena wird auch Nachhilfe angeboten), die außerdem die Parkbetreuung am Max-Winter-Platz macht. Mextreff[65] (Jugendzentrum) ist im Volkert-Allierten-Viertel und im Rudolf-Bednar-Park (beim Nordbahnhof) vertreten. Der Jugendtreff „Alte Trafik" (Volkert-Viertel) bietet einen Treffpunkt für Jugendliche, Beratung und Hilfestellung, Lernhilfe, ein Jugendcafé etc.[66]

Im zweiten Bezirk sind auch ein Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter vom „**Fair-Play-Team**" tätig. Diese sind als Zweierteam von Mai bis September an Abend- und Nachtstunden auf öffentlichen Plätzen und Parkanlagen unterwegs. Mit den Fairy-Play-Teams sollen Konflikte im Vorfeld gemindert sowie das Miteinander im öffentlichen Raum verbessert werden.[67]

---

[61] Rathauskorrespondenz vom 1.9.2008, abgerufen von: http://www.wien.gv.at/rk/msg/2008/0901/008.html (Juli 2010)

[62] Quellen: http://www.gebietsbetreuung.wien.at/gbdocs/gbstern02/graetzelbeirat.html (Juli 2010), http://www.gebietsbetreuung.wien.at/gbdocs/gbstern02/graetzelbeirat2009beispiel.html (Juli 2010), Gespräch mit Bezirksvorsteher Kubik am 21. Juni 2010

[63] http://www.gartenpolylog.org/3/wien/europaregionenbeet/GENVielfalt%202009Start_3_4_09.pdf (Juli 2010)

[64] http://www.bassena2.at/ (Juli 2010)

[65] http://mextreff.jugendzentren.at/set.html (Juli 2010)

[66] http://www.wien.gv.at/bezirke/leopoldstadt/kinder-jugendliche/altetrafik.html (Juli 2010), Gespräch mit Bezirksvorsteher Kubik 21. 6. 2010

[67] http://www.wien.gv.at/freizeit/bildungjugend/fair-play/ (Juni 2010)

Weiter ist das Integrationshaus[68] zu erwähnen, das eine vorbildliche Bleibe für AsylwerberInnen, Flüchtlinge und MigrantInnen in Not ist. Der größte Einzelfördergeber ist der Fonds Soziales Wien mit etwa 25 % des Gesamtbudgets, ergänzt um Spenden, Veranstaltungserlöse, Firmenkooperationen etc.

Die Finanzierung der Gebietsbetreuung

In der Dezentralisierungsverordnung sind die Zuständigkeiten (inkl. Finanzierung) der Bezirke genau festgelegt. So kam beispielsweise die Kofinanzierung aus den Ziel-2-Mitteln für die Einführung des Grätzelmanagments aus dem Zentralbudget und nicht vom Bezirk. Die Bezirke sind für die substantielle Erhaltung der Kindergärten und Schulen zuständig (Gebäude, Einrichtung). Der Bezirk kann punktuell eingreifen und aus den Verfügungsmitteln des Bezirks einen Beitrag leisten, wenn ein Projekt in den Regelbetrieb übernommen werden soll, muss die Finanzierung von der Stadt kommen. Der Bezirk kann Räumlichkeiten vermitteln (zB Kontakt zu Schulen herstellen, wo Räumlichkeiten am Nachmittag frei sind; Räumlichkeiten der Gebietsbetreuung im Stuwerviertel).[69] Der Bezirk kann aus seinen Mitteln in verschiedenen Bereichen Parkbetreuung (Kinderbetreuung, Kinderanimation) finanzieren, die dann von der Bassena, den Kinderfreunden, Verein Wiener Jugendzentren (und andere Vereine in anderen Bezirken) durchgeführt wird.

Der 2. Bezirk ist auch sonst mit einer guten sozialen Infrastruktur ausgestattet, u.a dem WAFF (Wiener ArbeitnehmerInnenFöderungsFonds), der eine eigene Einrichtung der Stadt Wien für aktive Arbeitsmarktpolitik ist. In Kooperation mit dem WAFF bemüht sich auch das AMS (Arbeitsmarktservice) um die Verbesserung der Beschäftigungschancen der Menschen vor Ort.

Altenbetreuung/Pflege

Im institutionellen Bereich gibt es im zweiten Bezirk zwei Pensionistenwohnhäuser der Stadt Wien, eines der Caritas, eines vom Maimonides-Zentrum, das im Dezember 2009 eröffnet wurde und von Kolping wird eines gebaut. Weiters ist der Bau des Pflegewohnhauses Leopoldstadt (Engerthstraße) abgeschlossen (306 Plätze), es wird im Herbst 2010 eröffnet werden. (Gespräch mit Bezirksvorsteher Kubik, 21. 6. 2010)

Über das Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser gibt es Pensionistenklubs, die es auch in den Pensionistenwohnhäusern gibt. In diese Pensionistenklubs kommen nach Angaben des Bezirksvorstehers kaum Personen mit Migrationshintergrund. Es sei bislang nicht gelungen, an die Zugewanderten, die sich nun im Seniorenalter befinden, heranzukommen. Der Bezirksvorsteher sieht als Grund dafür auch den stärkeren Familienverband unter den Zugewanderten.

Weiters werden in Wien alle Personen ab 70 Jahren periodisch angeschrieben und dann (sofern die Betroffenen den Besuch nicht ablehnen) zu Hause besucht, um ihre Bedürfnisse, Wünsche, Nöte und Sorgen zu erheben. Auch hier sei die Nachfrage unter der zugewanderten Community gering.

[68] http://www.integrationshaus.at/de/ih/ (Juli 2010)
[69] Gemäß Gespräch mit Bezirksvorsteher Kubik, 21. 6. 2010

5.4. Handlungsoptionen aus Sicht der Modellregionen

Aus den Ergebnissen der ExpertInnen-Interviews ergibt sich eine Vielzahl von Handlungsoptionen, durch die das System der sozialen Dienstleistungen effizienter organisiert werden kann. So ist etwa die Organisation und Finanzierung der Kinderbetreuung des Osttiroler Kinderbetreuungszentrums (siehe dazu Seite 179) für den ländlichen Raum beispielhaft. In eine derartige Struktur könnte auch die Altenbetreuung eingebunden sein. Dies würde ein besonders hohes Maß an Flexibilität bei der Organisation der sozialen Dienstleistungen erlauben. Ein wesentlicher Vorteil ergibt sich auch in der flexiblen Verrechnung der tatsächlich in Anspruch genommenen Leistungen. Es erscheint sinnvoll, die Koordination in kleinräumigen Einheiten umzusetzen, also in Gemeindekooperationen. Die derzeitige Ausformung der Sozial- und Gesundheitssprengel könnte eine Form der Institutionalisierung sein, an die andere Dienste angebunden sein könnten, etwa Mobilitätsverbünde, Nachhilfeangebote oder Haushaltsdienste. Eine dezentral agierende Holding-Struktur könnte zwei Regelsysteme überdachen, nämlich die Sozial- und Gesundheitssprengel für die Altenbetreuung und Pflege einerseits und das Kindergartengesetz für die Kinderbetreuung andererseits. Dabei gilt der innovativen Lösung des Mobilitätsproblems großes Augenmerk, etwa über die Installierung von Gemeinschaftsautos der Gemeinden oder auch Sponsorenautos, die gratis verborgt oder günstig angemietet werden können.

Im Bereich der sozialen Dienstleistungen (Alten- und Kinderbetreuung) könnten leer stehende Gebäude (bei den ExpertInnengesprächen in Osttirol wurden vorallem leerstehende Bauernhöfe angedacht) als Ressourcen genützt werden, wenn sie entsprechend adaptiert werden. Dies könnte einerseits Investitionen in den Neubau von Pflegeheimen unnotwendig machen, andererseits könnten ältere, betreuungsbedürftige Menschen in ihrem gewohnten Umfeld bleiben, was die Lebensqualität erhöht. Allerdings ist für betreutes Wohnen in einer derartigen Form sehr viel qualifiziertes Personal nötig, das flexibel einsetzbar sein müsste – das könnte etwa über eine gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft für Frauen (oder andere spezielle Personengruppen) sicher gestellt werden.

Um den sozialen Dienstleistungssektor erfolgreich neu gestalten zu können, müssten aber, gemäß ExpertInnenmeinung, haushaltsnahe Dienstleistungen aufgewertet werden und die herrschende Schwarzmarktkultur bekämpft werden. Einstimmig war die Meinung, dass Schwarzarbeit nur durch attraktive Alternativen unterbunden werden kann, nicht durch mehr und strengere Kontrollen. Es muss verstärkt die Idee unterstützt werden, dass Haushalte zu Arbeitgebern werden. Dazu kann eine Kombination von Instrumenten zum Einsatz kommen, etwa Dienstleistungs-Schecks, Gutscheine, die Absetzbarkeit der Kosten für soziale Dienste, die nur in Verbindung mit legaler Beschäftigung von ArbeitnehmerInnen durch den Haushalt eingelöst werden können. Wichtig dabei ist eine zentrale Lohnverrechnung, da dies für den einzelnen Haushalt bzw. die Arbeitskraft, die oft nur ein paar Stunden in dem einen oder anderen Haushalt tätig ist, zu komplex und aufwändig ist. Diese Aufgabe könnte zentral etwa von einer NPO/Agentur übernommen werden. Derzeit werden in Tirol beispielsweise die Abrechnungen der einzelnen Gemeinden (Löhne, Krankenhäuser) zentral von einer Stelle (kufgem-EDV Gesellschaft m.b.H.) abgewickelt. Daran könnte man anknüpfen.

Mit einer Formalisierung des sozialen Dienstleistungssektors geht auch eine Professionalisierung einher, das wurde auch bei den ExpertInnen-Gesprächen thematisiert. Diese Professionalisierung in Form von Zertifizierung von Kompetenzen, Entwicklung von Berufsprofilen und –laufbahnen könnte auch berufliche Veränderungen erleichtern und Übergänge ermöglichen, wenn z.B. nach einigen

Jahren in der Altenbetreuung das berufliche Tätigkeitsfeld gewechselt werden will. Qualifizierung von Frauen ist also eine wesentliche Aufgabe in Zusammenhang mit der Re-Strukturierung des sozialen Dienstleistungssektors. Qualifizierung muss dabei nicht ausschließlich im Kinder- und Altenbetreuungsbereich stattfinden, sondern auch an der Schnittstelle zu den sozialen Diensten, etwa im Gesundheitsbereich, im Tourismus etc. Dadurch könnten sich neue Tätigkeitsfelder für Frauen und Männer mit unterschiedlichsten Qualifikationen ergeben. Beispielsweise könnten ausgebildete Nordic Walking-InstruktorInnen einerseits Walking-Touren mit älteren Personen durchführen, andererseits aber auch mit TouristInnen-Gruppen.

Als wichtige Ressource im Sozialsektor wird auch die Ehrenamtlichkeit angesehen, die es gilt, einzubinden und attraktiver zu gestalten. Auf diese Weise kann Sozialkapital aktiviert werden. „Gebraucht zu werden" stellt ein wichtiges Motiv für Ehrenamtlichkeit dar. Ehrenamtlichkeit kann daher speziell für rüstige SeniorInnen attraktiv sein. Man könnte so beispielsweise auch Verbände wie den Seniorenbund bzw. Pensionistenverband in die Organisation der sozialen Dienstleistungen einbinden. In Zusammenhang mit Ehrenamtlichkeit sind AsylwerberInnen eine wichtige Gruppe, die damit den Kontakt zur Arbeitswelt herstellen kann, was die Integrationschancen verbessert.

Eine zentrale Anlaufstelle mit entsprechendem Internet-Auftritt als Plattform für alle Sozialeinrichtungen wurde auch bei den ExpertInnen-Gesprächen (Neunkirchen 6. 4. 2010, Schwechat 22. 7. 2010) als wünschenswert eingestuft. Diese Stelle sollte als Anlaufstelle für die verschiedensten Bedarfe, wie etwa Kinderbetreuung und Pflege, sein. Dabei ist das Zugehen auf Personen mit eingschränkten Deutschkompetenzen bewusst zu gestalten. Seit dem Frühjahr 2010 gibt es für Niederösterreich eine Sozialdatenbank[70], die Anlaufstelle und Drehscheibe für Sozialdienste sein soll und künftig soziale Projekte und Serviceleistungen der Hilfsorganisationen bündeln soll. Bislang sind etwa 10.000 Initiativen im Sozialbereich in der von der Niederösterreichischen Landesakademie betriebenen Datenbank erfasst.[71] Als Zielgruppe der Datenbank gelten nicht nur SeniorInnen und Pflegebedürftige, sondern „'soziale Projekte', die über die Plattform Hilfe anbieten, wo sie im Alltag notwendig wird"[72]. Über die Datenbank kann nach sozialen Initiativen in der eigenen Gemeinde und Umgebung gesucht werden, wobei sich die Suche auf Initiativen für Kinder, Jugendliche oder SeniorInnen eingrenzen lässt und die sozialen Initiativen differenziert werden nach „Idee", „Projekt" und „Serviceleistung". Die Datenbank liefert eine Kurzbeschreibung der sozialen Initiative und die Kontaktdaten zum Träger (Ansprechperson, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Homepage).

6. Soziale Dienste, regionale Infrastrukturmaßnahmen und ihre Finanzierung

Übliche Fragen der Politik im Bereich der Versorgung sind:

- Gibt es genug Versorgungseinrichtungen für Kinder, Alte und Betreuungsbedürftige?
- Reicht eine Ausweitung der Zahl der Versorgungseinrichtungen oder braucht es noch etwas anderes?

[70] Link zur Datenbank: http://sozialprojekte.noe-lak.at/soziale_initiativen___erweiterte_suche.php (Juli 2010)
[71] Bericht auf orf.at vom 30. 4. 2010, abgerufen unter: http://noe.orf.at/stories/439798/ (Juli 2010)
[72] NÖ-Soziallandesrätin Johanna Mikl-Leitner (http://sozialprojekte.noe-lak.at/index.php (Juli 2010))

- Sollen sich der/die Betroffene/n bzw. Angehörige alleine darum kümmern, wie sie die unterschiedlichen Dienste für sich bzw. ihre Angehörigen organisieren?

Antworten sind nicht so einfach in Zahlen abzubilden.

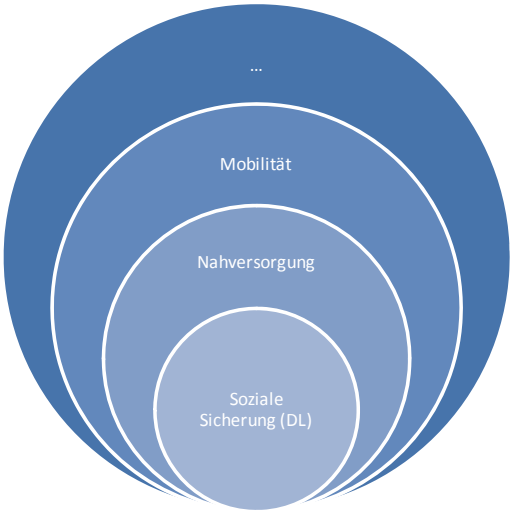
Internationale Erfahrungen zeigen (Kapitel 3 und 4), dass es eine Ausweitung der sozialen Infrastruktur braucht, wenn man Männer und Frauen die gleichen Lebenschancen geben will (Gleichbehandlungsargument). Die Infrastruktur ist aber auch die Voraussetzung dafür, dass Frauen entsprechend ihrer Interessen und Ausbildungsniveaus in den Wirtschaftsprozess eingebunden sind. Damit können sie einen Beitrag zur Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums leisten und somit auch zur Sicherung der Finanzierbarkeit der sozialen Dienste.

Ohne Beschäftigungswachstum ist die Erhaltung der Qualität der sozialen und Gesundheitsdienste angesichts der Alterung der Bevölkerung schwierig, erfolgt doch der Großteil der Finanzierung in Österreich aus den Lohnnebenkosten (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerabgaben). Eine Anhebung der Lohnnebenkosten ist angesichts des steigenden internationalen Wettbewerbs (Globalisierung und technologischer Wandel) eher keine Option. Die Antwort liegt vielmehr in der effizienteren Organisation der sozialen Dienste, im Wesentlichen über integrierte Systeme. Darunter versteht man die Einbindung von allen möglichen Versorgungsdiensten und Einrichtungen und die Verknüpfung mit Abholdiensten und Zubringerdiensten ebenso wie die tatsächliche Betreuung, Erziehung, Förderung (etwa Nachhilfe für Kinder und Jugendliche) und Anbindung an die Freizeitgestaltung (Sport, Kunst und Kultur, Spiele etc.). Es ist also nicht damit getan, Versorgungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Es braucht auch die Lösung der regionalen Mobilitätsprobleme im Zusammenhang mit der Versorgung einerseits und der Wahrnehmung von Beschäftigungschancen andererseits. Auch die Nutzung für den Tourismus, die gewerbliche Produktion, die Kreativindustrie und kulturelle Aktivitäten können in ein derartiges Koordinationsmodell eingebunden sein, ebenso wie eine nachhaltige dezentrale Energieproduktion und –versorgung, die Landschaftsplanung oder Nationalparkbetreuung.

Dabei können regionale und lokale Experimente einen Erkenntnisgewinn bringen, der ein Ausgangspunkt für nationale Strategien und Politiken sein kann. Am lokalen Experiment zeigen sich Hemmnisse und der Bedarf an Innovationen im gesetzlichen, organisatorischen und technologischen Bereich.

Derart komplexe Aufgaben der Planung, Koordination und Umsetzung können also nicht den Einzelnen aufgelastet werden, sondern es braucht Spezialisten, die sich zusammen tun und unter Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (virtuelles Koordinationszentrum, Hotline) individualisierte Lösungen finden.

Abbildung 130: Modellhafte Darstellung einer dezentralen sozialen Dienstleistungsstruktur, die auch andere Infrastrukturbereiche integriert



Q: DUK, eigene Darstellung.

6.1. „Industrialisierung" und flexible Spezialisierung der sozialen Dienstleistungen

Im Kampf um die immer knapper werdenden budgetären Ressourcen werden in den sozialen Diensten Entwicklungen nachvollzogen, die im Bereich der Prozessorganisation der Güterproduktion im Gefolge der Industrialisierung schon viel früher stattgefunden haben. Dabei geht es nicht um die Standardisierung der sozialen Dienste – vergleichbar mit der Standardisierung eines Massenkonsumguts à la McDonald's, sondern um die Effizienzsteigerung der Organisation der sozialen Dienste. Darunter sind all jene Arbeitsschritte zu verstehen, die im Hintergrund der Versorgungsleistung ablaufen, ohne einen Kontakt zu Kindern, SchülerInnen, Kranken oder Alten. Es sind diese Prozesse, die sich im Prinzip analog zur Organisation der Produktion von Gütern in der gewerblichen Wirtschaft ‚industrialisieren' lassen. Mit Unterstützung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie lassen sich Organisationsabläufe beschleunigen bzw. neu organisieren. So lassen sich aus der Auslagerung von gewissen Tätigkeiten auf spezielle Agenturen oder auf die eine oder andere Gemeinde in einem Gemeindeverbund (Gehalts- und Lohnverrechnung, Organisation der Betreuungsdienste, der Fahrtendienste etc.) Kostenersparnisse erzielen, die für eine Individualisierung und Verbesserung der Versorgungsleistung eingesetzt werden können. Wichtig für die Organisation der sozialen Dienste und ihre Effizienzsteigerung ist die Unterscheidung in personenbezogene Dienste, die individualisiert und professionalisiert werden sollen, und die Organisationsstrukturen dahinter, die sich für die ‚Industrialisierung' anbieten.

Ein gutes Beispiel dafür, wie moderne Technologien und Organisationsformen im Zusammenspiel eine Verbesserung der Versorgung bei gleichzeitiger Verringerung der Kosten sicher stellen, liefert die integrierte Altenpflege in Ludesch in Vorarlberg (iap-sozialzentrum@ludesch.at). Eine Vernetzung aller Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, ergänzt um Beratung (Case Management), mobile Hauskrankenpflege, Fahrdienste und Krisenintervention ermöglicht eine umfassende Versorgung bei gleichzeitiger Stabilisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Ludesch orientiert sich in dieser Organisationsform am dänischen Pflegemodell, in dem der Staat/die Gemeinden im

Zusammenwirken mit den Familien kostengünstige Versorgungswege entwickeln. Der Weg führt weg von Alten- und Pflegeheimen hin zu mobilen Diensten und einem vermehrten Angebot an betreubarem Wohnen. Ergänzt wird die Versorgung um aktives Aufsuchen älterer Personen, um ihre Bedürfnisse zu erfahren und Präventivmaßnahmen setzen zu können, die insgesamt zu Kostenreduktionen führen. Dabei wird auch die 24-Stunden'betreuung' analog zu Dänemark organisiert, d.h. ein Team ist in einer Zentrale 24 Stunden abrufbar. Die ambulante Pflegeperson ist abrufbar und kann geplante betreuende Hausbesuche vornehmen, aber auch außertourlich Personen in das Nachtzentrum überführen. Diese Innovation in der Altenpflegeorganisation kommt ohne Eingriffe in die Vermögen der Betroffenen bzw. ihrer Angehörigen aus[73].

Bei der Umsetzung eines integrierten Systems ist nicht nur an die Koordination der inhaltlichen, funktionalen Aufgaben zu denken, sondern auch an die Koordination der Akteure auf den verschiedenen administrativen Ebenen und Funktionen. Aus der Bündelung der Akteure und der damit verknüpften Finanzierungsquellen kann eine optimale Versorgung bei gleichzeitiger Schonung der Finanzen erfolgen.

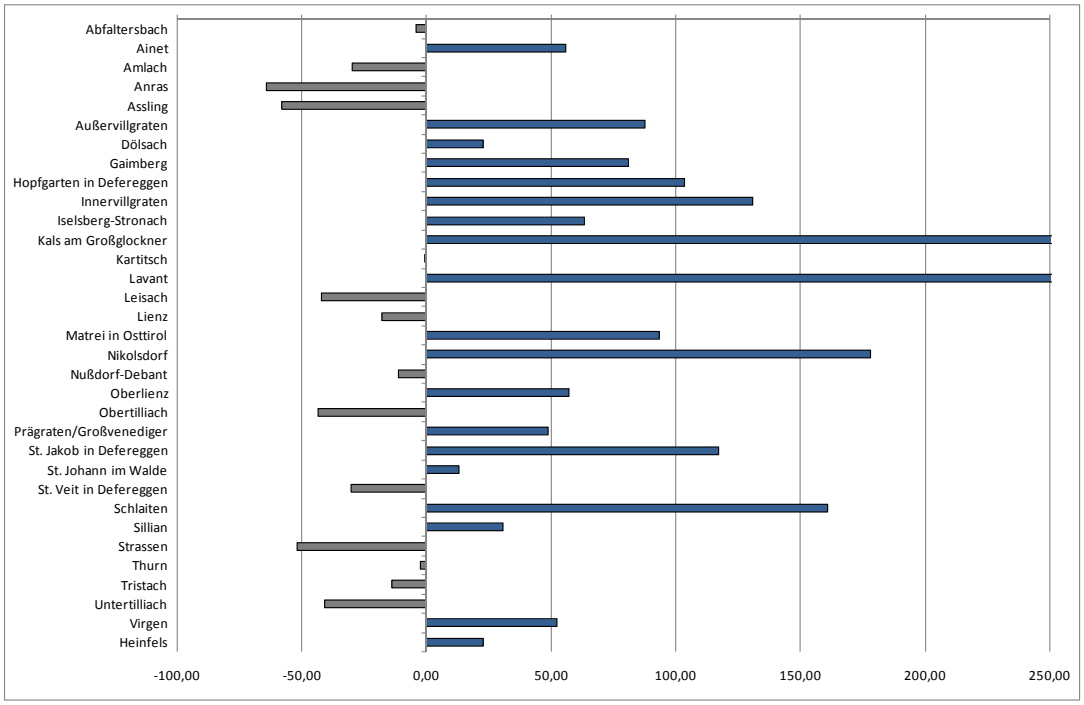
Regionale und lokale Experimente wie die oben angeführten können einen Erkenntnisgewinn bringen, der ein Ausgangspunkt für nationale Strategien und Politiken sein kann. Am lokalen Experiment zeigen sich aber auch erst Hemmnisse und der Bedarf an Innovationen im gesetzlichen, organisatorischen und technologischen Bereich.

6.2. Die Frage der Finanzierung

Die Analyse der finanziellen Situation der Gemeinden in den Pilotregionen hat gezeigt, dass Regionen, die einen guten Zugang zu den regionalen Ballungszentren bzw. wirtschaftlich dynamischen Regionen haben, eine günstigere Finanzlage aufweisen als periphere Regionen. (Abbildung 131 bis Abbildung 134) Das ist in hohem Maße darauf zurückzuführen, dass die verschiedenen Infrastrukturausgaben der Gemeinden, die einen Fixkostencharakter aufweisen, in den peripheren Gemeinden auf eine geringere Bevölkerungszahl umzulegen sind. Dabei handelt es sich um Infrastrukturbereiche, die so unterschiedliche Sektoren wie die sozialen Dienste (Kinderbetreuung, Schulen, Gesundheitsversorgung, Pflege, Altenbetreuung), die Energie- und Wasserversorgung, das Abfallwesen, den Naturschutz und Landschaftspflege, das Verkehrswesen etc. umfassen. Es sind vor allem diese Infrastrukturmaßnahmen, die für die Lebensqualität und den Verbleib der Menschen in der Region/Gemeinde bzw. den Zuzug in die Region ausschlaggebend sind.

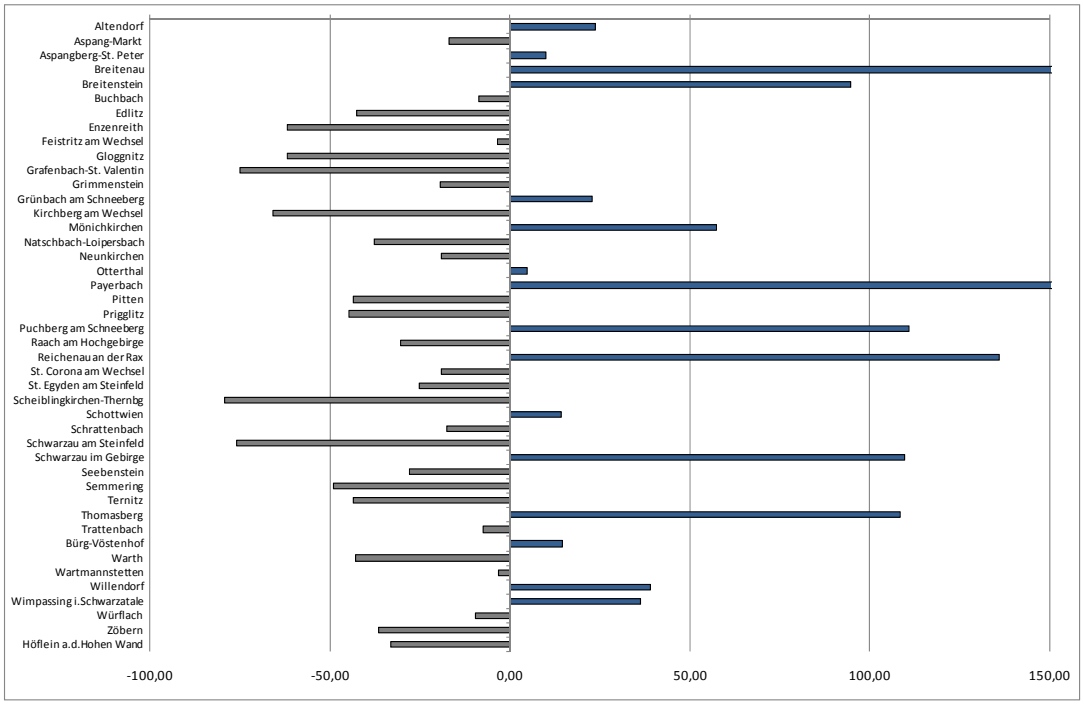
[73] Das ist ein merklicher Fortschritt gegenüber der gängigen Usance der Vermögenszugriffe durch die öffentliche Hand zur Abdeckung der Pflegekosten in Heimen.

Abbildung 131: Abweichung des Schuldenstandes der Gemeinden pro Kopf 2008 vom Bundesland-Schnitt der Gemeindeschulden pro Kopf im Bezirk Lienz/Osttirol



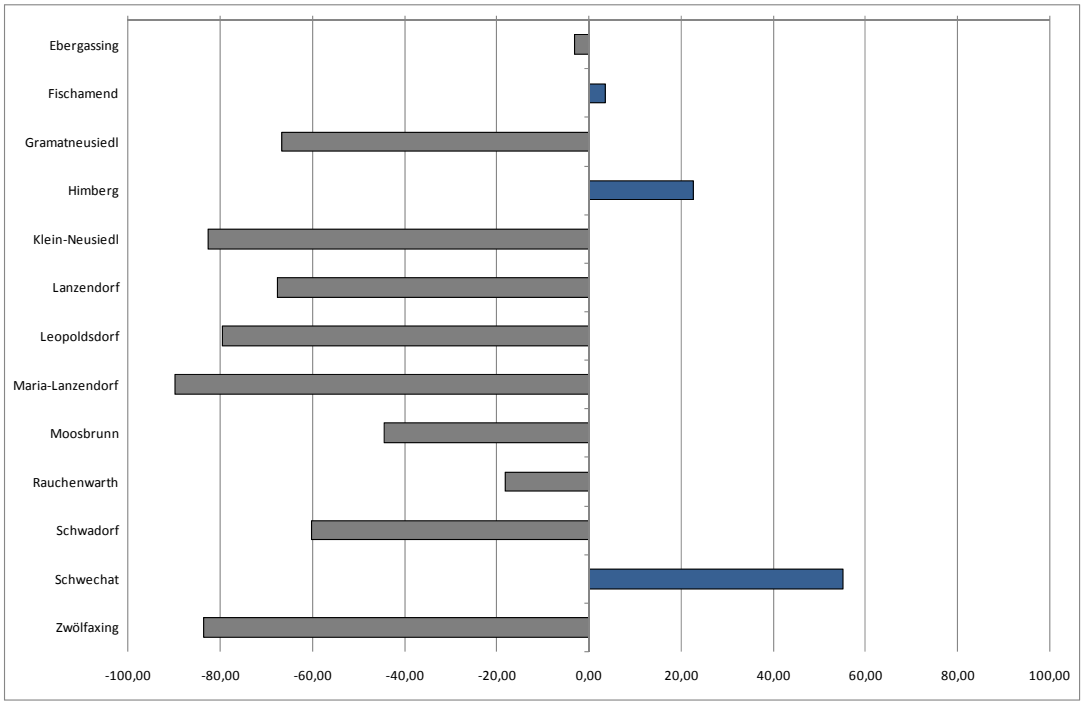
Q.: St.At. Rechnungsabschlüsse. DUK-Berechnungen.

Abbildung 132: Abweichung des Schuldenstandes der Gemeinden pro Kopf 2008 vom Bundesland-Schnitt der Gemeindeschulden pro Kopf im Bezirk Neunkirchen



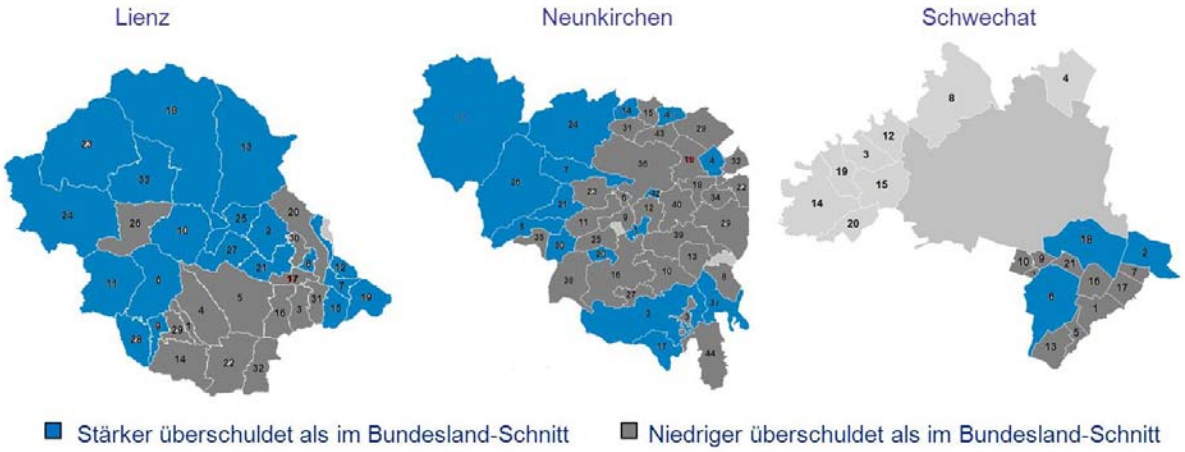
Q.: St.At. Rechnungsabschlüsse. DUK-Berechnungen.

Abbildung 133: Abweichung des Schuldenstandes der Gemeinden pro Kopf 2008 vom Bundesland-Schnitt der Gemeindeschulden pro Kopf im Großraum Schwechat



Q.: St.At. Rechnungsabschlüsse. DUK-Berechnungen.

Abbildung 134: Über bzw. unter dem Bundesland-Schnitt liegender Schuldenstand der Gemeinden pro Kopf 2008 in Lienz, Neunkirchen und Schwechat



Q.: St.At. Rechnungsabschlüsse. DUK-Berechnungen. Eigene Darstellung.

Die große Herausforderung der Gemeinden besteht also darin, die sozialen Dienste in Kombination mit den anderen Infrastrukturmaßnahmen so zu gestalten, dass sie möglichst kosteneffizient angeboten werden. So könnten sich etwa Gemeinden, die über eine gemeinsame dezentrale regenerative Energieerzeugung Gewinne abschöpfen, diese in den Ausbau der Sozialdienste investieren.[74] So gesehen könnte die Lösung der Energiefrage in Kombination mit der Sicherung der

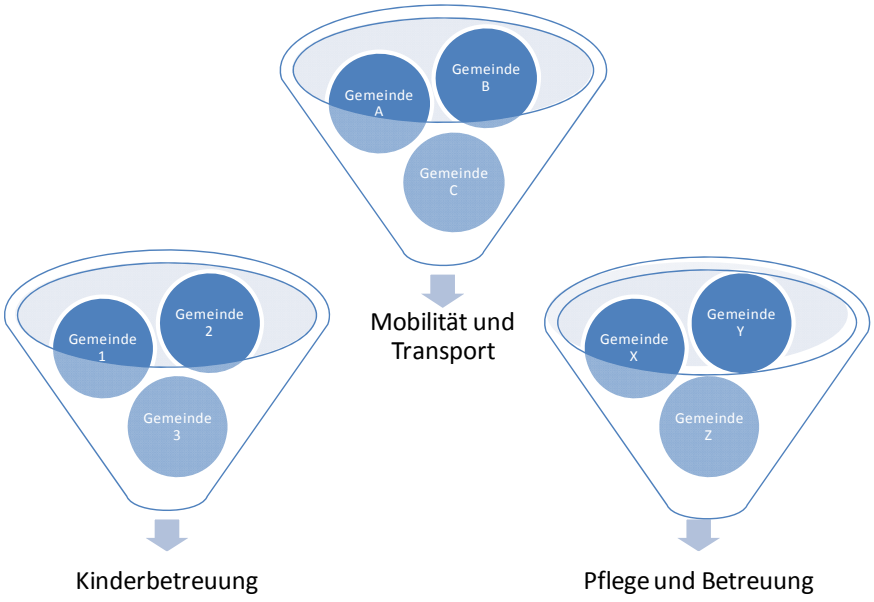
[74] Die Gemeinde Zschadraß in Sachsen ist ein Beispiel dafür, hier werden Gewinne aus dem Verkauf überschüssiger Energie in den Ausbau der Sozialdienste investiert. Siehe http://www.zschadrass.de/energiespar/Energiespargemeinde.html.

sozialen Versorgung in einer gemeinsamen dezentralen Organisation und Finanzierung gefunden werden. Das ist etwa über Kooperationen mit anderen Gemeinden vorstellbar, d.h. über eine Organisationsform, die economies of scale entstehen lässt. Die Kooperationen zwischen Gemeinden können potenziell alle Bereiche der Infrastruktur betreffen, d.h. Gemeinden könnten auf den jeweiligen Stärken und bestehenden Ressourcen aufbauen und sie im Zusammenwirken mit anderen Gemeinden noch weiter ausbauen, um die Versorgungsdichte zu verbessern. Dafür sollten sie bereit sein, Aufgaben an andere Gemeinde abzugeben, wo andere einen komparativen Vorteil aufweisen. Stets ist zu berücksichtigen, dass die Kooperation nicht von oben verordnet werden kann, sondern aus den Gemeinden heraus entstehen muss.

In diesem Sinne könnten sich mehrere Gemeinden zusammen tun und gemeinsam einen Kindergarten oder Pflege-/Betreuungseinrichtungen organisieren (flexible Betreuungsformen ergänzt um flexible Fahrtendienste etwa am Beispiel des Osttiroler Kinderbetreuungszentrums oder den Vorarlberger Gemeindekooperationen[75]. (Abbildung 135) Der Festlegung der Einzugsbereiche bzw. der maximal zumutbaren Entfernung kommt für die Kosten der Bereitstellung einer entsprechenden Versorgung große Bedeutung zu.

So führt etwa die Schließung von Schulen in Abwanderungsregionen zu Kostenreduktionen im Schuletat der Gemeinde, gleichzeitig erhöht sich aber der Transportaufwand für SchülerInnen, die in weiter entfernte Schulen pendeln müssen. Der Träger der Transportkosten ist häufig der Private, der darin einen Anreiz sieht, in die Gemeinde mit der besseren Infrastruktur abzuwandern.

Abbildung 135: Beispiel für eine regionale Spezialisierung auf Elemente einer sozialen Infrastruktur



Q: Eigene Darstellung.

Die Erhaltung eines voll funktionsfähigen sozialen ländlichen Raums eröffnet Möglichkeiten der Beschäftigung: einerseits in den sozialen Diensten, andererseits in Bereichen, die komplementär dazu sind; so etwa in einer dezentralen Energieversorgung, der Landschaftsbetreuung und des

[75] Genaueres hierzu siehe website http://www.ok-zentrum.at/ bzw. Jochum/Strele 2009.

Naturschutzes. Letztere sind wichtige Voraussetzungen für den Erhalt eines dynamischen Wirtschaftsstandortes bzw. eines qualitätsorientierten Tourismus. Nachhaltigkeit kann somit über abgestimmte Reformen/Innovationen in den Bereichen der sozialen Versorgung (Wohlfahrtsstaat), der Ökologie (Umwelt und erneuerbare Energie), und der Wirtschaft (Tourismus, Gewerbliche Produktion, Kultur, Kreativindustrie ….) sicher gestellt werden.

Gemeinschaftlich organisierte mobile Fahrtendienste könnten auch zur Ergänzung des öffentlichen Verkehrsnetzes eingesetzt werden, um weniger ‚mobilen' potenziellen Arbeitskräften den Zugang zu weiter entfernten Arbeitsmöglichkeiten zu erleichtern. Mobilität wird zu einem Kernkriterium für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, d.h. einer beruflichen Entfaltungsmöglichkeit von Frauen und Männern, in denen die Arbeitszeit den eigenen Wünschen entspricht und nicht von rigiden Öffnungszeiten der verschiedenen Versorgungseinrichtungen aufoktroyiert wird. Dies gilt, wie die ExpertInnengespräche gezeigt haben, nicht nur für den ländlichen Raum sondern auch für urbane Gebiete.

Flexible Spezialisierung auch im urbanen Raum

Um „economies of scale" (Skalenerträge) und eine Professionalisierung der sozialen Dienste sicher zu stellen, macht es nicht nur in ländlichen Gemeinden Sinn, sich zusammen zu schließen; sondern auch im städtischen Raum. Eine größer angelegte arbeitsteilige Organisationsform schafft Arbeitsplätze für eine Vielfalt von Kompetenzen, die in ihrem Zusammenwirken eine umfassende Betreuung und/oder Förderung der Betroffenen sicher stellen. Damit ist eine qualitativ hochwertige Versorgung bei gleichzeitiger Effizienzsteigerung möglich. Gleichzeitig wird über ein arbeitsteiliges Verfahren die Professionalisierung der sozialen Dienste im weitesten Sinn ermöglicht und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte in diesen Beschäftigungsbereichen.

Umsetzung und Finanzierung

Für die Umsetzung einer Strukturreform in Richtung integrative soziale Infrastruktur, die auf die Erhaltung der Umwelt und des Wirtschaftsstandortes Rücksicht nimmt, braucht es eine start-up Finanzierung. Der Zusammenschluss von Gemeinden bedarf wohl einiger finanzieller Anreize, etwa Förderbeiträge in Abhängigkeit von einer regionalen Integration und Spezialisierung. Für die Umsetzung wäre eine Bund-Länderaktion vorstellbar, die einen Innovationsfonds für die Schaffung eines integrierten Sozialsystems speist, aus dem Gemeinden unter bestimmten Auflagen Förderungen erhalten können. Dabei kann es sich um rückzahlbare Kredite ebenso handeln wie um Investitionsförderungen. Auch die EU-Regionalförderung kann in ein derartiges dezentrales regionales Entwicklungsszenarium eingebunden sein, etwa ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums), darunter der Schwerpunkt 4 LEADER. Ebenso ergeben sich aus den ESF-Förderungen Möglichkeiten für eine Ko-Finanzierung der innovativen Gestaltung gewisser sozialer Dienste.

Das Land Tirol plant das Pilotprojekt in Osttirol mit der Schaffung einer Beschäftigungsgesellschaft für Frauen zu unterstützen, nicht zuletzt auch um die hohe Zahl der langzeitarbeitslosen Frauen zu verringern. In Schwechat wiederum bietet das AMS eine Anbindung an das im Jahr 2010 eröffnete Frauenberufszentrum an.

Weiters könnte man an eine „Trägerförderung neu“ denken, wo die Erbringung und Koordinierung der Dienstleistung ausschließlich über Trägerorganisationen läuft, wie derzeit etwa via Volkshilfe und Hilfswerk. Sicherzustellen ist allerdings vorab, dass es eine unabhängige Qualitätssicherung gibt. Vorstellbar ist die Einrichtung einer Qualitätssicherungsagentur, die die potenzielle Trägerorganisation auf Antrag und unter Vorgabe bestimmter Kriterien als zertifizierte Einrichtung auf eine bestimmte Zeit akkreditiert. Evaluierungen sind einzuplanen. Die Förderung würde es zertifizierten Trägereinrichtungen ermöglichen, die Dienstleistung ‚billiger‘ anzubieten, damit sie für die Betroffenen/KundInnen leistbar wird. Ein positiver Nebeneffekt einer derartigen Vorgangsweise ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit, die ja in diesem Bereich ausgeprägt ist und einer Professionalisierung entgegen steht.

Auch sachgebundene Leistungen im Gegensatz zu Geldleistungen wären ein Ansatz, der die Schwarzarbeit zurückdrängen würde und Menschen, die schon derzeit in einem Familienzusammenhang soziale Dienstleistungen erbringen, in ein System einbindet, das ihnen eine eigenständige sozialversicherungsrechtliche Absicherung geben würde.

7. Gedanken zur Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums

Die Faktoren für das Wirtschaftswachstum zu ergründen hat eine lange Tradition. Trotzdem bleiben Unsicherheiten über die Bestimmungsfaktoren des Wirtschaftswachstums erhalten und Meinungsunterschiede zwischen Ökonomen sind heute ebenso wie zu Keynes‘ Zeiten üblich. Im Bereich der Regionalökonomie kommt den Erklärungsfaktoren für die Unterschiede in der Wirtschaftskraft von Regionen eine besondere Bedeutung zu, gibt es doch für die politische Gestaltbarkeit viele Möglichkeiten. (Armstrong/Taylor 2000)

Es ist somit die Aufgabe der Raumplanung, regionale Disparitäten auf ein normativ-politisches Maß zu bringen, d.h. auf ein Maß, das von der Gesellschaft als erwünscht oder fair angesehen wird. Dabei übernimmt die Politik die Funktion, die Nutzer der Räume in einen Entscheidungsprozess über das Ausmaß der Disparität bzw. den Nutzungsgrad einzubinden. (Fürst 2005) Auf einer supranationalen Ebene verfolgt die EU das Ziel der Konvergenz, d.h. es werden Fördermaßnahmen gesetzt, die die Verringerung der regionalen Disparitäten zum Ziel haben (Kohäsionsfonds).[76]

Trotz aller Bemühungen und dem offiziell verbreiteten Konvergenz-Optimismus verringern sich die regionalen Disparitäten in den einzelnen EU-MS nicht, ja sie nehmen z.T. sogar zu. Die neue ökonomische Geographie erhellt unser Wissen über die Hintergründe für das Entstehen von regionalen Disparitäten, etwa als Resultat des Abbaus von Handelsbarrieren, d.h. der Einbindung der Regionen in einen internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb. (Krugman 1991) Die konventionelle neoklassische ökonomische Theorie verfügt derzeit über keine Antwort, wie die regionalen Disparitäten reduziert werden können.

International ist zu beobachten, dass es im Gefolge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu einer zunehmenden Urbanisierung kommt. Räumliche Konzentrationsprozesse finden

[76] European Communities (1987), Article 23 ergänzt den Vertrag von Rom um das Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion: “…the Community shall aim at reducing disparities between the levels of development of the various regions and the backwardness of the least favoured regions of islands, including rural areas.“

sowohl zwischen Großstädten (Metropolisierung) als auch auf intraregionaler Ebene (Abwanderung aus dem ländlichen/peripheren Raum in Regionalzentren) statt. Das bedeutet, dass der ländliche bzw. periphere Raum infolge von Marktkräften zunehmend entleert wird.

Diese Entwicklungen sind in Zusammenhang mit grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zu sehen. Traditionelle Vorstellungen über die Lebensweise und Organisationssysteme, die die Erhaltung des Regionalstandorts zum Ziel hatten, verlieren an Bedeutung. Ebenso die traditionellen Lebensformen – unsere Gesellschaften sind von zunehmender Mobilität und Flexibilität geprägt, sowohl in der Arbeitswelt als auch im Privatleben. Raumplanung muss auf diese Entwicklungen reagieren und gestaltend eingreifen. Nach Lendi (2003: 7) steht „Raumplanung für die die zukunftsfähige Erhaltung und Gestaltung des Lebensraumes mit Chancen der individuellen, politischen, wirtschaftlichen (insbesondere unternehmerischen) und sozialen Lebensentfaltung unter Wahrung des ökologischen Gleichgewichts“. Wenn die Gesellschaft davon überzeugt ist, dass die Erhaltung des ländlichen Raums aus unterschiedlichen Gründen wünschenswert ist, müssen sich die institutionellen und gesellschaftlichen Systeme an die geänderten Verhaltensmuster der wirtschaftlichen und sozialen Akteure anpassen. Dabei zählen zu den gesellschaftlichen Systemen auch Werte und ihr Wandel über die Zeit, etwa die Gleichbehandlung der Geschlechter. Letztere impliziert ein Überdenken der traditionellen Rolle der Frauen und Männer in der Gesellschaft und die Implikationen für die Organisation der beiden Arbeitsfelder. Wenn diese grundsätzlichen Fragen nicht gestellt werden, können sie auch nicht beantwortet werden, d.h. aktiv gestaltet werden. Ökonomische Prozesse und Zwänge nehmen dann ihren Lauf, der mit Individualisierung und Urbanisierung schlagwortartig umschrieben werden kann.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht überraschend, dass der Nobelpreis in Ökonomie im Jahre 2009 an zwei Vertreter der Institutionenökonomie ging, Ostrom und Williamson. Ostrom hat in der Begründung der Akademie den Preis für die Überlegungen zur Verwaltung des gemeinschaftlichen Eigentums von Nutzerorganisationen erhalten. Das sind zentrale Fragen zur Organisation des Gemeinwesens, etwa dem Umgang mit knappen lokalen Ressourcen.

Bis dato sieht man Gemeinwesenarbeit als unabhängig vom Wirtschaftssystem. Letzteres braucht nur flankierende und ergänzende Maßnahmen, etwa die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitskräfte, um zu funktionieren. Jedoch bedeutet die Entwicklung und Stärkung „Lokaler Ökonomien“, dass Gemeinwesenarbeit wie die sozialen Dienste integral in die Funktionsmechanismen des Wirtschaftslebens eingebaut werden, um Nachhaltigkeit sicher zu stellen.

Die Theorie der Gemeinwesenökonomie ist noch in einem Entwicklungsstadium, in dem wissenschaftliche Erkenntnisse aus verschiedenen Disziplinen einfließen, mit dem Ziel, die Wohlfahrt aller in unseren Gesellschaften nachhaltig zu sichern, unter Einbeziehung der Organisation einer nachhaltigen Energieversorgung und Sicherung der Umwelt. Ansätze gelebter Solidarökonomien findet man an vielen Orten der Welt, aber auch in Österreich. Sie werden als Alternativ- oder Komplementärstrukturen wahrgenommen, bergen in sich aber zunehmend Elemente einer nachhaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationsform. (Elsen 2007)

Literaturverzeichnis

AMS Österreich (2008a): Bezirksprofile 2008 – Arbeitsmarktbezirk 323 Neunkirchen. http://www.arbeitsmarktprofile.at/323/profil.pdf, 28.04.2010.

AMS Österreich (2008b): Bezirksprofile 2008 – Arbeitsmarktbezirk 329 Schwechat. http://www.arbeitsmarktprofile.at/329/profil.pdf, 28.04.2010.

AMS Österreich (2008c): Bezirksprofile 2008 – Arbeitsmarktbezirk 707 Lienz. http://www.arbeitsmarktprofile.at/707/profil.pdf, 28.04.2010.

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Hg.) (2009): Statistisches Handbuch des Landes Niederösterreich. NÖ Schriften 191 – Information, Maria Enzersdorf.

Amt der Tiroler Landesregierung (Hg.) (2009): Statistisches Handbuch Bundesland Tirol, Innsbruck.

Arbeiterkammer Niederösterreich (Hg.) (2008): Pendleranalyse 2005. Wien.

Arbeiterkammer Niederösterreich (Hg.) (2005): Meine Region, Industrieviertel. Wien.

Armstrong, H., Taylor, J. (2000): Regional Economics and Policy, Oxford and Malden, Blackwell Publ.

Badura, B./Gross, P. (1976): Sozialpolitische Perspektiven, Eine Einführung in Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistungen, München.

Bauer, R. (2001a): Gegenstandsdefinition, Arbeitspapier Nr. 1, in: Arbeitspapiere des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt/Main.

Bauer, R. (2001b): Über Dienste und Dienstleistungen im Sozialwesen, Zur begrifflichen Klärung, in: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Hg.) (2001): Europäische Integration als Herausforderung, Rolle und Reform der sozialen Dienste in Europa, Veröffentlichung des „Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa“, Frankfurt/Main.

Baumol, W. J. (1967): Macroeconomics of unbalanced growth: the Anatomy of Urban Crisis, American Economic Review 57: 415-26.

Bellermann, M. (2004): Sozialökonomie, Soziale Güter und Organisation zwischen Ökonomie und Politik. Freiburg.

Bergmann, B. (1996): In Defense of Affirmative Action, Basic Books, New York.

Bertrand, M./Goldin, C./Katz, L. F. (2009): Dynamics of the Gender Gap for Young Professionals in the Financial and Corporate Sectors, NBER Working Paper, 2009, (14681).

Bettio, Francesca/Plantenga, Janneke (2004): Comparing Care Regimes in Europe. In: Feminist Economics 10(1), S. 85-113.

Biffl, G. (2007A): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit: die Bedeutung von Einbürgerung, Herkunftsregion und Religionszugehörigkeit. In: Heinz Fassman (Hrsg.) 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec 2007, S. 265-282.

Biffl, G. (2007B): The Employment of Women in the European Union, WIFO-Working Papers 297/2007.
http://www.wifo.ac.at/wwa/servlet/wwa.upload.DownloadServlet/bdoc/WP_2007_297$.PDF

Biffl, G. (2006): Alternde Dienstleistungsgesellschaft. In: Aiginger, K./Tichy, G./Walterskirchen, E. (Projektleitung und Koordination): WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Teilstudie 16, WIFO-Gutachtenserie, Wien.

Biffl, G. (2004): Der Einfluss der Zuwanderung auf Österreichs Wirtschaft, in "Der Einfluss der Immigration auf die österreichische Gesellschaft", Österreichs Beitrag zur europäischen Pilotstudie 'The impact of immigration on Europe's societies' des Europäischen Migrationsnetzwerks, http://www.emn.at/modules/typetool/pnincludes/ uploads/pilotstudy_emn.pdf.

Biffl, G. (2002A): Kosten und Nutzen des Bildungssystems im internationalen Vergleich, WIFO-Monatsberichte, 75(6).

Biffl, G. (2002B): Die Kosten des österreichischen Bildungssystems und der Wert der Ausbildung, WIFO-Monatsberichte, 75(6).

Biffl, G. (2002C): Der Bildungswandel in Österreich in den neunziger Jahren, WIFO-Monatsberichte, 75(6).

Biffl, G. (1997): Erfassung der 'wahren' Arbeitslosigkeit in Österreich, WIFO-Monatsberichte, 70(1).

Biffl, G. (1993): „Gleichstellung von Mann und Frau“, in: Enderle, G., Homann, K., Honecker, M., Kerber, W., Steinmann, H. (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaftsethik, Herder Verlag, Freiburg/Basel/Wien.

Biffl, G./Bock-Schappelwein, J. (2006): Zur Niederlassung von Ausländern und Ausländerinnen in Österreich, 2006, http://www.bmi.gv.at/downloadarea/asyl_fremdenwesen/NLV_2006_endg_08_2006.pdf.

Biffl, G./Bock-Schappelwein, J. (2007): Zur Niederlassung von Ausländern und Ausländerinnen in Österreich, http://www.bmi.gv.at/downloadarea/asyl_fremdenwesen/NLV_2007_endg_08_2007.pdf.

Biffl, G./Leoni, T. (2006): Handlungsoptionen für eine Erhöhung der Einkommensgerechtigkeit und Chancengleichheit für Frauen in Oberösterreich, Studie des WIFO im Auftrag der Arbeiterkammer OÖ.

Biffl, G., Faustmann, A., Steinmayr, A., Skrivanek, I. (2010): Migrantinnen und Migranten auf dem niederösterreichischen Arbeitsmarkt, Studie im Auftrag des AMS Niederösterreich. http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/AMS_NOE_MigrantInnenstudie_Biffl_etal_2010.pdf

Biffl, G., Steinmayr, A., Wächter, N. (2009): Lebens- und Erwerbssituation arbeitsmarktferner Jugendlicher mit Migrationshintergrund in Tirol, Studie im Auftrag von amgTirol. http://content.tibs.at/pix_db/documents/Studie_Lebens%20Erwerbssituation_JugendlicherMigrantInnen_LANG.pdf

Biffl, G., Bock-Schappelwein, J., Steinmayr, A., Riesenfelder, A. (2008): MigrantInnen und Arbeitsmarkt in Wien, unveröffentlichte Studie von WIFO und L&R im Auftrag des WAFF und der MA17 in Wien.

Blanchflower, D. (2004): Self-Employment: More may not be better. NBER Working Paper, (10286), http://www.nber.org/papers/w10286.pdf.

Blau, F. D./Kahn, L. M. (2003): Understanding international differences in the ‘gender pay gap’, Journal of Labor Economics Vol. 21(1):106-144. University of Chicago Press.

Blume-Jensen, K./Ejrnaes, M./Skyt-Nielsen, H./Würtz, A. (2003): Self-Employment amongst Immigrants: A last Resort? CAM, 2003-08, http://www.econ.ku.dk/CAM/Files/workingpapers/2003/2003-08_Self-employment.pdf.

BMASK (2010): Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2008, Wien.

BMSK (2007): Sozialschutz in Österreich, Wien.

Boal, F. (1976): Ethnic residential segregation, in: T. D. Hebert and R. J. Johnston (Eds.) Spatial Processes and Form, Vol. II, S. 41-79, John Wiley & Sons, London.

Bock-Schappelwein, J. (2006): Ungleiche Ausbildungsstruktur unter der ausländischen Wohnbevölkerung in Österreich: Herausforderungen für den Aus- und Weiterbildungsmarkt, Wirtschaftspolitische Blätter, 53(2), S. 191-204.

Boraas, S./Rodgers, W. M. (2003): How does gender play a role in the earnings gap? An update, Monthly Labor Review, March S- 9-15.

Borjas, G.J. (1986 (1942)): The Self-Employment experience of Immigrants, NBER Working Paper, http://www.nber.org/papers/w1942.pdf.

Borjas, G.J. (1992): Ethnic Capital and Intergenerational Mobility. The Quarterly Journal of Economics, 107(1), S. 123-150.

Brimicombe, A.J. (2007): Ethnicity, religion and residential segregation in London: evidence from a computational typology of minority communities" Environment & Planning B, Planning & Design, 34, S. 904-924, http://www.uel.ac.uk/geo-information/r-abstract.htm#AllanYr07b.

BZPP (Bundeszentrale für politische Bildung) (2000): Aussiedler, Informationen zur politischen Bildung, Heft 267, Bonn.

Carrington, W. J./Troske, K. R. (1997): On Measuring Segregation in Samples with Small Units. In: Journal of Business & Economic Statistics, 1997, 15(4), S. 402-409.

COM (Commission of the European Communities) 418 (2008): Commission Staff Working Document, Biennial Report on Social Services of General Interest, SEC 2179, Brussels.

Constant, A./Zimmermann, K. F. (2004): Self-Employment Dynamics across the Business Cycle: Migrants versus Natives, IZA Discussion Paper, (1386), ftp://repec.iza.org/RePEc/Discussionpaper/dp1386.pdf.

Crul, M./Heering, L. (2008): The Position of the Turkish and Moroccan Second Generation in Amsterdam and Rotterdam, The TIES Study in the Netherlands. Amsterdam University Press, IMISCOE.

Eckhard, J. (2000): Mediennutzungsverhalten von Ausländern in Deutschland, in; Schatz, Heribert/Holz-Bacha, Christiane/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.); Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, S. 265-271.

Elsen, S. (2007): Die soziale Ökonomie des Gemeinwesens. Eine problemorientierte Einführung. Weinheim und München: Juventa.

European Commission (2009): Joint Report on Social Protection and Social Inclusion 2009. Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg.

European Communities (1987): Single European Act, Official Journal of the European Communities L 169/7.

Europäische Kommission (1999): Europäisches Raumentwicklungskonzept. Auf dem Wege zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union, http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/ docoffic/official/reports/pdf/sum_de.pdf.

Fassmann, H./Schallaböck, U. (2008): Die Bedeutung des Wohnens für Integrationsprozesse, Integrationsplattform gemeinsam kommen wir zusammen, http://www.integration.at/downloads/P08_060_Bericht_Webversion_5_wohnen.pdf.

Feigelfeld, H./Hartig R. (2001): Sag mir wo du wohnst … - großstädtische Lebensbedingungen marginalisierter Bevölkerungsgruppen in Wien, Feigelfeld, H., Wien.

Finger, D. (1997): Dienstleistungsschecks in Europa – ein Modell für Deutschland? Beschäftigungseffekte und Kosten für die Volkswirtschaft: fünf Szenarien, Discussion Paper FSI 97-201, WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), Berlin.

Flecker, J. et.al. (2010): Arbeitszeitverkürzung zur Umverteilung von Arbeit – internationale Beispiele, Wien.

Fürst, D. (2005): Entwicklung und Stand des Steuerungsverständnisses in der Raumplanung. DISP 163(4): S. 16-27.

Geisberger, T./Till, M. (2009): Der neue EU-Strukturindikator 'gender pay gap'. Statistische Nachrichten 1/2009, S 64-70.

Giffinger, R. (1999): Wohnungsmarktbarrieren und Stadtentwicklung, Birkhäuser Verlag, Basel, Berlin, Boston.

Giffinger, R. (2003): Bevölkerungsentwicklung in Wien: Zu den Chancen und Problemen der Integration von ZuwanderInnen. Kommentar zum Fachworkshop zur Bevölkerungsentwicklung (7.11.2003), http://www.wien.gv.at/ stadtentwicklung/step/pdf/bevoelkerung-kommentar-giffinger.pdf (3.8.2007).

Giffinger, R./Wimmer, H. (2003): Kleinräumige Segregation und Integration. In: Fassmann, H., Stacher, I. (Hrsg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Drava Verlag, Wien, 2003.

Goujon, A. et al. (2006): New Times, Old Believes: Projecting the Future Size of Religions in Austria, VID Working Paper, 2006, (01), http://www.oeaw.ac.at/vid/download/WP2006_01.pdf (3. 8. 2007).

Grünberger, K./Zulehner, Ch. (2009): Geschlechtspezifische Lohnunterschiede in Österreich, WIFO-MB 82(2): 139-150.

Hanika, A. (2005): Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs 2005 bis 2050 (2075), Statistische Nachrichten 11/2005, Statistik Österreich, Wien.

Hanika, A. (2007): Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs 2007 bis 2050 (2075), Statistische Nachrichten 12/2007, S. 1088-1105.

Hanika. A. (2009): Bevölkerungsvorausschätzung 2009-2050 sowie Modellrechnung bis 2075 für Österreich, Schnellbericht 8.2, Statistik Austria, Wien.

Heckmann, F. (1998): Ethnische Kolonien: Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung? in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Ghettos oder ethnische Kolonien? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 85, Bonn, S. 29-41.

Huber, P./Mayerhofer, P. (2006): Wandel der Sektorstruktur in der Wirtschaftsregion „Centrope Europaregion Mitte", Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Österreichischen Nationalbank, Wien.

Jansen, D. (2006): Einführung in die Netzwerkanalyse – Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Jochum, E./Strele, M. (2009): Gemeindekooperationen in der Kinderbetreuung, Analyse im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung, Kairos-Wirkungsforschung und Entwicklung.

Kasinitz, P./Mollenkopf, J. H./Waters, M. C./Holdaway, J. (2008): Inheriting the City: The Children of Immigrants Come of Age. Harvard University Press and the Russell Sage Foundation.

Knox, P. (1990): Urban Gocial Geography. Longman, London.

Kogoj, C. (1999): Minderheiten und Medien. Ein kommunikatives Missverhältnis, in Stimme von und für Minderheiten 30, S. 6-7.

Kohlbacher, J./Reeger, U. (2006): Die Dynamik ethnischer Wohnviertel in Wien. Eine sozialräumliche Longitudinalanalyse 1981 und 2005, Verlag der ÖAW, Wien.

Krugman, P. (1991): Increasing returns and economic geography, Journal of Political Economy 99(3): 483-499.

Kurs, O., Ingria (1994): The broken landbridge between Estonia and Finland, GeoJournal 33.1, S. 107-113.

Landesrechnungshof Tirol (2003): Förderung der Sozial- und Gesundheitssprengel durch das Land Tirol, Innsbruck.

Lehner, V. (2005): Kinderbetreuung im Vorschulalter: Schweden, Frankreich, Italien – ein Vergleich, Grin Verlag, Norderstedt.

Lendi, M. (2003): Grundorientierung für die Raumplanung/Raumordnung – Eine Vorlesung. Gastvorlesung, Universität für Bodenkultur, Wien.

Letablier, M.-T. (2004): Work and Family Balance: A new challenge for policies in France. In Giele-Zollinger-Holst (Hrsg.) Changing Life Patterns in Western Industrial Societies, Oxford: S 189-209.

Lewis, J./Ostner, I. (1994): Gender and the Evolution of European Social Policies. Zentrum für europäische Sozialpolitik, ZES Arbeitspapier Nr.4/94, Bremen.

Lichtenberger, E. (1997): Wien zwischen extremer Grenz- und Mittelpunktlage. In: Bürger im Staat, Heft 2, S. 80 ff.

Lichtenberger, E./Fassmann, H./Mühlgassner, D. (1987): Stadtentwicklung und dynamische Faktorialökologie. Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung (Band 8), Verlag der ÖAW, Wien.

Macpherson, D./Hirsch, B. (1995): Wages and Gender Composition: Why do women's jobs pay less? Journal of Labor Ecomomics, Vol. 13(3): 426-71.

Martikainen, T. (2005): Religion, immigrants and integration. AMID Working Paper Series, (43), http://www.amid.dk/ pub/papers/AMID_43-2005_Martikainen.pdf (3.8.2007).

Quelle: Missoc Datenbank (http://ec.europa.eu/employment_social/missoc/db/public/compareTables.do?lang=en, Stand Juli 2009, Seite wird nicht mehr aktualisiert.

Morissey, T./Warner, M. E. (2007): Why early care and education deserves as much attention, or more, than prekindergarten alone, Applied Developmental Science 11(2):57-70.

OECD (2008): A Profile of Immigrant Populations in the 21st Century: Data from OECD Countries, Paris.

OECD (2005): Ageing and Employment Policies: Austria, OECD, Paris.

OECD (2002): Babies and Bosses, OECD, Paris.

ÖRK (Österreichische Rektorenkonferenz) Hrsg. (1989): Lage und Perspektiven der Volksgruppen in Österreich, Wien.

Pfau-Effinger, B. (2004): Socio-historical paths of the male breadwinner model - an explanation of cross-national differences. In: The British Journal of Sociology 55(3), pp. 377-399.

Pollan, W. (1997): Große Lohnunterschiede nach Branchen in der Industrie, WIFO-MB 3/1997, Wien.

Poulsen, M./Johnston, R./Forrest, J. (2001): Intraurban ethnic enclaves: Introducing a Knowledge-based Classifiication Method. Environment and Planning, 19, S. 2071-2082.

Schneider, Ulrike/Badelt, Christoph/Hagleitner, Joachim (2007): Der Nonprofit Sektor in Österreich. In: Badelt, Christoph/Meyer, Michael/Simsa, Ruth (Hrsg.): Handbuch der Nonprofit-Organisationen – Strukturen und Managment, Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart, S. 55-80.

Shevky/Bell (1955): Social Area Analysis: Theory, Illustrative Application, and Computational Procedures. Stanford University Press.

Soysal, Y. (1994): Limits to Citizenship. University of Chicago Press, Chicago.

Statistik Austria (Hg.) (2003): Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege – Ergebnisse des Mikrozensus September 2002, Wien.

Statistik Austria (Hg.) (2010): Kindertagesheim-Statistik 2009/10, Wien

Stewart, D. W./Shamdasani, P. N./Rook, D. W. (2007): Focus Groups – Theory and Practise. Sage Publications, Inc., Thousand Oaks, California.

Trukeschitz, Birgit (2006): Im Dienst sozialer Dienste. Ökonomische Analysen der Beschäftigung in sozialen Dienstleistungseinrichtungen des Nonprofit Sektors, Frankfurt.

Visser, J./Hemmerijck A. (1998): Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaates und Beschäftigugnswachstum in den Niederlanden, Campus Verlag, Frankfurt/Main.

Wiener Integrationsfonds (Hrsg.) (1999): MigrantInnen in Wien. Daten&Fakten&Recht. Report, 1998, Teil II. Wien.

http://www.iwkoeln.de/tabid/2691/ItemID/24230/Default.aspx Tabellarischer Vergleich des Mutterschutzes und Elternurlaub/geldes in der EU

Statistischer und methodischer Anhang

Zur methodischen Vorgehensweise

Qualitative Interviews: Fokusgruppen

Um ein Grundverständnis von (sozio-)demografischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und den vorhandenen Strukturen des sozialen Dienstleistungssektors in den Modellregionen zu erlangen, werden in den vier Modellregionen qualitative ExpertInnen-Interviews durchgeführt. Derartige (leitfadengestützte) Interviews haben den Vorteil, dass neue, bislang noch nicht bedachte Aspekte in die Untersuchung mit einfließen können und besitzen somit explorativen Charakter. Diese ExpertInnen-Interviews sind nicht als Einzelinterviews angelegt, sondern als sogenannte Fokusgruppen. Dabei handelt es sich um eine fokussierte und moderierte Diskussionsrunde, an der ExpertInnen aus den für die Fragestellung relevanten Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen teilnehmen. Im Vergleich zu Einzelinterviews bieten Fokusgruppen den Vorteil, auch gruppendynamische Prozesse und divergierende Ansichten zu erfassen, was einen wesentlichen Einfluss auf die Gesprächsinhalte hat. So können auch Themen angesprochen werden, die von einzelnen vielleicht gar nicht behandelt worden wären. Da in der Zusammensetzung der GruppenteilnehmerInnen darauf geachtet wird, dass die Gruppe eine möglichst große Anzahl an verschiedensten AkteurInnen repräsentiert, werden unterschiedliche Meinungen und Ansichten diskutiert. (vgl. Stewart/Shamdasani/Rook 2007: 9f)

Die ExpertInnen-Interviews wurden dokumentiert, transkribiert und quantitativ aufbereitet. Die ExpertInnen-Interviews haben einen Workshop-artigen Charakter. Nach einer einführenden Darstellung erster Ergebnisse zu den regionalen wirtschaftlichen und soziodemografischen Strukturen in der jeweiligen Region wurden die ExpertInnen anhand eines Leitfadens durch die Diskussion untereinander geleitet. Der Leitfaden findet sich im Anhang.

1. ExpertInnen-Interview (Fokusgruppe) für den Bezirk Lienz (Osttirol):

Ort: Innsbruck
Zeit: 19. Jänner 2010
TeilnehmerInnen:

G. Biffl	(Donau-Universität Krems)
	(amgTirol)
	(AMS)
	(Frauenbeauftragte der Landesregierung)

2. ExpertInnen-Interview (Fokusgruppe) für den Bezirk Lienz (Osttirol):

Ort: Lienz
Zeit: 24. und 25. Juni 2010
TeilnehmerInnen:

G. Biffl	(Donau-Universität Krems)
A. Faustmann	(Donau-Universität Krems)

B. Brandstätter (Frauenzentrum Lienz)
A. M. Eder (Frauenzentrum Lienz)
A. Frank (Bezirksbäuerin)
E. Greiderer (Bundesrätin)
B. Herzog (Eltern-Kind-Zentrum Lienz)
F. Hopfgartner (Bürgermeister Hopfgarten)
O. Januschke (Stadtmarketing Lienz)
M. Köfler (Osttiroler Kinderbetreuungszentrum)
W. Kollreider (AK Lienz)
G. Lehner (Caritas)
M. Lugger (VS Obertilliach)
A. Mayr (VS Bannberg)
A. Mietschnigg (Sozialsprengel Defereggental)
H. Pichler (OSPA – Schindel und Holz SÖB)
V. Remler (Sozialsprengel Lienz)
D. Ruggenthaler (Bürgermeister Virgen)
E. Schiffmann (Bürgermeister Sillian)
B. Schneider (Bürgermeister Assling)
W. Schneider (VS Lavant)
M. Theurl (Sozialsprengel Assling)
Ch. Warmuth (AMS Lienz)

ExpertInnen-Interview (Fokusgruppe) für den Bezirk Neunkirchen:

Ort: AMS Neunkirchen
Zeit: 6. April 2010, 10:00 bis 14:00 Uhr
TeilnehmerInnen:

A. Faustmann (Donau-Universität Krems)
L. Rössl (Donau-Universität Krems)
I. Skrivanek (Donau-Universität Krems)

M. Aigner (AMS Niederösterreich, Frauenreferentin)
D. Arslan (Gemeinderätin in Wimpassing mit Migrationshintergrund)
J. Braunstorfer (WK Neunkirchen)
J. Gamper (AK Niederösterreich)
J. Hechtl (AK Neunkirchen; Nationalratsabgeordneter)
W. Jeitler (AMS Neunkirchen; Bgm. von Wimpassing im Schwarzatale)
F. Reisenbauer (LBG-Steuerberatungskanzlei)
T. Stasny (AMS Neunkirchen)

1. ExpertInnen-Interview für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Leopoldstadt:

Ort: Büro des Bezirksvorstehers
Zeit: 21. Juni 2010, 9:00 bis 10:00 Uhr
TeilnehmerInnen:

G. Biffl (Donau-Universität Krems)
I. Skrivanek (Donau-Universität Krems)

G. Kubik (Bezirksvorsteher)

2. ExpertInnen-Interview für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Leopoldstadt:

Ort: AMS Wien
Zeit: 21. Juni 2010, 14:00 bis 16:00 Uhr
TeilnehmerInnen:

G. Biffl	(Donau-Universität Krems)
I. Skrivanek	(Donau-Universität Krems)
C. Finster	(AMS Wien)

ExpertInnen-Interview für den Großraum Schwechat:

Ort: AMS Schwechat
Zeit: 22. Juli 2010, 9:00 bis 11:30 Uhr
TeilnehmerInnen:

G. Biffl	(Donau-Universität Krems)
I. Skrivanek	(Donau-Universität Krems)
M. Aigner	(AMS Niederösterreich, Frauenreferentin)
G. Fälbl	(AMS Schwechat)
E. Fuchs	(Niederösterreichisches Hilfswerk)
G. Nusser	(AK Niederösterreich/Servicestelle Flughafen Schwechat)
B. Sachs	(Stadträtin in Schwechat)
K. Susman	(ZB-Beratung)

Verwendete Daten

Volkszählung 2001

Die Volkszählung 2001 ist die letzte Bevölkerungsbefragung, die mit Zählorganen und Fragebögen durchgeführt wurde. Zukünftig wird es in Österreich nur mehr Registerzählungen geben, wobei das Zentrale Melderegister um Informationen aus anderen Basisregistern ergänzt wird. 2011 wird die erste umfassende Registerzählung durchgeführt – 2006 gab es die erste ‚Proberegisterzählung'.

Die Daten aus der Volkszählung 2001 stellen somit die umfangreichsten und aktuellsten Informationen zur Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur in Österreich dar. Darüber hinaus erlauben es die Daten aus der Volkszählung, eine Differenzierung nach Bezirken und teilweise auch nach Zählbezirken vorzunehmen, sowie eine Differenzierung der Bevölkerung nach Herkunft.

Definition und Abgrenzung von Personen mit " Migrationshintergrund" in der VZ 2001

Bei der Analyse der Volkszählungsdaten wurde ein erweiterter Migrationsbegriff verwendet. Neben MigrantInnen der ersten Generation, welche über ihren nicht-österreichischen Geburtsort identifiziert werden konnten, wurde auch die zweite Generation, also die Nachkommen von selbst zugewanderten Personen, anhand ihrer Staatsangehörigkeit und Umgangssprache erfasst. Dabei wurde schrittweise vorgegangen:

In einem ersten Schritt wird zwischen **ÖsterreicherInnen (Host**, in Österreich geboren und österreichische StaatsbürgerInnen) und **MigrantInnen** unterschieden. Zur zweiten Gruppe werden Personen gezählt, die nach Österreich zugewandert sind (1. Generation MigrantInnen), sowie Personen, die in Österreich geboren wurden aber eine ausländische Staatsbürgerschaft haben (ein Teil der zweiten Generation). Diese Unterscheidung ermöglicht eine Aussage über die Rolle der Staatsbürgerschaft für die Integration von MigrantInnen ins Erwerbsleben. Die Erfassung des Migrationshintergrundes über **Geburtsland** und **Staatsangehörigkeit** entspricht jener von Statistik Austria. In der vorliegenden Studie wird für diese Abgrenzung der Begriff "Herkunft" verwendet.

In einem zweiten Schritt wird versucht, einen weiteren Kreis der zweiten Generation zu erfassen, indem die **Umgangssprache** berücksichtigt wird. Wenn die Umgangssprache einer fremden Herkunftsregion zugeordnet werden kann, so werden jene Personen, die ansonsten in die Hostgruppe gefallen wären, der Herkunftsregion zugeordnet. Damit kann die Zahl der Personen der **2. Generation** näherungsweise erfasst werden. In dieser Studie wird im Fall der Nutzung der Daten der VZ 2001 ein um die Umgangssprache erweiterter Migrationsbegriff als Migrationshintergrund bezeichnet.

Beispiel: Eine in Österreich geborene Person, welche auch die österreichische Staatsbürgerschaft hat, gibt als Umgangssprache "Türkisch" oder "Türkisch und Deutsch" an. Da es sich hierbei mit hoher Wahrscheinlichkeit um die so genannte zweite Generation handelt, kann diese Person der Herkunftsregion "Türkei" zugeordnet werden.

Zur **Hostbevölkerung** werden Personen gezählt, die in Österreich geboren wurden, österreichische Staatsangehörige sind und keinen über die Umgangssprache identifizierbaren Migrationshintergrund aufweisen.

Im Folgenden wird die Zuordnung der Sprache zu Herkunftsregionen vorgenommen, und zwar in den Bereichen, in denen es vergleichsweise leicht möglich ist und die für die österreichische Zuwanderungspopulation von Bedeutung sind:

• Slowakisch, Slowenisch, Tschechisch, Ungarisch, Polnisch	EU-NMS10
• Albanisch, Bosnisch, Kroatisch, Mazedonisch, Serbisch	ehem. Jugoslawien
• Türkisch	Türkei
• Italienisch, Dänisch, Finnisch, Griechisch Holländisch, Norwegisch, Schwedisch	EU 14 + EFTA
• Bulgarisch, Rumänisch, Russisch, Ukrainisch	sonstiges Europa
• Hebräisch, Arabisch, sonstige afrikanische Sprachen	Afrika + Naher Osten
• Chinesisch, Indisch, Indonesisch, Japanisch, Koreanisch Persisch, Philippinisch, Thailändisch, Vietnamesisch, sonstige asiatische Sprachen	Asien

Nicht alle mit nicht-deutscher Umgangssprache können einer Herkunftsregion eindeutig zugeordnet werden. Einerseits können einige Sprachen keinem einzelnen Herkunftsland eindeutig zugeordnet werden – etwa Englisch oder Spanisch. Andererseits ist anzunehmen, dass gewisse Sprachen (Englisch) auch von Personen ohne Migrationshintergrund als Umgangssprache verwendet werden. In

diesen Fällen wurde eine Zuordnung unterlassen. Anzumerken ist, dass die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund einerseits etwas überschätzt wird, da Personen, die einer österreichischen Volksgruppe angehören, etwa Kroaten, Slowenen, Sinti und Roma, und die zu Hause deutsch und ihre eigene Sprache sprechen, den Personen mit Migrationshintergrund zugezählt werden. Andererseits wird die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund unterschätzt, da Personen, die in der zweiten Generation Deutsche, Spanier, Franzosen, Engländer etc. sind, nicht berücksichtigt werden. Der Nettoeffekt dürfte allerdings eine nicht unbeträchtliche Unterschätzung der Zahl der Personen mit Migrationshintergrund sein.

Abgrenzung der Hostbevölkerung nach religiösem Bekenntnis

Die Hostgruppe und MigrantInnen nach Glaubenszugehörigkeit abzugrenzen, ist schwieriger als die nach Herkunft und mit Vorsicht zu interpretieren. Bei der Volkszählung 2001 gab nur rund die Hälfte der EinwohnerInnen an, römisch-katholisch zu sein (49,2 % der Gesamtbevölkerung bzw. 51,3 % der Personen, die zum Religionsbekenntnis Auskunft gegeben haben). 25,6 % (26,8 %) gaben an ohne Bekenntnis zu sein. Bei beiden Gruppen ist die überwiegende Mehrheit (> 80 %) Host nach der Herkunftsabgrenzung. Daher dürfte eine Abgrenzung der Hostgruppe nach dem katholischen Glauben allein eher problematisch sein. In Analogie zu Brimicombe (2007) für London wird davon ausgegangen, dass die Einheimischen primär einer christlich-säkularen Gesellschaft zuzurechnen sind. Als Host für die Auswertungen nach Religionsbekenntnis werden daher die Gruppen römisch-katholisch, evangelisch und ohne Bekenntnis zusammengefasst. Christlich-orthodoxe und andere christliche Kirchen und Gemeinschaften werden nicht zur Hostgruppe gezählt.

Anders als Brimicombe, der die Fälle "ohne Angabe" der Hostgruppe zugeordnet hat, werden diese Fälle (65.705 Personen) aus der Analyse ausgeschlossen. Es gibt gute Gründe zur Annahme, dass bestimmte Personengruppen überdurchschnittlich oft keine Angabe zu ihrem Religionsbekenntnis gemacht haben. So gaben rund 7.000 Personen bei der Volkszählung an, israelitischen Glaubens zu sein. Die Israelitische Kultusgemeinde spricht jedoch von 15.000 registrierten Personen, andere Schätzungen (JBBZ) gehen von 25.000 bis 30.000 IsraelitInnen in Wien aus. Das JBBZ weist u. a. darauf hin, dass unter Personen judaischen Bekenntnisses angesichts der Judenverfolgungen in Österreich ein gewisser Vorbehalt zur Angabe ihres Glaubens besteht. Auch gibt es Hinweise darauf, dass der Anteil der Personen römisch-katholischen Glaubens unter den Foreign Born unterschätzt wird und der der Gruppe "ohne Bekenntnis" überschätzt wird.

Typologie der räumlichen und sozio-ökonomischen Konzentration

Um den sozioökonomischen Hintergrund räumlicher Konzentrationen von Kulturen feststellen zu können, muss über einfache räumliche Segregationsindikatoren hinausgegangen werden. Dafür wird die von *Brimicombe* (2007) für London entwickelte Typologie auf Österreich angewendet. *Brimicombe* weist darauf hin, dass herkömmliche Maße der Segregation mit einer Reihe von Problemen verbunden sind. So sind beispielsweise für die gängigen Maßzahlen des 'Index of Segregation' und des 'Index of Dissimilarity' die Größe der einzelnen Gruppen sowie die Größe der Gebietseinheiten von großer Bedeutung. Ergebnisse werden dadurch unvergleichbar und es besteht die Gefahr, eine zufällige Verteilung als eine systematische zu beschreiben (vgl. *Carrington - Troske,* 1997). Des Weiteren kann es mitunter schwierig sein, einen Zusammenhang zwischen ethnischer Segregation

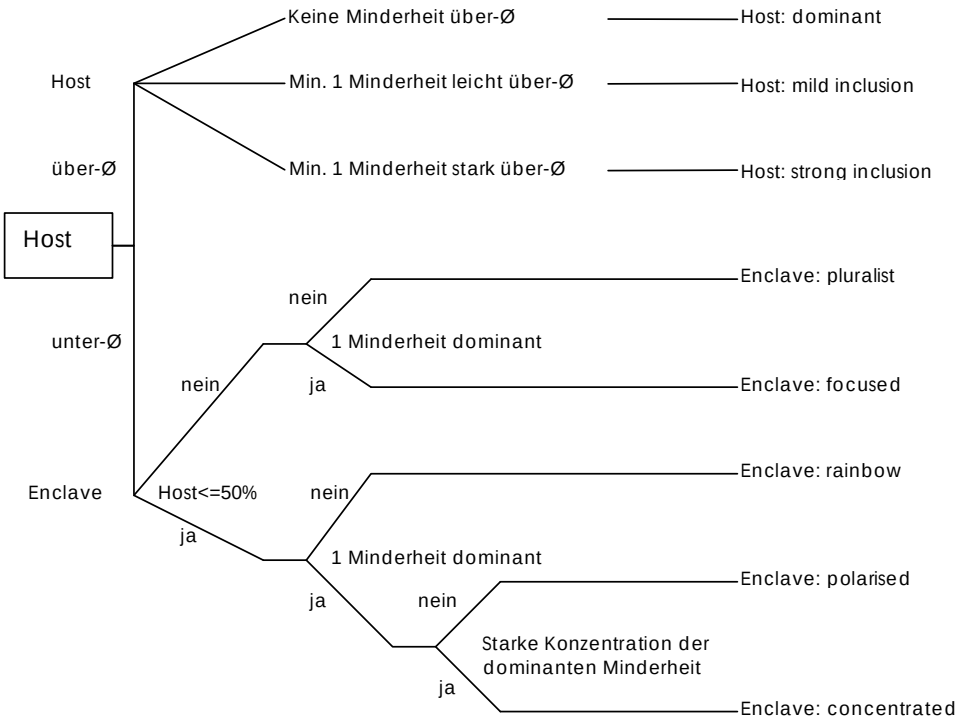
und sozioökonomischen Faktoren systematisch herzustellen. Mit der von Brimicombe entwickelten Typologie wird versucht, diese Schwächen herkömmlicher Maßzahlen und Typologien zu überwinden.

Beim Umlegen der Typologie von *Brimicombe* (2007) für London auf einzelne Bundesländer Österreichs ist zu bedenken, dass die Abgrenzung der Host-Population von der Migrationspopulation immer etwas arbiträr bleiben muss, da es keinen eindeutigen Indikator für die Zugehörigkeit zur Aufnahmepopulation gibt (Generation der Zuwanderung, Heimatvertriebene, Zugehörigkeit zu einem Volksstamm wie z. B. KroatInnen im Burgenland, oder Deutschstämmige AussiedlerInnen in Deutschland, pontische GriechInnen in Griechenland und Ingrier aus dem Baltikum in Finnland), (ÖRK 1989, Hofmann 2004, BZPP 2000, Kurs 1994).

Nach *Poulsen et al.* (2001, S. 2072) versteht man unter *Host*: "... the most powerful group . . . whose members have the greatest influence, through a variety of economic, social, cultural and political processes, on its residential pattern". Die Hostgruppe muss aber keine homogene Gruppe sein (*Martikainen,* 2005, S. 4) und auch nicht die Mehrheit auf lokaler Ebene stellen.

Der Grundgedanke von Brimicombe ist, dass Segregation nach mehreren Dimensionen zu messen ist. Dabei ist etwa die Relation zwischen Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung ebenso relevant wie die Anteile der einzelnen Minderheitengruppen in einem Gebiet. Darüber hinaus finden auch die Verteilung einer Minderheitengruppe und eventuelle lokale Konzentrationen dieser Gruppe Eingang in die Typologie. Dadurch wird auf kleinräumiger Ebene ersichtlich, wo es über- und unterdurchschnittliche Anteile von Minderheiten gibt und wie stark die Durchmischung innerhalb eines Gebietes ist.

Abbildung 136: Entscheidungsbaum nach Brimicombe



In einem ersten Schritt wird für jede Gebietseinheit gemessen, ob die Hostbevölkerung im Vergleich zum gesamten Stadtgebiet über- oder unterdurchschnittlich vertreten ist. Ist sie überdurchschnittlich vertreten, handelt es sich um ein sogenanntes **Host** Gebiet. Für diese Gebiete wird dann in einem zweiten Schritt ermittelt, ob einzelne Minderheitengruppen überdurchschnittlich vertreten sind. Ist dem nicht so, handelt es sich um ein **Host: dominant** Gebiet. Ist mindestens eine Minderheit leicht überdurchschnittlich in diesem Gebiet vertreten, handelt es sich um ein **Host: mild inclusion** Gebiet. Ist mindestens eine Minderheit stark überdurchschnittlich in diesem Gebiet vertreten, so wird von einem **Host: strong inclusion** Gebiet gesprochen.

Ist die Hostbevölkerung unterdurchschnittlich vertreten, so spricht man von **Enclave** Gebieten. Hier wird weiters geprüft, ob der Anteil der Hostbevölkerung über oder unter 50 % der Bevölkerung in diesem Gebiet ausmacht. Ist ihr Anteil über 50 %, so wird getestet, ob eine Minderheit in diesem Gebiet "dominant" ist, ob sie mindestens 50 % der Minderheiten-bevölkerung ausmacht. Gebiete, in denen keine Minderheit "dominant ist, werden als **Enclave: pluralist** Gebiete bezeichnet. Gebiete, in denen es eine "dominante" Minderheit gibt, werden **Enclave: focused** Gebiete genannt. Sind weniger als 50 % der Bevölkerung in einem Gebiet der Hostbevölkerung zuzurechnen, so handelt es sich entweder um ein Enclave: rainbow, ein Enclave: polarised oder um ein Enclave: concentrated Gebiet. Um ein **Enclave: rainbow** Gebiet handelt es sich, wenn keine Minderheit mehr als die Hälfte der gesamten Minderheitenbevölkerung ausmacht. Gibt es eine "dominante" Minderheit, so wird weiters geprüft, ob die "dominante" Minderheit besonders stark auf dieses Gebiet konzentriert ist. Ist dies der Fall, so handelt es sich um ein **Enclave: concentrated** Gebiet, wenn nicht, dann wird von einem **Enclave: polarised** Gebiet gesprochen.

Die folgende Aufzählung gibt einen Überblick über die Charakteristika der Gebiete gemäß der Typologie. Eine formale Erklärung dazu folgt im Anschluss. Für eine ausführliche Diskussion dieses Ansatzes ist auf die Originalpublikation von Brimicombe zu verweisen.

- Host: dominant: Die Hostgruppe ist stärker vertreten als es der nationale Durchschnitt erwarten ließe. Alle Minderheitengruppen sind schwächer vertreten als im nationalen Durchschnitt.
- Host: mild inclusion: Die Hostgruppe ist stärker vertreten als es der nationale Durchschnitt erwarten ließe. Mindestens eine Minderheitengruppe ist stärker vertreten als im nationalen Durchschnitt. Diese Minderheit weist hier eine schwache Konzentration auf (unterhalb des Medians).
- Host: strong inclusion: Die Hostgruppe ist stärker vertreten als es der nationale Durchschnitt erwarten ließe. Mindestens eine Gruppe ist stärker vertreten als im nationalen Durchschnitt. Diese Minderheit weist hier eine starke Konzentration auf (oberhalb des Medians).
- Enclave: pluralist: Die Hostgruppe ist schwächer vertreten als im nationalen Durchschnitt, macht aber über 50% der Bevölkerung aus. Keine Minderheit ist so dominant, dass ihr Anteil über 50% der gesamten Minderheitenbevölkerung in dem Gebiet ausmacht.
- Enclave: focused: Die Hostgruppe ist schwächer vertreten als im nationalen Durchschnitt, macht aber über 50% der Bevölkerung aus. Eine Minderheit ist so dominant, dass ihr Anteil über 50% der gesamten Minderheitenbevölkerung im Gebiet ausmacht. Diese Minderheit weist hier eine starke Konzentration auf (oberhalb des Medians).

- Enclave: rainbow: Die Hostgruppe ist schwächer vertreten als der nationale Durchschnitt und macht weniger als 50% der Bevölkerung aus. Keine Minderheit ist so dominant, dass ihr Anteil über 50% der gesamten Minderheitenbevölkerung in dem Gebiet ausmacht.
- Enclave: polarised: Die Hostgruppe ist schwächer vertreten als der nationale Durchschnitt und macht weniger als 50% der Bevölkerung aus. Eine Minderheit ist so dominant, dass ihr Anteil über 50% der gesamten Minderheitenbevölkerung in dem Gebiet ausmacht. Diese Minderheit weist hier eine starke Konzentration auf (im oberen Quartil).
- Enclave: concentrated: Die Hostgruppe ist schwächer vertreten als der nationale Durchschnitt und macht weniger als 50% der Bevölkerung aus. Eine Minderheit ist so dominant, dass ihr Anteil über 50% der gesamten Minderheitenbevölkerung in dem Gebiet ausmacht. Diese Minderheit weist hier eine ausgesprochen starke Konzentration auf.

Anmerkungen zur Anwendung der Typologie auf dem Aggregationsniveau "Zählbezirke"

Die Analyse beruht auf Daten der Volkszählung nach Zählbezirken. Die Ebene der Zählbezirke ist insofern sinnvoll, da sie zum "größeren Teil mit historisch-topographischen Stadtvierteln bzw. Verbauungsgebieten identisch" sind und daher nicht nur rein "statistische Räume" darstellen (*Lichtenberger et al.,* 1987, S. 144). Ein Zählbezirk entspricht von der Größe her in etwa dem einer 'Nachbarschaft', und dürfte daher auch dem Wahrnehmungsradius der BewohnerInnen entsprechen. Weiters ist dies auch eine relevante Ebene für verschiedene Aspekte der Infrastruktur (Geschäfte, Lokale, Schulen). Auch eine Ghettobildung wäre auf dieser Ebene sichtbar zu machen.

Problematisch, weil immer noch zu hoch aggregiert, ist diese Ebene jedoch, wenn es darum geht, lokale Konzentrationen von zahlenmäßig kleinen Minderheiten zu untersuchen. Nur die größeren Minderheiten können in einem Gebiet dominant (im Sinne der Brimicombe-Typologie Enclave: focused, polarised, concentrated) sein. Selbst die hohe Konzentration von IsraelitInnen im zweiten Wiener Gemeindebezirk kann aufgrund der kleinen absoluten Zahl in der Typologie nicht dargestellt werden. Ob dies auf noch niedrigerer Ebene anders wäre, ist unklar, da unbekannt ist, wie sich die Aufteilung auf Baublockebene gestaltet.

Arbeitsmarktdatenbank (AMDB)

Die Längsschnittdaten der Arbeitsmarktdatenbank (kurz: AMDB) beruhen auf Rohdaten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger sowie des Arbeitsmarktservices Österreich. Es handelt sich dabei um (anonymisierte) personen- und betriebsbezogene Daten zum österreichischen Arbeitsmarktgeschehen. In der Arbeitsmarktdatenbank werden die Rohdaten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger mit den AMS-internen Vormerk-, Förder- und Leistungsbezugsdaten verknüpft.

Mit diesen Daten kann für alle Personen, die Versicherungszeiten aufweisen, eine durchgehende „Erwerbskarriere“ gebildet werden, das sogenannte „Erwerbskarrierenmonitoring“ (EKM). Im Unterschied zu anderen Datenbasen werden in der AMDB die Daten nicht zu einem bestimmten Stichtag eingefroren sondern laufend aktualisiert. Bedingt dadurch sowie aufgrund definitorischer Unterschiede weichen AMDB-Auswertungen, etwa zum Bestand der Arbeitslosen oder unselbständig Beschäftigten, von den offiziell veröffentlichten Statistiken ab.

Erwerbsquote/Beschäftigungsquote

Bevölkerung: Zur Ermittlung einiger Quoten ist der Bevölkerungsstand erforderlich. Dieser wurde auch aus den AMDB-Daten (unter Verwendung der Wohnortsvariable) ermittelt.

Beschäftigtendaten: Bei der Auswertung der Beschäftigten-Daten wurde die Gliederung des Erwerbsstatus gemäß Erwerbskarrierenmonitoring der AMDB verwendet. Diese weist jeder Person zu einem Stichtag einen Erwerbsstatus zu (überschneidungsfreie Episoden). Für Personen mit zeitlich überlappenden Versicherungsepisoden wird für jeden Zeitpunkt ein Erwerbsstatus ermittelt. Gemäß festgelegter Datenhierarchie wird bei Personen, die zum gleichen Zeitpunkt unselbständig und selbständig erwerbstätig waren, ausschließlich der Status unselbständig gezählt. Im Unterschied zur offiziellen Beschäftigtenstatistik des Hauptverbands, bei der Beschäftigungsverhältnisse gezählt werden, werden im AMDB-Erwerbskarrierenmonitoring Personen gezählt. Dieser sowie weitere definitorische Unterschiede führen dazu, dass beispielsweise die aus der AMDB ermittelten Zahlen zur unselbständigen Beschäftigung von anderen Quellen abweichen.

Die Gruppe der unselbständig Beschäftigten umfasst all jene, die die Versicherungsgrenze im Jahr 2009 überschritten haben und als Angestellte, ArbeiterInnen, freie DienstnehmerInnen oder WerkvertragsnehmerInnen bzw. im öffentlichen Dienst beschäftigt waren. Geringfügig Beschäftigte sind somit nicht enthalten, Präsenz- und Zivildienstleistende sowie Kindergeld-/KarenzgeldbezieherInnen mit aufrechtem Dienstverhältnis werden nicht mitgezählt.

Für die Bundesländer-Ebene der Auswertungen ist festzuhalten, dass die über die BVA („Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter“) versicherten Beschäftigten nicht regional den Bundesländern zugeordnet werden können. Im Jahresdurchschnitt 2009 waren dies in der Altersgruppe 15-64 ca. 9,4 % der unselbständig Beschäftigten. Damit Bundesländer-Auswertungen mit dem Österreich-Gesamtdurchschnitt vergleichbar sind, werden – wo erforderlich – Österreich-Auswertungen ohne die bei der BVA versicherten Beschäftigten durchgeführt, diese werden dann näherungsweise als „Österreich Privatwirtschaft“ bezeichnet.

Gleiches gilt für Auswertungen auf Bezirksebene – die bei der BVA versicherten Beschäftigten sind darin nicht enthalten. Weiters ist hier zu beachten, dass nicht alle einem Bundesland zugeordneten unselbständig Beschäftigten einem Arbeitsmarktbezirk zugeordnet werden können. Im Fall von Niederösterreich waren 19,5 % keinem Arbeitsmarktbezirk zuordenbar, in Tirol waren es 16,5 %. Die unselbständig Beschäftigten wurden daher sowohl nach Arbeitsort als auch nach Wohnort ausgewertet und die verwendeten Arbeitsmarktindikatoren (Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosenquote) sowohl mit der „Arbeitsbevölkerung“ als auch mit den „wohnhaft Beschäftigten“ berechnet. Eine Analyse über die Zusammensetzung der Gruppe der nicht regional zuordenbaren unselbständig Beschäftigten (Alter, Geschlecht, …) in Tirol und Niederösterreich wird noch durchgeführt.

Für Wien lassen sich generell keine Auswertungen auf Bezirksebene machen (Ausnahme Arbeitslose), es können daher jeweils nur Bundesland-Ergebnisse präsentiert werden. Bei den Betrachtungen auf Bezirksebene in der Studie, konkret die Arbeitsmarktbezirke Neunkirchen, Schwechat und Lienz, ist stets zu berücksichtigen, dass aufgrund der unvollständigen Regionalisierungen gewisse Unschärfen auftreten können.

Daten zu den selbständig Erwerbstätigen stehen nur bis zur Bundesland-Ebene zur Verfügung, eine Regionalisierung auf Bezirksebene ist nicht möglich.

Arbeitslose: Wie oben festgehalten, zeichnet sich die AMDB durch laufendes Monitoring aus, d.h. während die offiziellen Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen mit dem Stichtag eingefroren werden, wird in der AMDB auch der Status während des Monats sowie Nachmeldungen berücksichtigt. Dieser grundlegende Unterschied zur offiziellen Arbeitslosenstatistik führt dazu, dass der monatliche österreichische Arbeitslosenbestand gemäß AMDB um jeweils ca. 10.000 über der offiziellen Statistik liegt.

Migrationshintergrund

In den Auswertungen wird zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund differenziert. Zur Gruppe der „Personen mit Migrationshintergrund" zählen dabei all jene, die entweder ausländische StaatsbürgerInnen sind oder eingebürgert wurden (= MigrantInnen der 1. Generation).

Die in der AMDB verfügbare Migrationshintergrunds-Variable basiert auf den Personendaten des Hauptverbands, die mit den Informationen des AMS und den Daten zur Ausländerbeschäftigung verknüpft werden (Staatsbürgerschaft, Einbürgerungen). In der Datenbank ist nur die Staatsangehörigkeit, nicht jedoch das Geburtsland einer Person erfasst. Mithilfe der ‚historischen' Informationen zu den erfassten Personen können Personen identifiziert werden, die früher einmal eine andere Staatsbürgerschaft als die österreichische hatten. Damit ist es möglich, Einbürgerungsprozesse abzubilden bzw. „Personen mit Migrationshintergrund" zu erfassen und ihren Integrationspfad auf dem Arbeitsmarkt zu verfolgen.

Berechnete Quoten

Die einzelnen Modellregionen werden auch über die Beschäftigtenstruktur charakterisiert.

Wenn es um die Frage der Arbeitsmarktsituation einer Region geht, können zwei unterschiedliche Blickwinkel von Interesse sein: Zum einen die Arbeitsplatzsituation in der Region – also wie viele (unselbständig) Beschäftigte gibt es in der betrachteten Region? Zum anderen die Bevölkerung in der Region – welcher Anteil der Bevölkerung ist erwerbstätig? Grundsätzlich werden in der Arbeitsmarktstatistik die Beschäftigten am Arbeitsort gezählt, die Arbeitslosen dahingegen am Wohnort. Für die Modellregionen wurden die unselbständig Beschäftigten sowohl nach Arbeits- als auch nach Wohnort ausgewertet und zur Bevölkerung in Beziehung gesetzt. Mit der Auswertung nach Arbeitsort wird die Arbeitsbevölkerung (NichtpendlerInnen + EinpendlerInnen) erfasst, die Auswertung nach Wohnort liefert die wohnhaft Beschäftigten (NichtpendlerInnen + AuspendlerInnen). Der Vergleich von Arbeitsbevölkerung und wohnhaft Beschäftigten gibt Anhaltspunkte über die PendlerInnenbewegungen in die/aus der betrachteten Region, eine Auswertung der Ein- und AuspendlerInnen ist nicht möglich. Für Niederösterreich stehen zu den PendlerInnenbewegung detaillierte Daten für das Jahr 2004 aus der Pendleranalyse der Arbeiterkammer Niederösterreich zur Verfügung, für Tirol wird auf die Volkszählung 2001 zurückgegriffen.

Zwei gängige Indikatoren zur Erwerbsintegration der Bevölkerung stellen die **Beschäftigungsquote und die Arbeitslosenquote** dar. Die Beschäftigungsquote misst den Anteil der Erwerbstätigen

(unselbständig und selbständig Beschäftigte) an der Bevölkerung derselben Altersgruppe. Da die Daten zu den selbständig Beschäftigten nur bis zur Bundeslandebene und somit nicht für die untersuchten Modellregionen verfügbar sind, wurde eine **„Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten“** in der Privatwirtschaft berechnet. Diese wurde definiert als Anteil der unselbständig Beschäftigten im Alter von 15-64 Jahren an der Bevölkerung derselben Altersgruppe. Die **Arbeitslosenquote** wurde nach der „traditionellen“ Methode berechnet, das heißt als Anteil der beim AMS als arbeitslos vorgemerkten Personen an den unselbständig Beschäftigten und Arbeitslosen. Die Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten stellt die Situation in der „Privatwirtschaft“ (dh. ohne BVA-Versicherte) dar. Gleiches gilt für die ausgewiesenen Arbeitslosenquoten auf Bundeslandebene, auf Bezirksebene muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass nicht alle unselbständig Beschäftigten den einzelnen Arbeitsmarktbezirken zuordenbar sind und somit im Zähler der Beschäftigungsquoten bzw. im Nenner der Arbeitslosenquoten fehlen.

Die beiden Quoten wurden für die Modellregionen, die jeweiligen Bundesländer sowie Österreich („Privatwirtschaft“) berechnet und zwar getrennt für Männer und Frauen sowie differenziert nach Personen ohne Migrationshintergrund und Personen der 1. Migrationsgeneration (AusländerInnen und Eingebürgerte). Die Auswertungen wurden für die Altersgruppe 15-64 durchgeführt und stellen jeweils Jahresdurchschnitte dar.

Eurostat

Die Eurostat-Daten zu den Erwerbspersonen basieren auf Haushaltsbefragungen in den EU-Mitgliedstaaten, die nach dem „Labour Force“-Konzept erhoben werden. Um die internationale Vergleichbarkeit von Arbeitsmarktdaten sicherzustellen, wird dieses einheitliche Konzept angewendet, das von der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegt wurde. Dabei handelt es sich um eine repräsentative Stichprobe der Haushalte, die zu ihrem Erwerbsverhalten befragt werden (mehr dazu auf http://www.ilo.org/wow/Newsbriefs/lang--en/WCMS_081595/index.htm).

Nach dem Labour-Force-Konzept gilt als **erwerbstätig**, wer in der Referenzwoche mindestens eine Stunde als Unselbständige/r, Selbständige/r oder mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet hat.[77] Im Gegensatz dazu steht das Lebensunterhaltskonzept, dem zufolge Erwerbsarbeit erst dann als solche erfasst wird, wenn eine gewisse Mindeststundenanzahl, seit 2004 sind es zehn Stunden pro Woche, gearbeitet wird. Die Abgrenzung hat immer wieder Änderungen erfahren, von ursprünglich 14 Stunden in den 1970er Jahren auf 12 Stunden bis 2003.[78]

Als **arbeitslos** gilt nach dem Labour-Force Konzept, wer nicht erwerbstätig ist, innerhalb der nächsten beiden Wochen eine Arbeit aufnehmen kann und während der vier vorhergehenden Wochen aktiv Arbeit gesucht hat oder schon eine Stelle gefunden hat und diese in den nächsten drei Monaten antritt.[79]

---

[77] http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/methodology/definitions

[78] www.wien.gv.at/statistik/daten/pdf/glossar-beschaeftigung.pdf

[79] Siehe http://www.statistik.at/web_de/static/arbeitsmarktstatistik_-_jahresergebnisse_2007_schnellbericht_030570.pdf, S. 77

Kindertagesheimstatistik

Eine wichtige Informationsgrundlage zum Umfang der institutionellen Kinderbetreuung in Österreich bildet die Kindertagesheimstatistik. Die Daten zur Kindertagesheimstatistik werden jährlich von den Bundesländern selbst erhoben, die Analyse, Auswertung und Publikation der Daten erfolgt durch Statistik Austria. Erhebungsstichtag für das Berichtsjahr 2009/2010 war grundsätzlich der 15. Oktober 2009. In der Kindertagesheimstatistik werden die institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen erfasst, die folgende Kriterien erfüllen: regelmäßige und ganzjährige Kinderbetreuung, betrieben mit öffentlicher Förderung, durch ausgebildetes Personal, ohne Anwesenheit der Eltern, an mindestens 30 Wochen pro Jahr, an mindestens 4 Tagen pro Woche, an mindestens 15 Stunden pro Woche. Tageseltern, Spielgruppen, Internate, Ganztagesschulen und Schülerheime sind in dieser Statistik nicht enthalten. Dies gilt auch für Kinderbetreuungseinrichtungen, die nur in den Sommermonaten geöffnet haben (saisonmäßig geführte Einrichtungen).

Die Erhebung erfolgt in den Bundesländern nach einheitlichen Kriterien, teils gibt bestehen aber zwischen den Bundesländern unterschiedliche Zuordnungen. So werden in Tirol Kindergruppen, die die definierten Kriterien institutioneller Kinderbetreuung erfüllen, bei den Krippen ausgewiesen. In Niederösterreich werden in Kindergärten geführte altersgemischte Gruppen nicht als eigene Kindertagesheimstandorte geführt. Für die Anwesenheitsdauer der Kinder (ganztägig, vormittags, nachmittags) kommen, sofern gegeben, die landesspezifischen Regelungen zur Anwendung, ansonsten wird bei einer Anwesenheitsdauer von sechs oder mehr Stunden von einer ganztägigen Anwesenheit ausgegangen. (Statistik Austria 2010: 19)

Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass als Erhalter der Kinderbetreuungseinrichtung der Träger der Bewilligung gilt. Daraus kann allerdings nicht abgeleitet werden, dass (allein) der Erhalter die Kosten trägt. So gelten bei den öffentlichen Kindergärten großteils die Gemeinden als Erhalter, ein Teil der Finanzierung kommt aber aus Landesmitteln (zB Personalkosten für KindergartenpädagogInnen); ein Betriebskindergarten, der in den Räumlichkeiten des Betriebs angesiedelt ist und voll vom Betrieb finanziert wird, kann dennoch einen anderen Erhalter haben (zB Betrieb beauftragt Verein mit Führung des Kindergartens).

Die Information zur Berufstätigkeit der Mütter von in Kindertagesheimen betreuten Kindern beruht auf einer Selbsteinschätzung der Eltern (inkl. Ausmaß der Erwerbstätigkeit – Vollzeit, Teilzeit).

Tabelle 33: Anteil der Kinder mit berufstätiger Mutter (Vollzeit, Teilzeit zusammen) nach Betreuungsform 2009 in den Modellbezirken, Bundesländern und Österreich

	Krippen	Kindergärten	Horte	altersg. Einrichtungen
Neunkirchen	87,5	56,5	89,5	65,6
Wien-Umgebung	88,5	66,1	95,8	83,2
Lienz	70,6	49,1	90,3	-
Wien-Leopoldstadt	56,5	48,5	57,8	49,4
Niederösterreich	86,1	59,2	89,4	78,3
Tirol	67,8	56,7	75,6	-
Wien	51,9	47,6	53,8	58,6
Österreich	**65,1**	**56,9**	**71,9**	**65,3**

Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Donau-Universität Krems
Universität für Weiterbildung

Department for Migration and Globalisation | Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30 | T +43(0)2732 893 2413
A-3500 Krems, Austria | F +43(0)2732 893 4000 | www.donau-uni.ac.at/mis

Leitfaden für die ExpertInnen-Interviews in den vier Modellregionen

HINTERGRUNDINFORMATION UND THEMEN

1. **Wirtschaftsstandort:** wichtigste Arbeitgeber im Bezirk (in der Region) bzw. außerhalb des Bezirks (der Region), Produktionstechnologie (low/medium/high-tech-Anteile – arbeits-/kapitalintensiv), Rolle der KMUs

   - **Entwicklung des Bezirks (der Region)**: Entwicklungen im Bezirk (in der Region) in den letzten 10 Jahren? Entwicklungspotentiale? Stärken/Schwächen des Bezirks (der Region)? Rahmenbedingungen?

   - Mobilität im Bezirk (in der Region)? Auspendeln: Tages-/Wochenpendeln, wer pendelt aus? Innerhalb des Bezirks (der Region), außerhalb des Bezirks (der Region)? Abwanderung; Öffentlicher Verkehr? Infrastruktur?

   - Arbeitslosigkeit: Gründe dafür? Angebots- und Nachfragefaktoren

2. **Bevölkerungsstruktur und -dynamik im Bezirk (der Region)**

3. **Organisation der verschiedenen Arten der sozialen Dienste und der Aus- und Weiterbildung**

   - Kinderbetreuung: Gemeinde, Tagesmütter, Vereine, Verbleib im Haushalt

   - Altenbetreuung und Pflege: Gemeinde, mobile Dienste über…, Verbleib im Haushalt…

   - Sozialarbeit …

   - Aus- und Weiterbildung: öffentliche und private Schulen, Erwachsenenbildungseinrichtungen

   - Koordinationsstellen für Wirtschaft, Arbeit, Soziales

4. LEITFADEN FÜR DIE DISKUSSION:

- Einschätzung der Struktur der sozialen Dienste/Dienstleistungen im Bezirk (in der Region): Regionale Verteilung? Stellenwert formeller bzw. informeller Betreuung?

- Angebot/Nachfrage: Welchen Bedarf an sozialen Dienstleistungen gibt es? Über-/Unterversorgung? Vielfalt des Angebots: wesentliche Anbieter, Träger? Akteure? Zusammenarbeit zwischen Akteuren (Komplementarität, Substituierbarkeit) Organisationsstruktur? Optionen?

- Finanzierung der Träger und/oder Finanzierungsbeitrag/-anteil der KlientInnen/KundInnen (direkte Leistungsentgelte, Subventionen, Spenden/Mitgliedsbeiträge, Sonstige Einnahmen, Transferleistungen)

- Schwerpunkte? Besonderer Fokus auf bestimmte Gruppen? Unterschiede im Zugang zu sozialen Dienstleistungen nach bestimmten Gruppen? (Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund, Bildung): Informationsmöglichkeiten, finanzielle Zugangshürden, wechselseitige Erreichbarkeit (Mobilität der KlientInnen/KundInnen, öffentlicher Verkehr)

- Beschäftigungsformen: Vollzeit, Teilzeit, geringfügig, freie DienstnehmerInnen, Einbindung der Freiwilligen? Funktionen, Betreuung (Kinder, Ältere, Pflege), Nachhilfe?

- Wichtige Einrichtungen im Bezirk (in der Region)? Wichtige Einrichtungen außerhalb des Bezirks (der Region)?

- Ziele? Fördernde und hemmende Faktoren? Problemlagen des Bezirks (der Region), Problemgruppen? Bisherige Ansätze, Erfahrungen?

- Koordinationsbedarf? Informationsplattform? One-stop-shop? Beschäftigungsgesellschaft?